Auswärtiges Amt
1939 Nr. 2

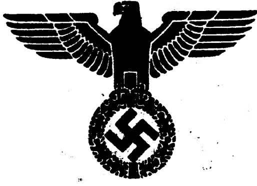


Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Berlin 1939
Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8

Hans Dietrich v. Schönfeldt

Auswärtiges Amt
1939 Nr. 2



Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Berlin 1939
Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8

Der Blick des deutschen Volkes ist unter der Führung Adolf Hitlers in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit gerichtet. Aber der uns aufgezwungene Kampf, den wir jetzt um das künftige Schicksal Deutschlands durchfechten, macht es zur gebieterischen Notwendigkeit, uns in jedem Augenblick bewußt zu bleiben, wie es zu diesem Kampf gekommen ist und wo seine letzten Ursachen zu suchen sind. Das liegt zwar für jeden, der sehen will, seit langem offen zutage und ist von maßgebender deutscher Seite schon oft genug, vor allem durch die Reden unseres Führers, öffentlich klargestellt worden. Da aber die verlogene Propaganda unserer Feinde beharrlich bemüht ist, den wahren Sachverhalt immer wieder zu verschleiern und die Weltöffentlichkeit sowohl über die Ursachen des Krieges als auch über die von ihnen verfolgten Ziele irrezuführen, ist es wichtig, durch authentische amtliche Dokumente noch einmal den unwiderleglichen Nachweis zu erbringen, daß es ausschließlich und allein England war, das den Krieg verschuldet und ihn gewollt hat, um Deutschland zu vernichten.

Nachdem das Auswärtige Amt bereits unmittelbar nach Kriegsausbruch in einem Weißbuch die Urkunden veröffentlicht hat, die über die letzte Phase der deutsch-polnischen Krise Aufschluß geben, legt es nunmehr eine umfangreichere Sammlung von Dokumenten vor, die sich nicht auf die dem Kriegsausbruch unmittelbar vorhergehende Zeit beschränken, sondern die wesentlichsten politischen Ereignisse umfassen, aus denen sich zunächst der Konflikt mit Polen und dann der Konflikt mit England und Frankreich entwickelt hat.

Die 482 Dokumente, die in den Anlagen abgedruckt sind, sprechen eine so deutliche Sprache, daß sie keines Kommentars bedürfen. In ihrer diplomatischen Nüchternheit geben sie ein unmittelbares und ungeschminktes Bild von der politischen Entwicklung der letzten Jahre, ein Bild, das auch den, der diese Entwicklung in nächster Nähe miterlebt hat, immer wieder von neuem erschüttert und aufrüttelt. Sie zeigen den systematischen Ausrottungskampf, den die Polen seit dem Weltkrieg gegen das Deutschtum in Polen und gegen Danzig geführt haben; sie zeigen das großzügige und unendlich geduldige staatsmännische Bemühen des Führers, die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine dauerhafte, den Interessen beider Teile gerechtwerdende Grundlage zu stellen; sie zeigen demgegenüber die kurzsichtige Verständnislosigkeit der polnischen Machthaber, die die ihnen von Deutschland immer wieder gebotene Möglichkeit, zu einem endgültigen Ausgleich zu kommen, zunichte machen. Vor allem aber sehen wir, wie unmittelbar nach der Konferenz von München der Kriegswille Englands immer deutlicher offenbar wird, und wie die Britische Regierung dann schließlich die von ihr selbst absichtlich herbeigeführte Verblendung der Polnischen Regierung benutzt, um den seit langem geplanten Krieg gegen Deutschland zu entfesseln. Zwar würde es, um das heuchlerische und frevelhafte Vorgehen der englischen Politik in seinem ganzen Umfang zu entlarven, einer Darstellung der gesamten Nachkriegszeit bedürfen, in der sich England jedem Versuche Deutschlands, sich aus den Fesseln des Versailler Diktats zu befreien, hemmend in den Weg gestellt und jede Möglichkeit, die Revision dieses Diktats auf dem Verhandlungswege herbeizuführen, immer wieder vereitelt hat. Aber es genügt, an Hand der in diesem Weißbuch zusammengestellten Dokumente die kurze Epoche seit dem Herbste

1938 ins Auge zu fassen, um zu erkennen, daß England von vornherein entschlossen war, mit Gewalt den Weg des Führers zu durchkreuzen, dessen genialer Staatskunst es gelungen war, schlimmste Verbrechen von Versailles ohne jedes Blutvergießen und ohne jeden Eingriff in die Interessen Englands zu beseitigen, und der in der gleichen Weise auch eine friedliche Lösung der deutsch-polnischen Frage erzielt haben würde, wenn England nicht Polen als Werkzeug seines Kriegswillens mißbraucht und durch diese verbrecherische Politik Europa in den Krieg gestürzt hätte.

Diese für immer feststehende historische Tatsache ist aufs neue dadurch erhärtet worden, daß England das großzügige letzte Friedensangebot, das ihm der Führer noch einmal in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober gemacht hat, mit einer unverschämten und beleidigenden Herausforderung Deutschlands beantwortet hat. Im unerschütterlichen Bewußtsein seines Rechts und in unbeirrbarer Überzeugung seines Endsieges hat das deutsche Volk diese Herausforderung angenommen und wird nun die Waffen nicht früher aus der Hand legen, als bis es sein Ziel erreicht hat. Dieses Ziel ist: Die militärische Vernichtung der Gegner und dann die Sicherstellung des dem deutschen Volke zukommenden Lebensraumes gegen jede zukünftige Bedrohung.

Berlin, den 3. Dezember 1939.

von Ribbentrop
Reichsminister des Auswärtigen

Übersicht

Die nachfolgenden Dokumente sollen ein Bild von der Vorgeschichte des gegenwärtigen Krieges geben. Sie beschränken sich nicht auf die dem Kriegsausbruch unmittelbar vorausgehenden Wochen, sondern ermöglichen darüber hinaus die Bildung eines unabhängigen Urteils über die weiter zurückliegenden Ursachen des Konflikts. Die Dokumente begleiten zunächst die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen von Versailles bis zur Ablehnung des deutschen Angebots zur gütlichen Lösung der Danzig- und Korridorfrage durch Polen. Hierbei sind die Ereignisse von 1933 bis zur Gegenwart eingehend belegt, während für die voraufgegangenen Jahre lediglich die Lage der deutschen Volksgruppe in Polen und Polens Vorgehen in Danzig an einigen besonderen Beispielen in Erinnerung gerufen werden. Die Dokumente folgen sodann dem Gang der britischen Kriegspolitik seit der gemeinsamen deutsch-englischen Erklärung von München. Eine Darstellung der Bemühungen des Reichs um Sicherung friedlicher Beziehungen zu seinen Nachbarländern schließt sich an. Damit sind die Grundlagen für das Verständnis der Schlußphase gewonnen, in der die britische Politik zur Auslösung des Konflikts führt.

Erstes Kapitel

Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen

A. Der Kampf Polens gegen das Deutschtum in Polen und gegen Danzig von 1919 bis 1933

I. Zur Lage der deutschen Volksgruppe in Polen

Die deutsch-polnischen Beziehungen haben seit dem Augenblick der Wiederaufrichtung eines selbständigen polnischen Staates in Versailles unter einem mehrfachen Verhängnis gestanden. Erstens erklärte sich Polen unter Berufung auf eine angeblich tausendjährige Mission zum Erbfeind der Deutschen. Es begründete damit nicht nur seine Ansprüche auf deutsches Reichsgebiet, sondern geradezu seine Existenzberechtigung und empfahl sich so den Siegermächten als zuverlässigen, jederzeit einsatzfähigen Alliierten zur Niederhaltung Deutschlands. Zweitens: Es wurde in dieser Funktion von den Westmächten bestätigt und durch Einbeziehung zunächst in das französische Bündnissystem beauftragt, den östlichen Sektor der permanenten Einkreisung zu übernehmen und die Tradition der Zweifrontenlage für Deutschland fortzusetzen. Das deutsch-polnische Verhältnis wurde drittens von Anfang an durch die Überlassung einer starken deutschen Volksgruppe vergiftet, die sofort dem schärfsten Polonisierungszwang unterworfen war. Viertens stellten die Abtretungen deutschen Reichsgebiets im Osten die größten Ungerechtigkeiten des Friedensdiktats dar. Sie wurden nicht nur vom deutschen Volk, sondern auch von maßgebenden alliierten Staatsmännern als so unhaltbar empfunden, daß sich jedermann darin einig war, daß an dieser Stelle die erste Wiedergutmachung einsetzen mußte, wenn nicht hier der nächste kriegerische Konflikt in Europa ausbrechen sollte.

Lloyd George hat in einer Denkschrift für die Konferenz von Versailles am 25. März 1919 (Dokument Nr. 1) auf diese künftige Kriegsursache ebenso aufmerksam gemacht wie die Deutsche Friedensdelegation (Nr. 2). Selbst der Vorsitzende des Obersten Rates Clemenceau hat in dem bekannten Brief an Paderewski vom 24. Juni 1919 (Nr. 3) Polen auf die Bedeutung einer solchen Volkstumshypothek hingewiesen und den Abschluß und die Einhaltung eines entsprechenden Minderheitenschutzvertrages (Nr. 4) zur Voraussetzung dafür gemacht, daß Polen die deutschen Gebiete erhielt. Damit war zugleich die feierliche Verpflichtung der Alliierten Mächte festgelegt, die Einhaltung dieses Grundgesetzes der deutschen und übrigen Volksgruppen in Polen sicherzustellen. Der Wortlaut des Vertrages läßt keinen Zweifel darüber, wozu sich Polen gegenüber den mehr als 40% nichtpolnischen Einwohnern des neuen Staates verpflichtet hat. Die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen von 1919 bis 1930 ist aber, wie die hier vorgelegten Urkunden zeigen, zur Geschichte einer permanenten Verletzung dieses Vertrages durch Polen und zur Geschichte einer stillschweigenden Mittäterschaft des Völkerbunds und der Garantiemächte geworden. Schon am 20. November 1920 sah sich die Deutsche Regierung genötigt, aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten und der Polnischen Regierung eine umfassende Beschwerde zu überreichen (Nr. 5). Sie mußte feststellen, daß »der Deutsche in Polen vogelfrei« sei. Die Rede des volksdeutschen Abgeordneten *Spickermann im Polnischen Sejm vom 23. Januar 1923 (Nr. 6) bestätigt den Eindruck, daß der Minderheitenschutzvertrag, »die Magna Charta unserer Existenz«, vom ersten Tag an gebrochen wurde.* Einige Monate später kündigte der damalige Ministerpräsident General Sikorski in öffentlicher Rede als Regierungsprogramm »die Liquidation deutscher Güter und die Entdeutschung der westlichen Provinzen« an und erging sich in scharfen Äußerungen gegen Danzig (Nr. 7). Mitte 1923 hatte die Austreibung der Deutschen bereits einen außerordentlichen Umfang angenommen (Nr. 8). Polnische Maßnahmen gegen den deutschen Grundbesitz, wie sie z. B. der Ständige Internationale Gerichtshof in seinem Gutachten

vom 10. September 1923 als »nicht im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der Polnischen Regierung stehend« bezeichnete (Nr. 9), verstärkten den Zwang zur Abwanderung. Im September 1931 wurde von polnischer Seite zugegeben, daß bereits rund eine Million Deutsche aus Polen verdrängt waren (Nr. 10). Weder die Garantiemächte noch der Völkerbund, der inzwischen nicht nur von der deutschen, sondern auch von der ukrainischen Volksgruppe immer wieder um Schutz gegen die ständige Verletzung der Minderheitenbestimmungen durch Polen angerufen worden war (Nr. 9, Anm.), sind indessen ihrer Pflicht nachgekommen. Aus einer Debatte im Britischen Oberhaus — einer von vielen im Britischen Parlament — vom 15. Juni 1932 (Nr. 11) geht hervor, daß man in England die Mißhandlung der Volksgruppen in Polen und die Gefahr für den europäischen Frieden kannte, daß aber nichts geschah, um rechtzeitig eine Änderung herbeizuführen. Bereits im März 1933 hatte der Vernichtungskampf Polens gegen die wirtschaftliche Existenzbasis und den kulturellen Besitzstand der deutschen Volksgruppe einen erschreckenden Umfang angenommen (Nr. 12).

II. Zum Vorgehen Polens in Danzig

Die Polonisierungspolitik setzte sofort auch gegen die Freie Stadt Danzig ein. Die Deutsche Friedensdelegation hatte unter Berufung auf die Erklärungen des Präsidenten Wilson vergebens gegen die Abtrennung Danzigs protestiert (Nr. 13). Polen betrachtete den neuen status in Danzig von Anfang an nur als Ausgangsstellung für die endgültige Polonisierung. Es zog mit 24 Behörden (Nr. 14) in Danzig ein und sah in jeder von ihnen eine polnische Zelle und Wachstumsspitze. Aus einer Feststellung des Oberkommandos der Wehrmacht nach Abschluß des polnischen Kriegs (Seite 278) geht hervor, daß die wichtigsten dieser Behörden zu militärischen Stützpunkten ausgebaut worden waren. Die Freie Stadt Danzig hat unablässig den Völkerbundskommissar bzw. den Völkerbundsrat gegen polnische Aktionen anrufen müssen. Unter Mißbrauch polnischer Privilegien im Post- und Eisenbahnwesen (Nr. 15 und 16), gestützt auf chauvinistische polnische Studentenvereinigungen sowie auf militärische Organisationen (Nr. 17, 18), vor allem aber auch durch Anwendung schärfsten wirtschaftlichen Druckes (Nr. 19) hat Polen unablässig versucht, Danzig zur Unterwerfung unter polnische Interessen zu zwingen. Eigenmächtige Eingriffe Polens in die Hoheitsrechte Danzigs betrafen die verschiedensten Seiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens der Freien Stadt (Nr. 20). Als ein besonders gefährliches Element des polnischen Vordringens erwiesen sich die polnischen militärischen Anlagen auf der Westerplatte. Sie wurde von Polen stets als militärischer Stützpunkt angesehen und entsprechend ausgebaut (Nr. 21). Die Verstärkung der polnischen Garnison auf der Westerplatte (Nr. 21, 22) und das unangemeldete Verbleiben eines polnischen Munitionsdampfers im Munitionsbecken der Westerplatte (Nr. 23) im März 1933 stellten so eindeutige polnische Rechtsverletzungen dar, daß sich auch unter den Diplomaten in Warschau kaum jemand fand, der nicht die polnische Handlungsweise scharf verurteilt hätte (Nr. 24). Während Polen so seine Stellung in Danzig mit allen Mitteln zu erweitern suchte, wurde gleichzeitig durch die Errichtung und einseitige Begünstigung des polnischen Konkurrenzhafens Gdingen dem Danziger Hafen von Polen schwerster Schaden zugefügt (Nr. 25).

B. Deutschlands Bemühen um eine Verständigung mit Polen, 1933 bis 1939

I. Verhandlungen über ein deutsch-polnisches Verständigungsabkommen (Mai 1933 bis Januar 1934)

Im Interesse des nachbarlichen wie des europäischen Friedens entschloß sich der Führer sofort nach der Machtübernahme, die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine ganz neue Grundlage zu stellen und zu diesem Zwecke eine Verständigung mit Polen herbeizuführen. Die deutschen Verständigungsbemühungen setzten im Mai 1933 ein und dauerten bis 1939 fort. Am 17. Mai 1933 deutete der Führer im Reichstag zum ersten Male öffentlich an, daß eine Lösung im Osten gefunden werden müsse (Nr. 29), nachdem er schon in seiner Unterredung mit dem Polnischen Gesandten am 2. Mai diese Notwendigkeit sehr deutlich unterstrichen hatte (Nr. 26). Man leitete die Verständigungspolitik zunächst durch Verhandlungen über die Wiederherstellung des Zollfriedens ein (Nr. 30, 31). Nachdem der Führer im Oktober 1933 erneut öffentlich seiner Verständigungsbereitschaft Ausdruck gegeben hatte, kam es am 15. November 1933 zu der Unterredung zwischen dem Führer und Botschafter Lipski, in der der Entschluß des Führers und des Marschalls Pilsudski für beide Staaten festgelegt wurde, »in ihrem Verhältnis zueinander auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten« (Nr. 32). Unmittelbar darauf beauftragte der Führer den Deutschen Botschafter in Warschau, Marschall Pilsudski persönlich den Abschluß einer schriftlichen Abmachung vorzuschlagen und einen Entwurf hierfür zu überreichen (Nr. 33). Es stand jedoch von vornherein fest, daß für Deutschland die geplante Abmachung »in keiner Weise die Anerkennung der heutigen deutschen Ostgrenzen in sich schließt«, sondern daß mit der ins Auge gefaßten Erklärung eine Grundlage für die Lösung aller Probleme, also auch der territorialen, geschaffen »werden sollte« (Nr. 33). Deutschland hat somit das Abkommen von 1934 stets als jenen freundschaftlichen Rahmen angesehen, innerhalb dessen im Interesse des ungestörten Zusammenlebens der beiden Völker eine friedliche Lösung auch der territorialen Fragen erzielt werden konnte. Marschall Pilsudski äußerte sich sofort zustimmend zu dem deutschen Vorschlag einer schriftlichen Abmachung. Wie skeptisch allerdings selbst er die Möglichkeit einer wirklich grundlegenden Umstellung des deutsch-polnischen

Verhältnisses beurteilte, zeigt seine Äußerung, »daß sich aus der tausend Jahre alten Deutschfeindlichkeit des polnischen Volkes große Schwierigkeiten ergeben würden« (Nr. 34). Während nach deutscher Ansicht das geplante Abkommen eine Möglichkeit schaffen sollte, um alle die deutsch-polnischen Beziehungen belastenden Fragen allmählich einer Regelung zuzuführen, machten die polnischen Verhandlungsführer sofort den bezeichnenden Versuch, die Fragen der deutschen Volksgruppe vom Geltungsbereich des Abkommens auszuschließen (Nr. 35, 36). Am 26. Januar 1934 wurde das Verständigungsdokument unterzeichnet und bekanntgegeben (Nr. 37). Von deutscher Seite war man ehrlich gewillt, einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. Nur der Führer selbst besaß die Autorität im deutschen Volk, nicht nur vergessen zu machen, was gewesen war, sondern auch die öffentliche Meinung zu einer positiven Einstellung gegenüber Polen zu veranlassen. Selbstverständlich erwartete Deutschland, daß von nun an auch die Lage der deutschen Volksgruppe in Polen grundlegend gebessert würde.

II. Keine Besserung der Lage der deutschen Volksgruppe durch die deutsch-polnische Verständigungspolitik (November 1933 bis August 1934)

Die Erwartung wurde enttäuscht. Wenige Tage nach der historischen Unterredung zwischen dem Führer und Botschafter Lipski meldete das Konsulat Thorn, daß es bei schweren Ausschreitungen gegen Volksdeutsche in Graudenz mehr als zwölf Verletzte und einen Toten gegeben hatte (Nr. 39, 40). Der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, der Schweizer Calonder, mußte Ende 1933 hinsichtlich der Behandlung der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien »zu seinem großen Bedauern feststellen, daß die Politik der Verständigung noch keinerlei Besserung gebracht hatte«, während im deutschen Teil seines Bezirks kaum Anlaß zu einer Beanstandung bestehe (Nr. 41). Auch die Unterzeichnung des Verständigungsabkommens wurde mit neuen antideutschen Aktionen quittiert (Nr. 42 bis 47). Die deutschen Vertretungen in Polen kamen Mitte 1934 zu dem Urteil: Es ist keine Wendung zum Bessern, sondern eine Verschärfung der Lage der deutschen Volksgruppe zu spüren.

III. Polen entzieht sich der Minderheitenkontrolle des Völkerbundes (September bis November 1934)

Wir wissen heute, daß Polen in dem Abkommen mit Deutschland ein willkommenes Mittel erblickte, um die deutsche Volksgruppe binnen 10 Jahren auf kaltem Wege endgültig zu liquidieren, in der Annahme, daß Deutschland und die deutsche Presse im Sinne des Verständigungsabkommens stillhalten würden (vgl. auch Nr. 54 und 145). Auch die lästige Kontrolle des Minderheitenschutzvertrages durch den Völkerbund mußte beseitigt werden. Am 13. September 1934 kündigte Polen vor der Völkerbundsversammlung die Zusammenarbeit mit dem Völkerbund bei der Durchführung des Minderheitenschutzvertrages auf (Nr. 48, 49). Praktisch lief das polnische Vorgehen auf die Außerkraftsetzung des Minderheitenschutzvertrages hinaus. Die westlichen Garantiemächte England und Frankreich haben es bei einer formalen Rüge in der Völkerbundsversammlung bewenden lassen, obwohl sie sich über den Ernst und die Tragweite der polnischen Aktion klar sein mußten. Von deutscher Seite konnte der polnische Schritt nur mit ausdrücklichen Vorbehalten aufgenommen werden, da die Polen auferlegten Minderheitenschutzverpflichtungen das »Gegenstück zu der besonders ungünstigen Grenzziehung der Pariser Friedenskonferenz« darstellten (Nr. 50, 51). Der Reichsaußenminister beauftragte deshalb den Deutschen Botschafter in Warschau, der Polnischen Regierung ausdrücklich mitzuteilen, daß sich Deutschland am Schicksal des Deutschtums nicht desinteressieren könne, zumal die Minderheitenrechte ein integrierender Bestandteil der Gesamtregelung von 1919 seien (Nr. 52). Der Polnische Außenminister gab darauf die ausdrückliche Erklärung ab, daß die Minderheitenrechte auch weiterhin durch die polnische Verfassung geschützt werden würden, und erklärte sich bereit, etwaige Beanstandungen Deutschlands zu prüfen (Nr. 53).

IV. Weitere Verschlechterung in der Lage der deutschen Volksgruppe (November 1934 bis Oktober 1937)

Trotz der polnischen Zusicherungen blieb die Lage unverändert. Während die deutsche Presse im Interesse des nachbarlichen Friedens schweigt, setzt die polnische Verwaltung ihren Ausrottungskampf unter der Hand zielbewußt fort. Die Berichte der Deutschen Botschaft, der Generalkonsulate und Konsulate in Polen (Nr. 54 bis 80) können auch in der Zeit vom November 1934 bis Oktober 1937 immer wieder nur von neuen Aktionen gegen das Deutschtum berichten. Auf allen Lebensgebieten wächst die Verlustliste des Deutschtums an. Agrarreform, Arbeiterentlassungen, Schädigung von Hab und Gut der Deutschen, körperliche Angriffe und Terrorakte, die Hetzaktionen des berüchtigten Westverbandes steigern sich immer mehr, die Polonisierung der Schwerindustrie, des Grundbesitzes, des Arbeitsmarktes wird ergänzt durch einheitlich geleitete Boykottaktionen. Die ersten Ansprüche auf weiteres deutsches Reichsgebiet tauchen auf. Deutsche Proteste bei der Polnischen Regierung werden gelegentlich mit Zusagen, meist aber mit Ausreden beantwortet, der deutsch-polnische Pressefrieden (Nr. 62) wird mißbraucht. Auch während dieses Zeitabschnittes müssen die deutschen Vertretungen in Polen feststellen, daß von einer Verständigung nichts zu spüren, sondern eine Verschlechterung zu beobachten ist.

V. Verhandlungen über eine deutsch-polnische Minderheitenerklärung (Januar bis November 1937)

Im Frühjahr 1937 macht Deutschland angesichts des bevorstehenden Ablaufes des Genfer Abkommens über Oberschlesien einen neuen Versuch, auf dem Weg freundschaftlicher Verhandlungen zu einem freiwillig unterzeichneten, beiderseitigen Minderheitenschutzvertrag zu gelangen. Polen blieb auch nach dem Ablauf des Genfer Abkommens durch die Minderheitenschutzbestimmungen vom 28. Juni 1919 gebunden (Nr. 82). Der Deutsche Botschafter in Warschau muß aber schon bei der ersten Fühlungnahme feststellen, daß Polen nicht für einen zweiseitigen Minderheitenschutzvertrag zu haben ist (Nr. 83). Auch bei einem zweiten Versuch (Nr. 84) bleibt Polen bei seinem Nein. Beck ist der Ansicht, ein solcher Vertrag beeinträchtige die polnische Souveränität. Auch die Verhandlungen über Fragen, die sich aus dem Ablauf des Genfer Abkommens ergeben, stoßen auf Schwierigkeiten, sobald Minderheitenprobleme berührt werden (Nr. 85, 86 und 92). Anfang Juni 1937 unternimmt Deutschland in Warschau einen neuen Schritt, um ein Minderheitenabkommen zustande zu bringen (Nr. 87, 88, 89). Dabei wird erneut klargelegt, daß »Polen als integrierenden Bestandteil der Gesamtregelung von 1919 einseitige Minderheitenverpflichtungen übernommen hat«, auch wird die unhaltbare Lage des deutschen Volkstums eingehend erläutert. Im Interesse des nachbarlichen Friedens ist Deutschland bereit, sich statt eines zweiseitigen Vertrages mit einer öffentlichen, sachlich übereinstimmenden, gleichzeitigen Erklärung jeder Regierung zufrieden zu geben (Nr. 88). Mitten in diese Verhandlungen platzen — nicht zufällig — neue polnische Gesetze hinein, die, am Tage nach Ablauf des Genfer Abkommens erlassen, in Oberschlesien vollendete Tatsachen und Ausgangsstellungen für den weiteren Liquidationsprozeß gegen das deutsche Volkstum schaffen sollen (Nr. 93 und 94). Schließlich gelingt es trotzdem, eine Einigung über den Wortlaut der Minderheitenerklärung zu erzielen, und der Termin der Veröffentlichung wird festgesetzt (Nr. 95). Da — am Tage vor der geplanten Veröffentlichung — wird in Ostoberschlesien ein neues, äußerst minderheitenfeindliches Schulgesetz erlassen, so daß an die Publikation der Minderheitenerklärung nicht zu denken ist (Nr. 96 und 97). Neue Verhandlungen werden notwendig, um die Auswirkung dieses Sabotageversuches des oberschlesischen Woiwoden Grażyński auszugleichen (Nr. 98 und 99). Am 5. November 1937 kommt es endlich doch zur Veröffentlichung der Minderheitenerklärung der beiden Regierungen (Nr. 101). Der Führer empfängt polnische Volksgruppenvertreter. Seinen herzlichen Worten (Nr. 102) steht eine kühlere Geste des Polnischen Staatspräsidenten gegenüber (Nr. 103). Immerhin spricht Außenminister Beck von dem ernsthaften Willen der Polnischen Regierung, die Minderheitenerklärung zum Ausgangspunkt einer Aktion für die Besserung der Lage zu machen (Nr. 100). Was Deutschland nach diesem neuen Verständigungsversuch von Polen erwartet, wird in einem Aide-Mémoire für den Polnischen Botschafter zusammengestellt (Nr. 104).

VI. Nichtbeachtung der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung durch Polen (November 1937 bis November 1938)

Wieder folgt der Erwartung die Enttäuschung auf dem Fuße. Schon am 22. November 1937 meldet das Generalkonsulat Kattowitz eine neue Bedrohungs- und Entlassungswelle (Nr. 105). Krakau berichtet von deutschfeindlichen Kundgebungen (Nr. 106). Der Deutsche Botschafter muß am 11. Dezember gegenüber dem Polnischen Außenminister darauf hinweisen, daß sich in Oberschlesien nichts geändert habe, daß dort der Kampf gegen die evangelische Kirche noch schärfer geworden sei, daß die Aktionen des Westmarkenverbandes weitergehen und daß daher in Berlin schon das Gefühl einer gewissen Enttäuschung vorhanden sei (Nr. 109). Am 25. Januar 1938 muß der Bruch eines Gentlemen-Agreements in Schulangelegenheiten (Nr. 111), am 8. Februar ein Zweifel gegenüber polnischen Zusagen festgestellt werden (Nr. 112). Der deutsche Senator Wiesner kann im März 1938 vor dem Parlament geltend machen, daß in Oberschlesien für deutsche Arbeiter eine Arbeitslosigkeit von 60 bis 80% und für deutsche Jugendliche totale Arbeitslosigkeit bestehe (Nr. 113). Auch auf dem Schulgebiet tritt keine Erleichterung ein (Nr. 114). Westverband, Presse und andere Faktoren der öffentlichen Meinung in Polen gehen nicht nur über die Minderheitenerklärung, sondern auch über den deutsch-polnischen Frieden hinweg. Immer neue Kundgebungen, Demonstrationen, Hetzartikel und Reden (Nr. 116 und 117) beweisen, daß das polnische Volk nicht daran denkt, Deutschland gegenüber moralisch abzurüsten.

VII Der deutsch-polnische Notenaustausch über das Olsagebiet und das polnische Vorgehen gegen die dortige deutsche Volksgruppe (Oktober 1938 bis März 1939)

Die gleichen Erfahrungen macht Deutschland im Olsagebiet. Dieses Gebiet fiel Polen in der Auseinandersetzung mit der Tschecho-Slowakei durch die deutsche Freundschaft zu. Polen quittiert unmittelbar nach der Besetzung mit schärfstem Terror gegen das dortige Deutschtum wie gegen die tschechische Bevölkerung (Nr. 118). Ein deutscher Protest führt zu einer Ausdehnung der Minderheitenerklärung auf das Olsagebiet (Nr. 119). Trotzdem geht die Verdrängung und Entdeutschung auf allen Lebensgebieten weiter; die Zahl der Flüchtlinge geht in die Tausende (Nr. 120 und 121). Neue Vorstellungen (Nr. 122 und 125) bleiben erfolglos. Die deutsche Verlustliste an Arbeitsplätzen, Schulen, Grundbesitz und Kultureinrichtungen steigt rapide an. Der Deutsche Konsul in Teschen spricht von einer »groß angelegten Massenaktion gegen die gesamte deutsche und tschechische Arbeiter- und Angestelltenschaft« (Nr. 126).

VIII. Zunehmende Verschärfung des polnischen Vorgehens gegen die deutsche Volksgruppe
(Oktober 1938 bis März 1939)

Nach dem Übergang des Olsagebiets an Polen verschärft sich auch in den übrigen Deutschtumsgebieten der polnische Druck von Monat zu Monat. Der Erfolg von Olsa führt zu Überheblichkeit (Nr. 128) und erweckt Appetit auf weiteren, diesmal deutschen Gebietszuwachs. Annexionistische Forderungen der polnischen Verbände und Zeitungen werden laut (Nr. 129 und 130), die Entlassungen in Oberschlesien setzen sich in raschem Tempo fort (Nr. 131 und 134), in den deutschen Schulen werden Bücher wie Goethes »Dichtung und Wahrheit« verboten (Nr. 133). Im Januar 1939 setzen Verhaftungen ein, es kommt zu Enteignungen, die Boykottaktionen gehen weiter (Nr. 137, 138 und 140). Der deutschen Bevölkerung bemächtigt sich eine verzweifelte Stimmung (Nr. 142). Der Besuch des Reichsaußenministers von Ribbentrop in Warschau und seine neuen Bemühungen um die deutsch-polnische Verständigung bleiben wirkungslos. Die Polnische Regierung läßt die Zügel schleifen und ist somit verantwortlich dafür, daß die antideutsche Welle am 24. und 25. Februar 1939 mit beleidigenden Demonstrationen vor dem deutschen Botschaftsgebäude (Nr. 146 und 147), mit Ausschreitungen in Posen (Nr. 148 und 150), in Krakau (Nr. 149) und anderen Städten ihren einstweiligen Höhepunkt erreicht. Die Rufe nach Eroberung Danzigs und anderer deutscher Gebiete werden immer häufiger (Nr. 151); Deutschland warnt Warschau (Nr. 152) unter Hinweis auf die Verantwortung, die Polen auf sich nimmt. Der Deutsche Botschafter von Moltke muß feststellen, daß die Basis der deutsch-polnischen Verständigungsarbeit in Polen immer schmaler wird (Nr. 155).

IX. Fortsetzung der Enteignung deutschen Grundbesitzes in Nichtachtung der Minderheitenerklärung
(Februar 1938 bis Februar 1939)

Ein besonderes Kapitel des Kampfes gegen das Deutschtum ist die Enteignung des deutschen Grundbesitzes (Nr. 156 bis 168). Trotz des Verständigungsabkommens von 1934 und der Minderheitenerklärung von 1937 geht die Enteignung unter dem Vorwand der Agrarreform verschärft weiter, was zu wirtschaftlicher Schädigung der gesamten Volksgruppe führt und eine neue Abwanderungsbewegung hervorruft. Angesichts der Geringfügigkeit der gezahlten Entschädigung (Nr. 159) stellen diese Enteignungen nur verschleierten Raub dar. Trotz deutscher Interventionen wächst mit jeder neuen Liste des zu enteignenden Bodens der absolute und relative deutsche Bodenverlust. Im November 1938 wird noch einmal der Versuch gemacht, eine Benachteiligung der deutschen Minderheit wenigstens für die Zukunft zu verhindern (Nr. 161). Zusagen werden gegeben (Nr. 162), aber die neue Liste der Enteignungen im Februar 1939 trifft den deutschen Grundbesitz noch stärker als im vergangenen Jahr (Nr. 163 und 164).

X. Weitere deutsche Versuche zur Verbesserung der Lage der deutschen Volksgruppe durch deutsch-polnische Besprechungen
(November 1937 bis März 1939)

Trotzdem versucht das Reich, in einer neuen Anstrengung auf dem Verhandlungswege zu einer Verbesserung der Lage des Deutschtums zu kommen. Schon im November 1937 regt es wiederkehrende Aussprachen zwischen Vertretern beider Staaten über Minderheitenfragen an (Nr. 169). Eine polnische Antwort bleibt aus. Im Mai 1938 wird der Vorschlag wiederholt (Nr. 170). Am 9. Juli wird auf Weisung des Reichsaußenministers (Nr. 171) zum drittenmal der Versuch gemacht, Polen zu regelmäßigen Besprechungen von Minderheitenfragen im Geiste der Erklärungen von 1937 zu bewegen (Nr. 172). Durch dilatorisches Verhalten (Nr. 173 und 174) zögert Polen die im November 1937 angeregten Besprechungen hinaus; erst bei dem Besuch des Reichsaußenministers in Warschau am 26. Januar 1939 wird der Beginn der Tagung endgültig zugesagt (Nr. 202), die schließlich am 27. Februar ihren Anfang nimmt (Nr. 175). Polen führt diese Besprechungen dann in einem so negativen Geist (Nr. 176), daß sich die deutsche Vertretung beim Abschluß am 4. März zu der Feststellung gezwungen sieht: »Die Polen denken nicht daran, ihre Politik gegenüber der deutschen Volksgruppe irgendwie zu ändern. Sie mögen auf weniger wichtigen Gebieten zu kleinen Zugeständnissen bereit sein, in den das Leben der deutschen Volksgruppe berührenden Fragen sind sie jedoch bestrebt, ihre bisherige Entdeutschungspolitik mit allem Nachdruck fortzusetzen« (Nr. 178). Mit dieser Sabotage der unermüdlichen deutschen Versuche schließt ein langes, enttäuschendes Verständigungskapitel ab.

XI. Zur Lage in Danzig
(1933 bis 1939)

In die deutsch-polnische Verständigung war auch Danzig einbezogen worden. Durch direkte Aussprache und Bereinigung vorhandener Schwierigkeiten wollte Danzig ebenfalls dazu beitragen, das deutsch-polnische Verhältnis von Grund auf zu bessern. Am 5. August 1933 kam es auf Danziger Initiative zu verschiedenen Übereinkommen, die langjährige Streitfragen regeln sollten (Nr. 179). Trotzdem

gehen die Polonisierungsversuche weiter (Nr. 180). Am 6. August 1934 werden Abmachungen über Wirtschafts- und Zollfragen unterzeichnet (Nr. 181). Polen hält jedoch an seinen Expansionsbestrebungen fest. Ihnen sollen die Militarisierung von 17 polnischen Vereinen und Verbänden in Danzig (Nr. 182) und die Massenkündigung deutschstämmiger Danziger Eisenbahner (Nr. 183, 184 und 186) dienen. Ende Juli 1935 führt ein polnischer Versuch, durch eine rechtswidrige Zollverordnung die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen des Danziger Hafens anzugreifen, zu einem ernsten Konflikt (Nr. 185). Im Juli 1936 finden in Warschau große Demonstrationen gegen Danzig statt, an denen sich auch regierungsfreundliche Verbände beteiligen; in Maueranschlägen wird verlangt, Polen in der deutschen Stadt »Mit-Hausherrenrechte« zu verschaffen (Nr. 187). In Danzig kommt es zu Beleidigungen des Reichs und seiner Hoheitszeichen durch Mitglieder der polnischen Kolonie (Nr. 190). Im August 1938 geht eine antideutsche Propagandawelle durch ganz Polen. Danzig gehört zu ihren wichtigsten Agitationsthemen. Der Ton ist auf aufreizende Hetze und annektionistische Forderungen abgestellt (Nr. 193). Der Senatspräsident protestiert beim Vertreter Polens in Danzig, der seinerseits in einer polnischen Kundgebung auf Danziger Gebiet die Polen aufgefordert hatte, in der Hoffnung zu leben, »daß sie in Danzig in kürzester Zeit auf polnischem Boden wohnen würden« (Nr. 192). Der Kampf gegen Danzig wird auf allen Lebensgebieten, vor allem auch wirtschaftlich geführt (Nr. 191). Immer wieder wird die Annexion Danzigs durch Polen gefordert oder angekündigt (Nr. 194 und 195). Auseinandersetzungen zwischen deutschen und polnischen Studenten werden in Warschauer Kreisen als Anlaß angesehen, »eine militärische Aktion gegen Danzig herbeizuführen« (Nr. 196).

XII. Deutsche Bemühungen um eine gütliche Lösung der Danzig- und Korridorfrage (Oktober 1938 bis Mai 1939)

Der zwölfte Abschnitt des Teiles B des ersten Kapitels bietet mit den Dokumenten Nr. 197 bis 216 die wichtigsten Beweisstücke für die Aufrichtigkeit und die Mäßigung, mit der Deutschland trotz aller Rückschläge zu einer endgültigen, für beide Teile ehrenvollen Lösung des deutsch-polnischen Grundproblems, der Danzig- und Korridorfrage zu kommen versuchte. Daß beide Fragen gelöst werden mußten, ergab sich aus der allgemeinen Zuspitzung des deutsch-polnischen Verhältnisses und des Volkstumsproblems. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß Deutschland die Lösung nicht gegen, sondern mit Polen auf dem Fundament der 1934 eingeleiteten Verständigung suchte und seine Forderungen auf ein Mindestmaß herabsetzte. Am 24. Oktober 1938 entwickelte Reichsaußenminister von Ribbentrop dem Polnischen Botschafter zum erstenmal die deutschen Vorschläge, ihren Sinn und ihre Tragweite (Nr. 197). Sie haben sich in ihrer Substanz niemals geändert. Für die Rückkehr Danzigs zum Reich und eine exterritoriale Auto- und Eisenbahnverbindung durch den Korridor, der eine ähnliche Verbindung Polens auf Danziger Gebiet entsprechen sollte, bot Deutschland Polen eine endgültige Anerkennung und Garantie seiner Grenzen, d. h. also den Verzicht auf die Rückgliederung der übrigen abgetretenen Gebiete. Der Zeitpunkt war gut gewählt: Polen hatte mit deutscher Hilfe das Olsagebiet gewonnen und betrieb die Verwirklichung einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze. Botschafter Lipski bemühte sich dabei um die Unterstützung Deutschlands. Am 19. November 1938 brachte Lipski eine teils ausweichende, teils hinhaltende Antwort (Nr. 198), die mit innerpolitischen Schwierigkeiten begründet wurde. Weder diese Antwort, bei deren Entgegennahme der Reichsaußenminister zum zweitenmal die deutschen Vorschläge darlegte, noch das Gespräch Becks mit dem Deutschen Botschafter am 14. Dezember (Nr. 199) verriet auf polnischer Seite ein Gefühl des Bedrohtseins. Die dritte Unterredung in dieser Angelegenheit fand am 5. Januar 1939 zwischen dem Führer und Außenminister Beck statt (Nr. 200). Der Führer entwickelte den großen freundschaftlichen Rahmen, in dem er sich künftig das deutsch-polnische Verhältnis und die Regelung der Danzig- und Korridorfrage dächte. Es war eine Regelung, bei der auch Polen gewann und die jede Bedrohung ausschloß. Auch diesmal wich Beck aus, erklärte sich aber bereit, »das Problem gern einmal in Ruhe zu überlegen«. Am nächsten Tage wurde in einer Begegnung zwischen Beck und dem Reichsaußenminister der gleiche Gegenstand zum viertenmal eingehend durchgesprochen (Nr. 201); das Thema wurde zum fünftenmal in einer Unterhaltung in Warschau anläßlich des Besuchs des Reichsaußenministers am 26. Januar 1939 erörtert (Nr. 202). Beck versprach wiederum eine reifliche Prüfung der Frage. Zwischen dem Gespräch in Warschau und der sechsten Unterredung, am 21. März 1939 (Nr. 203), liegt der Zerfall der Tschecho-Slowakei, der Polen die gewünschte gemeinsame Grenze mit Ungarn brachte und damit die Gefahr eines »ukrainischen Piemont« für Polen beseitigte. Der Reichsaußenminister konnte auch die neue polnische Sorge wegen der Slowakei sofort durch die Aussicht auf eine Teilnahme Polens an der Garantierung des slowakischen Staates beseitigen, vorausgesetzt, daß das deutsch-polnische Verhältnis eine befriedigende Entwicklung nehme. Deutschland hatte zwar Ursache, infolge neuer deutschfeindlicher Demonstrationen, scharfer Presseangriffe und neuer Maßnahmen gegen die deutsche Volksgruppe mißtrauisch zu sein. Trotzdem trug der Reichsaußenminister nur die alten, maßvollen Forderungen vor und erbat ihre Verwirklichung auf freundschaftlichem Wege innerhalb einer Dauerregelung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Gleichzeitig ließ er dem Polnischen Außenminister sagen, er würde sich freuen, wenn Beck ihm demnächst in Berlin einen Besuch abstatten würde. Polen war von den deutschen Wünschen seit einem halben Jahr unterrichtet. Es konnte sich am 21. März weder überrascht noch bedroht fühlen.

Die erste Antwort Polens bestand in einer Teilmobilisierung am 23. März und Truppenzusammenziehungen bei Danzig (Nr. 204, 205 und 207). Die Militärs gewannen steigenden Einfluß auf die Außenpolitik. England hatte sich bereits eingeschaltet (Nr. 206). Polen konnte darauf rechnen, daß es in der englischen Einkreisungspolitik, die mit dem 17. März offene Formen angenommen hatte, eine entscheidende Rolle spielen werde und seinen Preis stellen konnte, wie im einzelnen aus dem zweiten Kapitel ersichtlich ist. Die zweite Antwort Polens, das Nein vom 26. März 1939 (Nr. 208, Anlage) wurde also unter dem Eindruck der englischen Rückendeckung ausgesprochen. Reichsaußenminister von Ribbentrop mußte feststellen, daß das Memorandum der Polnischen Regierung keine Basis für die deutsch-polnische Lösung bieten konnte. Der Polnische Botschafter drohte, jegliche weitere Verfolgung dieser Pläne, vor allem hinsichtlich Danzigs, bedeute den Krieg. Der Reichsaußenminister ließ sich bei allem Ernst der Lage durch diese polnische Herausforderung nicht aus der Geduld bringen, sondern legte der Polnischen Regierung zum siebentenmal nahe, nach Beruhigung der Situation den deutschen Vorschlag doch noch zu erwägen (Nr. 208). Die dritte Antwort Polens waren neue antideutsche Ausschreitungen in Bromberg, die Entfesselung der polnischen Presse (Nr. 209) und die Entfachung einer allgemeinen Kriegsstimmung, durch die das polnische Volk kriegsreif gemacht werden sollte. Ein Bericht des Deutschen Botschafters vom 28. März 1939 stellte bereits fest, daß in Warschau »eine Selbstsicherheit und Überschätzung« um sich greife, die »im Hinblick auf den polnischen Nationalcharakter eine Gefahr sei«. Der Vizekriegsminister selbst verbreitete die Ansicht von der Überlegenheit der polnischen Armee über Deutschland (Nr. 210). Außenminister Beck wurde immer mehr zum Gefangenen des polnischen Chauvinismus, dem er sich unter Preisgabe seiner eigenen Politik unterwarf (Nr. 216). Er hielt es am 29. März für richtig, dem Deutschen Botschafter mit dem casus belli zu drohen, wenn Deutschland oder der Danziger Senat das Statut der Freien Stadt Danzig abändere (Nr. 211). Statt nach Berlin fuhr er nach London, um dort den englischen Garantiepakt zu akzeptieren. Damit war ein Kapitel langmütiger deutscher Bemühungen um den deutsch-polnischen Ausgleich abgeschlossen. Polen hatte endgültig für die Einkreisungspolitik gegen Deutschland optiert. Es kehrte damit auch äußerlich zu der Erbfeindpolitik des Jahres 1919 zurück, die es innerlich nie aufgegeben hatte. Es hatte das Abkommen von 1934 zerstört, das die Gewaltanwendung zwischen den beiden Staaten ausschloß, und verpflichtete sich zur Gewaltanwendung gegen Deutschland selbst dann, wenn seine Interessen überhaupt nicht berührt waren (Nr. 213). In der Reichstagsrede vom 28. April (Nr. 214) und im Memorandum der Deutschen Regierung vom gleichen Tage (Nr. 213) zog der Führer einen Strich unter sechs Jahre ehrlichen, geduldigen Bemühens um die polnische Freundschaft, streckte jedoch selbst in diesem ernsten Augenblick Polen noch einmal die Hand entgegen und erklärte sich für Deutschland zu einer neuen vertraglichen Regelung bereit. Polen hat davon keinen Gebrauch gemacht, sondern mit der hochfahrenden Rede Becks vom 5. Mai, mit einer Steigerung der antideutschen Hetze und mit einer nicht mehr abreißenden Kette von Reden und Pressestimmen geantwortet, in denen weiteres deutsches Volks- und Reichsgebiet für Polen gefordert wurde. Von maßgebender polnischer Seite wurde bestätigt, daß Beck nicht nur der Gefangene des polnischen Chauvinismus, sondern auch der englischen Bemühungen geworden war (Nr. 216).

Zweites Kapitel

Die englische Kriegspolitik

A. Britische Aufrüstung und Hetze gegen Deutschland

(September 1938 bis Juli 1939)

Das deutsch-polnische Problem war durch die Vernachlässigung während 20 Jahren und die polnische Überheblichkeit zur kritischsten Frage der europäischen Politik geworden. Es stellte für denjenigen, der einen Kriegsanlaß suchte, jederzeit die gewünschte Möglichkeit zur Verfügung. Es war England, das im Rahmen seiner Einkreisungspolitik den europäischen Horizont nach solchen Möglichkeiten absuchte und in den Märztagen 1939 mit dem polnischen Chauvinismus den Kontakt herstellte. Die deutsch-englischen Beziehungen schienen in der gemeinsamen Erklärung von München (Nr. 217) eine Wendung zum besseren erreicht zu haben. Es waren ihr viele Jahre einseitiger deutscher Bemühungen um die englische Freundschaft vorangegangen. Die Verständigung mit England gehörte zum außenpolitischen Programm des Nationalsozialismus. Der Flottenvertrag von 1935 sollte die Sicherheit dafür bieten, daß die beiden Reiche unter gegenseitiger Respektierung ihrer Lebensinteressen nicht wieder die Klingen kreuzen würden. Die Münchener Erklärung sollte diese Gewißheit friedlicher deutsch-englischer Beziehungen zu einer endgültigen machen. Um so größer war die Enttäuschung, als Chamberlain drei Tage nach der Münchener Erklärung im Unterhaus die Aufrüstung um jeden Preis proklamierte (Nr. 218). Diese Tatsache und die Haltung der englischen Opposition zwangen den Führer, in der Saarbrücker Rede (Nr. 219) sein Volk vor Vertrauensseligkeit zu warnen und auf die Möglichkeit hinzuweisen, daß jederzeit die Kriegspartei Edens, Churchills und Coopers zur Macht kommen könne. Die Entwicklung hat ihm Recht gegeben. Schon lange vor der tschecho-slowakischen Spannung war Deutschland in England dazu mißbraucht worden, das englische Publikum rüstungswillig zu machen. Nach München wurde dieser Prozeß rasch vorangetrieben. Der Englische Kriegsminister verkündete schon am 10. Oktober 1938 die bevorstehende

wesentliche Verstärkung und Modernisierung der Territorialarmee (Nr. 220). Gleichzeitig trieb England den französischen Verbündeten zu weiteren Rüstungsanstrengungen, vor allem in der Luft, an (Nr. 221). Es folgten die Vorbereitungen für die Anlegung eines Nationalregisters für den freiwilligen Hilfs- und Kriegsdienst (Nr. 222). Churchill durfte in einer Rundfunkansprache für die Vereinigten Staaten (Nr. 223) in ähnlicher Weise gegen Deutschland hetzen, wie Duff Cooper in Paris (Nr. 232), und forderte die allgemeine Wehrpflicht. Der Führer warnte in einer Rede in Weimar am 6. November (Nr. 224) aufs neue vor den englischen Kreisen, auf deren Programm die »Vernichtung Deutschlands und Italiens« stehe. Auch der Reichsaußenminister machte vor der ausländischen Presse auf die Weltgefahr der Kriegshetzer in den westlichen Demokratien aufmerksam (Nr. 225). Mitte November wurde die kanadische Industrie erfolgreich in das englische Luftrüstungsprogramm eingebaut (Nr. 226) und bei einem Besuch von Chamberlain und Halifax in Paris Frankreich zur Vermehrung der offensiven Luftwaffe gedrängt, englischerseits aber die Entsendung eines starken Expeditionskorps zugesagt (Nr. 227 und 228). Am 30. November 1938 folgte die handelspolitische Kampfansage Englands an Deutschland in Südost- und Mitteleuropa (Nr. 229). Am 7. Dezember hielt es der Englische Staatssekretär für Kolonien für notwendig, das Dokument von München durch ein unmotiviertes Nein in der Kolonial- und Mandatsfrage zu entwerten und Deutschland auf diesem Gebiet den Weg des Verhandelns zu versperren (Nr. 231). Nebenher ging die von der Englischen Regierung geduldete Pressehetze gegen das Reich, Beleidigungen des Führers (Nr. 233), die Vergiftung der Atmosphäre durch Falschmeldungen (Nr. 230) und die wachsende Bearbeitung der Öffentlichkeit durch die englische Kriegspartei, der Chamberlain nun auch schon in der Öffentlichkeit Konzessionen machte (Nr. 234). Wie die Ansprache des Führers beim Neujahrsempfang am 12. Januar 1939 (Nr. 235) beweist, ließ sich Deutschland trotzdem von der Hoffnung auf Frieden und Verständnis bei England und Frankreich nicht zurückschrecken. England beantwortete diese Bereitschaft mit der Einführung des »freiwilligen nationalen Dienstes«, der es »für den Krieg bereit machen sollte« (Nr. 237), und mit gesteigerten Bemühungen, die englische Nation kriegsreif zu machen. Friedensanstrengungen des Führers wurden in der englischen Presse unterschlagen (Nr. 238). Noch ehe die tschechische Ausrede vorgebracht werden konnte, fühlte sich Chamberlain vor der Geschichte berufen, gegenüber dem Deutschland Adolf Hitlers die gleiche Rolle zu spielen, wie der jüngere Pitt gegenüber Napoleon (Nr. 240). Der Führer sah sich am 30. Januar veranlaßt, im Reichstag aufs neue auf die Kriegspartei in England hinzuweisen und das deutsche Volk darauf aufmerksam zu machen, daß diese »unter allen Umständen einen Krieg vom Zaune brechen wolle« (Nr. 241). Rüstung und Hetze gingen in England Hand in Hand. Man rühmte sich der überwältigenden Zahlen der Aufrüstung (Nr. 242). Schon Mitte Februar 1939 machte England völkerrechtlich das Schußfeld für den Wirtschaftskrieg frei, indem es die Genfer Generalakte kündigte, soweit sie für Kriegszeiten verbindlich war (Nr. 244). Es entzog sich damit in dem geplanten Krieg jedem Schiedsgerichtsverfahren bei Streitigkeiten mit den Neutralen. Das war eine ausgesprochene Kriegsvorbereitungsmaßnahme. Die Kriegslüsternheit Englands war in der ganzen Welt zu spüren. Englische Vertretungen im Ausland entwickelten sich zum »Herd der Kriegspsychose«. Eden, Churchill und Duff Cooper galten als die eigentlichen Vertreter und künftigen Führer der Nation (Nr. 245). Am 8. März rühmte der Englische Kriegsminister die Größe und Schlagkraft der Armee, die er auf den europäischen Kontinent schicken könne (Nr. 246).

Die Neuordnung im tschechischen Raum gab den Vorwand für eine Verdoppelung der englischen Kriegsvorbereitungen und der antideutschen Hetze. Duff Cooper konnte den Führer in offener Sitzung des Unterhauses beleidigen. Lord Halifax deckte diese Beleidigungen gegenüber dem Deutschen Botschafter (Nr. 247). Am 29. März verkündete Chamberlain die Verdoppelung der auf Kriegsstärke gebrachten territorialen Feldarmee (Nr. 248). Am 20. April wurde das Gesetz zur Errichtung des Versorgungsministeriums, der wehrwirtschaftlichen Zentrale der Kriegsvorbereitungen, angekündigt (Nr. 250). Die englische Öffentlichkeit wurde durch Reden, Nachrichten und amtliche Gesten (Nr. 249) in Nervosität und Kriegsstimmung gehalten. Am 26. April führte England die allgemeine Militärdienstpflicht ein (Nr. 251). Die Begründung sprach »von dem Wandel in der öffentlichen Meinung, der sich seit schon erheblicher Zeit stetig entwickelt habe«, und von den »neuen Verpflichtungen, die Großbritannien vor kurzem in Europa eingegangen sei«. Beide Voraussetzungen sind von der Englischen Regierung planmäßig geschaffen worden, um die Militärdienstpflicht in der öffentlichen Meinung durchsetzen zu können. Ein Bericht des Deutschen Botschafters von Dirksen vom 10. Juli 1939 (Nr. 252) faßt zusammen, was in England getan wird, um den »Begriff Krieg zum Mittelpunkt des Denkens und der Gespräche« zu machen. Am 28. Juli gab der Innenminister Sir Samuel Hoare die Errichtung eines »Schatteninformationsministeriums« für den Notfall bekannt und definierte den Ausdruck Notfall mit dem Satz: »Ich meine den tatsächlichen Krieg« (Nr. 254).

B. Die britische Haltung zur tschechischen Frage

(November 1938 bis April 1939)

In der Begründung der britischen Einkreisungspolitik hat die tschechische Frage eine wichtige Rolle gespielt. Deutschland wurde der Vorwurf gemacht, die Tschecho-Slowakei mit Gewalt zerschlagen und die Konsultationspflicht gegenüber England verletzt zu haben. Diesen Behauptungen stehen amtliche englische Feststellungen entgegen, wie aus den Dokumenten Nr. 255 bis 266 hervorgeht. Chamberlain

selbst bekannte sich in einer Erklärung im Unterhaus zur Wandelbarkeit der Grenzen von Versailles (Nr. 255). Die englische Garantie für die Tschecho-Slowakei könnte daher auch keine »Kristallisation der Grenze« bedeuten (Nr. 256). Am 14. März, dem Tag, da die Tschecho-Slowakei auseinanderbrach, gab Chamberlain im Unterhaus zu, daß ein unprovozierter Angriff auf die Tschecho-Slowakei nicht stattgefunden hatte (Nr. 257). Am 15. März, d. h. nach der Unterzeichnung des deutsch-tschechischen Abkommens, erklärte Chamberlain im Unterhaus, daß die englische Garantie für die Tschecho-Slowakei nicht zur Anwendung kommen könne, weil »der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigten, von innen her zerbrach und so sein Ende fand. Seiner Majestät Regierung kann sich infolgedessen nicht mehr länger an diese Verpflichtung gebunden halten« (Nr. 259). Diese amtliche englische Feststellung deckt sich nicht nur mit der deutschen Auffassung, sondern auch mit der historischen Tatsache, daß am 14. März mittags gegen 13 Uhr durch die Unabhängigkeitsproklamation des slowakischen Landtags die Tschecho-Slowakei bereits auseinandergebrochen war.

In diesem Augenblick setzte die englische Kriegspartei zum Gegenstoß an und behielt die Oberhand. Die Deutsche Botschaft in London meldete am 17. aus amtlichen und parlamentarischen Kreisen eine plötzliche Versteifung (Nr. 261). Chamberlain warf seine eigene Politik über Bord und kapitulierte vor der Opposition, die von nun an, im Einvernehmen mit der Bürokratie des Foreign Office, die außenpolitische Führung übernahm (Nr. 263). So kam es zu der englischen Demarche in Berlin (Nr. 262) und zu dem Vorwurf, Deutschland habe seine Münchener Unterschrift verleugnet. Auch dieser Vorwurf ist ad hoc zu besonderem Gebrauch konstruiert worden. Denn aus den Dokumenten Nr. 264 und 265 geht hervor, daß England noch am 23. März in dem deutschen Vorgehen keinen Verstoß gegen die Konsultationsabrede von München sah. Auf Anfrage im Unterhaus, welche Vorstellungen man in Berlin wegen des Umstandes erhoben habe, daß die Deutsche Regierung die in München versprochene Konsultation mit der Englischen Regierung nicht vorgenommen habe, erwiderte Unterstaatssekretär Butler: »Meines Wissens enthielt das erwähnte Communiqué keine derartige Erklärung. Der zweite Teil der Frage erledigt sich damit.« Der Führer konnte daher mit Recht im Reichstag am 28. April den Vorwurf zurückweisen, die Münchener Abreden nicht eingehalten zu haben (Nr. 266). Das Münchener Abkommen, in dem ein feierlicher Kriegsverzicht niedergelegt war, ist vielmehr in dem Augenblick durch England gebrochen worden, als es Deutschland den Krieg erklärte.

C. Die britische Einkreisungspolitik seit Februar 1939

Der nächste Abschnitt behandelt von Nr. 267 bis 324 die britische Einkreisungspolitik seit Februar 1939, die für die Beurteilung der Kriegsursachen von entscheidender Bedeutung ist. Denn erst durch die Verkoppelung des polnischen Komplexes mit der britischen Einkreisung wurden relativ einfache Fragen, wie Danzig und Korridor, mit jenem Dynamit geladen, der den Frieden zunächst in Ost- und dann in Westeuropa in die Luft sprengen mußte. Die Englische Regierung, die sich schon vorher moralisch der Opposition unterworfen hatte, betrieb nunmehr auch öffentlich die Außenpolitik jener Männer, deren eingestandenes Ziel die Vernichtung des Großdeutschen Reiches war. Noch ehe es den tschechischen Vorwand gab, hatten England und Frankreich öffentliche Erklärungen abgegeben, daß sie sich im Falle eines Krieges mit allen Streitkräften zu Hilfe eilen würden (Nr. 267). Die öffentlichen Bekundungen der englisch-französischen Solidarität und »eine bemerkenswerte englische Aktivität in Polen« bestärkten bereits im Februar gewisse polnische Absichten »einer allmählichen Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen« (Nr. 268). In Birmingham, zwei Tage nach Prag, blies Chamberlain die Angriffsfanfare gegen Deutschland und kündigte öffentlich die Einkreisung an: Nicht nur die Dominions und Frankreich, sondern auch andere Mächte würden den Wunsch haben, sich mit England zu konsultieren (Nr. 269). Unverantwortlich in die Welt gesetzte völlig unsinnige Gerüchte über ein deutsches Ultimatum an Rumänien wurden begierig aufgegriffen (Nr. 270), um diesen Staat für schutzbedürftig zu erklären. In den vorangegangenen Unterhausdebatten war von der Opposition wie von der Regierungspartei bereits die ganze Liste der für die Einkreisung zu gewinnenden Staaten, einschließlich Polens, aufgestellt worden. Lord Halifax erklärte am 20. März im Oberhaus, daß die Regierung Erwägungen darüber anstelle, »ob nicht zwecks gegenseitiger Unterstützung die Übernahme ausgedehnter gegenseitiger Verpflichtungen geboten erscheine«, und teilte mit, daß England keine Zeit versäumt habe, um »mit anderen Regierungen in enge und praktische Konsultation zu treten« (Nr. 271). Daß dazu in erster Linie Polen gehörte, belegen die Berichte des Deutschen Geschäftsträgers in London vom 20. und 22. März (Nr. 272 und 274). Am 24. März berichtete auch der Deutsche Botschafter in Warschau von wiederholten Besuchen des Englischen Botschafters im Polnischen Außerministerium während der letzten Tage (Nr. 206). Polen wußte demnach bereits, als es, am 21. März vom Reichsaußenminister noch einmal mit der Danzig- und Korridorfrage befaßt, am 26. März seine ablehnende Antwort erteilte, daß es die Garantie Englands und der zu schaffenden Koalition hinter sich haben werde. Das polnische Nein ist daher in erster Linie von England zu verantworten.

Zur Erzeugung der geeigneten Atmosphäre wurden überdies Hetzmeldungen über deutsche Angriffsabsichten gegen kleine Staaten lanciert, z. B. auch gegen Norwegen (273). Die Einbeziehung der Sowjetunion stand von Anfang an auf der Tagesordnung (Nr. 274). Über den Kopf Hollands und

der Schweiz hinweg wurden auch diese Länder für schutzbedürftig erklärt (Nr. 276 und 311). Im Bewußtsein, daß England seiner bedurfte, steigerte dann Polen seine Bedingungen bis zu jenem Blankoscheck vom 31. März 1939 (Nr. 206, 277 und 279). Die polnische Antwort an Deutschland vom 26. März war daher nicht nur von der polnischen Anmaßung, sondern hauptsächlich auch von der britischen Absicht diktiert, Polen zum entscheidenden Faktor der Einkreisungspolitik zu machen. Mit dieser Garantie wurde, wie selbst Duff Cooper damals schrieb, das Schicksal des englischen Empire, die Frage von Krieg und Frieden »einer Handvoll unbekannter Leute in Polen anvertraut«. Der Führer erteilte in Wilhelmshaven die erste warnende Antwort: Deutschland werde nicht den schweren Fehler wiederholen, »die Einkreisung zu sehen und sich ihrer nicht beizeiten zu erwehren« (Nr. 281). Daß sich England des grundsätzlichen Wandels seiner Politik und des Risikos, das es mit dem polnischen Freibrief übernahm, bewußt war, ergibt sich aus den Reden Chamberlains und Simons vom 3. April (Nr. 283 und 284). Die Verpflichtungen »Krieg zu führen« waren absichtlich dort eingegangen worden, wo sie England als Vorwand für die Kontrolle Ost- und Mitteleuropas und für die Auslösung eines Präventivkrieges brauchte. Die militärische Ausführung und Anpassung ging mit der Arbeit der diplomatischen Einkreisung Hand in Hand (Nr. 285). Am 6. April wurde beim Besuch Becks in London die Umwandlung der einseitigen Garantie Polens vom 31. März in eine zweiseitige bekanntgegeben (Nr. 286). Noch einmal wurde in vollem Bewußtsein der Tragweite die Entscheidung über Krieg und Frieden bedingungslos in die Hand Polens gelegt. Am 13. April wurde die Einkreisung auch auf den italienischen Achsenpartner ausgedehnt, neben Rumänien auch Griechenland eine einseitige Garantie gegeben und gleichzeitig die Verbindung mit der Türkei hergestellt (Nr. 288). Die Kriegspartei war mit diesem Kurs zufrieden (Nr. 289). Die Bemühungen um die Sowjetunion, ohne die man sich damals einen Erfolg der Einkreisung nicht vorstellen konnte, nahmen ihren Fortgang und wurden intensiviert (Nr. 290). Das rumänisch-polnische Bündnis sollte auch gegen Deutschland spielen (Nr. 291). Gegenüber Deutschland wurde offiziell diese Politik mit Friedensversicherungen zu tarnen gesucht (Nr. 293). Nach der Einführung der Kriegsdienstpflicht in England war kein Zweifel mehr über die Ziele dieser Politik erlaubt. Der Führer sah sich daher am 28. April zu dem Memorandum an England (Nr. 294) und zu seiner Rede im Reichstag (Nr. 295) gezwungen, in denen er aus der englischen Einkreisungspolitik die Folgerungen zog und feststellte, daß die Englische Regierung »einen Krieg Englands gegen Deutschland nicht mehr als eine Unmöglichkeit, sondern im Gegenteil als ein Hauptproblem der englischen Außenpolitik ansieht« und »einseitig dem Flottenabkommen die Grundlage entzogen und dieses außer Kraft gesetzt hat.« Voraussetzung des Flottenabkommens war die Respektierung der gegenseitigen Lebensinteressen gewesen. Der Führer war auch jetzt noch zur Verständigung bereit und ließ die Tür »für neue Verhandlungen« offen. In den Reihen der englischen Kriegspartei war man verärgert, »daß die Rede nicht kriegerischen Charakter gehabt habe« (Nr. 296).

England jedoch tat auch jetzt nichts, um die polnische Frage durch Einwirkung in Warschau zu entspannen und zwischen Polen und Deutschland einen Kontakt herzustellen. Im Gegenteil, die englische Ermutigung der polnischen Überheblichkeit war sofort zu spüren (Nr. 298). Man sprach zwar davon, daß die Frage Danzig und Korridor bereinigt werden könnte und müßte (Nr. 299), aber man ließ volle vier Monate verstreichen, ohne Polen zu veranlassen, das Verhandlungsangebot des Führers vom 28. April anzunehmen. Am 12. Mai wurde die Einkreisungspolitik gegen die Achse mit der englisch-türkischen Garantieerklärung weiter vorwärts getrieben (Nr. 301), am 19. Mai durch Chamberlain erklärt, daß die Einkreisungsfront durch endgültige Verträge mit den garantierten Staaten befestigt und durch neue Abmachungen mit weiteren Mächten ergänzt werden müßte (Nr. 303). Die stärksten Bemühungen galten nun dem Einbau der Sowjetunion (Nr. 306). Das Schicksal dieser Verhandlungen, die bis zur Selbsterniedrigung geführt wurden, ist bekannt. Der englische Wille zum Präventivkrieg war allenthalben zu spüren (Nr. 304). In seiner Rede in Kassel (Nr. 305) warnte der Führer aufs neue, Deutschland werde nicht warten, bis die Einkreisungspolitik vollendet sei. Die Warnungen wurden wiederholt (Nr. 307 und 308). Die Englische Regierung hatte sich mit der Opposition so weit gefunden, daß selbst ein Churchill keinen Unterschied entdecken konnte (Nr. 309). Am 23. Juni wurde die französisch-türkische Ergänzung des englischen Einkreisungsabkommens vom 12. Mai bekanntgegeben (Nr. 310). Den aggressiven Sinn der englischen Außenpolitik enthüllte Lord Halifax in einer Rede in Chatham House (Nr. 312), als er erklärte, die britische Politik bleibe »lediglich auf dem unabänderlichen Weg, den die eigene Geschichte ihr vorgezeichnet habe«. Es ist die Rückkehr zur »Balance of Power«, die die jeweils stärkste Kontinentalmacht mit Hilfe von Koalitionen niederwirft, ehe sie sich der englischen Kontrolle entziehen kann. Ende Juni wurde der gemeinsame Oberbefehl über die französisch-englischen Streitkräfte besprochen (Nr. 313). Der Englische Kriegsminister bekannte sich offen zum System der Europa beherrschenden französischen Allianzen, das nunmehr von England übernommen wurde (Nr. 316). Die englischen Einkreisungsbemühungen in Südosteuropa nahmen trotz gelegentlicher Widerstände der zu garantierenden Staaten ihren Fortgang (Nr. 317). Mit Hilfe von politischen Krediten sollte der Einkreisungspolitik der Weg bereitet werden (Nr. 318). Mitte Juli tauchte in England zum ersten Male die »Besorgnis« vor einem deutsch-russischen Ausgleich auf, der eine Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen zur Folge haben könnte (Nr. 319). Zur Hebung der Kriegsstimmung in der Heimat, in Polen und Frankreich veranstaltete die englische Luftwaffe Demonstrations- und Propagandaflüge über Frankreich (Nr. 322). Ende Juli erklärte sich England, um das sowjetrussische Bündnis um jeden Preis zu sichern, dazu bereit, militärische Verhandlungen aufzunehmen, ehe

die politischen zum Abschluß gekommen waren (Nr. 323). Ein Vorgang, von dem Chamberlain im Unterhaus erklärte, daß er einzigartig sei. Der Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes versetzte der Einkreisung den tödlichen Stoß. Aber England hatte in voller Absicht alle Brücken zu einer friedlichen Regelung hinter sich abgebrochen und ließ dem Verhängnis seinen Lauf.

Drittes Kapitel

Deutschlands Bemühen um Sicherung friedlicher Beziehungen zu seinen Nachbarländern

Das dritte Kapitel (Dokumente Nr. 325 bis 348) zeigt Deutschlands Bemühen um die Sicherung friedlicher Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten. Während England der Weltmeinung einzuhämmern versuchte, daß Deutschland mit der ganzen Welt in Spannung lebe und jeder seiner Nachbarn täglich eines deutschen Angriffs gewärtig sein müsse, schuf Deutschland durch feierliche Erklärungen, Verträge, Freundschaften und Bündnisse endgültig festgelegte Grenzen und klare Verhältnisse, mit Ausnahme der tschechischen und polnischen Feindschaften, die von beiden Völkern selbst gestiftet und aufrechterhalten worden waren.

Ebenso wie gegenüber England (Münchener Erklärung, Nr. 217) war auch gegenüber Frankreich der Entschluß, es niemals wieder zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern kommen zu lassen, nach den zahlreichen seit Lösung der Saarfrage abgegebenen Erklärungen des Führers zu diesem Thema (Nr. 325, 326) am 6. Dezember 1938 in Paris (Nr. 329 bis 332) feierlich festgelegt worden. In seiner Rede vom 30. Januar 1937 hatte der Führer bereits versichert, daß die Deutsche Regierung bereit wäre, Belgien und Holland jederzeit »als unantastbare neutrale Gebiete anzuerkennen und zu garantieren« (Nr. 325). Die Unverletzlichkeit und Integrität Belgiens wurde daraufhin zum Gegenstand eines deutsch-belgischen Notenwechsels gemacht (Nr. 333, 334), während holländischerseits die Ansicht vertreten wurde, daß die Unantastbarkeit des niederländischen Gebietes nicht Gegenstand einer unter niederländischer Beteiligung zustande gekommenen Regelung sein könne (Nr. 335, 336).

Der Umstand, daß Deutschland infolge der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich mit der Schweiz, Liechtenstein, Italien, Jugoslawien und Ungarn neue Grenzen erhielt, veranlaßte die Deutsche Regierung zur Abgabe einer Reihe von besonderen Erklärungen, durch die diese Grenzen als endgültig und unantastbar bezeichnet wurden (Nr. 337). Die Schweiz hatte vordem schon aus dem Munde des Führers die Versicherung erhalten, daß Deutschland jederzeit ihre Unverletzlichkeit und Neutralität respektieren werde (Nr. 339). Ungarn gegenüber wurde durch den Deutschen Gesandten eine Erklärung über die Unverletzlichkeit der deutsch-ungarischen Grenze abgegeben (Nr. 341). Die Italien und Jugoslawien erteilten Zusicherungen wurden in besonders feierlicher Weise gelegentlich des Besuches des Führers in Rom (Nr. 338) sowie des Besuches des Prinzregenten von Jugoslawien in Berlin (Nr. 340) erneuert.

Im Norden wurde zunächst mit Litauen am 22. März 1939 ein Vertrag abgeschlossen, der unter anderem die Verpflichtung enthält, nicht zur Anwendung von Gewalt gegeneinander zu schreiten (Nr. 342). Sodann sprach der Führer in der Reichstagsrede vom 28. April 1939 seine Bereitschaft aus, allen von Roosevelt in dessen Telegramm erwähnten Staaten Nichtangriffszusicherungen unter der Voraussetzung der unbedingten Gegenseitigkeit zu geben (Nr. 343). Der Gedankenaustausch, der hierauf mit Schweden, Norwegen und Finnland erfolgte, wurde mit dem Ergebnis beendet, daß die genannten drei Staaten der Deutschen Regierung aufs neue erklärten, daß sie sich von Deutschland nicht bedroht fühlten und im übrigen die Absicht hätten, mit keinem Lande Nichtangriffspakte abzuschließen (Nr. 344). Dagegen wurden zwischen Deutschland und Dänemark am 31. Mai 1939 (Nr. 345), zwischen Deutschland und Estland am 7. Juni 1939 (Nr. 346) und zwischen Deutschland und Lettland am gleichen Tage (Nr. 347) Nichtangriffsverträge abgeschlossen. Schließlich kam es am 23. August 1939 zu dem Abschluß des Nichtangriffsvertrages zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken (Nr. 348).

Viertes Kapitel

Polen als Werkzeug des englischen Kriegswillens

A. Die Auswirkung der britischen Einkreisungspolitik auf die Haltung Polens

I. Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Volksgruppe

Das vierte Kapitel bringt den Nachweis für den Mißbrauch Polens als Werkzeug des englischen Kriegswillens (Nr. 349 bis 482). Die Auswirkung der britischen Blankovollmacht war sofort zu spüren. Polen setzte zum Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Volksgruppe an. Einen Tag nach dem polnischen Nein, am 27. März 1939, kommt es in Bromberg unter Rufen wie »Weg mit Hitler«, »Wir wollen Danzig«, »Wir wollen Königsberg« zu deutschfeindlichen Demonstrationen (Nr. 349). An anderer Stelle wird bei einem Kameradschaftsabend der Reichsdeutschen von eindringenden Polen Führerbild und Reichsflagge vernichtet (Nr. 350), wogegen schärfster Protest eingelegt wird

(Nr. 351 und 352). Thorn und Posen müssen Ende März von neuerlicher Verschärfung der Hetze, Demonstrationen, tätlichen Angriffen und annexionistischen Forderung berichten (Nr. 353, 354 und 355). In Posen halten die Ausschreitungen eine volle Woche an. Es kommt immer öfters zu Überfällen auf Volksdeutsche, wobei es Schwerverletzte gibt (Nr. 355 und 357). Deutsche Proteste sind erfolglos (Nr. 360). Anfang April wird ein öffentlicher Aufruf in ganz Polen verbreitet, der das Generalprogramm für die Entdeutschung des Landes enthält (Nr. 358). Mitte April überschreiten die ersten deutschen Flüchtlinge die Grenze (Nr. 359). Den Konsulaten ist es fast unmöglich, alle Fälle einzeln aufzuführen (Nr. 361). Auch in Oberschlesien tobt die Hetze ohne Maßen (Nr. 362). Terrorakte füllen die Berichte der deutschen Konsulate (Nr. 363). Der Aufständischenverband gibt die Terrorbefehle aus (Nr. 364). Am 6. Mai meldet Generalkonsulat Kattowitz 200 Terrorfälle (Nr. 365), am 19. Mai weitere hundert (Nr. 372) allein aus Oberschlesien. Kein Deutscher ist seines Lebens und seines Eigentums mehr sicher. Der Terror greift auch auf das kongreßpolnische Gebiet über und wird durch planmäßige Brandstiftung verschärft (Nr. 366). Die letzten kulturpolitischen Stützpunkte des Deutschtums werden zerstört (Nr. 369, 373, 374, 377, 379, 383, 385, 390, 391, 399 usw.). Die deutsche Volksgruppe wendet sich in ihrer Verzweiflung an den Polnischen Staatspräsidenten (Nr. 369). Die Englische Regierung wird durch die Deutsche Botschaft über diese friedensgefährliche Entwicklung auf dem laufenden gehalten (Nr. 368), ohne daß etwas geschieht. Mitte Mai steigert sich die Hetze zu Deutschenprogromen, bei denen Tausende von Deutschen »wie Freiwild« gejagt werden (Nr. 370 und 371). Die Flüchtlingsbewegung nimmt zu (Nr. 374), desgleichen das polnische Säbelrasseln, die Verkündung annexionistischer Kriegsziele (Nr. 367, 378) und die öffentlichen Verunglimpfungen und Beleidigungen des Führers, die erneut zu scharfen Protesten zwingen (Nr. 382). Auf dem wirtschaftlichen Sektor werden planmäßig deutschen Genossenschaften, Molkereien und Apotheken liquidiert (Nr. 380, 395). Lodz meldet am 7. Juni: »Die Bedrohungen der Volksdeutschen mit Totschlag, Folterungen usw. sind zu täglichen Selbstverständlichkeiten geworden.« Ganze Familien bringen wegen der ständigen Morddrohungen ihre Nächte in den Wäldern zu (Nr. 381).

Proteste im Polnischen Außenministerium werden mit Achselzucken und stillschweigendem Eingeständnis beantwortet, daß man gegenüber den Militärs machtlos und der Gefangene des polnischen Chauvinismus geworden ist (Nr. 382 und 385). Nach $2^1/_2$ Monaten englischer Garantie faßt der Deutsche Botschafter in Warschau seine Eindrücke dahin zusammen, »daß die Verhetzung Ausmaße angenommen hat, wie er sie während seiner langjährigen Tätigkeit nicht habe beobachten können« (Nr. 385). Nach den Apotheken, Krankenhäusern und konfessionellen Vereinshäusern werden die Deutschen Heime in Posen, Bromberg, Lodz, Tarnowitz, Karwin und Oderberg geschlossen und enteignet (Nr. 377, 379, 385, 390). Dann geht man zum Angriff gegen das religiöse und kirchliche Leben der deutschen Volksgruppe, vor allem gegen die evangelische Kirche, über. Ein Bethaus der Brüdergemeinde wird demoliert (Nr. 388). Polnische Bischöfe werden von einem Generalstabsoberst aufgefordert, dafür zu beten, daß den »polnischen Brüdern jenseits der Grenze ihre Probezeit verkürzt und sie durch ein zweites Grunwald aus der Unfreiheit erlöst würden« (Nr. 392). Ein Bericht der Deutschen Botschaft vom 5. Juli schildert die Verfolgung der evangelischen Kirche und ihrer Diener, er zeigt, daß die Anschläge gegen Kirchen und Pfarrer zu einem System geworden sind (Nr. 394). Die theologische Hochschule des deutschen Protestantismus in Posen wird geschlossen (Nr. 411). Das englische Christentum, dem diese Dinge bekanntgegeben wurden, schwieg dazu. Immer mehr stellt sich heraus, daß die Behörden selbst die Träger des Liquidationsprozesses sind (Nr. 396). Die englische Mitverantwortung dafür stellt der Deutsche Botschafter in Warschau fest, indem er schreibt, »die Polnische Regierung fühlt sich offensichtlich durch die englische Blankovollmacht so stark, daß sie es nicht mehr für nötig hält, bei der Behandlung der Minderheit irgendeine Rücksicht auf die deutschen Interessen zu nehmen« (Nr. 397). Konsulat Lemberg berichtet Mitte Juli, daß in seinem Amtsbezirk gegen das Deutschtum mit den Methoden vorgegangen wird, die bei den berüchtigten Pazifikationen 1930 gegen die Ukrainer angewandt worden waren (Nr. 400). Nun beteiligt sich auch das Militär an den Ausschreitungen (Nr. 403). Das Deutschtum in Galizien steht vor der Vernichtung. Es sieht keine Zukunft mehr und wird mit Brandstiftung und Gefahr an Leib und Leben bedroht (Nr. 407). Was der offene Terror übersieht, wird durch Steuerterror und Behördenschikane nachgeholt (Nr. 408).

Im August 1939 nähert sich die Verfolgung des Deutschtums in allen Woiwodschaften ihrem Höhepunkt. Haussuchungen und Verhaftungen sind an der Tagesordnung (Nr. 410, 412). Die letzten deutschen Vereine werden geschlossen (Nr. 414). Eine Aufzeichnung des Auswärtigen Amts zeigt aus einer unübersehbaren Fülle von Terrorakten 38 typische und schwerwiegende Fälle (Nr. 415). Es ist eine Liste des Schreckens, die nur noch durch die Scheußlichkeit der Bromberger Mordnacht und die Hinschlachtungen der Deutschen in ganz Polen übertroffen wird, deren traurige Spuren die deutsche Armee verfolgen konnte. Die Volksdeutschen der Grenzgebiete werden ins Innere verschleppt oder in Konzentrationslager geworfen (Nr. 417). Die Zahl der Flüchtlinge überschreitet 70 000 (Nr. 416).

II. Polnische Maßnahmen gegen Danzig

Nachdem Polen jede Änderung des Status von Danzig als casus belli erklärt und dafür die englische Deckung gefunden hatte, mußte sich Danzig nach der Erteilung der britischen Blankovollmacht an Polen auf alles gefaßt machen. Polnische Flugzeuge und polnisches Militär verübten schon im Mai 1939

Grenzverletzungen (Nr. 418). Die Besatzung der Westerplatte wurde unter Verletzung der geltenden Verträge verstärkt, rings um die Danziger Grenzen wurden Truppen zusammengezogen (Nr. 419). Am 20. Mai wurde ein Danziger Staatsangehöriger in Kalthof durch Schüsse aus dem Auto der Polnischen Diplomatischen Vertretung in Danzig niedergestreckt (Nr. 420) und dieser Mord dann von polnischer Seite noch zum Gegenstand eines herausfordernden Notenwechsels gemacht (Nr. 421). Der 23. Mai brachte einen weiteren Grenzzwischenfall (Nr. 422). Gleichzeitig erhöhte Polen planmäßig die Zahl der polnischen Zollinspektoren (Nr. 423), was den Danziger Senat zu Protestschritten zwang. Polen antwortete mit der Androhung einer weiteren Verstärkung des polnischen Zollpersonals (Nr. 425). Diese polnischen Zollinspektoren wurden vor allem auch für Spionage eingesetzt (Nr. 424 und 426). Im Juli ging Polen gegen Danzig mit wirtschaftlichen Druckmitteln vor. Die Einfuhr von Lebensmitteln aus Polen (Nr. 429) und die Ausfuhr von Produkten der Danziger Lebensmittelindustrie nach Polen (Nr. 431) wurden verhindert. Danzig sollte wirtschaftlich blockiert werden. Polen traf Vorbereitungen zur Provozierung von Zwischenfällen in Danzig (Nr. 428); der Vertreter der polnischen Minderheit im Danziger Volkstag erklärte bei einer Kundgebung in Gdingen, »daß die polnische Bevölkerung Danzigs die Vereinigung Danzigs mit dem Mutterlande Polen mit Hilfe der polnischen Armee erreichen werde« (Nr. 430). Einen Höhepunkt erreichte die Spannung durch ein polnisches Ultimatum in der Nacht vom 4. auf den 5. August (Nr. 432, 433 und 434). Eine niemals erlassene angebliche Anordnung des Danziger Senats wurde zum Vorwand für dieses Ultimatum und für Drohungen mit »unverzüglichen Vergeltungsmaßnahmen« genommen. Seit dem 23. August wurden deutsche Verkehrsflugzeuge in sehr zahlreichen Fällen von polnischen Streitkräften auf der Halbinsel Hela beschossen (Nr. 435 und 436). Inzwischen war die vertragswidrige Militarisierung der polnischen Stützpunkte in Danzig fortgesetzt worden. Wie das Oberkommando der Wehrmacht nach der Niederwerfung der Westerplatte feststellte, betrug hier die polnische Besatzung, die vertragsmäßig auf 88 Mann festgesetzt war (vgl. Nr. 22), in Wahrheit 240 Mann; das Gelände war zu einem mit Artillerie und Maschinengewehren verteidigten Befestigungssystem ausgebaut worden (Anhang)

B. Die letzte Phase der deutsch-polnischen Krise *.

Die immer wiederholten englischen Zusicherungen hatten Anfang Juli in Polen zu einer ausgesprochenen Kriegsstimmung geführt. Die polnische Kriegslust konnte durch die Ausführungen, mit denen der Leiter der britischen Politik am 10. Juli im Unterhaus zu dem deutsch-polnischen Streitpunkt Stellung nahm, nur verstärkt werden. Chamberlain wiederholte und bekräftigte die britischen Zusagen an Polen, vor allem in der Danziger Frage (Nr. 438). Es geht aus dieser Erklärung hervor, daß England die polnische Lesart kritiklos übernommen und bei aller Beteuerung, man würde eine freundschaftliche Lösung begrüßen, nichts getan hat, um Polen zu einem Entgegenkommen zu bewegen. Im Gegenteil, die Rede Chamberlains vom 10. Juli 1939 zeigt, daß England durch die Einkreisungspolitik erst die Frage Danzig und Korridor mit jener Hochspannung geladen hat, die zur Explosion führen mußte. Wir wissen heute, daß die englische Garantie in Wahrheit ausschließlich gegen Deutschland gerichtet war (vgl. S. 295, Anm.) und daß Polen später die größere Hälfte seines Staatsgebiets an Sowjetrußland verloren hat, ohne daß England irgend etwas unternahm. Diese Tatsachen beleuchten erst vollends die bezeichnende englische Verantwortungslosigkeit, mit der in der Erklärung Chamberlains die nationale Existenz und Unabhängigkeit Polens als durch die bescheidenen deutschen Vorschläge zur Danzig- und Korridorfrage bedroht hingestellt wurde. Die gleiche Rede enthält auch das durchsichtige Spiel mit den Daten der deutschen Vorschläge vom 21. März, der polnischen Ablehnung vom 26. und der englischen Garantieerklärung vom 31. März. Vorstehend ist an Hand der Dokumente Nr. 269 bis 279 bereits der Nachweis geführt worden, daß man es hier mit einem bewußt gefälschten Arrangement der Zeitpunkte und ihrer Hintergründe zu tun hat. Eine Aufzeichnung des Staatssekretärs Freiherr von Weizsäcker vom 13. Juli (Nr. 439) nagelt den Englischen Premierminister, der behauptet hatte, Deutschland habe den Status quo in Danzig bis zum Jahre 1944 garantiert, auf einen zweiten Irrtum fest. Der Englische Botschafter in Berlin konnte nicht widersprechen, als ihm Staatssekretär Freiherr von Weizsäcker vorhielt, daß öffentliche Erklärungen dieser Art Polen lediglich »den Rücken stärken« müßten, »statt es zur Besinnung zu bringen« (Nr. 440). Indessen wurden gegenüber Polen die Demonstrationen des britischen Kriegswillens wiederholt. Der Besuch des englischen Generals Ironside in Warschau diente diesem Zweck (Nr. 443). Die britische Kriegsentschlossenheit begegnete sich in Warschau mit der polnischen. Marschall Rydz-Smigly legte sich in seinem ersten öffentlichen Interview, das zugleich einen unmittelbaren Eingriff in die Außenpolitik darstellte, vor dem englischen Besuch absichtlich auf ein »Niemals« in der Danziger Frage fest (Nr. 441, 442) und versperrte damit aufs neue die Möglichkeiten einer direkten Fühlungnahme. Die Propaganda des polnischen Chauvinismus und das englische Antreiben hatten es Ende Juli so weit gebracht, daß das polnische Volk in allen

* Die in diesem Abschnitt enthaltenen Dokumente sind zum Teil bereits in dem Weißbuch »Urkunden zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise« veröffentlicht worden.

seinen Schichten kriegsbereit war und der sicher erwarteten bewaffneten Auseinandersetzung mit Vertrauen und Zuversicht entgegensah (Nr. 444). Am 9. August teilte Deutschland der Polnischen Regierung mit, daß eine Wiederholung der ultimativen Forderungen an Danzig eine Verschärfung in den deutsch-polnischen Beziehungen herbeiführen würde, für deren Folgen allein die Polnische Regierung verantwortlich sein werde. Zugleich wurde die Polnische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufrechterhaltung der von Polen gegen Danzig getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen die Freie Stadt zwingen würde, sich nach anderen Ein- und Ausfuhrmöglichkeiten umzusehen (Nr. 445). Die Polnische Regierung antwortete mit einem Aide-Mémoire, das in der Feststellung gipfelte, Polen werde jede Intervention der Reichsregierung in Danziger Angelegenheiten, die die dortigen polnischen Rechte und Interessen schädige, als Angriffshandlung ansehen (Nr. 446). Die polnische Antwort war mit Zustimmung Englands und Frankreichs erfolgt (Nr. 447).

England wurde vorbeugend auf den Ernst der Entwicklung hingewiesen (Nr. 448). Auch Frankreich kann nicht behaupten, daß es von Deutschland nicht vor dem Weg gewarnt wurde, den Polen eingeschlagen hatte. In der Unterredung des Staatssekretärs Freiherr von Weizsäcker mit dem Französischen Botschafter (Nr. 449) am 15. August wurde eine »sehr ernste, warnende Sprache« geführt und nachdrücklichst auf die ultimativen Drohungen gegen Danzig und andere Exzesse aufmerksam gemacht. Polen zöge damit sein Schicksal über sich zusammen und brächte seine Freunde dazu, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. Der Botschafter lehnte es indessen für Frankreich ab, einen Druck auf Warschau auszuüben. Dieselbe ernste Sprache führte Staatssekretär Freiherr von Weizsäcker am gleichen Tag gegenüber dem Britischen Botschafter, der aufs neue auf die Ermutigung der polnischen Überheblichkeit durch die britische Garantie und auf das Londoner Einverständnis mit der Drohnote an Danzig hingewiesen wurde (Nr. 450). Henderson wußte dagegen nichts Überzeugendes vorzubringen. Den Rat, Polen in der Frage Danzig und in seinem Verhalten zum Reich zur Vernunft zu bringen, schlug England auch diesmal in den Wind. England hatte sich nicht nur kritiklos den polnischen Standpunkt zu eigen gemacht (Nr. 451), sondern sich auch bewußt auf die kriegerische Auseinandersetzung eingestellt. Die Überzeugung davon war über Europa hinaus fühlbar (Nr. 452). England ließ sich auch durch die historische Warnung davon nicht abbringen, die in der Ankündigung eines Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion enthalten war (Nr. 453). Chamberlain beantwortete sie öffentlich (Nr. 453) und in einem Schreiben an den Führer (Nr. 454) mit der erneuten Wiederholung, daß man Polen im Genuß der Blankovollmacht lassen werde. Aus diesem Schreiben und den Erläuterungen, die der Britische Botschafter am 23. August in einer Unterredung mit dem Führer in Berchtesgaden dazu gab (Nr. 455), geht hervor, daß England nicht bereit war, über unverbindliche Worte hinaus in Warschau diejenigen Voraussetzungen zu schaffen, die für eine Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen mit Deutschland unerläßlich waren. Man hatte nahezu fünf Monate verstreichen lassen, Polen in seiner Anmaßung bestärkt und schob nun Deutschland die Aufgabe zu, dem polnischen Übermut goldene Brücken zu bauen. Über die ganze Verantwortung Englands für die Zuspitzung der polnischen Frage ließ der Führer in dieser Unterredung keinen Zweifel. Der Führer wies darauf hin, daß England die Hand Deutschlands immer zurückgestoßen habe und »lieber den Krieg als etwas zum Vorteil Deutschlands« geschehen lassen würde. Der deutsche Standpunkt ist in der schriftlichen Antwort des Führers an Chamberlain vom 23. August 1939 zusammenfassend niedergelegt (Nr. 456): Das Fehlen der direkten Streitpunkte mit England, die Bescheidenheit und Billigkeit der deutschen Forderungen an Polen, die Auswirkung der britischen Garantie, die Zuspitzung der Lage in Danzig und die Verfolgung der deutschen Volksgruppe in Polen, die Kenntnisnahme von der Entschlossenheit Englands zum Krieg, aber auch die deutsche Entschlossenheit, die Interessen des Reichs wahrzunehmen und englische militärische Vorbereitungen mit der deutschen Mobilmachung zu beantworten. Das Schreiben schließt mit der Versicherung, niemand würde glücklicher über eine Änderung der britischen Haltung gegenüber Deutschland sein als der Führer.

Obwohl das Schreiben des Britischen Ministerpräsidenten vom 22. August und die am folgenden Tage von den britischen Staatsmännern gehaltenen Reden jedes Verständnis für den deutschen Standpunkt vermissen ließen, machte der Führer am 25. August 13.30 Uhr einen neuen Versuch, sich mit Großbritannien zu verständigen (Nr. 457). Er wolle, so eröffnete er dem Britischen Botschafter »heute England gegenüber einen Schritt unternehmen, der genau so entscheidend sei wie der Schritt Rußland gegenüber, der zu der kürzlichen Vereinbarung geführt habe«. Nach Zurückweisung der Unterstellung von Weltherrschaftsplänen entwickelte er das polnische Problem in seiner ganzen Gefährlichkeit und Dringlichkeit. Deutschland sei entschlossen, die mazedonischen Zustände an seiner Ostgrenze zu beseitigen. Einen Zweifrontenkrieg werde es nicht geben, das Abkommen mit Rußland sei bedingungslos und eine Wende auf längste Zeit. Er sei bereit, nach der Lösung des deutsch-polnischen Problems England noch einmal ein umfassendes Angebot zu machen. Er bejahe das Britische Imperium und sei bereit, die Kraft des Deutschen Reiches für dessen Bestand einzusetzen, sofern seine begrenzten kolonialen Forderungen, die auf friedlichem Wege ausgehandelt werden könnten, erfüllt, seine Verpflichtungen gegenüber Italien und Sowjetrußland nicht berührt würden. Er sei ferner bereit, eine vernünftige Begrenzung der Rüstungen zu akzeptieren. Im Westen stehe jede Grenzkorrektur außer Erwägung. Sofort nach Lösung der deutsch-polnischen Frage werde er mit einem Angebot an die Britische Regierung herantreten. Es war ein Angebot von europäischem, ja weltweitem Ausmaß. Seine Ablehnung durch England erscheint im Lichte der späteren kriegerischen Ereignisse und der Lasten, die auf der neutralen Welt nunmehr liegen, um so

verantwortungsloser. Englands Antwort auf die großzügigen Vorschläge ließ auf sich warten. Vordem vollzog England die für die weitere Entwicklung folgenschwerste Handlung: Der nunmehr schriftlich niedergelegte britisch-polnische Beistandspakt, mit dem England sein Schicksal endgültig mit dem Polens verband, wurde an dem gleichen 25. August in London vom Britischen Außenminister und vom Polnischen Botschafter gezeichnet (Nr. 459). — Die britische Stellungnahme zu den Vorschlägen des Führers vom 25. August war in dem Memorandum enthalten, das dem Führer vom Britischen Botschafter erst am 28. August, nach Verlust von 3 kostbaren Tagen, abends 22.30 Uhr überreicht wurde (Nr. 463). Die Britische Regierung lehnt es darin ab, die deutsch-englische Zukunft und die europäische Befriedung von der polnischen Intransigenz zu trennen. Sie zeigt sich aber aller Gefahren bewußt, die der augenblickliche Zustand an der Ostgrenze in sich schließt und stimmt mit Deutschland in der Notwendigkeit einer raschen Lösung überein. Sie schlägt daher als nächsten Schritt direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen vor und fügt hinzu, daß sie von der Polnischen Regierung bestimmte Zusicherungen erhalten habe, mit der Reichsregierung in direkte Verhandlungen über die deutsch-polnischen Fragen einzutreten, deren Ergebnisse von anderen Mächten garantiert werden müssen. Wir wissen heute, daß die Englische Regierung hierbei nicht vor einer bewußten Irreführung der Reichsregierung zurückgeschreckt ist. Aus dem inzwischen veröffentlichten Schriftwechsel des Britischen Außenministers mit dem Britischen Botschafter in Warschau ergibt sich nämlich, daß die in der britischen Stellungnahme vom 28. August enthaltene Behauptung, eine definitive Zusicherung der Bereitschaft Polens zu direkten Besprechungen in Händen zu haben, nicht dem Sachverhalt entspricht. In seiner Antwort, dem Britischen Botschafter am 29. August 18.45 Uhr überreicht (Nr. 464), nimmt der Führer den britischen Vorschlag an. Er macht aber England darauf aufmerksam, daß die Zustände im Osten für eine Großmacht unerträglich sind und ein Zustand erreicht ist, der ein weiteres Hinnehmen oder auch nur Zusehen ausschließe. Der Führer weist weiter darauf hin, daß vielleicht nur noch Stunden zur Verfügung stehen, um die Spannung zu beseitigen. Deutschland habe lange versucht, auf dem Weg friedlicher Verhandlungen weiterzukommen, ohne von der Polnischen Regierung unterstützt zu werden. Trotz ihrer skeptischen Beurteilung der vorgeschlagenen direkten Besprechungen nehme die Reichsregierung den britischen Vorschlag an und erkläre sich damit einverstanden, daß durch Vermittlung der Englischen Regierung eine mit allen Vollmachten versehene polnische Persönlichkeit nach Berlin komme, mit deren Eintreffen die Reichsregierung für Mittwoch, den 30. August, rechne. Sie werde sofort Vorschläge einer für sie akzeptablen Lösung ausarbeiten und diese, wenn möglich, bis zur Ankunft des polnischen Unterhändlers auch der Britischen Regierung zur Verfügung stellen. Die Antwort Polens war die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung (Nr. 465).

Während die Britische Regierung noch über die Mitteilung des Führers vom 25. August beriet, fand ein Briefaustausch zwischen dem Französischen Ministerpräsidenten Daladier und dem Führer statt (Nr. 460 und 461). Der Führer begründete in seiner Antwort wiederum ausführlich den deutschen Standpunkt in der deutsch-polnischen Frage und wiederholte noch einmal seinen festen Entschluß, die gegenwärtige deutsch-französische Grenze als endgültig anzuerkennen.

Die Britische Regierung ließ sich mit ihrer Antwort auf die deutsche Anregung der Entsendung einer bevollmächtigten polnischen Persönlichkeit wiederum Zeit. Erst um Mitternacht des 30. August überbrachte Henderson ein Antwortmemorandum der Britischen Regierung (Nr. 466 Anlage I) und erklärte gleichzeitig, daß die Britische Regierung nicht in der Lage sei, der Polnischen zu empfehlen, einen bevollmächtigten Vertreter zu entsenden. Sie schlage vielmehr vor, Deutschland möge sich auf dem normalen diplomatischen Weg an Polen wenden. Im Memorandum bestätigt die Englische Regierung, daß Deutschland seine Vorschläge angenommen hat. Obwohl sie sich der Gefahr bewußt sei, daß zwei mobilisierte Armeen einander in nächster Nähe gegenüberständen, halte sie es doch für untunlich, schon heute (30. August) die Fühlungnahme herzustellen. England hat demnach mehr als 24 Stunden verstreichen lassen, ohne den direkten Kontakt herzustellen.

Dem Reichsaußenminister blieb unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als festzustellen (Nr. 466), daß Polens Antwort die Generalmobilmachung gewesen sei und daß man umsonst auf das Erscheinen eines polnischen Vertreters gewartet habe. Um zu zeigen, was Deutschland dem polnischen Vertreter vorzuschlagen beabsichtigt hatte, verlas der Reichsaußenminister die inzwischen ausgearbeiteten deutschen Vorschläge, die, in 16 Punkte zusammengefaßt, die fairste Lösung der Streitfragen darstellten (Nr. 466 Anlage II), und erläuterte sie im einzelnen. Die amtliche deutsche Mitteilung (Nr. 468) stellt fest, daß Deutschland weitere 24 Stunden umsonst auf eine bevollmächtigte polnische Persönlichkeit gewartet habe und daß auch der Polnische Botschafter, der am 31. August 18.30 Uhr im Auswärtigen Amt erschien, keine Vollmacht zum Verhandeln besessen, sondern nur erklärt habe, Polen erwäge die britische Anregung im günstigen Sinne. Der polnische Rundfunk (Nr. 469) und die gesamte polnische Presse haben die deutschen Vorschläge sofort als unannehmbar und »unverschämt« abgelehnt. — Von englischer, wie von polnischer Seite sind zu diesen Vorgängen unrichtige Darstellungen verbreitet worden. Insbesondere wird englischer- wie polnischerseits behauptet, Polen habe die Vorschläge, die es angeblich abgelehnt habe, zur Stunde der Ablehnung noch gar nicht gekannt. Der Englische Botschafter, dem sie vom Reichsaußenminister »at top speed« vorgelesen worden seien, habe sie nicht verstanden und nicht weiterleiten

können, weil man sie ihm nicht ausgehändigt hätte. Demgegenüber ist daran zu erinnern, daß der Hauptinhalt der deutschen Vorschläge schon in der Antwort des Führers vom 29. August (Nr. 464) enthalten war, die England im Laufe des 30. dem Britischen Botschafter in Warschau zur Übermittlung an die Polnische Regierung zugesandt hatte. Im übrigen geht aus den inzwischen veröffentlichten amtlichen britischen Dokumenten einwandfrei hervor, daß Henderson die im einzelnen ausgearbeiteten deutschen Vorschläge der sogenannten 16 Punkte sehr wohl verstanden und in der gleichen Nacht unmittelbar im Anschluß an seine Unterredung mit dem Reichsaußenminister deren Hauptinhalt zutreffend sowohl nach England als auch an seinen englischen Kollegen in Warschau weitergeleitet hat. Am Morgen des 31. August hat Henderson, wie er in seinem Abschlußbericht vom 20. September selbst zugibt, den Polnischen Botschafter in Berlin über die Einzelheiten der deutschen Vorschläge (16 Punkte) unterrichten lassen, die er inzwischen von einem Vertrauensmann auch schriftlich erhalten hatte. Dem gleichen Hendersonschen Schlußbericht zufolge verbrachte der Polnische Botschafter im Anschluß an diese Mitteilung der 16 Punkte den Vormittag in Telephongesprächen mit Warschau. Die Polnische Regierung hat die Vorschläge demnach gekannt. Wenn England den guten Willen zur Herstellung eines Kontaktes in letzter Stunde gehabt hätte, wäre dies zeitlich und technisch auch in diesem Stadium noch möglich gewesen. Aber nicht nur England hat es abgelehnt, Warschau die Annahme des deutschen Vorschlags zu raten, sondern, wie aus den veröffentlichten englischen Dokumenten hervorgeht, auch Beck hat erklärt, er werde einer deutschen Einladung selbstverständlich nicht folgen und Lipski nicht einmal ermächtigen, die deutschen Vorschläge entgegenzunehmen. Im übrigen war es, nachdem England fünf Monate darauf verzichtet hatte, trotz wachsender Spannungen Polen zu einem direkten Kontakt mit dem Reich zu bewegen, von vornherein klar, daß sein letzter Vorschlag nur ein Versuch war, die Kulissen so zu arrangieren, daß es mit seinem polnischen Verbündeten nicht bei der Herbeiführung des Krieges in flagranti ertappt wurde. Dies zeigen die gleichfalls von England selbst veröffentlichten mehrfachen Ermahnungen des Englischen Außenministers an Warschau, »im Hinblick auf die Weltmeinung« äußerst vorsichtig zu sein. Es ging nicht um die friedliche Bereinigung der Spannung, sondern darum, der Weltöffentlichkeit gegenüber das »friedliche« Gesicht zu wahren.

Nachdem somit alle Möglichkeiten zu einer friedlichen Regelung der deutsch-polnischen Krise erschöpft waren, sah sich der Führer genötigt, die von Polen schon seit langem gegenüber Danzig, dem Deutschtum in Polen und schließlich gegenüber Deutschland durch zahlreiche Grenzverletzungen (Nr. 470) angewandte Gewalt mit Gewalt abzuwehren. In der Rede des Führers vor dem Reichstag am 1. September (Nr. 471) ist der deutsche Standpunkt abschließend zusammengefaßt. Die polnische Herausforderung im Osten duldete kein weiteres Zögern. Es kam nun darauf an, ob die Westmächte frivol genug waren, auch Westeuropa in die Auseinandersetzung zu verwickeln. Großbritannien war dazu entschlossen, wie endgültig durch die Note bestätigt wurde, die Sir Nevile Henderson am 1. September 1939 21 Uhr im Auswärtigen Amt überreichte. Darin werden die Einstellung »jeglicher Angriffshandlung gegen Polen« und Zusicherungen gefordert, daß Deutschland bereit ist, seine Truppen »unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen«, andernfalls würde Großbritannien ohne Zögern seine vertraglichen Pflichten gegenüber Polen erfüllen (Nr. 472). Um 22 Uhr überbrachte der Französische Botschafter eine Note gleichen Wortlauts (Nr. 473). Der Reichsaußenminister wies den Vorwurf, Polen angegriffen zu haben, scharf zurück, erklärte sich aber bereit, den Inhalt der Noten dem Führer weiterzuleiten.

In diesem Augenblick setzte ein Vermittlungsversuch des Duce ein, wie aus Dokument Nr. 474 hervorgeht. Er enthielt den Vorschlag eines Waffenstillstandes und der Einberufung einer Konferenz in 2 bis 3 Tagen. Die Reichsregierung erklärte sich bereit, auf den Vorschlag einzugehen; auch die Französische Regierung hatte eine positive Antwort erteilt. Das Dokument Nr. 475, eine Mitteilung der Havasagentur vom 2. September 1939, ist in diesem Zusammenhang von historischer Bedeutung. Diese Mitteilung wurde nämlich, wie sich herausstellte unter englischem Druck, später zurückgezogen. England hatte inzwischen die Französische Regierung gezwungen, sich der englischen Auffassung anzuschließen, die auf der Zurückziehung der deutschen Truppen bestand (Nr. 476). Damit war die Aktion des Duce in einem Augenblick torpediert, in dem sie kurz vor dem Erfolg stand. Statt dessen sandte England am 3. September vormittags 9 Uhr ein auf 11 Uhr befristetes Ultimatum, in der es die Forderungen auf Einstellung der Kampfhandlungen und Zurückziehung der deutschen Truppen wiederholte und sich für den Fall der Ablehnung nach Ablauf dieser Zeit als im Kriege mit Deutschland befindlich erklärte (Nr. 477). 11 Uhr 15 desselben Tages unterrichtete Lord Halifax den Deutschen Geschäftsträger in London davon, daß sich England vom 3. September 1939 11 Uhr vormittags ab als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich ansehe (Nr. 478). Es war selbstverständlich, daß die Reichsregierung es ablehnen mußte, die ultimativen Forderungen Englands »entgegenzunehmen, anzunehmen oder gar zu erfüllen«. In einem Memorandum, vom Reichsaußenminister dem Britischen Botschafter am 3. September 11 Uhr 30 überreicht, wies Deutschland diese Forderungen unter nochmaliger Entwicklung des deutschen Standpunktes und der englischen Verantwortung für eine kriegerische Auseinandersetzung zurück und erklärte, »jede Angriffshandlung Englands mit den gleichen Waffen und in der gleichen Form zu beantworten« (Nr. 479). 12 Uhr 30 desselben Tages erschien der Französische Botschafter im Auswärtigen Amt und überreichte eine Note des Inhalts, daß Frankreich sich verpflichtet sehe, vom 3. September 17 Uhr ab, die »vertraglichen Bindungen zu erfüllen, die Frankreich gegenüber Polen eingegangen sei«, eine Mitteilung, die sich nicht nur zeitlich von der englischen unterscheidet (Nr. 480).

Der Reichsaußenminister verwies auf die Zerschlagung des italienischen Vermittlungsversuchs durch England sowie auf die auf zwei Stunden befristete ultimative Forderung Englands und sprach sein Bedauern aus, wenn es trotz des gesuchten Ausgleichs mit Frankreich zu einem durch nichts gerechtfertigten Angriffskrieg Frankreichs gegen Deutschland kommen würde. Die heutige Französische Regierung trage die Verantwortung für das Leid, das dann den Länder zugefügt werde (Nr. 481).

In einem Rundtelegramm des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts an die deutschen diplomatischen Missionen wird die Verantwortung Englands für den Kriegsausbruch abschließend festgestellt (Nr. 482). Dieses Urteil wird vor der Geschichte Bestand haben.

Es wäre eine der vornehmsten Aufgaben europäischer Friedensarbeit gewesen, den seit Versailles an der deutsch-polnischen Grenze aufgehäuften Zündstoff rechtzeitig zu beseitigen. England, als einer der Hauptverantwortlichen für den Gefahrenherd, hat in 20 Jahren nichts unternommen, um hier den von ihm so oft gepriesenen Grundsatz des »peaceful change« in die Tat umzusetzen. England hat hingegen eine Entgiftung des deutsch-polnischen Verhältnisses bewußt hintertrieben, indem es Polen mit seiner Garantie im gleichen Augenblick in die anti-deutsche Front lockte, als der Führer sich in Fortsetzung seiner mühseligen sechsjährigen Verständigungsarbeit um eine gütliche Regelung der zwischen Deutschland und Polen stehenden Fragen auf dem Verhandlungswege bemühte. England hat die deutschen Bestrebungen, noch in letzter Minute einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen, sabotiert und Polen in seiner aggressiven Haltung ermutigt. England hat schließlich, nachdem die deutsche Selbsthilfe gegen die polnischen Provokationen unabweislich geworden war, den Vermittlungsvorschlag des Duce allein durch sein Verhalten zum Scheitern gebracht und damit endgültig zu erkennen gegeben, daß ihm die polnische Frage lediglich als Vorwand diente, um den Vernichtungskrieg gegen die stärkste Macht des Kontinents zu entfesseln.

In der klaren Erkenntnis dieser Tatsache hat das deutsche Volk, seiner gerechten Sache und seiner Stärke bewußt, den ihm von England aufgezwungenen Krieg entschlossen aufgenommen.

Sinn und Ziel des Kampfes ergeben sich aus seinen Ursachen von selbst. Sie sind vom Reichsminister des Auswärtigen noch einmal in seiner Rede in Danzig am 24. Oktober kurz zusammengefaßt worden, als er ausführte, das deutsche Volk werde »nicht eher die Waffen niederlegen, als bis die Sicherheit des Deutschen Reiches in Europa gewährleistet und die Garantie dafür geschaffen wird, daß ein solcher Angriff auf das deutsche Volk für alle Zeiten ausgeschlossen ist«.

Erstes Kapitel

Entwicklung der Deutsch-Polnischen Beziehungen

A. Der Kampf gegen das Deutschtum in Polen und gegen Danzig von 1919 bis 1933

I. Zur Lage der Deutschen Volksgruppe in Polen

Nr. 1

Aus dem Memorandum des Britischen Premierministers Lloyd George, 25. März 1919

»Einige Erwägungen für die Friedenskonferenz, ehe sie ihre Bedingungen endgültig festsetzt«

(Übersetzung)

..... Die Aufrechterhaltung des Friedens wird davon abhängen, daß keine Ursachen zur Verzweiflung vorhanden sind, die dauernd den Geist des Patriotismus, der Gerechtigkeit oder des »fair play« aufstacheln. Unsere Bedingungen dürfen hart, sogar grausam und selbst erbarmungslos sein, um Genugtuung zu erlangen, aber gleichzeitig können sie so gerecht sein, daß das Land, dem sie auferlegt werden, in seinem Herzen fühlen wird, daß es kein Recht zur Klage hat. Aber Ungerechtigkeit und Anmaßung, ausgespielt in der Stunde des Triumphes, werden nie vergessen und vergeben werden.

Aus diesen Gründen bin ich auf das schärfste dagegen, mehr Deutsche, als unerläßlich nötig ist, der deutschen Herrschaft zu entziehen, um sie einer anderen Nation zu unterstellen. Ich kann mir keine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg vorstellen, als daß das deutsche Volk, das sich zweifellos als eine der kraftvollsten und mächtigsten Rassen der Welt erwiesen hat, rings von einer Anzahl kleiner Staaten umgeben werden soll, von denen viele aus Völkern bestehen, die noch nie vorher eine stabile Regierung aufgestellt haben, aber jeder breite Massen von Deutschen einschließt, die die Vereinigung mit ihrem Heimatland fordern. Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2 100 000 Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen .....

Nr. 2

Aus den Bemerkungen der Deutschen Friedensdelegation zu den Friedensbedingungen, 29. Mai 1919*

..... Durch die in Artikel 27 und 28 vorgesehene Regelung der territorialen Fragen im Osten werden dem polnischen Staat mehr oder minder große Teile der preußischen Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien zugeteilt, die nicht von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnt werden. Unbekümmert um ethnographische Gesichtspunkte werden zahlreiche deutsche Städte, weite rein deutsche Landstrecken zu Polen geschlagen, nur damit Polen günstige militärische Grenzen gegen Deutschland oder wichtige Eisenbahnknotenpunkte erhält. Unterschiedslos werden Gebiete, die in verschiedenen Jahrhunderten von Polen losgelöst sind oder in denen es überhaupt nie geherrscht hat, jetzt ihm zugesprochen. Die Annahme der vorgeschlagenen Regelung würde deshalb eine Vergewaltigung von großen unbestreitbar deutschen Gebieten bedeuten. Eine solche Regelung würde außerdem den Wilsonschen Grundsätzen widersprechen, daß bei Ordnung der nationalen Fragen vermieden werden soll, »neue Elemente des Zwistes und der Gegnerschaft zu schaffen oder alte derartige Elemente zu verewigen, die wahrscheinlich mit der Zeit den Frieden Europas und somit der Welt stören würden«......

---

* Anlage zur Note des Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation in Versailles an den Präsidenten der Konferenz von Versailles vom 29. Mai 1919.

Nr. 3

Der Vorsitzende des Obersten Rats der Alliierten und Assoziierten Hauptmächte Clemenceau an den Polnischen Ministerpräsidenten Paderewski

Auszug

(Übersetzung)

Paris, den 24. Juni 1919

Im Namen des Obersten Rates der Alliierten und Assoziierten Hauptmächte habe ich die Ehre, Ihnen hiermit den Text des Vertrages in seiner endgültigen Form mitzuteilen, um dessen Unterzeichnung Polen auf Grund von Artikel 93 des Vertrages mit Deutschland bei Gelegenheit der Bestätigung der Anerkennung Polens als unabhängiger Staat und der zu seinen Gunsten erfolgten Übertragung der Gebiete, welche dem ehemaligen Deutschen Reich angehörten und Polen durch den genannten Vertrag zugeteilt werden, ersucht werden wird.

..... Gleichermaßen muß ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß die polnische Nation die Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit den Anstrengungen und Opfern der Mächte verdankt, in deren Namen ich mich an Sie wende. Es ist der Entscheidung dieser Mächte zu danken, daß die Wiederherstellung der polnischen Souveränität über die in Frage stehenden Gebiete und die Einbeziehung der Bewohner dieser Gebiete in die polnische Nation im Begriffe sind verwirklicht zu werden. Um diese Gebiete in voller Sicherheit besitzen zu können, wird Polen in Zukunft weitgehend von der Unterstützung abhängig sein, die die Hilfsmittel dieser Staaten dem Völkerbund gewähren werden. Hieraus erwächst daher für diese Mächte die Verpflichtung, welcher sie sich nicht entziehen können, in der dauerhaftesten und feierlichsten Form die Garantie gewisser wesentlicher Rechte sicherzustellen, welche den Einwohnern einen notwendigen Schutz geben werden, welches auch immer die Veränderungen sein mögen, die in der inneren Verfassung des polnischen Staates eintreten könnten.

..... Um dieser Verpflichtung nachzukommen, ist Artikel 93 in den Friedensvertrag mit Deutschland eingesetzt worden.

..... Es ist eine neue Lage, die die Mächte jetzt zu erwägen haben, und die Erfahrung hat gezeigt, daß neue Bestimmungen notwendig sind. Die Gebiete, welche jetzt an Polen und andere Staaten übergehen, umfassen unvermeidlicherweise eine beträchtliche Bevölkerung, welche andere Sprachen spricht und anderen Rassen angehört als das Volk, welchem sie einverleibt wird. Unglücklicherweise sind die Rassen durch lange Jahre bitterer Feindschaft getrennt gewesen. Es ist anzunehmen, daß diese Bevölkerungsteile sich leichter in ihre neue Lage finden werden, wenn sie von Anfang an wissen, daß sie sicher sein können, in wirksamer Weise gegen jedes Risiko einer ungerechten Behandlung oder Unterdrückung geschützt und sichergestellt zu sein. Die bloße Tatsache, zu wissen, daß diese Garantien vorhanden sind, wird hoffentlich die von allen gewünschte Verständigung wirklich erleichtern und in der Tat dazu beitragen, zu verhindern, daß es notwendig wird, sie mit Gewalt aufzuerlegen.

Was die individuellen Bestimmungen des vorliegenden Vertrages betrifft, so garantiert Artikel 2 allen Bewohnern die Grundrechte, die in allen zivilisierten Staaten tatsächlich gewährleistet sind.

Die Bestimmungen 3 bis 6 bezwecken, jeder Person, welche tatsächlich in dem unter die polnische Souveränität kommenden Gebiet wohnt, alle die Privilegien zu sichern, welche dem Mitbürger gebühren. Die Artikel 7 und 8 bestimmen im Einklang mit dem Vorhergehenden, daß kein Unterschied in der Behandlung gemacht werden soll zum Nachteil der polnischen Bürger, welche durch ihre Religion, ihre Sprache oder ihre Rasse von der großen Menge der polnischen Bevölkerung verschieden sind. Wir glauben zu wissen, daß die Polnische Regierung, weit davon entfernt, irgendeinen Einwand gegen den Inhalt dieser Artikel zu erheben, bereits ihrerseits ihre feste Entschlossenheit erklärt hat, die in ihnen zum Ausdruck gebrachten Grundprinzipien zu den Grundlagen ihrer Einrichtungen zu machen.

Die folgenden Artikel haben einen etwas andersartigen Charakter, indem sie gewissen Minderheitengruppen noch weitere besondere Rechte zugestehen .....

Nr. 4

Vertrag zwischen den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten und Polen, Versailles, 28. Juni 1919

Auszug

(Übersetzung)

Artikel 1

Polen verpflichtet sich, die in den Artikeln 2 bis 8 dieses Kapitels enthaltenen Bestimmungen als Grundgesetze anzuerkennen mit der Wirkung, daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Handlung im Gegensatz oder Widerspruch zu ihnen stehen und daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Handlung gegen sie Geltung beanspruchen darf.

Artikel 2

Die Polnische Regierung verpflichtet sich, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, Nationalität, Sprache, Rasse oder Religion vollen und ganzen Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu gewähren.

Alle Einwohner Polens sollen das Recht auf freie, öffentliche und private Ausübung jedes Bekenntnisses, jeder Religion oder jedes Glaubens haben, deren Betätigung nicht mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten unvereinbar ist.

Artikel 7

Alle polnischen Staatsangehörigen sind vor dem Gesetze gleich und genießen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte, ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion.

Der Unterschied der Religion, des Glaubens oder des Bekenntnisses darf keinem polnischen Staatsangehörigen im Genusse der bürgerlichen oder politischen Rechte schaden, insbesondere bei der Zulassung zu öffentlichen Ämtern, Tätigkeiten und Ehrenstellungen oder bei der Ausübung der verschiedenen Berufe und Gewerbe.

Es darf keine Bestimmung erlassen werden, die die polnischen Staatsangehörigen im freien Gebrauch irgendeiner Sprache irgendwie beschränkt, weder in ihren privaten oder wirtschaftlichen Beziehungen, noch auf dem Gebiete der Religion, der Presse oder bei Veröffentlichungen jeder Art, noch in öffentlichen Versammlungen.

Unbeschadet der Festsetzung einer Staats- und Amtssprache durch die Polnische Regierung müssen den fremdsprachigen polnischen Staatsangehörigen angemessene Erleichterungen für den mündlichen oder schriftlichen Gebrauch ihrer Sprache vor den Gerichten gewährt werden.

Artikel 8

Die polnischen Staatsangehörigen, die einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, sollen die gleiche Behandlung und die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Sicherheiten genießen wie die anderen polnischen Staatsangehörigen. Sie sollen insbesondere das gleiche Recht haben, auf ihre Kosten Wohlfahrts-, religiöse oder soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu leiten und zu beaufsichtigen und in ihnen ihre Sprache frei zu gebrauchen und ihre Religion frei auszuüben.

Artikel 9

Auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichtswesen soll die Polnische Regierung in den Städten und Bezirken, in denen in beträchtlichem Verhältnis fremdsprachige polnische Staatsangehörige wohnen, angemessene Erleichterungen schaffen, um sicherzustellen, daß in den Elementarschulen den Kindern dieser polnischen Staatsangehörigen der Unterricht in ihrer eigenen Sprache erteilt wird. Diese Bestimmung soll nicht ausschließen, daß die Polnische Regierung in diesen Schulen die polnische Sprache zum Pflichtfach macht.

In den Städten und Bezirken, in denen in beträchtlichem Verhältnis polnische Staatsangehörige wohnen, die einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, soll für diese Minderheiten ein gerechter Anteil an dem Genuß und an der Verwendung der Summen sichergestellt werden, die in den staatlichen, kommunalen und anderen Haushaltsplänen für Zwecke der Erziehung, der Religion oder der Wohltätigkeit ausgeworfen werden.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden nur auf die polnischen Staatsangehörigen deutscher Sprache in den Teilen Polens Anwendung, die am 1. August 1914 deutsches Gebiet waren.

Artikel 12

Polen ist damit einverstanden, daß, insoweit die Bestimmungen der vorstehenden Artikel Personen einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit betreffen, diese Bestimmungen Verpflichtungen von internationalem Interesse begründen und unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden. Sie können nur mit Zustimmung der Mehrheit des Völkerbundsrates geändert werden. Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan verpflichten sich, keiner Abänderung der bezeichneten Artikel ihre Zustimmung zu versagen, wenn sie von der Mehrheit des Völkerbundsrates formgerecht angenommen worden ist.

Polen ist damit einverstanden, daß jedes Mitglied des Völkerbundsrates befugt ist, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Verletzung oder jede Gefahr einer Verletzung irgendeiner dieser Verpflichtungen zu lenken, und daß der Rat befugt ist, alle Maßnahmen zu treffen und alle Weisungen zu geben, die nach Lage des Falles zweckmäßig und wirksam erscheinen.

Polen ist ferner damit einverstanden, daß im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen der Polnischen Regierung und einer jeden Alliierten und Assoziierten Hauptmacht oder jeder Macht, die Mitglied des Völkerbundsrates ist, über die rechtlichen und tatsächlichen Fragen, die diese Artikel betreffen, diese Meinungsverschiedenheit als Streit anzusehen ist, der im Sinne des Artikels 14 der Völkerbundssatzung internationalen Charakter trägt. Die Polnische Regierung ist damit einverstanden, daß jeder Streit dieser Art auf Verlangen des anderen Teils vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof gebracht wird. Die Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes soll endgültig sein und dieselbe Kraft und Wirkung haben wie eine auf Grund des Artikels 13 der Völkerbundssatzung gefällte Entscheidung.

Nr. 5

Durch den Deutschen Gesandten in Warschau im Polnischen Außenministerium übergebene Aufzeichnung, 20. November 1920

Auszug

.... Bisher ist von einer Sammlung und Einreichung des deutscherseits zahlreich vorliegenden Beschwerdematerials abgesehen worden, weil die Deutsche Regierung der Hoffnung lebte, die infolge der damaligen kriegerischen Ereignisse erregte Stimmung an den beiderseitigen Grenzen würde durch besonnene Haltung der Bevölkerung und der amtlichen Stellen sich allmählich beruhigen. Deswegen ist auch vermieden worden, durch Bekanntmachung besonders belastender Fälle in der Presse die Öffentlichkeit in Deutschland erneut zu erregen.

Nunmehr sieht sich die Deutsche Regierung aber genötigt, angesichts der dauernden amtlichen Schritte der Polnischen Gesandtschaft in Berlin und der meist gleichzeitig erscheinenden Ankündigung solcher Schritte in der polnischen Presse sowie mit Rücksicht auf die hierdurch stark beunruhigte deutsche öffentliche Meinung, aus dem vorliegenden Material einige besonders schwerwiegende Tatsachen zur Kenntnis der Polnischen Regierung zu bringen. Sie bemerkt dabei, daß sie sich bei dem Umfange dieses Materials versagen muß, Einzelfälle anzuführen, daß aber die Unterlagen für die geschilderten Tatsachen auf Wunsch jederzeit zur Verfügung gestellt werden können.

Willkürliche Verhaftungen von Deutschen sind in allen Teilen des abgetretenen Gebietes bis in die allerletzte Zeit vorgekommen. Mitunter wird ein willkürlicher Grund vorgeschützt, der sich nachher als nicht stichhaltig erweist. In einigen Fällen ist den Betreffenden sogar der Grund der Verhaftung überhaupt nicht bekanntgegeben worden. Eine Vernehmung findet häufig erst nach längerer Haft statt.

Verschiedentlich sind solche ohne ersichtlichen Grund verhafteten Deutschen aus ihrer Heimat abtransportiert worden; über ihren Verbleib wurden die Angehörigen nicht unterrichtet, so daß sie keine Nachforschungen anstellen konnten.

Die Behandlung der Inhaftierten läßt oft sehr zu wünschen übrig. Über Unterbringung in Räumen, welche zur Aufnahme von Menschen nicht geeignet erscheinen, sowie über zu enge Belegung dieser Räume, mangelnde Lüftung und Heizung, unzureichende Kost und gänzlich mangelnde Bewegungsfreiheit wird verschiedentlich geklagt. Daß die Verhafteten häufig mit allerlei Gesindel und Verbrechern niedrigster Sorte zusammen eingesperrt werden, verursacht um so stärkere Erregung der öffentlichen Meinung, als es sich in den meisten Fällen um angesehene Bürger, Beamte, Geistliche und führende Männer des Wirtschaftslebens handelt.

Völlig schutzlos bleiben die Gefangenen oft gegenüber Beschimpfungen, Mißhandlungen, Beraubungen und Erpressungen durch das untere Gefängnispersonal oder durch Militärpersonen.

In verschiedenen Fällen hat die Verhaftung und die mit ihr verbundene schlechte Behandlung das Ziel der wirtschaftlichen Verdrängung des Betreffenden erreicht und ihn zum Verkauf seines Besitztums gefügig gemacht.

Obwohl die Polnische Regierung das feierliche Versprechen abgegeben hatte, die Bevölkerung deutscher Abstammung nicht zum Heeresdienst heranzuziehen, ehe sie nicht allgemein von ihrem Optionsrecht Gebrauch machen konnte, haben in verschiedenen Bezirken Musterungen stattgefunden, in denen die Deutschen, falls sie nicht in das polnische Heer eingereiht werden wollten, zur vorzeitigen Abgabe einer Optionserklärung gezwungen wurden. Hierbei waren die Optanten in zahlreichen Fällen Beschimpfungen und Mißhandlungen ausgesetzt. Verschiedentlich sind Optionsberechtigte in das polnische Heer eingestellt worden, obwohl sie erklärten, für Deutschland optieren zu wollen. In mehreren Bezirken wurden diejenigen, welche für Deutschland optiert hatten, deswegen ausgewiesen. Auch hierbei sind Mißhandlungen und Beraubungen vorgekommen. Derartige Beschränkungen des Optionsrechtes haben sich noch bis in die letzte Zeit wiederholt, obgleich inzwischen Weisungen der Polnischen Regierung zur Abstellung dieses Mißbrauches ergangen sind.

Auf der Durchfahrt durch den Korridor werden selbst in den Durchgangszügen noch immer Reisende wegen angeblicher abfälliger Äußerungen über den Polnischen Staat oder wegen Unregelmäßigkeiten bei der Paßrevision aus dem Zuge heraus verhaftet und ohne Grund über Gebühr lange unter unwürdiger Behandlung festgehalten; verschiedentlich sind solche Reisenden beschimpft, mißhandelt und ihrer Habe beraubt worden.

Aber auch den in Polen verbliebenen Deutschen ergeht es vielfach nicht besser. Auch hier liegen zahlreiche Fälle von Beschimpfungen vor. Auf die berechtigten Empfindungen der deutschen Minderheit wird häufig nicht die erforderliche Rücksicht genommen; Denkmäler, die der alteingesessenen Bevölkerung heilig und teuer waren, sind in Thorn und anderen Orten besudelt und beschädigt worden; Deutsche werden unter Drohungen gezwungen, polnische Lieder zu singen; Verhaftete müssen sich bei Revision der Zelle als »Deutsches Schwein« melden; Leute, die soeben für Deutschland optiert haben, werden gezwungen, Polen hochleben zu lassen; Evangelische müssen an Stelle ihrer Konfession angeben, sie seien »verrückt«. Große Erbitterung hat die körperliche Untersuchung angesehener Frauen und Mädchen in Soldau nach dem Abzuge der Bolschewisten hervorgerufen. Beraubungen und Mißhandlungen von Deutschen sind an der Tagesordnung. Polnische Beamte dulden solche Vergewaltigungen, ohne einzuschreiten.

Verschiedentlich ist die Tatsache, daß die Deutschen um ihres Deutschtums willen verfolgt werden, von amtlichen Organen ganz offen zugestanden worden. So hat der Distriktskommissar in Argenau einem für Deutschland optierenden Landwirt angedroht, daß man seinen in Polen verbleibenden Vater, einen einarmigen Invaliden, nicht lange auf seinem Anwesen belassen werde.

Vom Starosten in Putzig wurde Ende August der verschärfte Belagerungszustand verhängt, weil die dortigen Militärpflichtigen größtenteils für Deutschland optiert hatten. Weiter hatte er verfügt, daß alle ansässigen Deutschen ihre Optionserklärung bis Ende September d. J. abzugeben hätten, widrigenfalls sie der sofortigen militärischen Einziehung unterliegen würden. Die für Deutschland Optierenden müßten binnen 12 Monaten das Land verlassen.

Der Starost von Graetz hat vor kurzem die deutschen Bürger der Stadt in einem Saale versammelt und sie durch Militär mit vorgehaltenem Bajonett zwingen lassen, ein von ihm verfaßtes Telegramm an die Deutsche Regierung zu unterzeichnen, in dem gegen die angebliche Bedrückung polnischer Bürger in Deutschland Stellung genommen wird.

Eine systematische Deutschenhetze betreibt der Starost von Kulm, indem er in öffentlichen Versammlungen auf dem Marktplatze zu Kulm die Volksmenge gegen die Deutschen aufhetzt. Hierbei hat er unter anderem erklärt, wenn ein Deutscher wage, irgend etwas gegen den Polnischen Staat zu sagen, so solle man ihn mit Stricken binden und ihn durch die Straßen zur Starostei oder aufs Gericht schleifen. Ende August hat er die Reichsdeutschen und diejenigen, welche die Optionserklärung für Deutschland abgegeben hatten, kurzerhand ausgewiesen und sie bei ihrem Abzuge aufs ärgste gepeinigt. Die von ihm angeordneten willkürlichen Verhaftungen haben unter der deutschen Bevölkerung große Beunruhigung und Erbitterung hervorgerufen.

In einer ganzen Reihe von Fällen sind Deutsche von Polen ermordet worden. Manche dieser Verbrechen sind bisher ungesühnt geblieben. In anderen Fällen ist die erbetene Aufklärung bisher nicht erfolgt.

Wo es sich um Erschießungen durch Grenzsoldaten handelt, haben diese in mehreren Fällen die deutsche Grenze überschritten und auf deutschem Boden widerrechtlich von ihrer Waffe Gebrauch gemacht. Um sich der Strafe zu entziehen, haben sie sogar mehrfach die Leiche auf polnisches Gebiet geschafft. Die meisten Fälle lagen so, daß ein Waffengebrauch überhaupt nicht gerechtfertigt war.

Die vorstehende Zusammenstellung erbringt den erdrückenden Beweis dafür, daß der Deutsche in Polen z. Z. keineswegs die feierlich zugesagte Gleichberechtigung genießt, daß er vielmehr fast überall geradezu als vogelfrei gilt .....

Nr. 6
Rede des volksdeutschen Abgeordneten Spickermann vor dem Polnischen Sejm, 23. Januar 1923*

Auszug

»Hoher Sejm! Im Namen der Deutschen Fraktion habe ich die Ehre, folgende Erklärung abzugeben:

.... Wir bedauern feststellen zu müssen, daß der Herr Ministerpräsident in seinem Exposé eine Wendung gebraucht hat, die es beinahe so erscheinen läßt, als wenn auch ihn dieses tagein tagaus gespritzte chauvinistische Gift ein klein wenig infiziert hätte. Er hat, wie wir meinen, mit vollem Vorbedacht seine Ausführungen über die völkischen Minderheiten mit der Feststellung eingeleitet: »Polen ist ein Nationalstaat!« Das ist ein verhängnisvolles Wort. Diese Auffassung hat ja gerade die großen Massen unserer polnischen Mitbürger zu der Schlußfolgerung gelangen lassen: »Also haben die Fremdstämmigen hier nichts zu suchen, sie sind — was in tausend Varianten immer wiederholt wurde — nur geduldete Gäste. Wollen sie sich als mehr betrachten, so müssen sie aus dem Lande gedrängt werden.« Wir haben lange genug unter dem unerträglichen Zustand gelitten, den solche Argumentation geschaffen hat. Der gesamte Apparat der inneren Verwaltung hat ausgesprochenermaßen unter der Parole gestanden: Kein Mittel ist unversucht zu lassen, die polnischen Bürger deutschen Stammes aus dem Lande zu treiben, das Land zu entdeutschen, zu purifizieren, wie man das so geschmackvoll auszudrücken beliebte. Auch das brutalste Mittel ist zu diesem Zwecke erlaubt. Selbst der gesetzgebende Sejm hat sich nicht gescheut, sich bei seiner gesetzgeberischen Arbeit von solchen Gedankengängen leiten zu lassen. Er hat damit in den breitesten Massen das Gefühl für Recht und Unrecht auf das Schwerste erschüttert. Wird es gesetzlich sanktioniert, einen Deutschen um seines Volkstums willen aus seinem Eigentum zu entfernen, und das unter Modalitäten, die ihn um sein gesamtes Vermögen bringen und die ihn als bettelarmen Flüchtling in die Fremde ziehen lassen, dann kann man es dem Manne von der Straße nicht verübeln, wenn auch er das Gefühl für die Unverletzlichkeit des Eigentums verliert. Was Wunder, wenn bis weit hinauf in die Oberschichten die Moral auf das schwerste erschüttert ist.

Wir gehen vielleicht nicht zu weit, wenn wir gerade in der Klassifizierung der Staatsbürger, die eben zurückgeht auf den irrigen Begriff des Volksstaates, die letzte Wurzel alles Übels auf allen Gebieten des Staatswesens erblicken. Und nicht zuletzt auch die Ursache dafür, daß vielfach das Vertrauen des Auslandes zu unserem Wirtschaftsleben verlorengegangen ist. Es gilt heute — auch in den Zentralinstanzen — als reine Selbstverständlichkeit, daß die Unternehmungen Deutscher mit ihren Angeboten und Forderungen ausscheiden, wenn sie mit polnischen Unternehmungen in Konkurrenz stehen. Wenn es als patriotische Pflicht gilt, den verdienstvollsten und kenntnisreichsten Leitern industrieller Werke den Laufpaß zu geben und in den großen gesellschaftlichen Organisationen die deutschen Teilhaber rücksichtslos auszumerzen, wenn jedes, aber auch jedes Mittel willkommen ist, den deutschen Gewerbetreibenden, den deutschen Fabrikherrn zur Abgabe seines Unternehmens an einen Polen zu zwingen, mußte da nicht unser gesamtes Wirtschaftsleben aufs schwerste erschüttert werden, mußte da nicht unter den neuen Herren die Produktivität der Betriebe und mit ihr die Steuerkraft zurückgehen, mußte nicht das Vertrauen der langjährigen ausländischen Geschäftsfreunde verlorengehen? .....

Leicht wird es nicht sein, alle die Eiterbeulen auszubrennen, die das Gift des nationalen Chauvinismus am Volkskörper hat aufquellen lassen; es wird auch kaum genügen, die äußeren Krankheitserscheinungen zu bekämpfen, wenn nicht gleichzeitig der Krankheitserreger, das im Dunkeln fortwirkende Gift, beseitigt wird. Darum ist heute die klipp und klare Beantwortung der Frage unabweislich: Ist Polen ein Nationalstaat oder ist es ein Nationalitätenstaat?

Wir hätten vielleicht der Feststellung des Herrn Ministerpräsidenten — Polen ist ein Nationalstaat — nicht eine so entscheidende Bedeutung beigelegt, wenn nicht der Herr Ministerpräsident im unmittelbaren Anschluß an diese Feststellung die Sonderrechte der Minderheiten allzu eng dahin umgrenzt hätte, daß sie befugt wären, ihre sprachliche und religiöse Eigenart frei zu pflegen. Da fehlt das Wesentlichste! Für uns Deutsche in Polen kommt aber kaum die Pflege religiöser Eigenart in Frage, denn wie wir Deutschen einerseits den verschiedenen Religionsgemeinschaften angehören, sind wir auf der anderen Seite allesamt mit unseren polnischen Mitbürgern in den gleichen Religionsgemeinschaften verbunden, in Gemeinschaften, die einen Unterschied der völkischen Zugehörigkeit nicht kennen. Daß es die Episkopate der größten Religionsgemeinschaften mit den von ihnen gelehrten christlichen Lebens-

---

* Die Rede wurde namens der Deutschen Fraktion im Verlauf der Debatte über eine Regierungserklärung des Polnischen Ministerpräsidenten Sikorski gehalten.

wahrheiten für vereinbar halten, die ihnen anvertrauten Deutschen zur Aufgabe ihres Deutschtums zu bestimmen, und daß der nationale Chauvinismus auch in die Amtsstuben der polnischen Geistlichkeit beider Bekenntnisse und auf die Kanzeln seinen Weg gefunden hat, steht auf einem anderen Blatte.

Ebenso ist die Pflege der deutschen Muttersprache losgelöst von den staatlichen Belangen. Unerhört zwar, daß sich polnische Chauvinisten noch immer für befugt halten, unter Verletzung des Postgeheimnisses ohne jede gesetzliche Ermächtigung unsere Korrespondenz zu öffnen und zu kontrollieren, bedauerlich, daß man es für geboten hält, uns nach wie vor mit Spitzeln und Spionen zu umgeben. Aber sei's! Wir haben nichts zu verheimlichen. Wen unser Familienleben interessiert, mag ruhig in unsere Interna Einblick haben. Aber so weit ist wohl bisher noch niemand gegangen, daß er uns im eigenen Heim im Gebrauche der Muttersprache behindern wollte.

Sollte indessen der Herr Ministerpräsident unter dem freien Gebrauch der Muttersprache ein Recht verstehen, das über die Grenzen des Privatlebens hinausreicht, ein Recht, das sich in der Öffentlichkeit auswirkt, so bitten wir, dieses Recht für uns praktisch werden zu lassen.

Aus den Gemeindekörperschaften in den westlichen Woiwodschaften sind wir fast restlos hinausgedrängt wegen angeblich ungenügender Kenntnis der polnischen Sprache; im oberschlesischen Sejm ist dieser Tage ein Gesetz zur Annahme gelangt, das den ausschließlichen Gebrauch der polnischen Sprache auch in solchen Gemeindevertretungen vorschreibt, die sich in der Hauptsache aus Deutschen zusammensetzen, und das 5 Monate, nachdem Oberschlesien an Polen gefallen ist, also nach Ablauf einer Periode, in der es beim besten Willen nicht möglich war, die polnische Sprache zu erlernen. Wir stellen nur ungern Vergleiche mit der Vergangenheit an, aber wir können es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß in den polnischen Kreisen der ehemaligen Provinz die polnische Sprache neben der deutschen noch drei Menschenalter nach Einverleibung dieser Provinz in den preußischen Staat als Amtssprache zugelassen war. Wir dürfen ferner darauf hinweisen, daß in diesen Tagen der Senat den Gebrauch der Minderheitensprache selbst für die Kommissionssitzungen abgelehnt hat. Mit dem »freien« Gebrauch der Muttersprache ist es also ein eigen Ding.

Was uns aber der Minderheitsschutzvertrag als höchstes Gut gegeben hat und was für uns die Magna Charta unserer Existenz ist, das ist die Möglichkeit, auch im polnischen Staat an unserem Volkstum festhalten zu dürfen, ohne daß uns deshalb eine differentielle Behandlung zuteil werden darf ....

Wenn uns der Minoritätenschutzvertrag zur Erhaltung und zur Pflege unseres Volkstums besondere Rechte auf kulturellem Gebiete zuerkannt hat, Rechte, die — worauf der Herr Ministerpräsident ja hinwies — auch in unserer Verfassung verankert sind, so sind alle diese Sanktionen papierene Lettern geblieben. Der Minoritätenschutzvertrag datiert vom Jahre 1919, die Verfassung vom Jahre 1921! Entgegen aber den dort feierlichst verbrieften Rechten ist in den vergangenen Jahren bis auf den heutigen Tag alles getan worden, die deutsche Schule zu zerschlagen. Sei es, daß die Lokalinstanzen entsprechende Instruktionen der Zentrale in der Hand halten, sei es, daß sie, nationalistisch eingestellt, den Intentionen ihrer Vorgesetzten am besten zu entsprechen glaubten, wenn sie den offiziellen Weisungen entgegenhandelten: tatsächlich ist der Erfolg ihrer systematischen, zielsicheren Arbeit, daß das insbesondere in den Westmarken einst so blühende deutsche Schulwesen in Trümmern liegt. Man hat uns unsere Schulgrundstücke, unsere Schulgebäude, die wir und unsere Väter aus eigenen Mitteln aufgebaut hatten, weggenommen; man hat uns immer wieder daran gehindert, andere Gebäude zur Einrichtung von deutschen Privatschulen zu erwerben, man hat die alten deutschen Lehrer dadurch zur Abwanderung veranlaßt, daß man von ihnen in kürzester Frist die Erlernung der polnischen Sprache verlangte — eine Unmöglichkeit für alle die, die in überwiegend oder gar rein deutschen Gemeinden amtierten. Und heute, nachdem wir uns, so gut es gehen wollte, Hilfskräfte für die Unterrichtserteilung herangebildet haben, bestreitet man ihnen die Lehrbefähigung; den seminaristisch vorgebildeten Deutschen aber werden Schwierigkeiten bei der Anstellung gemacht. Endlich sollen vollqualifizierte Lehrpersonen, die deutsche Reichsangehörige sind, auch an deutschen Privatschulen nicht mehr unterrichten dürfen. Dazu kommen die bekannten Machenschaften, die uralte Schulsysteme in einzelne Ortschaften auseinanderreißen, damit die Schülerzahl unter 40 herabgedrückt wird und so der Anspruch auf eine öffentliche Schule wegfällt.

So sieht die Freiheit in der Pflege unserer kulturellen Eigenart und die Fürsorge des Staates für das deutsche Schulwesen aus!

Wir hoffen, Herr Ministerpräsident, daß es jetzt anders werden wird. Es gehört in der Tat ein eiserner Besen dazu, hier Wandel zu schaffen! Eine grundlegende Änderung des ganzen Systems! Wenn Starosten, Polizeibeamte und Schulmänner weiter dem Okazistenverein angehören dürfen, einem Verein, der sich als Hochburg nationalistischer Tendenzen die Entdeutschung des Landes zum Ziele gesetzt hat, so ist es ausgeschlossen, daß die andersgerichteten Intentionen des Herrn Ministerpräsidenten ihre Verwirklichung finden ....

Nr. 7

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 12. April 1923

Am 10. d. M. ist Ministerpräsident General Sikorski in Posen eingetroffen und hat im Schloß Wohnung genommen.

Bereits vor der Ankunft Sikorskis wurde der Zweck seiner Reise nach Posen in der hiesigen Presse lebhaft besprochen. Der »Kurjer Poznanski« bringt die Reise des Ministerpräsidenten mit der Westmarkenpolitik in Zusammenhang. »General Sikorski will«, so schreibt der ‚Kurjer', »sich die Sympathien des nationalen Lagers sichern, und zwar dadurch, daß er die Entdeutschung der Westmarken im Sinne der Forderung der Bevölkerung Großpolens und Pommerellens vorschiebt.« Der »Dziennik Poznanski« erklärt, daß der Aufenthalt des Ministerpräsidenten in Posen vermutlich zur Lösung der brennenden Fragen, unter anderem der Liquidation deutscher Güter, beitragen würde.

Nach den Audienzen fand am Abend im Rathaus ein feierlicher Empfang für den Ministerpräsidenten statt. Er wurde dort von dem Stadtpräsidenten Ratajski mit einer Begrüßungsrede empfangen, in der Ratajski hervorhob, daß die deutsche Gefahr nicht nur an den Grenzen bestehe, sondern auch im Inlande. Sie werde nicht eher beseitigt sein, bis alles deutsche Land in polnische Hände übergegangen sei und der Feind nicht mehr unnötig im eigenen Lande ernährt zu werden brauche. Großpolen könne ferner nicht mehr ertragen, daß als Folge der Politik der Polnischen Regierung auf jeden deutschen Eindringling einige 10 Morgen Land mehr als auf einen polnischen Bürger fielen.

Den Ton, den der Stadtpräsident Ratajski angeschlagen hatte, nahm Sikorski in seiner Antwortrede auf. Die Rede wird in einem Zeitungsabschnitt der »Posener Neuesten Nachrichten«, dessen Inhalt sich mit der durch die polnische Presse erfolgten Wiedergabe deckt, gehorsamst beigefügt. Die Rede hat hier einen starken Eindruck gemacht und auf die deutschen Kreise sehr alarmierend und deprimierend gewirkt. Es erscheint mir dringend erforderlich, daß von deutscher Seite eine Entgegnung erfolgt, damit das hiesige Deutschtum von einer überstürzten Massenabwanderung zurückgehalten wird.

Ganz besonders scharf wird in der Rede die Liquidationsfrage behandelt. Die Regierung werde spätestens binnen eines Jahres die Liquidation deutscher Güter und die Entdeutschung der westlichen Woiwodschaften rücksichtslos durchführen. — Auffallend ist auch der scharfe Ton, den er gegen die Freie Stadt Danzig gebrauchte. »Danzig ist nur eine freie ‚Stadt' und seine ganze Zukunft hängt von Polen ab. Die Polnische Regierung hat nicht die Absicht, die bisherige Nachgiebigkeit weiterzuüben.«

In der Pressekonferenz hat Sikorski nochmals die Liquidationsfrage eingehend berührt und zugesichert, daß die Regierung für Liquidationen deutscher Güter, die unverzüglich durchgeführt werden müßten, materielle Mittel in Form von langfristigen Krediten gewähren würde.

Am 11. d. M. hat General Sikorski Posen wieder verlassen.

Stobbe

Anlage

Auszug aus den »Posener Neuesten Nachrichten« vom 12. April 1923

Bei dem feierlichen Empfang im Rathaus hielt Ministerpräsident Sikorski folgende Rede:

»........ Es liegt im unmittelbaren Interesse der Minderheit, daß dieser historische Prozeß, nach langer Bedrückung durch die Preußische Regierung, dieser Prozeß, den man Entdeutschung der westlichen Woiwodschaften nennt, in einem möglichst kurzen und raschen Tempo vollführt werde. Es wurden in dieser Hinsicht übrigens ganz entschuldbare Fehler begangen. Solange Polen kein näher bezeichneter Wert war, konnte es sich nicht erlauben, elementare Gerechtigkeit auszumessen, weil jeder Justizakt auf internationalem Boden als Gewaltakt gehindert wurde.

Der Starke hat immer Recht, und der Schwache wird als besiegt angesehen, und man schiebt ihn auf den zweiten Plan. Ich stelle fest, daß am Vortage der Aufnahme der Liquidierungsaktion deutscher Güter, die der Herr Stadtpräsident erwähnte, unsere bisherige Nachgiebigkeit und unser Schwanken einer radikalen Änderung unterliegen müssen. Die Regierung, die ich repäsentiere, will, daß diese Angelegenheit innerhalb eines Jahres bestimmt geregelt wird.

Die, welche in der Zeit der Gefahr, in der sich das Vaterland befand, zugunsten eines fremden Staates optiert haben, müssen auch die Konsequenzen dieser Option tragen. Je schneller diese Angelegenheit erledigt wird, desto eher wird auch die für unseren inneren Frieden notwendige Konsolidierung der Verhältnisse eintreten.

Was nun die deutschen Kolonisten, die Entdeutschung der Städte und die Liquidierung der dazu bestimmten Industrieunternehmen betrifft, so betone ich, daß, wer immer uns vor der Welt des Mangels an Humanität bezichtigt, nicht im Einklang ist mit der tatsächlichen Lage. Polen war human, ist human, und es ist möglich, daß sogar allzu große Humanität unseren Staat öfters verschiedenen Gefahren ausgesetzt hat......«

Unmittelbar nach dem Empfang im Rathaus fand im Kabinett des Stadtpräsidenten eine Pressekonferenz statt, an der die Vertreter fast aller Posener Zeitungen teilnahmen. Der Ministerpräsident gab hier mehrere Informationen über den Stand der Liquidierung.

Was die Optanten betrifft, so erklärte General Sikorski, daß die Regierung diese Angelegenheit in sehr verwickeltem Zustande übernommen habe..... Über die Kolonisten äußerte sich der Ministerpräsident, daß die gegenwärtige Politik der schnellen Liquidierung weitergeführt werden wird und daß es im Interesse der Kolonisten selbst liege, die Liquidierung selbst am raschesten durchzuführen. Die Ausweisung von 160 000 Optanten wird das polnische Element in Posen und Pommerellen stärken.

Nr. 8

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Polnischen Gesandten

Berlin, den 18. Juli 1923

Herr Gesandter!

Auf die Note vom 16. Juni d. J. Nr. 3630/23 * beehre ich mich folgendes zu erwidern:

Seit dem Zeitpunkt, in welchem einige früher preußische Provinzen an die Polnische Republik übergegangen sind, hat weit über eine halbe Million Deutscher, die zum größten Teil dort seit langem angesessen waren, dieses Gebiet verlassen. Die Umstände dieser Abwanderung, die für die Betroffenen vielfach Verarmung und Elend mit sich brachte, beweisen, daß sie in der Mehrzahl der Fälle nicht freiwillig vor sich ging. Daß diese Entdeutschung der westlichen Provinzen Polens planmäßig geschieht und ein politisches Ziel bildet, das nicht nur von nationalistischen polnischen Parteien, sondern auch von den polnischen Behörden bis zu den höchsten Spitzen hinauf angestrebt und gefördert wird, hat der frühere Ministerpräsident Polens, Sikorski, in seiner Rede im Rathaus in Posen am 10. April d. J. ** unzweideutig ausgesprochen.

Die Haltung der nachgeordneten Behörden in Polen entspricht diesem Grundsatz und diese Äußerungen von autoritativer Seite verbunden mit dem Vorgehen der unteren Behörden haben in der Tat in Deutschland den Eindruck erwecken müssen, daß die Toleranz der Polnischen Regierung, von der die Note vom 16. Juni spricht, auf die deutsche Minderheit in Polen keine Anwendung findet.

Im übrigen gestattet sich die Deutsche Regierung darauf hinzuweisen, daß das Vorgehen der Polnischen Regierung auch mit den bestehenden Verträgen und den allgemeinen Regeln des Völkerrechts nicht in Einklang steht. Über die Frage der Rechtmäßigkeit des polnischen Vorgehens wird in einer wichtigen Beziehung der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag sich demnächst gutachtlich äußern. Mit Bedauern muß aber die Deutsche Regierung feststellen, daß polnische Behörden, obwohl seit einer Reihe von Monaten in Dresden Verhandlungen über die Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen schweben, fortfahren, auch in solchen Fällen Ausweisungen vorzunehmen und sogar zur Liquidation des Eigentums zu schreiten, in denen strittig ist, ob der Betroffene deutscher oder polnischer Staatsangehöriger ist. Gerade dieses Vorgehen, das auf das Bestreben schließen läßt, auch in ungeklärten Fällen vollendete Tatsachen zu schaffen, nur um jene Entdeutschungsaktion möglichst schnell durchzuführen, dürfte den Herrn Preußischen Ministerpräsidenten zu seinen Ausführungen veranlaßt haben.

Das Auswärtige Amt beehrt sich weiter nachdrücklich der in der Note vom 16. Juni zum Ausdruck gebrachten Auffassung zu widersprechen, als seien die Äußerungen des Herrn Preußischen Ministerpräsidenten der Ausfluß einer »conviction hostile« oder einer »agressivité évidente«. Wenn in Deutschland an irgendeiner Stelle unfreundliche Stimmen gegen Polen laut waren, so sind sie stets nur die Reaktion auf Kundgebungen und Maßnahmen von polnischer Seite. Das Auswärtige Amt darf in diesem Zusammenhange daran erinnern, daß der Polnische Außenminister, Herr Seyda, in seinem Exposé vor der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten am 8. Juni, also unmittelbar vor der Rede des Herrn Preußischen Ministerpräsidenten, Ausführungen gegenüber Deutschland gemacht hat, die notwendig einen scharfen Widerhall wecken mußten. Am 19. Juni hat ferner der Polnische Staatspräsident Herr Wojciechowski in Kattowitz eine Rede gehalten, in der die deutsche Kultur als perfide und Deutschland als ein Staat hingestellt wird, dem Gewalt über Recht geht. Auf zahlreichen Kundgebungen hervorragender polnischer Politiker in Wort und Schrift, die sogar das Verbleiben Ostpreußens in deutschem Besitz als eine Gefahr für Polen bezeichnen, darf in diesem Zusammenhange ebenfalls kurz hingewiesen werden. In allen diesen Äußerungen kommt tatsächlich ein Geist der Aggressivität und der Feindseligkeit zum Ausdruck, der gelegentlichen deutschen Äußerungen über die Entdeutschungspolitik Polens durchaus nicht innewohnt.

Den verantwortlichen Stellen des Deutschen Reiches liegt daran, die nachbarlichen Beziehungen zu Polen zu regeln und Reibungsflächen zwischen beiden Staaten zu beseitigen. Die parallelgehende Geldentwertung in Deutschland und in Polen hat neuerlich wiederum bewiesen, wie eng beide Staaten wirtschaftlich verbunden und wie sehr sie beide an einer Herstellung korrekter Verhältnisse interessiert sind.

* In dieser Note hatte der Polnische Gesandte gegen eine Erklärung protestiert, in der sich der Preußische Ministerpräsident am 9. Juni im Preußischen Landtag gegen die Minderheitenpolitik Polens gewandt hatte.

** Vgl. Nr. 7.

Die Deutsche Regierung benutzt die Gelegenheit festzustellen, daß ihrerseits nichts unternommen ist, was irgendwie der Entwicklung derartiger Beziehungen zwischen den beiden Staaten hinderlich sein könnte. Wenn Zwischenfälle wie der vorliegende trotzdem eintreten, so kann das Auswärtige Amt die Ursache nur in jenen Kundgebungen und Maßnahmen von polnischer Seite finden, die in allen deutschen Kreisen als speziell gegen Deutschland gerichtet empfunden werden müssen.

Genehmigen Sie, usw.

Frhr. von Maltzan

Nr. 9

Rechtsgutachten Nr. 6 des Ständigen Internationalen Gerichtshofs, 10. September 1923 *

(Übersetzung)

Der Völkerbundsrat hat am 3. Februar 1923 folgenden Beschluß gefaßt:

»Der Völkerbundsrat ist mit gewissen Fragen befaßt worden, die sich auf folgende Tatsachen beziehen:

a) eine Anzahl von Ansiedlern, die ehemals deutsche Reichsangehörige waren und jetzt auf polnischem, früher zu Deutschland gehörigem Gebiet wohnhaft sind, haben insbesondere auf Grund des Artikels 91 des Vertrages von Versailles die polnische Staatsangehörigkeit erworben. Sie besitzen ihre Güter auf Grund von Rentengutsverträgen; obgleich diese Verträge mit der deutschen Ansiedlungskommission vor dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 abgeschlossen worden waren, hatte eine Auflassung vor diesem Tage nicht stattgefunden. Die Polnische Regierung betrachtet sich auf Grund des Artikels 256 des Vertrages von Versailles als rechtmäßige Eigentümerin dieser Güter und hält sich für berechtigt, die erwähnten Verträge zu annullieren. Infolgedessen haben die polnischen Behörden gewisse Maßnahmen gegen diese Ansiedler ergriffen, die ihre Vertreibung von den Gütern, die sie innehaben, zur Folge haben;

b) die polnischen Behörden wollen Pachtverträge nicht anerkennen, die vor dem 11. November 1918 zwischen der Deutschen Regierung und deutschen Reichsangehörigen, die jetzt polnische Staatsangehörige geworden sind, abgeschlossen worden sind. Es sind dies Pachtverträge über deutsches Staatseigentum, das später auf Grund des Vertrages von Versailles, insbesondere gemäß Artikel 256, auf den Polnischen Staat übergegangen ist.

Der Völkerbundsrat ersucht den Ständigen Internationalen Gerichtshof, ein Rechtsgutachten über folgende Fragen abzugeben:

1. Betreffen die unter a und b bezeichneten Punkte internationale Verpflichtungen der Art, wie sie in dem am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Vertrage zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reich, Frankreich, Italien, Japan und Polen vorgesehen sind, und gehören sie gemäß diesem Vertrage zur Zuständigkeit des Völkerbundes?
2. Für den Fall, daß die erste Frage bejaht wird, ersucht der Rat den Gerichtshof, ein Rechtsgutachten über die Frage abzugeben, ob das im vorstehenden unter a und b bezeichnete Verhalten der Polnischen Regierung im Einklange mit ihren internationalen Verpflichtungen steht.«

..... Der Gerichtshof ist der Ansicht:

daß die in a und b des Beschlusses des Völkerbundsrates vom 3. Februar 1923 erwähnten Punkte internationale Verpflichtungen von der Art betreffen, wie sie der am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnete Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reich, Frankreich, Italien, Japan und Polen im Auge hat, und daß diese Punkte zur Zuständigkeit des Völkerbundes gehören, wie sie sich aus diesem Vertrage ergibt,

daß die unter a und b des erwähnten Beschlusses bezeichnete Haltung der Polnischen Regierung nicht im Einklang mit ihren internationalen Verpflichtungen steht .....**

Loder
Präsident

Å. Hammarskjöld
Sekretär

* Die deutsche Minderheit hat immer wieder versucht, durch Anrufung der ihr durch internationale Verträge zu ihrem Schutz gegebenen internationalen Instanzen zu ihrem Recht zu kommen.

Beim Völkerbund sind nicht weniger als 154 Beschwerden anhängig gemacht worden, die die Lage der deutschen Minderheit in Polen betreffen. Vor der Gemischten Kommission für Oberschlesien wurden, abgesehen von den in die Tausende gehenden Beschwerden, die ohne Stellungnahme des Präsidenten erledigt wurden, 90 deutsche Beschwerden verhandelt, von denen 75 als berechtigt anerkannt wurden, während die Zahl der polnischen Beschwerden 35 betrug, von denen aber nur 12 als berechtigt anerkannt wurden.

** Aus der Begründung des Gutachtens sind folgende Sätze hervorzuheben:

»Die Durchführung des Gesetzes vom 14. Juli 1920 würde bewirken, daß das vernichtet würde, was früher geschaffen wurde, nämlich insofern, als das an die Ansiedler gestellte Verlangen, ihr Heim zu verlassen, eine Entdeutschung zur Folge haben würde. Eine solche Maßnahme ist daher, obwohl sie begreiflich sein mag, gerade das, was der Minderheitenvertrag seiner Absicht nach verhüten sollte. Die Absicht des Vertrages war zweifellos, eine gefährliche Quelle von Bedrückungen, Beschuldigungen und Konflikten zu beseitigen, zu verhindern, daß Rasse- und Glaubenshaß Platz greifen sowie die bei seinem Abschluß erworbene Rechtslage dadurch zu schützen, daß er die in diesem Zeitpunkt vorhandenen Minderheiten unter den unparteilichen Schutz des Völkerbundes stellte.«

Nr. 10

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 25. September 1931

Welche Fortschritte die Entdeutschungsmaßnahmen in den letzten Jahren gemacht haben, wird jetzt auch von polnischer Seite mit geradezu zynischer Offenheit zugegeben. Anlaß zu der Erörterung dieser Frage bot für die hiesige Presse eine Veröffentlichung, in der das Problem der deutschen Abwanderung besprochen wird. Es handelt sich um eine Untersuchung des Warschauer Forschungsinstituts für Nationalitätenfragen, erschienen in der »Nationalitätenfragen« betitelten Zeitschrift (Nr. 1, 2 und 3). Die Untersuchungen laufen darauf hinaus, daß bis zu dem Jahre 1931 rund 1 000 000 Deutsche aus Polen abgewandert sind.

Wenngleich diese Zahl hinter unseren Schätzungen zurückbleibt, so ist es doch bemerkenswert, daß auch von polnischer Seite eine so hohe Abwanderungsziffer als Erfolg der Entdeutschungspolitik zugegeben wird.

Lütgens

Nr. 11

Aussprache im Britischen Oberhaus, 15. Juni 1932

Auszug

(Übersetzung)

Lord Noel-Buxton: In letzter Zeit sind auf den Tagungen des Völkerbundsrates wichtige Fragen, die die nationalen Minderheiten betreffen, behandelt worden, vor allem wurde auf der Januartagung, als Lord Cecil die Britische Regierung vertrat, ein Bericht verhandelt, der sich mit der sogenannten Terrorisierung beschäftigte, die im Herbst 1930 in der Ukraine stattgefunden hat. Diese Vorfälle waren der Gegenstand einer von nicht weniger als 65 Mitgliedern des britischen Parlaments unterzeichneten Eingabe und diese Tatsache unterstreicht das öffentliche Interesse an einer Regierungserklärung über ihre Tätigkeit in der Minderheitenfrage.

Diese Frage bildet einen starken Faktor in den internationalen Beziehungen. In der Debatte darüber im letzten Jahr haben alle drei Sprecher, von denen jeder große Erfahrung auf diesem Gebiet besitzt, ihre Wichtigkeit unterstrichen und diese Bedeutung ist besonders groß in einer Zeit der Spannungen wie der gegenwärtigen. Sie bildet den Hauptgrund für Reibungen zwischen gewissen Staaten, und wo solche Reibungen in stärkstem Ausmaß eintreten, muß die Gefahr von Zwischenfällen, die zu einem großen Unglück führen können, in Rechnung gestellt werden. Ein Beispiel hierfür bildet der Fall Danzig. Jeder kennt die Besorgnisse, die mit diesem Fall verknüpft sind. Die deutschen und die französischen Zeitungen waren voll von ihnen, die deutschen prophezeiten eine Besetzung durch die Polen und die französischen prophezeiten einen deutschen Putsch. Lord D'Abernon hat kürzlich die Lage in Danzig beschrieben und von dem Korridor als dem Pulvermagazin Europas gesprochen. Ich selbst habe in Danzig die Schwierigkeiten kennengelernt, die jeden Augenblick zu einem gefährlichen Zwischenfall führen können. Auf der deutschen wie auf der polnischen Seite gibt es Unruhe und diese hat mehr als einmal zu Zusammenstößen geführt, die den Verlust von Menschenleben nach sich zogen. Erst vor kurzem hat der polnische Kommissar mit seinem Rücktritt gedroht, falls nicht der Kommissar des Völkerbundes polnische Truppen zu Hilfe rufe. Die Verschärfung der Lage, die zu dieser sehr gefährlichen Situation führt, entspringt in der Hauptsache aus der Behandlung der deutschen Bevölkerung auf polnischem Territorium und die verderblichen Folgen all dieser Umstände haben sogar ihre Rückwirkung auf die Abrüstungskonferenz, weil sich die Grundlage für die Befriedung der Bevölkerung in Gefahr befindet.

Eine andere bedauerliche Folge ist, daß überall die Forderung nach Grenzrevision angeregt wird und dadurch mehr und mehr die europäischen Staaten in zwei Lager geteilt werden. Auf der einen Seite haben wir Deutschland, Ungarn und Bulgarien und im engen Zusammenhang mit ihnen Italien, auf der andern steht das Lager, in dem sich Polen und die Staaten der Kleinen Entente befinden, und diese beklagenswerte Unruhe kann nur durch eine gerechte Behandlung der Minderheiten besänftigt werden. Die Minderheitenverträge hatten natürlich den Zweck, diese Reibungen zu vermeiden, die die Alliierten sonst als unausweichbar erkannten. Die Schwierigkeiten der Lage waren zugegebenermaßen ernst. Wir hatten zumindest 26 Millionen Angehörige der Minderheiten — einzelne Sachverständige gaben die Zahl noch viel höher an — und früher untergeordnete Völker erhielten die Kontrolle über ihre bisherigen Herren, die sehr oft einer höheren Zivilisation angehörten als sie selbst. Nach zwölfjährigem

Bestehen dieses Zustandes sollte ein harmonisches Verhältnis leichter erzielt werden können, als es sich in der Tat erwiesen hat. Die Auswanderung ist in der Hauptsache abgeschlossen und ebenso die Agrarreform; die Bevölkerungen sind in einer solchen Weise als seßhaft anzusehen, daß ein harmonisches Verhältnis erleichtert werden müßte. Die Alliierten sahen indessen voraus, daß fremde Herrschaft genau festgelegte Schutzbestimmungen notwendig machte. Grenzen nach ausgesprochen ethnologischen Linien zu ziehen war unmöglich, und daher konnte politische Einheit nur durch Bestehenlassen der kulturellen Unterschiede erzielt werden. Dementsprechend wurden den neuen auf Veranlassung der Alliierten errichteten Staaten Bedingungen auferlegt.

Die Minderheitenverträge bestimmten, daß erstens Gleichheit vor dem Gesetz bestehen müsse — ein Beispiel hierfür ist das Verbot, in den öffentlichen Anstellungsverhältnissen Unterscheidungen durchzuführen —, zweitens kulturelle Rechte, insbesondere das Recht auf Elementarschulen in der Muttersprache der Minderheit, das Recht auf soziale Einrichtungen und das Recht, vor Gericht die Minderheitensprache zu benutzen. Die Durchführung der Verträge unterlag der besonderen Garantie des Völkerbundes. Die Garantiefrage ist zugegebenermaßen schwierig, aber wir müssen uns die Bestimmungen ins Gedächtnis zurückrufen, in denen die Garantie niedergelegt war. Die Verträge sagen, daß die Verpflichtungen von internationalem Interesse unter der Garantie des Völkerbundes stehen, und die Garantie wurde vom Völkerbundsrat 1920 durch Annahme des Tittoni-Berichtes festgelegt, demzufolge die Garantie besagt, daß der Völkerbund sich vergewissern muß, daß die Bestimmungen für den Schutz der Minderheiten ständig beobachtet werden. Ein Bruch der Sondergarantien dieser Art verstärkt die Gefahr ihrer Nichterfüllung. Die Maßnahmen von Mr. Arthur Henderson als Staatssekretär des Auswärtigen Amts berechtigten zu Hoffnungen auf Erfüllung der Garantie, was die Gefahr verringerte, und es wäre gut, wenn diese Verringerung weiter anhielte.

Ich möchte einen Vorschlag machen, den, wie ich hoffe, die Regierung Seiner Majestät günstig aufnehmen wird. Nach dem Vorgang des Weißbuches, das kürzlich auf Anregung des Völkerbundes in Verbindung mit den chinesisch-japanischen Ereignissen des letzten Winters veröffentlicht wurde, sollte die Regierung ein Weißbuch herausgegeben, das für den Gebrauch des Parlaments das Verfahren, die Machtbefugnisse und die Verantwortlichkeiten der Mitglieder des Völkerbundrats im Hinblick auf die Minderheiten sowie die Art der Garantie darlegt, die vom Völkerbund hinsichtlich der Ausführung der Verträge übernommen worden ist. Wie haben diese Verträge bisher gewirkt? Die Tschechoslowakei ist eine einigermaßen glückliche Ausnahme von der im allgemeinen als bedauerlich zu bezeichnenden Regel. Die andern haben ein schlechtes Zeugnis. Wir sehen dort einen nicht durch Klugheit eingedämmten Nationalismus. Assimilierung durch Zerstörung der Kultur ist an der Tagesordnung. Dies war zwar durch den Völkerbund vorausgesehen, und es sollten Bestimmungen hierfür bestehen, aber der Prozeß geht noch weiter Die Formen der Unterdrückung sind sich überall ähnlich, wenn sie auch dem Grade nach verschieden sind. Wir haben die Unterdrückung der Schulen, wir haben die Unterdrückung der politischen Rechte, und in einer sonst so melancholisch anmutenden Frage ist für den Humor gesorgt durch die Methoden, mit denen die politischen Rechte unterdrückt werden, nämlich die Absicht, der Bevölkerung die Ausübung des Wahlrechts dadurch unmöglich zu machen, daß man auf die brillante Idee verfallen ist, die Wahlurnen mit Abfall zu füllen, so daß es unmöglich wird, die Wahlzettel hineinzuwerfen. Regulierungen auf landwirtschaftlichem Gebiet sind ebenfalls dazu benutzt worden, um die Bevölkerung von ungünstig eingestellten Dörfern durch den Erlaß von Verboten wegen Maul- und Klauenseuche daran zu hindern, zur Wahl zu gehen, Verordnungen, die, wie Euere Lordschaften wissen, auf dem Kontinent oft die Bewegungsfreiheit der Menschen ebenso hindern wie die der Tiere. Es gibt aber auch die einfachere Methode, die Wähler auf dem Wege zur Wahl niederzuschlagen, was ja viel ernster ist und sich, wie bewiesen worden ist, im Falle der Wahlen in Oberschlesien ereignet hat.

Außerdem ist weit verbreitet die ungleichmäßige Behandlung der Minderheiten bei der Berufung auf öffentliche Posten. Ich möchte Eueren Lordschaften zwei oder drei Beispiele aus kürzlich vorgekommenen Fällen unterbreiten.

..... Die Alliierten erwarteten große Dinge von Polen, einer Rasse mit einer großen Geschichte, berühmt in Kunst und Wissenschaften, einer Rasse, die den neueren Zivilisationen in ihrer Nachbarschaft ein Beispiel der Weisheit geben sollte und, wie wir hoffen wollen, geben wird. Aber die Politik Polens ist in dieser Hinsicht, wie wir zugeben müssen, bisher dem eigenen Staat abträglich gewesen. Die Frage der deutschen Bevölkerung in Polen ist eine sehr dringende Angelegenheit. Aus dem Korridor und aus Posen sind bereits nicht weniger als 1 Million Deutsche seit der Annexion abgewandert, weil sie die Bedingungen dort unerträglich finden. Die Abhängigkeit jeder Person von der Gunst der örtlichen Behörden für die Erlangung einer öffentlichen Konzession wird benutzt, um große Teile der Bevölkerung loszuwerden. Die Kolonisierung, die heute noch den Beratungsgegenstand des Völkerbundrates bildet, wird benutzt, um den Minderheiten gegenüber Unterschiede zu machen. In der Schulfrage zeigen sich Zahlen, denen Glauben zu schenken Eueren Lordschaften schwerfallen wird. 45 % der deutschen Kinder in Thorn und Posen sind ihrer Schulen beraubt und in polnische Schulen getrieben worden. In der Gesamtzahl der Schulen ist ein Rückgang von 50 % eingetreten. Das ist eine direkte Verletzung des Artikels im Vertrag mit Polen, der bestimmt:

»Polen wird dafür sorgen, ... daß in den Volksschulen den Kindern der Unterricht .... in ihrer eigenen Sprache erteilt wird.«

Ein sehr merkwürdiges und interessantes Beispiel ist jetzt zu meiner Kenntnis gekommen, für dessen Wahrheit ich mich verbürgen kann und das die Behandlung der protestantischen Sonntagsschulen betrifft. Dort hat man ein System, das dem englischen sehr ähnlich zu sein scheint. Die Lehrer sind nicht Berufskräfte, und hier hat ein vorsätzlicher Angriff auf das ganze System der Sonntagsschulen stattgefunden. Die Polizei brach in diese ein, die Lehrer wurden in einen Raum eingeschlossen, die Kinder, während sich die Lehrer nebenan hinter Schloß und Riegel befanden, verhört und die Bücher beschlagnahmt. Dies ist Verfolgung gemeiner Art und offensichtlich Teil des Versuchs, den Gebrauch der Sprache so weit zu unterdrücken, wie er nur unterdrückt werden kann durch tatsächliche Verminderung des Ausmaßes, in dem die Bevölkerung ihre Sprache lesen und schreiben lernt. Sie kann die Sprache in ihrem eigenen Haus sprechen, aber es bleibt ein Versuch, die Sprache zu unterdrücken. Noch ernstere Dinge ereignen sich in dem ukrainischen Teil Polens. Die Ukraine scheint von uns weit entfernt zu sein, aber sie geht doch die ganze Welt an, denn sie bedeutet eine für die Interessen des Friedens wichtige Frage. Die Ukrainer sind ein viel größeres Volk, als wir uns zu erinnern gewöhnt sind. 6 Millionen von ihnen leben in Polen, sie bilden, abgesehen von den Briten und Franzosen, die größte Volksgruppe in Kanada, daher sind sie in einem hohen Maß zur britischen Angelegenheit geworden. Im polnischen Ostgalizien wurden vom Ende des Krieges bis 1928 die Volksschulen um zwei Drittel vermindert, nämlich von 2400 auf 745. In den Universitäten, in denen die Ukrainer unter österreichischer Herrschaft 11 Lehrstühle innehatten, besitzen sie jetzt keinen, obwohl ihnen 1922 von der Polnischen Regierung eine eigene Universität versprochen worden war. In dem Teil der polnischen Ukraine, der früher zu Rußland gehörte, in Wolhynien, sind die Bedingungen noch härter. Hier gibt es ein umfangreiches System der Kolonisierung durch frühere Soldaten, und diese Leute — bewaffnet und Ungesetzlichkeiten nicht abgeneigt — verfolgen ihre Nachbarn in einer äußerst bedauernswerten Weise. Die Genossenschaftsläden, die ein Merkmal der ukrainischen Landwirtschaft sind, werden unterdrückt, und alles dies ist meiner Meinung nach Teil der Politik, die Bauern ununterrichtet und uneinig zu erhalten. In der ganzen Ukraine gibt es überdies das System polizeilicher Ausweise für jeden, der irgendeine Genehmigung erhalten will, und dies führt zu einem allgemeinen System polizeilicher Verfolgung. Ein ungünstiger Polizeibericht besiegelt natürlich das Schicksal eines Schullehrers, der sich nicht besonderer Gunst erfreut. Wir können in diesem Zusammenhang eine besonders beklagenswerte Tatsache nicht beiseitelassen, nämlich die Folterung von Gefangenen in Gefängnissen und von Verdächtigen, die sich die Ungnade der polnischen Behörden zugezogen haben. Überzeugende Beweise dafür, daß in solchen Fällen mittelalterliche Folter angewandt werden, liegen zu meinem Bedauern vor.

Diese Behauptungen wurden im Völkerbundsrat durch Lord Cecil als Delegierten der Britischen Regierung als das Gewissen der Menschheit erschütternd bezeichnet. Sie sind vom Rat nicht untersucht worden, wie das hätte erfolgen müssen. Der Bericht wurde ohne Untersuchung angenommen. Die Anschuldigungen sind beachtlich für die Frage der Minderheiten, die Gegenstand des Ratsberichts vom Januar war. Diese Terrorisierung war aus dem Ratsbericht genügend bekannt, aber ich möchte Euere Lordschaften doch an ihre Not erinnern durch Verlesung der Worte eines ausgezeichneten Rechtsgelehrten, der der Krone in den Kolonien gedient hat, Sir Walter Napier, der folgendes schrieb: »Die Führer des Dorfes wurden umringt, in eine Scheune getrieben, entkleidet, niedergehalten und mit dicken Stöcken, die zum Dreschen gebraucht werden, geschlagen. Ärzten war es verboten, von den Städten in die Dörfer zu gehen, und Bauern, die den Versuch machten, sich zur Behandlung in die Städte zu begeben, wurden durch die Polizei zur Umkehr gezwungen.«

Nur mit großem Widerstreben kritisiert man einen befreundeten Staat, aber nichts wird, wie die Beratungen im Völkerbundsrat gezeigt haben, gewonnen, wenn man den Bruch von Verträgen ignoriert, wenn diese Vertragsbrüche abgestellt werden können. Wir dürfen nicht vergessen, daß Polen ganz besondere Ursache hat, diese Verträge zu beachten, denn die ihm zugestandenen Annexionen wurden ihm unter der Bedingung zugestanden, daß es diesen Gebieten Autonomie gewährt. Diese Bestimmung wurde von der Botschafterkonferenz 1923, in der unser Land ein führendes Glied war, aufgestellt. ....

Lord Dickinson: Ich hoffe, Sie werden mir erlauben, ein paar Beobachtungen denen hinzuzufügen, die mein Freund Lord Noel-Buxton vorgebracht hat, und ihm gleichzeitig dafür zu danken, daß er die Angelegenheit vor diesem Hause zur Sprache brachte. Vielleicht mag man sich manchmal fragen, warum wir uns berechtigt fühlen, Euere Lordschaften zu bitten, diesem Problem Aufmerksamkeit zu schenken, aber ich glaube, ich kann zwei Tatsachen erwähnen, die meiner Meinung nach sicher die Beanspruchung einiger Minuten Ihrer Zeit mit dieser Sache rechtfertigen. Vor allem ist das Problem eines von erheblichem Umfang — von viel größerem Umfang, als man gewöhnlich glaubt —, denn es gibt in jedem Lande gewisse Minderheiten, manche zahlreicher, manche kleiner. Sie sind natürlich, wie der Name sagt, Minderheiten — sehr oft eine kleine Minderheit —, aber die Gesamtzahl der Personen, die unter den Bedingungen von Minderheitenverträgen leben, ist bedeutend. Ihre Zahl anzugeben, ist schwierig. Es wurden Zahlen wie 20, 30, 40, ja sogar 50 Millionen genannt, je nachdem, ob diejenigen, die die Zahlen angeben, geneigt sind, sie zu verkleinern oder zu vergrößern, aber ich glaube, daß man ungefähr richtig schätzt, wenn man sagt, daß mindestens 30 Millionen Menschen von der richtigen Durchführung der Minderheitenverträge in Europa abhängen, und wenn irgend jemand für die Minderheitenverträge verantwortlich ist, so ist es sicher die Britische Regierung.

In Paris wurde die Frage, wie sich Lord Cecil of Chelwood erinnern wird, in großer Ausführlichkeit erörtert, und es war nicht sehr einfach, überhaupt die Annahme der Minderheitenverträge zu erreichen. Ich war damals nicht anwesend, aber mir ist gesagt worden, daß ohne den Nachdruck, den die Vertreter dieses Landes der Frage gaben, die Minderheitenverträge wohl niemals entstanden wären. Wenn dem so ist, dann scheint mir, daß die Regierung Seiner Majestät und ihre Vertreter in Genf einen besonderen Teil der Verantwortung dafür tragen, darauf zu achten, daß diese Verträge wirksam gemacht werden.

Ich beabsichtige nicht, mich mit der Frage Polen zu beschäftigen, wie das mein Freund getan hat, erstens, weil ich bei meinen Bemerkungen lieber eine Bezugnahme auf irgendein bestimmtes Land in dieser Hinsicht vermeiden möchte, und zweitens, weil ich weiß, daß es besonders in Polen und in allen diesen Ländern politische Schwierigkeiten bei der Errichtung ihrer Regierungen gegeben hat, die wir schwer beurteilen können. Dennoch sind wir ziemlich unvermittelt vor diese Lage gestellt worden durch die Vorgänge in der Ukraine und die Art und Weise, in der die Minderheit durch die Polnische Regierung und den Völkerbund behandelt worden ist. Mein Interesse an dieser Frage stammt aus der Kriegszeit. Ich habe nicht den Vorzug, den Osten so gut zu kennen wie mein Freund, aber unmittelbar nach dem Kriege besuchte ich diese Länder aus besonderem Interesse für die Minderheiten und für jeden, der zu dieser Zeit dorthin kam, war es offensichtlich, daß hier ein Problem bestand, von dem der Friede Europas und vielleicht der Welt abhängen würde. Von der richtigen Lösung der Beziehungen dieser Minderheiten zu der Bevölkerung, in deren Mitte sie leben, hing, und ich glaube hängt noch heute der zukünftige Frieden Europas ab.

In allen diesen Ländern finden Sie große Gruppen von Menschen, die von ihren Nachbarn in beinahe jeder Hinsicht, ja man kann sagen, überhaupt in jeder Hinsicht, abweichen. Sie unterscheiden sich in ihrer Sprache, in ihrer Religion, in ihren kulturellen Bindungen, in ihren Lebensbedingungen, ihrer Geschichte und in jeder Einzelheit von den Menschen, von denen sie umgeben sind, und sie sind, wie Euere Lordschaften sehr wohl wissen, stets die Ursache für einen großen Teil der Schwierigkeiten im Osten Europas gewesen. Der Krieg änderte die Lage in zweierlei Hinsicht. Einerseits befreite er eine große Zahl von Menschen, von denen man sagt, daß sie bisher unter dem Joch fremder Herrscher lebten. Er befreite eine größere Zahl als die, die er andererseits wieder einem solchen Joch nach dem Krieg unterwarf, und insoweit ist der Krieg ein Befreiungskrieg gewesen. Aber auf der anderen Seite unterwarf er viele Millionen Menschen neuen Bindungen, und diese waren in der Regel Menschen, die, wenn sie auch nicht immer ihren Nachbarn überlegen waren, doch sicherlich glaubten, von höherem Wert zu sein. Anstatt daß Rumänen den Ungarn, Polen den Deutschen, Tschechen den Österreichern untertan waren, wurden Deutsche, Ungarn und Österreicher andern Staaten unterworfen, und es war ganz klar, daß unter diesen Umständen nichts anderes die Versöhnung in Europa herbeiführen konnte als eine sehr großzügige Ausübung der Rechte der Regierungen über diese Menschen.....

Weil diese Minderheiten ihre vertraglichen Rechte besitzen, hat die ganze Frage eine solche Bedeutung gewonnen, und weil sie glaubten, daß ihnen diese Rechte vorenthalten werden, ist in den Minderheiten das Gefühl entstanden, daß sie keine Hilfe von dem internationalen Organ, dem Völkerbund, erhalten können, das gerade zu dem Zweck geschaffen worden ist, ihnen Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Das Ergebnis ist, daß sie Abhilfe und Gerechtigkeit nicht vom Völkerbund, sondern von anderen Stellen erwarten. Sie sehen nicht auf uns, sondern auf Deutschland. Denn die deutschen Vertreter im Völkerbund sind die Vorkämpfer der Minderheiten geworden. Deutschland hat mit dem Entwurf der Minderheitenverträge nichts zu tun. Deutschland selbst erhob keine Einwendungen gegen die Annahme der Verpflichtungen der Verträge, als es dem Völkerbund beitrat. Wenn jetzt irgend jemand in der Versammlung oder im Rat eine Frage aufwirft, dann ist es der deutsche Vertreter, der die führende Rolle übernimmt. Es scheint mir ein großer Irrtum unserer Regierung zu sein, daß sie diese Lage hat entstehen lassen. An den Minderheitrechten war die britische öffentliche Meinung stets interessiert, und ich wäre glücklich, wenn wir feststellen könnten, daß etwas aktivere Schritte von unseren Vertretern in dieser besonderen Richtung unternommen würden .....

Viscount Cecil of Chelwood: Ich bin sicher, daß niemand von Ihnen glauben wird, daß sich mein Freund Lord Dickinson entschuldigen mußte, als er einen so interessanten Bericht über diese sehr wichtige Frage erstattete. Er war gewiß berechtigt zu sagen, daß eine geschichtliche Verbindung zwischen diesem Land und der Minderheitenfrage besteht. Er bezog sich auf die Ereignisse in der Pariser Konferenz. Er hätte noch viel weiter zurückgehen können. Wenn er die Protokolle der Berliner Konferenz durchsieht, die zu dem Berliner Vertrag führten, wird er finden, daß der Britische Außenminister jener Tage zu einem Teil der Autor zusammen mit, ich glaube, dem Französischen Außenminister des allgemeinen Vorschlags war, daß, wo immer ein Land durch einen Vertrag eine beträchtliche Gebietsvergrößerung erfährt, diesem Lande auch die Verpflichtung auferlegt werden sollte, seine Minderheiten zu schützen. ....

Ganz zweifellos ist diese Frage von sehr großer Bedeutung. Das Minderheitenproblem ist für einen großen Teil der Unruhe verantwortlich, die unglücklicherweise noch immer besteht, besonders in Mitteleuropa. Ich glaube aber auch, es ist nur billig, zu sagen, daß die Frage eine der schwierigsten und delikatesten ist. Ohne jeden Zweifel hat auch jeder Minderheitenstreit, wie Lord Noel-Buxton sagte, zwei Seiten. Auf der einen Seite besteht der Wunsch der Mehrheit des Landes, das Gebiet und die Bevölkerung zu einigen, seine Position zu stärken und im oft mißbrauchten Namen des Patriotismus zu ver-

suchen, alle Opposition gegen diese Einigkeit auszurotten. Auf der andern Seite haben Sie das sehr natürliche Gefühl, das sehr lobenswerte Gefühl, wenn Sie wollen, der Minderheit die ihr eigene, besondere Existenz innerhalb des Staates zu erhalten. Die Minderheit wertet ihre Verbindung mit ihrer alten Nationalität wahrscheinlich sehr hoch, und sie hat den sehr starken sentimentalen Wunsch — ich gebrauche hier das Wort sentimental nicht in einem herabwürdigenden Sinne —, ihre Stellung zu erhalten. Es ist klar, daß, wenn diese beiden Richtungen zusammenprallen, es sehr große Schwierigkeiten geben muß. . . . .

Lord Noel-Buxton sagte, daß in mancher Hinsicht diese Minderheitenfrage ein Pulvermagazin bedeutet, und ich stimme mit ihm überein. Sie ist angefüllt mit Explosivmaterial. Als Beispiel führte er Danzig an, aber ich glaube, er wird mit mir darin übereinstimmen, daß hier nicht eine typische Minderheitenfrage vorliegt, wenn die Lage dort auch ernste Schwierigkeiten enthält, die die Aufmerksamkeit des Völkerbundes im hohen Maße auf sich gezogen haben. Dort haben Sie einen Staat von überwiegend deutschem Charakter innerhalb eines Landes, das überwiegend polnisch ist, und den Zusammenprall von zwei Nationalitäten, die offenbar stets einander feindlich gesinnt sind, wenn sie zusammentreffen. Meiner Beurteilung nach ist dies nicht ein typischer Minderheitenfall, da er nicht unter die Minderheitenverträge fällt. Es ist ein Fall von zwei anscheinend unversöhnlichen Volksteilen, die durch Anwendung der Verträge in eine bestimmte Zusammenstellung gebracht worden sind. . . .

In der Minderheitenfrage muß es die erste Aufgabe sein, zu versuchen, die in Frage kommende Regierung zu überzeugen, daß sie sich besser benehmen und Garantien für ein besseres Verhalten geben sollte. Um den Fall Polens und der Ukraine herauszugreifen: Die Verzögerung war, wie ich höre, in diesem Falle durch die Bemühungen hervorgerufen, die Polnische Regierung zu veranlassen, eine Art von Garantie oder eine Erklärung abzugeben, daß sie ein neues System schaffen wolle, das die Schwierigkeiten beseitigen würde. Das erfordert Zeit. Das Problem besteht nicht darin, eine Maschinerie oder ein Komitee zusammenzubringen, sondern liegt in der Schwierigkeit, delikate Verhandlungen mit Schnelligkeit zu führen. . . . .

Der Staatssekretär für Krieg (Viscount Hailsham): . . . . . Was die Ukrainer betrifft, so ist die ganze Frage der Stellung dieser Minderheit in diesem Jahr vor den Völkerbund gekommen als Ergebnis der sogenannten Befriedung der polnisch-ukrainischen Provinzen im Jahre 1930. Eingaben gegen die Handlungen der polnischen Behörden in dieser Angelegenheit wurden im letzten Jahr durch ein Dreier-Komitee erörtert, dessen britisches Mitglied Lord Cecil war. Dieses Komitee kam zu dem Schluß, daß ein prima facie-Fall der Verletzung der Minderheitenverträge durch die Polnische Regierung vorläge. Der Bericht über diese Frage wurde dem Völkerbundsrat am 30. Januar d. J. durch Herrn Sato, Mitglied der Japanischen Delegation, vorgelegt. Dieser Bericht gab der Ansicht Ausdruck, daß die polnischen Behörden zu ihrem Vorgehen in hohem Maße provoziert worden seien, daß sie nicht die Absicht hatten, eine systematische antiukrainische Politik zu verfolgen und daß sie in Zukunft eine versöhnliche Haltung annehmen und sich bemühen würden, mit den verantwortlichen Elementen unter den Ukrainern für die Besserung der Lage in den ukrainischen Provinzen zusammenzuwirken.

Man wird sich ferner erinnern, daß bei der Beratung des Berichts im Völkerbundsrat Lord Cecil, der für die Britische Regierung sprach, die Aufmerksamkeit seiner Kollegen auf die äußerst bedauerliche Natur einiger der in dem Bericht erwähnten Vorfälle lenkte, erklärte, das von Herrn Sato ausgesprochene Bedauern darüber zu teilen, daß die Polnische Regierung den unschuldigen Opfern der durch ihre Beamten begangenen Mißbräuche keine Entschädigung zugestanden habe, und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Polnische Regierung energische Maßnahmen zur Versöhnung und Befriedung ergreifen würde. Er drückte auch sein Bedauern darüber aus, daß Anschuldigungen über die Mißhandlungen ukrainischer Gefangener, die in den Eingaben enthalten waren, nicht untersucht und zum Gegenstand eines Berichts gemacht werden sollten und wies darauf hin, daß, wie die Dinge jetzt lägen, diejenigen, die die Anschuldigungen erhoben hätten, sagen könnten, daß ihre Beschuldigungen von der Körperschaft, an die sie sich gewendet hätten, weder zurückgewiesen noch untersucht worden seien. . . .

Was den Fall der Deutschen in Posen und im Korridor betrifft, den der edle Lord erwähnt hat, so ist die Lage die, daß bis vor kurzem diese Eingaben in der Hauptsache aus Klagen einzelner Mitglieder der Minderheit bestanden, die darüber Klage führten, wegen ihres Volkstums in Fragen wie der Enteignung oder Beschränkung ihres Eigentums unter dem Agrarreformgesetz oder der Gewährung oder Zurückziehung von Erleichterungen auf dem Gebiete der Erziehung, von Alkoholverkaufslizenzen und ähnlichem benachteiligt zu werden. In den meisten dieser Fälle war es nicht möglich, auf Grund der zugänglichen Unterlagen die Behauptung der Polnischen Regierung in Frage zu stellen, daß die Handlungen ihrer Behörden durch rein praktische Erwägungen hervorgerufen worden seien, wie dem übermäßigen Verhältnis des Großgrundbesitzes in einem gewissen Gebiet oder der übergroßen Zahl von Alkoholkonzessionen in einer bestimmten Stadt, und daß sie nicht eine Beeinträchtigung irgendwelcher durch die Minderheitenverträge gewährten Rechte bedeuteten. Immerhin liegen dem Völkerbundsrat verschiedene Eingaben vor, die sich mit der Frage der Diskriminierung als Gesamtproblem befassen und Vergleichsstatistiken enthalten, die eine ungleichmäßige Behandlung von Personen deutschen und pol-

nischen Volkstums in großen Gebieten nachweisen sollen. Solche Statistiken erfordern sehr sorgsame Untersuchungen, die gegenwärtig vorgenommen werden, und ehe nicht die Ergebnisse dieser Prüfung vorliegen, wird es für die Regierung Seiner Majestät natürlich unmöglich sein, eine Erklärung über die Frage abzugeben. .....

Wir sind dankbar für alle nur möglichen Anregungen, die uns helfen würden, eine befriedigendere Erfüllung der durch diese Minderheitenverträge übernommenen Verpflichtungen herbeizuführen. Wir sind uns aber auch bewußt, daß die Frage, wie die Durchführung derartiger Verpflichtungen erzwungen werden kann, notwendigerweise eine sehr delikate ist. Das ganze Problem jeder Art von Zwangsmaßnahmen enthält offenkundig zahllose Schwierigkeiten, und ein erfolgloser Versuch, die Beachtung derartiger Verträge zu erzwingen, oder ein erfolgloser Versuch, sich für die Sache einer Minderheit einzusetzen, könnte der Sache der Minderheit selbst leicht mehr Schaden zufügen als die ruhigere und weniger Aufsehen erregende Methode, auf die in Frage kommenden Regierungen Einfluß auszuüben. Trotz aller Wünsche, diese Verträge dem Buchstaben und dem Geist nach voll beobachtet zu sehen, ist Seiner Majestät Regierung genötigt, zu bekennen, daß, wie die Dinge im Augenblick stehen, sie nicht sieht, daß sie selbst mehr tun könnte, als sie in der Vergangenheit zu tun versucht hat.* .....

Nr. 12

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 2. März 1933

Wieder hat die Agrarreform in diesem Jahr dem Deutschtum wertvollen Boden entzogen und der deutschen Minderheit mit erbarmungsloser Härte vor Augen geführt, daß sie sich hier einem hartnäckigen und planmäßigen Angriff gegenübersieht, der letzten Endes ihre Vernichtung und Verdrängung zum Ziel hat.

---

* Auch in den öffentlichen Sitzungen des Völkerbundsrates ist wiederholt von Vertretern verschiedener Staaten bei der Behandlung von Eingaben der deutschen Minderheit in Polen die Bedeutung und Notwendigkeit des Schutzes der Minderheiten und der Unterlassung aller Unterdrückungsmaßnahmen hervorgehoben worden, namentlich auch im Interesse der Erhaltung des Friedens:

Bei der Behandlung einer Petition des Deutschen Volksbundes vom 19. Mai 1928, betreffend die Sicherheitsverhältnisse in Polnisch-Oberschlesien, in der öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrates vom 8. September 1928 führte das Holländische Ratsmitglied Beelaerts van Blockland folgendes aus:

»Er teile die Zuversicht des Berichterstatters, wenn dieser erkläre, daß gegebenenfalls auf Grund der eingeleiteten und im Zuge befindlichen Untersuchungen geeignete Maßnahmen hinsichtlich der Schuldigen getroffen werden würden. Indem er selbst den Bericht annehme, spreche er aber gleichzeitig die feste Erwartung aus, daß die Polnische Regierung verstehen werde, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Bevölkerung zu beruhigen und hierdurch das Vertrauen der Bevölkerung in den Völkerbund noch zu erhöhen, der die Aufgabe habe, auch über die Interessen der Minderheiten zu wachen.« (Societé des Nations, Journal Officiell 1928 p. 1490.)

In der öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrates vom 26. September 1928 bei Behandlung einer Petition wegen Schließung deutscher Minderheitsschulen im polnisch gewordenen Teile Oberschlesiens sah sich gegenüber dem Verhalten des Polnischen Ratsmitgliedes, des Außenministers Zaleski, das Kanadische Ratsmitglied Dandurand veranlaßt, einen besonderen Appell an die Polnische Regierung zu richten. Nach dem Sitzungsprotokoll hat er dabei folgendes ausgeführt:

»Er beschränke sich darauf, eine Bitte auszusprechen. Die Lage an Ort und Stelle sei ihm nicht bekannt, aber er denke an die 25, 30 oder 35 Kinder, die morgen ihrer Schule beraubt sein würden, die sie noch gestern hätten besuchen dürfen.« (Societé des Nations, Journal Officiel 1928 p. 1678.)

Als in der Sitzung des Völkerbundsrates in Lugano am 15. Dezember 1928, in der lediglich Minderheitsbeschwerden aus Oberschlesien, und zwar ausschließlich aus dem polnisch gewordenen Teile, verhandelt und beraten wurden, der Polnische Außenminister Zaleski als Ratsmitglied in einer längeren schriftlich formulierten Erklärung das Eintreten des Deutschen Volksbundes in Kattowitz für die Interessen des Deutschtums durch Petitionen beim Völkerbundsrate als eine nicht zu duldende Handlungsweise erklärte, sah sich der damalige Ratspräsident, der Französische Außenminister Briand, genötigt, gegenüber den polnischen Ausführungen die Wahrung der Rechte der Minderheiten als eine der vornehmsten internationalen Pflichten deutlich herauszustellen. Er sprach von »der heiligen Sache und den heiligen Rechten der Minderheiten« und gab zum Schlusse die Versicherung ab:

»Die Rechte der Minderheiten werden nicht vernachlässigt werden.« (Societé des Nations, Journal Officiel 1929 p. 70, 71.)

Als in der Völkerbundsratsitzung vom 24. Januar 1931 die Schlußbehandlung der zwei Noten der Deutschen Reichsregierung vom 27. November und 9. Dezember 1930, betreffend die Lage der deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Schlesien (Polen), und der Note der Deutschen Reichsregierung vom 17. Dezember 1930, betreffend die Lage der deutschen Minderheit in den Woiwodschaften Posen und Pommerellen (Polen), stattfand und der vom Völkerbundsrat gebilligte Bericht des Berichterstatters, des Japaners Yoshizawa (Societé des Nations, Journal Officiel 1931 p. 237, 238), vorgetragen war, wies das Britische Ratsmitglied, der Außenminister Henderson, auf das große Interesse hin, das die Öffentlichkeit, vornehmlich in England, für die Minoritätenfrage in Oberschlesien habe. Sodann nahm er Anlaß, besonders zu unterstreichen, wie die loyale Ausführung der internationalen Minderheitsverpflichtungen eine Lebensnotwendigkeit für die Aufrechterhaltung des Friedens sei. Nach dem Protokoll erklärte er:

»Er wolle heute weniger in seiner Eigenschaft als Vertreter Großbritanniens, sondern vielmehr als Präsident des Rates sprechen. Er habe es nicht nötig zu sagen, wie glücklich er sei, daß das durch die Minderheitenverträge und das Übereinkommen betreffend Oberschlesien vorgesehene System seitens des Rates so entschieden vertreten werde. Dieses System bilde einen Teil des öffentlichen europäischen und Weltrechts; man habe anläßlich der Ausarbeitung der Friedensverträge erkannt, daß die loyale Durchführung der Minderheitenverträge von lebenswichtiger Bedeutung für die Erhaltung des Friedens sei ...« (Societé des Nations, Journal Officiell 1931 p. 238, 239).

Dieser Angriff wird in zwei Richtungen geführt:

1. Gegen die wirtschaftliche Existenzbasis.
2. Gegen den kulturellen Besitzstand.

Der doppelte Druck, der auf diese Weise ausgeübt wird, soll die Minderheit allmählich seelisch zermürben und ihre Widerstandskraft brechen.

Hinsichtlich des gegen die deutsche Existenzbasis geführten Kampfes steht die Verdrängung von Grund und Boden im Vordergrund. Etwa 70 bis 80 % der deutschen Bevölkerung lebt direkt oder indirekt von der Landwirtschaft. Die Zerschlagung des deutschen Grundbesitzes trifft daher nicht nur den Eigentümer allein, sondern gleichzeitig eine ganze Reihe von Einzelexistenzen, die von ihm abhängig oder auf ihn angewiesen sind. Man kann somit ermessen, was der in den letzten 14 Jahren eingetretene Verlust von Grund und Boden für die Gesamtheit der deutschen Minderheit bedeutet.

Der deutsche Bodenverlust seit 1919 setzt sich folgendermaßen zusammen:

a) unmittelbare Liquidation	153 100 ha
b) mittelbare Liquidation	159 287 »
c) Annullation	58 700 »
d) Folgen der allgemeinen Rechtsunsicherheit	50 000 »
e) Wiederkaufsverordnung	72 718 »
f) Agrarreform	52 460 »
	546 265 ha *

Der Verlust in knapp 14 Jahren beträgt also weit über ½ Million ha. Dazu kommen noch rund 200 000 ha staatlichen Besitzes und rund 300 000 ha Forstbesitz. Auch dieser Verlust bedeutet eine Schwächung des Deutschtums im Hinblick auf die große Anzahl deutscher Arbeiter und Angestellter, die dort ihr Brot verdienten.

Mit gleicher Zielsicherheit richtet sich der polnische Angriff auch auf allen anderen Gebieten gegen die Existenzgrundlagen der Minderheit. Entlassungen von Arbeitern, die sich zum Deutschtum bekennen, haben einen erschreckenden Umfang angenommen. Langjährige Angestellte werden pensionslos oder mit geringen Abfindungen aus ihren Arbeitsplätzen verdrängt. Deutsche Handwerker und Gewerbetreibende werden boykottiert. Ärzte verlieren ihre Kassenpraxis, Apotheker werden enteignet, Schankkonzessionen entzogen. Überall sind nicht sachliche Motive maßgebend, sondern einzig und allein die Tatsache, daß es sich um deutsche Menschen handelt, die an ihrem Volkstum festhalten wollen.

Nicht besser sieht es auf dem kulturellen Gebiet aus. Hier wird mit besonderer Zähigkeit gegen die deutschen Unterrichtsbetriebe vorgegangen. Im Jahre 1924 waren von den mehreren tausend deutschen Schulen in Posen und Pommerellen 557 Unterrichtsbetriebe übriggeblieben. Von diesen 557 sind bis zum Jahre 1932 noch weitere 335 geschlossen worden **, so daß jetzt nur noch 222 Schulbetriebe vorhanden sind, die von deutschen Kindern besucht werden. Aber auch von diesen kann nur etwa ⅓ als wirkliche Minderheitsschule bezeichnet werden, weil der Unterricht vielfach von Lehrern erteilt wird, die der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig sind. Im übrigen muß ein nicht unwesentlicher Teil der Unterrichtsstunden in polnischer Sprache erteilt werden, so daß bei allen Minderheitsschulen der deutsche Charakter stark durchbrochen ist.

Die deutschen Vereine, Verbände und sonstigen kulturellen Organisationen sehen sich dauernd Drangsalierungen ausgesetzt.

So fühlt sich die Minderheit von allen Seiten bedrängt. Auch die Atmosphäre des Hasses, der die Deutschen ausgesetzt sind, hat in keiner Weise nachgelassen und führt immer wieder zu Mißhandlungen und Verfolgungen.

Unter diesem wirtschaftlichen und seelischen Druck, der nun schon seit 14 Jahren anhält, hat ein sehr großer Teil der deutschen Bevölkerung, der mit 70 % sicherlich nicht zu hoch geschätzt ist, die alte Heimat verlassen. Es ist im Hinblick auf die geschilderten Umstände nur allzu verständlich, wenn der Abwanderungsdrang auch heute noch anhält. Täglich erhält das Generalkonsulat Anträge von Minderheitsangehörigen, die den Wunsch haben, nach dem Reiche überzusiedeln. Recht erheblich scheint auch gerade neuerdings die Abwanderung durch illegale Grenzüberschreitung zu sein. Die deutsche Minderheit erleidet hierdurch in ihrem Bestande weitere schwere Verluste.

Lütgens

* Im Jahre 1939 war diese Zahl infolge verschärfter Anwendung der Agrarreform auf 685 700 ha angewachsen.

** Die Zahl erhöhte sich bis zum Jahre 1939 auf 425 Schulen.

II. Zum Vorgehen Polens in Danzig

Nr. 13

Aus den Bemerkungen der Deutschen Friedensdelegation zu den Friedensbedingungen, 29. Mai 1919*

..... Insbesondere steht die in den Artikeln 100 bis 108 verlangte Preisgabe der rein deutschen Hansestadt Danzig und ihrer ebenfalls rein deutschen Umgebung in schroffstem Gegensatz zu allen in den Erklärungen des Präsidenten Wilson gegebenen Zusicherungen. Danzig wies nach der Zählung vom 1. Dezember 1910 eine verschwindende polnisch sprechende Minderheit von 3,5 v. H. auf, der Kreis Danziger Niederung 1 v. H., der Kreis Marienburg 3 v. H., auch der Kreis Danziger Höhe hatte nur 11 v. H. Selbst die Polen bestreiten nicht ernstlich, daß Danzig stets deutschen Charakter gehabt hat. Der Versuch, Danzig zu einer Freien Stadt zu machen, sein Verkehrswesen und die Vertretung seiner Rechte nach außen dem polnischen Staat auszuliefern, würde zu heftigem Widerstand und zu einem dauernden Kriegszustand im Osten führen. Dabei sind die wirtschaftlichen Maßnahmen so getroffen, daß für Danzig jeder Verkehr mit Deutschland aufs äußerste erschwert wird — offenbar zu dem Zweck, dieses rein deutsche Gebiet im Laufe der Zeit durch wirtschaftlichen Druck zu polonisieren. Die Deutsche Regierung muß darum die beabsichtigte nationale Vergewaltigung Danzigs ablehnen und die Forderung erheben, Danzig und Umgegend beim Deutschen Reich zu belassen. .....

Nr. 14

Anlage B der Entscheidung des Völkerbundskommissars in Danzig, 6. Dezember 1921

Liste der polnischen Behörden, die sich augenblicklich in Danzig und in den Vororten befinden.

1. Diplomatische Vertretung der Republik Polen
2. Behörde für Domänen, Landwirtschaft und Forsten der Polnischen Republik
3. Polnische Paßstelle
4. Büro für Militärangelegenheiten
5. Polnische Telegraphenagentur (P. A. T.)
6. Staatsamt zum Einkauf von Artikeln ersten Bedarfs und Fischverwertung (P. U. Z. A. P. P.)
7. Büro für Finanz- und Zollangelegenheiten
8. Polnische Außenhandelsstelle
9. Zweigstelle des polnischen Staatsamts für Holzausfuhr
10. Zweigstelle des polnischen staatlichen Naphtha-Amtes
11. Polnisches Beschaffungsamt
12. Polnisches Rückwandererlager
13. Polnische Oberpostdirektion
14. Polnisch-Amerikanische Postexpedition
15. Polnisches Postamt, Expedition Danzig-Neufahrwasser
16. Polnisches Wirtschaftsamt
17. Polnische Eisenbahn-Bau-Aufsichtsverwaltung
18. Polnische Marine-Bau-Aufsichtsverwaltung
19. Polnische Eisenbahndirektion
20. Polnische Linienkommandantur
21. Polnische Marine-Funkenstation
22. Polnische Marinewetterwarte
23. Büro für polnische Staatsschiffahrt
24. Polnische Wirtschaftsadministration, Militärverwaltung.

* Anlage zur Note des Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation in Versailles an den Präsidenten der Konferenz von Versailles vom 29. Mai 1919.

Nr. 15

Entscheidung des Völkerbundskommissars in Danzig, 2. Februar 1925*

Auszug

..... Meine Entscheidung in diesem Fall lautet folgendermaßen:

a) Der Post-, Telegraphen- und Telephondienst, zu dessen Einrichtung die Polnische Regierung auf Grund der Artikel 29 und 30 des Vertrages von Paris berechtigt ist, bedeutet ein Postamt im Hafen von Danzig. Dieses Postamt ist dasjenige, das der polnischen Postverwaltung auf dem Heveliusplatz zugeteilt worden ist.

b) Der durch diesen Postdienst von dem Gebiet der Freien Stadt nach Polen und umgekehrt bewirkte Verkehr muß von den unter a) erwähnten Gebäuden nach der einen oder mehreren auf polnischem Gebiete gewählten Stellen gehen, und keine postalischen, telegraphischen oder telephonischen Sendungen oder Mitteilungen oder sonstiges darf auf diesem Wege angenommen oder ausgegeben werden, außer in der unter a) erwähnten Stelle. Die Ausdrücke »angenommen« (received) und »ausgegeben« (delivered) bedeuten Annahme oder Ausgabe durch irgendwelche dabei angewendeten Mittel und haben mit deutschen posttechnischen Ausdrücken nichts zu tun.

c) Der Gebrauch von Briefkästen außerhalb der Grenzen des unter a) erwähnten Gebäudes oder der Gebäude und ein Einsammlungs- und Bestelldienst durch Briefträger in irgendeinem Teile des Gebietes der Freien Stadt ist unzulässig und widerspricht der Entscheidung vom 25. 5. 1922.

d) Das unter a) erwähnte Postamt ist nicht dazu bestimmt, sich mit allen Briefen zu befassen, die an irgendeiner Stelle im Danziger Gebiete nach Polen oder dem Auslande von polnischen Staatsangehörigen oder anderen Einwohnern der Freien Stadt aufgegeben worden sind. Es ist vielmehr dazu bestimmt, den im Danziger Gebiet rechtmäßig errichteten polnischen Behörden zu ermöglichen, bei diesem Postamt und keiner anderen Stelle sonst Postsendungen zusammenzustellen und sie von dort unmittelbar nach Polen oder dem Auslande zu befördern, und sich des weiteren mit durchgehenden Postsendungen aus Polen über den Hafen von Danzig nach Überseeländern und umgekehrt zu befassen.

e) Die Ziffern 1 und 2 des Abkommens vom 19. 4. 1923 über die Sichtungsstelle und das Abkommen vom 29. August 1924 über die Umschlagstelle für Überseesendungen im Hafen bleiben von dieser Entscheidung unberührt.

M. S. Mac Donnell

Nr. 16

Gutachten eines vom Völkerbundsrat eingesetzten Juristenausschusses**

Auszug

(Übersetzung)

Genf, den 19. Februar 1925

Am 12. Dezember 1922 gab der Hohe Kommissar auf Grund des Artikels 39 des Vertrages vom 9. November 1920 zwischen Danzig und Polen folgende Entscheidung ab:

»Polen hat kein Recht, auf Danziger Gebiet eine Eisenbahndirektion einzurichten, die sich mit der Verwaltung anderer Eisenbahnen als der auf dem Gebiet der Freien Stadt gelegenen beschäftigt, ausgenommen im Fall einer Vereinbarung mit der Freien Stadt Danzig ...«

..... Der Vertrag von Versailles gab Polen in bezug auf Danzig gewisse Rechte, die den Zweck in sich schlossen, Polen einen freien Zugang zum Meere zu sichern. Da die Zuerkennung dieser Rechte an Polen eine Abweichung von den herkömmlichen Regeln des Völkerrechts hinsichtlich der Beziehungen zwischen Staaten bedeutet, war es nötig, ihnen eine vertragsmäßige Grundlage zu geben. Man hat dieses in dem Vertrag von Versailles und den darauffolgenden Entscheidungen und Abkommen berücksichtigt.

Polen hält die Meinung aufrecht, daß in den außergewöhnlichen Rechten, die ihm zuerkannt waren, das Recht auf eine Eisenbahnverwaltung auf Danziger Gebiet mit eingeschlossen war. Unter dieser Verwaltung sollten nicht nur die Danziger Eisenbahnen, die Polens Leitung anvertraut waren, sondern auch polnische Eisenbahnen außerhalb des Danziger Gebiets stehen. Beansprucht wird also, den Sitz eines Teils der Landesverwaltung auf fremdem Boden einzurichten, und wenn wir das Vorhandensein

* Diese Entscheidung erging auf Ansuchen des Danziger Senats, nachdem die polnische Postverwaltung in Danzig am 5. Januar 1925 ohne vorherige Unterrichtung der Öffentlichkeit einen polnischen Post-, Telephon- und Telegraphendienst eingerichtet hatte.

** Vom Völkerbundsrat gebilligt am 13. März 1925.

eines außergewöhnlichen Rechts anerkennen, so muß der Beweis zu liefern sein, daß es vertragsmäßig begründet ist. Der Juristenausschuß hat alle diesbezüglichen Schriften sorgfältig geprüft, hat aber keine Bestimmungen gefunden, die Polen folgerungsweise oder ausdrücklich ermächtigt, die Danziger Direktion mit der Verwaltung und dem Betriebe von Eisenbahnlinien auf polnischem Gebiete zu betrauen. .....

..... Irgendeine andere Verfügung, die Polen unterstützen könnte, hat der Juristenausschuß in den in Kraft befindlichen Verträgen, Entscheidungen und Abkommen nicht finden können. Unter diesen Umständen ist er der Meinung, daß die Entscheidung des Hohen Kommissars vom 12. Dezember 1922 mit den Verträgen, Entscheidungen und Abkommen, die in Wirksamkeit sind, übereinstimmt.

van Eysinga

C. Vivante

A. Niquille

Nr. 17

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 8. Februar 1932

Der Polnische Gesandte, der mich heute aus anderem Anlaß aufsuchte, ist von mir auf die unerhörten Vorgänge bei der Zehnjahresfeier der polnischen Studentenvereinigung »Bratnia Pomoc« in Danzig aufmerksam gemacht worden. Ich habe ihn insbesondere darauf hingewiesen, daß die Ansprache des amtlichen polnischen Vertreters in Danzig, Herrn Lalicki, in der von der Rückgabe Danzigs an das polnische Vaterland die Rede ist, sowie die Erklärung des polnischen Obersten Landau: »hoffentlich möchten bald von Danzigs Rathaus polnische Fahnen wehen«, kaum geeignet wären, die Beunruhigung zu beseitigen, in der sich Danzigs Bevölkerung seit längerer Zeit wieder befände.

Der Polnische Gesandte wich aus, indem er behauptete, ihm sei nichts über diesen Vorfall bekannt und fügte hinzu, daß er bei seiner persönlichen Bekanntschaft mit dem Rat Lalicki, der ein durchaus besonnener Mensch sei, sich derartige Erklärungen kaum vorstellen könne. Er würde seinerseits bemüht sein, die Angelegenheit aufzuklären.

Noebel

Nr. 18

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 12. Januar 1933

Auf Einladung der polnischen Kriegervereine und der Organisationen für die polnische militärische Vorbereitung in Danzig, deren Komitee nach einer Notiz der »Gazeta Gdanska« aus folgenden Vereinen besteht:

Verein der Krieger, Platzwache Danzig,
Sportclub »Gedania«,
Ruderclub,
Sportclub »Orzel«, unter dessen Namen sich der Verein »Strzelec« (Schütze) verbirgt,
Verband der Legionäre,
Verband der Reserveoffiziere und
Verband der Unteroffiziere der Reserve,

hat am 5. d. M. im Werftspeisehaus in Danzig eine Feier der »Soldaten-Oblate« stattgefunden, bei der von den Rednern wiederum in unverantwortlicher Weise gegen Deutschland und Danzig gehetzt worden ist und offen die Einverleibung Danzigs in Polen in kurzer Zeit verheißen wurde.

Nach dem Bericht eines absolut zuverlässigen Vertrauensmannes verdient die Rede des polnischen Geistlichen und Religionslehrers am hiesigen polnischen Gymnasium, Nagorski, besondere Beachtung, da sie die größten Beschimpfungen gegen Deutschland und Danzig enthält. Während der Rat Zielkiewicz, der Vertreter des Ministers Papée, die Versammlungsteilnehmer nur zur Einigkeit mahnte, brauchte der Vertreter des Marinedepartements, Kommandore Kosianowski, wiederum äußerst scharfe Worte gegen Danzig und hob dabei die Verdienste des Ministers Papée hervor, der ständig darauf bedacht sei, die Warschauer Regierung in ihrem Kampfe um Danzig aufzurütteln. Auch der Direktor der hiesigen polnischen Eisenbahnbezirksdirektion Dobrzycki gebrauchte in seiner Ansprache recht kriegerische Worte.

Diese neue polnische Provokation hat hier naturgemäß Aufsehen erregt. Die hiesige Presse hat daher Veranlassung genommen, die breite Öffentlichkeit ausführlich über die Veranstaltung zu unterrichten und diese einmal auf das verantwortungslose Treiben der polnischen militärischen Organistaionen auf Danziger Gebiet, die sich in letzter Zeit wiederum lebhaft zu rühren begannen, aufmerksam zu machen. Der Religionslehrer Nagorski hat zwar in einem Artikel erklärt, daß der veröffentlichte Wortlaut seiner Rede eine grobe Fälschung sei; der Aufforderung der hiesigen Presse eine möglichst wortgetreue Übersetzung seiner Rede zur Verfügung zu stellen, ist er jedoch bisher nicht nachgekommen.

von Thermann

Nr. 19

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 24. Februar 1933

In der Anlage beehre ich mich, Abschrift eines Vermerks zu überreichen, der im Senat über die Danzig-polnischen Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere die neuen polnischen Kontrollmaßnahmen angefertigt worden ist.

In Vertretung
Koester

Anlage

Seit den Vorverhandlungen zum Versailler Vertrag bis heute hat Polen Danzig gegenüber seine Politik mit der größten Konsequenz durchgeführt. Nachdem es ihm nicht gelungen ist, durch den Vertrag von Versailles, durch den Pariser Vertrag und auch durch das Warschauer Abkommen die Polonisierung Danzigs zu erreichen, hat es dasselbe Ziel unter dem Druck wirtschaftlicher Maßnahmen verfolgt.

Der Druck gegen Danzig verstärkte sich besonders im Jahre 1925, als der deutsch-polnische Zoll- und Wirtschaftskrieg einsetzte. Es wurde immer mehr versucht, es von seiner wirtschaftlichen und Kulturgemeinschaft mit dem Deutschen Reich abzudrängen und insbesondere den Bezug deutscher Waren nach Danzig, die die Freie Stadt Danzig auf dem Wege von Kontingenten und auf dem Wege des Veredelungsverkehrs beziehen konnte, zu unterbinden.

Im Jahre 1929 nahm der Kampf Polens gegen Danzig bereits Formen an, die die Existenz der Freien Stadt in ihrer wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit gefährdeten. Von Jahr zu Jahr verstärkte sich dieser Kampf und hat zur Zeit seinen Höhepunkt erreicht.

Wenn in der ersten Zeit nach der Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich Polen versuchte, Danzig dadurch zu erdrosseln, daß es die Lieferung von Lebensmitteln aus Polen nach Danzig sperrte, so ging es später dazu über, den Warenverkehr des Danziger Handels und der Danziger Industrie nach Polen zu unterbinden.

Es benutzte hierzu im wesentlichen zwei Vorwände, und zwar:

1. den Danziger Veredelungsverkehr, der nach der Behauptung Polens in unzulässiger Weise von der Danziger Zollverwaltung geduldet wurde, und
2. die Kontingente, die Danzig aus dem Deutschen Reich und aus dem übrigen Auslande bezieht, wobei Polen behauptet, diese Kontingente flössen in großen Mengen nach Polen ab, obgleich sie nur für Danzig bestimmt seien, und indem es weiter behauptet, daß Kontingentwaren, auch wenn sie bearbeitet oder verarbeitet seien (nationalisiert), nicht nach Polen hineinkommen dürften.

Mit diesen Fragen hat sich auf Grund von Danziger und polnischen Anträgen im Mai 1932 und im November 1932 der Völkerbundsrat beschäftigt und in den wesentlichsten Punkten dem Standpunkt der Danziger Regierung Rechnung getragen. Insbesondere hat der Völkerbund erklärt, daß Polen Waren, die aus dem Veredelungsverkehr stammen, nach Polen hineinlassen müsse, solange der schwebende Streit in dieser Angelegenheit nicht abgeschlossen sei.

Weiterhin hat der Völkerbundsrat bestimmt, daß Danziger Kontingentwaren, die in genügendem Umfange be- oder verarbeitet worden sind, als Danziger Waren angesehen werden müssen und daher freien Verkehr in dem gesamten Danzig-polnischen Zollgebiet genießen.

Die Polnische Regierung hat sich um diese Entscheidungen des Völkerbundsrats nicht gekümmert und in den letzten Monaten ein System eingeführt, das nach der Ansicht der Danziger Regierung den bestehenden Verträgen widerspricht.

Obgleich auf Grund des Art. 215 des Warschauer Abkommens der Warenverkehr zwischen Danzig und Polen mit ganz bestimmten Ausnahmen frei ist, verlangt jetzt Polen von jeder Ware, unabhängig davon, ob es sich um Kontingentwaren, um Danziger oder sogar um polnische Waren handelt, die Abstempelung der Fakturen durch polnische Behörden in Danzig, d. h. Polen verlangt eine Einfuhrgenehmigung für sämtliche Waren, die aus Danzig nach Polen gehen sollen. Die Einfuhrgenehmigung

oder die Abstempelung der Fakturen wird davon abhängig gemacht, daß sich die betreffenden Industrie- oder Geschäftsbetriebe einer Kontrolle durch polnische Beamte in weitgehendstem Umfange unterwerfen. Aber damit nicht genug, Polen verlangt von den Firmen, die sich schon tatsächlich solcher Kontrolle unter dem Zwange der Verhältnisse unterworfen haben, daß sie nur Waren beziehen, die wiederum von Firmen stammen, die sich ebenfalls von polnischen Beamten kontrollieren lassen. Weiterhin schreibt die Polnische Regierung den Danziger kontrollierten Firmen vor, von welchen Firmen sie in Danzig kaufen dürfen, und verweist sie in unzähligen Fällen auf den Einkauf von Waren aus Polen, obgleich die gleichen und bessere Waren in der Freien Stadt Danzig zu haben sind. In letzter Zeit werden an die Firmen auch dahingehende Forderungen gestellt, daß sie in einem gewissen Umfange polnische Arbeitnehmer einstellen müssen, da sie sonst Polen gegenüber als illegal gelten und mit dem Absatz ihrer Waren nach Polen nicht rechnen könnten.

Wenn die Regierung der Freien Stadt dieses System weiterhin duldet und Polen mit seinen Forderungen in der bisherigen Weise fortschreitet, so ist klar ersichtlich, daß die gesamte Danziger Wirtschaft in wenigen Monaten unter polnischer Kontrolle steht, unter der Kontrolle polnischer Beamter und unter der Kontrolle polnischer Konkurrenten, und der Handelsspionage wird dadurch Tür und Tor geöffnet. Es ist die Zeit abzusehen, wo Polen von den Firmen verlangt, daß sie entsprechend ihres Absatzes nach Polen polnische Arbeitnehmer beschäftigen müssen, wenn sie ihr Leben in Danzig noch fristen wollen.

Der Hohe Kommissar und der Völkerbundsrat stehen solchen Maßnahmen Polens machtlos gegenüber.

Nr. 20

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 2. März 1933

Innerhalb der letzten 10 Jahre hat sich Polen folgende besonders schwerwiegende eigenmächtige Eingriffe in die Hoheitsrechte Danzigs zuschulden kommen lassen:

1. Nichtzulassung eines Danziger Delegierten zur Berner Eisenbahnkonferenz (Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 8. Januar 1924),
2. einseitige Regelung der Ausstellung von Pässen für Danziger Staatsangehörige (Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 28. Januar 1924),
3. Verhinderung der Teilnahme einer Danziger Delegation am Stockholmer Weltpostkongreß (Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 10. November 1924),
4. eigenmächtige Einrichtung eines polnischen Postdienstes in Danzig (Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 2. Februar 1925) *,
5. Entsendung polnischer Marinepatrouillen an Land ohne Genehmigung der Danziger Regierung (Bericht des Völkerbundskommissars vom 15. August 1931),
6. eigenmächtige Erlassung des Finanzstrafgesetzes vom 21. April 1932 (vom Völkerbundsrat behandelt in seiner Sitzung vom 10. Mai 1932),
7. Anordnungen zur Verhinderung des von Danzig geübten passiven Veredelungsverkehrs (als »action directe« gekennzeichnet in der Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 29. März 1932),
8. eigenmächtige Einführung der polnischen Währung bei der polnischen Staatsbahn (Schreiben des Völkerbundskommissars an den Generalsekretär des Völkerbunds vom 4. November 1932).

von Lieres

Nr. 21

Schreiben des Völkerbundskommissars in Danzig an den Generalsekretär des Völkerbundes

(Übersetzung)

Danzig, den 7. März 1933

Am 6. März morgens teilte mir der Diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig, Herr Minister Papée, mit, daß die Polnische Regierung in Anbetracht der Sachlage, die durch die vom Senat kürzlich in der Frage der Hafenpolizei eingenommene Haltung geschaffen sei, und in Anbetracht der nach Ansicht der Polnischen Regierung bestehenden Gefahr eines Handstreichs auf die polnische Munitionsniederlage auf der Westerplatte seitens gewisser Elemente in Danzig beschlossen hätte, vorläufig die Wache der polnischen Munitionsniederlage auf der Westerplatte zu verstärken. Herr Papée hat hinzugefügt, daß diese Wachmannschaften nicht aus den Mauern der Westerplatte hinausgehen würden und daß sie ausschließlich mit der Aufgabe betraut seien, die der polnischen Wachabteilung durch den Ratsbeschluß vom 9. Dezember 1925 anvertraut sei.

* Vgl. Nr. 15.

Ich habe die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers Papée auf die geltenden Bestimmungen und besonders auf das Danzig-polnische Abkommen vom 22. Juni 1921 und auf den Bericht gelenkt, der dem Rate des Völkerbundes am 9. Dezember 1925 unterbreitet wurde, sowie auf die Erklärungen, die von dem Vertreter Polens bei dieser Gelegenheit abgegeben wurden. Es geht klar aus diesen Bestimmungen hervor, daß der Bestand der Wache auf der Westerplatte nur verstärkt werden darf, wenn die Polnische Regierung ein dahingehendes Ersuchen an den Hohen Kommissar gerichtet hat und dieser die erforderliche Zustimmung gegeben hat.

Ich habe Herrn Minister Papée erklärt, daß ich unter diesen Umständen gegen den Beschluß, den die Polnische Regierung gefaßt habe, ohne sich vorher an den Hohen Komissar zu wenden, Einspruch erheben und ihn ersuchen müßte, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die geschaffene Sachlage richtigzustellen.

Eine Stunde später richtete der Senat der Freien Stadt Danzig an mich ein Schreiben, in dem er mir mitteilte, daß der Senat festgestellt habe, daß die polnische Wache auf der Westerplatte um mehr als 100 Leute verstärkt worden sei, die mit Maschinengewehren und anderen Waffen ausgerüstet und am gleichen Tage mit dem Dampfer »Wilja« angekommen seien. Der Senat hat mich gebeten, ihm mitzuteilen, ob diese Verstärkung mit Genehmigung des Hohen Kommissars erfolgte und, bejahendenfalls, aus welchen Gründen. Ich habe dem Präsidenten des Senats geantwortet, daß ich keine Erlaubnis hierzu gegeben hätte, und ich habe den Diplomatischen Vertreter Polens unter Übermittlung einer Abschrift des Schreibens des Senats gebeten, wenn die in dem Schreiben des Senats enthaltenen Nachrichten richtig seien, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die fraglichen Truppen von der Westerplatte unverzüglich zurückgezogen würden, da diese Verstärkung der Truppen erfolgt sei, ohne daß die Polnische Regierung vorher ein dahingehendes Ersuchen an den Hohen Kommissar gerichtet habe und ohne daß dieser die erforderliche Erlaubnis gegeben habe.

Am Abend hat mich dann der Senat gebeten, auf Grund von Artikel 39 des Pariser Vertrages zu entscheiden, daß die Polnische Regierung verpflichtet ist, unverzüglich die sich auf die Verträge gründende Rechtslage wiederherzustellen und die Wache auf der Westerplatte auf die festgesetzte Stärke zu vermindern. Der Senat hat mich des weiteren gebeten, die erforderlichen Maßnahmen zu der Feststellung zu treffen, daß die Verstärkung der Truppen auf der Westerplatte ohne Genehmigung des Hohen Kommissars eine »action directe« bedeutet.

Bei Übermittlung dieses Antrages an Minister Papée habe ich die Hoffnung ausgedrückt, daß die Antwort, die ich von ihm auf mein Schreiben vom Tag vorher erwartete, den Antrag des Senats gegenstandslos machen würde.

Da ich von der Polnischen Regierung nicht die Zusicherung erhalten habe, daß die fraglichen Truppen unverzüglich zurückgezogen werden, und in Anbetracht des Ernstes der gegenwärtigen Lage sehe ich mich unter Bezugnahme auf den Ratsbeschluß vom 13. März 1925, durch den der Rat sich grundsätzlich vorbehalten hat, selbst in den Fragen einer »action directe« zu entscheiden, gezwungen, Sie zu bitten, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, daß die Frage der »action directe«, die mit dem Antrag des Senats vom 6. März 1933 gestellt wurde, baldmöglichst auf die Tagesordnung einer Sitzung des Rats gesetzt wird.

Um das Verfahren zu vereinfachen und auf diese Weise dem Rat die Prüfung der Frage zu erleichtern, erlaube ich mir, dem Rate auch die Frage zu unterbreiten, die den Gegenstand der Ziffer 1 des Antrages des Senats vom 6. März 1933 bildet*, indem ich von dem Rechte Gebrauch mache, das mir Artikel 39 des Pariser Vertrages verleiht, die Fragen, die mir auf Grund dieses Artikels zur Entscheidung unterbreitet wurden, an den Rat zu verweisen**.

Helmer Rosting

Nr. 22

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 8. März 1933

Trotz der peinlichen Erfahrungen, die die Polnische Regierung in den letzten Monaten in den Fällen gemacht hat, in denen sie durch offenen Rechtsbruch und durch Hinwegsetzung über die Verträge und Entscheidungen der Völkerbundsinstanzen in Danzig vorzugehen versuchte, wie in dem Falle des unan-

* Unter Ziffer 1 ersucht der Senat »gemäß Artikel 39 des Pariser Vertrages zu entscheiden: Die Polnische Regierung ist verpflichtet, den auf den Verträgen beruhenden legalen Zustand unverzüglich wiederherzustellen und die Besatzung der Westerplatte auf die vorgesehene Stärke zurückzuführen«.

** In Verfolg dieses Schreibens wurde die Angelegenheit auf die Tagesordnung der 71. (außerordentlichen) Session des Völkerbundsrats gesetzt. In der Sitzung des Völkerbundsrats vom 14. März erklärte der Polnische Vertreter, die Polnische Regierung habe beschlossen, die Besatzung der Westerplatte unverzüglich auf ihre Normalstärke zurückzuführen. Der Berichterstatter, der Britische Außenminister Sir John Simon, bemerkte hierzu vor dem Völkerbundsrat, daß die Polnische Regierung mit Vollendung der Rücknahme der Truppen dem Antrag des Völkerbundskommissars entsprochen haben werde. Die Angelegenheit war somit im Sinne Danzigs geregelt worden.

gemeldeten Einlaufens des Zerstörers »Wicher« in den Danziger Hafen und in der Anordnung über die Einführung polnischer Währung auf den Danziger Eisenbahnen, hat die Polnische Regierung einen neuen Rechtsbruch dadurch begangen, daß sie ohne Genehmigung des Hohen Kommissars die Besatzung der Westerplatte um etwa 100 Mann bewaffnete Polizei verstärkte.

Was zunächst die Rechtslage betrifft, so ist in der zwischen Danzig und Polen am 22. Juni 1921 abgeschlossenen Vereinbarung festgelegt, daß der Hohe Kommissar das Recht hat, über die Stärke der polnischen Wachmannschaften für die Bewachung polnischen Kriegsmaterials im Danziger Hafen auf dem laufenden gehalten zu werden, wobei ausdrücklich betont wird, daß die Stärke der Besatzung im Einvernehmen zwischen dem Hohen Kommissar und der Polnischen Regierung festgelegt wird (vgl. »Danziger Staats- und Völkerrecht«, Stilke 1927, S. 610). Diese Vereinbarung ist dem Völkerbundsrat in seiner Sitzung vom 23. Juni 1923 zur Kenntnis gebracht worden und erneut durch den Beschluß des Völkerbundsrats vom 9. Dezember 1925, durch den auch die Stärke der Besatzung auf 2 Offiziere, 20 Unteroffiziere und 66 Mann festgelegt wurde, bestätigt worden (vgl. »Danziger Staats- und Völkerrecht«, S. 651). Damals hatte auch der Vertreter der Polnischen Regierung durch seine Erklärung, die Polnische Regierung behalte sich das Recht vor, dem Rat ein Ersuchen um Verstärkung des Bestandes der Wachmannschaft zu unterbreiten, wenn die Umstände es erfordern, selbst anerkannt, daß Polen nicht berechtigt ist, ohne Genehmigung der Völkerbundsinstanzen eine solche Verstärkung vorzunehmen.

Aus der Vorgeschichte dieser neuesten Aktion der Polnischen Regierung ist hervorzuheben, daß am 4. d. M. der hiesige Polnische Diplomatische Vertreter zunächst mündlich, dann schriftlich bei dem Hohen Kommissar angefragt hat, ob er das Vorgehen Danzigs in der Frage der Hafenpolizei als »action directe« ansehe. Der Hohe Kommissar hatte damals eine Antwort verweigert mit der Begründung, er sei Richter und könne daher eine solche Frage nicht ohne Antrag entscheiden, auch sei für eine Entscheidung über die Frage der »action directe« der Rat zuständig.

Am Morgen des 5. März teilte Herr Papée dem Hohen Kommissar mit, daß die Polnische Regierung beabsichtige, die Garnison auf der Westerplatte zu verstärken. Auf die Einwendung Rostings, daß die Stärke der Besatzung eine bestimmte Zahl nicht übersteigen dürfte, erklärte Herr Papée, daß Polen nach den Verträgen berechtigt sei, die Besatzung im Falle einer Gefahr zu verstärken. Eine solche Gefahr läge jetzt vor, da die Polnische Regierung in Erfahrung gebracht hätte, daß ein militärischer »Run« auf die Westerplatte beabsichtigt sei. Beweise konnte Herr Papée nicht erbringen, so daß der Hohe Kommissar von vornherein Widerspruch gegen jede Verstärkung der Besatzung auf der Westerplatte erhob. Tatsächlich sind die Behauptungen von Herrn Papée vollkommen aus der Luft gegriffen.

Trotz dieses Widerspruchs des Herrn Rosting erklärte Herr Papée am Morgen des 6. März ihm gegenüber, daß die Polnische Regierung beschlossen hätte, die Besatzung auf der Westerplatte zu verstärken. Rosting erhob sofort Widerspruch gegen diesen Beschluß der Polnischen Regierung. Daraufhin versuchte Herr Papée einzulenken. Er machte den Vorschlag, daß man das polnische Versäumnis dadurch gutmachen könnte, daß Rosting die frühere Besprechung als Antrag auf Genehmigung der Verstärkung ansehen, diesen ablehnen, aber die vorübergehende Verstärkung der Besatzung stillschweigend dulden sollte. Erfreulicherweise hat Rosting dieses Angebot sofort abgelehnt.

Inzwischen hatte der Senat durch Pressemeldungen aus Warschau erfahren, daß 100 Mann polnischer Polizei aus Warschau nach Danzig in Marsch gesetzt worden seien, angeblich um die Besatzung der Westerplatte zu verstärken. Außerdem war der polnische Munitions- und Truppentransportdampfer »Wilja« von Gdingen kommend in das Munitionsbecken der Westerplatte eingelaufen, auf dem sich, wie der Polizeipräsident aus sicherer Quelle erfahren hatte, 100 Mann Polizei und 11 Maschinengewehre befanden. Daraufhin hat sich der Senat an den Hohen Kommissar gewandt und unter Darstellung des Sachverhalts diesen um Auskunft gebeten, ob er die Verstärkung genehmigt habe, was dieser umgehend verneinte.

Da der Hohe Kommissar im Verlauf seiner weiteren Bemühungen von der Polnischen Regierung nicht die erbetene Zusicherung erhielt, daß die fraglichen Truppen unverzüglich zurückgezogen werden, hat er in Anbetracht des Ernstes der gegenwärtigen Lage den Generalsekretär des Völkerbundes gebeten, die Frage auf die Tagesordnung einer außerordentlichen Sitzung des Rats im Laufe dieser Woche zu setzen.

Das Vorgehen Polens hat natürlich in Danzig sehr starke Erbitterung hervorgerufen. Infolgedessen hatte der Senat auf Anregung von Herrn Rosting vorsorglich einen Teil der Einwohnerwehr einberufen, um zu verhindern, daß unbesonnene Elemente sich zu Beschädigungen von polnischen Gebäuden, Briefkästen usw. und zu Angriffen auf polnische Personen hinreißen lassen könnten.

von Thermann

Nr. 23

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 15. März 1933

Das Verbleiben des Munitionstransportdampfers »Wilja« in dem Munitionsbecken auf der Westerplatte nimmt durch das Verhalten der polnischen Behörden eine Entwicklung, die man nur noch als grotesk bezeichnen kann. Wie bereits gemeldet, hatte Polen das Nichtauslaufen der »Wilja« mit der Angabe zu erklären versucht, daß das Schiff Maschinenschaden hätte. Zugleich wurde mitgeteilt, daß das Schiff nunmehr mit Schlepperhilfe den Danziger Hafen verlassen würde. Nachdem dies aber auch nach weiteren 72 Stunden nicht geschehen war, hat der Senat erneut Protest gegen die Verletzungen des Abkommens über die Westerplatte erhoben. Inzwischen teilte der hiesige Polnische Diplomatische Vertreter dem Senat mit, daß der Maschinenschaden auf der »Wilja« behoben sei, daß aber die »Wilja« noch verbleiben müßte, da ein schon vorher angekündigter Kriegsmaterialtransport von Dirschau kommend auf den Dampfer geladen werden sollte. Hierauf hat der Senat wiederum Protest dagegen erhoben, daß das Schiff im Munitionsbecken der Westerplatte von Polen zurückgehalten wird, ohne daß eine genaue Angabe über einen bevorstehenden Munitionstransport gemacht werden konnte. Der Senat bittet daher erneut, daß die »Wilja« unverzüglich das Becken verläßt.

Bemerkenswert ist noch, weil darin der unerhörte Mißbrauch der Westerplatte durch Polen offen in Erscheinung tritt, daß der Kriegsmaterialtransport, der am Montag ankam und mit dessen Durchfuhr über die Westerplatte das Einlaufen der »Wilja« begründet worden war, am 11. d. M. durch einen Schlepper vom Munitionsbecken abgeholt, von diesem auf die Reede gefahren, dort auf das polnische Schiff »Slązk« umgeladen und nach dem Ausland transportiert worden ist.

Das ganze Vorgehen Polens bezweckt natürlich nur, unter irgendeinem Vorwand bis auf weiteres die »Wilja«, auf der die Verstärkung der Besatzung der Westerplatte untergebracht ist, im Munitionsbecken liegenzulassen.

Die einzige Genugtuung, die sich aus dem Verhalten Polens ergibt, ist die, daß jetzt die Polnische Regierung selbst die Unhaltbarkeit des in Verbindung mit dem Munitionstransport über Danzig geschaffenen Systems der ganzen Welt vor Augen führt.

von Thermann

Nr. 24

Der Deutsche Gesandte in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 11. März 1933

In der Frage der Westerplatte habe ich in den letzten Tagen Gelegenheit gehabt, mit den hiesigen Vertretern der wichtigsten Ratsmächte zu sprechen, und habe im Hinblick auf deren eventuelle Berichterstattung mich bemüht, teilweise vorhandene irrige Auffassungen richtigzustellen.

Übereinstimmend wird dieser neue Gewaltcoup als »echter Beck« angesehen, obschon dieses Mal — wohl im Gegensatz zu dem Fall »Wicher«* — auch der Marschall Pilsudski vorher sein placet gegeben zu haben scheint. Als Zweck des Unternehmens wird in erster Linie die Regelung der Polizeifrage** angesehen. Die polnische Behauptung von einer Gefährdung der Westerplatte hat anscheinend bisher nicht viel Glauben gefunden. Wenn weiter vielfach gesagt wird, daß Beck mit seinem Vorgehen offenbar eine Antwort auf die deutschen Wahlen habe geben wollen, so mag es richtig sein, daß auch dieser Gedanke

---

* Vgl. Nr. 22.

** Danzig und Polen hatten 1925 über die Einrichtung einer gemischten, aus Danziger und polnischen Staatsangehörigen bestehenden Hafenpolizei ein Abkommen getroffen, das bis 1927 gültig war. Der durch das Abkommen herbeigeführte Zustand hatte nach Ablauf des Abkommens zunächst unverändert fortgedauert, bis der Danziger Senat am 15. Februar 1933 in Verfolg des ihm im Abkommen zugestandenen Rechts der Überprüfung der Lage die Danziger Staatsangehörigen aus der Gemischten Hafenpolizei zurückberief und die Polizeigewalt im Danziger Hafen durch die Danziger Polizei übernehmen ließ, wodurch die Lage von 1925 wiederhergestellt wurde.

mitgespielt hat. Ich möchte aber eher glauben, daß als beabsichtigte Nebenwirkung der Wunsch im Vordergrund gestanden hat, den Vertretern des Revisionsgedankens in Europa ein Warnungszeichen zu geben.

Ich habe unter den hiesigen Diplomaten kaum einen gefunden, der nicht mit mehr oder weniger scharfen Worten die polnische Handlungsweise kritisiert bzw. verurteilt hätte. Andererseits ist in den Unterhaltungen zuweilen auch darauf hingewiesen worden, daß man nicht recht verstehen könne, warum der Danziger Senat gerade jetzt das Arrangement bezüglich der Hafenpolizei aufgekündigt habe. Diese Vorwürfe, denen ich unter Verwendung der Berichte des Generalkonsulats Danzig entgegengetreten bin, wurden besonders stark hervorgehoben von seiten des Englischen Botschafters, dessen Urteil mit Rücksicht auf die Rolle Englands als Berichterstatter in dieser Angelegenheit besonders wichtig erscheint, der aber leider in deutsch-polnischen bzw. Danzig-polnischen Angelegenheiten meistens eine starke Voreingenommenheit zeigt.

Was die Frage anbetrifft, ob etwa dem polnischen Vorgehen ein provokatorischer Charakter zukommt, mit dem Ziel, Zwischenfälle hervorzurufen, oder faits accomplis zu schaffen, so herrscht in hiesigen diplomatischen Kreisen die Ansicht vor, daß derartige Absichten nicht vorliegen. Zur Begründung wird meistens angeführt, daß Polen kein Interesse daran habe, Situationen herbeizuführen, die zwangsläufig die Frage der deutschen Ostgrenzen aufwerfen müssen. Selbst wenn man diese Auffassung für zutreffend ansehen wollte, wird man jedenfalls sagen müssen, daß demjenigen, der mit dem Feuer spielt, zum mindesten der Vorwurf eines dolus eventualis nicht erspart werden kann.

von Moltke

Nr. 25

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 3. Mai 1933

Die ständig wachsende Konkurrenz des polnischen Nachbarhafens Gdingen mit dem Danziger Hafen hat die Regierung der Freien Stadt schon im Mai 1930 genötigt, sich an den Hohen Kommissar zu wenden, um die Verpflichtungen Polens über die Frage der vollen Ausnutzung des Danziger Hafens zu klären.

Eine Denkschrift des Senats in dieser Sache vom 9. Mai 1930 wird mit den folgenden grundsätzlichen Ausführungen eingeleitet:

»Danzig war in der Zeit vor dem Kriege das Ideal eines in sich in der Einfuhr und Ausfuhr ausgeglichenen Hafens mit dem Verkehr hochwertiger Güter, deren Umschlag wie Handel in der Hand des Danziger Kaufmanns lagen. Die Hafeneinrichtungen Danzigs waren in langen Jahren gleichmäßigen Verkehrs diesem Güterumschlag angepaßt und auf ihn eingearbeitet und konnten ihn mühelos bewältigen. Diese harmonische Einheit zwischen Danziger Hafen und Danziger Handel ist durch die Auswirkung der Nachkriegszeit zerstört worden. Bei der Mehrzahl der Umschlaggüter des Danziger Hafens hat der Danziger Eigenhandel seine führende Stellung verloren. Der Danziger Hafen ist vom Handelshafen zum Speditionshafen herabgesunken. Die zahlenmäßige Vervierfachung seines Warenverkehrs beruht auf einer außerordentlichen Zunahme des Verkehrs geringwertiger Massengüter, insbesondere der Kohlenausfuhr, deren Wert 1927 bei einer Menge der Hälfte des Gesamtwarenumschlages nur 8% des Gesamtwertes des Ausfuhrverkehrs über den Danziger Hafen betrug. Geringwertiger Massengüterverkehr, deren Handel sich außerhalb Danzigs vollzieht, deren Umschlag kostspielige risikoreiche Neueinrichtungen des Hafens bedingt haben und deren für gewisse mit der Spedition und Schiffahrt zusammenhängende Wirtschaftszweige bestehender Nutzen in keiner Weise die Schädigungen der Ausschaltung des Danziger Hafens auf vielen Gebieten des Warenverkehrs auszugleichen vermag, sind die Kennzeichen des Wirtschaftslebens Danzigs in der Nachkriegszeit.

Diese für Danzig in der Nachkriegszeit erwachsenen Nachteile sind in der letzten Zeit katastrophal verschärft worden, und es sind für den Danziger Handel und das gesamte Wirtschaftsleben schwere Depressionen eingetreten, deren Rückwirkung auf die Grundlagen des Danziger Staates gefahrdrohend sind. Die Ursachen hierzu sind nach Auffassung der Regierung der Freien Stadt Danzig darin zu erblicken, daß ein großer Teil des polnischen Handels von dem Wege über Danzig abgelenkt wird, da Polen die nach Danzig führenden Eisenbahnen und Wasserwege nicht in genügendem Maße ausbaut, da es den Ausbau des Danziger Hafens unzureichend fördert und da Polen unmittelbar neben Danzig einen eigenen Hafen in Gdingen erbaut und den Verkehr dieses Hafens in Gdingen mit allen Mitteln unter Hintansetzung des in Danzig geschaffenen freien Zuganges zum Meere fördert.«

In der Zwischenzeit hat die zielbewußt fortgeführte polnische Wirtschaftspolitik zu einem weiteren erschreckenden Rückgang der Umsätze des Danziger Hafens geführt, wie aus folgender Aufstellung zu ersehen ist:

Es betrug in Danzig in Tonnen

	die Einfuhr	Ausfuhr	insgesamt
1929	1 792 951	6 766 699	8 559 650
1930	1 090 631	7 122 462	8 213 093
1931	754 300	7 576 205	8 330 505
1932	428 103	5 047 949	5 476 052

Demgegenüber sind die Umschlagszahlen des Gdingener Hafens von besonderem Interesse:

Es betrug in Gdingen in Tonnen

	die Einfuhr	Ausfuhr	insgesamt
1926	179	413 826	414 005
1927	6 702	889 439	896 141
1928	192 711	1 767 058	1 959 769
1929	329 644	2 492 858	2 822 502
1930	504 117	3 121 631	3 625 748
1931	558 549	4 741 565	5 300 114
1932	432 887	4 761 400	5 194 287

Ein Vergleich der angeführten Zahlen ergibt einwandfrei, daß die von Polen mit allen Mitteln betriebene Begünstigung Gdingens mit dem fortschreitenden Niedergang des Danziger Hafens Hand in Hand geht.

von Lieres

B. Deutschlands Bemühen um eine Verständigung mit Polen, 1933 bis 1939

I. Verhandlungen über ein Deutsch-Polnisches Verständigungsabkommen (Mai 1933 bis Januar 1934)

Nr. 26

Aufzeichnung des Reichsministers des Auswärtigen über eine Unterredung des Führers mit dem Polnischen Gesandten

Berlin, den 2. Mai 1933

Der Herr Reichskanzler empfing heute morgen in meiner Gegenwart den Polnischen Gesandten, der im Auftrage seiner Regierung darauf hinwies, daß in Polen seit der Übernahme der Regierung durch die Nationalsozialistische Partei in Deutschland eine wachsende Unruhe Platz gegriffen hätte, die teilweise einen panikartigen Umfang angenommen habe. Der Gesandte betonte das Interesse Polens an einem freien Ausgang zum Meer, das von keiner Polnischen Regierung mehr aufgegeben werden könne. Aus diesem Grunde müsse Polen sein Recht auf Danzig aufrechterhalten, und er sei beauftragt, vom Herrn Reichskanzler eine Zusicherung zu erhalten, daß man deutscherseits nicht beabsichtige, irgend etwas an dem jetzigen Zustand in Danzig zu ändern.

Der Kanzler erwiderte Herrn Wysocki, daß er zunächst ein besonderes Recht Polens auf Danzig zurückweisen müsse. Wenn in Polen eine Beunruhigung bestehe, so könne er nur sagen, daß man deutscherseits wesentlich mehr Anlaß zu einer solchen Beunruhigung habe und sich durch die Vorgänge in Oberschlesien, durch Zusammenziehung von Militär an der Grenze, durch die Besetzung der Westerplatte in Danzig dauernd bedroht fühle. Die Grenze zwischen Polen und Deutschland sei durch die Kurzsichtigkeit der Staatsmänner, durch Unverstand und durch Übelwollen in einer Weise gezogen, daß ein ruhiges Nebeneinanderleben der zwei Nationen, solange diese Grenzziehung bestehe, so gut wie undenkbar sei. Er achte jede Nationalität und er betrachte Polen als eine Realität, die er als solche berücksichtige. Allerdings verlange er, daß auch polnischerseits Deutschland als Realität behandelt würde. Wenn zur Zeit des Abschlusses des Vertrages von Versailles die Gemüter nicht völlig verwirrt gewesen wären, so hätte polnischerseits der Errichtung eines Korridors durch das deutsche Gebiet niemals zugestimmt werden dürfen, denn es sei klar, daß dadurch eine dauernde Spannung zwischen Deutschland und Polen entstehen mußte. Es wäre wesentlich klüger gewesen, den Zugang zum Meer, von dem der Gesandte als von einem unveräußerlichen Recht der Polen gesprochen habe, auf der anderen Seite von Ostpreußen zu suchen. In diesem Falle würde wohl schon längst ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Polen bestehen und auch die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Verständigung gegeben gewesen sein. Er, der Kanzler, möchte nur wünschen, daß die zwischen Deutschland und Polen schwebenden politischen Fragen einmal von den beiderseitigen Staatsmännern leidenschaftslos geprüft und behandelt würden. Er sei überzeugt, daß sich dann auch ein Ausweg aus der jetzigen unhaltbaren Lage ergeben könnte. Deutschland wolle den Frieden. Eine gewaltsame Enteignung polnischen Gebiets liege ihm ferne. Es behalte sich aber vor, diejenigen Rechte, die ihm vertragsgemäß zustünden, jederzeit und nach Gutdünken in Anspruch zu nehmen.

Auf Bitten des Polnischen Gesandten erklärte sich der Reichskanzler bereit, über den Empfang des Gesandten und die Unterredung ein Communiqué herauszugeben, das im Wortlaut beigeheftet ist.*

Frhr. von Neurath

Nr. 27

Amtliches Deutsches Communiqué, 3. Mai 1933

Der Polnische Gesandte, Herr Wysocki, stattete heute dem Deutschen Reichskanzler einen Besuch ab. Die Unterredung, bei welcher der Außenminister Freiherr von Neurath zugegen war, beschäftigte sich mit den schwebenden politischen Fragen, die das Verhältnis Deutschlands zu Polen berühren. Der Reichskanzler betonte die feste Absicht der Deutschen Regierung, ihre Einstellung und ihr Vorgehen strengstens im Rahmen der bestehenden Verträge zu halten. Der Reichskanzler sprach den Wunsch aus, daß die beiden Länder ihre gemeinsamen Interessen beiderseits leidenschaftslos überprüfen und behandeln möchten.

* Vgl. Nr. 27.

Nr. 28

Amtliches Polnisches Communiqué, 4. Mai 1933

Die Unterredung, die am 2. d. M. der Herr Reichskanzler in Anwesenheit des Herrn Außenministers Freiherr von Neurath dem Polnischen Gesandten Herrn Dr. Wysocki gewährte und die vom Wolff-schen Bureau veröffentlicht wurde, hat einen beruhigenden Einfluß auf die deutsch-polnischen Beziehungen zur Folge gehabt.

Im Zusammenhang mit dieser Unterredung hat der Außenminister von Polen Herr Beck den Deutschen Gesandten in Warschau Herrn von Moltke empfangen und hervorgehoben, daß die Polnische Regierung ihrerseits die feste Absicht hat, ihre Einstellung und ihr Vorgehen strengstens im Rahmen der bestehenden Verträge zu halten. Der Polnische Außenminister sprach weiter den Wunsch aus, daß die beiden Länder ihre gemeinsamen Interessen beiderseits leidenschaftslos überprüfen und behandeln möchten.

Nr. 29

Aus der Rede des Führers vor dem Deutschen Reichstag, 17. Mai 1933

..... Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der man glaubte, vielleicht aus Polen und Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genau so fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden.

Wir sehen die europäischen Nationen um uns als gegebene Tatsache. Franzosen, Polen usw. sind unsere Nachbarvölker und wir wissen, daß kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte. Es wäre ein Glück für die Welt gewesen, wenn im Vertrage von Versailles diese Realitäten auch in bezug auf Deutschland gewürdigt worden wären. Denn es müßte das Ziel eines wirklich dauerhaften Vertragswerkes sein, nicht Wunden zu reißen oder vorhandene offenzuhalten, sondern Wunden zu schließen und zu heilen. Eine überlegte Behandlung der europäischen Probleme hätte damals im Osten ohne weiteres eine Lösung finden können, die den verständlichen Ansprüchen Polens genau so wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegengekommen wäre. Der Vertrag von Versailles hat diese Lösung nicht gefunden. Dennoch wird keine Deutsche Regierung von sich aus den Bruch einer Vereinbarung durchführen, die nicht beseitigt werden kann, ohne durch eine bessere ersetzt zu werden.* .....

Nr. 30

Der Deutsche Gesandte in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 30. August 1933

Prüft man, was hinsichtlich einer Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen geschehen könnte, so wäre ein Abbau der Kampfmaßnahmen des nunmehr 8 Jahre dauernden Zollkriegs von besonderer politischer Tragweite. Daß die Aufhebung der im Laufe dieser Zeitspanne beiderseits ergriffenen Kampfmaßnahmen nicht nur auf die weitere Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen günstig einwirken würde, sondern auch im Sinne der deutsch-polnischen Entspannung einen starken Eindruck auf die Öffentlichkeit hervorrufen würde, steht außer Zweifel.

So groß das Mißtrauen in die Absichten und Methoden des Gegners bei uns sein mag — wozu Polen besonders auch wieder in letzter Zeit zahlreiche Anlässe gegeben hat —, halte ich doch die Überwindung der praktischen und psychologischen Schwierigkeiten für möglich und erforderlich. Der deutsch-

---

* Den gleichen Gedanken hat der Führer in seiner Rede im Berliner Sportpalast vom 24. Oktober 1933 folgendermaßen entwickelt:

»So wie man wirtschaftlich sinnlos handelte, handelte man auch politisch sinnlos. Nur ein einziges Beispiel: Zwischen Polen und Deutschland wird der Korridor gelegt. Es hätte sich damals eine andere Lösung finden lassen. Es gibt in Europa Deutsche, es gibt in Europa Polen. Die beiden werden sich daran gewöhnen müssen, nebeneinander und miteinander zu leben und auszukommen. Weder können die Polen das deutsche Volk aus der europäischen Landkarte wegdenken, noch sind wir unverständig genug, um etwa die Polen wegdenken zu wollen. Wir wissen, beide sind da, sie müssen miteinander leben. Warum legt man ihnen dann einen Zankapfel in ihr Leben hinein? Alles vermochten die Mächte damals. Warum mußten sie das tun? Nur um Haß zu verewigen, nur um Völker, die miteinander auskommen würden, in Zwietracht zu stürzen. Es wäre wirklich möglich gewesen, einen anderen Weg zu finden, um beiden Ländern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.«

polnische Handelskrieg, der noch im vorigen Herbst mit Recht als ein Stellungskrieg bezeichnet werden konnte, hat in letzter Zeit wieder stärker den Charakter eines Offensivkrieges angenommen. Diese Verschärfung zu beseitigen und darüber hinaus wieder zu normaleren und besseren Beziehungen auf dem Gebiete des Handels zu gelangen, würde — mehr als vieles andere — zur Entspannung der deutsch-polnischen politischen Beziehungen, wie sie in den Verlautbarungen des Herrn Reichskanzlers programmatisch verkündigt worden ist und auch aus der Danziger Initiative zu einer Bereinigung der Streitfragen mit Polen* erkennbar wird, in allerstärkstem Maße beitragen.

von Moltke

Nr. 31

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Gesandten in Warschau

Erlaß

Berlin, den 25. September 1933

Die Auffassung, daß im Zuge der auf eine Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen hinzielenden Politik jetzt auch wirtschaftspolitische Besprechungen mit Polen wieder angebahnt werden sollten, wird hier geteilt.

Was den materiellen Inhalt der Verhandlungen mit Polen angeht, so müßten zunächst einmal die beiderseitigen Kampfmaßnahmen abgebaut werden. Die Deutsche Regierung ist unter der Voraussetzung einer entsprechenden Haltung der Polnischen Regierung hierzu bereit. Wieweit darüber hinaus durch gegenseitige Zugeständnisse, die auf polnischer Seite bei dem dort bestehenden System der Einfuhrverbote und vielfach prohibitiven Zölle praktisch in Einfuhr- und Zollkontingenten bestehen müßten, eine Erweiterung des außerordentlich stark geschrumpften beiderseitigen Handelsvolumens möglich ist, müßten die Verhandlungen ergeben.

Ich bitte ergebenst, die Frage einer Wiederaufnahme der wirtschaftspolitischen Besprechungen mit der Polnischen Regierung zu erörtern und über das Ergebnis zu berichten**.

von Bülow

Nr. 32

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Gesandten in Warschau

Telegramm

Berlin, den 15. November 1933

Die Unterredung des Herrn Reichskanzlers mit Herrn Lipski hat heute vormittag in Gegenwart von Herrn von Neurath stattgefunden und ungefähr eine Stunde gedauert. Das amtliche Communiqué wird durch WTB verbreitet. Dieses Communiqué ist mit Herrn Lipski vereinbart worden, der auch die Genehmigung der Warschauer Regierung eingeholt hat***.

---

* Vgl. Nr. 179, Anm.

** Die Verhandlungen wurden bereits Anfang Oktober aufgenommen und führten am 7. März 1934 zur Unterzeichnung des »Zollfriedensprotokolls«.

*** Das Communiqué hat folgenden Wortlaut:

»Der Reichskanzler empfing heute vormittag den Polnischen Gesandten, der ihm seinen Antrittsbesuch machte. Die Aussprache über die deutsch-polnischen Beziehungen ergab volle Übereinstimmung beider Regierungen in der Absicht, die die beiden Länder berührenden Fragen auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen in Angriff zu nehmen und in ihrem Verhältnis zueinander auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten.«

Herr Lipski begann die Unterredung, indem er Grüße von Marschall Pilsudski bestellte und dem Wunsch des Marschalls Ausdruck verlieh, die deutsch-polnischen Beziehungen durch unmittelbare Aussprache freundschaftlicher zu gestalten. Er hob dabei hervor, daß es immer der Wunsch des Marschalls gewesen sei, mit Deutschland freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Auf die längere Rede von Herrn Lipski erwiderte der Herr Reichskanzler eingehend, indem er zunächst ausführte, daß sein Standpunkt als Nationalsozialist bekannt sei; er rechne mit Realitäten und betrachte den Bestand des polnischen Staates als etwas Gegebenes. Ähnlich wie in seiner Reichstagsrede vom Mai d. J.* hat der Herr Reichskanzler ausgeführt, daß er ein Gegner jeder gewaltsamen Nationalisierung fremder Gebietsteile sei. Polen und Deutschland seien nun einmal Nachbarvölker, dieser Tatsache müsse Rechnung getragen werden, und es sei ein Unsinn, etwa wegen kleiner Grenzberichtigungen einen Krieg zu führen. Allerdings müsse er betonen, daß durch den Friedensvertrag von Versailles ein Zustand geschaffen worden sei, der für Deutschland unerträglich sei und jeden Deutschen immer schmerzen müsse. Er glaube, daß es ebensogut möglich gewesen wäre, dem Wunsche Polens auf freien Zugang zum Meere auf einem anderen Wege zu entsprechen. Er sei Soldat gewesen, er kenne den Krieg und wisse auch, daß ein siegreicher Krieg keinem Teil dauernd nur Vorteil bringen würde und, gemessen an den Opfern, in keinem Verhältnis stehen würde zu dem Gewinn. Er glaube aber, daß bei gutem Willen und bei Schaffung einer geeigneten Atmosphäre auch schwierige Fragen einer friedlichen Lösung entgegengeführt werden könnten. In diesem Sinne begrüße er die Anregung Marschall Pilsudskis, und er sei seinerseits zu einer Erklärung durchaus bereit, daß die Deutsche Regierung die Absicht habe, auf eine gewaltsame Lösung der zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen zu verzichten.

Bülow

Nr. 33

Der Reichsminister des Auswärtigen an den Deutschen Gesandten in Warschau

Telegramm

Berlin, den 24. November 1933

Der Herr Reichskanzler ist mit dem Ihnen hier bereits persönlich übergebenen Entwurf einer deutsch-polnischen Erklärung einverstanden**. Der Herr Reichskanzler ist ferner damit einverstanden, daß Sie diesen Entwurf in einer Audienz dem Marschall Pilsudski im Namen des Herrn Reichskanzlers übergeben. Ich bitte Sie, sofort diese Audienz in geeigneter Form nachzusuchen und auf schnelle Anberaumung des Termins zu drängen.

Ich bitte bei der Audienz etwa folgendes auszuführen: Der Herr Reichskanzler erwidere mit bestem Dank die Grüße des Marschalls. Er habe mit Genugtuung die Stellungnahme des Marschalls begrüßt, dessen Ideen von ihm durchaus geteilt würden, wie sich aus dem vereinbarten Pressecommuniqué*** ergebe. Der Reichskanzler sei der Ansicht, daß es zweckmäßig sei, es nicht bei diesem Communiqué zu belassen, sondern eine Form zu finden, welche die Gedanken und die Willensrichtung der beiden Regierungen klarer präzisiere und einen nachhaltigeren politischen Effekt habe. Sie seien deshalb beauftragt, den Entwurf einer Erklärung zu überreichen, wie sie von beiden Regierungen abgegeben werden könnte, um zu dem gewünschten Ziele zu gelangen. Zur Begründung dieses Entwurfs wäre weiter auszuführen, daß es dem Herrn Reichskanzler gut erscheine, nicht mit den hergebrachten alten Begriffen und schon etwas abgegriffenen Formulierungen zu operieren, sondern anstatt dessen eine Form zu wählen, die den politischen Entschluß der beiden Regierungen unzweideutig in Erscheinung treten lasse und auf die Öffentlichkeit einen stärkeren Eindruck machen würde als die nicht mehr in besonderem Ansehen stehende übliche Paktform. Dabei wäre aber zu betonen, daß die in dem Entwurf gewählte Form nichts an dem bindenden Charakter der Abmachungen ändere, wie sich schon aus der am Schluß vorgesehenen Ratifizierung ergäbe.

Zu Ihrer Information möchte ich noch darauf hinweisen, daß die Fassung der von uns vorgeschlagenen Erklärung in keiner Weise die Anerkennung der heutigen deutschen Ostgrenzen in sich schließt, sondern im Gegenteil zum Ausdruck bringt, daß mit dieser Erklärung eine Grundlage für die Lösung aller Probleme, also auch der territorialen Probleme, geschaffen werden soll.

Neurath

---

* Vgl. Nr. 29.

** Es handelt sich um einen Vorentwurf der unter Nr. 37 abgedruckten Erklärung vom 26. Januar 1934.

*** Vgl. Nr. 32, Anm. ***.

Nr. 34

Der Deutsche Gesandte in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 28. November 1933

Empfang bei Marschall Pilsudski hat heute nachmittag stattgefunden. Die Unterredung, bei der Außenminister Beck zugegen war und die etwa $1^1/_4$ Stunde dauerte, trug einen betont freundlichen Charakter, wie überhaupt die für hiesige Verhältnisse ungewöhnlich schnelle Anberaumung des Empfangs als besondere Aufmerksamkeit zu werten ist.

Der Marschall, der in Unterhaltung gern vom sachlichen Thema abschweift, um persönliche Erinnerungen, meistens militärischer Art, einzuflechten, macht einen geistig frischen, körperlich aber über seine Jahre hinaus gealterten und fast gebrechlichen Eindruck. Seine Grundeinstellung zu dem erörterten Fragenkomplex war gekennzeichnet durch eine immer wieder zum Ausdruck kommende sympathische Anerkennung der Persönlichkeit des Reichskanzlers, dessen aufrichtigen Friedenswillen er im Laufe der Unterhaltung wiederholt unterstrich.

Ich begann die Unterredung mit Übermittlung der Grüße des Reichskanzlers, die Pilsudski mit sichtlicher Befriedigung entgegennahm. Nach der weisungsgemäß erfolgten Darlegung über die von uns gewählte Form der »Erklärung« habe ich diese dem Wunsch des Marschalls entsprechend auf deutsch vorgelesen und durch Erläuterungen in der ihm geläufigeren französischen Sprache ergänzt.

Pilsudski äußerte sich zustimmend zu Grundgedanken des deutschen Vorschlags. Er billigte insbesondere, und zwar in der ihm eigenen drastischen Ausdrucksweise, die Wahl einer neuartigen Formulierung und den ihm besonders sympathischen Verzicht auf die verhaßten Paragraphen, ließ aber vorsichtshalber durchblicken, daß manchmal auch althergebrachte Formen und Paragraphen ihren Wert hätten. Er erklärte, daß er naturgemäß nicht in der Lage sei, zu Einzelheiten des Entwurfs Stellung zu nehmen, daß er aber ein besonderes Bedenken schon jetzt hervorheben wolle, und zwar die Bezugnahme auf den Schiedsvertrag von Locarno, der in Polen einen schlechten Klang habe. Hinsichtlich des weiteren Prozedere setzte der Marschall des längeren auseinander, wem alles der Entwurf zur Prüfung und Begutachtung vorgelegt werden müsse, und wies wiederholt darauf hin, daß dieses Verfahren geraume Zeit in Anspruch nehmen würde. Im weiteren Verlauf der Unterredung unterstrich Pilsudski den Wunsch, die deutsch-polnischen Beziehungen auch seinerseits auf eine freundnachbarliche Basis zu bringen, betonte aber mit einer Deutlichkeit, wie ich sie bisher von polnischen Politikern kaum gehört habe, daß sich aus der 1000 Jahre alten Deutschfeindlichkeit des polnischen Volkes große Schwierigkeiten bei der Durchführung dieser Politik ergeben würden. Diese Politik dürfe infolgedessen nicht auf Gefühlsmomente, sondern nur auf Erwägungen der Vernunft aufgebaut werden. Seiner Behauptung, daß die Verhältnisse in Deutschland ähnlich lägen, widersprach ich und betonte unter Hinweis auf Vorfälle der letzten Zeit die Notwendigkeit, eine planmäßige Verständigungspolitik einzuleiten, wie das bereits von seiten Deutschlands z. B. auf dem Gebiet der Presse in wirksamer Weise geschehen sei. Meine Darlegungen beantwortete Pilsudski, indem er seiner grenzenlosen Verachtung für die Presse Ausdruck verlieh, mit der er nichts zu tun haben wolle, gab aber zu, daß es nützlich sei, auf die politischen Organisationen einzuwirken.

Abschließend erwähnte ich den Wunsch des Reichskanzlers, auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu normalen Beziehungen zu gelangen. Pilsudski erwiderte, daß seinerzeit nur ein einziger Minister im polnischen Minsterium dem Zollkrieg widersprochen habe, während heute sich wohl kaum ein Minister finden würde, der die Fortführung dieses unseligen Krieges gutheiße. Allerdings sei Polen, das sich ohne jegliche Reserve durch die Wirtschaftkrise durchgekämpft habe, darauf angewiesen, einen wirtschaftlich tragbaren Ausgleich zu suchen.

Moltke

Nr. 35

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Gesandten

Aufzeichnung

Berlin, den 9. Januar 1934

Der Polnische Gesandte hat mich heute aufgesucht und hat mir einen abgeänderten Entwurf für eine Erklärung über die Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen übergeben. Der Gesandte hat dabei darauf hingewiesen, daß die Polnische Regierung sich bemüht habe, unserem Entwurf so nahe als möglich zu kommen. Er habe die Vollmacht zur Zeichnung und sei jederzeit dazu bereit.

Ich erklärte Herrn Lipski, ich müßte natürlich den polnischen Entwurf zunächst durchsehen, ehe ich zu ihm Stellung nehmen könnte, würde ihm aber so bald wie möglich Mitteilung darüber zukommen lassen, ob und welche Wünsche wir etwa noch zu äußern hätten.

Mir scheint besonders bedenklich der Vorschlag, daß unter die Erklärung nicht solche Fragen fallen sollen, »welche nach internationalem Recht zur ausschließlichen Zuständigkeit der Staaten gehören«. Damit wird offensichtlich bezweckt, die Frage der Behandlung der deutschen Minderheit in Polen von einer direkten Aussprache zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung auszuschließen.

Frhr. von Neurath

Nr. 36

Aufzeichnung des Direktors der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 22. Januar 1934

Der Polnische Gesandte sagte sich am Sonnabend, den 20. d. M., bei mir zu einer Fortsetzung unserer Besprechungen an. Er erzählte, daß er inzwischen in Warschau die von mir gestellten Fragen in seinem Ministerium und vor allem mit Marschall Pilsudski besprochen habe.

Bei der Erörterung des polnischen Vorschlags, wonach die Erklärung sich nicht auf die zur ausschließlichen Zuständigkeit der Staaten gehörenden Fragen erstrecken sollte, beantwortete Herr Lipski meine frühere Frage dahin, daß man damit nur die Einmischung in innere Angelegenheiten des Landes ausschließen wolle. In Polen hätten sich, wie er behauptete, z. B. im letzten Jahr hier und da Bestrebungen geltend gemacht, der Behandlung der Juden in Deutschland entgegenzutreten. Das habe die Regierung selbstverständlich abgelehnt. Es sei gut, in der Erklärung derartige Möglichkeiten ausdrücklich auszuschließen. Ich nahm Herrn Lipski beim Wort und sagte ihm, wenn die Polnische Regierung nichts anderes bezwecke, dann solle sie doch ihren Vorschlag auch dementsprechend formulieren, damit die Öffentlichkeit sehe, was gemeint sei. Er erklärte daraufhin, man werde sich in Warschau mit folgender Fassung zufriedengeben:

> »Die beiden Regierungen stellen fest, daß diese Erklärung sich nicht auf solche Fragen erstreckt, die nach internationalem Recht ausschließlich als innere Angelegenheiten eines der beiden Staaten anzusehen sind.«

Diese Formel hat gegenüber der alten Formel den Vorteil, daß sie die Minderheitenfrage nicht mehr von einer eventuellen diplomatischen Besprechung zwischen Deutschland und Polen ausschließt. Denn die Minderheitenfragen sind zweifellos keine Fragen, die nach internationalem Recht ausschließlich als innere Angelegenheiten eines Landes angesehen werden könnten.

Gaus

Nr. 37

Erklärung der Deutschen und der Polnischen Regierung, 26. Januar 1934

Die Deutsche Regierung und die Polnische Regierung halten den Zeitpunkt für gekommen, um durch eine unmittelbare Verständigung von Staat zu Staat eine neue Phase in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einzuleiten. Sie haben sich deshalb entschlossen, durch die gegenwärtige Erklärung die Grundlage für die künftige Gestaltung dieser Beziehungen festzulegen.

Beide Regierungen gehen von der Tatsache aus, daß die Aufrechterhaltung und Sicherung eines dauernden Friedens zwischen ihren Ländern eine wesentliche Voraussetzung für den allgemeinen Frieden in Europa ist. Sie sind deshalb entschlossen, ihre gegenseitigen Beziehungen auf die im Pakt von Paris vom 27. August 1928 enthaltenen Grundsätze zu stützen, und wollen, insoweit das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in Betracht kommt, die Anwendung dieser Grundsätze genauer bestimmen.

Dabei stellt jede der beiden Regierungen fest, daß die von ihr bisher schon nach anderer Seite hin übernommenen internationalen Verpflichtungen die friedliche Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen nicht hindern, der jetzigen Erklärung nicht widersprechen und durch diese Erklärung nicht

berührt werden. Sie stellen ferner fest, daß diese Erklärung sich nicht auf solche Fragen erstreckt, die nach internationalem Recht ausschließlich als innere Angelegenheiten eines der beiden Staaten anzusehen sind.

Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen und sollte sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle auf Grund gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen, unbeschadet der Möglichkeit, nötigenfalls diejenigen Verfahrensarten zur Anwendung zu bringen, die in den zwischen ihnen in Kraft befindlichen anderweitigen Abkommen für solchen Fall vorgesehen sind. Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.

Die durch diese Grundsätze geschaffene Friedensgarantie wird den beiden Regierungen die große Aufgabe erleichtern, für Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhen.

Beide Regierungen sind der Überzeugung, daß sich auf diese Weise die Beziehungen zwischen ihren Ländern fruchtbar entwickeln und zur Begründung eines gutnachbarlichen Verhältnisses führen werden, das nicht nur ihren beiden Ländern, sondern auch den übrigen Völkern Europas zum Segen gereicht.

Die gegenwärtige Erklärung soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Warschau ausgetauscht werden. Die Erklärung gilt für einen Zeitraum von 10 Jahren, gerechnet vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an. Falls sie nicht von einer der beiden Regierungen 6 Monate vor Ablauf dieses Zeitraums gekündigt wird, bleibt sie auch weiterhin in Kraft, kann jedoch alsdann von jeder Regierung jederzeit mit einer Frist von 6 Monaten gekündigt werden.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und polnischer Sprache.

Berlin, den 26. Januar 1934

Für die Deutsche Regierung:
C. Freiherr von Neurath

Für die Polnische Regierung:
Józef Lipski

Nr. 38

Der Deutsche Gesandte in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 27. Januar 1934

Außenminister Beck, der mich heute zu sich bat, äußerte sich dankbar und mit lebhafter Befriedigung über Zustandekommen deutsch-polnischer Vereinbarung. Die Bedeutung dieses Ereignisses, das man wohl als historisch bezeichnen könne, sei für ihn und ganz besonders für den Marschall Pilsudski noch erhöht worden durch die Worte, die der Herr Reichskanzler an den Polnischen Gesandten gerichtet habe. Der Eindruck in polnischer Öffentlichkeit sei außerordentlich und stärker, als er erwartet habe. So habe zum Beispiel Bekanntgabe in größtem Konzertsaal Warschaus lebhaften Applaus Publikums hervorgerufen und selbst in der Provinz habe Zeitungsauflage verdreifacht werden müssen. Es zeige sich, daß nach Fehlschlag von internationalen Konferenzen und Pakten eine mutige und von Führerwillen zeugende Politik starke Wirkung ausübe, insbesondere wenn sie allgemein vorhandenem Friedensbedürfnis Rechnung trage. Hierin liege Ansporn für Weiterverfolgung dieser Linie.

Die Oppositionsparteien hätten sich noch nicht geäußert. Er fürchte sie auch nicht und werde in der nächsten Woche Gelegenheit nehmen, seine Politik vor dem Sejm zu vertreten.

Die Aufnahme in der Weltöffentlichkeit sei, soweit ihm bisher Nachrichten vorlägen, durchweg günstig. Insbesondere begrüße er das diesbezügliche Havas-Communiqué, das ihm Anlaß gegeben habe, den Polnischen Botschafter in Paris zu beauftragen, der Französischen Regierung Dank auszusprechen.

Moltke

II. Keine Besserung der Lage der Deutschen Volksgruppe durch die Deutsch-Polnische Verständigungspolitik (November 1933 bis August 1934)

Nr. 39

Der Deutsche Konsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Telegramm

Thorn, den 25. November 1933

Deutsche Wahlversammlung Graudenz Montag 20. 11. wurde gestört durch angeblich bezahlte Elemente, als Generalsekretär deutscher Volksgruppe über deutsch-polnische Verständigung sprach. Dieselben Elemente sind Urheber blutigen Zwischenfalls am Donnerstag.

Donnerstag stattfand in Loge Sitzung Vertrauensmänner für deutsche Liste bei Stadtverordnetenwahlen. Gegen 21 Uhr erschienen erwähnte Elemente, die Anwesende mit Bierkrügen bewarfen und verletzten. Gegen 23 Uhr forderte die Polizei Anwesende zum Heimgehen auf. Älteste Versammlungsteilnehmer konnten unbehelligt heimkehren. Jüngere verließen Loge gegen 24 Uhr geschlossen, begleitet von etwa sechs Polizisten. Diese leiteten Versammlungsteilnehmer in dunkle Seitengasse, wo Angriff besagter Elemente erfolgte.

Mehr als zwölf Verletzte, wovon einer auf Transport gestorben, ein anderer in Lebensgefahr.

Laut Angabe Gewährsleute besteht begründeter Verdacht, daß Angreifer Schützen-Verband angehören und von Regierungspartei gedungen sind.

In Vertretung

Hoops

Nr. 40

Der Deutsche Gesandte in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 29. November 1933

Ich habe in einer Unterredung, die ich aus anderem Anlaß mit dem Außenminister hatte, Gelegenheit genommen, diesen auf die Graudenzer Ausschreitungen* anzusprechen. Ich verwies ihn insbesondere auf die starke Erregung, die hierüber in der deutschen Öffentlichkeit entstanden sei, wodurch die erfreuliche Besserung der Atmosphäre wieder gefährdet würde.

Herr Beck erwiderte, daß er diese Vorfälle ebenfalls bedauere. Im übrigen versuchte er, die Ausschreitungen mit der bei Wahlen in allen Ländern zu konstatierenden Aufpeitschung der politischen Leidenschaften zu entschuldigen. Erst mein Hinweis auf die antideutsche Propagandawoche des Westmarkenvereins und den Kontrast, der zwischen solchen unzeitgemäßen Kundgebungen und den beiderseitigen Regierungserklärungen besteht, veranlaßte den Außenminister zu der Erklärung, daß energische Maßnahmen gegen die Täter ergriffen werden würden und daß er sich mit dem Minister des Innern in Verbindung setzen wolle, um der Verhetzung entgegenzuwirken.

Ich darf bitten, die Tatsache meiner Intervention in dieser Angelegenheit nicht in der Presse zu verwerten, da es ohnehin schon große Schwierigkeiten bereitet, Minderheitsfragen hier offiziell zur Sprache zu bringen und eine Veröffentlichung noch weiter erschwerend wirken würde.

von Moltke

Nr. 41

Der Deutsche Gesandte in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 28. Dezember 1933

Der Präsident der Gemischten Kommission in Kattowitz, Präsident Calonder, hat sich kurz vor Weihnachten zwei Tage lang in Warschau aufgehalten, um nach verhältnismäßig langer Zeit wieder einmal den Kontakt mit der Polnischen Regierung aufzunehmen. Bei einem größeren Diner, das von dem Unterstaatssekretär Graf Szembek am Abend veranstaltet wurde, bin ich als einziger auswärtiger

---

* Vgl. Nr. 39.

Vertreter zugezogen gewesen, eine Aufmerksamkeit, die immerhin im Rahmen der gegenwärtigen Verständigungspolitik eine gewisse Beachtung verdient. Ich hatte nach dem Essen Gelegenheit zu einer längeren Unterhaltung mit Präsident Calonder. Er erklärte, von seiner Unterredung mit Außenminister Beck sehr befriedigt zu sein, wenn er auch den Eindruck nicht los werden könne, daß diesem bei seinem starken Selbständigkeitsdrang jede internationale Kontrolle äußerst zuwider sei. Immerhin würden die Dinge in Oberschlesien wesentlich besser liegen, wenn auch dort die Beckschen Auffassungen über die Behandlung der Minderheit geteilt würden. Leider sei dies aber keineswegs der Fall und zu seinem großen Bedauern müsse er feststellen, daß auch die erfreulicherweise von Deutschland und Polen verfolgte Politik der Verständigung in dieser Hinsicht noch keinerlei Besserung gebracht habe. Er habe sogar den Eindruck, daß die Provinzialbehörden sich gegen diesen Verständigungsgedanken innerlich auflehnten und daß sie versuchten, durch scharfes Vorgehen gegen die Minderheit ein Gegengewicht gegen die Warschauer Politik zu schaffen oder aber faits accomplis herzustellen, für den Fall, daß die Verständigungspolitik wirklich Fortschritte mache.

Auf meine Frage, ob er mit der Entwicklung, die die Dinge in Deutsch-Oberschlesien genommen hätten, zufrieden sei, antwortete Präsident Calonder, daß er im Frühjahr große Sorge gehabt habe, daß aber inzwischen eine ganz wesentliche Besserung eingetreten sei, so daß er in dem deutschen Teil seines Bezirkes, abgesehen von einigen kleineren Fragen, kaum Anlaß zu irgendeiner Beanstandung habe. Im übrigen freue er sich ganz besonders darauf, Anfang Januar dem Herrn Reichskanzler, für dessen geniale Politik er aufrichtige Bewunderung habe, seinen Besuch machen zu können.

von Moltke

Nr. 42

Der Deutsche Konsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 31. März 1934

Die nach Abschluß des Zehnjahrespaktes veröffentlichte neue Namensliste zur Agrarreform 1934 ist ein deutlicher Beweis dafür, daß seit dem Abschluß des Verständigungsabkommens, abgesehen von einigen äußeren Zeichen einer Besserung der Atmosphäre, alles beim alten geblieben ist. In dieser Liste sind 11 Güter, davon 10 deutsche, aufgeführt. In Hektar ausgedrückt, entfallen von den beanspruchten 1,475 ha rund 1,032 auf deutschstämmigen Besitz. 8 von diesen 10 Gütern haben bereits auf früheren Namenslisten gestanden, 5 davon haben keine Zuschläge* erhalten und sind infolgedessen so reduziert, daß sie nicht mehr lebensfähig erscheinen. Alle 10 Güter standen und stehen wirtschaftlich sehr gut, was von den danebenliegenden polnischen Gütern nicht gesagt werden kann. Trotzdem erhalten letztere noch Zuschläge. Das rigorose polnische Vorgehen verstößt nicht nur offen gegen den Geist des Zehnjahrespaktes, sondern entspricht auch nicht dem Wunsche des Völkerbundes, der seinerzeit in Genf die Wiedergutmachung der seitherigen polnischen Agrarmaßnahmen forderte.

von Küchler

Nr. 43

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 15. April 1934

Am 13. April 1934 fand in Antonienhütte — Ostoberschlesien — ein Protestumzug des Aufständischen-, des Schützen-, und des Reservistenverbandes unter Beteiligung von etwa 500 Personen gegen die deutsche Minderheit und die deutschen Verbände statt. Zwei Polizeibeamte begleiteten den Umzug. Während des Umzuges, der sich durch sämtliche Straßen in Antonienhütte bewegte, spielte die Reservistenkapelle. Es wurden polnische Lieder gesungen. In den Straßen, in denen deutsche Minderheitsangehörige wohnen, wurden von mehreren Umzugsteilnehmern, die mit Pistolen bewaffnet waren, etwa 25 bis 30 Schüsse abgegeben. Von den Sprechchören wurde folgendes ausgerufen: »Nieder mit den deutschen Minderheitsschulen und Verbänden! Es lebe die polnische Schule, nieder mit dem Verständigungspakt!«. Gegen 21 Uhr löste sich der Umzug vor dem Rathaus auf. Nach dem Umzug wurden mehrere deutsche Minderheitsangehörige von den Aufständischen auf der Straße belästigt und bedroht.

In Vertretung

Quiring

---

* Den Grundbesitzern konnten nach dem polnischen Agrargesetz bei der Parzellierung unter gewissen Voraussetzungen auch über die Normalgrenze hinausgehende Flächen belassen werden (»Zuschläge« zur Normalfläche).

Nr. 44

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 28. April 1934

Die in der Anlage des Erlasses vom 25. April enthaltenen Angaben über polnische Maßnahmen zwecks Bekämpfung der Minderheitsschule* stellen nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Bild mehr oder minder offenen Terrors dar, der gegenwärtig anläßlich der Schulanmeldungen gegen die deutsche Minderheitsschule in Polnisch-Oberschlesien ausgeübt wird. Ein Abflauen dieser von den verschiedensten polnischen Verbänden betriebenen Agitation gegenüber den Vorjahren ist bisher nicht festzustellen, vielmehr werden auch in diesem Jahr erneut alle Register wirtschaftlicher und moralischer Bedrückung gezogen, um die Erziehungsberechtigten von der An- bzw. Ummeldung ihrer Kinder in die Minderheitsschule abzuhalten. Eine Auswirkung der Verständigungspolitik ist hier jedenfalls noch nicht festzustellen.

In Vertretung

Quiring

Nr. 45

Der Deutsche Konsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 28. April 1934

Das Konzert des Dresdner Streichquartetts, das Freitag in Thorn stattfinden sollte, mußte abgesagt werden, da die Künstler die Einreisegenehmigung nicht erhalten haben. Die »Deutsche Rundschau« (Bromberg) schreibt dazu: »In Berlin ist kürzlich der polnische Tenor Jan Kiepura begeistert gefeiert worden. Der Reichskanzler und der Reichspropagandaminister empfingen den polnischen Tenor in ihren Logen. Wo bleibt die gegenseitige Verständigung?«

von Küchler

Nr. 46

Der Deutsche Konsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 28. Juni 1934

Ich hatte wiederholt Gelegenheit zu berichten, daß der Zehnjahrespakt zwischen Deutschland und Polen zwar nach außen hin eine gewisse Entspannung gebracht habe, daß aber im übrigen im Verhältnis Polens zu Deutschland, insbesondere was die Behandlung der Minderheit anlangt, in diesem Gebiet keine Änderung zu verspüren sei.

Dies zeigt sich auch auf dem Gebiet der Schule. So wurde kürzlich der in Thorn an dem einzigen staatlichen Gymnasium mit deutscher Unterrichtssprache tätige Oberlehrer Paul Brien in den Ruhestand versetzt. Wie ich festgestellt habe, waren keine pädagogischen Gründe für die Entlassung maßgebend. Sie liegt vielmehr im Zuge der polnischen Bestrebungen, dieses alte deutsche Gymnasium allmählich in ein polnisches umzuwandeln. Ein deutscher Lehrer nach dem anderen ist hier durch einen polnischen ersetzt worden. Aber man hatte gehofft, daß dieser zielbewußte Umwandlungsprozeß nach dem Zehnjahrespakt eingestellt werden würde. Mit der Abberufung des Oberlehrers Brien wird das Kollegium nunmehr aus neun polnischen und drei deutschen Lehrern bestehen. Unter diesen Umständen kann das Gymnasium nicht mehr als eine deutsche Lehranstalt angesehen werden.

von Küchler

---

* Die Anlage enthält Angaben über Einschüchterungsversuche und Terrormaßnahmen gegen Eltern, die ihre Kinder für die deutsche Minderheitsschule angemeldet hatten.

Nr. 47

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm

Kattowitz, den 1. August 1934

Auf Mitgliederversammlung des Deutschen Volksbundes hielt dessen Präsident, Prinz von Pleß, programmatische Rede, in der er sich mit gegenwärtigem deutsch-polnischen Verhältnis und seinen Auswirkungen auf die Lage der Minderheiten beschäftigte. Der Prinz erklärte, wer an deutsch-polnische Verhandlungen Hoffnungen auf sofortige Besserung der Lage geknüpft hätte, müßte enttäuscht werden, denn seit Jahren bestehende Gegensätze verschwänden nicht von heute auf morgen; aber niemand hätte damit rechnen können, daß statt Verbesserung weitere Verschärfung der Lage der deutschen Volksgruppe eintreten würde. Verschärfung läge vor allem in zunehmender Entlassung deutscher Arbeiter, die damit ihrer Lebensgrundlage beraubt würden.

Nöldeke

III. Polen entzieht sich der Minderheitenkontrolle des Völkerbundes (September bis November 1934)

Nr. 48

Der Deutsche Konsul in Genf an das Auswärtige Amt

Telegramm

Genf, den 7. September 1934

Aus der gestrigen Unterredung mit einem hohen Beamten Völkerbundssekretariats über polnischen Minderheiten-Antrag ist folgendes bemerkenswert:

1. Nach Auffassung Sekretariats besteht keine Aussicht, daß Polens Antrag Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes durchdringt, weil sowohl Großmächte wie andere Staaten dagegen sind.

2. Auch Aussichten dafür, daß Polen daraufhin nach Ablehnung Generalisierung des Minderheitenschutzes mit Erfolg Forderung nach Befreiung der ihm auferlegten Minderheitenschutz-Bestimmungen stellen könnte, sind nach Auffassung Sekretariats gering. An sich könnte Polen unter Hinweis auf einseitige Belastung mit Minderheitenschutz-Bestimmungen und insbesondere darauf, daß, wie zu erwarten, Rußland bei Eintritt in den Völkerbund keine Auflagen in dieser Beziehung gemacht werden, nach Artikel 12 des polnischen Minderheiten-Vertrages* Abänderung der Minderheiten-Vorschriften verlangen, die unter Umständen gänzlicher Abschaffung gleichkäme, wozu nach Bestimmungen Artikels einfache Ratsmehrheit genügt. Diesem Versuch würde jedoch von Großmächten entgegengehalten werden können, daß Minderheitenschutz Voraussetzung für Zuteilung großer Gebiete an Polen und Kleine Entente gewesen sei und daß durch Aufhebung Minderheitenschutz-Verträge Gesamtrevisionsfrage angeschnitten würde. Nach Auffassung Sekretariats sind sowohl Kleine Entente als Griechenland polnischer Initiative durchaus abgeneigt, da sie sich in ähnlicher Lage bezüglich Verbindung von Minderheiten- und Territorial-Fragen befinden.

Krauel

Nr. 49

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 13. September 1934

Konsul Krauel telephoniert soeben aus Genf:

Beck habe soeben in der Bundesversammlung eine Rede gehalten, die nahezu ausschließlich der Minderheitenfrage gewidmet war und in der er ausführte, Polen müßte auf Generalisierung der Minderheitenverpflichtungen bestehen; er hätte jedoch gehört, daß verschiedene Staaten sich ablehnend verhalten würden. Er sehe sich deshalb gezwungen, mitzuteilen, daß Polen in Zukunft jede Zusammenarbeit mit den internationalen Organen bei der Kontrolle der Durchführung des Minderheitenschutzsystemes durch Polen verweigern würde.**

von Kamphoevener

---

* Vgl. Nr. 4.

** Die polnische Ankündigung, sich in Zukunft an der Durchführung der Minderheitenschutzkontrolle durch den Völkerbund nicht mehr zu beteiligen, wurde von den Vertretern Großbritanniens und Frankreichs in der Völkerbundversammlung mit formalen Einwendungen beantwortet. Hierbei erklärte der Führer der Britischen Delegation, der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Sir John Simon, in der fünften Vollsitzung der 15. Völkerbundsversammlung am 14. September 1934:

»Das Land, das ich mit der Delegation des Vereinigten Königreichs vertrete, ist ebenso wie gewisse andere Mächte Vertragspartei des polnischen Minderheitenvertrages. Polen hat hinsichtlich der Minderheiten gewisse Vertragsverpflichtungen übernommen, welche die Völkerbundgarantie einschlossen. Ich möchte in dieser Hinsicht hinzufügen, daß man die Bestimmungen des Artikels 93 des Vertrages von Versailles, der in dem Teil dieses Vertrages enthalten ist, der sich mit der Festsetzung der Grenzen Polens befaßt, nicht aus den Augen verlieren darf. Polen hat weiter ein bestimmtes, in einer Reihe von Entschließungen des Völkerbundsrats formuliertes Verfahren über die Art und Weise angenommen, wie diese Garantie durchgeführt werden soll. Dieses Verfahren hat klar und deutlich die Mitarbeit Polens zur Voraussetzung.«

Der Französische Delegationsführer, Außenminister Barthou, betonte in der gleichen Sitzung der Völkerbundsversammlung:

»Der Polnische Außenminister hat gestern eine Frage gestellt, die sich mit der künftigen Durchführung des zwischen Polen und den Alliierten Hauptmächten am 28. Juni 1919 abgeschlossenen Minderheitenvertrages befaßt. Da diese Frage zur Diskussion gestellt worden ist, ist es nur natürlich, daß die anderen Unterzeichner dieses Vertrages ihre Stellung klarlegen. Dies hat der Vertreter des Vereinigten Königreichs soeben mit völliger Deutlichkeit getan. Frankreich ist ebenfalls Unterzeichner des Vertrages vom 28. Juni 1919 und führte den Vorsitz auf der Friedenskonferenz, auf der dieser Vertrag aufgesetzt wurde; ich halte es also für eine Pflicht der Loyalität, mich voll und ganz den Schlußfolgerungen Sir John Simons anzuschließen.«

Nr. 50

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 13. September 1934

Der Polnische Gesandte sagte sich heute nachmittag dringend bei mir an und war um 3/4 7 Uhr bei mir. Er hat ein Telegramm des Außenministers Beck erhalten, mit dem Auftrag, uns eine Erklärung über die in Genf durch Herrn Beck erfolgte Aufkündigung des Minderheitenvertrages abzugeben. Der Gesandte sei beauftragt, uns mitzuteilen, daß dieser Schritt, von dem wir wohl durch die Presse bereits unterrichtet seien, die Beziehungen der Polnischen Regierung zu den deutschen Minderheiten in keiner Weise ändere, und daß die polnischen Gesetze in bezug auf die Minderheiten und deren Gleichberechtigung im polnischen Staat aufrechterhalten blieben.

Ich sagte dem Polnischen Gesandten, ich nähme von seinen Erklärungen Kenntnis, müsse aber gleich bemerken, daß der zweite Teil der Erklärung uns nicht befriedigen könne, denn zahllose Beschwerden der deutschen Minderheiten in Polen und eine endlose Reihe von Prozessen hätten bewiesen, daß die polnischen Gesetze in bezug auf die Minderheiten praktisch nicht ausreichen. Infolgedessen müßte ich die Stellungnahme der Reichsregierung vorbehalten. Der Gesandte erwiderte, die Erklärung des Ministers Beck sei eine Fortführung der vor zwei Jahren eingeleiteten Politik, die auf eine Verallgemeinerung der Minderheitenverpflichtungen hinziele. Polen könne sich eine Deklassierung nicht länger gefallen lassen.

Ich sagte dem Gesandten, die Erklärung Herrn Becks sei für uns eine Überraschung. Aus der Presse entnähme ich, daß der Polnische Außenminister die Stellungnahme der Mächte zu seinem vor kurzem eingebrachten neuen Antrage bezüglich eines allgemeinen Minderheitenabkommens nicht abgewartet habe. Was uns anlange, so habe die Deutsche Regierung im vorigen Jahr erklärt, daß sie si omnes grundsätzlich bereit sei, ein allgemeines Minderheitenabkommen zu schließen. Hinsichtlich der Deklassierung könne ich seinen Gedankengängen nicht folgen, denn die besondere Auflage, die Polen und den anderen Staaten in bezug auf die Minderheiten auferlegt wurden, sei das Gegenstück zu der für die unterlegenen Mächte besonders ungünstigen Grenzziehung der Pariser Friedenskonferenz. Ich erinnerte ihn an die Note, die Clemenceau am 24. Juni 1919 an den damaligen Polnischen Ministerpräsidenten Paderewski * gerichtet hat. Der Polnische Gesandte hatte hierauf nichts mehr zu erwidern.

von Bülow

Nr. 51

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Gesandten in Warschau

Telegramm

Berlin, den 15. September 1934

Polnischer Schritt in Minderheitenfrage wird hier wie folgt beurteilt:

Obwohl Herr Beck formell nicht den Minderheitenvertrag als solchen gekündigt, sondern nur die weitere Zusammenarbeit mit den internationalen Organen abgelehnt hat, läuft sein Schritt praktisch auf Lahmlegung Minderheitenschutzsystems hinaus. Minderheitenschutzbestimmungen sind in Verträgen von 1919 zum Ergänzungsstück damaliger territorialer Regelungen gemacht worden. Dies gilt insbesondere für deutsch-polnische Grenze, wie sich aus Artikel 93 Versailler Vertrages, Präambel Minderheitenschutzvertrages und bekanntem Brief Clemenceaus an Paderewski vom 24. Juni 1919 * ergibt. Verpflichtung zu Minderheitenschutz war Gegenleistung neuer Staaten für den Erwerb neuer Gebiete, so daß mit Annullierung dieser Gegenleistung im Grunde die gesamten Territorialfragen neu aufgeworfen werden.

Wir haben die Garantie des Völkerbundes für den Minderheitenschutz praktisch schon längst als für uns wertlos erkannt und haben auf Ausnutzung dieser Garantie durch unseren Austritt aus dem Völkerbund verzichtet. Das ändert aber nichts an der prinzipiellen Bedeutung des polnischen Schrittes und an seinem Zusammenhang mit den territorialen Fragen.

Den Hauptton werden wir unter diesen Umständen auf die Tatsache zu legen haben, daß der Völkerbund, der schon in der Abrüstungsfrage vollkommen versagt hat, nun auch in der wichtigen Minderheitenfrage den Boden unter den Füßen verliert. Wir werden mit größter Aufmerksamkeit verfolgen, wie sich der Völkerbund und wie sich vor allem die früheren Alliierten Hauptmächte als Signatare der Minderheitenschutzverträge zu dem Problem stellen und ihrer Verantwortlichkeit gerecht werden. Die

* Vgl. Nr. 3.

in Genf von Simon und Barthou abgegebenen Erklärungen klingen zwar sehr energisch, schließen aber doch nicht aus, daß es sich hierbei nur um einen Theaterdonner handelt, und daß der Völkerbund nach den bekannten Genfer Gepflogenheiten sich schließlich doch in irgendeiner Form mit dem von Polen geschaffenen fait accompli abfindet. Gegenüber solchen Möglichkeiten müssen wir fortdauernd versuchen, die Verantwortung des Völkerbundes und der Signatarmächte für die Zukunft festzunageln.

Ausschließlich zur persönlichen Information bemerke ich noch:

Am 13. d. M. hat mir der Polnische Gesandte im Auftrage seines Ministers erklärt, daß die Beziehungen der Polnischen Regierung zu den deutschen Minderheiten durch den Genfer Schritt in keiner Weise eine Änderung erfahren und daß die polnischen Gesetze bezüglich der Minderheiten und deren Gleichberechtigung im polnischen Staat aufrechterhalten blieben. Ich erwiderte, daß diese Erklärung uns nicht genügen könne, da nach unseren praktischen Erfahrungen in der Schutzfrage deutscher Minderheiten in Polen die polnischen Gesetze sich in dieser Hinsicht als unzureichend erwiesen hätten.

Ich habe die Erklärungen des Gesandten unter ausdrücklichem Vorbehalt einer Stellungnahme der Reichsregierung entgegengenommen, dabei aber schon in der oben angedeuteten Weise auf den Zusammenhang des Minderheitenschutzes mit der Territorialfrage und auf die ernste Bedeutung des polnischen Schrittes hingewiesen.

Bülow

Nr. 52

Der Reichsminister des Auswärtigen an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 14. November 1934

Der Vorstoß der Polnischen Regierung in Genf, wonach sie bis zum Inkrafttreten des von ihr beantragten allgemeinen internationalen Minderheitenschutzsystems jede Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen ablehnt, läuft praktisch auf die Außerkraftsetzung des Minderheitenschutzvertrages hinaus. Es besteht deshalb die Gefahr, daß die Servitut, mit der im Jahre 1919 die Abtretung deutscher Gebietsteile belastet worden ist, beseitigt wird, und daß sich damit der ganze Stand der östlichen Grenzfragen zu Ungunsten Deutschlands wesentlich verschlechtert. Die einseitige Abänderung des bisher bestehenden Zustandes durch Polen kann daher von uns nicht einfach stillschweigend hingenommen werden. Ein solches Stillschweigen könnte nur als eine Anerkennung des durch den polnischen Vorstoß geschaffenen Zustands ausgelegt werden. Überdies erfordert auch die bedrängte Lage der deutschen Minderheit in Polen einen positiven Schritt der Reichsregierung gegenüber der Polnischen Regierung.

Unter Bezugnahme auf die mündliche Besprechung der Angelegenheit während Ihres letzten Besuches in Berlin bitte ich Sie daher, die Frage bei dem Außenminister Herrn Beck baldmöglichst im Sinne der nachstehenden Ausführungen zur Sprache zu bringen.

1. Die Deutsche Regierung sei der Ansicht, daß es angebracht sei, mit der Polnischen Regierung offen und vertrauensvoll eine Frage zu besprechen, die, wenn sie unerörtert und im Unklaren bliebe, leicht einmal zu Mißverständnissen und zu einer Störung der so aussichtsreich begonnenen Neugestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen führen könne. Das sei die Lage, die in der Minderheitenfrage durch den Vorstoß der Polnischen Regierung in Genf geschaffen worden sei.

2. Die Polnische Regierung habe es ja dankenswerterweise auch ihrerseits für richtig gehalten, sich wegen dieses Vorstoßes mit der Deutschen Regierung in Verbindung zu setzen, inedm sie alsbald nach der Genfer Tagung durch Herrn Lipski dem Staatssekretär von Bülow habe mitteilen lassen, daß die deutsche Minderheit in Polen auch weiterhin grundsätzlich die Gleichberechtigung genießen werde. Durch diese Mitteilung werde aber die Situation noch nicht ausreichend geklärt. Herr von Bülow habe deshalb bei der Unterredung die Stellungnahme der Deutschen Regierung vorbehalten.*

3. Sie seien beauftragt, vorweg festzustellen, daß es nicht etwa unsere Absicht sei, den von Polen gegen die Mitwirkung des Völkerbundes in Minderheitenfragen gemachten Vorstoß als solchen zum Gegenstand der Erörterung zu machen und die Behandlung dieser Fragen wieder auf das internationale Gleis zu schieben. Wir könnten uns an der Mitwirkung des Völkerbundes desinteressieren, weil wir sie längst als wertlos erkannt hätten. Außerdem sei es ja aber einer der wichtigsten Zwecke der deutsch-polnischen Vereinbarung vom Januar d. J., deutsch-polnische Fragen nicht vor internationalen Instanzen, sondern im unmittelbaren Gedankenaustausch zu erörtern. Wir hätten auch Verständnis dafür, daß sich Polen durch ein internationales Kontrollverfahren beeinträchtigt fühle.

* Vgl. Nr. 50.

4. Das ändere aber nichts an dem Faktum, daß in den vom Reich an Polen abgetretenen Gebieten eine große Zahl von Menschen deutschen Stammes lebe und daß die diesen Menschen zugesicherten Minderheitsrechte ein integrierender Bestandteil der Gesamtregelung von 1919 seien. An dem Schicksal dieser Bevölkerungsteile könne sich Deutschland unmöglich desinteressieren. Ein solches Desinteressement würde im deutschen Volk keinerlei Verständnis finden. Die deutsche Presse habe zwar auf Wunsch der Reichsregierung im Interesse der deutsch-polnischen Beziehungen in der letzten Zeit die Lage der deutschen Minderheit in Polen nur wenig erörtert; das dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß uns das Schicksal der deutschen Volksgenossen und ihre Behandlung durch Staat und Volk in Polen nicht gleichgültig sein könne.

5. Dies prinzipiell zum Ausdruck zu bringen, sei der Zweck Ihres Schrittes. Um jeder etwaigen Mißdeutung dieses Schrittes vorzubeugen, seien Sie ermächtigt zu erklären, daß die Deutsche Regierung nicht daran denke, ihr Eintreten für die deutsche Minderheit in Polen in der einen oder anderen Weise zum Hebel für eine Aufrollung von Grenzfragen zu machen. Wir hofften, daß die Polnische Regierung diese Erklärung gebührend würdige. Durch sie und durch unser Desinteressement an der Frage einer Völkerbundskontrolle würden von uns Voraussetzungen geschaffen, die es ermöglichten, daß Fragen der deutschen Minderheiten zwischen Deutschland und Polen ebenso unbefangen und sachlich erörtert würden, wie das z. B. zwischen Deutschland und Ungarn geschehe. Der Erörterung sei auf diese Weise von vornherein jede denkbare Schärfe genommen. Andererseits aber werde so verhütet, daß das zwischen den beiden Staaten nun einmal bestehende Problem sich eines Tages zu einem Störungsfaktor in der Entwicklung ihrer Beziehungen auswachse.

6. Wenn es Ihnen auch bei der ersten Unterredung hauptsächlich auf die grundsätzliche Seite der Sache ankomme, möchten Sie die Gelegenheit doch nicht vorübergehen lassen, ohne darauf hinzuweisen, daß gerade in letzter Zeit sehr viele Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen bekannt geworden seien, die doch bewiesen, daß die polnischen Gesetze nicht ausreichten und daß die Praxis der polnischen Behörden den von der Polnischen Regierung uns mitgeteilten Absichten nicht entspreche.

Sollte Herr Beck in der Weise auszuweichen suchen, daß er zwar, ähnlich wie Herr Lipski, gute Behandlung der Minderheit zusichert, dabei aber betont, daß das ganze Problem ausschließlich Sache der polnischen Autonomie sei, so bitte ich ihm zu sagen, daß es uns nicht so sehr darauf ankomme, auf Grund welcher Art von Bestimmungen — d. h. ob auf Grund internationaler Vertragsbestimmungen oder auf Grund autonomer polnischer Gesetzesvorschriften — die Minderheit gut behandelt würde, sondern darauf, daß sie gut behandelt würde.

Sollte Herr Beck im Laufe des Gesprächs die Rede auf das Problem der polnischen Minderheit im Reich bringen, so bitte ich darauf hinzuweisen, daß diese Frage doch auf einer anderen Ebene liege. Eine Vergleichsmöglichkeit sei schon deshalb nicht gegeben, weil die Lage der polnischen Minderheit im Reich sich durch das freiwillige Entgegenkommen deutscherseits auf einer ansteigenden Linie entwickelt habe, während im Laufe der Jahre bei der deutschen Minderheit in Polen leider eine zunehmende Verschlechterung habe festgestellt werden müssen. Getreu der wiederholten Erklärung des Führers und Reichskanzlers, wonach beim deutschen Volk die Achtung vor fremdem Volkstum der Liebe zum eigenen Volk zur Seite stehe, habe gerade der nationalsozialistische Staat diese seine Anschauung gegenüber den im Reich lebenden Angehörigen polnischen Volkstums in die Praxis umgesetzt.

Einem Bericht über die Ausführung dieses Erlasses und die Aufnahme Ihres Schrittes sehe ich mit besonderem Interesse entgegen.

Frhr. von Neurath

Nr. 53

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 19. November 1934

Ich habe heute den Vorstoß der Polnischen Regierung in der Frage der Minderheit weisungsgemäß bei dem Außenminister Herrn Beck zur Sprache gebracht. Dabei habe ich unseren Wunsch nach einer Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen unterstrichen und hervorgehoben, daß auch die gegenwärtige Demarche letzten Endes diesem Ziele diene. In diesem Zusammenhang habe ich u. a. auch zu erkennen gegeben, daß der Führer und Reichskanzler für die Frage ein besonderes Interesse bekundet hat. Als Petitum habe ich im Anschluß an den Hinweis auf die ungünstige Lage der deutschen Minderheit die Bitte ausgesprochen, durch nachdrückliche Weisung an die untergeordneten Organe dafür zu sorgen, daß die praktische Behandlung der Minderheit mit dem Geiste in Einklang gebracht würde, der unserer Verständigungspolitik entspricht.

Herr Beck, der bei keinem Punkte meiner Darlegungen ein besonderes Erstaunen oder Unruhe zu erkennen gab, erwiderte etwa folgendes:

Er lege Wert darauf, zunächst zum Ausdruck zu bringen, eine wie große Achtung man hier in Polen dem Herrn Reichskanzler gegenüber empfinde und wie sehr man die mutige und loyale Gesinnung wertschätze, mit der er dem deutsch-polnischen Problem gegenübergetreten sei. Die Hochachtung vor dem Herrn Reichskanzler sei hier eine allgemeine, und was er mir hierüber gesagt habe, entspreche nicht nur seiner eigenen Auffassung, sondern auch — wie er erst dieser Tage wieder habe feststellen können — der des Marschall Pilsudski und des Herrn Ministerpräsidenten. Ich könne deshalb überzeugt sein, daß jede Anregung, die von dem Herrn Reichskanzler oder seiner Regierung ausgehe, hier von vornherein einer gründlichen, vorurteilslosen und wohlwollenden Prüfung sicher sei. Was nun die in Genf abgegebene polnische Erklärung über die Minderheitenfrage anbelange, so lege er Wert darauf, auch seinerseits noch einmal nachdrücklich festzustellen, daß dieser Schritt in keiner Weise gegen die deutsche Minderheit gerichtet gewesen sei. Der Schritt sei vielmehr hervorgerufen worden durch die unglaubliche Behandlung, die der Völkerbund in letzter Zeit gegenüber Polen für gut befunden habe. Im Völkerbund säßen Leute, die nichts könnten, als sich und anderen Ärger zu bereiten und die den Realitäten kein Verständnis entgegenbrächten. Schon seit einem Jahre habe er versucht, durch Worte und Handlungen dem Völkerbund zu verstehen zu geben, daß Polen sich eine solche Behandlung nicht mehr gefallen ließe und daß es so nicht weitergehen könne. Da man in Genf keine Einsicht gehabt habe, sei Polen schließlich zu seiner Erklärung gezwungen worden, und er freue sich, aus meinen Darlegungen zu entnehmen, daß wir für die polnische Auffassung Verständnis hätten. Aber all das habe nichts mit der deutschen Minderheit zu tun. Er könne versichern, daß die Minderheitenrechte auch weiterhin auf Grund der polnischen Verfassung geschützt werden würden. Diese Rechte, die zweifellos aus der alten Verfassung demnächst auch in die neue übernommen werden würden, beruhten nicht auf irgendwelchen theoretischen Erwägungen, sondern entsprächen der Auffassung, die Polen von dem Begriff des Staates und des Zusammenlebens der Bevölkerungsschichten hätte. Er glaube auch nicht, daß diese Grundsätze nur ein toter Buchstabe seien. Gewiß herrsche zur Zeit eine schwere wirtschaftliche Krisis und hierdurch würden vielleicht häufig gewisse Schärfen in die Beziehungen zwischen Staatsvolk und Minderheit hineingetragen. Aber er sei überzeugt, daß auch das sich allmählich bessern werde. Wenn bei den unteren Verwaltungsorganen noch nicht alles so sei, wie es sein müßte, so sei er gern bereit, mit seinen Kollegen zu sprechen und ihnen nahezulegen, daß sie noch einmal ihre Auffassungen, die im übrigen den von ihm dargelegten Grundsätzen entsprächen, den nachgeordneten Stellen mitteilen, und er hoffe, daß das eine gute Wirkung haben werde. Viel läge natürlich auch an der Presse und es sei nur zu natürlich, daß eine Presse, in der das jüdische Element in so starkem Maße vertreten sei wie hier, Deutschland gegenüber gewisse Ressentiments zeige. Aber er würde sich bemühen, eine Besserung herbeizuführen, und er hoffe, daß es auch in der Minderheitenfrage gelingen werde, allmählich zu einer vernünftigen Einstellung der öffentlichen Meinung zu gelangen.

Der Minister schloß die Ausführungen über seine »theoretische« Einstellung zu diesem Problem mit der Frage, ob ich ihm hinsichtlich der praktischen Behandlung der Minderheit einige konkrete Angaben machen könne über Dinge, die uns Grund zur Beanstandung zu bieten schienen. Ich erwiderte, daß ich heute zunächst nur Weisung hätte, die theoretische Seite des Problems mit ihm zu besprechen, und daß meine Instruktionen keine Angaben darüber enthielten, welche Einzelfälle meine Regierung bei dem Hinweis auf die unbefriedigenden gegenwärtigen Zustände im Auge gehabt habe. Ich wolle gern hierüber weitere Instruktionen einholen, sei aber auch bereit, ihm zunächst von mir persönlich auf Grund der Informationen, die ich hier gelegentlich erhalten hätte, einiges zu diesem Problem mitzuteilen. Ich habe dann zunächst die Schulfragen behandelt und hierbei auf die Schwierigkeiten verwiesen, die den Schulorganisationen hinsichtlich der Fortführung ihrer Anstalten gemacht würden, ferner auf die unverständliche Versetzung verdienter Schuldirektoren in die östlichen Provinzen und ihren Ersatz durch ungeeignete Kräfte, schließlich auch auf die Einschränkungen des deutschen Unterrichts, die, so verständlich auch das Verlangen gründlicher polnischer Sprachkenntnisse der Minderheitsangehörigen sei, mir doch starke Übertreibungen aufzuweisen schienen und die dazu führten, daß die Schulen der deutschen Minderheit kaum noch als deutsche Lehranstalten angesehen werden könnten. Ich bin dann auf die Verhältnisse in Oberschlesien näher eingegangen und habe insbesondere die zahlreichen Entlassungen von Arbeitern und Angestellten erwähnt, die größtenteils auf das freimütige Bekenntnis der Betroffenen zur Minderheit zurückzuführen seien. Überhaupt müsse man leider feststellen, daß derjenige, der sich zur Minderheit bekenne, häufig schwersten Nachteilen ausgesetzt sei und von den unteren Organen als illoyaler Staatsbürger angesehen würde, eine Auffassung, die ich wohl kaum als dem Willen der Zentralinstanz entsprechend ansehen könne. Insbesondere müsse ich ferner auf die Tätigkeit des Bundes der Aufständischen hinweisen, der in den Resolutionen, die auf seinen periodischen Versammlungen gefaßt würden, immer wieder die Forderung aufstelle, die Minderheitenschulen zu beseitigen und alle diejenigen zu verfolgen, die noch wagten, ihre Kinder in eine deutsche Schule zu schicken. Ich hätte nach allem den Eindruck, daß nicht nur in zahlreichen Organen der unteren Verwaltung, sondern auch in gewissen Kreisen der Bevölkerung von dem neuen Geist der Verständigung noch nicht viel zu spüren sei, und könne nur meinen Dank aussprechen, wenn der Minister die Absicht habe, die doch zweifellos ganz anders eingestellte Warschauer Auffassung zur Anerkennung zu bringen.

Ich schloß die Unterhaltung mit meinem Dank für die verständnisvolle Aufnahme meiner Ausführungen und gab unter erneuter Unterstreichung des Wertes einer offenen Aussprache zu verstehen, daß ich mich auch bei weiteren, diese Frage betreffenden Anlässen vertrauensvoll an ihn wenden würde, was er durch ein Kopfnicken quittierte.

Im übrigen scheint mir auch diese Unterredung zu bestätigen, daß, wie ich bereits ausgeführt habe, die Polen volles Verständnis dafür haben, wenn wir unser Interesse an der Minderheit bekunden, und daß die zur Zeit geübte weitgehende Unterdrückung der die Minderheitssorgen betreffenden Nachrichten in der reichsdeutschen Presse aus Gründen der Förderung der deutsch-polnischen Beziehungen nicht notwendig ist, sondern eher Mißtrauen erweckt. Ich habe auch in der heutigen Unterredung mit Herrn Beck bei dem weisungsgemäß erfolgten Hinweis auf unsere Pressepolitik zum Ausdruck gebracht, daß es immer schwerer werde, die bisherige Zurückhaltung zu bewahren, da sie mit dem Volksempfinden zu wenig im Einklang stünde.

von Moltke

IV. Weitere Verschlechterung in der Lage der Deutschen Volksgruppe (November 1934 bis Oktober 1937)

Nr. 54

Der Deutsche Konsul in Krakau an das Auswärtige Amt

Bericht

Krakau, den 3. November 1934

In der Zeit vom 31. Oktober bis zum 2. November 1934 hat hier eine pommerellenkundliche Tagung stattgefunden, die vom Baltischen Institut in Thorn veranstaltet wurde. Die Besucherzahl schwankte zwischen 150 und 170 Personen und überstieg damit die Erwartungen der Veranstalter. Insbesondere waren auf der Tagung vertreten: Delegierte des Außenministeriums, des Kultusministeriums, des Ministeriums für Landwirtschaft und Agrarreform, der Minderheitenabteilung des Innenministeriums, des Generalkommissariats der Republik Polen in Danzig, der Woiwodschaftsämter Posen, Pommerellen, Schlesien und Bialystok, der pommereller Landstarosteien, der Städte Thorn und Gdingen, aller polnischer Universitäten, der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Krakau, der Gesellschaft der Freunde von Kunst und Wissenschaft in Danzig, mehrerer wissenschaftlicher Institute, Archive und Bibliotheken aus Gdingen, Posen und Thorn sowie einiger Institute aus Warschau. Besonders stark waren vertreten die pommereller Landwirtschaftskammer, der Revisionsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Pommerellen, die Industrie- und Handelskammer Warschau und die staatliche Agrarbank. Weiterhin hatten die See- und Kolonialliga, die Vereinigung der Lehrer der mittleren und höheren Schulen und fast alle größeren Ortsgruppen des Westmarkenvereins Vertreter entsandt. Außerdem nahmen 3 Obersten in Uniform an der Tagung teil.

Über den Verlauf der Tagung ist mir von einem Tagungsteilnehmer der anliegende Bericht zugegangen.

Schillinger

Anlage

Auszug

..... Zu Beginn des zweiten Tages bedauerte Prof. Pawlowski einleitend, daß man bisher noch nicht auf das so wichtige Problem der Siedlung in Pommerellen nach politischen Gesichtspunkten gekommen sei, denn der Zweck der Tagung sei, den Praktikern des Kampfes um den polnischen Boden und den polnischen Charakter des Landes den Weg zu weisen.

In der Diskussion ergriff der Leiter der Landwirtschafts- und Agrarreformabteilung der Woiwodschaft Pommerellen, Ceceniowski, das Wort und führte aus, daß im Jahre 1933 3 500 ha und 1934 4 000 ha parzelliert worden seien, 1935 würden aber 9 000 ha parzelliert werden; davon entstammten lediglich 3 000 ha polnischem Privat- und Staatsbesitz.

Herr Smolenski, Krakau, wies darauf hin, daß in Pommerellen noch heute $^{7}/_{9}$ des gesamten Großgrundbesitzes in deutschen Händen sei. Es gäbe noch immer Gegenden, wo das Hinzukommen einer ganz geringen Anzahl Deutscher ausreichen würde, um die polnische Mehrheit in eine Minderheit zu verwandeln. Mit Genugtuung höre er deshalb, daß man diese entscheidenden Argumente erkannt habe und 1935 6 000 ha aus deutschem Besitz parzellieren werde.

Pawlowski wies insbesondere auf das starke Übergewicht deutschen Grundbesitzes in den Kreisen Dirschau, Stargard, Graudenz, Culm, Zempelburg und im Seekreis hin. Der augenblickliche Zustand sei keineswegs zufriedenstellend und es müsse so schnell wie möglich eine Änderung der Lage durchgeführt werden. Das Deutschtum in diesen Gegenden werde durch Ausnutzung des Danziger Marktes wirtschaftlich gestärkt. Hier sei nunmehr aber durch das Kompensationsabkommen zwischen Danzig und Polen* ein Riegel vorgeschoben worden, da die Verteilung der Kontingente in Zukunft von polnischen Stellen vorgenommen würde.

In der Diskussion kam sodann die Sprache darauf, daß die Mittel zur Siedlung fehlten, während der deutsche Grundbesitz durch Kredite gestärkt werde. Hierauf ergriff ein Oberst in Uniform das Wort und erklärte, das Geld dürfe keine Rolle spielen. Man solle sich doch durch den Pakt mit Deutschland nicht falschen Hoffnungen hingeben. Im Gegenteil! Dieser Pakt habe nur insoweit Geltung, als nach diesen 10 Jahren nichts mehr davon vorhanden sein dürfe, was man heute als gefährlich für dieses Gebiet ansehe. Solche Verhältnisse wie im Dirschauer, Stargarder und Zempelburger Kreis seien

* Vgl. Nr. 181.

unhaltbar. Hier dürfe es kein Pardon oder Hemmungen irgendwelcher Art geben. Gerade die jetzige Stille müsse ausgenutzt werden, um in den Grenzkreisen im stärkstem Maße zu siedeln, damit hier ein lebendiger Verteidigungswall polnischer Bauern entstehe.

Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer Thorn, Dykier, unterstrich diese Ausführungen und fügte hinzu, man habe im Kampf gegen das im Lande ansässige Deutschtum zwei Instrumente, nämlich 1. die Parzellierung und 2. den Landaufkauf. Beide seien bisher noch nicht voll ausgenutzt worden. .....

Nr. 55

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 18. Februar 1935

Die Agrarreform ist wiederum in erster Linie gegen das Deutschtum zur Anwendung gebracht. Von der für die Zwangsparzellierung für 1935 vorgesehenen Fläche von 11 250 ha ist der deutsche Besitz mit 6 797 ha enteignet worden, also in einer fast 60prozentigen Höhe des Gesamtareals, trotzdem der Anteil des deutschen Landbesitzes an der gesamten Fläche in den abgetretenen Gebieten des Westgebietes kaum noch mehr als 30 % beträgt.

Lütgens

Nr. 56

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter

Aufzeichnung

Berlin, den 21. Februar 1935

Anläßlich eines Besuches, den der Polnische Botschafter mir heute aus anderem Anlaß abstattete, habe ich die Polonisierungspolitik des oberschlesischen Woiwoden ihm gegenüber zur Sprache gebracht. Ich habe ihm dargelegt, welche Gefahr für das deutsch-polnische Verhältnis die Fortsetzung dieser Politik bedeute, und ihn gebeten, seine Regierung in eindringlicher Weise darauf hinzuweisen, daß eine Fortsetzung der Entlassungen großen Stils, wie sie zur Zeit speziell in den Pleß'schen und Henckel-Donnersmarck'schen Betrieben durchgeführt würden, naturgemäß Rückwirkungen auf das Verhalten der deutschen Behörden gegenüber polnischen Arbeitern und Angestellten in Deutschland haben müßte. Ich habe dem Botschafter dargestellt, daß die glückliche Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen, wie sie sich nach dem Abkommen vom vorigen Jahre herausgebildet habe, durch eine Beibehaltung der Polonisierungspolitik in Ostoberschlesien geradezu in Frage gestellt werde.

Der Botschafter versprach, umgehend Herrn Beck von meinen Mitteilungen Kenntnis zu geben und ihn zu bitten, die Polnische Regierung auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen. Er sei überzeugt, daß Herr Beck alles aufbieten werde, um einer Trübung des deutsch-polnischen Verhältnisses, die durch den Übereifer lokaler Behörden entstehen könnte, vorzubeugen.

Frhr. von Neurath

Nr. 57

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter

Aufzeichnung

Berlin, den 12. März 1935

Der Polnische Botschafter hat mir heute morgen mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung im Auftrage des Ministers Beck mitgeteilt, daß dieser auf Grund der von mir erhobenen Beschwerde über die Polonisierungsbestrebungen in Ostoberschlesien, speziell über die Entlassung zahlreicher deutscher Angestellter und Arbeiter, energische Schritte bei den inneren polnischen Behörden unternommen habe. Herr Beck hoffe, daß diese die Einstellung dieser zahlreichen Entlassungen zur Folge haben werde.

Frhr. von Neurath

Nr. 58

Der Deutsche Konsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Telegramm

Thorn, den 16. April 1935

Sonnabend 13. d. M. stattfand Neustadt polnische Versammlung, wobei Bürgermeister zum Zusammenschluß aufforderte. Versammlung ausartete dann in schwere Hetze gegen deutsche Minderheiten, wobei verschiedene Redner provokatorisch auftraten.

Die durch Hetze aufgebrachte und nicht mehr zurückzuhaltende Menge durchzog dann die Stadt und einschlug 23 große Schaufenster und Unmenge sonstiger Fensterscheiben Deutscher.

Ähnliche Versammlungen auch an anderen Orten Seekreises. In Kleinkatz kam es am Sonnabend bei einer solchen Demonstration zu schweren Schlägereien, in deren Verlauf mehrere Deutschstämmige gefährlich verletzt wurden. Einer davon namens Groen starb Montag Zoppoter Krankenhaus.

Küchler

Nr. 59

Der Deutsche Konsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 18. April 1935

Im Anschluß an den Drahtbericht vom 16. 4. 35 * beehre ich mich, ergänzend folgendes zu melden: Die wüsten Ausschreitungen verhetzter polnischer Nationalisten im Seekreis haben in der deutschen Minderheit mit Recht größte Erregung und Verbitterung hervorgerufen. Die Polizei hat bei den Unruhen völlig versagt und es hat den Anschein, als ob sie gar Weisung gehabt hätte, nicht einzugreifen. Auch das Verhalten des Starosten in Neustadt muß sehr befremden. Als der Vorsitzende der dortigen Ortsgruppe der Deutschen Vereinigung ihn am Tage nach den Vorfällen aufsuchen wollte, weigerte er sich, den Vertreter der Deutschen Vereinigung zu empfangen.

Die Ereignisse im Seekreis sind auf das tiefste zu bedauern und zu verurteilen. Die Hauptschuld trifft die Behörden, unter deren Augen und Ohren unverantwortliche Hetzer die niedrigsten Instinkte des Volkes aufwiegeln durften.

von Küchler

Nr. 60

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 18. April 1935

Am Sonnabend, dem 13. d. M., wurde der deutsche Bauer Rudolf Rieck aus Neuhütte, Kreis Ostrowo, von unbekannten Tätern überfallen und so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb. Die polizeilichen Nachforschungen sind noch nicht abgeschlossen. Es kann aber schon jetzt als feststehend angenommen werden, daß ausschließlich politische Motive der Anlaß zur Tat gewesen sind. In der Minderheit herrscht über den Vorfall begreifliche Erregung.

In Vertretung

von Tucher

Nr. 61

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 11. Juli 1935

Ich habe den Botschaftsrat der Polnischen Botschaft Prinz Lubomirski zu mir gebeten und ihm weisungsgemäß folgendes mitgeteilt:

Die Frage der Arbeiterentlassungen in Oberschlesien sei eine Frage, die seit mehreren Jahren den Gegenstand eingehender Kontroversen zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung bilde. In den letzten Jahren seien sowohl durch Herrn Botschafter von Moltke in Warschau wie hier eine Reihe von Demarchen erfolgt, um den nach unserer Ansicht vertragswidrigen und das deutsch-polnische Verhältnis belastenden Entlassungen Einhalt zu gebieten. Im Februar d. J. habe der Herr Reichsminister den Polnischen Botschafter erneut zu sich gebeten und ihn darauf hingewiesen, daß die vertragswidrigen

* Vgl. Nr. 58.

Entlassungen in Polnisch-Oberschlesien abgestellt werden müßten.* Herr Botschafter Lipski habe einige Wochen später im Auftrage des Herrn Ministers Beck erklärt, daß energische Schritte bei den inneren polnischen Behörden zur Abstellung der Entlassungen unternommen worden seien.** Nichtsdestoweniger seien die Entlassungen weitergegangen. Dem Polnischen Botschaftsrat gegenüber sei am 11. April d. J. erneut darüber Beschwerde geführt worden, und zwar unter abermaligem Hinweis auf die Unvereinbarkeit der Entlassungen mit den Erklärungen, die Herr Lipski im Auftrage von Herrn Beck gegeben habe. Prinz Lubomirski habe damals nach Rückfrage in Warschau erklärt, daß die Erklärungen des Herrn Beck nur für die Zukunft, nicht aber für die Vergangenheit Geltung haben sollten. Es sei ihm daraufhin mitgeteilt worden, daß Herr von Neurath diesen Standpunkt nicht anerkennen könne und sich vorbehalte, auf diese Sache zurückzukommen. Die Entlassungen seien im übrigen auch nach dem 1. April weitergegangen; sogar nach dem 1. Juli seien eine Reihe von Entlassungen zum 30. September erfolgt.

Prinz Lubomirski nahm diese Mitteilungen entgegen und machte lediglich geltend, daß nach seinen Informationen alle Entlassungen auf wirtschaftliche Motive zurückzuführen seien. Er versprach im übrigen, seiner Regierung über die hiesige Auffassung sofort zu berichten und sich auch selbst über den Umfang und die Gründe der Entlassungen in Oberschlesien eingehend zu informieren.

von Lieres

Nr. 62

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 16. Oktober 1935

Mir scheint es mit Rücksicht auf die Verständigungspolitik in Polen unbedenklich und andererseits im Interesse der Minderheit notwendig zu sein, daß sich die deutsche Öffentlichkeit, mehr als das in letzter Zeit der Fall war, mit dem Schicksal der deutschen Minderheit in Polen befaßt. Früher ist von polnischer Seite oft betont worden, daß die Behandlung der deutschen Minderheit sich dann grundlegend ändern würde, wenn die Minderheit keine irredentistischen Bestrebungen verfolgt und wenn Deutschland keine Revisionspolitik mehr betreibt. Leider hat sich aber die polnische Haltung gegenüber der Minderheit seit Anbahnung der Verständigungspolitik nicht geändert. Der Kampf geht vielmehr auf der ganzen Linie weiter, wenn auch in der Form gelegentlich ein versöhnlicherer Ton angeschlagen wird. Das Ziel, wie es kürzlich in einer Unterredung des Posener Burgstarosten mit einem Vertrauensmann offen und völlig zutreffend charakterisiert wird, nämlich die völlige Polonisierung innerhalb von spätestens zwei Generationen, wird auch heute noch mit aller Konsequenz verfolgt. Das Verständigungsabkommen hat das Tempo sogar vielleicht noch beschleunigt, weil man polnischerseits bis zum Ablauf der 10 Jahre ein fait accompli schaffen will.

Trotzdem halte ich es nicht für angezeigt, daß wir etwa unsere bisherige Politik gegenüber der polnischen Minderheit in Deutschland ändern. Ich glaube vielmehr, daß ein schärferes Vorgehen gegen die Polen in Deutschland sich für die deutsche Minderheit in Polen nur nachteilig auswirken würde, da für die polnische Minderheitenpolitik dann auch die letzten Hemmungen wegfallen würden. Auch wären bei dem Interesse, das man hier neuerdings für die polnische Minderheit in Deutschland hat, unerwünschte Rückwirkungen auf die deutsch-polnischen Beziehungen zu befürchten. Die Politik der Reichsregierung gegenüber der polnischen Minderheit in Deutschland sollte daher nach wie vor großzügig sein, allerdings unter schärfster Abwehr aller irredentistischen Bestrebungen.

Um aber die mit dem Ziel der Vernichtung betriebene Bedrückung der deutschen Minderheit in Polen aufzuhalten, wird es notwendig sein, die Grenze der Verständigungsbereitschaft in diesem Punkte Polen gegenüber abzustecken. Heute hat die deutsche Minderheit in Polen das Gefühl, vom Deutschen Reich im Stich gelassen zu werden; aber auch die Polen glauben, sich in ihrem Vorgehen gegen die deutsche Minderheit kaum noch Beschränkungen mehr auferlegen zu brauchen, da sie mangels jeglicher Reaktion in der deutschen Presse den Eindruck erhalten müssen, daß alle Übergriffe von der deutschen öffentlichen Meinung widerspruchslos hingenommen werden. Die Polen, die ihrerseits durch Schaffung eines Weltpolenbundes gezeigt haben, welches ihre Auffassung über die Zusammengehörigkeit der Volksgruppen ist, würden sich meines Erachtens ohne weiteres damit abfinden, daß, ebenso wie ihnen, auch uns das Los der Volksgenossen im Auslande nicht gleichgültig sein kann. Es ist durchaus nicht anzunehmen, daß die deutsch-polnische Verständigungspolitik beeinträchtigt wird, wenn die deutsche Presse in sachlicher und gemäßigter Form die Übergriffe gegen die deutsche Minderheit in Polen zur Sprache bringt. Nur dann, wenn man hier fühlt, daß die Grenzen dessen, was man in Deutschland hinzunehmen geneigt ist, erreicht sind, besteht die Möglichkeit, daß man sich hier zu einer mit der Verständigungspolitik in Einklang stehenden Minderheitenpolitik entschließen wird. Unser Wunsch, zu einer Verbesserung auch der politischen Beziehungen zu gelangen, würde hierdurch wesentlich gefördert werden.

von Moltke

* Vgl. Nr. 56.
** Vgl. Nr. 57.

Nr. 63

Der Deutsche Staatsvertreter bei der Gemischten Kommission für Oberschlesien an das Auswärtige Amt

Bericht

Beuthen, den 3. Januar 1936

Es ist eine weitere Stellungnahme des Präsidenten Calonder in Entlassungsfragen ergangen (Beschwerdesache Joh. Groner*).

Der Präsident stellt in diesem Falle noch schärfer als in den früheren Stellungnahmen fest, daß von polnischer Seite bei den Arbeitsentlassungen willkürlich und unterschiedlich je nach der Zugehörigkeit zur Mehrheit oder Minderheit verfahren worden ist. Er erklärt ausdrücklich, daß sich aus zahlreichen Beschwerdeverfahren ergibt, daß manche polnischen Unternehmungen eine minderheitsfeindliche Entlassungspolitik betreiben und daß diese allgemeinen Verhältnisse auch dem polnischen Demobilmachungskommissar durchaus bekannt sind (Seite 7). Durch eine genaue Übersicht über die Angestelltenbewegung bei der Maxgrube für die Zeit vom 1. Januar 1933 bis 31. Dezember 1934 wird einwandfrei nachgewiesen, daß im vorliegenden Falle die Willkür und Diskriminierung auf eine gegen die deutsche Minderheit gerichtete Einstellung des Unternehmens und des Demobilmachungskommissars zurückzuführen sind (Seite 7 und 8). Der Präsident weist ferner darauf hin, daß der Demobilmachungskommissar die Zustimmung zu weit mehr Entlassungen gegeben hat, als dies die Wirtschaftslage erforderte und daher nach den gesetzlichen Bestimmungen zulässig war. Als Beweis hierfür führt er die unbestrittene Tatsache an, daß ein großer Teil der Entlassenen der Maxgrube durch neue Angestellte mit dem Ergebnis ersetzt wurden, daß fast alle minderheitsangehörigen Angestellten, nämlich 66 von 71, ausgeschaltet und zu einem hohen Prozentsatz durch Mehrheitsangehörige ersetzt wurden (Seite 11 und 11 a). Das systematische Bestreben des Unternehmens, die Angestellten, die sich offen zur Minderheit bekannt haben, durch Mehrheitsangehörige zu ersetzen, liege also auf der Hand. Der Demobilmachungskommissar sei dieser Tendenz nicht entgegengetreten, vielmehr dränge sich die Überzeugung auf, daß er sich dieser Tendenz des Unternehmens angeschlossen habe (Seite 12).

Nöldeke

Nr. 64

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 18. Februar 1936

Gestern ist die offizielle Namensliste 1936 für die Agrarreform erschienen.

Die jetzt zur Zwangsparzellierung aufgerufenen Güter umfassen in Pommerellen 4784 ha deutscher Güter und 2900 ha aus polnischem Besitz. Allein hierin liegt wieder ein deutlicher Beweis der ungleichen Heranziehung des deutschen Besitzes zum polnischen.

Unter diesen Umständen hat sich der deutschen Minderheit eine Stimmung tiefster Niedergeschlagenheit bemächtigt, denn nur allzu deutlich erkennt sie, wie Polen die deutsch-polnische Verständigungsaktion auslegt und durchführt. Es soll eben bis zum Ablauf des 10jährigen Verständigungsabkommens so viel wie nur möglich deutscher Grundbesitz zerschlagen werden. Das bedeutet dann aber, daß die so zerschlagenen Güter nicht mehr in der Lage sind, deutsche Volksgenossen zu beschäftigen, und daß diese wiederum, dem Elend preisgegeben, abzuwandern versuchen. Die Aussichten für die Erhaltung des Deutschtums hier sind also die denkbar schlechtesten und es fragt sich, ob es nicht möglich wäre, die ungeheure Belastung, die das polnisch-deutsche Verhältnis durch die fortgesetzten Schikanen und Maßnahmen gegen das Deutschtum hier im abgetretenen Gebiet erfährt, zuständigen Orts zur Sprache zu bringen. Aus den letzten Veröffentlichungen, über die ich zu berichten Gelegenheit hatte, geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß der deutsche Grundbesitz vernichtet werden soll. Diesem Zerstörungswillen müßte Einhalt geboten werden, wenn das Deutschtum hier nicht seiner völligen Auflösung in kurzer Zeit entgegengehen soll.

von Küchler

---

* Veröffentlicht in der »Amtlichen Sammlung der Stellungnahmen des Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien« (erschienen bei Walther de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig 1937) Bd. II, S. 461 ff.

Nr. 65

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 4. April 1936

Die zahlreichen deutschfeindlichen Kundgebungen, die hier in letzter Zeit von verschiedenen polnischen Verbänden und Parteien, insbesondere vom Westverband veranstaltet worden sind, haben den Präsidenten Calonder veranlaßt, das polnische Mitglied der Gemischten Kommission Steblowski zu sich zu bitten und ihn sehr nachdrücklich auf die Möglichkeit gefährlicher Auswirkungen dieser Veranstaltungen hinzuweisen. Präsident Calonder hat darauf aufmerksam gemacht, daß die durch die zahlreichen Protestkundgebungen gesteigerte Erregung der Bevölkerung erfahrungsgemäß leicht zu Gewaltakten unverantwortlicher Elemente führt. Er hat daher Herrn Steblowski ersucht, den Woiwoden Dr. Grażyński von seinen Befürchtungen zu verständigen und um entsprechende Einwirkung zu ersuchen.

In zwei Fällen hat die in der Bevölkerung hervorgerufene Erregung bereits zu Zwischenfällen geführt, bei denen auch Deutsche körperlich mißhandelt und verletzt worden sind. Am Sonntag, dem 15. März, ist im Hotel Graf Reden in Königshütte eine Versammlung des dortigen deutschen Bauvereins von einer mit Stöcken und Knüppeln bewaffneten Menge gesprengt worden, wobei auch einige völlig unbeteiligte, mit der Vorbereitung einer Theatervorstellung beschäftigte deutsche Angestellte des Oberschlesischen Landestheaters angegriffen und mißhandelt worden sind. Am 29. März ist eine Gruppe von Deutschen in der Nähe der Stadt Rybnik von uniformierten Jungaufständischen überfallen und mit Gummiknüppeln und Stöcken mißhandelt worden.

Nöldeke

Nr. 66

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 18. Mai 1936

Im Zuge der in der letzten Zeit behördlicherseits und seitens des Westverbandes unter Duldung der Behörden betriebenen deutschfeindlichen Handlungen ist jetzt ein neuer Schlag gegen das Deutschtum erfolgt. Es ist durch ein kurzes Dekret beschlossen worden, sämtliche Ortsgruppen der Deutschen Vereinigung im Seekreis, nämlich Neustadt, Putzig, Hela, Krokau und Smasin, nicht nur zu schließen und damit ihre Wirksamkeit zu unterbinden, sondern zu liquidieren, also völlig aufzulösen.

Die Deutsche Vereinigung und ihre Ortsgruppen sind in der letzten Zeit — wie mehrfach berichtet — öfters behördlichen Schikanen ausgesetzt gewesen. Sie haben daher, um die schon immer bestehende, aber jetzt besonders kraß in Erscheinung tretende Spannung zwischen Deutschtum und Polentum nicht noch weiter zu steigern, alles unterlassen, was irgendwie Anstoß erregen könnte. Aber die Behörden erblicken schon in einem Ausflug, bei dem die Mitglieder, wie jede Schule, geschlossen in Dreier- und Viererreihen durch die Straßen ziehen, einen militärischen Aufmarsch, der gefährlich ist.

Da nach Vorstehendem die polnischen Machthaber hier in meinem Amtsbezirk sich ganz offensichtlich von der Linie der Versöhnung und Verständigung abgekehrt haben und unverblümt wieder die Feindschaft gegen die Deutschen und damit ihren Ruin und ihre Vernichtung predigen, während Deutschland noch immer mit Beharrlichkeit eine Verständigung mit Polen verfolgt, erscheint es meines Erachtens angesichts der hiesigen Vorfälle dringend notwendig, auf eine Umkehr hier im Lande zu dringen.

von Küchler

Nr. 67

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter

Aufzeichnung

Berlin, den 13. November 1936

Ich habe heute den Polnischen Botschafter bei seinem Besuche auf die unerfreulichen Vorgänge in Gdingen hingewiesen, wo durch militärische Vereine und Beamtenverbände deutschfeindliche Kundgebungen größten Stils organisiert worden sind. Herr Lipski sprach sein lebhaftes Bedauern über diese Vorkommnisse aus, insbesondere über die Versammlung in Gdingen, auf die ich ihn besonders hingewiesen hatte. Ich sagte dem Botschafter ferner, daß ich gezwungen sei, in Warschau entschiedene Beschwerde gegenüber diesen Ausschreitungen zu erheben. Bei der Versammlung in Gdingen falle besonders erschwerend ins Gewicht, daß dabei Beamte und sogar Offiziere in Uniform beteiligt gewesen seien und daß, abgesehen von den Angriffen gegen Deutschland und Danzig, auch die Person des Führers in der unerhörtesten Weise beschimpft worden sei.

Frhr. von Neurath

Nr. 68

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 18. November 1936

In meiner heutigen Unterredung mit Minister Beck habe ich in ernster Form auf die Verschlechterung der Atmosphäre hingewiesen, die hier in den Beziehungen zu Deutschland während der letzten Monate klar in Erscheinung getreten ist. Ich habe hierbei u. a. die hetzerische Polemik der polnischen Presse, die Verschärfung in der Behandlung der Minderheit (Gymnasium in Graudenz und Bromberg) sowie den Gdingener Zwischenfall* zur Sprache gebracht und habe aus diesem Zusammenhang heraus das Gespräch auf die Danziger Frage gelenkt. Unter Hinweis auf die immer deutlicher zu Tage tretende Tendenz Polens, sich in Danzig neue Rechte zu verschaffen**, habe ich entsprechend dem mir vom Führer und Reichskanzler erteilten Auftrag zum Ausdruck gebracht, daß bei einem solchen Vorgehen scharfe Reaktionen und damit empfindliche Störungen deutsch-polnischer Beziehungen unvermeidlich seien. Der Führer und Reichskanzler sehe im deutsch-polnischen Verständigungsabkommen wichtiges Friedenswerk, dessen weitere Verlängerung er wünsche. Dieses Abkommen sei eine der Grundlagen deutscher Außenpolitik. Herr Beck erwiderte, daß er diese äußerst wertvolle Erklärung mit Dank begrüße.

Herr Beck erklärte des weiteren, daß auch er die Haltung, die die Presse in letzter Zeit angenommen habe, für schädlich halte und daß er seinerseits bereit sei, alles zu tun, um die unbefriedigende Atmosphäre wieder zu bessern. Er hoffe, daß auf deutscher Seite in gleicher Richtung gewirkt werden würde. Was die bedauerlichen Vorfälle in Gdingen anbetreffe, so sei er nicht in der Lage, ohne vorherige Prüfung zu antworten, da ihm die von mir mitgeteilten Einzelheiten nicht bekannt seien. Er wisse nur, daß der Woiwode sofort eingeschritten sei und u. a. die Berichterstattung über diese Vorfälle in der Presse verhindert habe.

Moltke

Nr. 69

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 26. November 1936

Marschall Rydz-Smigly empfing mich gestern im Beisein des Außenministers.

Ich übermittelte die Grüße des Führers und Reichskanzlers und machte anschließend die gleichen Ausführungen wie in der Unterredung mit Herrn Beck am 18. November***.

Der Marschall brachte zum Ausdruck, mit welchem Interesse er die Entwicklung Deutschlands verfolge, das das Glück habe, einen großen Führer zu besitzen. Hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen teile er die Auffassung des Führers und Reichskanzlers über den großen Wert, den das Abkommen von 1934 für die Verständigung zwischen den beiden Nachbarvölkern und darüber hinaus für den Frieden Europas habe. Auch er bedauere, daß die günstige Auswirkung, die die Verständigungspolitik auf die Meinungsbildung in beiden Ländern gehabt habe, während der letzten Monate einen gewissen Rückschlag erfahren hätte. Er sei aber überzeugt, daß es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung handele. Die Einflußnahme auf die Presse sei leider beschränkt. Man werde aber tun, was möglich sei, und im übrigen könne er versichern, daß die Regierung sich in keiner Weise durch die oppositionelle Presse beeinflussen lassen werde. Hinsichtlich Danzigs wolle Polen nichts anderes, als daß seine dortigen Interessen nicht beeinträchtigt werden. Bei dieser Grundeinstellung würde es seines Erachtens nicht schwer sein, in den Einzelfragen zu einer Danzig und Polen befriedigenden Regelung zu gelangen. Abschließend bat er mich, dem Führer und Reichskanzler die Versicherung zu übermitteln, daß er an der von Marschall Pilsudski festgelegten Linie festhalte und entschlossen sei, die Verständigungspolitik auch weiterhin fortzusetzen.

Moltke

---

* Vgl. Nr. 67.

** Vgl. Nr. 188 und 189.

*** Vgl. Nr. 68.

Nr. 70

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 23. November 1936

In meinem Amtsbezirk macht sich überall eine fieberhafte Tätigkeit zur Schürung des Hasses gegen Deutschland bemerkbar. Überall sieht man Trupps von Leuten, die zusammenstehen. Die Versammlungen, die in ungezählten Mengen stattfinden, sollen für »Aufklärung« der Bevölkerung sorgen. Es handelt sich um Agitationsversammlungen sogenannter patriotischer Verbände, wie Westverband, Reservistenverband, Legionäre, Eisenbahner- und Schützenverbände. Alle sprechen wie auf ein Kommando in abfälligster Weise über die Deutschen und hetzen die Bevölkerung gegen das Deutschtum auf. Man fühlt sich in jene schon lang zurückliegende Zeit versetzt, da die starke politische Spannung zwischen Polen und seinem westlichen Nachbarn die Geister zu zügellosen Schimpfereien und elenden Verleumdungen antrieb, um unter anderem auch das machtlose und wehrlose Deutschtum den gehässigsten Angriffen und Gewalttätigkeiten auszuliefern. Man hat hier zur Zeit völlig vergessen, daß inzwischen Abmachungen zwischen Deutschland und Polen getroffen worden sind, die ganz konkret darauf hinzielen wollten, eine verständnisvolle gegenseitige Beurteilung und dadurch eine Annäherung des deutschen und polnischen Volkes herbeizuführen. Leider ist das Gegenteil eingetreten. Das Ungeheuerlichste aber ist, daß die neue starke Welle des Deutschenhasses und der aktiven Drohungen gegen Deutsche sich unter den Augen der höchsten Behörden (Woiwodschaft, Armeekommando) breitmacht und nicht nur von ihnen geduldet, sondern, worauf gewisse Anzeichen hindeuten, direkt unterstützt wird, ganz abgesehen davon, daß sich im Dienst befindliche Beamte und Militärpersonen aktiv an den verschiedensten Demonstrationen beteiligt haben. Über die Hetze in den militärischen Verbänden, die hier großen Einfluß haben, ist bereits berichtet worden. Der Westverband, über dessen Deutschenhetze ich ebenfalls wiederholt berichtet habe und der auch jetzt wieder überall auf dem Lande arbeitet, steht natürlich nicht zurück.

Reinebeck

Nr. 71

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 22. Dezember 1936

Anliegend beehre ich mich im Anschluß an die Besprechung über die Frage der Abwanderung deutschstämmiger polnischer Staatsangehöriger aus Polen nach dem Reich Abschrift einer Entschließung der Mitglieder des Gesamtverbandes Deutscher Angestelltengewerkschaften in Polnisch-Oberschlesien zur Frage der Arbeitsvermittlung zur gefälligen Kenntnisnahme zu übersenden. Die Entschließung zeigt, daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch die der deutschen Minderheit angehörenden Angestellten sich in schwerer Notlage befinden.

Nöldeke

Anlage

Die heute in Königshütte anwesenden Mitglieder des Gesamtverbandes Deutscher Angestelltengewerkschaften in Polnisch-Oberschlesien fassen folgende Entschließung:

Die Not der deutschen Angestellten in Polnisch-Oberschlesien wächst mit jedem Monat und hat in letzter Zeit katastrophale Formen angenommen. Die entdeutschte Schwerindustrie sowie Handel und Gewerbe entziehen den deutschen Menschen planmäßig jegliche Arbeitsmöglichkeit und werfen darüber hinaus durch Kündigungen der Werkwohnungen in vielen Fällen die Familien auf die Straße.

Not und Entbehrung der Familien der Entlassenen haben ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Die hoffnungslose Lage wird zur Verzweiflung gesteigert durch die Tatsache, daß die entlassenen Deutschen erfahrungsgemäß niemals mehr eine Verdienstmöglichkeit in Polen erhalten.

Ebenso schlimm ist es um die deutsche Jugend in unserem Gebiet bestellt, die nirgends mehr eine Lehr- oder Arbeitsstelle finden oder erhalten kann. Die wenigen Jugendlichen, die in der Vergangenheit eine Lehr- oder Arbeitsstelle finden konnten, werden heute durch systematisch betriebene Maßnahmen der verschiedenen polnischen Organisationen auf jedwede erdenkliche Weise aus ihren Lehr- und Arbeitsstellen verdrängt.

Auf Grund der geschilderten Tatsachen beauftragen wir den Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Angestelltengewerkschaften alle in Frage kommenden Stellen über unsere augenblickliche Lage zu unterrichten und sie zu bewegen, den Deutschen in Oberschlesien zu einer neuen Existenz zu verhelfen.

Königshütte (Polnisch-Oberschlesien), den 15. November 1936

Nr. 72

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 22. Dezember 1936

Auf der Jahresversammlung des polnischen Westverbandes, der bekanntlich im rücksichtslosen Kampf gegen das Deutschtum mit an erster Stelle steht, hielt sein Ehrenmitglied, der Woiwode Dr. Grazynski, eine Ansprache, in der er auf die erfolgreiche Polonisierung der Schwerindustrie hinwies und verlangte, daß nunmehr auch Handel und Gewerbe in Ostoberschlesien in gleicher Weise polonisiert werden müßten. Ferner müsse der polnische Bauer als ausschließlicher Herr des Bodens in den polnischen Westgebieten eingesetzt werden. Als Vertreter der Militärbehörde nahm Oberst Powierza an der Versammlung teil, der dem Westverband im Namen des Divisionskommandeurs volle militärische Unterstützung bei der Verwirklichung seiner Aufgaben zusagte. Zum Verbandsvorsitzenden für die Kreisgruppe Teschen/Schlesien wurde ein Oberst der Bielitzer Garnison gewählt.

Im Verlaufe der Tagung wurde eine Anzahl höchst bedenklicher Entschließungen gefaßt. In Kreisen des hiesigen Deutschtums haben diese Entschließungen, namentlich im Hinblick auf die persönliche Stellungnahme des Woiwoden, lebhafte Besorgnis hervorgerufen. Sie werden mit Recht als Einleitung zu einem vom Woiwoden inszenierten neuen großangelegten Angriff gegen die Kreise des deutschen Grundbesitzes und des deutschen Mittelstandes aufgefaßt. Bezeichnenderweise schloß die Tagung mit der Anerkennung der großen Verdienste des Woiwoden, dem vom Westverband für das bewiesene Wohlwollen gedankt und der für die Zukunft um weitere Unterstützung und Hilfe gebeten wurde.

Nöldeke

Nr. 73

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Außenminister Beck

Aufzeichnung

Berlin, den 20. Januar 1937

Der Polnische Außenminister Herr Beck suchte mich heute vormittag bei seiner Durchreise nach Genf auf. Bei dieser Gelegenheit besprachen wir u. a. die Haltung der polnischen Presse.

Ich machte Herrn Beck darauf aufmerksam, daß auch ein großer Teil der polnischen Presse, die der Regierung nahestehe, in den letzten Monaten eine sehr unfreundliche Sprache gegenüber Deutschland geführt hat. Von unserer Seite sei der deutschen Presse äußerste Zurückhaltung diesem unfreundlichen Konzert gegenüber auferlegt worden. Ich möchte ihn aber bitten, darauf hinzuwirken, daß die Tonart der polnischen Regierungspresse eine andere werde. Herrn Beck war diese Frage offensichtlich peinlich. Er versuchte, die gerügten Verhältnisse unter Hinweis auf die polnischen innerpolitischen Schwierigkeiten zu entschuldigen.

Frhr. von Neurath

Nr. 74

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 4. März 1937

Die polnischen Behörden gehen, wie bereits berichtet, erneut mit den verschiedensten Mitteln gegen das Deutschtum vor. Der Wille, zu einer Verständigung zu gelangen, ist auf polnischer Seite, wie die Maßnahmen klar erkennen lassen, nicht in entsprechender Weise wie auf der deutschen Seite vorhanden. Die deutsche Minderheit bemerkt angesichts der sich immer mehr verschärfenden Stimmung gegen das Deutschtum zu ihrem Bedauern, daß das Verständigungsabkommen für sie keine Ergebnisse gezeitigt hat. Ich zähle folgende in letzter Zeit besonders scharf hervortretende Maßnahmen gegen das Deutschtum auf:

1. Der stärkste Schlag gegen das Deutschtum war, wie alljährlich, die Agrarreform, die aber in diesem Jahre weitaus schärfer und unverhüllter sich gegen das Deutschtum richtete. 75,5 % der Gesamtfläche, die enteignet wird, wird von dem deutschen Großgrundbesitz gestellt, trotzdem der gesamte deutsche Grundbesitz wohl höchstens noch 30 % beträgt.

2. Auch dem deutschen Genossenschaftswesen wird der Kampf in verstärktem Maße angesagt. Dahinter dürfte wiederum der polnische Westverband stehen, der wiederholt mit besonderem Nachdruck gegen die deutschen Genossenschaften agitiert hat. Hinzu kommt, daß die Genossenschaften der Minderheit trotz aller Bedrückung im großen und ganzen noch verhältnismäßig gut dastehen und dadurch aktiv zu arbeiten vermögen, während das polnische Genossenschaftswesen hier ganz im argen liegt. Es ist klar, daß diese Tatsachen die Polen ärgern.

3. Neuen Schikanen ist auch die deutsche Elternschaft ausgesetzt. Aus der deutschen Privatschule in Neustadt sind z. B. durch Verfügung des Kreisschulinspektors 26 Kinder ausgeschult und der polnischen Schule überwiesen worden, obwohl die Eltern dagegen protestierten. Auch aus anderen Gegenden meines Amtsbezirks kommen in letzter Zeit häufige Klagen über ähnliche Vorkommnisse, die in den meisten Fällen auf Schikane zurückzuführen sind, um die deutschen Eltern zu zermürben.

Ich halte es für meine Pflicht, auf die durch die neuen deutschfeindlichen Maßnahmen der Behörden geschaffene Lage mit allem Ernst hinzuweisen.

von Küchler

Nr. 75

Aufzeichnung des Dirigenten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 2. April 1937

Staatssekretär Pfundtner vom Reichsinnenministerium hat dem stellvertretenden Herrn Staatssekretär telephonisch mitgeteilt, daß nach vorliegenden Nachrichten in absehbarer Zeit ein Hungermarsch von Teilen der in Polnisch-Oberschlesien wohnenden deutschstämmigen Bevölkerung nach der deutschen Grenze zu geplant sei. Alle Maßnahmen seien getroffen, um etwaigen Zwischenfällen an der Grenze vorzubeugen.

von Erdmannsdorff

Nr. 76

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Telegramm

Thorn, den 6. April 1937

In einigen in Graudenz abgehaltenen Versammlungen berüchtigten Westverbandes erhob Redner Anspruch auf deutsches Land östlich und westlich Pommerellens. Habe bei Woiwodschaft Einspruch erhoben, erbitte aber auch dortseits Protest.

Küchler

Nr. 77

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Warschau, den 7. April 1937

Reichsminister bittet unverzüglich bei dortiger Regierung gegen bekannte Kundgebung Westverbandes in Graudenz* im Rahmen Pommerellenwoche, soweit dabei in Reden und Resolutionen sowie durch Verwendung von Transparenten und Landkarten polnische Ansprüche auf deutsche Gebiete geltend gemacht worden sind, mit allem Nachdruck Einspruch zu erheben. Bitte Einspruch nicht nur auf deutsch-polnisches Presseprotokoll ** zu stützen, sondern darüber hinaus zu betonen, daß derartige Kundgebungen unter Teilnahme hoher polnischer Beamter deutsch-polnische Beziehungen stark belasten müßten. Reichsregierung müsse verlangen, daß Polnische Regierung alles tue, um Wiederholung solcher Vorfälle zu verhindern***.

Gaus

---

* Vgl. Nr. 76.

** Deutsch-polnisches Presseabkommen vom 24. Februar 1934, das zum Ziel hatte, die Bildung der öffentlichen Meinung dem deutsch-polnischen Verständigungsabkommen anzupassen.

*** Die Demarche des Deutschen Botschafters erfolgte beim Vizeaußenminister Graf Szembek am 8. April. (Vgl. Nr. 78.)

Nr. 78

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 9. April 1937

Der Polnische Botschafter, den ich zu mir gebeten hatte, wurde von mir über die von Herrn von Moltke in Warschau gestern in unserem Auftrag unternommene Demarche wegen der deutschfeindlichen Betätigung des polnischen Westverbandes unterrichtet. Ich sagte Herrn Lipski, daß die Mißbilligung dieser Betätigung durch die Polnische Regierung und das Abrücken der Regierung von der Aktion des Westverbandes, wie dies gegenüber Herrn von Moltke durch den Grafen Szembek zum Ausdruck gebracht und im Communiqué der Polnischen Telegraphen-Agentur veröffentlicht worden sei, von uns gewürdigt werde, und daß damit dieser Zwischenfall erledigt sei. Ich benutzte dann die Gelegenheit, um Herrn Lipski in freundschaftlicher, aber ernster und nachdrücklicher Weise im einzelnen auseinanderzusetzen, wie sehr in letzter Zeit die feindseligen Kundgebungen polnischer Persönlichkeiten und polnischer Zeitungen gegen Deutschland zugenommen hätten und wie ernst die Belastung unserer Beziehungen durch derartige Kundgebungen sei.

Dieckhoff

Nr. 79

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 7. April 1937

Im Soldauer Kreis wird wiederum in verstärktem Maße gegen das Deutschtum gehetzt. Dabei wird zum Boykott der Deutschen und gleichermaßen der Juden aufgefordert. Ende vorigen Monats sind in Soldau nachts Plakate angebracht worden, die folgenden Inhalt hatten:

»Kauf nicht beim Deutschen und Juden!
Wenn du unsere Aufforderung nicht befolgst,
wird dich diese Faust treffen!«

Auf den Plakaten ist eine Faust mit einem Dolch in der Hand abgebildet.

Ich habe die Woiwodschaft auf diesen Tatbestand hingewiesen.

von Küchler

Nr. 80

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 14. Oktober 1937

Aus zahlreichen Berichten des Generalkonsulates geht zur Genüge hervor, wie die Freiheit der hiesigen deutschen Minderheit aussieht. Nicht nur Enteignungen, Konzessionsentziehungen, Verweigerung der Aufenthaltsgenehmigungen, Schließung von Schulen und das bekannte Grenzzonengesetz, sondern auch andere Maßnahmen, wie rigorose Steuereinziehungen usw. usw., lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß der Pole alle Mittel anwendet, um das Deutschtum hier zum Erliegen zu bringen bzw. die Deutschen zur Abwanderung zu zwingen. Die Verhetzung der Massen wird hier in der letzten Zeit — da diese höheren Orts ganz offensichtlich gebilligt wird — planmäßig durchgeführt.

Ganz besonders scharfe Resolutionen wurden bei den Veranstaltungen des deutschfeindlichen Westverbandes gefaßt. Es wird dabei gegen die »unwürdige teutonische Arbeit« Protest erhoben und folgende Forderungen aufgestellt:

1. Die Ausweisung von etwa 6000 hier lebender Optanten,
2. die Aufhebung der Volksschulen und die Beschränkung ihrer Zahl auf diejenige der polnischen Volksschulen in Deutschland,
3. Verbot der Verwendung der deutschen Sprache bei den Gottesdiensten,

4. Boykott der deutschen Genossenschaften und Auflösung der deutschen Organisationen aller Art,
5. Rücksichtslose Durchführung der Agrarreform bei deutschen Gütern und die Übergabe des parzellierten Landes an die polnische Bevölkerung,
6. Entziehung der den Deutschen erteilten Konzessionen,
7. Beschlagnahme und Schließung sämtlicher deutscher Zeitungen.

Aus dem Vorgesagten ergibt sich, wie sich die Verhältnisse hier von Tag zu Tag zuspitzen.

Die deutsche Minderheit ist von dieser Entwicklung der Dinge stark beeindruckt und befürchtet weitere Ausschreitungen, falls nicht seitens der Behörden diesem unverantwortlichem Treiben ein Riegel vorgesetzt wird. Alles in allem ist das gegenseitige Verhältnis der Deutschen zu den Polen jetzt fast schlimmer, als es vor dem Abschluß des Verständigungsabkommens war.

von Küchler

V. Verhandlungen über eine Deutsch-Polnische Minderheitenerklärung (Januar bis November 1937)

Nr. 81

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Außenminister Beck

Aufzeichnung

Berlin, den 20. Januar 1937

Ich machte Herrn Beck auf den Ablauf des Genfer Abkommens über Oberschlesien* aufmerksam und betonte dabei die Notwendigkeit, für eine Reihe von wirtschaftlich-technischen Fragen rechtzeitige Verabredungen zu treffen. Herr Beck erklärte, die Absicht, baldmöglichst darüber zu verhandeln, bestehe auch auf polnischer Seite und Herr Lipski sei bereits beauftragt, zunächst über die Eisenbahnfragen hier zu sprechen. Auch über die anderen neu zu regelnden Fragen sollen die Sachverständigen baldmöglichst zusammentreten.

Die politische Frage des Minderheitenschutzes wurde nur kurz gestreift. Herr Beck war der Auffassung, daß man zunächst einmal an die praktischen Fragen herangehen sollte. Ich habe mich damit einverstanden erklärt.

Frhr. von Neurath

Nr. 82

Der Reichsminister des Auswärtigen an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 22. Februar 1937

Die Besprechungen mit der Polnischen Regierung über den bevorstehenden Ablauf des Genfer Abkommens haben sich auf die wirtschaftlich-technischen Bestimmungen des Genfer Abkommens beschränkt.

Nicht berührt wurde jedoch bisher der bekannte Hauptpunkt, nämlich die Frage des Minderheitenschutzes, die den Kern des Genfer Abkommens darstellt und der politisch weittragende Bedeutung zukommt.

Sinn und Zweck des Genfer Abkommens war nach seiner Präambel neben der Sicherstellung des Wirtschaftslebens zugleich der Schutz der Minderheiten in Oberschlesien und für diesen Schutz hat die Deutsche Regierung sich in jahrelangem Kampf mit stärkstem Nachdruck eingesetzt.

Diese Bestimmungen treten mit Ablauf des 14. Juli 1937 außer Kraft und es ist nicht ersichtlich, wie die deutsche Volksgruppe in Ostoberschlesien, deren schwierige Lage die Deutsche Regierung nach wie vor mit Sorge erfüllt, künftig geschützt werden kann. In der polnischen Verfassung werden zwar allen Staatsbürgern gleiche Rechte ausdrücklich zugesichert. Wenn dessen ungeachtet die Minderheit schon nach der bisherigen Praxis namentlich des Woiwoden Grazyński in Kattowitz unterschiedlich behandelt worden ist, so wird sie in Zukunft ohne besondere Schutzbestimmungen der Willkür der polnischen Behörden völlig preisgegeben sein.

---

* Mit dem 15. Juli 1937 liefen die wesentlichsten Teile des am 15. Mai 1922 in Genf unterzeichneten deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien ab. Der Abschluß dieses Abkommens war beiden Staaten durch die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20 Oktober 1921 auferlegt worden, um, wie es in der Präambel des Abkommens heißt, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in Oberschlesien sowie den Schutz der Minderheiten sicherzustellen.

Da nach Auffassung der Deutschen Regierung beide Staaten daran interessiert waren, gemeinsam zu prüfen, ob durch den Fristablauf nicht lebenswichtige Rechte und Wirtschaftsformen in Zukunft in Wegfall kämen, deren Erhaltung notwendig oder zweckmäßig erschien, war die Deutsche Regierung bestrebt, mit Polen zu einer den berechtigten Interessen der beiderseitigen Wirtschaft Rechnung tragenden Verständigung zu kommen. Die Verhandlungen hierüber wurden unmittelbar nach der oben wiedergegebenen Unterredung begonnen und durch besondere Delegationen, teils in Berlin, teils in Warschau, geführt. (Vgl. Nr. 82, 85, 86 und 92.) Das Ergebnis war indessen wegen der ablehnenden Haltung der Polnischen Regierung nur ein verhältnismäßig geringes. Wenn es auch gelang, sich über einige technische und wirtschaftliche Fragen zu verständigen, so blieben die das Leben der Bevölkerung hauptsächlich berührenden Punkte des Wohnrechtes der Optanten und des Schutzes der vor dem Übergang der Souveränität von natürlichen und juristischen Personen erworbenen Rechte (»wohlerworbene Rechte«) ungeregelt. Die Polnische Regierung war bestrebt, von den von ihr als lästig empfundenen Bindungen endgültig befreit zu werden. Ohne Rücksicht auf menschliche und wirtschaftliche Zusammenhänge wurde die Grenze, die in der 15jährigen Übergangszeit durch die Einführung besonderer Verkehrskarten in gewisser Weise unsichtbar gemacht worden war, fast ganz geschlossen. Tausende von deutschen Optanten wurden des Landes verwiesen und die Enteignung des deutschen Grundbesitzes durch Maßnahmen der Agrarreform in die Wege geleitet (vgl. Nr. 167).

Polen bleibt auch nach dem 14. Juli 1937 an die in Artikel 64 bis 72 des Genfer Abkommens enthaltenen allgemeinen Minderheiten-Schutzbestimmungen, die dem Vertrage zwischen den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten und Polen vom 28. Juni 1919 * entnommen sind, gebunden, da der Beschluß der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921 und der Artikel 64 des Genfer Abkommens eine Befristung nur für das Reich, nicht aber für Polen vorsehen.

Wie Ihnen bekannt ist, haben wir erwogen, der Polnischen Regierung den Abschluß eines deutsch-polnischen Volksgruppenvertrags vorzuschlagen. Entwurf und Denkschrift eines solchen Vertrags, die lediglich die anzustrebenden Verhandlungsziele aufzeigen und den deutschen Unterhändlern gegebenenfalls als Richtlinien dienen sollen, sind jetzt fertiggestellt.

Ich bitte daher, bei nächster sich bietender Gelegenheit der Polnischen Regierung die Frage vorzulegen, wie sie sich den Schutz der beiderseitigen Minderheiten in Oberschlesien nach Ablauf des Genfer Abkommens vorstellt und ob sie gegebenenfalls bereit wäre, mit der Deutschen Regierung in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Abkommens zum Schutz dieser Minderheiten einzutreten.

Über das Ergebnis bitte ich gefälligst unverzüglich berichten zu wollen.

Frhr. von Neurath

Nr. 83

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 16. März 1937

Da Außenminister Beck erst nach Ostern hierher zurückkehren wird, habe ich in einer mehr als einstündigen Unterredung, die ich heute mit Graf Szembek über die verschiedenen Fragen des Genfer Abkommens hatte, auch das Problem der Minderheiten angeschnitten und ihm dabei die Frage vorgelegt, wie sich die Polnische Regierung den Schutz der beiderseitigen Minderheiten in Oberschlesien nach Ablauf des Genfer Abkommens vorstelle und ob sie gegebenenfalls bereit wäre, mit der Deutschen Regierung in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Abkommens zum Schutz der Minderheiten einzutreten.

Graf Szembek erwiderte, daß, soweit er orientiert sei, die Polnische Regierung der Frage eines zweiseitigen Minderheitenschutzvertrages ablehnend gegenüberstehe. Für die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien sei eine vertragliche Sicherung der Minderheitenrechte nicht notwendig, weil die polnische Verfassung bereits weitgehenden Schutz garantiere. Für die polnische Minderheit in Deutsch-Oberschlesien andererseits verspreche man sich hier von einem Abkommen keine besonderen Vorteile, weil sie, ganz im Gegensatz zu der deutschen Minderheit in Polen, viel zu schlecht organisiert sei, um aus einem zweiseitigen Minderheitenvertrage Nutzen ziehen zu können.

Ich habe Graf Szembek erklärt, daß nach den bisherigen Erfahrungen der durch die Verfassung gewährte Schutz leider nicht als ausreichend angesehen werden könne, und habe an Hand von Beispielen nachgewiesen, daß und weshalb die Skepsis in dieser Hinsicht berechtigt sei. Ich habe ferner hervorgehoben, wie sehr gerade die Minderheitenfragen zu einer Belastung der politischen Beziehungen führten und mit daran schuld seien, wenn die Stimmung in Deutschland gegenüber Polen sich in letzter Zeit nicht unwesentlich verschlechtert habe. Weit mehr als aus der Presse ersichtlich sei, sei die öffentliche Meinung in Deutschland in wachsendem Maße beunruhigt, da sie immer wieder feststellen müsse, daß sich in den Unterdrückungsmethoden durch die deutsch-polnische Verständigungspolitik nicht das geringste geändert habe und daß die polnischen Behörden darauf ausgingen, das Deutschtum in Polen rücksichtslos zu dezimieren. Wir seien unter diesen Umständen der Auffassung, daß der Abschluß eines neuen Minderheitenabkommens sowohl im Interesse der Minderheit liege, als auch in politischer Beziehung gute Dienste leisten könne.

Graf Szembek gab gegenüber den von mir vorgebrachten Unterlagen zu, daß hinsichtlich der Behandlung der Minderheit in der Tat bei den Verwaltungsbehörden nicht alles in Ordnung sei, und erklärte sich schließlich bereit, die Angelegenheit in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Form zum Gegenstand eines Vortrages im Ministerrat zu machen und dessen Entscheidung herbeizuführen.

Ich habe klargestellt, daß unser Vorschlag sich nur auf Oberschlesien bezieht, habe aber gleichzeitig von mir aus gebeten, auch die Auffassung des Ministerrates zu dem Gedanken eines allgemeinen Minderheitenabkommens festzustellen.

von Moltke

---

* Vgl. Nr. 4.

Nr. 84

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 19. April 1937

Ich habe heute eingehend mit Außenminister Beck über die Frage des Ablaufs des Genfer Abkommens gesprochen. Hierbei habe ich zunächst darauf hingewiesen, daß nach Auffassung der Deutschen Regierung beide Staaten daran interessiert seien, gemeinsam zu prüfen, ob durch den Fristablauf nicht lebenswichtige Rechts- und Wirtschaftsformen in Zukunft wegfielen, deren Erhaltung notwendig oder zweckmäßig erscheine. Nach Darlegung der bei dieser Prüfung zu behandelnden Fragen habe ich unter Bezugnahme auf die wiederholten Unterredungen mit Graf Szembek zum Ausdruck gebracht, daß die Deutsche Regierung hoffe, auch in der Frage des Minderheitenschutzes mit der Polnischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen, die dem Geiste des Nichtangriffspaktes entspreche und von dem Wunsch der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern getragen sei.

Herr Beck erwiderte, daß sowohl nach seiner Auffassung als auch nach der Auffassung des Kabinetts hinsichtlich der technischen und wirtschaftlichen Fragen geprüft werden müsse, ob irgendwelche Materien des Genfer Abkommens einer Sonderregelung über den Termin des 15. Juli hinaus bedürfen. Diese Prüfung müsse beschleunigt durchgeführt werden, damit am 15. Juli nicht eine Lücke entstände, die zu Mißstimmung und Unzufriedenheit Anlaß geben könnte. Was die Minderheitenfrage anbetreffe, so sei er aber leider nicht in der Lage, unseren Wunsch zu erfüllen. Das Kabinett stände auf dem Standpunkt, daß eine Bindung internationalen Charakters in Minderheitenfragen eine Beeinträchtigung der Souveränität sei und nur allzu leicht zur Einmischung in innere Angelegenheiten führen könne. Man sei in Polen außerordentlich empfindlich in allen Fragen, die die souveränen Rechte des Staates angingen. Gerade was die Minderheitenregelung anbetreffe, so habe Polen lange genug unter der einseitigen Belastung sowie unter der politischen Ingerenz des Völkerbundes gelitten, um irgend etwas akzeptieren zu können, was nach einer Fortsetzung dieses Zustandes aussehen würde. Die im September 1934 erfolgte Aufkündigung der Minderheitenverpflichtung* sei ein ernster Schritt gewesen, den Polen gründlich vorher bedacht habe. Aber wenn es damals zu Schwierigkeiten gekommen wäre, wäre Polen lieber aus dem Völkerbund ausgetreten, als den bisherigen Zustand weiter hinzunehmen; so stark sei hier die Abneigung gegen Beeinträchtigungen der Souveränität und gegen Einmischung in innere Angelegenheiten. Er glaube auch nicht, daß ein zweiseitiges Minderheitenabkommen die Beziehungen zwischen den Staaten und die Stimmung der öffentlichen Meinung günstig beeinflussen könne. Die öffentliche Meinung würde bei jeder Gelegenheit eine Intervention verlangen und politisch würde dadurch eher ein Schaden als ein Nutzen entstehen. Für die Polnische Regierung sei jedenfalls ein solches Abkommen untragbar.

Ich antwortete, daß wir ebenfalls sehr empfindlich in allen die Souveränität angehenden Fragen seien und daß wir in dieser Hinsicht auf unerfreuliche Erfahrungen zurückblicken könnten. Wir könnten aber in einer zweiseitigen Bindung über Minderheitenfragen keine untragbare Schmälerung unserer Souveränität erblicken. Gewisse Beeinträchtigungen der Handlungsfreiheit brächten mehr oder weniger schließlich alle internationalen Verträge mit sich. Überdies sei aber doch ein großer Unterschied zwischen einer einseitigen Servitut mit internationaler Kontrolle und der freien Entschließung zweier Regierungen, sich über eine Frage zu verständigen, die die politischen Beziehungen störe. Daß eine solche Belastung vorliege, sei doch wohl kaum zu bestreiten. Die gegenwärtige Lage sei nicht gut, habe sich in den letzten Monaten ständig verschlechtert und die Einstellung des schlesischen Woiwoden lasse für die Zukunft nichts Besseres erwarten. Die deutsche Öffentlichkeit reagiere mit Empfindlichkeit auf Nachrichten über die Lage ihrer Minderheit, und daß das gleiche auch auf polnischer Seite der Fall sei, bewiesen die fast täglich über dieses Thema erscheinenden Nachrichten und Artikel, die im übrigen, wie ich immer wieder Gelegenheit hätte festzustellen, in den meisten Fällen unrichtig oder übertrieben seien. Wenn in Zukunft jegliche Bindung entfiele, würde das Mißtrauen beiderseits sich noch steigern und die die Atmosphäre vergiftende Pressehetze nur noch größer werden. Es sei deshalb dringend erwünscht, für die Zukunft gewisse Richtlinien über die beiderseitige Behandlung der Minderheit festzulegen. Der von Herrn Beck gefürchtete Druck auf die Regierung zwecks Vornahme von Interventionen würde sowieso entstehen, ob Bindungen vorhanden seien oder nicht. Eine Regelung des Minderheitenschutzes sei aber ein wertvoller Beitrag für die Verständigung unserer beiden Völker.

Herr Beck gab zu, daß die gegenwärtige Lage unbefriedigend sei, und erklärte, daß er das Problem, das zu unseren Vorschlägen geführt hätte, in seiner Bedeutung durchaus würdige. Auch er mache sich Sorge darüber, daß die Minderheitenfrage die deutsch-polnischen Beziehungen beeinträchtigen könnte,

* Vgl. Nr. 49.

und es sei richtig, daß sie von großer Bedeutung für die öffentliche Meinungsbildung und für die Förderung guter Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern sei. Es handele sich aber um eine sehr heikle Materie. Er habe keine Befürchtungen hinsichtlich der großen Linie der deutsch-polnischen Beziehungen, aber die kleineren Fragen seien in der Tat nicht ungefährlich. Wenn er auch mit mir darin übereinstimme, daß man praktische Lösungen suchen müsse, so halte er doch den von uns vorgeschlagenen Weg nicht für gut. Polen habe auf dem Gebiet der Minderheitenfragen große Erfahrungen und so könne er darauf hinweisen, daß in der Tschechoslowakei trotz des zweiseitigen Minderheitenvertrages die Situation der polnischen Minderheit ganz außerordentlich schlecht sei, während auf der anderen Seite das Beispiel Lettlands zeige, daß, wo kein Vertrag vorhanden sei, sondern die Minderheitenfragen auf Grund souveräner Entscheidung gehandhabt würden, die Lage der Minderheit eine durchaus befriedigende sei. Auch die unteren Verwaltungsbehörden würden in allen die Minderheit betreffenden Entscheidungen freier sein, wenn das Gefühl, unter dem Drucke eines internationalen Abkommens zu stehen, beseitigt würde. Die ablehnende Haltung der Polnischen Regierung gegenüber einer Bindung in Fragen des Minderheitenschutzes schließe aber keineswegs aus, daß die tatsächliche Lage — er wiederholte des öfteren mit Betonung: »situation de fait« — einer gemeinsamen Prüfung unterzogen würde. Die ganze Materie sei allerdings zu delikater Natur, um der Prüfung durch eine Delegation von Sachverständigen überlassen zu werden. Es käme vielmehr hierfür ausschließlich der diplomatische Weg in Frage. Entweder könnte Herr Lipski in Berlin oder ich mit ihm über diese Angelegenheiten sprechen, vielleicht könnte er auch gelegentlich einer Durchreise durch Berlin persönlich mit Herrn von Neurath verhandeln. Als ich darauf hinwies, daß die zur Erörterung stehenden Fragen meines Erachtens viel zu komplex seien, um auf diesem Wege behandelt zu werden, meinte Herr Beck, es sei nicht ausgeschlossen, daß man für die eine oder andere Frage auch einmal einen Experten hinzuziehen könne. Grundsätzlich dürften nach Auffassung der Polnischen Regierung diese heiklen Dinge aber nur im rein diplomatischen Verkehr behandelt werden. Auf diesem Wege würde man nach Auffassung der Polnischen Regierung zu besseren Resultaten gelangen, als eine irgendwie geartete Vereinbarung sie bieten könnte. Freundschaftliche Verständigung in Einzelfragen sei besser als eine Intervention auf Grund von Verträgen.

Ich habe unter Anführung verschiedener Beispiele aus der Praxis mich noch weiter bemüht darzulegen, daß ohne Vereinbarung gemeinsamer Richtlinien nützliche Arbeit nicht geleistet werden könne. Herr Beck blieb aber auf seinem Standpunkt unter Berufung auf eine Kabinettsentscheidung, mit der er sich persönlich in vollem Umfange identifizierte.

Ich habe nicht den Eindruck, daß polnischerseits die Absicht besteht, die »Prüfung der Lage« sehr zu vertiefen, möchte vielmehr glauben, daß dieser Ausweg nur gewählt worden ist, um die Ablehnung unseres Vorschlages nicht zu schroff erscheinen zu lassen. Wenn ich mir daher auch nicht allzuviel von einem Eingehen auf die Becksche Anregung versprechen kann, so scheint es mir doch nicht ratsam zu sein, den Gedanken a limine abzulehnen.

von Moltke

Nr. 85

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 14. Mai 1937

Die hiesigen Verhandlungen über die mit dem Ablauf des Genfer Abkommens zusammenhängenden Fragen* nehmen einen schleppenden Verlauf.

Soweit es sich um Fragen handelte, die im Zusammenhang mit dem weiteren Schicksal der Minderheit stehen, zeigte sich polnischerseits eine ablehnende Haltung. Dies bezieht sich in erster Linie auf die Weitergeltung gewisser Schutzbestimmungen des Genfer Abkommens und insbesondere auf den sogenannten Schutz erworbener Rechte (Artikel 4 des Genfer Abkommens), auf den wir im Hinblick auf die Gefahren der polnischen Agrargesetzgebung größtes Gewicht legen.

Der polnische Verhandlungsführer Herr Kunicki bezog sich in dieser Frage auf eine ausdrückliche Weisung des Polnischen Außenministers und erklärte, daß er sich zur Zeit außerstande sehe, eine Erörterung dieses Themas in Aussicht zu stellen.

von Lieres

* Vgl. Nr. 81, Anm.

Nr. 86

Die Deutsche Delegation in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 28. Mai 1937

Sämtliche zur Zeit in Warschau geführten Verhandlungen über die mit dem Ablauf des Genfer Abkommens zusammenhängenden Fragen* lassen erkennen, daß die Ressortministerien stark vom oberschlesischen Woiwoden unter Druck gesetzt sind und daß deshalb politische Rücksichten in erheblichem Maße bei der Fassung sachlicher Entscheidungen mitsprechen. Das ließ sich sowohl bei den Verhandlungen über die Eisenbahnfrage wie auch besonders bei der Besprechung mit Herrn Kunicki erkennen. Herr Kunicki ist offenbar ein Sachbearbeiter, der die Regelung der oberschlesischen Fragen mit Objektivität und dem Wunsch, zu einer möglichst freundschaftlichen Regelung zu kommen, behandelt. Er ließ mich jedoch unzweideutig erkennen, daß das Außenministerium in manchen der Fragen nicht so entscheiden könne, wie es seiner Meinung nach vielleicht zweckmäßig sei. Besonders in seinem Verlangen auf Durchführung der Abwanderung der Optanten entspricht wohl das Außenministerium den Wünschen der oberschlesischen Aufständischen**, die offenbar ein Opfer verlangen.

Mackeben

Nr. 87

Der Reichsminister des Auswärtigen an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 28. Mai 1937

Unter Bezugnahme auf die mündliche Besprechung der Minderheitenfrage während Ihres letzten Besuchs in Berlin bitte ich Sie, die Angelegenheit möglichst bald erneut bei Herrn Beck zur Sprache zu bringen.

Sollte Herr Beck bei der Unterhaltung nicht nur vertragliche Abmachungen der einen oder anderen Art wiederum a limine ablehnen, sondern auch die fortdauernde Gültigkeit der internationalen Verpflichtung Polens bestreiten, so bitte ich, ihm gegenüber sofort ausdrücklich festzustellen, daß dann in dieser wichtigen Frage ein offener Dissens zwischen den beiden Regierungen bestehe. Sie könnten nur hoffen, daß sich das tatsächliche Schicksal der deutschen Minderheit in Polen künftig so gestalte, daß sich aus diesem grundsätzlichen Dissens keine Beeinträchtigung der deutsch-polnischen Beziehungen ergebe. Im übrigen müßten Sie natürlich der Reichsregierung die weitere Entschließung vorbehalten.

Einem Bericht über den Verlauf Ihrer Demarche sehe ich mit besonderem Interesse entgegen.

Frhr. von Neurath

Nr. 88

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 1. Juni 1937

Ich habe heute bei Herrn Beck die mir aufgetragene Demarche ausgeführt unter Überreichung des anliegenden Memorandums, das ich eingehend mündlich erläuterte. Herr Beck hörte sehr aufmerksam zu, gab aber während meiner Ausführungen weder Zeichen der Zustimmung noch der Ablehnung zu erkennen. Als ich abschließend darauf hinwies, daß der mir von Herrn von Neurath erteilte Auftrag vom Führer und Reichskanzler angeordnet worden sei, zeigte Herr Beck sich sichtlich beeindruckt und erwiderte, daß Wünsche des Führers hier immer einer besonders ernsten Beachtung sicher seien. Er werde selbstverständlich die von mir vorgetragene Angelegenheit unverzüglich dem Ministerpräsidenten bzw. dem Kabinett unterbreiten und behielte sich vor, demnächst die Stellungnahme der Polnischen Regierung mitzuteilen.

* Vgl. Nr. 81, Anm.

** Es handelt sich um die polnischen Aufständischen des Jahres 1921, die sich später zu einem Verbande zusammenschlossen mit dem Ziel, die Entdeutschung Oberschlesiens mit allen Mitteln zu betreiben.

Im übrigen beschränkte sich Herr Beck auf einige kurze Bemerkungen, in denen er zunächst zum Ausdruck brachte, daß in der Tat unsere verständnisvolle Haltung gelegentlich des Vorstoßes der Polnischen Regierung in Genf vom Herbst 1934* hier seinerzeit große Befriedigung ausgelöst habe. Herr Beck fand dann einige Worte der Verteidigung gegenüber meinen Darlegungen bezüglich der tatsächlichen Lage der deutschen Minderheit in Polen, ohne aber hierbei in das Detail zu gehen, und brachte zum Ausdruck, daß bei eigenmächtigem Vorgehen der untergeordneten Behörden der Ministerpräsident sicherlich bereit sein würde, mit der ihm eigenen Energie einzuschreiten. Herr Beck versuchte, die Schwierigkeiten des gesamten deutsch-polnischen Minderheitenproblems mit der Verschiedenheit der inneren Konstruktion der beiden Staaten zu erklären, wie denn überhaupt nach seiner Ansicht das ganze Minderheitenproblem außerordentlich komplex sei. Herr Beck wiederholte nicht seine früheren Argumente gegen unseren Vorschlag, kam aber auch mit keinem Wort auf die heute von mir weisungsgemäß vorgebrachten prinzipiellen Gesichtspunkte zu sprechen.

von Moltke

Anlage

Memorandum

Warschau, den 1. Juni 1937

1. Die Stellungnahme der Polnischen Regierung zu dem deutschen Vorschlag eines zweiseitigen Vertrages über die Minderheiten** hat in Berlin bei den maßgebenden Stellen sehr überrascht und nicht nur Enttäuschung, sondern auch ernste Besorgnisse hervorgerufen. Die Reichsregierung hat, politisch gesehen, volles Verständnis für die Abneigung der Polnischen Regierung gegen einseitige Bindungen in der Frage der Minderheiten. Das hat sie seinerzeit schon durch die Haltung bewiesen, die sie anläßlich des polnischen Vorstoßes im Völkerbunde im September 1934 eingenommen hat. Der deutsche Standpunkt zu dieser Frage ist dem Polnischen Herrn Außenminister am 19. November 1934 ausführlich dargelegt worden***. In dem gleichen Sinne hat die Reichsregierung jetzt geglaubt, mit ihrem Vorschlag eines völlig paritätischen zweiseitigen Vertrages über die Minderheiten ein bedeutsames Entgegenkommen zu beweisen und der Polnischen Regierung eine Möglichkeit zu eröffnen, das Problem in einer Weise zu lösen, die dem polnischen Widerstreben gegen einseitige Bindungen Rechnung tragen und zugleich beide Teile der Notwendigkeit entheben würde, sich über die aus der Vergangenheit herrührenden prinzipiellen Fragen auseinanderzusetzen.

2. Wenn polnischerseits der Standpunkt vertreten wird, daß nach den bisher gemachten Erfahrungen den Minderheiten mit einer völlig freien souveränen Behandlung ihrer Angelegenheiten durch die Landesbehörden mehr gedient sei als mit internationalen Abmachungen und daß eine freundschaftliche Verständigung in Einzelfragen besser sei als eine Intervention auf Grund von Verträgen, so ist das eine nach deutscher Ansicht nicht zutreffende Beurteilung des Problems. Die deutscherseits gewünschte Klärung der Rechtsgrundlagen bedeutet selbstverständlich nicht, daß wir einer Politik der Interventionen oder überhaupt einer Politik formaler Prozeduren zuneigen. Auch deutscherseits wird es für die einzig fruchtbare und überdies der großen Linie der deutsch-polnischen Beziehungen entsprechende Methode gehalten, sich über die jeweils auftauchenden Einzelfragen freundschaftlich zu verständigen. Eine solche Verständigung wird aber durch den Abschluß einer nach den Grundsätzen voller Gegenseitigkeit aufgebauten Vereinbarung nicht nur nicht erschwert, sondern im Gegenteil wesentlich erleichtert werden. Falls man, entsprechend dem polnischen Vorschlage, über Minderheitenfragen zwischen Deutschland und Polen stets nur als über eine situation de fait spricht, liegt die Gefahr, daß die Vorstellungen und Wünsche der einen Seite von der anderen Seite als unberechtigte Einmischung in innere Angelegenheiten empfunden werden würden, viel näher, als wenn es sich um die freundschaftliche Aussprache über die Durchführung vertraglicher Abmachungen handelt. Darüber hinaus würde aber das Fehlen einer Klärung der Rechtsgrundlagen einen Unsicherheitsfaktor in die ganzen deutsch-polnischen Beziehungen hineintragen, der sich auf die Dauer als bedenkliche Störung bemerkbar machen müßte.

3. Davon abgesehen, dürfte auch die Polnische Regierung Verständnis dafür haben, daß die Deutsche Regierung nicht einfach stillschweigend die Position preisgeben kann, die sich für sie aus der bekannten Entstehung des deutsch-polnischen Minderheitenproblems ergibt. Die Deutsche Regierung hat im Herbst 1934 davon absehen können, den polnischen Vorstoß gegen die Mitwirkung des Völkerbundes in Minderheitenfragen zu beanstanden, weil sie diese Mitwirkung längst als wertlos erkannt und weil sie es als einen der wichtigsten Zwecke der deutsch-polnischen Vereinbarung vom Januar 1934† angesehen hat, deutsch-polnische Angelegenheiten nicht vor internationalen Instanzen, sondern im unmittelbaren Ge-

* Vgl. Nr. 51 bis 53.

** Vgl. Nr. 84.

*** Vgl. Nr. 53.

† Vgl. Nr. 37.

dankenaustausch zu erörtern. Hierbei wurde aber selbstverständlich davon ausgegangen — wie es auch in der obenerwähnten Unterredung vom 19. November 1934 zum Ausdruck gekommen ist —, daß sich die polnische Aktion lediglich gegen die Kontrolltätigkeit des Völkerbundes richten, dagegen die materiellen Verpflichtungen Polens unberührt lassen sollte. Auch der bevorstehende Ablauf der Genfer Konvention ändert ja zweifellos nichts daran, daß die allgemeinen Minderheitenverpflichtungen Polens in Kraft bleiben, und zwar sowohl in Ostoberschlesien als auch in den übrigen Teilen Polens. Da aber die speziellen Schutzbestimmungen für Ostoberschlesien jetzt in Fortfall kommen, ergibt sich von neuem ein dringender Anlaß zur Erörterung der Frage, ob es nicht im beiderseitigen Interesse geboten wäre, über die künftige Handhabung jener allgemeinen Schutzbestimmungen zu einer Verständigung zu gelangen, und zwar wiederum nicht nur für Ostoberschlesien, sondern für ganz Polen.

4. Die Deutsche Regierung, die sich an dem Schicksal der auf polnischem Gebiet lebenden Menschen deutschen Stammes unmöglich desinteressieren kann, hat den Wunsch gehabt und hat ihn noch, sich bei der Betätigung ihres Interesses für diese Bevölkerungsteile nicht letzten Endes auf das Faktum stützen zu müssen, daß Polen als integrierenden Bestandteil der Gesamtregelung von 1919 einseitige Minderheitenverpflichtungen übernommen hat. Gerade um jeder Mißdeutung deutscher politischer Absichten vorzubeugen und um künftigen Erörterungen über die Minderheitenfragen von vornherein jede politische Schärfe zu nehmen, sind deutscherseits zweiseitige Abmachungen vorgeschlagen worden, die Deutschland *in gleicher Weise wie Polen verpflichten*. Wenn die Polnische Regierung diesen Vorschlag trotz des darin liegenden deutschen Entgegenkommens wirklich endgültig ablehnen sollte, so gibt es für eine grundsätzliche Verständigung über die Behandlung des Minderheitenproblems wohl nur noch einen Weg: Man könnte daran denken, daß die beiden Regierungen, jede für sich, aber gleichzeitig und sachlich übereinstimmend, eine öffentliche Erklärung über den Schutz der auf ihrem Gebiet lebenden deutschen bzw. polnischen Minderheiten abgeben. Obwohl dieser Weg im Vergleich mit der Methode vertraglicher Vereinbarungen manchen Nachteil hat, würde sich die Deutsche Regierung damit schließlich doch abfinden, weil dadurch die Situation wenigstens einigermaßen geklärt würde.

5. Neben den vorstehend angedeuteten prinzipiellen Gesichtspunkten und noch stärker als diese drängt aber die Entwicklung der tatsächlichen Lage der deutschen Minderheit in Polen darauf hin, daß es zu einer Verständigung zwischen den beiden Regierungen über das ganze Minderheitenproblem kommt. Zu ihrem eigenen Bedauern sieht die Deutsche Regierung gerade in dieser tatsächlichen Lage der deutschen Minderheit ein unabweisbares Argument gegen die polnische These, daß die Minderheit am besten führe, wenn ihre Behandlung dem ungebundenen Ermessen der Landesbehörden überlassen bliebe. In der Tat lassen seit längerer Zeit, insbesondere aber im letzten Jahre, die Beobachtungen leider keinen Zweifel, daß mit Unterstützung amtlicher Stellen und behördlich geförderter privater Organisationen planmäßig daran gearbeitet wird, das wirtschaftliche Fundament der deutschen Minderheit in Polen zu erschüttern und alle diejenigen, die sich zum Deutschtum bekennen, zu einer Änderung in ihrer Einstellung zum Deutschtum zu veranlassen.

6. Es ist nicht beabsichtigt, schon jetzt in die Erörterung von Einzelheiten einzutreten. Um aber die deutsche Beschwerde nicht als vage und unsubstanziiert erscheinen zu lassen, sei kurz auf folgende Punkte hingewiesen:

a) auf die übermäßige Heranziehung des deutschen Grundbesitzes zur Bodenabgabe auf Grund der Agrarreform, wie sie vor allem im letzten Jahr erfolgt ist;

b) auf die fortschreitende Polonisierung des seit Generationen in deutscher Hand befindlichen Grundbesitzes durch Ausübung des Wiederkaufs- und des Vorkaufsrechtes;

c) auf die praktisch in erster Linie gleichfalls gegen das Deutschtum gerichtete Auslegung der Grenzzonengesetzgebung *;

d) auf die Tatsache, daß seit einiger Zeit Angehörige der deutschen Minderheit nur noch in Ausnahmefällen die behördliche Genehmigung zur Eröffnung von Läden, Geschäften und wirtschaftlichen Betrieben erhalten und daß deutschstämmigen Ärzten, Apothekern und Rechtsanwälten von den Behörden größte Schwierigkeiten bei der Eröffnung ihrer Praxis gemacht werden;

e) auf die ebenso offenkundige Tatsache, daß deutsche Angestellte und Arbeiter unter dem Druck polnischer Organisationen entlassen werden und keine Anstellung finden, solange sie noch deutschen Vereinigungen angehören oder ihre Kinder in deutsche Schulen schicken;

f) auf die traurige Situation der jungen Leute, die die vom polnischen Staat zugelassenen deutschen Schulen absolviert haben, dann aber bei der Vorbereitung für einen Beruf so großen Schwierigkeiten ausgesetzt sind, daß ein unverhältnismäßig hoher Prozentsatz der deutschstämmigen Jugend bisher noch nicht in das Berufsleben hat eingestellt werden können;

g) auf den neuerdings sogar öffentlich verkündeten Boykott aller deutschen Geschäfte in den abgetrennten Gebieten.

* Durch die Grenzzonenverordnung vom 23. Dezember 1927 und die dazu erlassenen Ausführungsverordnungen wurden Beschränkungen des Aufenthaltes und des Erwerbs von Grundbesitz innerhalb einer bestimmten Zone eingeführt. Zu dieser Zone gehörte ganz Pommerellen, also das gesamte Korridorgebiet, fast die ganze Provinz Posen und ganz Oberschlesien. Trotz dieser deutschen Vorstellungen wurde die Grenzzonenverordnung am 1. Juli 1937 weiter verschärft. Vgl. auch Nr. 170.

Selbstverständlich ist in Deutschland die Tatsache, daß die Angehörigen der deutschen Minderheit in immer größerem Umfange ihre Existenzbasis verlieren, bei den vielen persönlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen der Grenzbevölkerung nicht unbemerkt geblieben. Mit wachsender Erregung wird an die Reichsregierung die Forderung gestellt, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und den Angehörigen der polnischen Minderheit in Deutschland, die bislang völlig unbehindert ihren Beruf ausüben, den Lebensraum einzuengen. Die Reichsregierung hat selbstverständlich den Wunsch, gegenüber Polen nicht den Weg von Repressalien beschreiten zu müssen, kann aber andererseits nicht die Augen davor verschließen, daß der auf dem Deutschtum in Polen lastende, ständig zunehmende Druck Befremden und Unwillen im Reich hervorruft und daß die Volkstümlichkeit einer großzügigen Verständigungspolitik mit Polen unter diesen Maßnahmen nachgeordneter polnischer Stellen schweren Schaden erleidet.

7. Die Reichsregierung bittet daher mit allem Nachdruck, die Minderheitenfrage unter Berücksichtigung der vorstehenden Gesichtspunkte noch einmal zu prüfen. Sie hofft, daß die Polnische Regierung sich doch noch zu Besprechungen über die eine oder die andere Form einer grundsätzlichen Regelung entschließt, und daß sie außerdem möglichst bald Maßnahmen ergreift, um den in den polnischen Westprovinzen vorhandenen Chauvinismus zu zügeln, der die ernste Gefahr in sich schließt, die so glücklich eingeleitete Zusammenarbeit zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung an einer fruchtbaren Weiterentwicklung zu hindern.

Nr. 89

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 6. Juni 1937

Außenminister Beck, der heute mit Staatspräsidenten nach Bukarest fährt, bat mich gestern abend zu sich und erklärte folgendes:

Er wolle Warschau nicht verlassen, ohne eine Antwort auf unsere Demarche in Minderheitenfrage zu geben. Seine Regierung, der er eingehend über unsere Auffassung berichtet habe, sei bereit, mit uns die Frage einer Erklärung über den Schutz der Minderheiten zu prüfen. Regierung habe sich hierzu entschlossen, weil sie Wert darauf lege, gegenüber einer vom Reichskanzler persönlich angeordneten Demarche Entgegenkommen zu zeigen und keinen Zweifel an der Aufrichtigkeit ihrer Politik aufkommen zu lassen. Sachlich seien die seinerzeit dargelegten Bedenken auch heute noch vorhanden.

Er werde alsbald nach seiner Rückkehr aus Bukarest auf die Angelegenheit zurückkommen und würde sich freuen, wenn es gelänge, eine den beiderseitigen Interessen rechnungtragende Formulierung zu finden. Für heute habe ihm nur daran gelegen, uns unverzüglich über grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft zu verständigen.

Auf meine Frage erklärte Herr Beck, daß zweiseitiger Vertrag nach wie vor abgelehnt werde und daß nur eine Erklärung gemäß unserem neuen Vorschlag in Frage komme. Aus seiner erneuten, wenn auch weniger kategorischen Ablehnung von Sachverständigenverhandlungen schließe ich, daß zunächst nicht an eine Erklärung mit wesentlich materiellem Inhalt gedacht ist. Es wird daher zweckmäßig sein, gleich in der ersten Besprechung eine unseren Wünschen entsprechende Formulierung vorzulegen.

Moltke

Nr. 90

Der Reichsminister des Auswärtigen an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Berlin, den 18. Juni 1937

Bitte Sie, Polnischen Außenminister mit Bezugnahme auf Gespräch vom 5. 6. umgehend Minderheitenerklärung des mit heutigem Luftkurier übersandten Wortlauts als deutschen Vorschlag zu übergeben* und im Verlaufe Besprechungen über Erklärung ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß künftig Anwendung Agrarreformgesetzes und Grenzzonenverordnung** zu Entdeutschungszwecken nach Ansicht Deutscher Regierung mit Erklärung nicht vereinbar sei.

Bitte ferner regelmäßig wiederkehrende Aussprachen zwischen Vertretern beider Staaten über Minderheitenfragen anzuregen.

Neurath

---

* Der Wortlaut stellt einen Vorentwurf der unter Nr. 101 abgedruckten Erklärung dar.

** Vgl. Nr. 88, S. 65, Anm.

Nr. 91

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 24. Juni 1937

Da Herr Beck mehrere Tage verreist war, habe ich ihm unseren Wortlaut der Minderheitenerklärung erst heute übergeben können. Vorbehaltlich näherer Prüfung äußerte er sich zustimmend zu der Einleitung. Hinsichtlich des materiellen Inhalts verwies er auf die Schwierigkeiten, die hier wegen jüdischer Minderheiten entstehen könnten, enthielt sich im übrigen aber jeder Stellungnahme. Er erklärte, daß er die zuständigen Ressorts zu beschleunigter Prüfung veranlassen und jede unnötige Verzögerung vermeiden wolle.

Moltke

Nr. 92

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 24. Juni 1937

Der Herr Reichsminister hat heute den Polnischen Botschafter zu sich gebeten, um mit ihm über den Stand der Regierungsverhandlungen wegen des Genfer Abkommens zu sprechen, deren Verlauf uns nicht befriedigt*. Er hat Herrn Lipski vorgehalten, daß wir vor allem nicht mit den engherzigen polnischen Vorschlägen über die künftige Regelung des Grenzverkehrs einverstanden seien und daß wir insbesondere eine Befristung dieser Regelung lediglich bis zum 31. Dezember 1937 als völlig unzureichend ablehnen müßten. Wir müßten vielmehr verlangen, daß die neue Regelung auf einen längeren Zeitraum erstreckt werde, und wir könnten die von polnischer Seite hierfür angegebenen Hinderungsgründe keineswegs anerkennen.

Der Herr Reichsminister hat den Polnischen Botschafter auch darauf hingewiesen, daß wir den rigorosen polnischen Standpunkt hinsichtlich der Ausweisung der Optanten nicht akzeptieren könnten. Diese Aktion, durch die erneut Tausende von Deutschen aus ihrer Heimat vertrieben würden, sei für die deutsch-polnischen Beziehungen durchaus abträglich**.

von Lieres

Nr. 93

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 16. Juli 1937

Halbamtlich wird bekanntgegeben, daß folgende vier Gesetzentwürfe der außerordentlichen Parlamentstagung zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen:

1. ein Gesetzentwurf über die Erweiterung der Bestimmungen über die Amtssprache der Richter, Staatsanwälte und Notare auf das Gebiet des Bezirksgerichts Kattowitz,
2. ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Fideikommisse des Fürsten Pleß, also um ein Gesetz, das die Unveräußerbarkeit und Unteilbarkeit des fürstlichen Stammgutes aufhebt,
3. ein Gesetzentwurf über die Erweiterung der Vorschriften über die Durchführung der Agrarreform auf den oberschlesischen Teil der Woiwodschaft Schlesien,
4. ein Gesetzentwurf über die Erweiterung der Verordnung des Staatspräsidenten über die Entgegennahme von Grundstücken als Entgelt für bestimmte geldliche Verpflichtungen auf Ostoberschlesien.

Wie der der Regierung nahestehende »Expreß Poranny« bemerkt, wird die Annahme der Gesetze die Parzellierung des deutschen Grundbesitzes in Polnisch-Oberschlesien zur Folge haben. Daß die Gesetze in erster Linie den Zweck verfolgen, den ausgedehnten Waldbesitz des Fürsten Pleß zu enteignen, dürfte außer Zweifel stehen. Das wird bedauerlicherweise zur Folge haben, daß wiederum eine große Anzahl deutscher Volksangehöriger um ihre Existenz gebracht werden wird. Es eröffnet keine günstigen Aussichten für die Zukunft, wenn einen Tag nach dem 15. Juli — dem Ablauf des Genfer Abkommens — und obwohl wir noch mitten in Verhandlungen mit der Polnischen Regierung über die Minderheitenerklärung sowie über die für die Agrarreform wichtige Frage der »wohlerworbenen Rechte« stehen, derartige gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden, von denen die zu 2 bis 4 genannten die Interessen der deutschen Minderheit auf schwerste verletzen.

von Moltke

* Vgl. Nr. 81, Anm.

** Es ist auch in den weiteren Verhandlungen nicht gelungen, die Ausweisung der Optanten aus Ostoberschlesien zu verhindern.

Nr. 94

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 30. Juli 1937

Außenminister Beck bat mich heute zu sich, um die Besprechungen über die Minderheitenerklärung weiter fortzuführen. Er drückte zunächst sein Bedauern darüber aus, daß die Angelegenheit sich so stark verzögert hätte. Der Besuch des Königs von Rumänien sowie die schwierigen Verhandlungen über den Wawel-Konflikt hätten ihm keine Zeit gelassen, sich mit der Frage der Minderheitenerklärung zu befassen. Schließlich hätten in den letzten Tagen auch die Sejmsitzungen über die mit dem Ablauf der Genfer Konvention zusammenhängenden Gesetze seine Zeit voll in Anspruch genommen. Herr Beck unterließ nicht, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß er große Mühe gehabt habe, die in Rede stehenden Gesetze, insbesondere das Gesetz über die Agrarreform und die Gerichtssprache, gegen den starken Widerstand von chauvinistischer Seite durchzubringen. Er freue sich, daß es gelungen sei, die Zulassung der deutschen Sprache vor Gericht für die Minderheit durchzusetzen und die Agrarreform so zu gestalten, daß ihre Durchführung nicht in einem schnelleren Tempo erfolgen werde als in den anderen Provinzen.

Herr Beck übergab mir darauf den von ihm abgeänderten Entwurf für die Minderheitenerklärung. Wir sind in eine nähere Prüfung des Textes nicht eingetreten, sondern haben eine weitere Besprechung für die nächste Woche verabredet.

Ich habe dann die Gelegenheit benutzt, um in Erwiderung auf die optimistischen Ausführungen des Ministers über die neuen polnischen Gesetze darzulegen, daß diese Gesetze sowie überhaupt alles, was sich hier im Zusammenhang mit dem 15. Juli* abgespielt hat, uns keineswegs befriedigt, sondern vielmehr sehr enttäuscht hätten. Insbesondere gelte das für das Gesetz über die Agrarreform, dessen übereilte Einführung den Eindruck hervorrufen müsse, als sei beabsichtigt, in einer Frage, die zwischen uns noch offen sei und in der wir u. a. auch bereits die Möglichkeit einer schiedsgerichtlichen Entscheidung in Anregung gebracht hätten, ein fait accompli zu schaffen. Auch das Gesetz über die Liquidierung der Pleßangelegenheit sei keine Lösung in unserem Sinne, denn wenn es auch vielleicht jetzt einen Ausweg aus der verfahrenen Situation biete, so sei doch aus der sehr langen Vorgeschichte, wie insbesondere auch aus der seinerzeit von uns angestrebten und später nur aus Rücksicht auf die Verständigungspolitik zurückgezogenen Klage vor der Haager Cour bekannt, welches unsere Auffassung über diese Angelegenheit sei. Was das Sprachengesetz anbetreffe, so wolle ich zwar die guten Absichten des Ministers nicht in Zweifel ziehen, müsse aber darauf hinweisen, daß die Zulassung der deutschen Sprache im Gerichtsverkehr doch nur einen sehr bescheidenen Vorteil darstelle, nachdem im ganzen sonstigen Verkehr mit den Behörden die deutsche Sprache ausdrücklich untersagt worden sei. Als ein besonders schwerer Schlag gegen das Deutschtum in Ost-Oberschlesien werde aber das vom schlesischen Sejm angenommene Gesetz über die Organisation der evangelischen Kirche** von uns empfunden, zumal auch der Erlaß dieses Gesetzes ein fait accompli schaffe in einer Frage, die wir gemäß Ziffer 4 unseres Erklärungsentwurfes zu einem Programmpunkte unserer Aussprache gemacht hätten. Die überschnelle Verabschiedung dieses Gesetzes unmittelbar nach Ablauf der Genfer Konvention und ohne vorherige Fühlungnahme mit den betroffenen kirchlichen Kreisen habe uns um so mehr befremdet, als nach verschiedenen Äußerungen maßgebender Persönlichkeiten hätte angenommen werden können, daß der Ablauf der Konvention nicht eine Intensivierung des Volkstumskampfes und eine tatsächliche Schlechterstellung der deutschen Volksgruppe in Ost-Oberschlesien zur Folge haben werde. Er, Herr Beck, selbst habe im Laufe der letzten Verhandlungen mir gegenüber darauf hingewiesen, daß die verhaßte, als Beeinträchtigung der Souveränität empfundene Genfer Konvention in erster Linie schuld daran sei, wenn die untergeordneten Behörden in Oberschlesien sich nicht in die von der Zentrale gewünschte Minderheitenpolitik hineinfinden könnten, und daß alles besser werden würde, wenn erst die völlig autonome Handhabung dieser Fragen auf Grund der polnischen Verfassung hergestellt sein werde. Wir hätten aber schon aus den anläßlich des 15. Juli erschienenen Artikeln der Regierungspresse, die unisono einen Triumphgesang über die trotz Genfer Konvention und trotz internationaler Behörden erzielten Erfolge der Entdeutschungspolitik angestimmt hätten, sehr enttäuschende Eindrücke erhalten und das Bukett minderheitenfeindlicher Gesetze, das uns unmittelbar nach dem 15. Juli serviert worden sei, habe das Gefühl ernster Sorge hinsichtlich der weiteren Gestaltung der polnischen Minderheitenpolitik nur noch verstärkt.

* Das Datum des Ablaufs des Genfer Abkommens über Oberschlesien.

** Das ohne Fühlungnahme mit der deutschen Kirchenleitung erlassene Gesetz änderte unter Außerachtlassung der bisherigen Grundlagen des kirchlichen Rechts und der Bestimmungen der polnischen Staatsverfassung in scheinbar vorläufiger, in Wahrheit aber endgültiger Form die Verfassung der unierten evangelischen Kirche in der Weise, daß der Woiwode als Vertreter des polnischen Staates auf die Bildung und Besetzung der kirchlichen Organe entscheidenden Einfluß erlangte. Das Pfarrwahlrecht wurde den Gemeinden genommen und in die Hand des vom — übrigens katholischen — Woiwoden kontrollierten »Vorläufigen Kirchenrats« gelegt.

Ich habe im weiteren Verlauf der Unterredung ausführlich darauf hingewiesen, daß im Gegensatz zu den Verhältnissen in Deutschland die wirtschaftliche Lage der Minderheit sich immer katastrophaler gestaltet habe dadurch, daß der Minderheit auf allen Gebieten, sei es in der Landwirtschaft oder Industrie, sei es im Handwerk oder in den freien Berufen, planmäßig jede Existenzbasis entzogen würde, wofür die erschreckende Statistik über die Arbeitslosigkeit innerhalb der Minderheit ein deutlicher Beweis sei. Ich habe Herrn Beck, der diese Tatsachen zu bestreiten versuchte, dringend nahegelegt, sich einmal über diese Verhältnisse orientieren zu lassen und dafür zu sorgen, daß der mit der Erklärung vom 26. Januar 1934 nicht zu vereinbarende minderheitenfeindliche Geist, wie er aus dem Konitzer Prozeß* und besonders deutlich auch aus den letzten Sejmdebatten zu erkennen sei, endlich einmal beseitigt werde. Ich wolle nur hoffen, daß die den Gegenstand unserer Erörterungen bildende Minderheitenerklärung eine Wendung der Politik herbeiführen werde, und müsse weisungsgemäß darauf hinweisen, daß z. B. künftig die Anwendung der Agrarreformgesetze und der Grenzzonenverordnung zu Entdeutschungszwecken nach Ansicht der Deutschen Regierung mit der Minderheitenerklärung nicht mehr vereinbar sei.

Herr Beck kam dann auf die verschiedenen, von uns als diskriminierend angesehenen oberschlesischen Gesetze zu sprechen. Er bemerkte, diese Gesetze hätten früher oder später doch erlassen werden müssen, und er hätte es für besser gehalten, ihre Verabschiedung nicht hinauszuzögern, weil es nur so möglich gewesen sei, den sehr viel weitergehenden Forderungen der Chauvinisten entgegenzutreten. Wenn jetzt erst einmal Ruhe eingetreten sein werde, so würde es leichter sein, hinsichtlich einer vernünftigen Gestaltung der Minderheitenpolitik einen Druck auszuüben. Er hoffe im übrigen auch seinerseits, daß die beabsichtigte Minderheitenerklärung eine gute Wirkung ausüben würde. Er sehe in dieser Erklärung einen bedeutsamen Akt, der eine gute Basis für eine vernünftige Minderheitenpolitik abgeben könne. Voraussetzung sei allerdings, daß beide Regierungen sich bemühten, den in den Erklärungen bekundeten guten Willen auch in die Tat umzusetzen. Er werde seinerseits dafür sorgen, daß das hier geschehe, und das gleiche gelte auch von dem Ministerpräsidenten und den übrigen in Frage kommenden Ressortministern, mit denen er die Erklärung eingehend besprochen habe.

von Moltke

Nr. 95

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 26. August 1937

In heutiger Unterredung über Minderheitencommuniqué hat Außenminister unsere Formulierung angenommen.

Herr Beck unterstrich erneut die politische und praktische Bedeutung der Vereinbarung, von der zu hoffen sei, daß sie eine Entspannung auf dem Gebiet der Minderheitenfrage herbeiführen werde. Die Polnische Regierung sei gewillt, »de faire un effort sérieux«. Er lege deshalb auch großen Wert darauf, daß die Veröffentlichung erst erfolge, wenn der Ministerpräsident, der gleichzeitig Innenminister ist, wieder im Lande sei, wodurch die Kundgebung für polnische Öffentlichkeit ein größeres Gewicht erhalten würde. Im übrigen habe er den Ministerpräsidenten, der voraussichtlich übermorgen zurückkommen werde, bereits orientiert und sein generelles Einverständnis erhalten, so daß irgendwelche Abänderungswünsche von seiner Seite nicht mehr zu erwarten seien.

Ich habe Herrn Beck gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß seine Auffassung über die Bedeutung des Communiqués von uns geteilt werde. Im Laufe der weiteren Unterhaltung habe ich erneut darauf hingewiesen, daß künftige Anwendung Grenzzonenverordnung oder der Agrarreform zu Entdeutschungszwecken mit Communiqué nicht vereinbar sei.

Bezüglich des Zeitpunkts der Veröffentlichung ist einstweilen der Mittwoch nächster Woche in Aussicht genommen.

Moltke

---

* Der Konitzer Prozeß betraf folgenden Fall: Zwei ältere Damen, denen das Gut Kensau, Kreis Tuchel, gehörte, hatten etwa 20 zum Teil jugendliche Arbeitslose deutschen Volkstums angeworben, um ihren Park abzuholzen und in einen Gemüsegarten umzuwandeln. Die polnischen Behörden waren der Ansicht, daß es sich um ein getarntes Arbeitsdienstlager nach deutschem Muster gehandelt habe und stellten die beiden Gutsbesitzerinnen sowie die Arbeitslosen unter Anklage. Es wurden Gefängnis- und Haftstrafen von insgesamt 15 Jahren 11 Monaten verhängt.

Die Strafen wurden später im Berufungsverfahren auf insgesamt 12 Jahre 5 Monate herabgesetzt unter Bewilligung einer Bewährungsfrist an die meisten Verurteilten.

Nr. 96

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 28. August 1937

Am Montag, dem 30. August, wird der schlesische Sejm als Dringlichkeitsantrag den Entwurf für das neue Gesetz über die Privatschulen und privaten Unterrichts- und Erziehungsanstalten behandeln und sehr wahrscheinlich am gleichen Tage in dritter Lesung verabschieden. Dieser neue Gesetzentwurf hat für das Privatschulwesen der deutschen Volksgruppe in Ost-Oberschlesien tiefgreifende Bedeutung.

Es muß außerordentlich befremden, daß der neue Gesetzentwurf, der dem schlesischen Sejm vorliegt, Änderungen des Staatsgesetzes vom 11. März 1932 vorsieht, die in ihrer Auswirkung zu schweren Beeinträchtigungen der kulturellen Interessen der deutschen Bevölkerung Ost-Oberschlesiens führen können und — wie nach den bisherigen Erfahrungen anzunehmen ist — auch führen werden. Die deutsche Bevölkerung wird durch diesen Gesetzentwurf mit neuen, ernstesten Sorgen um ihr Schicksal erfüllt.

Nöldeke

Nr. 97

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Berlin, den 1. September 1937

Bitte Außenminister Beck durch Kabinettschef mitteilen, daß zuständige deutsche Stellen zur Zeit noch mit Prüfung oberschlesischen Gesetzes über Privatschulwesen befaßt, das in eine von Minderheitenerklärung behandelte wichtige Materie eingreife. Da Prüfung noch nicht abgeschlossen, müsse Mitteilung über Zeitpunkt Veröffentlichung der Minderheitenerklärung vorbehalten bleiben.

Bismarck

Nr. 98

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 7. September 1937

Ich habe heute eine eingehende Unterredung mit dem Außenminister gehabt, in der ich nachdrücklichst darauf hinwies, daß oberschlesisches Schulgesetz in völligem Widerspruch zu Wortlaut und Sinn der von uns vorbereiteten Minderheitenerklärung steht. Unsere Wünsche habe ich gemäß dortiger Weisung formuliert.

Er erklärte, daß er nur in der Lage sei, die grundsätzliche Einstellung der Polnischen Regierung zu gesamtem, durch das Schulgesetz aufgeworfenem Problem darzulegen. Das Gesetz solle selbstverständlich nicht bisherige Situation der Minderheit verschlechtern; die Tatsache, daß trotz des neuen Gesetzes das Schuljahr am 1. September begonnen habe, ohne in der Praxis irgendeine Einschränkung zu bringen, könne als Beweis für diese Tendenz angesehen werden. Auf Grund alarmierender Meldungen der deutschen Presse habe er sofort die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten auf die Angelegenheit gelenkt und dieser habe unverzüglich an die lokalen Behörden die Weisungen ergehen lassen, die notwendig waren, um die Durchführung des Gesetzes mit dem Sinne der Minderheitenerklärung in Einklang zu bringen. Auch der Ministerpräsident wünsche, ebenso wie er selbst, daß die unsere Beziehungen belastende Minderheitenfrage endlich einmal bereinigt werde.

Bei dieser Sachlage habe ich es im Hinblick auf die morgen bevorstehende Abreise Außenministers nach Genf für richtig gehalten, mit Rücksicht auf die für die Zukunft doch immerhin recht wertvollen Zusicherungen des Ministers der Veröffentlichung der Minderheitenerklärung nunmehr zustimmen zu sollen. Da Beck Wert darauf legte, im Zeitpunkt der Veröffentlichung in Warschau anwesend zu sein, mußte aber Festsetzung genaueren Datums zunächst offenbleiben.

Moltke

Nr. 99

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 7. September 1937

Ich habe nach meiner heutigen Rückkehr nach Warschau sofort eine längere Unterredung mit Herrn Beck gehabt, über deren Verlauf ich telegraphisch berichtet habe*. Ich habe den Eindruck, daß Herr Beck über das von dem Woiwoden vorbereitete Schulgesetz nicht vorher orientiert war und daß im übrigen durch das Eingreifen des Ministerpräsidenten jetzt die erforderlichen Kautelen geschaffen sind, um das Gesetz mit dem Sinn der vereinbarten Minderheitenerklärung in Einklang zu bringen. Anscheinend handelt es sich um einen Sabotageversuch des Woiwoden Grażyński, der — wie wir bereits aus verschiedenen Anzeichen beobachten konnten und wie mir auch von sehr gut orientierter Seite bestätigt wird — alle Hebel in Bewegung setzt, um das Zustandekommen irgendwelcher Vereinbarungen über Minderheitenschutz zu verhindern, weil er befürchtet, in seiner radikalen Entdeutschungspolitik gestört zu werden.

von Moltke

Nr. 100

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 6. Oktober 1937

Herr Beck, der mich heute in Sachen der Minderheitserklärung empfing, betonte zunächst erneut den ernsthaften Willen der Polnischen Regierung, das Communiqué zum Ausgangspunkt einer Aktion zu machen, die nicht nur atmosphärisch, sondern auch sachlich eine Besserung der Lage herbeiführt. Diesem Zwecke solle auch ein Empfang der Minderheitsführer durch den Staatspräsidenten dienen, wobei erwartet werde, daß entsprechende Geste auch in Berlin erfolge.

Moltke

Nr. 101

Übereinstimmende Erklärung der Deutschen und der Polnischen Regierung über den Schutz der beiderseitigen Minderheiten, veröffentlicht am 5. November 1937

Die Deutsche Regierung und die Polnische Regierung haben Anlaß genommen, die Lage der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland zum Gegenstand einer freundschaftlichen Aussprache zu machen. Sie sind übereinstimmend der Überzeugung, daß die Behandlung dieser Minderheiten für die weitere Entwicklung der freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen von großer Bedeutung ist und daß in jedem der beiden Länder das Wohlergehen der Minderheit um so sicherer gewährleistet werden kann, wenn die Gewißheit besteht, daß in dem anderen Land nach den gleichen Grundsätzen verfahren wird. Zu ihrer Genugtuung haben die beiden Regierungen deshalb feststellen können, daß jeder der beiden Staaten im Rahmen seiner Souveränität für die Behandlung der genannten Minderheiten nachstehende Grundsätze als maßgebend ansieht:

1. Die gegenseitige Achtung deutschen und polnischen Volkstums verbietet von selbst jeden Versuch, die Minderheit zwangsweise zu assimilieren, die Zugehörigkeit zur Minderheit in Frage zu stellen oder das Bekenntnis der Zugehörigkeit zur Minderheit zu behindern. Insbesondere wird auf die jugendlichen Angehörigen der Minderheit keinerlei Druck ausgeübt werden, um sie ihrer Zugehörigkeit zur Minderheit zu entfremden.
2. Die Angehörigen der Minderheit haben das Recht auf freien Gebrauch ihrer Sprache in Wort und Schrift sowohl in ihren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen wie in der Presse und in öffentlichen Versammlungen.

   Den Angehörigen der Minderheit werden aus der Pflege ihrer Muttersprache und der Bräuche ihres Volkstums sowohl im öffentlichen wie im privaten Leben keine Nachteile erwachsen.
3. Das Recht der Angehörigen der Minderheit, sich zu Vereinigungen, auch zu solchen kultureller und wirtschaftlicher Art, zusammenzuschließen, wird gewährleistet.

---

* Vgl. Nr. 98.

4. Die Minderheit darf Schulen in ihrer Muttersprache erhalten und errichten.

Auf kirchlichem Gebiet wird den Angehörigen der Minderheit die Pflege ihres religiösen Lebens in ihrer Muttersprache und die kirchliche Organisierung gewährt. In die bestehenden Beziehungen auf dem Gebiet des Bekenntnisses und der caritativen Betätigung wird nicht eingegriffen werden.

5. Die Angehörigen der Minderheit dürfen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Minderheit in der Wahl oder bei der Ausübung eines Berufes oder einer wirtschaftlichen Tätigkeit nicht behindert oder benachteiligt werden. Sie genießen auf wirtschaftlichem Gebiet die gleichen Rechte wie die Angehörigen des Staatsvolkes, insbesondere hinsichtlich des Besitzes oder Erwerbs von Grundstücken.

Die vorstehenden Grundsätze sollen in keiner Weise die Pflicht der Angehörigen der Minderheit zur uneingeschränkten Loyalität gegenüber dem Staat, dem sie angehören, berühren. Sie sind in dem Bestreben festgesetzt worden, der Minderheit gerechte Daseinsverhältnisse und ein harmonisches Zusammenleben mit dem Staatsvolk zu gewährleisten, was zur fortschreitenden Festigung des freundnachbarlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen beitragen wird.

Nr. 102

Erklärung des Führers beim Empfang der Polnischen Volksgruppenvertreter, 5. November 1937

Die übereinstimmende deutsch-polnische Erklärung über den Schutz der beiderseitigen fremden Volksgruppen, die heute von beiden Ländern veröffentlicht wird, soll die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern verbessern und festigen. Die praktische Ausführung der in dieser Erklärung enthaltenen Richtlinien kann wesentlich zur Erreichung dieses Zieles beitragen.

Das Bestreben der Reichsregierung geht dahin, das Zusammenleben der polnischen Volksgruppe mit dem deutschen Staatsvolke harmonisch und innerlich friedlich zu gestalten.

Ich stelle fest, daß der Wille der Reichsregierung, jedem Reichsbürger Brot und Arbeit zu verschaffen, auch gegenüber den Angehörigen der polnischen Volksgruppe besteht und durchgeführt ist. In der Zeit großer Arbeitslosigkeit und großer Entbehrungen, denen Angehörige der deutschen Volksgruppen in Europa noch vielfach ausgesetzt sind, nimmt die polnische Volksgruppe an dem wirtschaftlichen Aufstieg des Reiches in vollem Umfange teil. Gleiche Fortschritte sind in der kulturellen Betätigung der polnischen Volksgruppe gemacht worden, wie ihre vielseitigen organisatorischen Einrichtungen und neuerdings die Errichtung einer weiteren höheren polnischen Schule in Deutschland beweisen. Die Polen in Deutschland müssen aber stets dessen eingedenk sein, daß der Gewährung von Schutzrechten die loyale Erfüllung der dem Staate zu leistenden Pflichten und der Gehorsam gegen die Gesetze gleichwertig gegenübertreten.

Der Schutz der deutschen Volksgruppe in Polen, vor allem in ihrem Recht auf Arbeit und Verbleib auf ihrer angestammten Scholle, wird auch zur Sicherung der polnischen Volksgruppe in Deutschland beitragen.

Das hohe Ziel des Paktes, den ich seinerzeit mit dem großen Polnischen Staatschef Marschall Josef Pilsudski geschlossen habe, wird durch diese gemeinsame deutsch-polnische Erklärung zur Minderheitenfrage seiner Verwirklichung nähergerückt *.

Nr. 103

Erklärung des Polnischen Staatspräsidenten beim Empfang der Deutschen Volksgruppenvertreter, 5. November 1937

(Übersetzung)

Aus Anlaß der heute veröffentlichten Erklärung der Polnischen Regierung über die Behandlung der deutschen Minderheit in Polen empfing der Polnische Staatspräsident als Vertreter der deutschen Minderheit die Senatoren Hasbach und Wiesner und Herrn Kohnert.

Der Staatspräsident hat seine Befriedigung über die in beiden Ländern veröffentlichten Erklärungen, die im Sinne der deutsch-polnischen Verständigung vom 26. Januar 1934 abgefaßt sind, ausgedrückt und hat versichert, daß die deutsche Minderheit in Polen bei einer loyalen Einstellung zum polnischen Staat und dessen Verfassung auch weiterhin auf eine freundliche Betrachtung ihrer Interessen seitens der Polnischen Regierung rechnen könne.

---

* Gelegentlich dieses Empfangs machte der Führer davon Mitteilung, daß er die Freilassung einer Anzahl in Haft befindlicher Angehöriger der polnischen Volksgruppe in Deutschland, die in ihrer politischen Betätigung mit den deutschen Gesetzen in Widerspruch geraten waren, angeordnet habe.

Nr. 104

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter

Aufzeichnung

Berlin, den 5. November 1937

Ich habe heute dem Polnischen Botschafter ein Aide-Mémoire übergeben, in dem eine Reihe von Erwartungen über die zukünftige Behandlung der deutschen Minderheiten in Polen ausgesprochen sind, die wir bei den gegenseitigen Erklärungen besonders im Auge hätten. Der Botschafter nahm diese Zusammenstellung an, ohne Bemerkungen dazu zu machen, und wird sie seiner Regierung zustellen.

Frhr. von Neurath

Anlage

Aide-Mémoire

Berlin, den 5. November 1937

Die Deutsche Regierung spricht anläßlich der Veröffentlichung der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung die Erwartung aus, daß alsbald Maßnahmen getroffen werden, um die deutsche Volksgruppe in Polen vor jeder unterschiedlichen Behandlung gegenüber dem Staatsvolk zu sichern, insbesondere bei der Anwendung des Agrarreformgesetzes und der Grenzzonenverordnung sowie auf wirtschaftlichem und beruflichem Gebiet, vor allem bei der Einstellung und Entlassung deutschstämmiger Arbeiter.

Im Hinblick auf die Maßnahmen, die in der Woiwodschaft Schlesien während der Verhandlungen über die Minderheitenerklärung getroffen worden sind, legt die Deutsche Regierung besonderen Wert darauf, daß die Lage der deutschen Minderheit auf dem Gebiete des Schul- und Kirchenwesens keine Verschlechterung erfährt.

Die Deutsche Regierung hält es weiterhin zur Erreichung der mit der Minderheitenerklärung verfolgten Ziele für unerläßlich, daß auf die Faktoren der öffentlichen Meinungsbildung, insbesondere auf die Presse und den Westverband, entsprechend eingewirkt wird.

Ferner wird angeregt, regelmäßig wiederkehrende Aussprachen zwischen Vertretern beider Staaten über die in der Minderheitenerklärung behandelten Fragen stattfinden zu lassen.

Die Deutsche Regierung bittet schließlich zu erwägen, die in den letzten Jahren gegen Angehörige der deutschen Volksgruppe in Polen durchgeführten Strafverfahren politischen Charakters in großzügiger Weise durch die Gewährung von Begnadigungen oder Strafaussetzungen zu liquidieren.

VI. Nichtbeachtung der Deutsch-Polnischen Minderheitenerklärung durch Polen (November 1937 bis November 1938)

Nr. 105

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 22. November 1937

Entgegen den anläßlich des Ablaufs der Genfer Konvention abgegebenen Zusicherungen des Woiwoden Grażyński, daß keinerlei Absichten bestünden, die kulturelle Entwicklung des deutschen Elements in Ostoberschlesien einzuschränken, setzt sich die Bedrückungs- und Entlassungswelle gegen deutschstämmige Angestellte und Arbeiter der Industrie fort. Die Not der Deutschen wächst mit jedem Monat und verschärft sich fortgesetzt durch neue Kündigungen und Entlassungen. Nach 10jähriger Amtstätigkeit des Woiwoden Grażyński sind 75 v. H. der Deutschen in Ostoberschlesien mit ihren Familien um die Existenz gebracht worden.

Ferner sind allein innerhalb der letzten drei Jahre (1934 bis 1937), d. h. also seit dem deutsch-polnischen Verständigungspakt, in der Schwerindustrie 840 deutsche höhere Angestellte entlassen und größtenteils durch polnische Kräfte ersetzt worden.

Die Entlassungen werden selbst nach Veröffentlichung der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung vom 5. November* fortgesetzt, obwohl in Punkt 5 dieser Erklärung der Schutz des Arbeitsplatzes des deutschen Arbeiters ausdrücklich gesichert wird und obwohl die Auftragslage der Werke, wie es das Anblasen eines neuen Hochofens zeigt, als durchaus günstig anzusprechen ist.

Nöldeke

Nr. 106

Der Deutsche Konsul in Krakau an das Auswärtige Amt

Bericht

Krakau, den 22. November 1937

Die allpolnische Jugend in Krakau hielt am 19. d. M. 8 Uhr abends im Kollegium Majus der hiesigen Universität eine Versammlung ab, die durch eine Rede des deutschfeindlichen Professors Dr. Folkierski eröffnet wurde. Nach Schluß der Versammlung begaben sich die aufgehetzten Studenten und sonstigen Teilnehmer in der Anzahl von einigen hundert Personen mit den Rufen: »Es lebe das polnische Danzig!« »Nieder mit den Deutschen!« zum Deutschen Konsulat, um hier zu demonstrieren.

Schillinger

Nr. 107

Aufzeichnung des Dirigenten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 25. November 1937

Ich habe heute den Polnischen Geschäftsträger Prinz Lubomirski empfangen und habe ihn darauf hingewiesen, daß mit Bezug auf die deutsche Minderheit in Polen uns die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien im Augenblick die ernsteste Sorge bereite. Auch nach Abgabe der Minderheitenerklärung hätten die Entlassungen deutscher Arbeiter in Oberschlesien nicht aufgehört, während wir im Gegenteil gehofft hätten, daß Neueinstellungen vorgenommen würden. Wir hielten es daher für erforderlich, daß, um einen Beweis des guten Willens der Polnischen Regierung abzugeben, polnischerseits alles getan würde, um dem Zustand der fortgesetzten Entlassungen deutscher Arbeiter ein Ende zu bereiten und statt dessen Neueinstellungen vorzunehmen. Prinz Lubomirski verwies darauf, daß in Polen im Augenblick die Arbeitslosigkeit saisonmäßig im Industriegebiet Ostoberschlesiens zugenommen habe, versprach aber, diese Frage seiner Regierung in dem von mir ausgeführten Sinne vorschlagen zu wollen.

Fürst von Bismarck

* Vgl. Nr. 101.

Nr. 108

Der Dirigent der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts an den Polnischen Geschäftsträger

Berlin, den 7. Dezember 1937

Sehr geehrter Prinz Lubomirski!

Unter Bezugnahme auf die kürzlich zwischen uns stattgefundene Besprechung* erlaube ich mir, Ihnen in der Anlage zwei Meldungen der »Kattowitzer Zeitung« vom 27./28. v. M. und 1. d. M. zu übersenden, aus denen hervorgeht, daß in letzter Zeit fortgesetzt deutsche Arbeiter in größerem Umfange aus den oberschlesischen Industriewerken entlassen worden sind. Andererseits ist aus der erstgenannten Meldung zu entnehmen, daß die Belegschaftsziffer der Bismarckhütte ständig steigt. Ich darf erneut darauf hinweisen, daß die schwere wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiter in Ostoberschlesien von der Deutschen Regierung mit größter Sorge verfolgt wird. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Regierung entsprechend informieren und sie bitten würden, tunlichst bald Maßnahmen zu treffen, die bewirken, daß nicht nur die gegenwärtige Entwicklung zum Stillstand kommt, sondern darüber hinaus deutsche Arbeiter wieder eingestellt werden.

Fürst von Bismarck

Nr. 109

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 11. Dezember 1937

Im Anschluß an eine Unterredung, die ich heute über politische Fragen mit Herrn Beck hatte, habe ich die Lage der Minderheiten entsprechend den Weisungen des Herrn Reichsministers zur Sprache gebracht. Ich verwies eingangs auf die Bemühungen des Auswärtigen Amts, die praktische Durchführung des Minderheiten-Communiqués durch Einwirkung auf die Verwaltungsbehörden sicherzustellen, und erklärte, daß wir leider auf polnischer Seite eine entsprechende Einstellung vermißten, so daß schon das Gefühl einer gewissen Enttäuschung vorhanden sei. Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit schienen uns sogar in direktem Widerspruch zu den Formulierungen des Minderheiten-Communiqués zu stehen.

Ich berührte dann zunächst die Frage der von der Halbinsel Hela ausgewiesenen deutschen Fischer**. Herr Beck unterbrach mich sofort und erklärte, es handele sich hier um eine rein militärische Angelegenheit, die nichts mit dem Minderheitenproblem zu tun hätte. Ich erwiderte, daß wir für die militärischen Belange durchaus Verständnis hätten, aber daß wir doch die Frage aufwerfen müßten, ob es wohl notwendig sei, die Ausweisungen mitten im Winter vorzunehmen und obendrein in einer Weise, die erkennen lasse, daß für die weitere Unterbringung und für irgendeine Fürsorge in keiner Weise gesorgt sei. Ich bat Herrn Beck, sich dieses Falles persönlich anzunehmen.

Des weiteren verwies ich auf die bis in die letzten Tage fortgesetzte Aktion des Westmarkenverbandes, die gegen den deutschen Handel und deutsche Kaufleute gerichtet sei. Herrn Beck schien diese Angelegenheit nicht bekannt zu sein. Er bemerkte, daß es natürlich nicht möglich sei, die Anwendung der Richtlinien des Minderheiten-Communiqués bei allen in Frage kommenden Stellen sofort sicherzustellen; es bedürfe hierzu einer gewissen Zeit. Der Ministerpräsident sei aber entschlossen, in dieser Richtung zu wirken und die in Frage kommenden Stellen mit entsprechenden Weisungen zu versehen. Wie er, Herr Beck, noch gerade heute in einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten festgestellt habe, befasse sich dieser zur Zeit gerade mit diesem Problem. Auch die Frage, ob gegebenenfalls durch gewisse Amnestierungen eine dem Geiste des Minderheitenabkommens entsprechende Geste gemacht werden könne, werde geprüft — aber man müsse noch ein wenig Geduld haben***.

---

* Vgl. Nr. 107.

** In den Jahren 1937/38 wurden etwa 160 alteingesessene deutsche Fischerfamilien — insgesamt 600 Personen — aus der Halbinsel Hela ausgewiesen. Da die Polnische Regierung sich trotz wiederholter und dringender Vorstellungen der Deutschen Botschaft nicht bereit fand, für eine anderweitige Unterbringung dieser Familien Sorge zu tragen, wurden sie schließlich, um sie vor dem völligen Untergang zu bewahren, von der Deutschen Regierung im Reichsgebiet angesiedelt, obwohl die meisten die polnische Staatsangehörigkeit besaßen. Die Bemühungen, wenigstens eine Entschädigung für die enteigneten Häuser und Grundstücke zu erhalten, blieben ebenfalls erfolglos.

*** Deutscherseits war eine Amnestierung polnischer Minderheitsangehöriger bereits gelegentlich der Veröffentlichung der Minderheitenerklärung vorgenommen worden. Vgl. Nr. 102, Anm.

Mit besonderem Nachdruck wies ich darauf hin, daß sich in Oberschlesien nicht das geringste geändert habe und daß hier Absetzungen und Ausweisungen von Pfarrern sowie Entlassungen von Arbeitern in einer Weise fortgesetzt würden, die mit dem Geiste des Minderheiten-Communiqués schwer vereinbar sei. Herr Beck erwiderte, daß er hinsichtlich der Arbeiterfrage eher optimistisch sei, obwohl der Einfluß des Staates auf diese Angelegenheiten jetzt geringer sei als früher, daß er aber hinsichtlich der kirchlichen Fragen zur Zeit gar keine Möglichkeit einer befriedigenden Lösung sähe. Die Lage sei leider durch die widersetzliche Haltung der evangelischen Geistlichen außerordentlich erschwert worden. Er habe seinen Kabinettschef Grafen Lubieński nach Oberschlesien geschickt, um die Frage an Ort und Stelle zu prüfen und gegebenenfalls auf den Woiwoden einzuwirken. Bei einigermaßen gutem Willen von seiten der evangelischen Geistlichkeit würde es wohl möglich sein, zu einer friedlichen Regelung zu gelangen. Das Gesetz sei elastisch genug gefaßt, um Möglichkeiten hierzu zu bieten. Aber es habe sich bei der von ihm angeordneten Untersuchung herausgestellt, daß die unkluge Haltung der Geistlichen jede Intervention unmöglich mache. Wenn die Geistlichen erklärten, daß sie ein rite zustande gekommenes Gesetz nicht anerkennten, so könne der Staat sich eine solche Haltung nicht gefallen lassen.

Ich entgegnete Herrn Beck, daß dieses unglückliche Gesetz die Geistlichen vor Entscheidungen stelle, die sie vor ihrem Gewissen nicht verantworten könnten. Da dieses Gesetz nur provisorischen Charakter habe und, wie er mir selbst früher gesagt habe, ein grundlegendes, allgemeines Gesetz in Vorbereitung sei, so sollte es doch wohl möglich sein, die Durchführung des vorläufigen Gesetzes, das schon infolge der Unterstellung unter einen katholischen Kirchenoberen eine unmögliche Konstruktion sei, bis zum Erlaß des endgültigen Gesetzes zurückzustellen und in der Zwischenzeit Verhandlungen mit der Kirche zu führen. Herr Beck erwiderte, daß eine solche Regelung nicht möglich sei, weil bis zum Erlaß des endgültigen Gesetzes, das durch den Sejm verabschiedet werden müsse, noch zu lange Zeit vergehen würde. Im übrigen sei schon wiederholt vergeblich der Versuch gemacht worden, mit den Geistlichen zu verhandeln, was ich in Abrede stellte. Herr Beck verwies ferner auch heute wieder auf die Lage in Deutschland, wo die Widersetzlichkeit der evangelischen Geistlichen sogar zu Verhaftungen führe, während man hier das an sich durchaus mögliche Eingreifen des Staatsanwaltes bisher vermieden habe. Ich lehnte jeden Vergleich mit deutschen Verhältnissen als völlig abwegig ab. Es sei ein bedauerlicher Irrtum, die oberschlesischen Geistlichen als Revolutionäre und Staatsfeinde anzusehen. Sie wünschten nichts sehnlicher, als weiter in Ruhe ihres Amtes walten zu können und friedliche Seelsorger der ihnen anvertrauten Gemeinde zu sein. Man dürfe von ihnen nur nichts Unmögliches verlangen.

Da ein sachliches Ergebnis im Rahmen dieser Unterhaltung nicht zu erreichen war, habe ich mich darauf beschränkt, Herrn Beck abschließend zu erklären, wir seien überzeugt, daß er in der Lage sei, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, und wir hätten das feste Vertrauen, daß er entsprechend handeln würde.

von Moltke

Nr. 110

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 11. Januar 1938

In der »Kattowitzer Zeitung« vom 31. Dezember 1937 ist ein Aufsatz unter dem Titel »1 100 deutsche Arbeiter entlassen« erschienen, auf den ich ergebenst hinweise. Der Artikel enthält eine Übersicht über die im letzten Jahr erfolgten Arbeiter- und Angestelltenentlassungen in der ostoberschlesischen Industrie. Ich bitte das darin enthaltene Material, über dessen Zuverlässigkeit kein Zweifel besteht, dem Polnischen Außenministerium gegenüber zu verwerten.

Im Auftrag

Schliep

Nr. 111

Aufzeichnung eines Beamten der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 25. Januar 1938

Ich habe heute Legationssekretär Malhomme von der Polnischen Botschaft zu mir gebeten, um mit ihm über verschiedene Fragen zu sprechen.

1. Zunächst brachte ich die Frage des Eichendorff-Gymnasiums in Königshütte zur Sprache, dem entgegen den ausdrücklichen Zusagen der polnischen Schulbehörde das Öffentlichkeitsrecht nicht zugebilligt worden ist.

2. Ich führte ferner aus, daß bei den mündlichen Verhandlungen, die im vergangenen Sommer zu einem gentlemen-agreement zwischen Außenminister Beck und Botschafter von Moltke über das Gymnasium in Marienwerder geführt hätten, die Verhandlungsbasis die gewesen sei, daß von deutscher Seite die Eröffnung des Gymnasiums Marienwerder durchgeführt werden würde, während die Polen folgende Gegenleistungen machen sollten: Rückgabe der Öffentlichkeitsrechte für die deutschen Gymnasien in Graudenz und Posen, Erlaubnis für die Fertigstellung des Neubaus für das deutsche Gymnasium in Bromberg und Weiterführung des Bromberger Gymnasiums in den jetzigen Räumen bis zur Fertigstellung des Neubaus. Die Polen hätten zugestimmt. Die deutsche Zusage, nämlich die Eröffnung des polnischen Gymnasiums in Marienwerder, sei bereits seit mehreren Monaten durchgeführt, während polnischerseits so gut wie überhaupt noch nichts geschehen sei. Trotz wiederholter Vorstellungen bei der Polnischen Botschaft in Berlin und durch die Deutsche Botschaft in Warschau sei bisher lediglich die Weiterführung des Gymnasiums in Bromberg in den alten Räumen genehmigt worden. Die Öffentlichkeitsrechte in Posen und Graudenz seien nicht wieder verliehen worden und auch die Frage des Neubaus sei noch ungeklärt. Es sei für die innerdeutschen Stellen unverständlich, daß die Polnische Regierung ihre festen Zusagen nicht einhielte.

von Fries

Nr. 112

Aufzeichnung eines Beamten der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 8. Februar 1938

Der Legationssekretär der Polnischen Botschaft Malhomme rief mich an, um mir im Verfolg seiner Unterhaltung mit Legationssekretär von Fries* folgendes mitzuteilen:

Es sei ein Irrtum unsererseits anzunehmen, daß das Öffentlichkeitsrecht für Königshütte aufgehoben sei. Das Öffentlichkeitsrecht bestehe an sich. Aber infolge der Schulreform in Polen sei es nötig, eine Anzahl von Formalitäten zu erfüllen, damit das Öffentlichkeitsrecht in Wirksamkeit treten könne. Dies sei von deutscher Seite bisher verabsäumt worden. Ich habe Herrn Malhomme erwidert, daß ich seine Ausführungen nicht verstände. Aus welchem Grunde das Öffentlichkeitsrecht für die Schule in Königshütte außer Kraft gesetzt sei, sei mir ziemlich gleichgültig. Ich müsse jedenfalls konstatieren, daß es zur Zeit nicht ausgeübt werden könne, und darum drehe sich unsere Beschwerde. Wenn er mir jetzt mitteile, daß einige Formalitäten nachzuholen seien und daß dann das Öffentlichkeitsrecht wiederhergestellt würde, so nähme ich diese Mitteilung zur Kenntnis, um sie den zuständigen Stellen zuzuleiten. Ich müßte ihm aber gleich erklären, daß wir in letzter Zeit derartig viele Enttäuschungen mit Mitteilungen der hiesigen Polnischen Botschaft bezüglich Entgegenkommen polnischer Behörden erlebt hätten, daß ich die Frage Königshütte erst als erledigt ansehen könnte, wenn die Mitteilung des Herrn Malhomme in die Wirklichkeit umgesetzt sei.

Herr Malhomme versicherte darauf, daß er sein möglichstes tue, daß aber doch immer die Mentalität im Grenzkampf berücksichtigt werden müsse. Ich habe ihm darauf erwidert, daß es mir vor allem darauf ankomme, daß Zusagen, die gemacht würden, auch eingehalten werden.

von Twardowski

Nr. 113

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 11. März 1938

Senator Wiesner behandelte in der Senatssitzung vom letzten Dienstag die Frage der Arbeitslosigkeit unter den Deutschen in Polen, wobei er darauf hinwies, daß während der 15 Jahre, in denen Schlesien unter dem Schutz der Genfer Konvention gestanden hat, die deutschen Arbeiter und Angestellten systematisch entlassen worden seien und daß dieser Vorgang auch nach dem Ablauf der Konvention andauere. An diesem Zustande habe auch die Minderheitenerklärung vom 5. November nichts geändert. Im allgemeinen sei der Stand der beschäftigten Bergarbeiter in Oberschlesien im Jahre 1937 von 44 500 auf 53 600 und in der Eisen- und Hüttenindustrie von 23 400 auf 26 600 gestiegen, gleichzeitig seien aber Hunderte von deutschen Arbeitern entlassen worden. Senator Wiesner konnte an Beispielen nachweisen,

* Vgl. Nr. 111.

daß die Entlassungen auch nach der Minderheitenerklärung andauerten, obwohl in dieser ausdrücklich festgelegt worden sei, daß jeder das Recht auf seinen Arbeitsplatz besitze und niemandem aus seinem Bekenntnis zum Deutschtum ein Schaden erwachsen dürfe.

Es seien nicht nur bewährte Facharbeiter, sondern auch Familienväter, die bis zu 10 Kinder hätten, entlassen worden. Einzelne von ihnen seien aufgefordert worden, ihre Kinder aus der deutschen Schule zu nehmen, anderenfalls würden sie ihre Arbeit verlieren. Daraus gehe hervor, daß einzig und allein das Bekenntnis der Arbeiter zum Deutschtum die Ursache für die Entlassungen gewesen sei.

Bei den deutschen Arbeitern sei eine Arbeitslosigkeit von 60 bis 80 % festzustellen.

Bei den deutschen Angestellten sei die Lage ebenso ungünstig. Nicht weniger als 1 248 Mitglieder der Gewerkschaft deutscher Angestellter seien in den Jahren 1934 bis 1937 entlassen worden.

Schließlich wies Senator Wiesner darauf hin, daß die Lage der schulentlassenen deutschen Jugend ganz besonders trostlos sei, da sie keine Lehrstellen bekommen können, und zwar nur aus dem Grunde, weil sie deutsche Schulen besucht haben. Ungefähr 14 000 bis 16 000 deutsche Jungen und Mädchen im Alter von 15 bis 18 Jahren hätten seit dem Austritt aus der Schule keine systematische Arbeitsschulung erfahren.

Wir müssen leider wieder die Feststellung machen, daß die Minderheitenerklärung sich auch auf dem wichtigen Gebiet des Arbeitsmarktes nicht in der Weise ausgewirkt hat, wie das den Zusicherungen der Polnischen Regierung entsprochen hätte.

von Moltke

Nr. 114

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 27. Mai 1938

Leider hat die Minderheitenerklärung vom 5. November v. J. auch auf dem Schulgebiet keine Erleichterung gebracht.

1. Seit der Minderheitenerklärung haben die Polen 7 zum Teil sehr große deutsche Schulen geschlossen, und zwar in Westpolen Karmin, Dominowo und Stralkowo, und in Wolhynien Luck, Józefin, Cezaryn und Dabrowa.

2. Bei den Verhandlungen über die Minderheitenerklärung waren wir auf Wunsch der Polen auf ein Junctim für die Eröffnung des Gymnasiums in Marienwerder eingegangen. Die polnische Gegenleistung bestand praktisch nur in der Zurückziehung mehrerer von Polen ad hoc getroffener Beschränkungen, nämlich:

   a) Wiedererteilung des entzogenen Öffentlichkeitsrechts für die Gymnasien in Graudenz und Posen.

   b) Erlaubnis zum Weiterbau des Gymnasiums in Bromberg.

   Obwohl die Polnische Botschaft bereits im Dezember v. J. die restlose Durchführung behauptete, ist dies bisher nicht erfolgt. Nach vielfachen Vorstellungen in Warschau und Berlin ist das Öffentlichkeitsrecht für Graudenz gewährt worden, während es für Posen auch jetzt noch nicht voll erteilt ist. Für den Neubau in Bromberg wurde nicht einmal die Beendigung des Daches vor dem Winter genehmigt, so daß Witterungsschäden entstanden. Nachdem seitens der Botschaft kürzlich die Weiterbauerlaubnis durchgesetzt worden ist, haben sofort baupolizeiliche Schikanen eingesetzt, so daß der Bau praktisch weiter stilliegt. Wir warten nunmehr schon fast ein ganzes Jahr auf Erfüllung der polnischen Zusage, während wir unsererseits unsere Zusage sofort erfüllt haben *.

3. Aus früherer Zeit besteht noch ein Junctim zwischen dem Neubau des Kindergartens in Posenbrück und dem Neubau der deutschen Privatschule in Neutomischel, das gleichfalls nur auf deutscher Seite erfüllt worden ist. Der deutsche Neubau steht seit 1930 unbenutzt. Trotz der Minderheitenerklärung nehmen die Polen die im Schulstreik befindlichen deutschen Eltern in Neutomischel in schwere Strafen.

Abschließend kann gesagt werden, daß die endliche Erfüllung der beiden genannten Junctim (Ziffer 2 und 3) weitere Verhandlungen erleichtern würde. Die Einrichtung einer Gemischten Kommission könnte auch auf diesem Gebiet gute Erfolge haben.

Im Auftrag

von Twardowski

---

* Vgl. Nr. 111.

Nr. 115

Der Deutsche Geschäftsträger in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 30. Juli 1938

Ich habe heute weisungsgemäß den Kabinettschef des Polnischen Außenministers Grafen Łubieński aufgesucht und habe ihn um eine Aufklärung wegen des kürzlich ergangenen Verbots des Weiterbaues der deutschen Schule in Bromberg gebeten. Graf Łubieński erklärte mir, daß Außenminister Beck, mit dem er noch vor seiner gestern erfolgten Abreise über die Angelegenheit gesprochen habe, ihn ermächtigt habe, mir mitzuteilen, daß man polnischerseits an dem zwischen ihm und dem Botschafter von Moltke vereinbarten gentlemen-agreement * festhalten wolle, obwohl sich der Außenminister nicht recht entsinnen könne, daß als Gegenleistung für die Genehmigung des polnischen Gymnasiums in Marienwerder auf polnischer Seite außer der Erteilung der Öffentlichkeitsrechte für die deutschen Gymnasien in Posen und Graudenz auch die Erlaubnis zum Weiterbau der Schule in Bromberg ursprünglich versprochen worden sei. Er (Łubieński) habe sich inzwischen über die technische Seite der Angelegenheit informiert und er hoffe, das jetzt ausgesprochene Verbot kurzerhand wieder rückgängig machen zu können. Nach der Rückkehr von Oslo will er mir weitere Nachricht über den Erfolg seiner Schritte zukommen lassen.

von Wühlisch

Nr. 116

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 23. August 1938

Die vom Generalkonsulat Thorn gemeldeten deutschfeindlichen Kundgebungen des Westverbandes sind zum Gegenstand einer eingehenden Besprechung mit Herrn Kunicki gemacht worden. Hierbei wurde darauf hingewiesen, daß diese Kundgebungen einen ausgesprochen deutschfeindlichen Charakter getragen hätten, was sich ja bei den Demonstrationen vor dem deutschen Generalkonsulat klar gezeigt habe. Auch die Tatsache, daß kürzlich im Konsulatsgebäude Fensterscheiben eingeschlagen wurden, ist in diesem Zusammenhange zur Sprache gebracht worden, mit dem Ersuchen, dafür zu sorgen, daß derartige Vorkommnisse in Zukunft sich nicht wiederholen mögen.

Ferner ist weisungsgemäß darauf hingewiesen worden, daß wir den wirtschaftlichen Boykott gegen das Deutschtum, der immer größere Ausmaße annehme, als schwere Belastung für das deutsch-polnische Verhältnis empfänden. Da alle diese Aktionen immer wieder von dem polnischen Westverbande ausgingen, müßten wir dringend bitten, nunmehr unverzüglich gegen diese Organisation vorzugehen. Die gegenwärtige, höchst unbefriedigende Lage könne weder in unserem noch im polnischen Interesse liegen und es sei zu hoffen, daß die Polnische Regierung sich endlich zu durchgreifenden Maßnahmen entschließen werde.

von Moltke

Nr. 117

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 2. September 1938

Die Haltung der polnischen Presse und anderer Faktoren der polnischen Öffentlichkeit Deutschland gegenüber ist in der letzten Zeit unverkennbar schlechter geworden. Sie war niemals befriedigend und blieb stets hinter den Erwartungen zurück, die deutscherseits vielfach an das politische Abkommen ** und an die Presseabrede von 1934 *** geknüpft worden waren. Die dem Polnischen Außenministerium nahestehenden Zeitungen und sonstigen meinungspolitischen Faktoren zeigten zwar meist ein korrektes

---

* Vgl. Nr. 111.

** Vgl. Nr. 37.

*** Vgl. Nr. 77, Anm **.

Verhalten und in manchen, besonders außenpolitischen Fragen öfters auch eine positiv zu beurteilende Einstellung, aber nicht einmal das sogenannte Lager der Nationalen Einigung, d. h. die zwecks Gewinnung der »Massen« für das herrschende System geschaffene regierungsparteiliche Organisation, verzichtet darauf, im Wettbewerb mit den übrigen politischen Gruppen antideutsche Schlagworte auszuspielen, um dadurch an Popularität zu gewinnen.

Die Polnische Regierung verhält sich diesen Vorgängen gegenüber reichlich reserviert; jedenfalls sind Anzeichen für eine energischere Gegenwirkung nicht vorhanden. Es mag zugegeben werden, daß die polnischen Behörden in ihren Einflußmöglichkeiten auf die Presse beschränkt sind, aber eine so weitgehende Passivität kann doch wohl nur dadurch erklärt werden, daß die Regierung sich scheut, ihre Machtmittel zum Schutz der unpopulären deutschen Belange einzusetzen, während sie für ihre eigenen Interessen eine weit größere Energie aufbringt. Und daß man z. B. nicht in der Lage sein sollte, die wiederholten aufreizenden Demonstrationen in den Städten der Westgebiete, die von dem der Regierung nahestehenden Westmarkenverband in Szene gesetzt werden, zu verhindern, scheint wenig glaubwürdig.

Es kann der Regierung nicht verborgen sein, daß diese passive Haltung allmählich eine Atmosphäre entstehen läßt, die mit der deutsch-polnischen Verständigungspolitik immer schwerer in Einklang zu bringen ist. Freilich hat man hier Deutschland gegenüber niemals sehr herzliche Töne angeschlagen und namentlich in kritischen Momenten wurde von jeher Wert darauf gelegt, die Beziehungen nicht zu eng erscheinen zu lassen. Aber daß jetzt z. B. vor einem deutschen Generalkonsulat ungehindert der Haßgesang des »Rota«-Liedes ertönen konnte, ist doch immerhin ein Vorgang, der seit 1934 nicht mehr zu beobachten war. Es ist offensichtlich, daß die Becksche Politik heute noch weniger populär ist als früher und daß der Außenminister selbst sich Zurückhaltung auferlegen muß. Wir haben ja in dem bekannten Fall des deutschen Gymnasiums in Bromberg, wo ganz offenbar das mit Beck abgeschlossene gentlemen-agreement von seiten der inneren Verwaltung sabotiert worden ist*, ein deutliches Anzeichen für die inneren Spannungen gehabt, die hier vorhanden sind. Und in der Tat scheint in der Regierung gerade hinsichtlich der Deutschlandpolitik Becks eine nicht ganz einheitliche Beurteilung vorzuliegen. Jedenfalls ist mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sowohl der Kriegsminister wie Marschall Śmigły-Rydz die Becksche Politik nicht mit ganzen Herzen mitmachen. In diesem Zusammenhang ist auch interessant, daß selbst ein alter Vorkämpfer der Verständigung mit Deutschland, wie der Chefredakteur des Wilnaer »Slowo« Mackiewicz, unlängst in einem fast sensationell wirkenden Artikel Becks Politik angegriffen hat, mit dem Vorwurf, daß er über der Freundschaft mit Deutschland die Beziehungen zu Frankreich und England vernachlässige und aus dem Zusammengehen mit Deutschland keine entsprechenden Vorteile für Polen gewonnen habe.

Ich habe die ungünstige Entwicklung der hiesigen öffentlichen Meinung und die besonders deutschfeindlichen Kundgebungen der letzten Zeit, nachdem ich bereits vor einigen Tagen das gleiche Thema bei dem Stellvertretenden Vizeminister Arciszewski angeschnitten hatte, gestern auch noch Herrn Beck gegenüber in ernster Form zur Sprache gebracht. Herr Beck bestritt nicht, daß die Lage unbefriedigend sei; er habe gleich nach seiner Rückkehr vom Urlaub von sich aus den Ministerpräsidenten darauf aufmerksam gemacht und bei diesem volles Verständnis gefunden. Auf meine Bemerkung, daß wir nicht verstehen könnten, warum nicht wenigstens den wiederholten Demonstrationen des Westverbandes ein Riegel vorgeschoben werde, erwiderte Herr Beck, es sei nicht zweckmäßig, lediglich mit Verboten vorzugehen, sondern manchmal besser, ein Ventil zu öffnen. Man hätte sich deshalb darauf beschränkt, die sehr viel weitergehenden Absichten der Demonstranten auf ein geringeres Maß zurückzuschrauben. Im übrigen versuchte Herr Beck die gegen Deutschland gerichteten Angriffe in ihrer Bedeutung abzuschwächen und versicherte, daß die Regierung sich in keiner Weise durch die Nervosität der öffentlichen Meinung beeinflussen lasse, sondern an der alten politischen Linie festhalte.

Wenn Herr Beck diese Äußerung auch in sehr bestimmter Form machte, so wird man sich doch nicht darüber täuschen dürfen, daß hier bereits jetzt eine für uns unfreundliche Stimmung vorhanden ist, die die Entschlußfreiheit der Regierung in entscheidenden Fragen immerhin beeinflussen könnte.

von Moltke

---

* Vgl. Nr. 111, 114 und 115.

VII. Der Deutsch-Polnische Notenaustausch über das Olsa-Gebiet und das Polnische Vorgehen gegen die dortige Deutsche Volksgruppe (Oktober 1938 bis März 1939)

Nr. 118

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 15. Oktober 1938

Eine Zusammenstellung von Meldungen über deutschfeindliche Vorgänge im Olsa-Gebiet ist heute dem Ersten Sekretär der Polnischen Botschaft Herrn Malhomme mit dem Bemerken übergeben worden, daß die betreffenden Nachrichten zwar noch nicht hätten nachgeprüft werden können, daß aber, wenn sie auch nur zum Teil der Wirklichkeit entsprächen, die Lage in diesem Gebiet vom deutschen Standpunkt aus als höchst unerfreulich bezeichnet werden müsse. Herr Malhomme ist gleichzeitig auf die große Erregung hingewiesen worden, die durch das gemeldete polnische Vorgehen in deutschen Kreisen weit über das Grenzgebiet hinaus hervorgerufen worden ist. Er wurde gebeten, seiner Regierung von der Zusammenstellung zwecks Veranlassung des Erforderlichen Kenntnis zu geben und versprach, noch mit dem heute abgehenden Kurier nach Warschau berichten zu wollen.

Ich bitte, auch dortseits tunlichst bald im Polnischen Außenministerium ernste Vorstellungen zu erheben und über das Veranlaßte zu berichten*.

Im Auftrag

Fürst von Bismarck

Nr. 119

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 25. Oktober 1938

Der Notenaustausch, betreffend die Behandlung der deutschen Minderheit in Teschen, ist am 18./20. d. M. vollzogen worden. In der Anlage beehre ich mich, die beiden Noten vorzulegen.

von Moltke

Anlagen

Der Deutsche Botschafter in Warschau an den Polnischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten

Warschau, den 18. Oktober 1938

Herr Minister!

Im Hinblick auf die Angliederung bisher tschechischen Gebietes an den Polnischen Staat beehre ich mich auftragsgemäß, die Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz auf einen Umstand zu lenken, dem die Deutsche Regierung in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung in Deutschland besondere Wichtigkeit beimißt.

In den genannten Gebieten ist eine erhebliche Anzahl von Angehörigen des deutschen Volkstums ansässig, die besonders dort, wo sie in größeren Gruppen zusammenwohnen, eigene soziale und kulturelle

---

* In Verfolg der daraufhin im Polnischen Außenministerium eingeleiteten Besprechungen wurde vereinbart, durch einen Notenwechsel die Anwendung der Minderheitenerklärung vom 5. November 1937 (vgl. Nr. 101) auf die deutsche Minderheit im Olsagebiet bzw. auf die polnische Minderheit im Sudetengebiet auszudehnen (vgl. Nr. 119).

Einrichtungen unterhalten. Die Deutsche Regierung geht davon aus, daß sich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, die sich bei der Behandlung des tschechischen Problems erneut bewährt haben, künftig auch bei der Behandlung derjenigen Deutschen als wirksam erweisen, die nunmehr Angehörige des Polnischen Staates werden. Die Deutsche Regierung erwartet deshalb, daß diese Deutschen nach den Zeiten der Bedrückung, die sie durchlebt haben, seitens der polnischen Behörden eine Behandlung erfahren, die den seinerzeit von beiden Seiten abgegebenen Minderheitenerklärungen * entspricht, und daß sie demgemäß nicht nur ihren gegenwärtigen kulturellen Besitzstand aufrechterhalten können, sondern darüber hinaus im Rahmen des Polnischen Staates glücklichere Daseinsbedingungen finden werden, als sie ihnen bisher zuteil geworden sind.

Ebenso hält die Deutsche Regierung es für selbstverständlich, daß den deutschen Reichsangehörigen, die in den bezeichneten Gebieten wohnen, aus dem Wechsel der Staatsgewalt keinerlei Nachteile erwachsen und daß sie insbesondere in der Durchführung ihrer bisherigen Berufstätigkeit nicht beeinträchtigt werden.

Ich bin beauftragt zu erklären, daß die Deutsche Regierung ihrerseits ihr Verhalten nach den gleichen Grundsätzen gegenüber polnischen Volks- oder Staatsangehörigen regeln wird, die sich in dem Gebiet befinden, das jetzt aus tschechischer in deutsche Staatsgewalt überführt wird.

Soweit polnische Volks- oder Staatsangehörige in den jetzt Deutschland zufallenden Gebieten und soweit umgekehrt deutsche Volks- oder Staatsangehörige in den jetzt Polen zufallenden Gebieten den Wunsch haben, das Staatsgebiet zu verlassen, schlägt die Deutsche Regierung vor, die sich hieraus ergebenden Fragen alsbald durch eine besondere Vereinbarung zu regeln.

Genehmigen Sie, usw.

von Moltke

Der Polnische Minister für Auswärtige Angelegenheiten an den Deutschen Botschafter in Warschau

(Übersetzung)

Warschau, den 20. Oktober 1938

Herr Botschafter!

Ich beehre mich, den Empfang des Schreibens Euerer Exzellenz vom 18. Oktober 1938 zu bestätigen, in welchem Euere Exzellenz auf gewisse Zentren von Personen deutschen Volkstums aufmerksam machen, die sich in den letzthin Polen durch die Tschechoslowakei zurückgegebenen Gebieten befinden. Es handelt sich hierbei um Personen, die polnische Staatsbürger werden.

Ich möchte vor allem der Überzeugung Ausdruck verleihen, daß die Anwendung der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung vom 5. November 1937 * auf diese Minderheit wie auch auf die polnische Minderheit, welche auf Grund der letzthin durchgeführten territorialen Änderungen zum Deutschen Reich gekommen ist und die ebenfalls größere geschlossene Zentren aufweist, diesen Minderheiten nicht nur die Möglichkeit geben wird, ihren bisherigen kulturellen Besitzstand zu behaupten, sondern ihnen auch glücklichere Daseinsbedingungen verschaffen wird, als das bis jetzt der Fall war.

Auch bezüglich der Frage des Aufenthalts deutscher Staatsangehöriger in dem besagten Gebiet wird die Polnische Regierung eine wohlwollende Haltung unter der Bedingung der Gegenseitigkeit und unter der selbstverständlichen Wahrung der im polnischen Staate geltenden Gesetze einnehmen.

Ferner ist die Polnische Regierung auch bezüglich der Personen, welche die Gebiete, die sie jetzt bewohnen, verlassen wollen, überzeugt, daß sich dieses Problem für den Fall, daß es aktuell wird, günstig und ohne Nachteil für beide Staaten wird regeln lassen.

Schließlich beehre ich mich der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die Atmosphäre der zwischen beiden Staaten herrschenden freundschaftlichen Beziehungen zu einer Regelung der obigen Fragen beitragen wird.

Genehmigen Sie, usw.

Der Minister
In Vertretung
Szembek

---

* Vgl. Nr. 101.

Nr. 120

Der Reichsminister des Innern an das Auswärtige Amt

Berlin, den 5. November 1938

Als Rückwirkung der Entdeutschungsmaßnahmen, die mit der Besetzung des Teschener Gebiets durch polnische Truppen begonnen haben, ist ein außerordentlich starker Zustrom von Flüchtlingen festzustellen. Allein in den mir unterstehenden Flüchtlingslagern wurden bis zum heutigen Tage über 5 000 Personen gezählt. Abgesehen hiervon sind noch viele Flüchtlinge über die Reichsgrenze gekommen, die sich in keinem Lager gemeldet haben. Deren Zahl dürfte ebenfalls in die Tausende gehen. Ungefähr 30 bis 40% der deutschen Bevölkerung des Teschener Landes dürfte bereits die Heimat verlassen haben.* Trotz der von deutscher Seite angeordneten Grenzsperre kommen auch jetzt noch täglich ungefähr 120 Flüchtlinge über die Grenze, da sie im Olsagebiet dem Hunger preisgegeben sind.

Von den Flüchtlingen wird nur ein geringer Teil in die Heimat zurückkehren können, da den meisten polnischerseits der Grenzübertritt nur gegen den schriftlichen Verzicht auf die Rückkehr erlaubt worden ist.

Im Auftrag

Vollert

Nr. 121

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Geschäftsträger in Warschau

Erlaß

Berlin, den 26. November 1938

Nach den von den verschiedensten Stellen hier eingegangenen Informationen dauert die Entdeutschung des Olsagebiets durch polnische Maßnahmen trotz des Notenwechsels mit der Polnischen Regierung über den Schutz der Minderheiten unvermindert an. Diese Maßnahmen liegen insbesondere auf folgenden Gebieten:

a. Verdrängung vom Arbeitsplatz

Den deutschen Arbeitnehmern wird in der Regel entweder von ihrem Arbeitgeber oder behördlicherseits eröffnet, daß sie mit einer Weiterbeschäftigung nur rechnen könnten, wenn sie nach drei Monaten den Nachweis der Beherrschung der polnischen Sprache erbracht hätten. In einigen Betrieben, z. B. im Eisenwerk Trzynietz, wurde den Arbeitern der Zutritt nur gegen Vorzeigung eines Ausweises einer polnischen Organisation gestattet, wenn sie auf einer Unbedenklichkeitsliste verzeichnet waren. Durch solche Bedingungen werden die Arbeitnehmer praktisch gezwungen, schon jetzt ihre Stellungen aufzugeben. In zahlreichen Fällen sind deutsche Arbeiter sogar sofort nach der Besetzung des Landes durch die polnischen Truppen entweder ohne Weiterzahlung der Löhne und Gehälter bis auf weiteres beurlaubt oder auch entlassen worden, während gleichzeitig polnischstämmige Arbeiter neu eingestellt wurden. In den Freistädter Industriewerken ist gerade in den letzten Tagen wieder zahlreichen deutschstämmigen Arbeitern zum nächstzulässigen Termin gekündigt worden. Betroffen werden vornehmlich Familienväter, die ihre Kinder nicht zur polnischen Schule angemeldet haben. In Oderberg erhielten in der vorigen Woche sämtliche Arbeiter und Angestellten der Ölraffinerie »Odra«, soweit sie dem deutschen Volkstum angehören, die Kündigung zum 31. Dezember d. J., das Röhrenwalzwerk Hahn in Neu-Oderberg hat etwa 50 deutschstämmigen Angestellten und über 100 deutschen Arbeitern zum 31. Dezember 1938 gekündigt.

Neben Arbeitern und kleinen Angestellten von privaten Betrieben sind in zahlreichen Fällen auch leitende deutschstämmige Beamte, wie Ingenieure und Direktoren, entlassen oder ohne Weiterzahlung des Gehalts bis auf weiteres beurlaubt worden.

b. Einstellung der Zahlungen an Pensionäre

Soweit frühere Arbeiter, Angestellte und Beamte bisher von den tschechischen Arbeitgebern oder ihren Verbänden oder vom Staat bzw. den Gemeinden Unterstützungen oder Pensionen erhielten, werden diese seit dem Souveränitätswechsel nicht mehr gezahlt. Die betroffenen Familien sind nunmehr völlig mittellos. Die Folge ist, daß auch in diesen Kreisen des Deutschtums eine trostlose wirtschaftliche Lage herrscht.

---

* Dieser Hundertsatz hat sich, einer weiteren Mitteilung des Reichsministers des Innern zufolge, im Laufe der folgenden Wochen noch wesentlich erhöht

c. Behinderung der deutschen Betriebe durch Zwangsverwalter

Die bei der Besetzung in deutsche Betriebe eingesetzten polnischen Zwangsverwalter sind bisher nicht zurückgezogen worden. Durch diese Zwangsverwaltungen wird die Führung der Betriebe in unerträglicher Weise erschwert, der Betrieb letzten Endes sogar ruiniert.

d. Schwierigkeiten bei der Erteilung von Rückreisesichtvermerken an Reichsdeutsche in wirtschaftlichen Stellungen

Bei der Erteilung von Rückreisesichtvermerken für Reichsangehörige, die im Olsagebiet wirtschaftlich tätig sind und aus beruflichen Gründen genötigt sind, häufig Reisen in das Ausland zu unternehmen, werden seitens der zuständigen polnischen Stellen so große Schwierigkeiten gemacht, daß diesen Personen ihre Berufsausübung wesentlich erschwert, teilweise sogar unterbunden wird.

e. Schädigungen des deutschen Schulwesens

Während der Betrieb der polnischen Schulen seit Wochen in vollem Gange ist, werden der Wiedereröffnung der deutschen Schulen alle nur erdenklichen Schwierigkeiten bereitet. So sind z. B. zahlreichen deutschen Eltern schulpflichtiger Kinder schriftliche Aufforderungen des Inhalts zugegangen, daß die Leitung der am Ort befindlichen polnischen Schule sie letztmalig auffordere, ihre Kinder innerhalb von 24 Stunden nach der Zustellung dieser Aufforderung bei der polnischen Schule einzuschreiben, andernfalls sie bestraft oder ausgewiesen werden würden.

Wenn trotz dieser Drohungen die deutschen Eltern ihre Kinder zu einer deutschen Schule anmelden, so werden wiederum bei dieser Anmeldung die größten Schwierigkeiten in Form von Prüfungen gemacht, durch die die Zugehörigkeit zum Deutschtum in Zweifel gezogen werden soll. So geht z. B. der Kommissar für das deutsche Schulwesen in Neu-Oderberg in der Weise vor, daß er zunächst einmal die angemeldeten Schüler polnisch anspricht. Antworten sie ihm polnisch, so lehnt er die Einschreibung entweder von vornherein ab oder fragt sie noch nach bekannten Persönlichkeiten der polnischen Geschichte. Zeigt sich das angemeldete Kind darüber einigermaßen unterrichtet, so wird es ohne weiteres an die polnische Schule verwiesen. Kommen trotz aller dieser Versuche einige Einschreibungen zustande, so werden die Verhandlungen mit den noch nicht abgefertigten Eltern plötzlich auf den nächsten Tag verschoben, in der Erwartung, daß sich Kinder und Eltern doch noch für die polnische Schule entscheiden werden. Der polnische Direktor des deutschen Gymnasiums in Neu-Oderberg hat zahlreiche Anmeldungen von einwandfreien Volksdeutschen lediglich mit der Begründung zurückgewiesen, daß die angemeldeten Kinder polnische Namen führten. Die Einschreibungen deutscher Kinder in die deutsche Schule in Teschen wurde von dem polnischen Lehrer Cachl aus Kattowitz dadurch sabotiert, daß er zu den Verhandlungen mit den deutschen Eltern Polizeibeamte hinzuzog, die auf die Eltern mit Gummiknüppeln einschlugen, wenn sie auf der Einschreibung für die deutsche Schule bestanden. In zahlreichen Fällen haben solche Eltern dem gewaltsamen Druck nachgegeben. Ein weiteres Mittel, das deutsche Schulwesen zu schädigen, ist die Festsetzung wesentlich höherer Schulgelder bei deutschen Schulen im Vergleich zu den polnischen.

Der Erfolg aller dieser Maßnahmen ist ein katastrophaler Rückgang des gesamten deutschen Schulwesens. Während vor der Besetzung Teschens durch die Polen dort 4 hochorganisierte öffentliche und 1 private Volksschule, 2 öffentliche und 1 private Bürgerschule, 1 Gymnasium, 1 Realschule, 1 Handelsschule, 1 staatliche Lehrerbildungsanstalt und eine private Lehrerinnenbildungsanstalt vorhanden waren, existiert zur Zeit nur noch eine einzige, noch dazu einklassige deutsche Volksschule. Von den früheren 680 bis 700 Schülern des Gymnasiums in Neu-Oderberg sind lediglich 150 wieder eingeschrieben worden. Die deutsche Bürgerschule in Neu-Oderberg, die von mehr als 400 Schülern besucht wurde, ist noch gänzlich geschlossen.

Insgesamt sollen bisher etwa nur ein Zehntel der deutschen Kinder, die bisher deutsche Schulen besucht haben, wieder zu deutschen Schulen angemeldet worden sein.

Naturgemäß muß dieser starke Rückgang der Schülerzahl zahlreiche Entlassungen deutscher Lehrer zur Folge haben, die inzwischen auch zum größten Teil abgewandert sind.

Ich bitte, die vorstehend gekennzeichnete unerträgliche Lage des Deutschtums im Teschener Gebiet im Polnischen Außenministerium eingehend darzulegen und unter Berufung auf den Notenwechsel vom 18./20. Oktober 1938 mit allem Nachdruck zu fordern, daß die Polnische Regierung nunmehr dort endlich einen den gegebenen Zusicherungen entsprechenden Zustand herstellt.

Im Auftrag

Woermann

Nr. 122

Der Deutsche Geschäftsträger in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 6. Dezember 1938

Wegen der Entdeutschungsmaßnahmen im Olsa-Gebiet habe ich weisungsgemäß sehr ernste und nachdrückliche Vorstellungen im Polnischen Außenministerium erhoben,* wobei ich die unerträgliche Lage des Deutschtums mündlich eingehend dargelegt und auch ein Aide-Mémoire, in dem unsere Beschwerdepunkte vorgebracht werden, übergeben habe.

Der Stellvertretende Leiter der Westabteilung Herr Kunicki, mit dem ich die Unterhaltung führte, erklärte, daß er über die Einzelheiten der polnischen Maßnahmen im Olsa-Gebiet nicht unterrichtet sei, daß er aber sofort Nachforschungen anstellen und sich der Angelegenheit mit besonderem Interesse annehmen wolle. Er sagte zu, sobald als möglich eine Antwort zu erteilen.

von Wühlisch

Nr. 123

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 20. Dezember 1938

Auf die von der Botschaft erhobenen Vorstellungen wegen der Entdeutschungsmaßnahmen im Olsa-Gebiet hat der Stellvertretende Leiter der Westabteilung Herr Kunicki heute eine vorläufige Antwort erteilt.

Bei dieser Gelegenheit übergab er auch eine Notiz, die sich jedoch meritorisch mit unserer Beschwerde nur befaßt, soweit sie sich auf die Lage der Reichsdeutschen bezieht. Da das Polnische Außenministerium auf dem grundsätzlichen Standpunkt steht, daß Reklamationen für Minderheitsangehörige unter Vermeidung des diplomatischen Weges unmittelbar von den Minderheitsorganen bei den polnischen Behörden vorgebracht werden sollen, hat es sich wegen der verschiedenen von uns vorgebrachten Beschwerdepunkte bezüglich der Minderheitsangehörigen auf eine mündliche Antwort beschränkt.

Bezüglich der Verdrängung vom Arbeitsplatze führte Herr Kunicki aus, daß den polnischen Behörden keine genauen Zahlen über die Arbeiterentlassungen vorlägen, daß wegen der Umstellung der Wirtschaft auf die polnischen Verhältnisse in der Tat Entlassungen hätten stattfinden müssen, daß diese aber gleichmäßig polnische und deutsche Arbeiter beträfen.

Die Frage der Auszahlung der Pensionen sei inzwischen zum Teil bereinigt worden. Mit einer völligen Erledigung dieser Angelegenheit sei in kurzer Zeit zu rechnen.

Die in die deutschen Betriebe eingesetzten Zwangsverwalter seien zum Teil bereits zurückgezogen worden. Herr Kunicki bat, ihm konkrete Fälle zu diesem Thema zu benennen.

Bezüglich der Schädigungen des deutschen Schulwesens erklärte Herr Kunicki, daß im Olsa-Gebiet inzwischen über 1000 Kinder zum Besuch der deutschen Schulen eingetragen worden seien. Er entnehme diese Zahl einem Bericht, der aus den ersten Tagen des Dezembers stamme. Auf Grund der erfolgten Eintragungen sollten nunmehr folgende deutsche Schulen eröffnet werden:

in Oderberg ein Gymnasium, eine Bürgerschule und eine Volksschule,

in Teschen eine Bürgerschule, eine Volksschule und eine Mädchenschule.

Ferner würden an der polnischen Schule in Pudlow deutsche Klassen eingerichtet werden. In Karwin und Freistadt sei die Zahl der deutschen Kinder zu gering, so daß auf Grund der bestehenden Vorschriften deutsche Schulen an diesen Orten nicht eröffnet werden könnten.

Herr Kunicki erklärte abschließend, daß die Zentralbehörden auf dem Standpunkt ständen, daß auch in dem Olsa-Gebiet die deutsch-polnische Minderheitenerklärung unbedingt anzuwenden sei und daß die örtlichen Behörden entsprechende Weisungen erhalten hätten. Er müsse zugeben, daß in der ersten Zeit nach der Machtübernahme durch die Polen in diesem Gebiet Maßnahmen getroffen worden seien, wie sie bei einem normalen Funktionieren des Verwaltungsapparates nicht vorgekommen wären. Er gab der bestimmten Zuversicht Ausdruck, daß in absehbarer Zeit auch im Olsa-Gebiet die Verhältnisse in ein ruhigeres Geleise kommen würden.

von Moltke

* Auch dem Polnischen Außenminister gegenüber hat der Deutsche Botschafter diese Fragen in ernster Form zur Sprache gebracht. (Vgl. Nr. 199.)

Nr. 124

Der Deutsche Konsul in Teschen an das Auswärtige Amt

Bericht

Teschen, den 4. Januar 1939

Nach einer vertraulichen Mitteilung des Direktors Olszak liegt bereits eine nachdrückliche Weisung des Woiwoden vor, alle nichtpolnischen Arbeiter und Angestellten ohne Rücksicht auf irgendwelche für die Werke nachteilige Folgen zu entlassen.

von der Damerau

Nr. 125

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 1. Februar 1939

Entgegen den Erklärungen des Stellvertretenden Leiters der Westabteilung im Polnischen Außenministerium* haben bisher die Entdeutschungsmaßnahmen im Olsa-Gebiet nicht aufgehört, vielmehr wird nach den hier vorliegenden Informationen weiter mit allen Mitteln versucht, die dortige deutsche Volksgruppe zu verdrängen.

Im einzelnen ist in Ergänzung des Erlasses vom 26. November 1938** folgendes zu bemerken:

a. Verdrängung vom Arbeitsplatz

Die Entlassung volksdeutscher und auch reichsdeutscher Arbeitskräfte wird in jüngster Zeit in verschärftem Maße betrieben. Wie aus den dort vorliegenden Berichten des Konsulats Teschen hervorgeht, sind beim Trzynieccer Eisenwerk der Berg- und Hüttengewerkschaft und bei den unter polnischer Leitung stehenden Graf Larisch-Mönnich'schen Betrieben in Karwin und Petrowitz um die Jahreswende wieder zahlreiche Entlassungen von Deutschen erfolgt.

b. Einstellung der Zahlungen an Pensionäre

Außer der Frage der Weiterzahlung der bisher von tschechischer Seite (Staat, Gemeinde usw.) gezahlten Pensionen an volksdeutsche Beamte, Angestellte, Lehrer, Witwen u. dgl. im Olsa-Gebiet bedarf auch die Frage der weiteren Versorgung volksdeutscher Kriegsbeschädigter, Kriegshinterbliebener und ehemaliger Berufsmilitärpersonen sowie ihrer Hinterbliebenen in dem polnisch gewordenen tschecho-slowakischen Gebiet einer grundsätzlichen Regelung. Die Versorgung dieser Personengruppen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Wehrmacht obliegt Polen als Nachfolgestaat zweifellos auch dann, wenn diese inzwischen durch einseitige polnische Regelung staatenlos geworden sind.

c. Schädigungen des deutschen Schulwesens

Die von Herrn Kunicki insoweit angegebenen Zahlen sind der beste Beweis für die Berechtigung unserer Beschwerde. Nach seinen Ausführungen sind gegenwärtig in sechs deutschen Schulen des Olsa-Gebietes 1 000 Schüler angemeldet, während früher dreizehn Anstalten von über 3 000 deutschen Kindern besucht wurden.

Bezüglich der deutschen Schulen in Freistadt und Karwin, die nach Angabe des Herrn Kunicki nicht wieder eröffnet worden sind, weil zu wenig deutsche Kinder vorhanden gewesen seien, liegen hier Meldungen vor, nach denen zahlreiche Eltern ihre Kinder zum Schulbesuch anmelden wollten, aber abgewiesen worden sind. Auch in Karwin und Peterswald wurden Gründungsversammlungen der deutschen Schulvereine im letzten Augenblick verboten.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, daß auch die deutschen Büchereien im Olsa-Gebiet bisher nicht wieder eröffnet werden durften.

* Vgl. Nr. 123.

** Vgl. Nr. 121.

d. Ausweisungen (Evakuierungen) aus der Grenzzone

Nachdem bereits in den Monaten Oktober, November und Dezember 1938 fortgesetzt Volksdeutsche in beträchtlicher Zahl veranlaßt worden sind, das Olsa-Gebiet zu verlassen, sind nach den Feststellungen der innerdeutschen Stellen Anfang Januar weitere 250 volksdeutsche Familien aus dem dortigen Gebiet ausgewiesen worden. Die Gründe für diese Ausweisungen sind bisher nicht bekannt geworden.

Bei dieser Sachlage bitte ich, abermals im dortigen Außenministerium gegen die systematische Entdeutschung des Olsa-Gebietes nachdrücklichste Vorstellungen zu erheben.

Falls die Polnische Regierung unseren berechtigten Wünschen in bezug auf die gleichartige Behandlung der Deutschen im Olsa-Gebiet auch in Zukunft nicht Rechnung tragen sollte, würden wir genötigt sein, unsere Einstellung gegenüber den Angehörigen polnischen Volkstums im Troppauer Schlesien grundsätzlich zu revidieren. Ich stelle anheim, dies der Polnischen Regierung gegenüber schon jetzt anzudeuten.

Im Auftrag

Woermann

Nr. 126

Der Deutsche Konsul in Teschen an das Auswärtige Amt

Bericht

Teschen, den 21. März 1939

Aus fast allen Plätzen des Olsa-Gebietes treffen laufend Nachrichten immer neuer Entlassungen von Volksdeutschen und ehemaligen Tschechen ein.

Am 19. März 1939 sprach der polnische Direktor Olszak beim Grafen Larisch-Mönnich vor und verlangte dessen Unterschrift unter die Aussperrungserklärung einer größeren Zahl Volksdeutscher und ehemaliger tschechischer Arbeitnehmer der Larisch-Betriebe. Graf Larisch hat die Vollziehung der Unterschrift verweigert, worauf Direktor Olszak erklärte, er werde eine entsprechende schriftliche Verfügung des Woiwoden Grażyński beibringen, um den Grafen zur Unterschrift zu zwingen. Olszak hat sich heute nach Kattowitz begeben. Auch aus Trzyniec werden neue Entlassungen gemeldet.

Es ergibt sich der Eindruck einer groß angelegten Massenaktion gegen die gesamte hier noch ansässige deutsche und ehemalig tschechische Arbeiter- und Angestelltenschaft, vornehmlich der Großbetriebe.

von der Damerau

Nr. 127

Der Deutsche Konsul in Teschen an das Auswärtige Amt

Bericht

Teschen, den 13. Mai 1939

Die polnischerseits aufgestellte Behauptung, daß bereits vor und während der Okkupation die meisten nichtpolnischen Arbeiter und Angestellten den Arbeitsplatz freiwillig verlassen hätten, trifft nur bedingt zu. Zweifellos sind einige Arbeitnehmer während der außerordentlich gespannten Wochen September-Oktober 1938 auf Grund damaligen tschechischen Terrors nach Deutschland geflüchtet. Die Zahl dieser Flüchtlinge ist nachträglich nicht zu ermitteln, doch dürfte sie nur einen geringen Prozentsatz der Abwanderung ausmachen. Wenn dann auch noch einige Arbeiter nach der Besetzung durch die Polen nach Deutschland geflohen sind, so nur deshalb, weil sie infolge des damals einsetzenden polnischen Terrors, der den ehemals tschechischen erheblich in den Schatten stellte, ihres Arbeitsplatzes in keiner Weise mehr sicher waren. Es ist jedoch erwiesen, daß der bei weitem größte Teil der Beamten, Angestellten und Arbeiter ohne jede Rücksicht auf Dienstjahre, Lebensalter, Verdienste und weitere Verwendbarkeit sofort nach der Besetzung von den Polen grundlos aus Arbeit und Brot verjagt worden ist.

von der Damerau

VIII. Zunehmende Verschärfung des Polnischen Vorgehens gegen die Deutsche Volksgruppe (Oktober 1938 bis März 1939)

Nr. 128

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 5. Oktober 1938

Daß die Polen, obwohl Deutschland ihnen durch sein Vorgehen die Verwirklichung ihrer Forderungen gegen die Tschechei ermöglicht hat, hier weiter deutschfeindlich sind, habe ich schon gemeldet. Durch die Eingliederung des Olsa-Gebiets in Polen hat sich zweifellos vieler polnischer Gemüter, die durchweg geneigt sind, auch kleinere Erfolge in überschwenglicher Weise zu übertreiben, eine gewisse Überheblichkeit bemächtigt. Sie fühlen sich hier als die Sieger einer großen Entscheidungsschlacht, die sie ganz allein mit eigenen Kräften und durch ihre eigene tatkräftige Haltung gewonnen hätten. Sie träumen schon in ihrem Größenwahn von einem übermächtigen Polen, das nach Erfüllung seines Wunsches in der Tschechei danach streben müsse, auch andere weitergehende Wünsche erfüllt zu bekommen, oder wenn dies nicht gehe, mit eigener Kraft zu erfüllen.

Aus allen Teilen meines Amtsbezirkes gehen mir Nachrichten zu, daß die Stimmung gegen Deutschland, die in den Wochen vor der tschechischen Krise schon im höchsten Maß unfreundlich war, jetzt infolge des Ganges der Ereignisse nicht einer verträglicheren Stimmung für Deutschland Platz gemacht hat. Auch die Presse tut das Ihre dazu. Nirgends findet man hier Stimmen, die Deutschland eine gerechte Anerkennung zollen. Überall wird betont, daß Polen ganz allein gehandelt und seinen Erfolg ohne die geringste fremde Hilfe errungen habe.

Die scharfe Hetze gegen Deutschland wird von der Presse und vom Westmarkenverband weiterbetrieben. Unter dem schweren Druck, dem die deutsche Minderheit in Polen ausgesetzt ist, bleibt ihr schließlich nichts anderes übrig, als ins Reich abzuwandern. Die Volksgruppe stellt sich auf den Standpunkt, daß, auch wenn sie selbst noch hier aushalten könnte, jedenfalls für die Kinder keine Aussicht mehr bestehe, sich eine Existenz zu gründen. Die dauernden Bedrückungsmaßnahmen der polnischen Verwaltung, wie sie sich in den letzthin vorgenommenen Ausweisungen aus der Grenzzone, in der Schließung von Schulen usw. offenbarten, bewiesen zur Genüge, daß hier für die Deutschen keine dauernde Bleibe mehr sei und daß sie zur Erhaltung ihrer Existenz das Land verlassen müßten. Die Aussicht, allein und ohne größere und aktive Unterstützung der Heimat den Kampf gegen die polnischen Behörden mit Erfolg aufzunehmen, sei zu gering, da durch die ungeheure Abwanderung in früheren Zeiten und auch in den letzten 2 Jahren das Deutschtum hier stark geschwächt sei. Die kleine, nach der neuen großen Abwanderungswelle noch übrigbleibende Volksgruppe müsse sehen, wie sie fertig werde. Es bestehe aber wohl kein Zweifel darüber, daß das, was nicht der Polonisierung zum Opfer falle, allmählich untergehen müsse.

Wie im übrigen die regierenden Amts- und Verwaltungsstellen Deutschland gegenüber eingestellt sind und offenbar eingestellt bleiben, geht mit aller nur wünschenswerten Klarheit aus den fortdauernden bis in die letzte Zeit vorgenommenen Ausweisungen alteingesessener deutscher Volksgenossen aus dem Grenzzonengebiet hervor. Hierüber ist berichtet worden. Keine Einschränkung oder Milderung der Entdeutschungsmaßnahmen, wie man eigentlich hätte erwarten können, ist eingetreten, sondern eher eine Verschärfung; jedenfalls aber ist trotz des deutscherseits bekundeten Bestrebens auf Herstellung freundschaftlicher Beziehungen der planmäßige Wille erkennbar, die geschaffene Entspannung zu einer möglichst umfangreichen Polonisierung der Westgebiete auszunutzen.

Derselbe Wille, das Deutschtum zurückzudrängen und zu entrechten, zeigt sich auch in der Haltung der Regierungsstellen den Wünschen der deutschen Volksgruppe gegenüber, bei den bevorstehenden Wahlen zum Sejm eigene Kandidaten aufzustellen. In dieser Angelegenheit hat Senator Hasbach neulich eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten gehabt. Aus ihr geht hervor, daß der Minister »angesichts der im Lande herrschenden antideutschen Strömung« die Eintragung von Deutschen in die Wahlvorschlagslisten nicht für möglich und für die Regierung auch nicht für tragbar hält.

Unter den geschilderten Umständen ist es begreiflich, daß sich des gesamten deutschen Volkstums hier, das nach den weltgeschichtlichen Ereignissen der letzten Wochen auf eine Besserung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen rechnete und eine bessere Zukunft erwarten zu dürfen glaubte, wieder eine gedrückte und niedergeschlagene Stimmung bemächtigt hat.

von Küchler

Nr. 129

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 10. Oktober 1938

Wie aus der laufenden Berichterstattung über die Posener polnische Presse sich ergibt, ist die polnische Bevölkerung dieses Bezirkes, soweit sie durch die nationaldemokratische Presse und die hinter ihr stehenden Organisationen beeinflußt wird, nach den Ereignissen der letzten Wochen keineswegs deutschfreundlich eingestellt. Es findet sich kein Wort der Anerkennung, daß Polen den Erwerb des Olsagebietes nur der durch das tatkräftige Eintreten des Führers für die Sudetendeutschen bedingten Aufrollung der Frage verdankt, und es mußte besonders befremden, daß gleichzeitig sogar Kompensationsansprüche gegen Deutschland in bezug auf Danzig und die Weichselmündung erhoben wurden.

Auch die polnischen Behörden zeigen nach dem glücklichen Ausgang der Krise durch ihr Verhalten nicht, welchen Anteil sie hieran Deutschland verdanken, denn der Kampf gegen die deutsche Volksgruppe geht unentwegt weiter. Außer dem Vorgehen gegen das Deutschtum in Teschen und gegen Pfarrer Kleindienst in Luck und andere Geistliche in Oberschlesien ist bezeichnend, daß vier von den sechs deutschen Privatgymnasien, darunter auch dem Posener Schiller-Gymnasium, die lange umkämpften Öffentlichkeitsrechte entzogen sind; es ist eine mildere Handhabung weder des Agrarreformgesetzes noch der Grenzzonenverordnung zu bemerken. Auch sonstige Anzeichen deuten eher auf eine Verschärfung des Kurses hin.

Walther

Nr. 130

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Berlin, den 20. Oktober 1938

Bei Hauptversammlung Aufständischenverbandes Kattowitz 16. d. M. stellte Ehrenvorsitzender Grażyński in aller Offenheit fest, daß das Deutschtum in Ostoberschlesien in Verwirklichung der Ziele Aufständischenverbandes auf allen Gebieten zurückgedrängt sei. In Entschließung, die in Anwesenheit Grażyńskis verlesen und angenommen wurde, verlangen die Aufständischen u. a. Einverleibung des Zipser Gebietes. Es heißt dann weiter: »Wir freuen uns über die wiedergewonnene Freiheit unserer Brüder jenseits der Olsa und stellen dabei fest, daß wir unsere Brüder im Oppelner Schlesien nicht vergessen haben. Wir übermitteln ihnen unsere brüderlichen Grüße und unsere brüderliche Aufmunterung, daß sie wie bisher auch in alle Zukunft dem treu bleiben, was Polen heißt, in der Erkenntnis, daß hinter ihnen unsere nationale Kraft und Hilfe steht.«

Bitte sofort gegen deutschfeindliche Äußerungen Grażyńskis sowie gegen von ihm gebilligte dreiste Einmischung Aufständischenverbandes in innerdeutsche Angelegenheiten bei maßgebender Stelle Außenministeriums schärfsten Protest zu erheben.

Weizsäcker

Nr. 131

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 8. November 1938

Vom 1. März bis Ende Juni sind weitere 61 Mitglieder der Gewerkschaft Deutscher Arbeiter, vom 1. Juli bis 24. Oktober 35 Mitglieder der Gewerkschaft entlassen worden. Die Entlassenen, die bis auf 3 verheiratet sind, waren vielfach 20 Jahre und länger auf den Gruben und Hütten beschäftigt. Als Grund der Kündigungen wurde im allgemeinen »Reorganisation« angegeben. Die Entlassungen auf der Friedenshütte erfolgten wegen »Nichteignung«, obwohl sämtliche Arbeiter als Fachkräfte nicht unter 15, einige sogar über 30 Jahre bei der Hütte beschäftigt waren. Außerdem sind von der Dubensko-Grube Anfang Juni weitere 40 deutsche Arbeiter und Ende Juni erneut 15 deutsche Arbeiter wegen »Reorganisation« entlassen worden, die anderen ebenfalls deutschen Organisationen angehören. An Stelle der Entlassenen, die zur Stammbelegschaft der Grube gehörten, wurden polnische Arbeiter eingestellt.

Nöldeke

Nr. 132

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 15. November 1938

Wegen der aufreizenden Auslassungen in der Rede des Woiwoden Grażyński auf der Hauptversammlung des Aufständischenverbandes am 16. v. M.* habe ich beim Vizeminister Grafen Szembek schärfsten Protest erhoben. Hierbei habe ich gleichzeitig energische Verwahrung eingelegt gegen den Wortlaut der Entschließung des Aufständischenverbandes, die eine unzulässige Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten bedeutet. Graf Szembek, der für den erneuten Beweis der deutschfeindlichen Haltung des Kattowitzer Woiwoden kein Wort der Entschuldigung fand, erklärte, daß er die Angelegenheit dem Ministerpräsidenten vortragen und daß er hierbei darauf hinwirken werde, daß in Zukunft derartige Äußerungen eines leitenden polnischen Beamten unterblieben.

von Moltke

Nr. 133

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 23. November 1938

Im Jahrgang 19, Nr. 1 und 2 der »Deutschen Schulzeitung« ist eine Liste von Werken veröffentlicht, die für den Gebrauch an deutschen Schulen nicht zugelassen sind. Bemerkenswert ist, daß außer klassischen deutschen Werken wie Goethes Kinderjahre aus Goethes »Dichtung und Wahrheit«, Nibelungenlied und Edda auch weltbekannte ausländische Jugendbücher wie D. de Foe's »Robinson Crusoe« und H. M. Stanley's »Quer durch den dunklen Kontinent« nicht genehmigt wurden. Nichts kennzeichnet die Einstellung der polnischen obersten Schulbehörde gegenüber den deutschen Schulen so treffend.

von Küchler

Nr. 134

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 24. November 1938

Der Fortgang der Arbeiterentlassungen im Laufe des letzten Jahres zeigt deutlich, daß die Politik der polnischen Behörden nach wie vor darauf ausgeht, das Deutschtum in Oberschlesien planmäßig zu entwurzeln und seine Lebensgrundlagen zu vernichten. Wie immer wieder aus vertraulichen Äußerungen aus polnischen Quellen bekannt wird, hat insbesondere der Woiwode Grażyński offenbar den festen Willen, bis auf einen verschwindend kleinen Bruchteil alles Deutsche aus Oberschlesien und aus dem neu erworbenen Olsagebiet zu entfernen.

Diese Zielsetzung hat bedauerlicherweise auch nach der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung vom 5. November 1937** keine Änderung erfahren. Wie ich wiederholt berichtet habe, sind auch nach diesem Zeitpunkt fortgesetzt weitere Entlassungen von deutschen Arbeitern erfolgt. Daß die bei diesen Entlassungen angegebenen Kündigungsgründe, wie Reorganisationen, Unfähigkeit usw., nur den politischen Grund verschleiern sollen, steht außer jedem Zweifel. Tatsächlich werden diese zumeist schon seit vielen Jahren, häufig Jahrzehnten beschäftigten Arbeiter nur entlassen, weil sie sich zum Deutschtum bekennen, deutschen Organisationen angehören oder ihre Kinder in die deutsche Schule schicken.

* Vgl. Nr. 130.
** Vgl. Nr. 101.

Was die ziffernmäßige Höhe der Arbeitslosigkeit in der deutschen Volksgruppe anbetrifft, so hat Senator Wiesner am 8. März d. J. im Senat ausgeführt, daß die etwa 12 000 Mitglieder zählende Gewerkschaft Deutscher Arbeiter eine Arbeitslosenziffer von 62% aufweist, daß aber in anderen deutschen Organisationen die Arbeitslosigkeit an 80% heranreicht. Diese Zahlen gelten für den Anfang dieses Jahres und haben sich seit dieser Zeit weiterhin ungünstig entwickelt. Berücksichtigt man, daß die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien im allgemeinen nur etwa 16% beträgt, so zeigt sich deutlich, wie schlecht die Lage der deutschen Arbeiter hier ist und wie wenig die Grundsätze der Minderheitenerklärung hier zur praktischen Anwendung gebracht worden sind.

Nöldeke

Nr. 135

Der Deutsche Geschäftsträger in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 28. November 1938

Wegen der Verweigerung des Öffentlichkeitsrechts an die Lyzeen in Posen und Graudenz sind unter Berufung auf die im vergangenen Jahre getroffenen Abmachungen* energische Vorstellungen im hiesigen Außenministerium erfolgt. Der Kabinettschef des Außenministers Graf Lubieński versuchte nicht einmal, die polnische Verpflichtung in Zweifel zu ziehen. Er erklärte vielmehr, daß er die Angelegenheit unverzüglich beim Unterrichtsministerium zur Sprache bringen und darauf dringen werde, daß tatsächlich die polnische Zusicherung erfüllt würde.

von Wühlisch

Nr. 136

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Geschäftsträger in Warschau

Erlaß

Berlin, den 7. Dezember 1938

Aus den dort abschriftlich vorliegenden Berichten des Deutschen Generalkonsulats in Kattowitz** geht hervor, daß von den auch im Laufe dieses Jahres seitens der ostoberschlesischen Industrieunternehmungen durchgeführten Entlassungen von Arbeitskräften vorwiegend volksdeutsche Arbeiter und Angestellte betroffen wurden und daß die bisherige polnische Politik der systematischen Verdrängung der Volksdeutschen von ihren Arbeitsplätzen somit rücksichtslos weiter verfolgt wird.

Die von dem Herrn Reichsaußenminister anläßlich der Veröffentlichung der Minderheitenerklärung durch Übergabe einer Aufzeichnung an Botschafter Lipski am 5. November 1937*** ausdrücklich zum Ausdruck gebrachte Erwartung der Deutschen Regierung, »daß alsbald Maßnahmen getroffen werden, um die deutsche Volksgruppe in Polen vor jeder unterschiedlichen Behandlung gegenüber dem Staatsvolk zu sichern ....., vor allem bei der Einstellung und Entlassung deutschstämmiger Arbeiter« hat sich somit leider nicht erfüllt, obwohl die Erwiderung des Polnischen Außenministers Beck auf die dortigen mündlichen Vorstellungen in der Angelegenheit (vgl. 4. Absatz des Berichts vom 11. Dezember 1937†) eine günstige Auswirkung erhoffen lassen durfte.

Nachdem nunmehr ein volles Jahr verflossen ist, ohne daß eine Besserung eingetreten wäre, bitte ich, erneut bei der Polnischen Regierung wegen dieser mit der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung vom 5. November 1937†† in krassem Widerspruch stehenden Maßnahmen nachdrückliche Vorstellungen zu erheben und über das Veranlaßte zu berichten.

Im Auftrag

Woermann

---

* Vgl. Nr. 111, 114, 115 und 117.

** Vgl. Nr. 131 und 134.

*** Vgl. Nr. 104.

† Vgl. Nr. 109.

†† Vgl. Nr. 101.

Nr. 137

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 20. Dezember 1938

Die außerordentlich schwierige Lage des Deutschtums und die schikanösen und die Existenz vieler Minderheitsangehöriger vernichtenden Maßnahmen der polnischen Behörden haben eine Änderung nicht erfahren. Es entspricht durchaus den Tatsachen, daß die vielen in der letzten Zeit erfolgten Verhaftungen wegen angeblicher Spionage, die offenbar einer immer mehr Platz greifenden Nervosität der polnischen Amtsstellen entspringt, die deutschen Volksgenossen zur Verzweiflung treiben. Da jede Familie, die in irgendeiner Form noch Verbindungen mit Deutschland oder mit deutschen Kreisen hier unterhält, jeden Augenblick gewärtig sein muß, in irgendeine Affäre verwickelt zu werden, ist es nur zu verständlich, daß eine allgemeine Verängstigung Platz greift, die eine Rettung aus der verzweifelten Lage nur darin erblickt, möglichst schnell von hier abzuwandern.

Ich bin überzeugt, daß dem Polenbund in Deutschland von den deutschen Behörden in keiner Weise Beschränkungen auferlegt werden, wenn er in legaler und das deutsche Staatsinteresse nicht gefährdender Weise mit der Heimat und den heimatlichen Behörden in Deutschland Beziehungen unterhält. Es dürfte daher am Platze sein zu erwägen, ob nicht dieses große Mißverhältnis in der Behandlung der Minderheit hier und drüben geeignet ist, bei den polnischen Stellen Schritte dahin zu unternehmen, daß die Maßnahmen der polnischen Behörden hier, die man beinahe schon mit Verfolgungen des Deutschtums bezeichnen kann — insbesondere, wenn man die Grenzzonenverweisungen, die Agrarreform, die Schulschwierigkeiten, die Verweigerung der Übernahme von ererbtem Besitz in der Grenzzone u. a. mehr in Betracht zieht — abgestellt werden.

Ich fühle mich verpflichtet, mit allem Nachdruck auf den Ernst der Lage hier hinzuweisen. Die von den Polen skrupellos durchgeführte Entdeutschung muß zu einer völligen Zerstörung und Vernichtung des hiesigen Deutschtums führen, wenn es nicht im letzten Moment gelingt, durch Verhandlungen mit der Polnischen Regierung eine den Minderheitenabmachungen entsprechende Handhabung der gesetzlichen und verfassungsmäßigen Bestimmungen herbeizuführen.

von Küchler

Nr. 138

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 29. Dezember 1938

Durch Verfügung vom 20. Dezember hat der Burgstarost von Graudenz die Tätigkeit des Herbergsvereins in Graudenz eingestellt. Ferner hat er die einstweilige Sicherstellung des Vereinsvermögens verfügt und den Stadtpräsidenten von Graudenz Josef Wlodek zum Kurator über das Vermögen ernannt.

Der Stadtpräsident hat das Eigentum des Herbergsvereins sofort übernommen. Dieses setzt sich aus folgenden Grundstücken zusammen:

a) Herberge zur Heimat, bisher Internat der Goetheschule,

b) Kasino, bisher Alumnat der Goetheschule,

c) Marienheim, bisher Büro der Deutschen Vereinigung in Graudenz,

d) Hausgrundstück, am Markt gelegen.

Die Grundstücke repräsentieren einen Wert von 1/4 Millionen Zloty.

In der letzten Zeit habe ich Gelegenheit gehabt, wiederholt über solche Verfolgungsmaßnahmen der polnischen Behörden zu berichten und im Rahmen dieser Verfolgungswelle ist auch das Vorgehen gegen den Herbergsverein zu verstehen.

Der Herbergsverein in Graudenz widmet sich ausschließlich der Wohltätigkeit. Durch die Beschlagnahme der Häuser des Vereins wird aber auch die Goetheschule auf das härteste getroffen, denn das eine Haus war Internat der Goetheschule und in ihm wohnten 80 minderbemittelte Schüler der Goetheschule.

Das Vorgehen der polnischen Behörden ist auch in diesem Falle so rigoros und voller Härte, daß ich der Meinung bin, man sollte dies nicht so ruhig hinnehmen.

von Küchler

Nr. 139

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 30. Dezember 1938

Am 20. d. M. veranstaltete die deutsche Privatschule in Neustadt eine Weihnachtsfeier. In dem Programm war die Aufführung des Märchenspiels »Hans und Gretes Himmelsreise« vorgesehen. Das Märchenspiel mußte jedoch von dem Programm abgesetzt werden, da die zuständige polnische Behörde ihre Zustimmung zur Aufführung des Spiels verweigert hat.

von Küchler

Nr. 140

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 2. Januar 1939

Neben den das Deutschtum hier allmählich vernichtenden Maßnahmen der polnischen Behörden (Verhaftungswelle wegen Spionage, Grenzzonenausweisungen, Agrarreform usw. usw.) gehen Angriffe polnischer Verbände einher, die staatlicherseits nicht unterbunden, sondern geduldet werden. Solche Angriffe werden seitens des berüchtigten Westverbandes in aller Öffentlichkeit gegen deutsche Geschäfte und Handwerker geführt mit dem Ziel, diese Geschäfte durch Boykottierung zu vernichten.

Schon in früheren Berichten war darauf hingewiesen worden, daß der »Verband des jungen Polen« beispielsweise überall vor den Geschäften deutscher Volksgenossen Posten aufgestellt hatte, um Kauflustige von dem Betreten dieser Geschäfte zurückzuhalten. Die aufgestellten Männer — die weiß-rote Armbinden trugen — riefen dabei den Kunden zu »Hier ist eine deutsche Firma« oder »Kauft nicht bei Deutschen«. Eine Beschwerde bei dem hiesigen Starosten führte zu dem Ergebnis, daß der Starost sich nicht in der Lage sah einzugreifen, mit anderen Worten, daß er die Boykottmaßnahmen des »Verbandes des jungen Polen« duldete.

Da die polnischen Behörden nirgends gegen dieses Vorgehen einschritten und nicht einmal, auch nur scheinbar, versuchten, für die Durchführung des Minderheitenabkommens vom 5. November 1937 einzutreten, ist es verständlich, daß die Abwanderungsbewegung erneut eine Steigerung erfahren hat.

von Küchler

Nr. 141

Der Deutsche Geschäftsträger in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 5. Januar 1939

Die anhaltenden Entlassungen volksdeutscher Angestellter und Arbeiter aus den oberschlesischen Industrieunternehmungen sind bei dem Leiter der Westabteilung des Polnischen Außenministeriums Herrn Kunicki erneut zur Sprache gebracht worden*. Hierbei ist unter Bezugnahme auf die seinerzeit von dem Herrn Reichsminister dem Botschafter Lipski aus Anlaß der Veröffentlichung der Minderheitenerklärung übergebene Aufzeichnung festgestellt worden, daß die deutschen Erwartungen sich leider in keiner Weise erfüllt hätten. Man müsse vielmehr im Gegenteil feststellen, daß die Entlassungen gerade während des letzten Jahres noch zugenommen hätten, obwohl die Wirtschaftslage der ostoberschlesischen Industrie eher eine Besserung erfahren habe. In den meisten Fällen habe es sich bei den Entlassungen um Familienväter mit langer Dienstzeit gehandelt, also um einen Kreis von Personen, die normalerweise auch im Rahmen von Betriebsreorganisationen nicht zur Entlassung gelangen. Das rücksichtslose Vorgehen gegen diejenigen Angestellten und Arbeiter, die sich bisher dem Druck der Behörden zum Trotz geweigert hätten, ihre Kinder polnischen Schulen anzuvertrauen, habe in der deutschen Öffentlichkeit eine verständliche Erregung ausgelöst.

Herr Kunicki, der keinen Versuch machte, die ihm genannten Vorfälle irgendwie zu beschönigen, behauptete, an der Verschlechterung der Atmosphäre habe die angeblich schwierige Lage der polnischen Minderheit in Deutschland die Schuld.

* Vgl. Nr. 136.

Demgegenüber ist Herr Kunicki darauf hingewiesen worden, daß seine Behauptungen unbedingt zurückgewiesen werden müßten und daß es sich bei der polnischen Minderheit in Deutschland jedenfalls nie um die Sorge für das tägliche Brot handeln könne. Hunger und Arbeitslosigkeit seien Kampfmittel, deren sich nur der oberschlesische Woiwode gegen die deutsche Minderheit bediene. Es sei daher kein Wunder, wenn große Erbitterung und eine verzweifelte Stimmung in der Minderheit um sich greife. Es läge daher auch im Interesse der deutsch-polnischen Beziehungen, wenn von seiten des Außenministeriums darauf hingewirkt würde, daß endlich der Diskriminierung der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien ein Riegel vorgeschoben werde. Herr Kunicki sagte zu, die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

von Wühlisch

Nr. 142

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 19. Januar 1939

In der letzten Zeit habe ich wiederholt darüber berichten müssen, daß die polnischen Behörden allenthalben in rigoroser Weise gegen das Deutschtum vorgehen. Diese einheitliche Aktion läßt darauf schließen, daß von zentraler Stelle aus Weisungen in dieser Richtung gegeben worden sind. Die wichtigsten Ereignisse der allerletzten Zeit sind das Vorgehen gegen Einzelpersonen, Ausweisungen, Nichtverlängerung von Aufenthaltserlaubnissen, die Beschlagnahme des Herbergsvereins in Graudenz sowie die Untersuchung im Hauptbüro und den Ortsgruppen der Deutschen Vereinigung.

Angesichts dieser Verfolgung des Deutschtums ist es nicht verwunderlich, daß sich der deutschen Bevölkerung eine verzweifelte Stimmung bemächtigt hat und daß man die Lage des Deutschtums hier nicht mit Unrecht als gefährdeter denn je zuvor ansieht. Die Lage des Deutschtums hier hat sich trotz des vielfach betonten Verständigungswillens gegenüber früher wesentlich verschlechtert. Diese Stimmung innerhalb des Deutschtums bewirkt selbstverständlich auch eine erneute Zunahme der Abwanderungsanträge.

von Küchler

Nr. 143

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 26. Januar 1939

Seit dem Ablauf des Genfer Abkommens gehen die hiesigen polnischen Behörden in verstärktem Maße gegen das deutsche Schulwesen vor. Dieses Vorgehen findet seinen schärfsten Ausdruck in den einseitig von den Behörden durchgeführten Sprachprüfungen, die zur Folge haben, daß zahlreiche Kinder vom Besuch der deutschen Schule ausgeschlossen werden.

Nicht weniger als 240 Erziehungsberechtigte sind in Strafe genommen worden, weil sie auf Grund der Entscheidung der Sprachprüfungskommission ihre Kinder nicht den polnischen Schulen zugeführt haben. In vielen Fällen mußten die Erziehungsberechtigten die Geldstrafen absitzen oder abarbeiten. Der größte Teil der Kinder befindet sich seit langer Zeit im Schulstreik.

Nöldeke

Nr. 144

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 1. Februar 1939

Unter dem Vorsitz des schlesischen Sejmmarschalls fand am 29. Januar d. J. in Kattowitz eine Tagung des schlesischen Bezirks des Westverbandes statt, in der Deutschland und die deutsche Volksgruppe in Polen erneut scharfen Angriffen ausgesetzt war. Die von der »Polska Zachodnia« (Nr. 30 v. 30. 1. 1939) *veröffentlichte Entschließung der Tagesordnung beweist, daß die Deutschenhetze des Westverbandes auch*

nach dem Warschauer Besuch des Herrn Reichsaußenministers* in unverminderter Schärfe fortgesetzt wird und den offensichtlichen Zweck verfolgt, die sich anbahnende Entspannung in der Minderheitenfrage zu stören.

Ich bitte, im Polnischen Außenministerium das Befremden der Reichsregierung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß gegen die unausgesetzte deutschfeindliche Kampagne des Westverbandes und insbesondere gegen die obenerwähnte Veranstaltung keine Schritte unternommen wurden, obwohl die Polnische Regierung rechtzeitig auf die Kundgebung aufmerksam gemacht ist.

Im Auftrag

Woermann

Nr. 145

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 3. Februar 1939

Aus Anlaß der kürzlich hier durchgeführten Tagung des polnischen Westverbandes sprach der Direktor des Westverbandes Miecyslaw Zaleski aus Warschau über »Die deutsch-polnischen Beziehungen in Verbindung mit der gegenwärtigen internationalen Lage«. Zaleski charakterisierte dabei die polnische Politik kurz und offen wie folgt:

Die Übereinstimmung der Handlungsweise Deutschlands und Polens sei nicht eine Folge der Übereinstimmung der tatsächlichen politischen Ziele, sondern nur aus taktischen Gründen diktiert. Das Problem der nationalen Minderheiten sei dagegen der beste Spiegel der tatsächlichen politischen Tendenzen. Im Gegensatz zu den aus der gegenwärtigen Lage heraus diktierten politischen Abmachungen, die den Zweck hätten, konjunkturelle Vorteile zu erzielen, sei die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten auf weitere Sicht berechnet und bezwecke die Vorbereitung des Terrains für einen künftigen Zusammenstoß.

Nöldeke

Nr. 146

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 25. Februar 1939

Die aus heutiger DNB-Meldung bekannte deutsch-feindliche Demonstration vor Botschaftsgebäude ist schärfste Kundgebung, die seit den letzten acht Jahren hier stattgefunden hat. Abgesehen vom Einwurf eines Fensters wurde zum ersten Mal Haßgesang der »Rota« vor der Botschaft gesungen und während einer Viertelstunde wechselten Sprech-Chöre ab mit Rufen wie »Nieder mit Hitler«, »Fort mit den deutschen Hunden«, »Es lebe das polnische Danzig«, »Nieder mit der deutschfreundlichen Politik«. Die beiden vor der Botschaft stationierten Polizeibeamten beschränkten sich darauf, den Eingang des Gebäudes zu schützen. Erst der herbeigerufenen Verstärkung durch berittene Polizei und drei Panzerwagen gelang es, die Straßen zu säubern.

Herr Beck hat mir heute abend durch seinen Protokollchef Bedauern und Entschuldigung Polnischer Regierung übermitteln lassen; er habe besonders bedauert, daß diese Demonstration wegen ihres spontanen Entstehens nicht schnell habe beseitigt werden können. Es seien sowohl in politischer wie in polizeilicher Hinsicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um Wiederholung solcher Vorgänge zu verhindern. Ministerpräsident habe persönlich die Überwachung der getroffenen Anordnungen übernommen.

Moltke

---

* Vgl. Nr. 202.

Nr. 147

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 25. Februar 1939

Heutige erneute Demonstration vor Botschaft spielte sich in ähnlichen Formen ab wie gestrige mit dem Unterschied, daß dieses Mal schwere Steine gegen das Gebäude geworfen wurden, durch die ein Fenster im Unter- und zwei Fenster im Oberstockwerk durchschlagen wurden. Die Polizei, die seit gestern erheblich verstärkt worden war (es befanden sich in unmittelbarer Nähe der Botschaft 40 Polizisten) verhielt sich während der ganzen Dauer der 15 Minuten anhaltenden Kundgebung völlig untätig. Der Abzug der 300köpfigen Menge scheint im Verhandlungsweg erreicht worden zu sein. Demonstranten setzten sich vorwiegend aus rechtsradikalen Studenten zusammen.

Im Auftrag Ministerpräsidenten und Ministers des Äußern überbrachte hiesiger Woiwode, dem gesamte Polizei Warschaus untersteht, Entschuldigung der Regierung. Nach seiner Darstellung ist ein Polizeikordon durchbrochen worden, wodurch Demonstranten bis zur Botschaft vordringen konnten. Der verantwortliche Offizier ist sofort vom Dienst suspendiert worden. Von dem Versagen der Polizei vor Botschaftsgebäude schien Woiwoden bis zu meiner Beschwerde noch nichts bekannt zu sein.

Moltke

Nr. 148

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Telegramm

Posen, den 25. Februar 1939

Gestern stattfanden hier antideutsche Ausschreitungen polnischer Studenten. Zug mehrerer hundert Demonstranten kurz vor Generalkonsulat von Polizei aufgelöst. Gestern und besonders vergangene Nacht Fensterscheiben von mindestens 11 volksdeutschen Gebäuden und Geschäften zertrümmert. Einzelne Volksdeutsche mißhandelt.

Kassler

Nr. 149

Der Deutsche Konsul in Krakau an das Auswärtige Amt

Bericht

Krakau, den 25. Februar 1939

Das Studentenheim der deutschen Hochschüler in Krakau war gestern abends um 9 Uhr der Schauplatz einer wüsten, deutschfeindlichen Demonstration. Eine Anzahl von etwa 200 bis 300 Personen hatte sich vor dem erwähnten Hause zusammengefunden, und eine Gruppe von etwa 15 polnischen Studenten drangen, mit Knüppeln und Totschlägern versehen, in das deutsche Studentenheim ein. Sie überfielen die dort anwesenden deutschen Hochschüler und Hochschülerinnen, wobei ein Hochschüler derartig blutig geschlagen wurde, daß er sofort in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Einer der Eindringlinge zerstörte die Lichtleitung, so daß in den Räumen sofortige Finsternis eintrat, und nun begann ein unerhörtes Zertrümmern der Einrichtung. Stühle, Tische und Klavier, Fensterscheiben und Kleiderrechen wurden ein Opfer des sinnlosen vandalischen Wütens der polnischen Studenten Erst längere Zeit, nachdem die Demonstranten sich entfernt hatten, kam die Polizei und nahm ein Protokoll auf.

Schillinger

Nr. 150

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Telegramm

Posen, den 28. Februar 1939

Vorbereitet durch eine Hetzkampagne der polnischen Presse kam es ab Freitag, dem 24. d. M., in Posen zu schweren deutschfeindlichen Kundgebungen polnischer Studenten, denen sich auch Straßenpassanten und halbwüchsige Burschen anschlossen. Das Posener Deutschtum wurde dadurch schwer betroffen. Die Studenten überfielen deutsche Menschen und fast sämtliche bekannten deutschen Gebäude, die vielfach sogar mehreren Überfällen ausgesetzt waren. Die Unruhen dauern zur Zeit noch an.

Matuschka

Nr. 151

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 28. Februar 1939

Unter den deutschfeindlichen Kundgebungen, die im Zusammenhang mit dem Danziger Studentenkonflikt * polnischerseits in Szene gesetzt wurden, ist besonders die Versammlung der Akademischen Legion, die am vergangenen Sonntag in der Warschauer Universität stattfand, hervorzuheben. An der Versammlung, die zunächst verschoben werden sollte, aber auf Intervention militärischer Stellen, vom Ministerpräsidenten doch noch genehmigt worden war, nahmen u. a. der Vizekriegsminister General Gluchowski, der Leiter des Amts für Wehrschulung und körperliche Ertüchtigung General Sawicki, ferner eine Reihe von Offizieren und Hochschulprofessoren teil. Der vom Kriegsminister ernannte Leiter der Akademischen Legion Oberst Tomaszewski hielt eine leidenschaftliche Ansprache an die Studenten, in der er an ihren patriotischen Geist appellierte und Opferbereitschaft von ihnen forderte; hierbei flocht er verschiedentlich politische Ausfälle ein, die teils ausdrücklich gegen Deutschland gerichtet, teils auf Deutschland gemünzt waren und in diesem Sinne von seinen Zuhörern verstanden wurden. Polen, so erklärte er, habe keinerlei Territorien zurückzugeben, dagegen mehr als eines zurückzufordern. (Zwischenrufe: Das polnische Danzig! Das polnische Ostpreußen!) Danzig, so fuhr Tomaszewski fort, sei eine Eiterbeule am polnischen Leibe, die man aufschneiden müsse.

Nachdem die studentischen Redner zum Teil noch zügellosere Ausfälle gegen Deutschland gerichtet hatten, wurde u. a. beschlossen, einen »Ohne Deutschen-Tag«, d. h. einen Boykott-Tag, der sich gegen alle Deutschen und alles Deutsche richten soll, zu veranstalten.

Die Kundgebung der Akademischen Legion, einer vom Kriegsministerium betreuten Organisation, die der militärischen Vorbereitung der Hochschuljugend dient, unterscheidet sich dadurch von den sonstigen seitens der nationalradikalen Studenten verübten deutschfeindlichen Straßentumulte und Ausschreitungen, daß es sich hier um eine unter dem Schutz hoher militärischer Stellen und in Anwesenheit des Vizekriegsministers abgehaltene Veranstaltung handelte. Die Sympathien mancher Militärkreise für die deutschfeindliche Gesinnung der Studentenschaft, die schon im Verlauf der jüngsten Vorfälle zu beobachten war, fand bei diesem Anlaß eine neue Bestätigung. Ähnlich der Einstellung der Militärkreise ist diejenige der Polizei, was ihr passives Verhalten bei den Demonstrationen vor der Botschaft am Freitag und Sonnabend der vergangenen Woche zeigte **.

Wegen des unerhörten Versagens der Polizei habe ich mich beim Außenministerium aufs nachdrücklichste beschwert. Seit Sonnabend abend ist der Schutz der Botschaft nunmehr effektiver geworden; ein heute erneut von studentischen Demonstranten unternommener Versuch, vor das Botschaftsgebäude zu gelangen, wurde von der Polizei energisch verhindert.

Den Entschuldigungen, die am Freitag und Sonnabend durch den Chef des Protokolls und den Warschauer Woiwoden erfolgt waren, hat sich Herr Beck persönlich bei unserem Zusammentreffen anläßlich des Diners für Graf Ciano auf der Italienischen Botschaft angeschlossen. Verschiedene Veröffentlichungen in der heutigen Presse mahnen zur Ordnung und Disziplin und suchen zu beruhigen. Man kann jedoch nicht sagen, daß die Elemente, die die deutschfeindlichen Demonstrationen hervorgerufen und veranstaltet haben, tatsächlich schon zur Ruhe gebracht wären.

von Moltke

---

* Vgl. Nr. 195 und 196.

** Vgl. Nr. 146 und 147.

Nr. 152

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter

Aufzeichnung

Berlin, den 28. Februar 1939

Ich empfing heute den Polnischen Botschafter und sagte ihm, daß ich mit immer steigendem Unbehagen die Entwicklung in Polen auf Grund der lokalen Danziger Studentenzwischenfälle* betrachte. Ich wies auf die zweimaligen Demonstrationen vor der Botschaft hin, bei denen die Polizei anscheinend untätig zugesehen habe**, und ferner auf die Hetze in einem großen Teil der polnischen Presse. Die Demonstrationen hielten auch am heutigen Tage über ganz Polen noch an. Ich wies den Botschafter darauf hin, daß ich bisher die ganzen Vorgänge völlig aus der deutschen Presse herausgehalten habe. Wenn diese Pressehetze und die Demonstrationen in Polen allerdings weitergingen, würde die deutsche Presse antworten und er wisse ja wohl genügend von der deutschen Presse, daß sie es dann allerdings auch gründlich tun werde. Er, Lipski, kenne ja die Grundeinstellung des Führers, die einen großen endgültigen Ausgleich mit Polen finden möchte, und diese Einstellung sei immer unverändert. Durch solche bedauerlichen Vorkommnisse könne allerdings dieser Ausgleich sehr erschwert oder zumindest sehr verzögert werden.

von Ribbentrop

Nr. 153

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Telegramm

Posen, den 1. März 1939

Heute morgen 6 Uhr wurde Scheibe an Eingangstür Generalkonsulats zerschlagen. Habe Woiwoden benachrichtigt und ihn gebeten, notwendige Maßnahmen zu treffen. Diese Nacht wiederum Scheiben in volksdeutschen Läden eingeschlagen. Da durch immer noch provozierende Haltung Studenten Gefahr von Zusammenstößen mit Reichs- und Volksdeutschen besteht, bitte auch dort auf Abstellung unerträglicher Lage hinzuwirken.

Matuschka

Nr. 154

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 4. März 1939

Die vergangene Woche hat keinerlei Entspannung gebracht. Aus vielen Gegenden meines Amtsbezirks werden mir weitere Demonstrationen oder Maßnahmen gegen das deutsche Volkstum gemeldet.

In einzelnen Städten wird jetzt der Boykott gegen die Deutschen auf solche polnischen Geschäfte ausgedehnt, in denen die Kundschaft in deutscher Sprache abgefertigt wird. Dabei ist zu bemerken, daß der vom Westverband schon seit der Abtrennung des Gebiets betriebene Boykott gegen deutsche Ladeninhaber dazu geführt hat, daß viele derartige Geschäfte eingegangen und ihre Besitzer abgewandert sind. Aber mit diesem Erfolg ist man noch nicht zufrieden; es muß auch noch der polnische Geschäftsmann, der seine nun zu ihm kommenden deutschen Kunden deutsch bedient, darauf aufmerksam gemacht werden, daß er Deutsche überhaupt nicht zu bedienen hat.

Erst vor wenigen Tagen ist im Offizierkorps in einer Offiziersbesprechung beschlossen worden, diejenigen Geschäfte zu meiden, in denen die Kunden noch in deutscher Sprache bedient würden. Man will mit anderen Worten, entgegen allen Abmachungen, dem Deutschen das Leben einfach unmöglich machen und ihn vertreiben.

---

* Vgl. hierzu Nr 195 und 196.

** Vgl. Nr. 146 und 147.

Die Boykottaktion gegen deutsche Geschäfte hat im übrigen in der verflossenen Woche zu einem größeren Tumult in Bromberg geführt. Dort wurden in der Nacht vom Dienstag, dem 28. 2., auf Mittwoch, den 1. 3. 1939, in der ganzen Stadt an Häusern, Schaufenstern, Litfaßsäulen und Zäunen Plakate angeklebt, worin zum Wirtschaftsboykott der Deutschen aufgefordert wird.

von Küchler

Nr. 155

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 9. März 1939

In einer Unterredung, die ich gestern mit Herrn Beck hatte, bin ich noch einmal auf die Kundgebungen vor der Deutschen Botschaft zurückgekommen, wobei ich besonders auf das offensichtliche Sympathisieren der Polizei mit den Demonstranten verwiesen habe, sowie darauf, daß ein höherer polnischer Offizier einem Gewährsmann gegenüber diese Demonstrationen als durchaus berechtigt bezeichnet habe. Ich erklärte Herrn Beck, daß diese beiden Feststellungen sowie andere Beobachtungen solcher Art bedauerlicherweise gezeigt hätten, wie schmal die Basis sei, auf der hier in Polen die Verständigungspolitik betrieben werde. Außer ihm selbst und etwa einem halben Dutzend anderer Persönlichkeiten gebe es hier in Polen eigentlich niemand, der sich ernstlich für diese Angelegenheit interessiere. Man könne sich auch nicht wundern, wenn die Stimmung Deutschland gegenüber sich hier dauernd verschlechtere; denn die Presse höre nicht auf zu hetzen. Tagtäglich erschienen unfreundliche Artikel, und zwar nicht nur in der Oppositionspresse, sondern auch in den provinziellen Regierungsorganen und nur die beiden in Warschau erscheinenden offiziösen Zeitungen verhielten sich einigermaßen korrekt. Noch schlimmer sei aber die Agitation des Westverbandes, der in außerordentlich sinnfälliger Weise durch verschiedene planmäßige Aktionen die Bevölkerung gegen alles Deutsche aufhetze. Geradezu ungeheuerlich sei im August v. J. die während dreier Wochen durch das ganze Land gehende Demonstrationswelle* gewesen, mit der gegen die angebliche Brutalität der Deutschen protestiert wurde, und zwar anläßlich des bedauernswerten Unglücksfalles eines polnischen Eisenbahners, der auf der Strecke Danzig–Gdingen aus dem Zuge gefallen war, wobei ihm beide Beine abgefahren wurden. Die damalige Hetze sei von der Regierung geduldet worden, obwohl ihr bekannt war, daß der den Deutschen zur Last gelegte Unfall lediglich durch Verschulden des betreffenden polnischen Eisenbahnbeamten selbst herbeigeführt worden war, ohne daß irgend ein Deutscher dabei beteiligt gewesen wäre. Das sei der unglaublichste Fall von Verhetzung gewesen, der mir je vorgekommen sei.

Herr Beck schien über diese Ausführungen recht betroffen und erklärte nochmals, wie sehr er die Vorfälle vor der Deutschen Botschaft bedauert hätte. Er gab zu, daß die Polizei versagt habe und erklärte, daß der schuldige Polizeioffizier vor Gericht gestellt werden würde. Im übrigen meinte er, man dürfe die Dinge auch nicht zu pessimistisch ansehen. Die Verständigungspolitik sei in der Tat nicht immer leicht durchzuführen und er verhehle sich keineswegs ihre Schwierigkeiten. Er habe namentlich im Jahre 1936 schwere Kämpfe bestehen müssen, um diese von Pilsudski inaugurierte Politik zur Anerkennung zu bringen; seither begegne er aber in politischen Kreisen wachsendem Verständnis dafür. Die Gründe für die Verschlechterung der Stimmung während der letzten Monate sehe er hauptsächlich in der karpathoukrainischen Frage, da man Deutschland die Schuld zuschiebe, daß es nicht zu einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze gekommen sei.

Ich verwies darauf, daß dieser Behauptung durch die sehr klaren Erklärungen von Berchtesgaden** der Boden entzogen worden wäre und daß es doch wirklich an der Zeit sei, etwas gegen die Brunnenvergiftung zu unternehmen. Wir könnten es jedenfalls nicht verstehen, wenn die Pressehetze von der Regierung geduldet werde und wenn man dem Westverband für seine deutschfeindlichen Aktionen freie Hand gebe.

von Moltke

---

* Vgl. Nr. 193.

** Vgl. Nr. 200.

IX. Fortsetzung der Enteignung Deutschen Grundbesitzes in Nichtachtung der Minderheitenerklärung (Februar 1938 bis Februar 1939)

Nr. 156

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 16. Februar 1938

Soweit aus bisher vorliegendem Material festzustellen, ergibt Namensliste für Agrarreform*, daß in diesem Jahr 22 800 ha aus deutscher Hand enteignet werden gegenüber 21 100 ha im vorigen Jahr. Allerdings sind die Enteignungen aus polnischer Hand in diesem Jahr mit 13 500 ha höher als die vorjährigen mit 6 100 ha, so daß der Prozentsatz des deutschen Anteils sich von etwa 75 Prozent im vorigen Jahr auf etwa 64 Prozent in diesem Jahr verbessert hat; er liegt aber immer noch wesentlich über dem nur etwa 30 Prozent betragenden deutschen Anteil an dem der Agrarreform unterliegenden Gesamtareal. Mithin ist bedauerlicherweise festzustellen, daß auch die Minderheitenerklärung, die hinsichtlich des Grundbesitzes Gleichstellung zusichert, sich auf Durchführung der Agrarreform nicht ausgewirkt hat, obwohl unsererseits seinerzeit ausdrücklich auf diese Zusammenhänge hingewiesen wurde**.

Moltke

Nr. 157

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 22. Februar 1938

Nachdem bereits im vorigen Jahre der deutsche Besitz übermäßig stark, im Gegensatz zum polnischen Besitz, zur Agrarreform herangezogen worden war, hatten die maßgeblichen deutschen Kreise die Hoffnung gehegt, daß ihr Besitz in diesem Jahr geschont werden würde. Sie fühlten sich zu dieser Hoffnung umsomehr berechtigt, als sie glaubten, daß die am 5. 11. 1937 abgegebene Minderheitenerklärung nun endlich Früchte tragen würde. Die jetzt veröffentlichten Namenslisten haben aber alle ihre Hoffnungen zunichte gemacht. Nach einer an den Polnischen Ministerpräsidenten gerichteten Eingabe des Senators Hasbach entfallen nämlich von der gesamten Fläche, die in den Woiwodschaften Posen und Pommerellen zur Zwangsparzellierung herangezogen wird,

auf Deutsche	22,254 ha,
auf Polen	13,945 ha.

Seit Bestehen des Agrarreformgesetzes sind bisher insgesamt zur Zwangsparzellierung angefordert worden:

von Deutschen	109,912 ha = 66 %,
von Polen	55,714 ha = 34 %.

Im Jahre 1925, d. h. zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Agrarreformgesetzes waren vom gesamten der Agrarreform unterliegenden Besitz

in polnischen Händen	729,750 ha,
in deutschen Händen	513,770 ha.

Von dieser Gesamtfläche entfallen auf Landvorrat***

in polnischen Händen	411,810 ha,
in deutschen Händen	261,260 ha.

Diese Flächen verhalten sich also in Prozentzahlen gerechnet wie 62:38.

Bei einer gerechten Handhabung der Agrarreform hätten vom privaten Grundbesitz also auch nur in diesem Prozentverhältnis Deutsche und Polen zur Zwangsparzellierung herangezogen werden dürfen. Von den Polen wurden jedoch nur 55,714 ha, von den Deutschen dagegen 109,912 ha auf den Namenslisten angefordert. Diese Ziffern verhalten sich aber gerade im umgekehrten Verhältnis zur Besitzfläche. Es sind vom polnischen Besitz statt 62% nur 39%, vom deutschen dagegen 61% statt 38% zur Zwangsparzellierung angefordert worden.

---

* Die Liste mit den Namen des zur Landabgabe herangezogenen Besitzes wurde in jedem Jahre am 15. Februar veröffentlicht. Vgl. zur Liste von 1934 Nr. 42, von 1935 Nr. 55, von 1936 Nr. 64, von 1937 Nr. 74.

** Vgl. Nr. 94, 95 und 104.

*** D. h. die Gesamtheit der nach dem Agrarreformgesetz der Parzellierung unterworfenen Flächen, also nach Abzug der nicht der Parzellierung unterworfenen Restgüter, Forsten und Gewässer.

Darüber hinaus weist Senator Hasbach auf eine weitere schwerwiegende Sorge der deutschen Minderheit hin. Obwohl der deutsche Grundbesitz ungerechtfertigt stark zur Agrarreform herangezogen wurde und damit der Lebensraum der deutschen Minderheit eine ungeheure Einschränkung erfuhr, ist auf den neugebildeten Bauernwirtschaften die deutsche Minderheit fast gar nicht angesetzt worden. Nach vorliegendem Material ist noch nicht einmal 1% der zur Agrarreform herangezogenen Fläche der deutschen Minderheit zugute gekommen, da die Landkommissare in den Woidwodschaften Posen und Pommerellen die Ansetzung von Angehörigen der deutschen Minderheit fast grundsätzlich ablehnen.

Die vom Senator Hasbach angeführten Tatsachen lassen es begreiflich erscheinen, daß sich bei den Deutschen Bestürzung und Hoffnungslosigkeit bemerkbar machen. Aus dem Vorgehen der Polen geht ohne irgendeine Vertuschungsabsicht klar hervor, daß für sie die Minderheitenabmachungen nicht gelten, sondern daß sie den unerbittlichen Grundsatz verfolgen, das Deutschtum trotz aller Versprechungen und Beteuerungen zu vernichten. Nimmt man zu dieser Agrarreform noch die Schikanen des Grenzzonengesetzes und die in der letzten Zeit erfolgten Aufenthaltsverweigerungen hinzu, so kann man gut verstehen, daß die Deutschen jede Hoffnung, ihre Lage hier erträglich zu gestalten, aufgeben müssen.

Walther

Nr. 158

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Berlin, den 22. Februar 1938

Namensliste vom 15. Februar hat hier größtes Befremden hervorgerufen, da in Woiwodschaften Posen und Pommerellen deutscher Besitz wiederum unverhältnismäßig stärker als polnischer zur Zwangsparzellierung herangezogen wird.

Ich bitte deshalb, Außenminister unser stärkstes Befremden über diese neuen Maßnahmen auszusprechen, die mit deutsch-polnischer Minderheitenerklärung nicht in Einklang ständen. Deutsche Regierung sei über Verletzung Minderheitenerklärung besonders verwundert, weil Sie im Verlaufe Ihrer Besprechungen mit Polnischem Außenminister über Formulierung und Bedeutung dieser Erklärung wiederholt ausdrücklich und unwidersprochen darauf hingewiesen hätten, daß künftige Anwendung der Agrarreform zu Entdeutschungszwecken mit Erklärung nicht vereinbar sei*.

Mackensen

Nr. 159

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 25. Februar 1938

Die letzte Veröffentlichung der Namensliste, nach der wiederum viele deutsche Güter enteignet wurden und in der auch wieder die stärkere Heranziehung des deutschen Besitzes gegenüber dem polnischen klar zu Tage tritt, wird hier für ein schweres Unglück angesehen. Die Stimmung unter den Deutschen ist infolgedessen auch hoffnungslos und verzweifelt. Sie wissen nicht ein und nicht aus, und nirgends sehen sie einen Hoffnungsschimmer. Die Entschädigung, die bezahlt wird, ist nichts weiter wie eine Verschleierung der Wegnahme. Güter, die guten und besseren Boden haben und die infolgedessen für einen Morgen Land einen Durchschnittswert von 250 Zloty berechnen, erhalten durchschnittlich nur 60 Zloty pro Morgen, also rund 25%, und auch diese Entschädigung wird nicht in bar, sondern zum allergrößten Teil mit Staatsobligationen bezahlt, die an der Börse nur einen Wert von 50% haben.

Unter diesen Umständen ist es nur zu begreiflich, daß die deutschen Volksgenossen, die unter der Herrschaft des Minderheitenabkommens eine bessere Zukunft erwarteten und nun wieder so unverständlich hart angefaßt werden, sich in dumpfer Verzweiflung nach Hilfe umschauen. Sie sind enttäuscht, daß die deutsche Presse keine Notiz von ihrem Leid nimmt und sich nicht in ihre Lage versetzt. Nirgends lesen sie in den Zeitungen eine gerechte und ungeschminkte Würdigung des Geschehenen. Nur völlig unzureichend wird ihr Schicksal gestreift und das Ungeheuerliche des Vertragsbruches ausgewertet. Die Deutschen sehen mit Grauen und mit dem Gefühl absoluten Verlassenseins ihrem Untergang entgegen.

von Küchler

* Vgl Nr. 94 und 95.

Nr. 160

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 8. März 1938

Wie bereits gemeldet, habe ich die mit dortigem Telegramm angeordnete Demarche* in Sachen der Agrarreform erst am 4. d. M. abends, also unmittelbar vor der Abreise des Außenministers Beck nach Rom, ausführen können. Ich habe hierbei das in dem Bericht des Generalkonsulats Posen vom 22. Februar** enthaltene Zahlenmaterial weisungsgemäß verwertet, das meines Erachtens unwiderlegbar die Schlechterstellung der deutschen Minderheit beweist. Ich habe des weiteren ausgeführt, daß bei Neuansiedlungen sowohl wie bei Anliegersiedlungen die deutschen Bauern planmäßig ausgeschlossen werden und daß die Handhabung der Grenzzonenverordnung durch fast restlose Ablehnung der bei jedem Eigentumswechsel erforderlichen Genehmigung — auch wenn es sich um Erbübergang von Vater auf Sohn handelt — zu einer Maßnahme der Entdeutschung geworden ist. Schließlich habe ich unter Fortführung einer früheren Unterhaltung Herrn Beck auch noch Material über die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien mitgeteilt, um zu beweisen, daß das deutsche Element wirtschaftlich überall und in jeder Hinsicht zurückgesetzt wird.

Herr Beck bestritt, daß auf irgendeinem Gebiet eine unfreundliche Tendenz gegenüber der deutschen Minderheit vorhanden sei und berief sich erneut auf Weisungen, die in dieser Hinsicht von dem Ministerpräsidenten gegeben worden seien. Zu dem von mir vorgelegten Zahlenmaterial über die Agrarreform führte Herr Beck folgendes aus: Zunächst einmal sei das Ziel des Agrarreformgesetzes, den gesamten landwirtschaftlichen Großgrundbesitz in Polen auf die im Gesetze vorgesehene Größe herunterzudrücken. Dieses Ziel würde fortan in einem schnelleren Tempo verfolgt werden als bisher, so daß es voraussichtlich schon in ganz wenigen Jahren restlos erreicht sein werde. Die Frage der Reihenfolge spiele infolgedessen keine sehr große Rolle mehr, da in sehr kurzer Zeit sowieso alle Grundbesitzer, ob Polen oder Deutsche, von der Agrarreform erfaßt sein würden. Zweitens verwies Herr Beck auf die freiwilligen Parzellierungen, die in verhältnismäßig großem Umfange seitens der polnischen Eigentümer durchgeführt worden seien und fast gar nicht von deutscher Seite. Schließlich machte Herr Beck geltend, daß der Großgrundbesitz sich zu 30% in deutscher Hand befinde, während der deutsche Bevölkerungsanteil in den fraglichen Provinzen wesentlich geringer sei. Als ich Herrn Beck darauf hinwies, daß er hiermit ein rein politisches Moment in die Frage der Agrarreform einschalte, erklärte er, es handele sich nicht um ein politisches, sondern um ein rein soziales Moment, insofern als das Agrarreformgesetz die Aufgabe stelle, zunächst einmal den übermäßig großen Besitz zu zerschlagen und der bäuerlichen Hand zuzuführen. Nun befänden sich aber gerade die größten landwirtschaftlichen Betriebe in deutscher Hand, und so sei die stärkere Heranziehung des deutschen Grundbesitzes vollkommen im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen und den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit.

Die Beckschen Argumente sind, und ich habe das nachdrücklichst zum Ausdruck gebracht, in keiner Weise stichhaltig. Was zunächst die Behauptung anbetrifft, daß die Agrarreform in wenigen Jahren restlos durchgeführt sein werde, so wird, auch wenn den Wünschen des Landwirtschaftsministers Poniatowski entsprechend das Tempo der Durchführung wesentlich beschleunigt werden sollte, schon aus finanziellen Gründen noch eine recht erhebliche Zeitspanne notwendig sein. Abgesehen hiervon aber ist noch keineswegs zu übersehen, ob bei der ständig wachsenden Opposition gegen die Agrarreform die Parzellierung überhaupt bis zu Ende durchgeführt werden wird. Jedenfalls liegt aber nicht die geringste Berechtigung vor, die deutschen Grundbesitzer in der Reihenfolge an die erste Stelle zu setzen. Was die freiwilligen Parzellierungen anbetrifft, so sind dieselben nach den uns vorliegenden Zahlenangaben nicht so erheblich, daß sie das für die deutsche Minderheit ungünstige Bild verändern könnten. Auch die Behauptung, daß gerade die größten landwirtschaftlichen Betriebe sich in deutscher Hand befänden, ist völlig unzutreffend. Vielmehr sind die großen deutschen Besitze längst enteignet und in allen Größenklassen überwiegt jetzt der polnische Grundbesitz.

Herr Beck, der sein Zahlenmaterial nicht zur Hand hatte, machte schließlich den Vorschlag, die Besprechung nach seiner Rückkehr aus Rom noch einmal wieder aufzunehmen, da ihm daran liege, daß keine Mißverständnisse zurückblieben. Ich habe mich damit einverstanden erklärt und darf nach der weiteren Besprechung erneut berichten***.

von Moltke

---

* Vgl. Nr. 158.

** Vgl. Nr. 157.

*** Es haben im Anschluß hieran weitere Besprechungen über diese Frage sowohl mit dem Polnischen Außenminister wie mit seinen Sachbearbeitern stattgefunden. Hierbei mußte polnischerseits zugegeben werden, daß der deutsche Grundbesitz tatsächlich bisher erheblich stärker zur Landabgabe herangezogen worden ist als der polnische. Deutscherseits wurde mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß diese klare Diskriminierung der deutschen Minderheit nicht mehr hingenommen werden könne und daß auf Grund der Minderheitenerklärung auch in der Frage der Agrarreform die zugesagte volle Gleichberechtigung und gleiche Behandlung der deutschen Minderheit erwartet werden müsse. In den Verhandlungen wurde in erster Linie angestrebt, die Diskriminierung der Namensliste für 1938 zu beseitigen. Die deutschen Wünsche sind aber unberücksichtigt geblieben.

Nr. 161

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 9. November 1938

Wie der Botschaft bekannt ist, sind die zuständigen polnischen Stellen seit einiger Zeit mit den Vorarbeiten zu der im Februar nächsten Jahres erscheinenden Namens- und Jahresliste für die weitere Durchführung der Agrarreform befaßt. Um nach Möglichkeit zu verhüten, daß durch diese neuen Listen der Grundbesitz der deutschen Volksgruppe in Westpolen wie in den Vorjahren in weitaus stärkerem Umfange als nationalpolnischer Besitz zur Parzellierung herangezogen wird, erscheint es dringend geboten, schon jetzt der Polnischen Regierung gegenüber unsere bestimmte Erwartung zum Ausdruck zu bringen, daß durch die neue Liste Grundbesitz der deutschen Volksgruppe in den polnischen Westprovinzen, im Gegensatz zur bisherigen Praxis, lediglich entsprechend dem Anteil des in deutscher Hand befindlichen Besitzes an dem der Agrarreform unterliegenden Gesamtgrundbesitz zur Landabgabe herangezogen wird.

Ich bitte, beim dortigen Außenministerium tunlichst umgehend in diesem Sinne vorstellig zu werden und sich dabei insbesondere auf Ziffer 5 der Minderheitenerklärung vom 5. November 1937 zu berufen, die uns — wie der Polnischen Regierung gegenüber im Verlauf der Verhandlungen über diese Erklärung wiederholt ausdrücklich und unwidersprochen zum Ausdruck gebracht worden sei (z. vgl. Drahtbericht vom 26. 8. 1937)* — gerade gegen unterschiedliche Behandlung der Volksdeutschen bei der Agrarreform schützen sollte. Ich bitte, dabei ferner auszuführen, die Deutsche Regierung erwarte bestimmt, daß die Polnische Regierung der Tatsache, daß der Besitz der deutschen Volksgruppe bisher wesentlich stärker von der Agrarreform erfaßt worden sei als der nationalpolnische, bei der Aufstellung der Namensliste für 1939 gebührend Rechnung tragen werde.

Für einen Bericht über das Veranlaßte sowie das Ergebnis der dortigen Demarche wäre ich dankbar.

Weizsäcker

Nr. 162

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 22. November 1938

Die mir aufgetragene Demarche wegen der weiteren Durchführung der Agrarreform ist bei Ministerialdirektor Graf Lubieński, dem Kabinettschef des Außenministers, ausgeführt worden. Bereits im März d. J. nach Veröffentlichung der letzten Namensliste war dieser Fragenkomplex mit dem Grafen Lubieński besprochen worden, der sich bereit erklärte, die Frage der Benachteiligung des deutschen Grundbesitzes beim Polnischen Agrarminister zur Sprache zu bringen. Graf Lubieński hat nunmehr wieder erklärt, daß mit der Durchführung der Bodenreform in keinem Fall eine Benachteiligung des deutschen Grundbesitzes beabsichtigt sei. Die Listen würden ohne Ansehung der Nationalität der Besitzer nach rein sachlichen Gesichtspunkten aufgestellt.

Dem Grafen Lubieński ist erwidert worden, daß die Art und Weise, wie bisher die Bodenreform in Polen gehandhabt worden sei, auf deutscher Seite den berechtigten Eindruck erweckt habe, daß es sich in erster Linie um eine großzügige Entdeutschungspolitik handele. Maßgebend für die Beurteilung müsse die Tatsache sein, daß der deutsche Besitz im Verhältnis mehr als doppelt so stark zur Bodenreform herangezogen worden sei als der polnische. Die Veröffentlichung der Namensliste im Februar d. J. habe in der deutschen Öffentlichkeit eine um so stärkere Empörung ausgelöst, als man unbedingt auf Grund der Minderheitenerklärung eine gerechtere Handhabung hätte erwarten dürfen. Falls der Agrarminister für unsere Auffassung kein Verständnis zeige und mit seiner Entdeutschungspolitik fortfahren sollte, so wäre mit einer sehr empfindlichen Rückwirkung auf die deutsche öffentliche Meinung zu rechnen.

von Moltke

---

* Vgl. Nr. 95. Zu vergleichen auch Nr. 94 und 104.

Nr. 163

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 15. Februar 1939

Nach telephonischer Meldung der Deutschen Botschaft in Warschau ist im polnischen Gesetzblatt von heute die Liste (Namensliste) der Grundstücke, die im Jahre 1939 zur Zwangsparzellierung im Wege der Agrarreform bestimmt worden sind, veröffentlicht worden. Nach dieser Liste entfallen

in der Woiwodschaft Posen von insgesamt 20 275 ha auf deutschen Besitz 12 142 ha,
in der Woiwodschaft Pommerellen von insgesamt 17 437 ha auf deutschen Besitz 12 538 ha,
in der Woiwodschaft Oberschlesien von insgesamt 7 438 ha auf deutschen Besitz 6 813 ha.

Diese Maßnahmen stehen in krassem Widerspruch zur deutsch-polnischen Minderheitenerklärung vom 5. November 1937 sowie zu den wiederholten Zusicherungen der Polnischen Regierung, deutsche Volkstumsangehörige bei der Agrarreform nicht zu diskriminieren. Der deutsche Landvorrat* beträgt in Posen und Pommerellen nur etwa ein Drittel des gesamten, der Agrarreform unterliegenden Besitzes.

Schliep

Nr. 164

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Telegramm

Thorn, den 16. Februar 1939

Neue Namensliste Agrarreform hat in volksdeutschen Kreisen hier niederschmetternden Eindruck gemacht, zumal nach Warschauer Besuch des Herrn Reichsministers des Auswärtigen allgemein weit günstigeres Ergebnis erwartet wurde.

Enteignet werden in Pommerellen rund 12 600 ha deutscher Besitz gegen 8 600 ha voriges Jahr. Deutscher Anteil in diesem Jahr etwa 65%, also noch höher als voriges Jahr. Dieses Jahr besonders bemerkenswert stärkere Heranziehung Mittelstandes sowie Umstand, daß verschiedene Besitzer zu wiederholten Malen parzelliert werden.

Küchler

Nr. 165

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Berlin, den 16. Februar 1939

Bitte Sie, umgehend Außenminister oder im Verhinderungsfalle seinem Vertreter Befremden darüber zum Ausdruck zu bringen, daß neueste Namensliste wiederum entgegen Minderheitenerklärung und späteren Zusicherungen** Polnischer Regierung deutschen Besitz in Posen und Pommerellen unerhört diskriminiert.

Drahtbericht.

Weizsäcker

Nr. 166

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 17. Februar 1939

Da Herr Beck erkrankt und Graf Szembek abwesend, habe ich angeordnete Demarche in Sachen Agrarreform bei Unterstaatssekretär Arciszewski ausgeführt, der übrigens von Herrn Beck speziell mit Bearbeitung dieser Frage beauftragt ist.

Arciszewski erklärte, daß uns günstiger Standpunkt Außenministeriums auf großen Widerstand im Ministerrat gestoßen wäre, der die Auffassung vertrete, daß die Frage der gleichmäßigen Heranziehung deutschen und polnischen Grundbesitzes nicht im Rahmen einzelner Provinzen, sondern gesamten Staatsgebiets zu beurteilen sei. Angesichts dieser Schwierigkeiten habe Außenministerium auf den Versuch einer Abänderung der für Pommerellen aufgestellten Liste verzichtet, weil dort die Agrarreform bereits fast ganz abgeschlossen sei, und habe sich darauf beschränkt, in der Woiwodschaft Posen — und zwar auch für die Zukunft — den Grundsatz 50 zu 50 zu fordern. Hierin habe das Außenministerium Erfolg gehabt.

---

* Vgl Nr. 157, Anm. ***.
** Vgl. Nr. 162.

Ich habe erwidert, daß wir polnischen Standpunkt hinsichtlich Pommerellen als eine unerträgliche Diskriminierung ansehen müßten. Was Posen anbetreffe, so sei nach unseren sehr genauen Unterlagen die Heranziehung deutschen Besitzes wesentlich größer als 50%. Aber abgesehen hiervon, könnten wir uns auch mit Grundsatz 50 zu 50 nicht einverstanden erklären, weil deutscher Besitz nur etwa 30% der Gesamtfläche betrage und obendrein in den Vorjahren bereits übermäßig stark herangezogen sei.

Arciszewski bat um Mitteilung unseres Zahlenmaterials. Ich habe hierfür genaue Unterlagen bei Generalkonsulat Posen angefordert*.

Moltke

Nr. 167

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 21. Februar 1939

Nach der inzwischen getroffenen genaueren Feststellung des Vereins der deutschen Grundbesitzer in Ostoberschlesien entfallen von der in der Namensliste angegebenen Flächenmenge (7438 ha) nur 100 ha auf polnischen Besitz. Der deutsche Grundbesitz ist also mit 98,7% herangezogen worden, obwohl polnischer Grundbesitz in größerem Umfange vorhanden ist. Damit ist der deutsche »Landvorrat« ** im hiesigen Amtsbezirk fast restlos erfaßt.

Nöldeke

Nr. 168

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 21. Februar 1939

Die verflossene Woche stand vollständig unter dem Zeichen der neuen Enteignungen deutschen Besitzes. Die Veröffentlichung der Namensliste hat angesichts des vor wenigen Wochen stattgehabten Besuches des Reichsministers des Auswärtigen in Warschau***, von dem sich die deutsche Volksgruppe allenthalben eine starke Verbesserung der polnisch-deutschen Beziehungen versprach, wie eine Bombe eingeschlagen. Alle Hoffnungen, daß nun endlich einmal die Schlechterstellung der deutschen Volksgruppe hier aufhören würde, haben sich als trügerisch erwiesen.

Über die Auswirkungen der Enteignungen nach der neuen Namensliste folgt heute noch ein besonderer Bericht, aus dem die katastrophale Lage mancher Betriebe ersichtlich ist. Besonders der mittlere Besitz wird am stärksten betroffen, da von ihm mehrere Betriebe, weil sie in einer bestimmten Zone liegen, bis auf 60 ha enteignet werden und infolgedessen gar nicht mehr lebensfähig sind.

Eine vergleichende Zusammenstellung des seit Inkrafttreten des Gesetzes über die Durchführung der Agrarreform vom 28. Dezember 1925 bis einschließlich 1938 durch Namenslisten enteigneten deutschen und polnischen Grundbesitzes in Pommerellen ergibt, daß der deutsche Grundbesitz bisher 56,214,00 ha Bodenfläche = 72% der gesamten durch Namenslisten enteigneten Bodenfläche verloren hat, während der polnische Grundbesitz nur mit 22,093,00 ha Bodenfläche = 28% der Gesamtfläche auf die bisher erschienenen Namenslisten gesetzt worden ist. Die Erwartung, daß die diesjährige Namensliste die unverhältnismäßige und durch nichts gerechtfertigte Benachteiligung des deutschen Grundbesitzes durch eine stärkere Heranziehung des polnischen Besitzes zum Teil ausgleichen würde, ist nicht erfüllt worden. Die Benachteiligung des deutschen Grundbesitzes hat vielmehr gegenüber den Vorjahren eine weitere Verschärfung erfahren.

Es scheint den polnischen Behörden auf eine schnelle und völlige Vernichtung des Deutschtums hier anzukommen, denn die bei ihnen in der letzten Zeit allgemein zu beobachtende Einstellung dem Deutschtum gegenüber ist feindlicher denn je.

Es ist klar, daß sich unter diesen Umständen der deutschen Bevölkerung hier eine außerordentliche Erregung bemächtigt hat, weil sie in allen ihren berechtigten Hoffnungen und in all ihrer Loyalität dem hiesigen Staat gegenüber auf das Bitterste enttäuscht worden ist. Ein Gefühl der Unsicherheit, aber auch der Rechtlosigkeit macht sich hier breit, das nur schwer zu bekämpfen ist. Daß dabei auch wieder der Drang zur Abwanderung stark hervortritt, möchte ich noch besonders betonen.

von Küchler

* Vgl. auch Nr. 170, 171 und 172. Auch die weiteren Besprechungen mit dem Polnischen Außenministerium blieben ohne Ergebnis.

** Vgl. Nr. 157, Anm. ***.

*** Vgl. Nr 202.

X. Weitere Deutsche Versuche zur Verbesserung der Lage der Deutschen Volksgruppe durch Deutsch-Polnische Besprechungen (November 1937 bis März 1939)

Nr. 169

Aufzeichnung des Dirigenten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 25. November 1937

Der Polnische Geschäftsträger suchte mich heute aus anderem Anlaß auf und ich benutzte die Gelegenheit, ihn unter Hinweis auf die vom Herrn Reichsminister dem Polnischen Botschafter Anfang November überreichte Notiz* anläßlich der Abgabe der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung daran zu erinnern, daß deutscherseits in dieser Aufzeichnung angeregt worden sei, regelmäßig wiederkehrende Aussprachen zwischen Vertretern beider Staaten über die in der Minderheitenerklärung behandelten Fragen stattfinden zu lassen. Auf diese deutsche Anregung sei eine Antwort noch nicht erfolgt. Diese Aussprache sollte dem Zweck dienen, die betreffenden Fragen zu entpolitisieren und im gemeinsamen Benehmen einer zufriedenstellenden Lösung zuzuführen. Unsere inneren Behörden erwögen der polnischen Minderheit gegenüber sehr positive Maßnahmen und erblickten in den vorgesehenen Aussprachen ein Instrument zur Fortführung der in der Minderheitenerklärung aufgestellten Richtlinien. Es wäre daher sehr erwünscht, wenn wir bald eine positive Antwort zu unserem Vorschlag erhalten würden, um an die praktische Arbeit herangehen zu können. Der Geschäftsträger bezeichnete dies auch seinerseits als erwünscht und versprach, demnächst eine Antwort erteilen zu wollen**.

Fürst von Bismarck

Nr. 170

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 30. Mai 1938

Die Erwartung, daß die Lage der deutschen Minderheit in Polen durch die gemeinsame Erklärung der Deutschen und der Polnischen Regierung über die Behandlung der beiderseitigen Minderheiten vom 5. November 1937 eine wesentliche Besserung erfahren würde, hat sich leider nicht erfüllt.

In stärkerem Maße als früher ist der deutschen Volksgruppe in Polen im Verlauf des letzten halben Jahres die wesentlichste Grundlage ihrer Existenz, nämlich Grund und Boden, durch verschärfte Heranziehung zur Agrarreform sowie durch die Anwendung des seit dem 1. Juli 1937 verschärften Grenzzonengesetzes*** entzogen werden. In der Praxis wirken sich die Bestimmungen dieses Gesetzes dahin aus, daß in ganz Polnisch-Oberschlesien, im größten Teile Pommerellens und in einem erheblichen Teil der früheren Provinz Posen jeder Erwerb von Grundbesitz — auch im Erbgang — unterbunden wird. Nicht einmal Pacht- oder sonstige Nutzungsverträge werden genehmigt, wenn der Pächter oder Nutzungsberechtigte Volksdeutscher ist. Das bedeutet, daß der noch in deutscher Hand befindliche Grundbesitz, soweit er nicht schon von der Agrarreform erfaßt wird, spätestens beim Tode des jetzigen Eigentümers dem Deutschtum verlorengehen muß.

Abgesehen von der Verdrängung der Angehörigen der deutschen Volksgruppe von ihrem Grundbesitz werden deutsche Kaufleute und Unternehmer durch wirtschaftlichen Boykott brotlos gemacht, der durch den von der Polnischen Regierung geförderten Westverband organisiert wird.

Die deutsche Arbeiterschaft wird, insbesondere in Oberschlesien, mehr und mehr von ihren Arbeitsplätzen verdrängt, während gleichzeitig auf Grund der guten Beschäftigungslage der Werke nationalpolnische Arbeiter in verstärktem Maße eingestellt werden. In Ostoberschlesien waren bereits im vergangenen Jahre 70% der deutschen Arbeiter brotlos, die deutsche Jugend ist dort fast 100%ig ohne Lehrstelle.

Auf kulturellem Gebiet zeigt sich die Entdeutschungspolitik der Polnischen Regierung in der Schließung von Schulen und in wirtschaftlichem Druck auf die Eltern, die ihre Kinder in die deutsche Schule schicken.

Ich habe in allen vorerwähnten Fragen ständig bei der Polnischen Regierung nachdrückliche Vorstellungen erhoben, die weiter fortgesetzt werden, da die Polnische Regierung bisher unseren Wünschen

---

* Vgl. Nr. 104, Anlage.

** Am 12. Januar 1938 teilte der Polnische Geschäftsträger mit, daß die deutscherseits angeregten periodischen Aussprachen von beiderseitigen Regierungsvertretern über Minderheitenfragen polnischerseits als verfrüht angesehen würden.

*** Vgl. Nr. 88, Anlage, S. 65, Anm.

kaum entsprochen hat. Hierbei habe ich immer wieder darauf hingewiesen, daß uns das Schicksal der deutschen Volksgruppe in Polen mit Sorge erfülle und daß die ständig unterschiedliche Behandlung der deutschen Minderheit in Polen naturgemäß eine Belastung unserer gutnachbarlichen Beziehungen zur Folge haben müsse. Ferner habe ich weisungsgemäß geltend gemacht, daß die polnische Minderheit im Reich überall in Arbeit und Brot steht, während die Deutschen in Polen trotz des auch dort erkennbaren wirtschaftlichen Aufschwungs lediglich wegen ihres Deutschtums ihrer wirtschaftlichen Grundlage beraubt werden. Im übrigen sei der beste Beweis unseres guten Willens, auf dem Minderheitengebiet Beschwerden auszuräumen, unser wiederholter Vorschlag an die Polnische Regierung, von Zeit zu Zeit eine Aussprache von deutschen und polnischen Sachverständigen stattfinden zu lassen, eine Anregung, auf die die Polnische Regierung leider bisher nicht eingegangen sei.

Ich werde die Anregung einer Aussprache über die Minderheitenfragen weisungsgemäß weiter betreiben, würde aber dankbar sein, wenn auch seitens des Auswärtigen Amtes in gleichem Sinne auf die dortige Polnische Botschaft eingewirkt werden könnte.

von Moltke

Nr. 171

Der Reichsminister des Auswärtigen an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Berlin, den 29. Juni 1938

Es wird hier ebenfalls für angezeigt gehalten, die Eingabe Polenbundes vom 2. Juni sowie dadurch verschärfte Spannung auf Minderheitengebiet zum Anlaß zu nehmen, um Polnische Regierung erneut Verhandlungen über Beschwerden beiderseitiger Minderheiten vorzuschlagen. Bitte daher tunlichst bald entsprechende Demarche bei Außenminister Beck unternehmen und hierbei folgende Gesichtspunkte verwerten:

Eingabe Polenbundes sei von Reichsregierung eingehend geprüft worden, die bereit sei, berechtigte Wünsche polnischer Minderheit zu erfüllen. Entgegenkommende Haltung Reichsregierung sei bereits in Abstellung einzelner Beschwerden sowie in Empfang polnischer Minderheitenvertreter durch Reichsinnenminister zum Ausdruck gekommen. Es könne uns aber nicht zugemutet werden, bei der weiteren Behandlung dieser Fragen Lage deutscher Minderheit in Polen außer Betracht zu lassen, die nach unserer Auffassung weit größeren Anlaß zu Beschwerden biete. Vertreter polnischer Minderheit hätten Reichsinnenminister gegenüber zugegeben, daß sie auf wirtschaftlichem Gebiet keinerlei Anlaß zu Klagen hätten. Demgegenüber müsse festgestellt werden, daß Deutsche in Polen trotz des auch dort erkennbaren wirtschaftlichen Aufschwungs lediglich wegen ihres Deutschtums ihrer wirtschaftlichen Grundlage beraubt würden.

Insbesondere habe negatives Ergebnis Verhandlungen Botschaft über Agrarmaßnahmen gegen deutsche Minderheit enttäuscht*, in denen Polnische Regierung sich diskriminatorischen Standpunkt Westverbandes zu eigen gemacht habe, daß deutscher Anteil an Grundbesitz Prozentsatz deutscher Bevölkerung angeglichen werden müsse.

Auch Frage Handhabung Grenzzonenverordnung könne unmöglich auf sich beruhen bleiben, da in Kürze bereits Exmissionen deutscher Besitzer zu erwarten seien, denen Genehmigung zur Übernahme ererbter Grundstücke vor Jahresfrist versagt worden sei. Es sei zu befürchten, daß bevorstehende Vertreibung solcher Volksdeutscher von Haus und Hof ohnehin gereizte Stimmung deutscher Grenzbevölkerung auf das ungünstigste beeinflussen und wiederum zu ernsten Rückwirkungen für polnische Minderheit in Deutschland führen würde, wenn nicht rechtzeitig Abhilfe geschaffen werde.

Eine Quelle ständiger Beunruhigung deutscher Öffentlichkeit bildeten ferner fortgesetzte Entlassungen deutscher Arbeitnehmer in Ostoberschlesien sowie vom Westverband organisierter Wirtschaftsboykott. Anheimstelle auch, auf Nichterfüllung polnischer Gegenleistung für Genehmigung polnischen Gymnasiums in Marienwerder** und auf rigoroses Vorgehen Schulbehörden gegen deutsche Schulen in Wolhynien hinzuweisen, wo von 7500 schulpflichtigen deutschen Kindern 5800 gar keinen oder nur mangelhaften Deutschunterricht genießen.

Bitte Herrn Beck gegenüber ferner zum Ausdruck bringen, daß gespannte Lage in polnischen Westprovinzen durch Polenbund-Beschwerde und ihre Behandlung in polnischer Presse weiter verschärft worden ist. Deutsche Regierung verfolge diese Entwicklung, die unsere sonst gutnachbarlichen Beziehungen zu stören geeignet sei, mit Besorgnis und halte es für dringend geboten, ihr durch eine offene Aussprache entgegenzuwirken, um die durch Minderheitenerklärung eingeleitete Verständigung auf Minderheitengebiet fortzuführen. Sie rege daher an, die Beschwerden der Volksgruppen durch beiderseitige Sachverständige umgehend zu prüfen und nach Möglichkeit zu bereinigen.

Bitte Drahtnachricht über Aufnahme Ihrer Demarche.

Ribbentrop

---

* Vgl. Nr. 160, Anm.

** Vgl. Nr. 111, 114, 115, 117 und 135.

Nr. 172

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 9. Juli 1938

Ich habe heute die Minderheitenfrage entsprechend der Weisung vom 29. v. M.* bei Herrn Beck zur Sprache gebracht. Dabei wies ich besonders darauf hin, daß die Nichterfüllung der polnischen Gegenleistungen in dem Spezialabkommen über Marienwerder** die Auswirkung der Minderheitenvereinbarung vom 5. November*** stark beeinträchtigt hätte. Die Tatsache, daß bis heute — also nach 10 Monaten — die Erlaubnis zum Weiterbau in Bromberg noch nicht erteilt worden sei, hätte naturgemäß in Deutschland den Eindruck entstehen lassen, daß auf polnischer Seite keinerlei Neigung vorhanden sei, die Grundsätze des 5. November in die Praxis umzusetzen. Ich habe ferner festgestellt, daß die Verhandlungen über die Agrarreform† das einwandfreie Ergebnis einer differentiellen Behandlung der deutschen Minderheit gehabt hat, und ich habe schließlich mit besonderem Nachdruck dargelegt, daß die Beschwerde der polnischen Minderheit in Deutschland und die Art und Weise, in der sie von der polnischen Presse behandelt worden sei, in verschiedener Hinsicht außerordentlichen Schaden angerichtet habe. Gerade das, was wir mit der Vereinbarung vom 5. November hätten vermeiden wollen, wäre eingetreten: daß nämlich die Minderheitenfrage zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen geworden sei und daß sich hierdurch die Atmosphäre in Polen und besonders in den Minderheitsgebieten außerordentlich verschlechtert habe.

Ich habe anschließend hieran festgestellt, daß wir bei der Weiterbehandlung der polnischen Minderheitenbeschwerde die Lage der deutschen Minderheit in Polen nicht außer Betracht lassen könnten und daß es uns zweckmäßig erscheine, statt uns gegenseitig in der Öffentlichkeit anzugreifen, eine freimütige Aussprache über das Problem herbeizuführen. Unser Vorschlag ginge daher dahin, daß die zuständigen Referenten der beiden Innenministerien unter Assistenz von je einem Beamten der beiden Außenministerien zu periodischen Besprechungen zusammentreten möchten, um in offener Aussprache, ohne Störung durch die Presse, die verschiedenen Minderheitenprobleme zu prüfen. Wir ständen auf dem Standpunkt, daß — ebenso wie die periodischen Besprechungen in Wirtschaftsfragen und in Presseangelegenheiten ein günstiges Ergebnis gehabt hätten — auch das Problem der Minderheiten durch ein gleiches Verfahren gefördert werden könnte. Wir bäten daher die Polnische Regierung, diesen Vorschlag zu prüfen, der, wie wir hofften, dazu beitragen könnte, die durch die Minderheitenerklärung eingeleitete Verständigung weiter fortzuführen und hierdurch zugleich auch die politischen Beziehungen an einem wichtigen Punkte zu entlasten.

Herr Beck erklärte zunächst, daß er es außerordentlich bedauere, wenn die über Marienwerder getroffene Vereinbarung polnischerseits immer noch nicht restlos durchgeführt worden sei. Er habe das nicht gewußt und werde sofort das Notwendige veranlassen, damit diese Frage endlich bereinigt würde.†† Im übrigen sei auch er der Auffassung, daß die Behandlung der Minderheitenfragen durch die Presse eher schädlich als nützlich sei. Er habe seinerzeit, als die Berliner Minderheitenbeschwerde hier zu einer gewissen Pressehetze geführt habe, sofort eingegriffen, aber er gebe zu, daß es zu spät gewesen sei, um eine durchgreifende Wirkung zu erzielen. Auch er sei ein Freund offener Aussprachen und er glaube, daß das immer noch der beste Weg wäre, um in schwierigen Fragen vorwärts zu kommen. Er stehe deshalb unserem Vorschlage durchaus sympathisch gegenüber. Naturgemäß sei er nicht in der Lage, mir sofort eine definitive Antwort zu geben, da die Angelegenheit die Grenzen seines Ressorts überschreite. Er werde aber sobald als möglich — in der nächsten Woche ginge es wegen seiner Reise nach Riga leider noch nicht — dem Ministerpräsidenten, der ja gleichzeitig Minister des Innern sei, darüber Vortrag halten und er könne mir schon heute zusagen, daß er unseren Vorschlag befürworten werde. Er behalte sich vor, zu gegebener Zeit darauf zurückzukommen.

Wenn die bisher ablehnende Haltung gegenüber dem Gedanken einer Minderheitenkommission sich anscheinend zu wandeln beginnt, so liegt das wohl daran, daß wir unsere Aktion diesmal in einem besonders günstigen Zeitpunkt eingeleitet haben. Das polnische Versagen in der Frage des gentlemen agreement** schien Herrn Beck doch recht unangenehm zu sein. Ebenso hatte er wohl auch selbst das Empfinden, daß die im Zusammenhang mit der polnischen Minderheitenbeschwerde eingeleitete Presseaktion nicht im Einklang mit den Absichten stand, die zu der Abmachung vom 5. November geführt haben. Auch die Tatsache, daß in der Frage der Agrarreform der polnische Verstoß gegen die Minderheitenerklärung einwandfrei feststeht, dürfte mit dazu beigetragen haben, Herrn Beck zu der Überzeugung zu bringen, daß in der Frage der Minderheiten jetzt eine freundliche Geste uns gegenüber notwendig sei. Im übrigen wird es sich aber empfehlen, die Erwartungen hinsichtlich einer grundsätzlichen Änderung der polnischen Minderheitenpolitik nicht zu hoch zu spannen.

von Moltke

* Vgl. Nr. 171.

** Vgl. Nr. 111, 114, 115, 117 und 135.

*** Vgl. Nr. 101.

† Vgl. Nr. 160, Anm. ***, Nr. 162 und Nr. 166, S. 105 Anm. *

†† Zu einer endgültigen Regelung der Angelegenheit ist es nicht gekommen.

Nr. 173

Der Deutsche Geschäftsträger in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 19. Juli 1938

Der Kabinettschef des Polnischen Außenministeriums Graf Lubieński bat mich gestern zu sich und teilte mir mit, daß Herr Beck, der für eine Woche auf Urlaub gegangen sei, ihn beauftragt habe, mir die Antwort auf den Vorschlag des Botschafters von Moltke betreffend den Zusammentritt einer Minderheitenkommission zu übermitteln. Die Antwort, die Graf Lubieński mir aus seinen Notizen vorlas, hat folgenden Wortlaut: »Die Polnische Regierung lehnt im Prinzip den Vorschlag des Kontaktes der Vertreter der inneren Verwaltungen der beiden Länder im Rahmen des Vorschlages von Herrn von Moltke nicht ab«.

Wie schon aus der Fassung der Antwort hervorgeht, legt das Polnische Außenministerium Wert darauf, kein zu großes Empressement in dieser Angelegenheit zu zeigen. Auf meine Frage, wie er sich die weitere Entwicklung vorstelle, meinte Graf Lubieński, daß man wohl an Besprechungen im Laufe des Herbstes denke, nähere Mitteilungen könne er mir aber im jetzigen Stadium noch nicht machen*.

von Wühlisch

Nr. 174

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 11. Februar 1939

Entsprechend Weisung dortigen Telegramms vom 6. Februar war Polen mitgeteilt worden, daß für Minderheitenverhandlungen mit Einhaltung des von ihnen selbst vorgeschlagenen Termins vom 13. Februar gerechnet wird und daß wir erwarteten, Verhandlungsbasis nicht durch vollendete Tatsachen, insbesondere hinsichtlich Namensliste zur Agrarreform gestört zu sehen. Schon die Aufnahme dieser Mitteilung ließ erkennen, daß entgegen den bisher gegebenen Zusicherungen die Namensliste** unseren der Polnischen Regierung mitgeteilten Wünschen voraussichtlich nur wenig Rechnung tragen wird. Heute ist nunmehr vom hiesigen Außenministerium mitgeteilt worden, daß die polnischen Vertreter erst am 16. oder 17. Februar in Berlin sein könnten, womit offenbar der Zweck verfolgt wird, die Minderheitenverhandlungen erst nach dem gesetzlichen Termin für Aufstellung der Namensliste (15. Februar) beginnen zu lassen. Es ist darauf erneut dem Polnischen Außenministerium mitgeteilt worden, daß wir bitten müßten, uns in Frage Agrarreform nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen, worauf Sachbearbeiter ausweichend antwortete, daß ihm Termin Veröffentlichung Namensliste nicht bekannt sei, daß er aber nach wie vor bemüht bleibe, unseren Wünschen Geltung zu verschaffen***.

Die Behandlung dieser Frage sowie auch sonstige Anzeichen lassen leider erkennen, daß die polnischen Ressorts nur mit innerem Widerstreben an die Minderheitenverhandlungen herangehen.

Moltke

Nr. 175

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 28. Februar 1939

In den gestern nachmittag aufgenommenen deutsch-polnischen Minderheitenverhandlungen wurde zunächst der polnischen Seite ein Arbeitsprogramm vorgeschlagen und von dieser angenommen. Heute wurde sodann in die Besprechung der Punkte I (Grenzzonenfragen†) und II (Agrarreformfragen††) eingetreten.

Die Polnische Delegation zeigte äußerst wenig Bereitwilligkeit, in der Grenzzonenfrage zu konkreten Abreden zu gelangen.

---

* Im Laufe der nächsten Monate ist die Botschaft noch wiederholt, aber immer vergeblich, auf die Angelegenheit zurückgekommen. Gelegentlich der Anwesenheit des Reichsministers des Auswärtigen in Warschau im Januar 1939 hat dieser die Frage der Minderheitenkommission erneut zur Sprache gebracht, worauf dann endlich eine Zusage erfolgte. Vgl. Nr. 202.

** Vgl. Nr. 162

*** Tatsächlich erschien am 15. Februar eine Namensliste, die wiederum in völligem Widerspruch zu den Zusagen der Minderheitenerklärung stand. Vgl. Nr. 163 ff.

† Vgl. Nr. 88, Anlage, S. 65, Anm.

†† Vgl. Nr. 156 ff.

Eine Besprechung der Agrarreform in dem Minderheitenausschuß bezeichnete die Polnische Delegation als nicht angebracht, da entsprechende Erörterungen bereits zwischen der Deutschen Botschaft in Warschau und dem Polnischen Außenministerium schwebten*.

Die Verhandlungen werden morgen vormittag fortgesetzt werden. Polnischerseits wurde die Absicht geäußert, schon morgen (1. 3. 39) abends nach Warschau zurückzukehren. Es wird versucht werden, die polnischen Herren zu weiterem Bleiben zu veranlassen, da eine grundsätzliche Erörterung des gesamten Programms in dieser kurzen Zeit unmöglich ist.

Bergmann

Nr. 176

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Berlin, den 4. März 1939

Deutscherseits wurde polnischen Vertretern gestern Abend folgendes Schlußcommuniqué vorgeschlagen:

»In der Zeit vom 27. Februar bis zum 3. März fand in Berlin die erste Aussprache zwischen Vertretern der Deutschen und der Polnischen Regierung über Fragen der deutschen Volksgruppe in Polen und der polnischen Volksgruppe im Reich statt. Die Besprechungen boten den Vertretern der deutschen und polnischen inneren Verwaltungen Gelegenheit zu einer unmittelbaren Fühlungnahme. Hierbei wurden die grundsätzlichen Fragen und einzelne Wünsche auf allen die Volksgruppen betreffenden Gebieten eingehend erörtert. Es bestand Einvernehmen darüber, daß diese Fragen und Wünsche durch die zuständigen Regierungen entsprechend dem beiderseitigen guten Willen geprüft werden sollen, um den berechtigten Interessen der Volksgruppen Rechnung zu tragen.

Die Besprechungen werden alsbald fortgesetzt werden.«

Polnische Vertreter haben sich mit Wortlaut einverstanden erklärt mit Ausnahme letzten Satzes, für den sie folgende Fassung vorschlagen:

»Die Besprechungen werden wieder aufgenommen werden.«

Botschafter Lipski hat heute Stellungnahme polnischer Vertreter gebilligt mit der Begründung, daß deutsche Formulierung Schlußsatzes Beunruhigung Volksgruppen hervorrufen könne.

Da auf Grund polnischer Haltung in hiesigen Besprechungen bestimmter Eindruck besteht, daß Polen sich weiterer Aussprache über Minderheitenfragen im Ausschuß entziehen wollen, bitte im Auftrage Reichsaußenministers, Herrn Beck um Einverständnis mit deutschem Text ersuchen. Bitte hierbei ausführen, daß Begründung Lipskis Befremden Reichsaußenministers hervorgerufen habe, da bei Vereinbarung Besprechungen in Warschau ausdrücklich alsbaldige Fortsetzung der Ausschuß-Besprechungen verabredet worden sei, um positive und konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Bitte Drahtbericht.

Weizsäcker

Nr. 177

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 10. März 1939

Wegen Schlußsatzes Communiqué zu Minderheitenbesprechungen habe ich weisungsgemäß bei Herrn Beck interveniert. Herr Beck, der Inhalt Gesprächs mit Reichsminister bestätigte, war über Einzelheiten Communiqués nicht orientiert und stellte baldige Antwort in Aussicht. Im Auftrage des Ministers hat heute Kabinettschef Lubieński folgenden Vorschlag unterbreitet:

1. Communiqué wird mit von polnischen Vertretern vorgeschlagenem Schlußsatz veröffentlicht.
2. Kabinettschef gibt im Namen Außenministers Erklärung ab, daß Besprechungen unmittelbar nach Bekanntgabe Ergebnisses deutscher Volkszählung (also wohl Anfang Juni) wieder aufgenommen werden.

---

* Vgl. Nr. 166.

3. Sollte dieser Vorschlag in Berlin nicht befriedigen, so wäre Außenminister Beck auch bereit, Angelegenheit noch einmal mit Polnischen Ministerpräsidenten zu besprechen. Persönlich bemerkte Graf Lubieński hierzu, daß Widerstände im Innenministerium gegen unsere Fassung Schlußsatzes groß seien, da man sich über Zweckmäßigkeit Minderheitenbesprechungen noch kein endgültiges Urteil gebildet habe.

Ich möchte annehmen, daß, wenn wir auf erneute Befassung Ministerpräsidenten bestehen, es gelingen würde — allerdings nicht ohne Zeitverlust — eine unseren Wünschen mehr entsprechende Fassung Schlußsatzes durchzusetzen. An polnischer Einstellung hinsichtlich Zeitpunktes nächster Besprechung würde hierdurch aber nichts geändert werden*.

Moltke

Nr. 178

Der Reichsminister des Innern an das Auswärtige Amt

Berlin, den 4. März 1939

Die Verhandlungen über Minderheitenfragen, die am 27. Februar unter meiner Leitung mit den Vertretern der Polnischen Regierung begonnen wurden, sind gestern zum Abschluß gelangt. Ein ausführliches Protokoll über den Verlauf der Besprechungen werde ich demnächst übersenden.

Die Verhandlungen haben leider ein durchaus unbefriedigendes Ergebnis gehabt. Die Polen denken nicht daran, ihre Politik gegenüber der deutschen Volksgruppe irgendwie zu ändern. Sie mögen auf weniger wichtigen Gebieten zu kleinen Zugeständnissen bereit sein, in den das Leben der deutschen Volksgruppe berührenden Fragen sind sie jedoch bestrebt, ihre bisherige Entdeutschungspolitik mit allem Nachdruck fortzusetzen.

Im Auftrag

Vollert

---

* Von der Veröffentlichung eines Communiqués mußte schließlich abgesehen werden, da eine Einigung über die Fortsetzung der Verhandlungen nicht zu erzielen war.

XI. Zur Lage in Danzig (1933 bis 1939)

Nr. 179

Übereinkommen zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig und der Polnischen Regierung, 5. August 1933*

Der Senat der Freien Stadt Danzig und die Polnische Regierung sind, von dem Wunsch beseelt, die strittigen Fragen im Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen zu regeln, unter den Auspizien des Hohen Kommissars des Völkerbundes über folgendes übereingekommen:

1. Der Senat der Freien Stadt Danzig und die Polnische Regierung sind sich darüber einig, daß das vor den Instanzen des Völkerbundes in der Frage der Ausnutzung des Danziger Hafens schwebende Verfahren für die Dauer dieses Übereinkommens eingestellt werden soll.
2. Die Polnische Regierung wird unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den Rückgang des seewärtigen Verkehrs (Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr), der gegenwärtig über den Hafen von Danzig geht, unter Berücksichtigung der Quantität und der Qualität der Waren zu verhindern.

   Die Polnische Regierung wird in Zukunft dem Hafen von Danzig, soweit dies in ihrer Macht liegt, eine gleiche Beteiligung an dem seewärtigen Verkehr (Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr) unter Berücksichtigung der Quantität und der Qualität der Ware sichern. Die Parteien verpflichten sich, zu diesem Zweck durch Zusammenkünfte in regelmäßigen Zeitabständen ständig in Fühlung zu bleiben.
3. Der Senat der Freien Stadt Danzig wird im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Freien Stadt mit der Polnischen Regierung an der Förderung des direkten seewärtigen Verkehrs zusammenarbeiten.
4. Jede der Parteien behält sich das Recht vor, mit dreimonatiger Frist den Hohen Kommissar zu bitten, das vor ihm schwebende Verfahren wieder aufzunehmen.

Nr. 180

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 9. Mai 1934

In seiner Sitzung vom 20. v. M. hat der »Verband der Polen in der Freien Stadt Danzig« ein Programm angenommen, das am 1. d. M. in seiner Verbandszeitung »Straz Gdanska« veröffentlicht wurde und zielbewußt auf die Polonisierung der Danziger Wirtschaft und Beschränkung der Rechte der deutschfühlenden Bevölkerung Danzigs hinarbeitet.

Insbesondere ist auf folgende Bestimmungen hinzuweisen:

Im § 3 des Programms heißt es, der Verband der Polen erstrebe die Erziehung von nationalbewußten polnischen Staatsangehörigen, die zu jeder Opfertat für die nationale Sache und das Wohl der polnischen Gemeinde fähig seien, und entwickle zu diesem Zweck eine systematische Propaganda und Organisationsaktion.

Im § 7 wird festgestellt, der Verband der Polen betrachte die Freie Stadt als »unerläßlichen und nicht abtrennbaren Teil des Wirtschaftsorganismus Polens« und strebe »die weitgehendste Vereinigung Danzigs mit Polen sowie die engste polnisch-Danziger Zusammenarbeit auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens« an.

Im § 9 wird eine Vereinigung der Danziger Wirtschafts- und Berufsorganisationen mit den Organisationen in Polen sowie eine Anpassung der Danziger Wirtschafts- und Finanzgesetzgebung an die polnische Gesetzgebung verlangt.

Schließlich heißt es im § 11, die Innenpolitik der Freien Stadt müsse mit der Politik der Polnischen Regierung harmonieren. Der Verband der Polen betrachte die Zusammenarbeit und die Verständigung mit den polnischen Behörden als Grundlage seiner Tätigkeit.

von Radowitz

---

* Am 5. August 1933 wurde neben dem oben wiedergegebenen, durch ein Schlußprotokoll ergänzten Übereinkommen über die Ausnutzung des Danziger Hafens ein Übereinkommen »betreffend die Behandlung polnischer Staatsangehöriger und anderer Personen polnischer Herkunft oder Sprache auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig« paraphiert und durch einen Schriftwechsel erläutert. Ein weiterer Danzig-polnischer Schriftwechsel vom gleichen Tage betraf die Regelung der Streitfragen über Ratifikationsurkunden, Pässe und die Exequatur-Erteilung an Konsuln in Danzig.

Die Initiative zu den Abmachungen vom 5. August 1933 geht auf den Besuch des Danziger Senats in Warschau vom 3. Juli 1933 zurück, in dessen Verlauf von Danziger wie von polnischer Seite zum Ausdruck gebracht worden war, daß direkte Verhandlungen zwischen den Parteien über die zahlreichen Danzig-polnischen Streitfälle aufgenommen werden sollten.

Nr. 181

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 8. August 1934

Die am 6. August in Danzig unterzeichneten Abkommen zwischen Danzig und Polen über Wirtschaftsfragen bilden ein einheitliches Ganzes. Das Ziel der Danziger Regierung war, in den Wirtschaftsverhandlungen zu einer vertraglichen Regelung zu kommen, die die bisherigen Erschwernisse im Warenaustausch zwischen Danzig und Polen beseitigt, die bisher von polnischer Seite geübte Wirtschaftskontrolle in Wegfall bringt und damit Streitfragen aus der Welt schafft, die seit Jahren das Danzig-polnische Verhältnis wirtschaftlich und politisch aufs schwerste belastet haben. Dieses Ziel, das die Danziger Regierung sich gesteckt hat, dürfte im wesentlichen erreicht sein, vorausgesetzt, daß die abgeschlossenen Abkommen von der Gegenseite loyal eingehalten werden.

Was die einzelnen abgeschlossenen Verträge angeht, so ist folgendes hervorzuheben:

1. Das Abkommen über die Beteiligung Danzigs an den polnischen Einfuhrkontingenten beseitigt den jahrelangen Streit um die Danziger Eigenbedarfskontingente und um die Wirtschaftskontrolle.

Für die Dauer des Abkommens läßt Danzig seine Rechte auf Eigenbedarfskontingente ruhen, dafür garantiert Polen Danzig Anteile an den polnischen Einfuhrkontingenten für Einfuhr verbotener Waren. Die Danziger Anteile werden prozentmäßig für die einzelnen Waren errechnet. Bei Unterzeichnung dieses Abkommens hat der diplomatische Vertreter Polens die Erklärung abgegeben, daß in Verfolg der neuen Regelung die Wirtschaftskontrollen in Wegfall kommen. Die gleiche Feststellung ist in einer bei der Unterzeichnung vereinbarten amtlichen Pressenotiz enthalten.

2. Das Abkommen über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen hat ebenfalls zum Ziele, die bisherige Wirtschaftsgrenze zwischen Danzig und Polen zu beseitigen. Es setzt fest, daß der Verkehr zwischen Danzig und Polen mit diesen Waren frei ist, desgleichen der Verkehr eines dieser Länder mit dem Auslande über das andere Land, in gleicher Weise der Transit. In Zukunft werden also Sperren, wie sie Polen in den letzten Monaten für Margarine, Öle, Fette, Käse, Fische erlassen hatte, nicht mehr möglich sein. Die Gegenleistung Danzigs bei diesem Abkommen besteht darin, daß es sich zur Annahme der einschlägigen polnischen Gesetze und Verordnungen bereitgefunden hat.

3. Das Veterinärabkommen und das Pflanzenschutzabkommen enthalten Vereinbarungen mehr technischer Art. Die innere Selbständigkeit beider Staatswesen auf diesem Gebiete ist gewahrt.

4. Das Abkommen über den Verkehr mit Erzeugnissen der Landwirtschaft und der Fischerei regelt den Absatz der genannten Erzeugnisse polnischer Herkunft im Danziger Gebiet, um zu verhindern, daß die Danziger Landwirtschaft durch ungehemmtes Hereinströmen polnischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse in das Danziger Gebiet ruiniert wird. Die polnische Einfuhr ist kontingentiert worden, wobei die Polen zugebilligten Kontingente im allgemeinen dem entsprechen, was Polen in den letzten Jahren nach Danzig tatsächlich bereits abgesetzt hat. Die Gegenleistung Danzigs für das polnische Zugeständnis besteht darin, daß den polnischen Erzeugnissen mit gewissen Einschränkungen die Danziger Preise zugebilligt werden.

5. Das Abkommen über die Regelung verschiedener Zollfragen hat die größten Schwierigkeiten bei den Verhandlungen gemacht, so daß mehrmals die Gefahr des Scheiterns der Verhandlungen bestand. Polen hat die Zollfrage mit den Wirtschaftsfragen verstrickt, um in den Zollangelegenheiten auf Danzig einen Druck ausüben zu können. Das machtpolitische Ziel Polens in dieser Frage war, das Danziger Recht zur Organisation des Zolldienstes zu beseitigen, den polnischen Zollinspektoren in Danzig eine den ganzen Zolldienst beherrschende Mitwirkung zu verschaffen, die Danziger Zollbeamten praktisch in die Gewalt Polens zu bringen und Danzig zu zwingen, alle Anordnungen des Polnischen Finanzministers ohne Rücksicht auf ihre Rechtmäßigkeit so lange auszuführen, bis Danzig eine rechtskräftige Entscheidung der Völkerbundsinstanzen erwirkt hätte. Diese polnischen Ziele sind nicht verwirklicht worden. Danzig hat aber, um in den Wirtschaftsfragen zu einer Einigung zu kommen, nicht unerhebliche Zugeständnisse machen müssen. In der Frage der Organisation sind diese Zugeständnisse unbedeutend. Namentlich ist das Recht Danzigs, den Zolldienst auf dem Danziger Gebiet zu organisieren, nicht angetastet worden. Auch in der Frage der Überwachung durch die polnischen Zollinspektoren ist die Rechtslage kaum zuungunsten Danzigs verändert worden. Sehr ernst war der Kampf um die Danziger Zollbeamten. Praktisch erstrebte Polen eine Lösung, die der bei der Eisenbahn im Danziger Gebiet gleichgekommen wäre und dieselben verwüstenden Wirkungen gehabt hätte. Nach monatelangem Verhandeln hat man sich schließlich darauf geeinigt, daß bei Besetzung des Postens des Leiters des Landeszollamts und einiger weiterer wichtiger Stellen des Zolldienstes Polen unter gewissen Voraussetzungen ein Einspruchsrecht hat und die Abberufung dieser Beamten fordern kann. Was ferner die Forderung Polens angeht, daß Danzig sich verpflichten sollte, alle Anordnungen des Finanzministers durchzuführen,

vorbehaltlich späterer Entscheidung der Völkerbundsinstanzen, so ist die getroffene Regelung für Danzig noch leidlich erträglich. Der Art. 12 stellt in dieser Hinsicht im wesentlichen fest, daß die Maßnahmen des Polnischen Finanzministers für Danzig verbindlich sind, daß dies jedoch nicht gilt im Bereich der Danziger Sonderrechte, wie sie in der Anlage II Zoll zum Warschauer Abkommen enthalten sind. Schließlich hat sich Danzig der polnischen Forderung, daß die Danziger Zollbeamten auf das Interesse des gemeinsamen Zollgebietes vereidigt werden sollten, mit Erfolg widersetzt.

Die einzelnen Abkommen werden am 1. September in Kraft treten, mit Ausnahme des landwirtschaftlichen Abkommens, das bereits am 10. August in Kraft tritt. Sämtliche Abkommen gelten für die Dauer von zwei Jahren mit Verlängerungsmöglichkeit.

von Radowitz

Nr. 182

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 9. Januar 1935

Anfang August 1934 wurde in Danzig ein polnischer Sportausschuß (Rada Sportowa) gegründet, dessen Sitz die Militärabteilung bei der Diplomatischen Vertretung der Republik Polen in Danzig, Neugarten 27, unter der Leitung des Chefs der Militärabteilung, Oberstleutnant Antoni Rosner, ist. Der Sportausschuß ist die Spitzenorganisation aller in Danzig bestehenden polnischen Vereine militärischen Einschlags, die in Polen im »Strzelec« (Schützenverband) aufgehen. In Danzig bildet der Sportausschuß nur eine Tarnung für den Schützenverband und setzt sich zum Ziel, alle vorerwähnten Vereine zusammenzufassen und die Mitglieder einer einheitlichen militärischen Ausbildung zu unterziehen.

Der Sportausschuß umfaßt zur Zeit nachstehende polnische Vereinigungen:

1. Reserve-Offiziersverein,
2. Reserve-Unteroffiziersverein,
3. Vereinigung ehemaliger Freiwilliger der polnischen Armee Danziger Staatsangehörigkeit,
4. Legionär-Verein,
5. Verein ehemaliger Krieger,
6. Sokol-Falkenverein,
7. Pfadfinder,
8. Jugendvereinigung,
9. Ordnungswache vom Verbande der Polen,
10. Sportabteilung der militärischen Eisenbahner-Vorbereitung,
11. Militärische Vorbereitung der Postbeamten und Angestellten,
12. Akademischer Aeroklub,
13. Akademischer Sportklub,
14. Sportklub Gedania,
15. Ruderklub,
16. Yacht- oder Seeklub,
17. Luft- und Gasschutzliga.

Die aufgeführten Vereinigungen sind vom Sportausschuß ermächtigt, die militärische Schulung ihrer Mitglieder selbständig — allerdings unter Leitung von aktiven Offizieren und unter deren ständiger Überwachung — durchzuführen. Die Tätigkeit hat in der Hauptsache den Zweck, die noch nicht militärisch ausgebildete Jugend und die entlassenen gedienten Soldaten militärtüchtig zu machen und zu erhalten. Planmäßige militärische Übungen, wie Exerzieren, Felddienst und Schießen, finden für die Danziger Mitglieder des Sportausschusses in Gdingen, Dirschau und Umgegend statt. Theoretischer Unterricht wird im hiesigen polnischen Eisenbahndirektionsgebäude und im Hause der hiesigen Diplomatischen Vertretung der Republik Polen in Danzig erteilt.

Die militärische Schulung der Mitglieder erfolgt insbesondere durch die Hauptleute der Militärabteilung Szagon, Steranski, Krukierek, die Oberleutnants Kucharski, Kubalski, den Kommandeur Eibel, die Zollkommissare Tarnowiecki, Lipinski, Manczyk, Peszkowski und den Hauptmann Wit-Wlosek vom Danziger Büro. Der Sportausschuß wird von der Diplomatischen Vertretung der Republik Polen in Danzig weitgehend unterstützt und gefördert. Er ist daher in der Lage, im Gebiete der Freien Stadt Danzig eine starke Tätigkeit zu entfalten.

von Radowitz

Nr. 183

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 7. Februar 1935

Wie ich bereits unter dem 7. Dezember 1934 berichtet habe, war den Vertretern der deutschstämmigen Danziger Eisenbahner in der Besprechung der durch die Massenkündigungen vom Dezember v. J. entstandenen Sachlage vom Senat freigestellt worden, öffentliche Versammlungen einzuberufen, um in diesen zu dem polnischen Vorgehen Stellung zu nehmen. Eine solche Protestversammlung hat nunmehr am letzten Sonntag, dem 3. Februar 1935, vormittags 10 Uhr, in der hiesigen Messehalle unter starker Beteiligung aller Kreise der Danziger Bevölkerung stattgefunden.

Nach Eröffnung der Kundgebung durch den Volkstagsabgeordneten Bezirksleiter Kendzia ergriff der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahn-Hafenbeamten und -anwärter im Gebiet der Freien Stadt Danzig, Volkstagsabgeordneter Nicklas, das Wort zu eingehenden Ausführungen über die Behandlung der deutschstämmigen Danziger Eisenbahner durch die polnische Eisenbahnverwaltung seit dem Übergang der Verwaltung der Danziger Eisenbahnen auf Polen. Die Rede des Abgeordneten Nicklas zeigt unter Anführung genauesten Zahlenmaterials, wie die polnische Eisenbahndirektion in den vergangenen 13 Jahren systematisch das deutsche Element aus dem Danziger Eisenbahnbetrieb entgegen allen völkerrechtlichen Bindungen und Verpflichtungen zugunsten Polnischstämmiger verdrängt hat. Die von Nicklas in seinen Ausführungen aufgezeigten polnischen Methoden bei der Bekämpfung dieses Teiles des Danziger Deutschtums machen die stellenweise äußerst scharfen Worte des Redners durchaus begreiflich.

Wie unangenehm der polnischen Eisenbahnverwaltung diese Protestkundgebung war, erhellt aus der Tatsache, daß die hiesige Polnische Diplomatische Vertretung unmittelbar nach der Anbringung der Einberufungsplakate an den Danziger Anschlagssäulen vom Danziger Senat unter Überreichung eines Aide-Mémoires ein sofortiges Verbot der Versammlung mit der Begründung verlangte, daß die Kundgebung die polnisch-Danziger Beziehungen ernstlich belasten müsse. Die Polnische Regierung habe seinerzeit durch Wiedereinstellung einer gewissen Zahl entlassener Eisenbahner den Wünschen der Danziger Regierung in vollem Umfang Rechnung getragen. Im Hinblick darauf, daß das polnische Vorgehen gegen die Eisenbahner jeder Begründung entbehrt und deren Empörung durchaus begreiflich ist, hat der Senat der Polnischen Diplomatischen Vertretung geantwortet, daß er keine Veranlassung habe, die geplante Versammlung zu verbieten, zumal die Danziger Verfassung die Versammlungsfreiheit Danziger Staatsangehöriger garantiere, falls die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung nicht gefährdet sei. Der Senat sei der Überzeugung, daß die Versammlungsteilnehmer trotz ihrer durchaus begreiflichen Erregung die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung nicht gefährden würden. Im übrigen sei diese auch durch ausreichende Polizeikräfte gesichert.

Anscheinend wird die Polnische Diplomatische Vertretung nunmehr auf die Angelegenheit nicht mehr zurückkommen. Hingegen nimmt die offiziöse »Gazeta Polska« die Protestkundgebung zum Anlaß, um in einem Artikel in Nr. 36 vom 5. Februar d. J. unter der Überschrift »Eine Aktion, welche die Zusammenarbeit nicht erleichtert« die Ausführungen des Abgeordneten Nicklas als demagogisch abzutun, ohne allerdings dessen Behauptungen im einzelnen entkräften zu können.

Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne mit großem Nachdruck auf die Rücksichtslosigkeit der polnischen Methode in dieser Angelegenheit hinzuweisen, die eine recht mißtönende Begleitmusik zu der deutsch-polnischen Verständigung darstellt.

von Radowitz

Nr. 184

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 15. April 1935

Das hiesige Büro der polnischen Eisenbahndirektion Thorn hat in den letzten Tagen wiederum 20 bis 25 deutschstämmigen Eisenbahnern zum nächstzulässigen Termin gekündigt. Die Mehrzahl der Gekündigten befindet sich länger als 12 Jahre im Dienst, einige von ihnen bereits 16, 19 und 22 Jahre. Die meisten haben eine größere Familie, so daß die plötzliche Auflösung des Dienstverhältnisses für sie eine besondere wirtschaftliche Härte bedeutet. Irgendwelche Gründe sind bei dem Aussprechen der Kündigung polnischerseits nicht angegeben worden.

Der Senat hat gegen die Kündigungen unverzüglich bei der hiesigen Polnischen Diplomatischen Vertretung Protest erhoben und gebeten, die Angelegenheit gründlich zu überprüfen sowie die Weiterbeschäftigung der Gekündigten zu veranlassen.

von Radowitz

Nr. 185

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 24. Juli 1935

Die Polnische Regierung hat, wie dort bereits bekannt, durch eine Verordnung vom 18. d. M., die am 21. Juli d. J. in Kraft getreten ist, bestimmt, daß Zollämter auf dem Gebiet der Zolldirektion Danzig zur endgültigen Zollabfertigung nur diejenigen Auslandswaren annehmen dürfen, die für den Konsum der Freien Stadt Danzig bestimmt sind. Die Interessenten müssen bei der Abfertigung bei Zollämtern im Gebiet der Freien Stadt Danzig darlegen, daß dieser Anordnung entsprechend die Waren für den inneren Konsum bzw. für den Gebrauch im Freistaatgebiet bestimmt sind. Die Bedeutung dieser polnischen Anordnung für das Danziger Wirtschaftsleben ergibt sich aus folgenden Erwägungen:

Der Einfuhrhandel, der bisher über Danzig ging, wird durch diese Regelung planmäßig von Danzig fortgetrieben, weil es für ihn praktisch nicht möglich ist, die Zollabfertigung (und die damit verbundenen Formalitäten über Einfuhrbewilligungen, Erteilung von Ursprungszeugnissen usw.) außerhalb des Eingangshafens zu erledigen. Tatsächlich hat bereits auch die Industrie- und Handelskammer Warschau eine Veröffentlichung herausgegeben, in der vor dem Einführen von Ware über Danzig gewarnt wird. Wird so aber der Einfuhrhandel absichtlich von Danzig fortgehalten, so trifft dies mittelbar auch den gesamten Ausfuhrhandel, der bisher über Danzig ging, weil bei dem inneren Zusammenhang zwischen Einfuhr und Ausfuhr — schon im Hinblick auf die Inanspruchnahme der Schiffstonnage für beide Zwecke — die ausschließliche Benutzung des Danziger Hafens für die Ausfuhr aus Polen nicht denkbar wäre.

Die Verordnung berührt daher die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen des Danziger Hafens und damit der Freien Stadt selbst.

Unter diesen Umständen hat Senatspräsident Greiser den Polnischen Diplomatischen Vertreter zu sich gebeten und ihm die in der Anlage beigefügte Protestnote des Senats der Freien Stadt übergeben. Mündlich hat der Senatspräsident, wie mir mitgeteilt wird, Herrn Papée gegenüber nachdrücklich auf die schwerwiegenden Folgen der polnischen Verordnung hingewiesen und betont, daß dieselbe mit den Danzig-polnischen Verträgen völlig unvereinbar sei. Im einzelnen hat der Senatspräsident folgendes ausgeführt:

Die Durchführung der Verordnung müßte zur Folge haben, daß Danzigs Handel und Industrie bei der Versorgung des polnischen Marktes mit Auslandswaren ausgeschaltet werde, daß der Danziger Hafen, dessen natürliches Hinterland Polen ist und der in seinen Ausmaßen und seiner Einrichtung auf dieses Hinterland eingestellt ist, vollkommen veröde. Die Rückwirkungen im Zusammenhang hiermit auf die übrigen Zweige der Danziger Wirtschaft müßten verheerend sein.

Danzig sei in die Zollgrenze Polens einbezogen worden, damit die für Polen bestimmten Waren auch in Danzig endgültig verzollt und ungehindert nach Polen weitergesandt werden könnten. Diese Regelung sei nicht nur im Interesse Polens, sondern auch im Interesse Danzigs erfolgt, wie es zum Beispiel aus dem Warschauer Abkommen hervorgehe, nach welchem die Regierung Polens verpflichtet sei, in ihren Zollgesetzen die Interessen der Freien Stadt Danzig zu schützen. Wenn in Danzig nur die für Danzig selbst bestimmten Waren verzollt werden, so wäre nicht einzusehen, warum diese Waren nach der polnischen Gesetzgebung und dem polnischen Zolltarif verzollt werden, warum ihre Verzollung von polnischen Zollinspektoren überwacht werden soll, warum Polen einen Anteil an den für diese Waren gezahlten Zöllen erhalten soll, warum polnische Einfuhrbewilligungen für diese Waren erforderlich sein sollen usw. Die Verordnung stehe hiernach in einem unvereinbaren Widerspruch zu den Danzig-polnischen Verträgen. In Erwägung dieser feststehenden Rechtslage und in Anbetracht der Tatsache, daß bei der Durchführung dieser Verordnung bleibende Schäden entstehen würden, die auf keine Weise wiedergutgemacht werden könnten, habe sich der Präsident des Senats im Einvernehmen mit dem gesamten Senat entschlossen, die Danziger Zollverwaltung anzuweisen, diese Verordnung nicht zur Anwendung zu bringen.

Trotz der Nichtdurchführung dieser Verordnung sei der Senat sich jedoch darüber im klaren, daß diese Tatsache der Nichtdurchführung allein nicht genügen könne, um eine schwere Schädigung von der Danziger Wirtschaft abzuwenden. Schon auf die Nachricht von dem Erlaß dieser Verordnung hin seien sofort in großem Umfange Waren und Schiffe von Danzig nach Gdingen umgeleitet worden. Solange die Verordnung nicht aufgehoben sei, würden nicht nur polnische, sondern auch sehr schwer ins Gewicht fallende internationale Wirtschaftskreise sich nicht entschließen können, sich bei der Einfuhr von Waren aus dem Zollausland des Danziger Hafens und des Danziger Handelsapparats zu bedienen. Die hieraus dem Danziger Handel und der gesamten Danziger Bevölkerung erwachsenden Schäden müßten so große werden, daß sie von Danzig nicht getragen werden könnten. Aus diesem Grunde müsse sich die Danziger Regierung im Namen der gesamten Danziger Bevölkerung die Anmeldung von Schadenersatz

forderungen, für die Polen allein verantwortlich gemacht werden müsse, vorbehalten. Um die bereits eingetretenen wirtschaftlichen Schäden und um die zweifellos noch eintretenden Komplikationen zu verhindern, müsse der Senat an den Diplomatischen Vertreter Polens die Bitte richten, bei seiner Regierung wegen sofortiger Aufhebung der Verordnung vorstellig zu werden.

Papée hat von diesen Erklärungen des Danziger Senats Kenntnis genommen und mitgeteilt, er würde zur Besprechung der Frage nach Warschau reisen*.

von Radowitz

Anlage

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig an den Diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig

Danzig, den 23. Juli 1935

Herr Minister,

Aus dem Gesetzblatt der Republik Polen hat der Senat Kenntnis erhalten von einer am 18. Juli erlassenen Verordnung, mit der die Tätigkeit der Danziger Zollämter auf Abfertigung derjenigen Auslandswaren beschränkt wird, die für die Bedürfnisse des örtlichen Verbrauchs und Gebrauchs im Gebiet der Freien Stadt Danzig bestimmt sind.

Diese Verordnung stellt einen Einbruch von außerordentlicher Tragweite in das zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen bestehende Rechtsverhältnis dar. Ich habe aus diesem Grunde das Landeszollamt der Freien Stadt Danzig angewiesen, diese Verordnung nicht auszuführen.

Indem ich Ihnen, Herr Minister, den Protest des Senats der Freien Stadt Danzig gegen den Erlaß dieser Verordnung übermittle, erwarte ich, daß diese Verordnung sofort zurückgezogen wird.

Außerdem behält sich der Senat der Freien Stadt Danzig weiterhin vor, alle Maßnahmen zu treffen, die ihm zum Schutz der Danziger Interessen notwendig erscheinen. Er behält sich insbesondere vor, Ersatz für alle Schäden zu verlangen, die der Freien Stadt Danzig durch die Verordnung erwachsen sollten.

Greiser

Nr. 186

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 8. November 1935

Aus durchaus zuverlässiger Quelle wird mir mitgeteilt, daß die polnische Eisenbahnverwaltung Vorbereitungen getroffen hat, die darauf schließen lassen, daß sie die Absicht hat, in Kürze sämtliche übernommenen deutschstämmigen Eisenbahnbeamten aus dem Dienst zu entlassen. Vor einiger Zeit sind sämtliche Vorsteher der Eisenbahndienststellen und da, wo noch deutsche Vorsteher sind, deren polnischstämmige Vertreter auf das Eisenbahnbetriebsamt bestellt worden. Man hat ihnen aufgegeben, sofort Vorsorge zu treffen, daß an einem noch zu bestimmenden Tage mit einem Schlage sämtliche Dienstposten des Betriebs- und Verkehrsdienstes bis herab zu den Weichenstellern mit polnischstämmigen Bediensteten besetzt werden können. Wo solche polnischstämmigen Bediensteten nicht zur Verfügung stehen, sollen sie sofort in die Ausbildung genommen werden. Den vorgeladenen Beamten wurde strengste Verschwiegenheit zur Pflicht gemacht.

Diese Nachrichten werden von den hiesigen Stellen sehr ernst genommen. Man vermutet, daß möglicherweise hinter der geplanten polnischen Aktion, sich sämtlicher deutschstämmigen Eisenbahnbeamten zu entledigen, noch weitergehende Absichten stehen. Es wird dabei an Fälle gedacht, bei denen Polen entscheidend daran gelegen sein muß, sich bei der auf Danziger Gebiet befindlichen polnischen Eisenbahn bis zum letzten Streckenwärter und Weichensteller unbedingt sicher zu wissen.

In Vertretung

Koester

* Der durch die polnische Zollverordnung heraufbeschworene Konflikt zwang den Danziger Senat zu gewissen Gegenmaßnahmen. (Anordnung der zollfreien Einfuhr einiger Warengattungen in Danzig.) Der Konflikt wurde schließlich durch ein Abkommen zwischen Danzig und Polen vom 8. August 1935 beigelegt, in dem Polen sich zur Aufhebung der Zollverordnung vom 18. Juli 1935 verpflichtete

Nr. 187

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 17. Juli 1936

Am 17. d. M. veranstaltete eine große Zahl von Verbänden und Organisationen, darunter der Legionärsverband, die Frontkämpferverbände, der Schützenverband, Gewerkschaften, Angestelltenverbände, Pfadfinder usw., unter Führung der See- und Kolonialliga eine öffentliche Demonstration auf dem Marktplatz der Warschauer Altstadt.

In den Maueranschlägen, die die Bevölkerung zur Teilnahme an der Kundgebung aufforderten und auf die die gesamte Presse hinwies, heißt es, jede Revision des Danziger Statutes dürfe nur in der Richtung einer Erweiterung der polnischen Rechte in Danzig gehen. Polen allein könne der gesamten Danziger Bevölkerung die Bedingungen freier kultureller, politischer und wirtschaftlicher Entwicklung sichern und der polnischen Bevölkerung als »Mit-Hausherren« des Gebiets eine »gleichrangige« Entwicklung garantieren.

An der Kundgebung auf dem Warschauer Marktplatze beteiligten sich etwa 10 000 Personen. Neben kleinen Ortsgruppen der See- und Kolonialliga waren einzelne Organisationen des Legionärsverbandes und des Schützenverbandes sowie die Gewerkschaften der Postangestellten und der Eisenbahner vertreten. Das Gros der Teilnehmer bildeten die sozialistischen Gewerkschaften und die sogenannten Moraczewski-Gewerkschaften, die regierungsfreundlich sind. Die sozialistischen Gewerkschaften kamen unter Absingen der »Internationale« und mit Transparenten, wie »Alle Macht den Arbeitern und den Bauern«, anmarschiert.

Auf dem Versammlungsplatz sprach ein Vertreter der See- und Kolonialliga, ein Vertreter der Sozialistischen Partei, ein Vertreter der Moraczewski-Gewerkschaften und der Vorsitzende der »Gesellschaft der Vaterlandsverteidiger«. Am Schluß der Reden wurde die bereits durch die Maueranschläge bekannte Resolution verlesen, die dem General-Inspekteur Rydz-Smigly und dem Ministerpräsidenten Składkowski übersandt werden soll. Die Kundgebung endete mit dem Spiel der Nationalhymne und dem Marsch zum Belvedere-Schloß, bei dem unterwegs wiederholt die »Internationale« gesungen wurde.

Der Redner der See- und Kolonialliga forderte im Falle einer Revision des Danziger Statutes einen weitgehenden Ausbau der polnischen Rechte in Danzig. Den stärksten Beifall erntete der sozialistische Redner, der von der Mündung des Weichselstromes sprach, an der sich eine Hitlerregierung niedergelassen habe, die ihre Befehle aus dem Dritten Reich erhalte. Die deutschfeindliche Rede des Sozialisten wurde von Niederrufen gegen den Präsidenten Greiser, gegen den Faschismus und gegen den Hitlerismus begleitet. Der Redner der »Gesellschaft der Vaterlandsverteidiger« stellte sich auf einen kriegerischen Ton ein und schloß mit den Worten: Wenn der General-Inspekteur befehle, würde ganz Polen marschieren!

Die Transparente, die bei dem Umzug getragen wurden, hießen etwa: »Danzig war polnisch und wird polnisch sein«, »Danzig verdankt Polen seinen Wohlstand«, »Die Weichselmündung gehört Polen«, »Danzig gehört zur Weichsel« und ähnliches. Einige wenige Transparente lauteten in dem Sinne: »Deutschland, Hände weg von Danzig!«.

Wie die einzelnen Redner ankündigten und wie auch durch die Presse bekanntgegeben worden ist, sollen am 19. d. M. ähnliche Kundgebungen wie die heutige Warschauer Demonstration im ganzen Lande stattfinden, wobei allenthalben die See- und Kolonialliga die Veranstalterin ist.

von Moltke

Nr. 188

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 4. August 1936

Unter dem 27. März d. J. hat der Senat der Freien Stadt Danzig an den Polnischen Diplomatischen Vertreter ein Protestschreiben gerichtet, in welchem Danzig dagegen Verwahrung einlegt, daß Polen in mehreren Fällen internationale Verträge oder Abkommen abgeschlossen hat, bei denen die Diplomatische Vertretung der Republik Polen unterlassen hat, den Senat von den Verträgen vorher gemäß Artikel 6 des Pariser Vertrages vom 9. November 1920 in Kenntnis zu setzen, oder die dem Senat so spät vorgelegt worden sind, daß eine ordnungsmäßige Stellungnahme Danzigs nicht mehr möglich war. Polen hat das Danziger Protestschreiben nicht beantwortet.

In Vertretung

Eckner

Nr. 189

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 4. November 1936

Der Senat teilt mit, daß seit einiger Zeit an der Danziger Grenze bei Einlage (10 km vor Elbing) 7 polnische Zollbeamte in Uniform Dienst tun, und zwar angeblich nicht in Zollbeamtenuniform, sondern in der Uniform von Grenzwachtbeamten. Die dort lebende deutschstämmige Bevölkerung faßt diese Maßnahme der Polen als Herausforderung auf und ist begreiflicherweise sehr erregt hierüber. Seitens des Senats ist die hiesige Polnische Diplomatische Vertretung ersucht worden, dafür zu sorgen, daß diese Beamten zurückgezogen werden. Die Polnische Diplomatische Vertretung hat das Danziger Ersuchen abgelehnt.

von Radowitz

Nr. 190

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 11. November 1936

Wie bereits durch Funkbericht von der hiesigen Vertretung des Deutschen Nachrichten-Büros gemeldet, haben sich einige Teilnehmer einer aus Anlaß des 18jährigen Bestehens Polens am 10. d. M. in Danzig veranstalteten Feier der hiesigen polnischen Kolonie schwere Beleidigungen gegenüber den Symbolen und Hoheitszeichen des Reiches und der Nationalsozialistischen Bewegung zuschulden kommen lassen.

Der Wirt der Sporthalle, in der die Feier stattfand, hatte für Polizeibeamte, die aus Sicherheitsgründen die Veranstaltung unauffällig überwachen sollten, ein kleines Zimmer reserviert. In dieses Zimmer waren vier Polen eingedrungen und hatten aus einem Schrank Symbole und Hoheitszeichen des Reiches und der Nationalsozialistischen Bewegung entwendet und mehrere davon unter lautem Gelächter zerrissen.

von Radowitz

Nr. 191

Der Senat der Freien Stadt Danzig an die Diplomatische Vertretung der Republik Polen in Danzig

Aide-Mémoire

Danzig, den 5. April 1937

Unter dem heutigen Tage hat das polnische Finanzamt in Dirschau Margarineprodukte der Danziger Firma Amada beim Übergang nach Polen angehalten und die Zahlung einer Akzise verlangt. Die Margarine war unter der Kontrolle der Danziger Zollorgane nur aus einheimischen Rohstoffen hergestellt. Die Erhebung einer Akzise war daher nicht gerechtfertigt. Diese rechtswidrige Maßnahme ist von einschneidender Bedeutung für die wirtschaftlich außerordentlich wichtige Danziger Margarineindustrie. Sie droht, diese Industrie lahmzulegen und damit eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern brotlos zu machen. Die Maßnahme ist weiterhin geeignet, die Fettversorgung Danzigs zu desorganisieren, so daß der Senat sich gegebenenfalls in die Lage versetzt sehen wird, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um hier Ordnung zu schaffen.

Der Senat ersucht, unverzüglich Fürsorge zu treffen, daß die der Errichtung einer unzulässigen Wirtschaftsmauer zwischen Danzig und Polen gleichkommende Maßnahme aufgehoben wird.

Nr. 192

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 15. November 1937

Anläßlich des Jahrestages der polnischen Unabhängigkeitserklärung am 11. November fanden am letzten Sonntag in den von polnischen Minderheiten bewohnten Dörfern des Freistaates Danzig Feiern statt. Diese wurden von zahlreichen Vertretern des Polentums aus Danzig besucht.

Bemerkenswert an der Feier im Dorfe Groß-Trampken sind Ausführungen in der Rede des Diplomatischen Vertreters der Republik Polen in Danzig, Minister Chodacki. Er hat hierbei u. a. erklärt: »Ich kann mich noch genau an die Zeit erinnern, wie ich in den Krieg zog mit der Hoffnung auf das Auferstehen Polens. Ebenso sollen die Polen hier in Danzig in der Hoffnung sein und warten, daß sie in kürzester Zeit auf polnischem Boden wohnen werden.«

von Luckwald

Nr. 193

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig an den Diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig

Danzig, den 24. August 1938

Herr Minister!

In Pommerellen, insbesondere in Gdingen, Graudenz, Thorn und Dirschau, haben am vergangenen Sonnabend und Sonntag durch den Westmarkenverband veranstaltete Versammlungen stattgefunden, deren Verlauf mich mit tiefer Besorgnis erfüllt. Die Tendenz dieser Versammlungen war auf einen derartig aufhetzenden Ton gegen Danzig gestimmt, daß es mir schwer fällt, Herr Minister, Ihren Worten weiterhin Glauben zu schenken, daß man in Polen gegenüber Danzig freundlich gesinnt ist und daß Ihre Regierung stets bemüht ist, den Belangen Danzigs gerecht zu werden und jeden Zwischenfall zu vermeiden.

Selbst wenn ich mich nur an die Berichte polnischer Zeitungen halte und nicht auf die Tatsachen, die mir sonst berichtet sind, eingehe, ist in den Reden der Versammlungsteilnehmer ein so tiefer Haß gegen die Danziger zum Ausdruck gekommen und eine so absichtlich entstellende Darstellung der Danziger Verhältnisse, daß die Absicht des Hetzens und des Unruhestiftens in erschreckender Weise zum Durchbruch kommt. Alle meine und meiner Regierung Bemühungen, den Wünschen der Polnischen Republik in jeder Weise entgegenzukommen und alles zu vermeiden, was auch nur wie ein Schein von Benachteiligung der Polen in Danzig aussieht, müssen allmählich zwecklos werden, wenn von polnischer Seite nur allzu oft Übelwollen, Haß und Verleumdung zu spüren sind.

Es handelt sich dabei nicht um zufällige Äußerungen unverantwortlicher polnischer Kreise, sondern um wohlvorbereitete Volksversammlungen eines Verbandes, der durch die Polnische Regierung durchaus gestützt wird. Es wäre ein leichtes für die Polnische Regierung gewesen, diese Veranstaltungen, deren Tendenz ihr bekannt sein mußte, vorher zu verbieten.

Ich kann es mir nicht versagen, Ihnen einige Zitate aus den Reden bei diesen Zusammenkünften in Pommerellen anzuführen:

»Es ist höchste Zeit, mit dem strafbaren Räubertum der Danziger Kampftruppen Schluß zu machen. Danzig muß polnisch werden.« »Der unaufhörlich geübte Terror durch bewaffnete Danziger Kampftruppen gegenüber Polen und polnischen Kindern sowie polnischen Eisenbahnern.« Von »hitlerischen Ge-

walttätigkeiten«, von »Bewerfen polnischer Mädchen mit Steinen« und von »einer bestialischen Tat gegen einen polnischen Eisenbahner« ist die Rede; von der »verruchten Hitlerbande« wurde gesprochen und von der Absicht, diese Hitlerbande zu vernichten und von »wütendem Terror« und »Verfolgungen«.

In allen diesen Versammlungen wurde die Stimmung so aufgepeitscht, daß chauvinistische Zwischenrufe in großer Zahl ertönten, wie: »Tötet die Hitlerbande«, »Gebt uns Karabiner«, »Wir wollen nach Danzig«, »Raus mit den Deutschen aus Danzig« usw.

In dieser Stimmung wurden Entschließungen angenommen, die von Beleidigungen gegen die Freie Stadt Danzig geradezu strotzten und in denen — um einiges zu erwähnen — von »barbarischen Verhältnissen in Danzig« und davon gesprochen wird, daß Polen den brutalen Eigenwillen und das straflose Banditentum in Danzig gegenüber Polen bändigen soll.

Alles dieses hat sich scheinbar ohne jeden Anlaß von Danziger Seite abgespielt. Denn ich kann nicht ernstlich glauben, daß die Tatsache, daß 2 Danziger junge Menschen, die sich zum Polentum bekennen, ein paar Schläge bekommen haben, wirklich der Grund für diesen Haß sein könnte. Ich komme dabei auf Ihr Schreiben vom 16. d. Mts., Herr Minister, zu sprechen, in dem Sie sich für die Gebrüder Mach einsetzen. Es handelt sich hier um einen von den Geschädigten außerordentlich aufgebauschten Vorfall. Diese jungen Leute, die deutsch sprachen und die in grober Weise die Hakenkreuzfahne provozierten, sind von einem entrüsteten Publikum geprügelt worden, ein Vorfall, der bedauerlich, trotzdem aber verständlich ist, wenn die Öffentlichkeit immer wieder sehen muß, wie sich Danziger Bürger polnischer Einstellung provozierend und höhnend gegen Wahrzeichen verhalten, die der großen Mehrheit der Danziger lieb und wert sind.

Darf ich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß in Polen sehr, sehr häufig Kinder Danziger Staatsangehöriger geprügelt werden, ohne daß gleich die Danziger Regierung eine Beschwerde einreicht. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß ruhige Danziger Staatsangehörige, die seit vielen Jahren in Graudenz und Thorn ihrem Berufe nachgehen, Zettel folgenden Inhalts erhalten haben:

»Die Hand der Justiz.

Im Namen der großen und gerechten Sache Polens befehle ich Ihnen als Danziger Staatsangehörigen, die Stadt Graudenz wie auch die Grenzen der Republik Polen mit Ihrer ganzen Familie sofort zu verlassen.

Zur Erledigung Ihrer persönlichen Angelegenheiten geben wir Ihnen 3 Tage Zeit. Wir bemerken, daß nach Ablauf dieser Frist, falls Sie sich nicht freiwillig aus Polen entfernen, wir gegen Sie wie auch gegen Ihre Familie alle Maßnahmen anwenden und sogar so weit gehen werden, daß wir Sie radikal aus Polen hinauswerfen werden.

Die Hand der Justiz.«

und daß die Kinder dieser Danziger sich jeden Morgen fürchten, in die Schule zu gehen, weil sie besorgt sein müssen, durch polnische Staatsgehörige geprügelt zu werden.

Ich führe dieses an, um zu zeigen, daß trotz der geringen Anzahl von Danzigern, die in Polen leben, für den Danziger Senat gewiß nicht weniger Anlaß vorliegt, sich über Taten unverantwortlicher Menschen in Polen zu beklagen.

Ich bin aber zu meinem größten Bedauern gezwungen festzustellen, daß jedes Vorkommnis, das irgendwie mit Danzig zusammenhängt, von einem Verbande wie dem Westmarkenverband oder auch von Zeitungen, wie dem »Kurjer Bałtycki«, die der Regierung nahestehen, derart maßlos entstellt wird, daß nur noch die Absicht der Verhetzung klar zu erkennen ist. Wenn man den bedauerlichen Unfall eines polnischen Eisenbahners, der mit Danzig auch nicht das geringste zu tun hat, zu einem »Mord, begangen durch 6 hitlerische Danziger« umfälscht *, so sind das Zustände, deren Duldung durch die Polnische Regierung nicht mehr verständlich ist, zumal die entstellende Darstellung in die Auslandspresse lanciert wurde und dort ein entsprechendes Echo gefunden hat.

Ich spreche die Erwartung aus, daß Sie, Herr Minister, unverzüglich Ihre Regierung davon in Kenntnis setzen, welche Wirkungen die Versammlungen des Westmarkenverbandes und die verleumderische Darstellung des »Kurjer Bałtycki« in Danzig ausgelöst haben, und daß alles geschieht, um diesem unverantwortlichen und den Frieden gefährdenden Treiben Einhalt zu gebieten.

Genehmigen Sie, usw.

Greiser

* In der Nacht vom 17. auf den 18. August verunglückte der polnische Eisenbahner Winnicki auf der Eisenbahnstrecke Danzig–Gdingen Wegen dieses Unglücksfalles wurden von polnischer Seite gegen Danziger Eisenbahner haltlose Verdächtigungen vorgebracht, die den Mittelpunkt einer gegen Danzig gerichteten Propaganda-Aktion bildeten. Vgl. Nr. 155.

Nr. 194

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 14. November 1938

Anläßlich des 11. Novembers, des 20. Jahrestages der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens, haben, wie auch schon regelmäßig in den früheren Jahren, in Danzig eine Reihe von Veranstaltungen stattgefunden.

Deren Höhepunkt bildete am Abend des 12. November eine Akademie in den Räumen der Sporthalle, an welcher Minister Chodacki persönlich teilnahm. Die Festrede hielt der polnische Sejmabgeordnete Walewski aus Warschau, der im Laufe seiner Ausführungen bezeichnende Anspielungen auf Danzig machte. Unter Hinweis auf die befreiten polnischen Brüder im Olsa-Gebiet erklärte er, daß auch die Polen in Danzig hier dasselbe erleben würden und daß Polen seine Grenze so erweitern wolle, wie sie dereinst zu Zeiten des Königs Boleslaw Chobry waren. Auch auf einem Unabhängigkeitsfest der polnischen Minderheit in Zoppot am 13. v. M., auf dem ebenfalls ein Mitglied der hiesigen Polnischen Diplomatischen Vertretung anwesend war, berührte der Festredner, der Vizemarschall der Vereinigung »Gmina Polska — Zwiazek Polakow e. V.«, Major a. D. Professor Dr. Pilecki, die Danziger Frage. Er wies auf die angeblichen Schikanen hin, unter denen die polnische Minderheit in Danzig zu leben habe, äußerte sich abfällig über den Geist der SA und SS, in die nach seiner Behauptung zahlreiche Polen aus Not hätten eintreten müssen, und stellte als Parole auf, den Tag zu erwarten, an dem sich alle Polen wieder vereinigen würden; auch die Polen in Danzig müßten die Standarte des Vaterlandes hochhalten, um dasselbe Los zu erringen, das den Olsa-Brüdern beschieden sei.

von Janson

Nr. 195

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 23. Februar 1939

Eine Anzahl polnischer Zeitungen hat vor kurzem empörte Berichte über Zwischenfälle veröffentlicht, die sich in dem auch von polnischen Studenten häufig besuchten Café Langfuhr in Danzig-Langfuhr abgespielt haben.

Nach den mir auch von Danziger Seite gemachten Angaben war es bereits am 29. Januar d. J. im Café Langfuhr zwischen deutschen und polnischen Studierenden der hiesigen Technischen Hochschule zu tätlichen Auseinandersetzungen gekommen. Da weitere Zwischenfälle zu befürchten waren, hat der Inhaber des Cafés am 10. d. M. an die polnische Studentenvereinigung »Bratnia Pomoc« ein Schreiben gerichtet, in dem er darum bat, daß künftig polnische Studenten sein Lokal nicht mehr besuchten. Dieses Schreiben wurde von polnischer Seite nicht beachtet. Als einige Tage später polnische Studenten wiederum das Café Langfuhr aufsuchten, entdeckten sie angeblich einen im Innern des Cafés angebrachten Zettel mit der handschriftlichen Inschrift: »Hunden und Polen Zutritt verboten«. Nach polnischer Darstellung soll dieser Zettel von deutschen Studenten angebracht worden sein. Daß letzteres der Fall ist, haben die eingeleiteten polizeilichen Ermittlungen in keiner Weise ergeben. Vielmehr besteht der dringende Verdacht, daß ein polnischer Student den Zettel selbst im Lokal befestigt hat.

Die polnische Studentenvereinigung »Bratnia Pomoc« hat diese Vorfälle zum Anlaß genommen, um am 16. d. M. die an der Technischen Hochschule studierenden Polen zu einer Protestversammlung zu vereinigen. Auf dieser Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, die zunächst feststellt, die »Bratnia Pomoc« erblicke die natürliche Rolle des Danziger Gebiets nur in dem Dienst und der engen Verbindung mit dem Mutterlande, der Republik Polen. Nur die polnische Nation habe das Recht, über die Weichselmündung zu bestimmen. Weiter wird in scharfer Form sofortige Genugtuung verlangt und die Polnische Regierung aufgefordert, unter Verwendung des Grundsatzes »Zahn um Zahn« wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Wie mir vertraulich ergänzend mitgeteilt wird, haben die polizeilichen Untersuchungen die bezeichnende Tatsache ergeben, daß an der erwähnten Versammlung der polnische Hauptmann Krukierek teilgenommen hat, der der Militärabteilung der hiesigen Polnischen Diplomatischen Vertretung angehört und als solcher diplomatische Vorrechte genießt.

Der Verdacht, daß die hiesige Polnische Diplomatische Vertretung mit dem provokatorischen Verhalten der polnischen Studenten in einem nahen Zusammenhang steht, läßt sich danach nicht von der Hand weisen*.

von Janson

* Vgl. hierzu auch Nr. 152.

Nr. 196

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 16. März 1939

Nach zahlreichen Besprechungen und Verhandlungen, die in der Zwischenzeit stattgefunden haben, steht die endgültige Beilegung des Konfliktes zwischen den deutschen und den polnischen Studenten der hiesigen Technischen Hochschule nunmehr binnen kurzem zu erwarten. Das Ergebnis der Verhandlungen ist in dem Entwurf eines Protokolls niedergelegt worden, der gestern abend paraphiert worden ist. Die endgültige Unterzeichnung des Protokolls ist noch nicht erfolgt.

Nicht ohne Interesse sind gewisse Äußerungen, die die an den Kommissionssitzungen beteiligten polnischen Legationsräte im Laufe eines Beisammenseins nach Paraphierung des beigefügten Protokolls am gestrigen Abend gegenüber Regierungsrat Siegmund gemacht haben. Die beiden polnischen Herren erklärten zu dem Studentenkonflikt, Warschau habe die Angelegenheit außerordentlich ernst angesehen; es habe nach Auffassung der maßgebenden polnischen Kreise nur noch ein Fünkchen gefehlt, um eine militärische Aktion gegen Danzig und damit eine Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen herbeizuführen. Diese Behauptung steht zu den kürzlichen beruhigenden Erklärungen des Polnischen Außenministers Beck im bemerkenswerten Gegensatz und ist, wie mir scheint, von der reichlich nervösen Haltung Ministers Chodacki nicht unbeeinflußt geblieben, der im Laufe seiner Besprechungen mit Senatspräsident Greiser wieder einmal, wie schon früher bei anderen Anlässen, erklärt hat, er überlege sich, ob er nicht von seinem Amt zurücktreten müsse.

von Janson

XII. Deutsche Bemühungen um eine gütliche Lösung der Danzig- und Korridorfrage (Oktober 1938 bis Mai 1939)

Nr. 197

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter, Berchtesgaden, 24. Oktober 1938

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hewel

Zu Beginn der Aussprache entwickelt der Herr Reichsaußenminister dem Polnischen Botschafter ein Bild der augenblicklichen Lage.

Herr Lipski erläutert sodann den Anlaß seines Besuches: Polen sei interessiert an der Stabilisierung des Donauraumes. Die Karpatho-Ukraine mit ihrer Unordnung, ihren 80 Prozent Analphabeten, sei ein Herd für alle nur denkbaren politischen Strömungen, ein wahres Kommunistenzentrum. Sie habe zusammen 650 000 Einwohner, davon etwa 250 000 Ungarn und Juden und 400 000 Ruthenen. Wegen dieses Unruheherdes habe Polen schon manchen scharfen Notenwechsel mit Prag gehabt. Beck habe ihm gesagt, er wolle, daß aus dieser Krise etwas Vernünftiges herauskomme. Eine Angliederung an Ungarn sei der Wunsch Polens.

Im übrigen sei eine gemeinsame polnisch-ungarische Grenze von großem Wert als Abriegelung gegen den Osten. Die Gerüchte von der Blockbildung gegen Deutschland seien Unsinn, sie wären durch die Haltung Polens gegenüber Sowjetrußland während der Krise mehr als widerlegt worden. Die polnische Politik sei gewesen, die Ungarische Regierung in der slowakischen Frage zur Mäßigung und in der karpatho-ukrainischen Frage zum Angriff zu bewegen. Er, Lipski, hoffe, daß eine Lösung in dem erwähnten Sinne den deutschen Interessen nicht entgegenlaufe.

Der Herr Reichsaußenminister erklärt dem Botschafter, ihm seien diese Ideen etwas neu und er wolle sie sich einmal in Ruhe überlegen. Er habe wohl Verständnis für die polnischen Wünsche, aber er sehe auch gewisse Schwierigkeiten, die wir zu berücksichtigen hätten.

Der Herr Reichsaußenminister kommt nun auf das große allgemeine Problem, weswegen er Herrn Lipski nach Berchtesgaden gebeten habe und das er einmal ganz vertraulich, nur für Lipski, Beck und ihn bestimmt, anschneiden wolle. Er bittet den Botschafter, mündlich Herrn Beck über das Besprochene zu berichten, da sonst die Gefahr des Heraussickerns, besonders an die Presse, zu groß sei. Der Botschafter sagt dies zu. Mit der Einleitung verbindet der Herr Reichsaußenminister auch eine Einladung an Herrn Beck, der ihn doch einmal im Laufe des nächsten Monats besuchen möge. Die polnischen Freunde hätten hiermit eine Dauereinladung nach Deutschland. Der Botschafter nimmt dieses mit Freude an und will Herrn Beck benachrichtigen.

Der Herr Reichsaußenminister führt nun aus, daß er glaube, es sei an der Zeit, zwischen Deutschland und Polen zu einer Generalbereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten zu kommen. Dies wäre eine Krönung des vom Marschall Pilsudski und dem Führer eingeleiteten Werkes. Er zieht unser Verhältnis zu Italien zum Vergleich heran, wo der Führer auch um einer Generalbereinigung willen und aus tiefer Erkenntnis heraus den Verzicht auf Südtirol geleistet habe. Eine solche Übereinkunft sei auch mit Polen und auch für Polen erstrebenswert und läge in der Richtung der Politik des Führers, zu allen Nachbarn in ein klares Verhältnis zu kommen. Nicht ausgeschlossen sei, daß auch einmal mit Frankreich noch klarere Abmachungen, über die Erklärung des Führers bezüglich der Grenze hinaus, getroffen würden. Mit Polen sei hier zunächst über Danzig zu sprechen, als Teillösung einer großen Regelung zwischen den beiden Nationen. Danzig sei deutsch — sei immer deutsch gewesen und werde auch immer deutsch bleiben. Er, der Reichsaußenminister, denke sich eine Lösung im großen wie folgt:

1. Der Freistaat Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück.
2. Durch den Korridor würde eine exterritoriale, Deutschland gehörige Reichsautobahn und eine ebenso exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt.
3. Polen erhält im Danziger Gebiet ebenfalls eine exterritoriale Straße oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen.
4. Polen erhält eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.
5. Die beiden Nationen anerkennen ihre gemeinsamen Grenzen (Garantie) oder die beiderseitigen Territorien.
6. Der deutsch-polnische Vertrag wird um 10 bis 25 Jahre verlängert.
7. Die beiden Länder fügen ihrem Vertrag eine Konsultationsklausel bei.

Der Polnische Botschafter nimmt diese Anregung zur Kenntnis. Obwohl er natürlich erst mit Herrn Beck sprechen müsse, möchte er doch bereits jetzt sagen, daß es falsch sei, Danzig als ein Produkt von Versailles, etwa wie das Saargebiet, zu betrachten. Man müsse die historische und geographische Entstehungsgeschichte Danzigs verfolgen, um die richtige Einstellung zu dem Problem zu bekommen.

Der Herr Reichsaußenminister erklärt, er wolle jetzt keine Antwort hören. Der Botschafter solle sich dies alles einmal durchdenken und so bald wie möglich mit Herrn Beck darüber sprechen. Schließlich dürfe man eine gewisse Reziprozität bei diesen Betrachtungen nicht ausschalten. Für den Führer sei eine endgültige Anerkennung des Korridors innerpolitisch sicherlich auch nicht leicht. Dazu müsse man säkular denken — und Danzig sei nun einmal deutsch und würde es immer bleiben.

Herr Lipski verspricht, dies alles genauestens mit Herrn Beck zu besprechen. Er werde Donnerstag etwa nach Warschau fahren und könne etwa Anfang der nächsten Woche zurück sein. Seine Hauptbitte sei der Gedankenaustausch über die Ungarnfrage. Herr Beck lasse sagen, Polen sei bereit, falls der Wunsch Ungarns nach einem Schiedsspruch der drei Länder Deutschland, Italien und Polen seitens der ersten beiden Länder angenommen werde, sich zu beteiligen.

Der Herr Reichsaußenminister weist demgegenüber auf das mit einem Schiedsspruch verknüpfte Risiko hin.

Bei einer zweiten kurzen Aussprache erwähnt der Herr Reichsaußenminister die Karpatho-Ukraine. Der Botschafter betont, daß Polen kein Interesse an einem Gebietszuwachs dort unten habe, sondern daß es ausschließlich der Wunsch Polens sei, mit Ungarn eine gemeinsame Grenze zu erhalten.

Der Herr Reichsaußenminister verspricht, diesen Komplex noch einmal durchzudenken, und meint hierzu, daß, wenn man zwischen Deutschland und Polen zu einer Globallösung komme, auch sicher für dieses Problem ein günstiges Arrangement gefunden werden könne.

Die Unterredung verlief in sehr freundschaftlichem Tone.

Hewel

Nr. 198

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter, 19. November 1938

Aufzeichnung

Ich empfing heute um 1 Uhr den Polnischen Botschafter Lipski.

Herr Lipski erklärte mir, er habe Außenminister Beck über den Inhalt unseres Gesprächs in Berchtesgaden vom 24. Oktober informiert und er sei nunmehr in der Lage, mir die Stellungnahme Becks hierzu mitzuteilen. Herr Lipski las alsdann von einem Zettel Teile seiner Instruktionen vor.

1. Außenminister Beck sei der Auffassung, daß das deutsch-polnische Verhältnis im allgemeinen seine Probe bestanden habe. Während der tschechischen Krise habe sich gezeigt, daß das deutsch-polnische Abkommen auf einer dauerhaften Grundlage aufgebaut sei. Außenminister Beck glaube, daß die geradlinige polnische Politik für Deutschland bei der Gewinnung des Sudetengebietes von Nutzen gewesen sei und wesentlich dazu beigetragen habe, diese Frage einer glatten Lösung im deutschen Sinne zuzuführen. Die Polnische Regierung habe während dieser kritischen Tage alle Sirenenklänge, die von gewisser Seite ertönt seien, unbeachtet gelassen.

Ich erwiderte Herrn Lipski, daß sich auch meiner Auffassung nach das deutsch-polnische Abkommen als hieb- und stichfest erwiesen habe. Durch die Aktion des Führers gegen die Tschechoslowakei habe Polen die Möglichkeit gehabt, das Olsagebiet zu gewinnen und eine Anzahl sonstiger Grenzwünsche zu befriedigen. Im übrigen stimme ich mit ihm überein, daß auch die polnische Haltung für Deutschland die Dinge erleichtert habe.

2. Herr Lipski machte alsdann weitschweifige Ausführungen, um die Wichtigkeit und Bedeutung Danzigs als freie Stadt für Polen zu beweisen.

Auch aus innerpolitischen Gründen sei es für Außenminister Beck schwer, einer Eingliederung Danzigs in das Reich zuzustimmen. Außenminister Beck habe sich nun überlegt, wie man ein für allemal alle Reibungspunkte, die über Danzig zwischen Deutschland und Polen möglicherweise entstehen würden, beseitigen könnte. Er habe sich gedacht, daß man das Danziger Völkerbundsstatut durch einen deutsch-polnischen Vertrag, in dem alle Danziger Fragen behandelt würden, ersetzen könne. Als Basis für diesen Vertrag denke sich Beck, daß man einmal Danzig als rein deutsche Stadt anerkenne mit allen Rechten, die hieraus resultierten, andererseits aber Polen und der polnischen Minderheit alle wirtschaftlichen Rechte gleichfalls sicherstelle, wobei der Charakter Danzigs als Freistaat und die Zollunion mit Polen erhalten bleibe.

Ich erwiderte Herrn Lipski, daß ich den Standpunkt von Außenminister Beck bedauere. Die Anregung für eine säkuläre Lösung des deutsch-polnischen Problems, bei der Danzig zu Deutschland kommen solle, möge wohl eine innerpolitische Belastung für Herrn Beck mit sich bringen, andererseits sei aber nicht zu verkennen, daß auch der Führer es nicht leicht haben werde, eine Garantie des polnischen Korridors vor dem deutschen Volke zu vertreten. Meiner Anregung habe die Absicht zugrunde gelegen, das deutsch-polnische Verhältnis auf eine eherne Dauerbasis zu stellen und alle nur denkbaren Reibungspunkte zu beseitigen. Ich hätte nicht die Absicht gehabt, ein kleines diplomatisches Gespräch zu führen. Wie er, Lipski, aus den Reden des Führers ersehen könne, behandele dieser die deutsch-polnische Frage stets von einer hohen Warte. Vor der internationalen Presse hätte ich noch kürzlich in seinem Beisein ausgeführt, daß ein gutes deutsch-polnisches Verhältnis mit zum Fundament der deutschen Außenpolitik gehöre.

Botschafter Lipski bedankte sich für diese Ausführungen und kam dann wieder auf den Vorschlag eines zweiseitigen Vertrages über Danzig zurück.

Ich erklärte ihm, daß ich nicht abschließend hierzu Stellung nehmen wolle, daß mir der Vorschlag nicht leicht realisierbar erscheine.

3. Ich frug alsdann Herrn Lipski, wie sich Herr Beck zu der Frage einer exterritorialen Autobahn und einer ebenso exterritorialen doppelgleisigen Eisenbahn durch den polnischen Korridor stelle.

Herr Lipski erwiderte mir, daß er zu dieser Frage nicht eingehend und nicht offiziell Stellung nehmen könne. Rein persönlich könne er sagen, daß ein solcher deutscher Wunsch vielleicht in Polen nicht auf unfruchtbaren Boden zu fallen brauche und daß sich vielleicht in dieser Richtung Lösungsmöglichkeiten böten.

4. Ich sprach Herrn Lipski dann noch auf die gerade herausgegebenen polnischen Freimarken an, die für den Danziger Verkehr bestimmt seien und Danzig gewissermaßen als polnische Stadt darstellten. Er könne verstehen, daß dies wiederum die Gefühle der deutschen Bevölkerung Danzigs verletze.

Herr Lipski erklärte mir, über die Angelegenheit nicht Bescheid zu wissen, er wolle aber gleich Erkundigungen einziehen.

Abschließend erklärte ich Herrn Lipski, daß es der Mühe lohne, die deutschen Vorschläge zu dem Gesamtkomplex der deutsch-polnischen Beziehungen ernsthaft zu überlegen. Man wolle hier ja etwas Dauerhaftes schaffen und eine wirkliche Stabilität herbeiführen. Das könne natürlich von heute auf morgen nicht geschehen. Wenn sich Herr Beck in Ruhe unsere Anregungen überlege, so würde er vielleicht doch zu einer positiven Einstellung gelangen.

von Ribbentrop

Nr. 199

Aufzeichnung des Deutschen Botschafters in Warschau

Berlin, den 15. Dezember 1938

Außenminister Beck bat mich gestern abend zu sich, nachdem ich ihm hatte mitteilen lassen, daß ich heute in Berlin sein würde. Herr Beck erging sich zunächst in längeren Erörterungen über die große Bedeutung der Vereinbarung vom Januar 1934 und erklärte, daß er nach wie vor willens sei, die von Pilsudski inaugurierte Politik fortzusetzen. Das Abkommen von 1934 habe in der außerordentlich kritischen Zeit, die wir soeben durchlebt hätten, eine besonders große Rolle gespielt und man müsse erneut feststellen, daß es sich bewährt habe. Es sei deshalb eine Absurdität, wenn jetzt in den deutsch-polnischen Beziehungen eine gewisse Spannung entstanden sei. Das läge wohl daran, daß sich in den letzten Wochen zuviel auf einmal geändert hätte. Es habe nicht nur die Tschechoslowakei ein anderes Gesicht bekommen, sondern eine Reihe von anderen Systemen und Kombinationen, die früher eine Rolle gespielt hätten, seien zusammengebrochen. Er halte es deshalb für zweckmäßig, die neue Lage gemeinsam zu überprüfen, und er habe Herrn Lipski beauftragt, die Anregung zu einer persönlichen Aussprache zwischen den beiden Außenministern zu übermitteln.

Von Herrn Lipski, der gestern in Warschau war und dem ich im Zuge begegnete, erfuhr ich, daß diese Aussprache in Warschau geplant sei und daß man hoffe, Herr Reichsminister von Ribbentrop werde möglichst bald den vor 3 Jahren in Berlin durchgeführten Besuch des Außenministers Beck erwidern.

Herr Beck kam dann auf die einzelnen Probleme zu sprechen, die einer näheren Erörterung bedürften. Er erwähnte zunächst Danzig, wo in letzter Zeit wieder einige Schwierigkeiten entstanden seien und wo immer die Gefahr unliebsamer Überraschungen bestände. Er hoffe dringend, daß unerwünschte faits accomplis vermieden würden. Es habe ja kürzlich schon eine erste Aussprache über das Danziger Problem stattgefunden — womit offensichtlich auf die Berchtesgadener Besprechung angespielt wurde* — und über kurz oder lang müßte diese Erörterung ja zweifellos wiederaufgenommen werden.

* Vgl. Nr. 197.

Herr Beck erwähnte ferner die karpatho-ukrainische Frage, die eine gewisse Aufregung in der öffentlichen Meinung hervorgerufen habe. In der polnischen Öffentlichkeit habe man die Befürchtung, daß Deutschland die Absicht habe, von der Karpatho-Ukraine aus eine gegen Polen gerichtete Politik zu treiben, und in Deutschland argwöhne man, daß Polen Deutschland den Weg nach dem Donauraum versperren wolle. Letzteres sei grundfalsch und er hoffe, daß auch das erstere nicht richtig sei. Jedenfalls würde es aber gut sein, sich einmal über diese Dinge auszusprechen. Er glaube doch, daß es möglich sein würde, einen Weg zu finden, der die Interessen beider Staaten berücksichtige.

Wir kamen dann auf Memel zu sprechen und ich wies bei dieser Gelegenheit auf die polnischen Pressestimmen hin, die im Anschluß an die Wahl wichtige politische Veränderungen im Memelgebiet zu erwarten schienen. Herr Beck begnügte sich mit dem Hinweis darauf, daß Polen im Memelgebiet wirtschaftliche und Schiffahrtsinteressen hätte und daß wohl in jedem Fall eine Berücksichtigung dieser Interessen erwartet werden könne.

Ich wies dann darauf hin, daß ich nicht nur in Polen eine Verschlechterung der Stimmung gegenüber Deutschland festgestellt hätte, sondern daß auch in Deutschland zur Zeit keine freundliche Einstellung gegenüber Polen bestände. Als wichtigste Ursache hierfür verwies ich auf die Behandlung der Minderheiten, namentlich im Olsagebiet, wo massenhafte Arbeiterentlassungen stattgefunden hätten und wo die Bevölkerung allmählich zu der Auffassung gelangt sei, daß die 20 Jahre tschechischer Herrschaft ein Paradies gegenüber dem jetzigen Zustande gewesen wären**. Herr Beck erklärte, daß die Polnische Regierung den Wunsch habe, der deutschen Minderheit gute Daseinsbedingungen zu bereiten, daß der Ministerpräsident bereits die schärfsten Weisungen an die Verwaltungsbehörden gegeben hätte und daß er, Beck, persönlich jederzeit bereit wäre, zu intervenieren, wenn ihm konkrete Fälle mitgeteilt werden könnten.

von Moltke

Nr. 200

Unterredung des Führers mit dem Polnischen Außenminister Beck im Beisein des Reichsministers des Auswärtigen, des Deutschen Botschafters in Warschau und des Polnischen Botschafters in Berlin

Berchtesgaden, 5. Januar 1939

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt

Oberst Beck unterstrich einleitend die Tatsache, daß die deutsch-polnischen Beziehungen in der Septemberkrise ihre Probe voll und ganz bestanden hätten. Wenn sich in den letzten Monaten vielleicht ein gewisses Absinken von dem hohen Niveau der Septembertage bemerkbar gemacht hätte, so solle man sich nach Ansicht der Polnischen Regierung auf beiden Seiten bemühen, die Ursachen einiger Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die sich in der letzten Zeit ergeben hätten. Als eine dieser Schwierigkeiten erwähnte Herr Beck die Danziger Frage und betonte dabei, daß hier nicht nur die Deutsche und die Polnische Regierung, sondern auch dritte Parteien, wie unter anderem auch der Völkerbund, in Frage kämen. Was hätte z. B. zu geschehen, falls sich der Völkerbund aus seiner Danziger Rolle einmal zurückzöge? Auch sonst gäbe es noch einige weitere Fragen, in denen bestehende Mißverständnisse beseitigt werden sollten, u. a. die Garantierung der tschechoslowakischen Grenze, und zwar ob sie sofort erfolgen solle oder, wenn überhaupt, zu welchem Zeitpunkt sie in Aussicht genommen wäre. Besonders sei Polen in diesem Zusammenhang an der Karpatho-Ukrainischen Frage interessiert. Er erinnere an ein Wort Pilsudskis »von der Balkanisierung Mitteleuropas«. Polen erkenne in den Agitatoren, die sich auf dem jetzigen karpatho-ukrainischen Territorium betätigten, alte Feinde wieder und fürchte, daß die Karpatho-Ukraine sich möglicherweise einmal zu einem Herd derartiger Beunruhigung für Polen entwickeln könne, daß sich die Polnische Regierung zu einem Einschreiten veranlaßt sehen würde, aus dem sich weitere Komplikationen ergeben könnten. Dies sei der hauptsächlichste Grund für das Streben Polens nach einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn gewesen.

Der Führer erwiderte, daß zur Bereinigung aller bestehenden Schwierigkeiten zunächst einmal auf die Grundtendenz des deutsch-polnischen Verhältnisses zurückgegriffen werden müßte. Von deutscher Seite könne er betonen, daß sich in dem Verhältnis Deutschlands zu Polen, wie es sich auf Grund der Nichtangriffserklärung vom Jahre 1934 darstelle, nicht das geringste geändert habe Was insbesondere die Frage der Karpatho-Ukraine angehe, so könne er im Hinblick auf die Deutschland in der Weltpresse unterschobenen Absichten erklären, daß Polen in dieser Hinsicht nicht das geringste zu befürchten hätte. Deutschland hätte jenseits der Karpathen keine Interessen und es sei ihm gleichgültig, was die an diesen Gebieten interessierten Länder dort täten. Die im Zusammenhang mit dem Wiener Schiedsspruch von

** Vgl. Abschnitt VII.

Deutschland in der ukrainischen Frage eingenommene Haltung, die in Polen vielleicht zu gewissen Mißverständnissen geführt habe, erkläre sich aus der historischen Entwicklung dieser Angelegenheit. Dieser Schiedsspruch sei nach Anhörung beider Parteien auf der Grundlage der ungarischen Forderungen durchgeführt worden. Sein (des Führers) Wunsch, auf keinen Fall einen internationalen Konflikt zuzulassen, sei letzten Endes der ausschlaggebende Grund für seine Haltung in der ukrainischen Frage gewesen.

Was das deutsch-polnische Verhältnis im einzelnen angehe, so wolle er noch einmal wiederholen, daß sich an der deutschen Einstellung gegenüber Polen seit 1934 nichts geändert habe. Um zu einer endgültigen Bereinigung der zwischen beiden Ländern noch schwebenden Fragen zu gelangen, dürfe man sich nicht auf die mehr negative Abmachung vom Jahre 1934 beschränken, sondern müsse die einzelnen Probleme einer endgültigen vertraglichen Regelung zuzuführen suchen. Von deutscher Seite gäbe es außer der Memelfrage, die ihre Regelung in deutschem Sinne finden würde (es habe den Anschein, daß die Litauer an einer vernunftgemäßen Lösung mitwirken wollten), im direkten deutsch-polnischen Verhältnis das für Deutschland gefühlsmäßig sehr schwierige Problem des Korridors und Danzig zu lösen. Man müsse seiner Ansicht nach von alten Schablonen abweichend hier Lösungen auf ganz neuen Wegen suchen. So könne man sich im Falle Danzig z. B. eine Regelung denken, nach der diese Stadt politisch wieder, dem Willen ihrer Bevölkerung entsprechend, der deutschen Gemeinschaft zugeführt würde, wobei selbstverständlich die polnischen Interessen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, voll und ganz gewahrt werden müßten. Dies sei ja auch Danzigs Interesse, denn Danzig könne wirtschaftlich ohne Hinterland nicht leben, und so dächte er, der Führer, an eine Formel, nach der Danzig politisch zur deutschen Gemeinschaft gelange, wirtschaftlich aber bei Polen bliebe.

Danzig sei deutsch, werde stets deutsch bleiben und früher oder später zu Deutschland kommen.

Bezüglich des Korridors, der, wie erwähnt, für Deutschland ein schweres psychologisches Problem darstelle, wies der Führer darauf hin, daß für das Reich die Verbindung mit Ostpreußen, ebenso wie für Polen die Verbindung mit dem Meer, lebenswichtig sei. Auch hier könne man vielleicht beiden Interessen durch Verwendung völlig neuer Lösungsmethoden gerecht werden.

Wenn es gelänge, auf dieser vernünftigen Grundlage eine endgültige Bereinigung der Einzelfragen herbeizuführen, wobei selbstverständlich jeder der beiden Partner zu seinem Recht kommen müsse, dann wäre der Zeitpunkt gekommen, auch Polen gegenüber die mehr negative Erklärung von 1934 in einem positiven Sinne ähnlich den Abmachungen mit Frankreich dadurch zu ergänzen, daß nunmehr von deutscher Seite eine klare, vertraglich festgelegte Grenzgarantie an Polen gegeben würde. Polen würde dann den großen Vorteil erhalten, seine Grenze mit Deutschland einschließlich des Korridors — der Führer unterstrich noch einmal die psychologische Schwierigkeit dieses Problems und die Tatsache, daß nur er es einer solchen Lösung zuführen könne — vertraglich gesichert zu bekommen. Es sei für ihn (den Führer) nicht ganz einfach, eine derartige Garantie des Korridors zu geben, und er würde deshalb sicherlich, besonders von der bürgerlichen Seite, ziemlich kritisiert werden. Aber als Realpolitiker glaube er doch, daß eine derartige Lösung die beste wäre. Genau so wenig wie man heute von Südtirol oder von Elsaß-Lothringen spreche, würde man dann vom polnischen Korridor hören, wenn Deutschland einmal seine Garantie gegeben hätte.

Der Polnische Außenminister Beck dankte dem Führer für die Darlegung des deutschen Standpunktes und erklärte, daß auch Polen absolut an seiner bisherigen Einstellung Deutschland gegenüber festhalte.

Polen würde die Linie der unabhängigen Politik weiter verfolgen, die es bereits in früheren Jahren geübt hätte, als man Polen dazu veranlassen wollte, sich auf dem Wege über einen Ostpakt näher mit Rußland zu verbinden. Polen sei zwar in bezug auf die Erhöhung seiner Sicherheit nicht so nervös wie Frankreich und halte nichts von den sogenannten »Sicherheitssystemen«, die nach der Septemberkrise endgültig abgewirtschaftet hätten, was einen Wendepunkt der Geschichte bedeute. Es wisse aber die in der vom Führer soeben abgegebenen Erklärung erneut zum Ausdruck gebrachte deutsche Einstellung sehr wohl zu würdigen. Es halte auch seinerseits an der alten Linie Deutschland gegenüber fest.

Was das deutsch-polnische Verhältnis angehe, so nehme er von den vom Führer ausgesprochenen Wünschen Kenntnis. Die Danziger Frage erscheine ihm jedoch außerordentlich schwierig. In diesem Zusammenhang müsse man besonders die öffentliche Meinung in Polen in Rechnung stellen. Dabei sehe er ganz von der Haltung der »Kaffeehausopposition« ab. Während seiner siebenjährigen Amtszeit habe er sich nicht im geringsten um die Kaffeehausmeinung gekümmert und sei immer noch im Amt. Er müsse jedoch auf die wirkliche Meinung des Volkes Rücksicht nehmen und sehe hier allerdings Schwierigkeiten für eine Lösung der Danziger Frage. Er wolle jedoch das Problem gern einmal in Ruhe überlegen.

Auf die übrigen vom Führer aufgeworfenen deutsch-polnischen Fragen ging Oberst Beck nicht näher ein, sondern beschloß seine Ausführungen mit der erneuten Bekräftigung, daß in der allgemeinen Einstellung Polen nach wie vor der seit 1934 befolgten Linie treu bleiben würde.

Schmidt

Nr. 201

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Außenminister Beck, München, 6. Januar 1939

Aufzeichnung

Berlin, den 9. Januar 1939

In etwa anderthalbstündiger Aussprache mit Herrn Beck kam dieser sofort wieder auf das Danziger Problem zu sprechen. Er sagte, daß auch Polen bestrebt sei, in freundschaftlich-nachbarlichem Verhältnis mit Deutschland zu leben und dieses zu vertiefen. Das einzige Problem, das hierbei sich demnächst störend auswirken könnte, sei die Danziger Frage. Zwei Möglichkeiten könnten sich ergeben, daß wir zu dem Problem Stellung nehmen müßten:

1. daß der Völkerbund sich vielleicht an der Danziger Frage desinteressieren und das Kommissariat aufgeben würde, dann müßten Deutschland und Polen sich selbst mit der Frage auseinandersetzen;

2. daß die Polen durch neue Entwicklungen in Danzig gezwungen würden, Stellung zu nehmen.

Das Problem läge tatsächlich sehr schwierig und er habe sich schon den Kopf zerbrochen, wie man eine Lösung finden könne, aber bisher ohne Resultat.

Beck wies zum Schluß nochmals darauf hin, daß Danzig in der Mentalität des ganzen polnischen Volkes einen Prüfstein für die deutsch-polnischen Beziehungen darstelle und daß es sehr schwer sein würde, dies irgendwie zu ändern.

Ich habe daraufhin Herrn Beck folgendes auseinandergesetzt:

1. Wie der Führer schon gesagt habe, stände über allem der absolute Wunsch auf deutscher Seite nach einer endgültigen und umfassenden, großzügigen Konsolidierung des gegenseitigen Verhältnisses.

2. Zwei Probleme schienen hierfür von Bedeutung:

a) die unmittelbaren deutsch-polnischen Beziehungen. Hier dächte ich mir folgende Lösung:

Rückgliederung Danzigs an Deutschland. Dagegen Sicherstellung aller wirtschaftlichen Interessen Polens in dieser Gegend, und zwar in großzügigster Weise. Verbindung Deutschlands zu seiner Provinz Ostpreußen durch eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn. Hierfür als Gegenleistung seitens Deutschlands Garantierung des Korridors und des gesamten polnischen Besitzstandes, also endgültige und dauernde Anerkenung der gegenseitigen Grenzen.

b) die tschechisch-karpatho-ukrainische Frage.

Hier habe ich wiederholt, daß in München ethnographische Grenzen festgesetzt seien. Sollte hier von irgendeiner Seite das Prinzip der politischen Grenzen aufgeworfen werden, könne Deutschland sich natürlich nicht desinteressieren. Wenn an sich auch das deutsche politische Interesse nicht über die Karpathen hinausginge, so könne Deutschland ein Desinteressement an einer Grenzverschiebung auch darüber hinaus an der Tschechoslowakei und der Karpatho-Ukraine nicht aussprechen, denn es könne durch solche Ereignisse leicht in einen Konflikt hineingezogen werden. Der Wiener Schiedsspruch müsse eingehalten werden und unsere Grundauffassung sei es, daß, wenn andere Wünsche irgendwie hier aufkämen, solche mit den deutschen Interessen in Übereinstimmung gebracht werden müßten.

Am Schluß der Unterhaltung habe ich dann Herrn Beck gegenüber noch die Behandlung unserer deutschen Minoritäten beanstandet, vor allem im Olsagebiet, und in diesem Zusammenhang auf Grazyńskis dauernde antideutschen Machenschaften eindrücklichst hingewiesen. Herr Beck sagte mir, daß er dieser Frage bereits ernste Aufmerksamkeit geschenkt habe und daß er seinerseits alles tun werde, um diese Dinge in eine ruhigere Bahn zu bringen.

Ich habe dann Herrn Beck noch für seine Einladung nach Warschau gedankt und diese prinzipiell angenommen. Datum wurde noch nicht festgesetzt. Es wurde vereinbart, daß Herr Beck und ich uns den Komplex eines möglichen Vertragswerkes zwischen Polen und uns noch einmal eingehend durch den Kopf gehen lassen wollten. Durch Lipski und Moltke sollte dann in den nächsten Wochen weiter verhandelt werden und der Besuch sollte auf alle Fälle noch in diesem Winter stattfinden.

von Ribbentrop

Nr. 202

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Außenminister Beck, Warschau, 26. Januar 1939

Aufzeichnung

Berlin, den 1. Februar 1939

1. Ich bin Herrn Beck gegenüber in Anknüpfung an die mit ihm am 6. Januar in München geführte Besprechung* auf den bekannten deutschen Vorschlag (Rückgliederung Danzigs unter Sicherstellung der dortigen Wirtschaftsinteressen Polens und Schaffung einer exterritorialen Auto- und Eisenbahnverbindung zwischen dem Reich und seiner Provinz Ostpreußen, dafür als deutsche Gegenleistung Garantie der deutsch-polnischen Grenze) zurückgekommen, wobei ich erneut darlegte, daß es der Wunsch des Führers sei, durch ein entsprechendes Vertragswerk zu einer umfassenden Befriedung der deutsch-polnischen Beziehungen zu gelangen. Herr Beck müsse verstehen, daß die deutschen Wünsche außerordentlich maßvoll seien, denn die Abtrennung wertvollster deutscher Landesteile durch den Versailler Vertrag zugunsten Polens werde noch heute von jedem Deutschen als ein großes Unrecht empfunden, das nur in einer Zeit tiefster deutscher Ohnmacht möglich gewesen sei. Wenn man 100 Engländer oder Franzosen fragen würde, so würden 99 ohne weiteres zugeben, daß die Rückgliederung Danzigs und zum mindesten auch des Korridors eine selbstverständliche deutsche Forderung sei.

Herr Beck zeigte sich von meinen Darlegungen beindruckt, berief sich aber erneut darauf, daß innerpolitische Widerstände zu erwarten seien; immerhin wolle er sich unsere Anregung weiterhin reiflich überlegen.

Ich habe mit Herrn Beck verabredet, daß, wenn sich der Völkerbund von Danzig zurückziehen sollte, bevor zwischen uns und Polen ein Vertragswerk, das auch Danzig einschließt, zustande gekommen wäre, wir uns mit ihm in Verbindung setzen würden, um eine Lösung zur Überbrückung dieses Zustandes zu finden.

2. Ich habe Herrn Beck gegenüber erneut die Behandlung unserer deutschen Minderheit beanstandet und mit ihm vereinbart, daß die seit langem geplanten Besprechungen zwischen leitenden Beamten der beiden Innenministerien sofort aufgenommen werden.

von Ribbentrop

Nr. 203

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter, 21. März 1939

Aufzeichnung

Ich bat heute auf 12 Uhr den Polnischen Botschafter Lipski zu mir. Ich schilderte Herrn Lipski zunächst die Entwicklung der tschecho-slowakischen Frage und erklärte ihm, daß es mir angesichts der sich überstürzenden Ereignisse nicht möglich gewesen sei, die fremden Vertreter hier so zu unterrichten, wie ich es gewünscht hätte. Ich habe aber Botschafter von Moltke, der sich gerade in Berlin aufhielt, eingehend informiert und ihn beauftragt, seinerseits Außenminister Beck ins Bild zu setzen. Ich schilderte sodann die Vorgänge im einzelnen, die den Führer zu seinem Eingreifen veranlaßt hätten.

Es sei uns aufgefallen, daß sich in der Rest-Tschecho-Slowakei der Benesch-Geist wieder geregt habe. Alle Warnungen des Führers an Herrn Chvalkovský seien ungehört verhallt. In der letzten Zeit habe die Prager Regierung versucht, diktatorisch in der Karpatho-Ukraine und in der Slowakei vorzugehen. Auch die Drangsalierung der Deutschen in den Sprachinseln habe wieder begonnen.

Ich nehme an, daß die Regelung, die die karpatho-ukrainische Frage inzwischen gefunden habe, größte Zufriedenheit in Polen ausgelöst habe. Die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren bedeute eine endgültige Befriedung dieses Raumes, die historischen Grundsätzen entspräche und schließlich allen zugute komme.

Botschafter Lipski äußerte sich alsdann besorgt wegen der Übernahme des Schutzes der Slowakei durch Deutschland. Diese Mitteilung habe in Polen stark eingeschlagen, denn der Mann auf der Straße könne einen solchen Schritt nur als in erster Linie gegen Polen gerichtet betrachten. Die Slowaken seien ein

---

* Vgl Nr. 201.

sprachverwandtes Volk. Die polnischen Interessen in diesem Gebiet seien auch historisch bedingt und rein realpolitisch müsse man zugeben, daß die Erklärung des Schutzverhältnisses nur als Schlag gegen Polen empfunden werden könne.

Ich wies Botschafter Lipski auf die Tatsache hin, daß die unabhängige Slowakische Regierung Deutschland um seinen Schutz angerufen habe. Sicherlich sei die Erklärung des Schutzverhältnisses nicht gegen Polen gerichtet. Hierbei gab ich deutlich zu verstehen, daß man die Frage gemeinsam einmal beraten könne, falls das allgemeine deutsch-polnische Verhältnis eine befriedigende Entwicklung nehme; man könne hierbei an eine Teilnahme Polens an der Garantierung des slowakischen Staates denken. Leider habe ich jedoch feststellen müssen, daß sich in dem deutsch-polnischen Verhältnis eine allmähliche Versteifung bemerkbar mache. Diese Entwicklung habe bereits seit einigen Monaten begonnen. Es sei hier aufgefallen, welch merkwürdige Haltung Polen in der Minoritätenkommission eingenommen habe*. Die durch polnische Studenten provozierten Danziger Zwischenfälle** hätten ebenfalls zu denken gegeben. Botschafter Lipski bestritt auf das energischste, daß derartige Zwischenfälle durch polnische Studenten hervorgerufen worden seien. Auch meine Bemerkung, daß nach Auffassung des Führers die Schilder, die zu den Zwischenfällen geführt hätten, von polnischen Studenten angebracht worden seien, bestritt Herr Lipski auf das lebhafteste und behauptete, daß hieran polnische Studenten in keiner Weise beteiligt gewesen seien.

Weiterhin machte ich den Polnischen Botschafter auf die dauernden Presseangriffe aufmerksam, auf die deutschfeindlichen Demonstrationen anläßlich des Ciano-Besuchs*** und auf die heute bestehende offene Pressefehde. Diese Pressefehde scheine mir in jeder Richtung unberechtigt zu sein. Der Führer habe immer auf einen Ausgleich und auf eine Befriedung mit Polen hingearbeitet. Auch jetzt verfolge der Führer noch dieses Ziel. In zunehmendem Maße sei aber der Führer über die polnische Haltung verwundert. Bisher habe ich die deutsche Presse gegenüber Polen zurückgehalten, wie der Polnische Botschafter sich selber durch einen Blick in die deutsche Presse vergewissern könne. Es würde mir aber nicht möglich sein, auf die Dauer derartige Angriffe unbeantwortet zu lassen. Aus einer derartigen beiderseitigen Pressefehde könne dann bald ein Zustand entstehen, bei dem unsere Beziehungen auf dem Nullpunkt ankämen. Es erschiene mir erforderlich, daß man einen neuen Versuch unternehme, die deutsch-polnische Politik in das richtige Geleise zu bringen, und es erschiene mir richtig und zweckmäßig, wenn bald einmal eine persönliche Aussprache zwischen deutschen und polnischen Staatsmännern stattfände.

Ich würde mich freuen, wenn Außenminister Beck demnächst einen Besuch in Berlin abstatten würde. Wie mir der Führer gesagt habe, würde auch er eine solche Aussprache warm begrüßen. Auf den möglichen Inhalt einer solchen Aussprache eingehend, erklärte ich Herrn Lipski zunächst, er müsse zugeben, daß Deutschland an der Schaffung und der heutigen Existenz Polens nicht unbeteiligt sei und daß Polen seine heutige territoriale Ausdehnung dem schwersten Unglück Deutschlands verdanke, nämlich der Tatsache, daß Deutschland den Weltkrieg verloren habe.

Allgemein werde die Korridor-Regelung als die schwerste Belastung des Versailler Vertrags für Deutschland empfunden. Keine frühere Regierung sei in der Lage gewesen, auf die deutschen Revisionsansprüche zu verzichten, ohne daß sie nicht innerhalb von 48 Stunden vom Reichstag fortgefegt wäre. Der Führer denke anders über das Korridor-Problem. Er erkenne die Berechtigung des polnischen Anspruchs auf einen freien Zugang zum Meer an. Er sei der einzige deutsche Staatsmann, der einen endgültigen Verzicht auf den Korridor aussprechen könne. Voraussetzung hierfür sei aber die Rückkehr des rein deutschen Danzig zum Reich sowie die Schaffung einer exterritorialen Bahn- und Autoverbindung zwischen dem Reich und Ostpreußen. Nur hierdurch würde für das deutsche Volk der Stachel beseitigt, der in der Existenz des Korridors liege. Wenn die polnischen Staatsmänner in Ruhe den realen Tatsachen Rechnung trügen, dann könne man auf folgender Basis eine Lösung finden: Rückkehr Danzigs zum Reich, exterritoriale Eisenbahn- und Autobahnverbindung zwischen Ostpreußen und dem Reich und hierfür Garantie des Korridors. Ich könnte mir vorstellen, daß man in einem solchen Falle die slowakische Frage im erwähnten Sinne zu behandeln in der Lage wäre.

Botschafter Lipski versprach, Außenminister Beck zu informieren und alsdann Nachricht zu geben.

Ich schlug vor, daß Botschafter Lipski zur mündlichen Berichterstattung nach Warschau führe. Ich wiederholte noch einmal, wie nützlich mir ein endgültiger Ausgleich zwischen Deutschland und Polen gerade im jetzigen Stadium erschiene. Dies sei auch wichtig, weil der Führer bisher über die merkwürdige Haltung Polens in einer Reihe von Fragen nur verwundert sei; es käme darauf an, daß er nicht den Eindruck erhalte, daß Polen einfach nicht wolle.

von Ribbentrop

---

* Vgl. Nr. 178.
** Vgl. Nr. 195.
*** Vgl. Nr. 146 und 147.

Nr. 204

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 24. März 1939

Kurzfristige Reservisteneinziehung, drei bis vier Jahrgänge, und zwar 1911 bis 1914, ferner 1906 und 1907, örtlich verschieden, sicher bestätigt. Reserveoffiziere technischer Truppen eingezogen.

Moltke

Nr. 205

Der Deutsche Konsul in Gdingen an das Auswärtige Amt

Bericht

Gdingen, den 24. März 1939

Seit gestern sind in Gdingen drei Jahrgänge eingezogen worden. Das erfolgte bereits gestern am Vormittag und Nachmittag. Die Polen wurden direkt vom Arbeitsplatz abberufen. Darunter waren eine ganze Reihe von Menschen, die vor 14 Tagen erst von einer Übung zurückgekommen sind. Man sagt, daß der Jahrgang 1910—1912 eingezogen sei, nach anderer Lesart die Jahrgänge 1912—1914. Darüber konnte ich keine klare Information bekommen.

Die polnische Kriegsflotte ist bis auf ein Fahrzeug seit gestern ausgelaufen. Vorgestern haben Schießübungen der Kriegsschiffe bei Rewa stattgefunden.

Weiter erfahre ich, daß vier Kompanien aus Gdingen in Putziger-Heisterneſt (Jastarnia) auf der Halbinsel Hela bei der Bevölkerung einquartiert sind und unter dauernder Alarmbereitschaft stehen sollen. Diese Truppen sollen sich seit Sonnabend nacht dort befinden. Feldmarschmäßig sind die Soldaten von Gdingen in einem Zug abtransportiert worden, ohne daß man ihnen das Ziel der Fahrt mitgeteilt hatte.

Hofmann

Nr. 206

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 24. März 1939

Bereits gemeldete Reservisteneinziehungen* deuten darauf hin, daß militärische Kreise auf Leitung polnischer Außenpolitik wachsenden Einfluß gewinnen. Zwar scheint einstweilen Position des Außenministers noch stark zu sein, wie auch aus Verhaftung des prominenten Redakteurs Mackiewicz hervorgeht, der, obwohl Pilsudskist, sich zu scharfem Gegner Becks entwickelt hat; doch steht zu besorgen, daß Beck schärferen Kurs mitmachen wird, wenn er durch bedrohende nationalistische Welle dazu gezwungen würde.

Über englische Anregungen**, deretwegen in letzten Tagen wiederholte Besuche des Englischen Botschafters in hiesigem Außenministerium stattgefunden haben, ist etwas Bestimmtes bisher nicht zu erfahren gewesen. Es läßt sich deshalb noch nicht beurteilen, ob etwa die polnischen Mobilmachungsmaßnahmen durch diese englische Aktion beeinflußt worden sind. In diesem Zusammenhang scheint mir eine Äußerung berichtenswert, die Unterstaatssekretär Arciszewski hier einigen Diplomaten gegenüber getan hat. Unter abfälligen Bemerkungen über England und Frankreich, die immer wieder, ohne eigenes Risiko einzugehen, Polen für fremde Zwecke mißbrauchen wollen, erklärte er, daß Polen sich niemals lediglich für Interessen anderer Mächte schlagen werde. Auch sonst kann man nach den Richtlinien der Beckschen Politik wohl annehmen, daß Polen sich nur ungern dazu bereit finden würde, in irgendeine generelle Kombination einzutreten oder sich in Aktionen verwickeln zu lassen, die es zwingen würden, seine Position vorzeitig und sichtbar festzulegen. Das bedeutet natürlich nicht, daß Polen nicht zugreifen würde, wenn sich gelegentlich dieser Verhandlungen die Möglichkeit bieten sollte, feste Zusagen von englischer Seite zu erhalten, die seine Sicherheit erhöhen würden.

Moltke

---

* Vgl. Nr 204.

** Vgl. Nr. 271 ff.

Nr. 207

Aufzeichnung des Dirigenten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 25. März 1939

Das Oberkommando des Heeres rief mich heute 11 Uhr an und teilte mir über die polnischen Mobilisierungsmaßnahmen folgendes mit:

1. Bei Gdingen seien etwa 4000 Mann polnische Truppen zusammengezogen.
2. Die Truppe einer Garnison, die bisher im südlichen Korridor stationiert gewesen sei, sei in die unmittelbare Nähe der Danziger Grenze verlegt worden.
3. Polen habe drei Jahrgänge mobil gemacht.

Alle diese Maßnahmen bezögen sich nur auf den nördlichen Teil Polens, in den anderen Gebieten des Landes sei der Umfang der militärischen Maßnahmen noch nicht klar erkennbar.

Fürst von Bismarck

Nr. 208

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter, 26. März 1939

Aufzeichnung

Ich empfing den Polnischen Botschafter Lipski heute um 12 Uhr 30.

Botschafter Lipski übergab mir das in der Anlage beigefügte Memorandum der Polnischen Regierung, das ich in seiner Gegenwart durchlas.

Nachdem ich von dem Inhalt Kenntnis genommen hatte, erwiderte ich Botschafter Lipski, daß nach meiner persönlichen Auffassung die polnische Stellungnahme keine Basis für eine deutsch-polnische Lösung darstellen könne. Die einzig mögliche Lösung des Problems müsse in der Wiedervereinigung Danzigs mit dem Deutschen Reich und der Schaffung einer exterritorialen Auto- und Eisenbahnverbindung zwischen dem Reich und Ostpreußen bestehen. Herr Lipski entgegnete, er habe die unangenehme Pflicht darauf hinzuweisen, daß jegliche weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere soweit sie eine Rückkehr Danzigs zum Reich beträfen, den Krieg mit Polen bedeute.

Ich wies darauf Botschafter Lipski auf die vorliegenden Meldungen über polnische Truppenzusammenziehungen hin und warnte ihn vor möglichen Konsequenzen. Die polnische Haltung schiene mir eine merkwürdige Antwort auf mein kürzliches Angebot einer endgültigen Befriedung des deutsch-polnischen Verhältnisses darzustellen. Wenn die Dinge in dieser Richtung weiterliefen, so könne in Kürze eine ernste Situation entstehen. Ich könne Botschafter Lipski mitteilen, daß z. B. eine Verletzung des Danziger Hoheitsgebietes durch polnische Truppen von Deutschland in der gleichen Weise wie eine Verletzung der Reichsgrenzen betrachtet werden würde.

Botschafter Lipski bestritt energisch jede militärische Absicht Polens in bezug auf Danzig. Die von Polen vorgenommenen Dislokationen von Truppenverbänden stellten lediglich Vorsichtsmaßnahmen dar.

Ich legte Botschafter Lipski alsdann die Frage vor, ob nicht die Polnische Regierung, sobald sich die Situation etwas beruhigt habe, den deutschen Vorschlag erneut erwägen wolle, damit man auf der von uns vorgeschlagenen Basis der Wiedervereinigung Danzigs und der exterritorialen Eisen- und Autobahnverbindung zu einer Lösung kommen könne. Botschafter Lipski antwortete hierauf ausweichend, indem er sich erneut auf das von ihm übergebene Memorandum bezog.

Ich erwiderte Botschafter Lipski, daß ich dem Führer zunächst Bericht erstatten würde. Mir komme es dabei vor allem darauf an, zu vermeiden, daß beim Führer der Eindruck entstehe, Polen wolle einfach nicht.

Botschafter Lipski bat mich, doch auch von deutscher Seite die Fragen erneut nach jeder Richtung hin studieren zu lassen, und er frage sich, ob nicht Aussicht bestehen könne, vielleicht zu einer Lösung auf Grund der polnischen Gedankengänge zu gelangen. Er fügte hinzu, daß Außenminister Beck unserer Anregung entsprechend gerne in Berlin einen Besuch abstatten werde, es scheine ihm aber zweckmäßig, daß vorher die Fragen diplomatisch entsprechend vorbereitet worden seien.

Ich ließ Botschafter Lipski zum Schluß unserer Unterredung keinen Zweifel darüber, daß die polnischen Vorschläge meiner Auffassung nach vom Führer nicht als befriedigend angesehen werden könnten. Nur eine klare Rückgliederung Danzigs, eine exterritoriale Verbindung mit Ostpreußen und ein 25jähriger Nichtangriffsvertrag mit Grenzgarantien und eine Zusammenarbeit in der slowakischen Frage in Form eines von den Anrainern zu übernehmenden gemeinsamen Schutzes des Gebietes könnten nach deutscher Auffassung zu einer endgültigen Bereinigung führen.

von Ribbentrop

Anlage

Memorandum

I.

Die Polnische Regierung mißt ebenso wie in der Vergangenheit so auch heute volle Bedeutung der Aufrechterhaltung gutnachbarlicher Beziehungen mit dem Deutschen Reiche auf weiteste Sicht bei.

Die Polnische Regierung hat einen klaren Beweis dieser ihrer Einstellung dadurch geliefert, daß sie schon im Jahre 1933 als eine der ersten ausländischen Regierungen ein freundschaftliches Verhältnis zum Dritten Reich angebahnt hat und in Verhandlungen eingetreten ist, welche zum Abschluß der Polnisch-Deutschen Erklärung vom 26. Januar 1934 geführt haben.

Es sei auch hier die seitens Polens dem nationalsozialistischen Senat in Danzig gegenüber eingenommene positive Einstellung zu erwähnen.

In den darauffolgenden fünf Jahren hat die Polnische Regierung in ihrer internationalen politischen Tätigkeit es stets vermieden, an den gegen das Deutsche Reich gerichteten Aktionen teilzunehmen.

Schließlich ist es wohl bekannt, daß im Herbst 1938 Polens entschlossene Haltung in bedeutendem Maße zur Verhinderung einer kriegerischen Auseinandersetzung im Zusammenhang mit der Durchführung der deutschen Forderungen beigetragen hat.

II.

In der Frage des Transitverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und Ostpreußen sowie in der Frage der Freien Stadt Danzig, in denen bisher stets ein Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen erzielt wurde und bezüglich derer die Deutsche Regierung jetzt neue Anregungen vorgebracht hat, steht die Polnische Regierung auf folgendem Standpunkt:

a) Die Polnische Regierung hat kein Interesse an irgendeiner Erschwerung des Verkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich. Deshalb hat auch die Polnische Regierung trotz vieler Veränderungen, die in den letzten Jahren im Vergleich zu früher in dieser Hinsicht eingetreten sind (z. B. in der Frage des Zahlungstransfers), nicht nur keine Schwierigkeiten in dem bevorzugten Eisenbahntransitverkehr verursacht, sondern die Verrechnung für diesen Transit unter Berücksichtigung der deutschen Interessen vorgenommen.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend, ist die Polnische Regierung bereit, gemeinsam mit der Deutschen Regierung eine weitere Vereinfachung und Erleichterung des Eisenbahn- und Kraftwagenverkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich zu überprüfen, um dem deutschen Reisenden Behinderungen bei der Benutzung dieser Verkehrswege zu ersparen. Technische Sachverständige könnten an die Ausarbeitung von Vorschlägen herantreten, um obiges Ziel zu verwirklichen.

Alle polnischerseits gewährten Zugeständnisse können jedoch nur im Rahmen der polnischen Souveränität stattfinden — eine Exterritorialität der Verkehrswege kann daher nicht in Frage kommen. Unter diesem Vorbehalt hat die Polnische Regierung die Absicht, den deutschen Wünschen weitgehend entgegenzukommen.

b) Was die Freie Stadt Danzig anbelangt, so darf daran erinnert werden, daß die Polnische Regierung seit längerer Zeit schon, in der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Vereinbarung in dieser Frage auf dem Wege einer Verständigung zwischen Warschau und Berlin, entsprechende Anregungen getan hat. Dies erschien ihr besonders zweckmäßig mit Rücksicht auf die Lage des Völkerbundes, der die auf sich genommenen Verpflichtungen in der Freien Stadt Danzig nicht mehr vollends zu erfüllen imstande ist.

Wie aus den bisherigen polnisch-deutschen Unterredungen hervorging, bestand keine Meinungsverschiedenheit bezüglich der grundsätzlichen Auffassung, daß die Polnische Regierung keine Behinderung des freien Innenlebens der deutschen Bevölkerung der Freien Stadt anstrebt, daß andererseits die Deutsche Regierung die polnischen Rechte sowie die wirtschaftlichen, maritimen und verkehrstechnischen Interessen und die Rechte der polnischen Bevölkerung in der Freien Stadt respektiert. Da diese beiden Fragen grundsätzlicher Natur sind, glaubt die Polnische Regierung, daß eine Lösung zu finden wäre, die auf einer gemeinsamen polnisch-deutschen Garantie für die Freie Stadt Danzig beruhen würde. Diese Garantie würde einerseits die freie Entwicklung des deutschen Volkstums und seines politischen Innenlebens befriedigen, andererseits die polnischen

Rechte und Interessen sicherstellen. Die polnischen Interessen stimmen übrigens mit den wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung der Freien Stadt überein, da der Wohlstand derselben seit Jahrhunderten von dem polnischen Überseehandel abhängig ist.

Im Gegensatz zum vorhergenannten Problem der Verkehrserleichterungen, welches nach Ansicht der Polnischen Regierung einen überwiegend technischen Charakter trägt und Sache von Experten wäre, müßten in der Frage der Freien Stadt zunächst die politischen Grundsätze zwischen der Polnischen und Deutschen Regierung besprochen werden, und zwar nach der Richtung hin, daß in diesem Körper, gemäß den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers vom Februar 1938, von Polen die nationalen Verhältnisse in der Freien Stadt respektiert würden und von der Freien Stadt und Deutschland die Rechte und Interessen Polens.

Die Polnische Regierung würde es zwecks einer Stabilisierung der Verhältnisse in dieser Region Europas für erwünscht halten, daß man zu einem Gedankenaustausch über die beiden obenerwähnten Probleme, die gemeinsam zu behandeln wären, möglichst bald herantrete, um dadurch eine Grundlage zur zukünftigen Festigung der gutnachbarlichen gegenseitigen Beziehungen zu finden.

Nr. 209

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter, 27. März 1939

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt

Der Herr Reichsminister des Auswärtigen stellte den Polnischen Botschafter wegen der Ausschreitungen in Bromberg* zur Rede und bemerkte, daß diese neuen Ausfälle in Deutschland einen katastrophalen Eindruck gemacht hätten, da man hier den Eindruck hätte, daß sie mit einer gewissen Duldung der polnischen Behörden vor sich gingen. Wieder sei es der Westverband gewesen, gegen den Deutschland bei Polen schon so oft Beschwerde geführt habe. Man sei deutscherseits der Ansicht, daß die Polnische Regierung, wenn sie guten Willens wäre, wohl in der Lage sein müsse, derartige Zwischenfälle zu verhindern. Der Herr Reichsaußenminister bedauerte eine derartige Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses auf das lebhafteste und betonte, die Deutsche Regierung müsse die Polnische Regierung für derartige Vorkommnisse voll verantwortlich halten.

Der Polnische Botschafter erklärte, von den erwähnten Vorgängen keine Kenntnis zu haben, versprach aber, sich sofort zu informieren. Auch er bedauerte die Ausschreitungen, erklärte sie jedoch mit der zur Zeit in Polen herrschenden Nervosität. Im übrigen versprach er, von sich aus alles tun zu wollen, um die Wiederholung derartiger Vorkommnisse abzustellen.

Als der Polnische Botschafter die Behauptung aufstellte, daß auch bei deutschen Vereinsveranstaltungen ähnliche, gegen Polen gerichtete Zwischenfälle vorkämen, erwiderte ihm der Herr Reichsaußenminister sofort, daß die Provokationen bisher immer nur von polnischer Seite ausgegangen seien.

Auf die Frage des Polnischen Botschafters, ob man nicht ein paar »Worte der Beruhigung für die beiden Völker« finden könne, erwiderte der Herr Reichsaußenminister, daß etwas derartiges in keiner Weise der Lage entspräche, da, wie gesagt, die Provokationen und Presseangriffe bisher lediglich von polnischer Seite ausgegangen seien. Wenn — was wohl bald nicht mehr aufzuhalten sein würde — die deutsche Presse auf die polnischen Angriffe nunmehr antworte, so würde sie es gründlich tun.

Abschließend bemerkte der Herr Reichsaußenminister, er könne die Polnische Regierung nicht mehr verstehen. Auf den großzügigen Vorschlag, den Deutschland an Polen gemacht habe, sei eine ablehnende Antwort erfolgt. Jedenfalls könne der gestern vom Polnischen Botschafter überbrachte Vorschlag vom Herrn Reichsaußenminister als keine Basis für eine Regelung der Fragen angesehen werden. Die Beziehungen beider Länder entwickelten sich daher stark abschüssig.

Bei der Verabschiedung sagte der Polnische Botschafter seinerseits zu, alles in seinen Kräften Stehende tun zu wollen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Schmidt

---

* Vgl. Nr. 349.

Nr. 210

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 28. März 1939

Die erregte Stimmung, die in Polen seit einiger Zeit herrscht, hat noch erheblich zugenommen. In der Bevölkerung sind die wildesten Gerüchte verbreitet, so z. B., daß in Oderberg Kämpfe zwischen deutschen und polnischen Truppen stattgefunden hätten, daß Minister Beck verhaftet worden sei und ähnliche phantastische Nachrichten. Von ernsterer Bedeutung ist das Entstehen einer Kriegsstimmung, die durch die Presse, durch antideutsche öffentliche Kundgebungen — besonders in der Provinz —, die bereits vielfach zu Zwischenfällen geführt haben, und zum Teil auch durch eine säbelrasselnde offiziöse Propaganda gefördert wird. In weiten Kreisen glaubt man heute, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei und unmittelbar bevorstehe.

Die praktischen Maßnahmen der Regierung tragen dazu bei, die vorhandene Kriegspsychose zu steigern. Im Laufe der letzten Woche haben Einberufungen von Reservisten der drei Jahrgänge 1912, 1913 und 1914 stattgefunden, zum Teil — für Spezialformationen — auch Einberufungen aus anderen Jahrgängen, außerdem sind Requisitionen von Pferden und Lastkraftwagen erfolgt. Ferner hat die Regierung die gegenwärtige Situation als Anlaß benutzt, um eine innere Staatsanleihe zwecks Ausbaus der Luftwaffe und der Luftabwehr-Artillerie auszuschreiben.

Für die Art der offiziellen Wehrpropaganda ist besonders ein vielfach nachgedruckter Artikel des Militärblatts »Polska Zbrojna«: »Wir sind bereit« charakteristisch. Darin wird u. a. ausgeführt, daß die Polen, zum Unterschiede von den Tschechen, kein Gefühl der Unterlegenheit gegenüber den mächtigen Völkern dieser Erde empfänden. Die Zahl der fremden Divisionen schrecke die Polen nicht, denn seine eigene Armee, deren Ausrüstung und der kriegerische Geist des polnischen Volkes reichten dazu aus, um Polen den Sieg zu sichern. Zahlreiche andere Veröffentlichungen, die seither täglich in der Presse erscheinen, sind im gleichen Geist und in der gleichen Tonart gehalten.

In dieser Selbstsicherheit und Überschätzung der eigenen militärischen Stärke, wie sie in der Presse zum Ausdruck kommt, liegt im Hinblick auf den polnischen Nationalcharakter eine Gefahr. Daß es sich hierbei nicht nur um Pressepropaganda handelt, zeigt eine verbürgte Äußerung, die der Vizekriegsminister Gluchowski in einer seriösen Unterhaltung getan hat, wobei er ausführte, die deutsche Wehrmacht sei ein großer Bluff, denn Deutschland fehlten die ausgebildeten Reserven, um seine Einheiten aufzufüllen. Auf die Frage, ob er glaube, daß Polen im Ernst Deutschland militärisch überlegen sei, antwortete Gluchowski: »Aber selbstverständlich«.

Kennzeichnend für die Stimmung in politischen Kreisen war auch eine in der letzten Vollsitzung des Senats veranstaltete antideutsche Demonstration. Die erste Lesung des polnisch-litauischen Handelsvertrags, der der Litauische Gesandte Saulnys in der Diplomatenloge beiwohnte, gab dem Senator Katelbach Veranlassung, Litauen im Namen des Senats zu versichern, daß Polen die schweren Erlebnisse, die Litauen soeben habe durchmachen müssen, aufs stärkste mitempfunden habe. An dem »langdauernden stürmischen« Beifall, den diese Erklärung hervorrief, beteiligten sich auch die beiden zu der Sitzung erschienenen Minister und Vizeaußenminister Graf Szembek.

von Moltke

Nr. 211

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 29. März 1939

Außenminister Beck bat mich gestern abend zu sich, um mir folgendes mitzuteilen: Der Herr Reichsaußenminister habe in der Unterredung vom 26. März dem Botschafter Lipski erklärt, daß ein polnischer Gewaltakt gegen Danzig den casus belli bedeuten würde. Diese Mitteilung zwinge ihn, seinerseits die Erklärung abzugeben, daß, falls deutscherseits ein Versuch unternommen werden sollte, das Statut der Freien Stadt einseitig abzuändern, Polen hierin den casus belli sehen würde. Das gleiche gelte auch, wenn etwa der Danziger Senat einen solchen Versuch unternehmen würde. Herr Beck fügte hinzu, daß die Polnische Regierung die eingetretene Verschärfung bedauere.

Ich erwiderte Beck, daß die Verschärfung nicht durch uns, sondern lediglich durch die polnischen Mobilmachungsmaßnahmen hervorgerufen worden sei, die jeder Berechtigung entbehrten und überdies einen in seiner Auswirkung höchst bedenklichen Schritt darstellten. Schon jetzt sei infolge der hierdurch eingetretenen Kriegsstimmung, die durch Presse und Propaganda in unverantwortlicher Weise gesteigert würde, eine Lage entstanden, die ernste Gefahren in sich schließe. Die schweren Zwischenfälle in Pomme-

rellen seien ein deutlicher Beweis dafür. Ich verwies insbesondere auf die unerhörten Ausschreitungen in Bromberg und Liniewo* und behielt mir vor, nach Eingang genauerer Informationen noch auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Beck versuchte die Mobilmachungsmaßnahmen damit zu rechtfertigen, daß die gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt hinsichtlich Danzigs erhobene Forderung nach den Vorgängen in der Tschecho-slowakei und in Memel polnischerseits als Alarmsignal aufgefaßt worden sei. Die Sorge, daß durch die getroffenen Maßnahmen Schwierigkeiten entstehen könnten, sei unbegründet. Von den Vorfällen in Liniewo wisse er noch nichts. Der Vorfall von Bromberg**, bei dem die Polizei übrigens energisch durchgegriffen habe, sei zum Gegenstand einer Ministerbesprechung gemacht worden. Der Ministerpräsident habe darauf strengste Weisung an alle Verwaltungsbehörden gehen lassen, alles zu vermeiden, was zu Zwischenfällen Anlaß geben könnte, insbesondere Versammlungen und Umzüge zu verbieten.

Beck hinzufügte, er wolle mir nicht verhehlen, daß er immer mehr den Eindruck gewinne, als ständen wir an einem Wendepunkt der deutsch-polnischen Beziehungen. — Ich erinnerte demgegenüber an die Besprechung von Berchtesgaden***, in der der Führer die Aufrechterhaltung der Verständigungspolitik in den Vordergrund gestellt hätte, und legte dar, daß die jetzigen Vorschläge gerade das Ziel verfolgten, die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine gesunde und dauerhafte Grundlage zu stellen, wobei wir allerdings mehr Einsicht von polnischer Seite erwarten müßten.

Moltke

Nr. 212

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 6. April 1939

Der Polnische Botschafter leitete heute bei einem Gespräch, zu welchem ich ihn hierher gebeten hatte, von sich aus über auf die Beckschen Unterhaltungen in London†. Lipski behauptete, im Detail nicht unterrichtet zu sein, jedoch gewisse Grundsätze mir gegenüber feststellen zu können.

1. Polen wünsche an dem Abkommen von 1934 festzuhalten.
2. Bei den polnisch-englischen Abreden handelt es sich um einen bilateralen und rein defensiven Akt; von dem Beitritt Polens zu einem Block sei nicht die Rede.

Ich habe diese Äußerungen von Lipski mit einigem Lächeln entgegengenommen und ihm dann etwa folgendes erwidert: Mir sei die Entwicklung der polnischen Politik in der jüngsten Zeit nicht mehr begreiflich. Lipski wisse so gut wie ich, unter welcher Belastung unser Verhältnis vor der Machtergreifung gestanden hätte. Niemand in Deutschland als der Führer hätte die großen Konzeptionen des Jahres 1934 haben und mit Polen zur Durchführung bringen können. Unsere Beziehungen hätten von da an einen erfreulichen ständigen Aufschwung genommen. Im Sinne dieser guten Nachbarschaft habe der Führer dann bekanntlich Gespräche mit Polen eingeleitet und nicht nur die letzten Differenzpunkte zwischen uns ausräumen, sondern in großzügiger Weise die Korridorgrenze für Polen sichern wollen. Polen habe dieses Angebot offenbar nicht verstanden. Statt mit Freuden zuzugreifen und das Werk von 1934 zu vollenden, hätten wir plötzlich in Polen ein merkwürdiges Säbelrasseln vernommen. Das habe uns zwar nicht aufgeregt, stehe aber in seltsamem Kontrast zu der Antwort, die wir von Warschau erwarten durften. Auftragsgemäß sagte ich, das Angebot des Führers an Polen sei ein einmaliges gewesen. Eine Art von Antwort auf das Angebot, welche die Polnische Regierung uns habe erteilen wollen, sei ihm — Lipski — durch den Herrn Reichaußenminister am 27. März bekanntlich bereits dahin charakterisiert worden, daß sie keine Grundlage zur Regelung der aufgeworfenen Frage darstelle††. (Später im Laufe des Gespräches wiederholte ich, daß die polnische Antwort für uns keine Diskussionsgrundlage sei.) Ob Polen mit dieser Haltung gut beraten gewesen sei, werde ja die Zukunft lehren. Ich fuhr fort, daß ich die für heute nachmittag angekündigte Mitteilung Chamberlains im Unterhaus noch nicht gelesen hätte. Treffe aber das zu, was man schon jetzt in der Presse über die Beckschen Gespräche finde, so wisse ich nicht, wie das polnische Verhalten mit dem Sinn des Abkommens von 1934 noch vereinigt werden könnte.

Zu dem letzteren Punkte wollte Lipski erwidern, daß auch das polnisch-französische Vertragsverhältnis sich mit dem Abkommen von 1934 habe vereinigen lassen. Die polnischen Truppenkonzentrationen in der Gegend von Danzig wollte Lipski als eine begreifliche Parallelerscheinung mit Truppenbewegungen anderer Länder — wie Ungarn, Rumänien, ja selbst Norwegen — hinstellen. Vor allem aber erklärte Lipski, in den Tagen um den deutschen Einmarsch in die Tschecho-Slowakei ganz ohne Kontakt mit uns

* In Liniewo wurde eine Versammlung der dortigen Reichsdeutschen von 25 Polen überfallen, die das gesamte Mobiliar zertrümmerten, ein Bild des Führers vollständig zerstörten und die Reichsflagge zerrissen. Vgl. Nr. 350.

** Vgl. Nr. 349.

*** Vgl. Nr. 200.

† Vgl. Nr. 286.

†† Vgl. Nr. 209.

gelassen worden zu sein, woraus im Gegensatz zum September v. J. sich eine begreifliche polnische Nervosität entwickelt habe. Das von Deutschland an Litauen gerichtete Ultimatum habe die polnischen Sorgen noch entsprechend vermehrt.

Ich schnitt Lipski das Wort ab, als er von einem »Ultimatum« an Litauen sprach, machte seine Ausführungen über Truppenbewegungen anderer — die niemals gegen Polen gerichtet waren — lächerlich und erklärte ihm, es wäre mir verständlich gewesen, wenn er sich bei uns jetzt dafür bedankt hätte, daß wir dem heißen Wunsche Warschaus nach einer gemeinsamen ungarisch-polnischen Grenze kein Hindernis bereitet haben. Kurzum, ich wies Lipskis Redensarten mit den naheliegenden Argumenten gelassen zurück, worauf wir uns trennten.

Weizsäcker

Nr. 213

Durch den Deutschen Geschäftsträger in Warschau im Polnischen Außenministerium übergebenes Memorandum der Deutschen Regierung vom 28. April 1939

Die Deutsche Regierung hat durch die von polnischer und britischer Seite öffentlich bekanntgegebenen Erklärungen Kenntnis von dem bisherigen Ergebnis und dem Endziel der neuerdings zwischen Polen und Großbritannien geführten Verhandlungen erhalten. Danach haben die Polnische und die Britische Regierung eine vorläufige, demnächst durch ein Dauerabkommen zu ersetzende Vereinbarung* getroffen, die Polen und Großbritannien den gegenseitigen Beistand für den Fall gewährleisten soll, daß die Unabhängigkeit eines der beiden Staaten direkt oder indirekt bedroht wird.

Die Deutsche Regierung sieht sich gezwungen, der Polnischen Regierung hierzu folgendes mitzuteilen:

Als sich die Nationalsozialistische Regierung im Jahre 1933 der Aufgabe einer Neugestaltung der deutschen Außenpolitik zuwandte, war es nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund ihr erstes Ziel, die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen auf eine neue Grundlage zu stellen.

Der Führer des Deutschen Reiches und der verewigte Marschall Pilsudski begegneten sich damals in dem Entschluß, mit den polnischen Methoden der Vergangenheit zu brechen und für die Behandlung aller die Beziehungen der beiden Länder betreffenden Fragen den Weg einer unmittelbaren freundschaftlichen Verständigung von Staat zu Staat zu eröffnen.

Durch den unbedingten Verzicht auf jede Anwendung von Gewalt gegeneinander sollte eine Friedensgarantie geschaffen werden, um den beiden Regierungen die große Aufgabe zu erleichtern, für alle Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhten.

Diese Grundsätze, die in der deutsch-polnischen Friedenserklärung vom 26. Januar 1934** in vertraglich bindender Form festgelegt wurden, waren dazu bestimmt und haben in der Tat den Erfolg gehabt, in der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen eine völlig neue Phase einzuleiten.

Daß sie sich zum Nutzen beider Völker in der Praxis bewährt haben, beweist die politische Geschichte der letzten fünf Jahre und ist noch am 26. Januar d. J., dem fünften Jahrestag der Unterzeichnung der Erklärung, von beiden Seiten öffentlich ausgesprochen worden, unter Betonung des übereinstimmenden Willens, den im Jahre 1934 festgelegten Grundsätzen auch in Zukunft treu zu bleiben.**

Mit diesen vor wenigen Monaten abgegebenen feierlichen Erklärungen steht die jetzt von der Polnischen Regierung mit der Britischen Regierung abgeschlossene Vereinbarung in einem so offenbaren Widerspruch, daß die Deutsche Regierung von einer so plötzlichen und radikalen Schwenkung der polnischen Politik nur mit Erstaunen und Befremden Kenntnis nehmen kann.

Die neue polnisch-britische Vereinbarung ist, wie ihre endgültige Formulierung auch gestaltet werden mag, von beiden Partnern als regelrechter Bündnispakt gedacht, und zwar als ein Bündnispakt, der sich nach seiner allgemein bekannten Vorgeschichte und nach der ganzen Lage der politischen Verhältnisse ausschließlich gegen Deutschland richtet.

Aus der von der Polnischen Regierung jetzt übernommenen Verpflichtung ergibt sich, daß Polen in einen etwaigen deutsch-englischen Konflikt durch einen gegen Deutschland gerichteten Angriff gegebenenfalls auch dann einzugreifen beabsichtigt, wenn dieser Konflikt Polen und seine Interessen überhaupt nicht berührt. Das ist ein direkter und flagranter Verstoß gegen den in der Erklärung von 1934 vereinbarten Verzicht auf jede Anwendung von Gewalt.

Der Gegensatz zwischen der deutsch-polnischen Erklärung und der polnisch-britischen Vereinbarung greift aber in seiner Tragweite noch wesentlich über diesen Punkt hinaus. Die Erklärung von 1934 sollte das Fundament dafür sein, unter dem Schutz der vereinbarten Friedensgarantie alle zwischen den

* Vgl. Nr. 286.

** Vgl. Nr. 37.

beiden Ländern auftauchenden Fragen frei von internationalen Verflechtungen und Kombinationen in direkter, von außen nicht beeinflußter Auseinandersetzung zwischen Berlin und Warschau zu regeln. Ein solches Fundament setzt selbstverständlich das volle gegenseitige Vertrauen der beiden Partner sowie auch die Loyalität der politischen Absichten jedes Partners gegenüber dem anderen Partner voraus.

Dagegen hat die Polnische Regierung durch den jetzt von ihr gefaßten Beschluß, in ein gegen Deutschland gerichtetes Bündnisverhältnis einzutreten, zu erkennen gegeben, daß sie der ihr von der Deutschen Regierung unmittelbar zugesicherten Friedensgarantie das Beistandsversprechen einer dritten Macht vorzieht.

Zugleich muß die Deutsche Regierung daraus entnehmen, daß die Polnische Regierung zur Zeit keinen Wert mehr darauf legt, für deutsch-polnische Fragen die Lösung in direkter freundschaftlicher Auseinandersetzung mit der Deutschen Regierung zu suchen. Damit hat die Polnische Regierung den Weg verlassen, der im Jahre 1934 für die Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen vereinbart worden ist.

Die Polnische Regierung kann sich nicht darauf berufen, daß die Erklärung von 1934 die von Polen oder Deutschland schon vorher nach anderer Seite hin übernommenen Verpflichtungen unberührt lassen sollte und daß mithin neben ihr auch die Bündnisvereinbarungen zwischen Polen und Frankreich in Geltung geblieben sind. Das polnisch-französische Bündnis war im Jahre 1934, als Polen und Deutschland an die Neugestaltung ihrer Beziehungen herantraten, eine gegebene Tatsache. Die Deutsche Regierung konnte sich mit dieser Tatsache abfinden, weil sie erwarten durfte, daß die etwaigen Gefahren des aus einer Zeit schärfsten deutsch-polnischen Gegensatzes stammenden polnisch-französischen Bündnisses durch die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Polen von selbst immer mehr an Bedeutung verlieren würden.

Der Eintritt Polens in ein Bündnisverhältnis mit Großbritannien, der jetzt fünf Jahre nach Vereinbarung der Erklärung von 1934 erfolgt ist, kann deshalb politisch mit dem Inkraftbleiben des polnisch-französischen Bündnisses in keiner Weise verglichen werden. Mit diesem neuen Bündnis hat sich die Polnische Regierung einer von anderer Seite inaugurierten Politik dienstbar gemacht, die das Ziel der Einkreisung Deutschlands verfolgt.

Die Deutsche Regierung hat ihrerseits zu einer derartigen Änderung der polnischen Politik nicht den geringsten Anlaß gegeben. Sie hat der Polnischen Regierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit sowohl öffentlich als auch in vertraulichen Besprechungen die bündigsten Versicherungen dafür gegeben, daß die freundschaftliche Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses ein wesentliches Ziel ihrer Außenpolitik sei und daß sie in ihren politischen Entschlüssen jederzeit auf die Achtung berechtigter polnischer Interessen Bedacht nehmen werde.

So hat auch die Durchführung der von Deutschland im März d. J. zur Befriedung Mitteleuropas eingeleiteten Aktion die polnischen Interessen nach Ansicht der Deutschen Regierung in keiner Weise beeinträchtigt. Im Zusammenhang mit dieser Aktion ist es zur Herstellung einer polnisch-ungarischen Grenze gekommen, die von polnischer Seite stets als ein wichtiges politisches Ziel bezeichnet worden ist.

Überdies hat die Deutsche Regierung aber unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß sie bereit sei, sich mit der Polnischen Regierung freundschaftlich auseinanderzusetzen, falls diese etwa ihrerseits der Ansicht sein sollte, daß sich für sie aus der Neugestaltung der Verhältnisse in Mitteleuropa neue Probleme ergeben hätten.

Im gleichen freundschaftlichen Geiste hat die Deutsche Regierung versucht, eine Regelung der einzigen noch zwischen Deutschland und Polen stehenden Frage, der Danziger Frage, in Gang zu bringen. Daß diese Frage einer Neuregelung bedarf, ist von deutscher Seite Polen gegenüber seit Jahr und Tag betont und von polnischer Seite auch nicht bestritten worden. Seit längerer Zeit hat die Deutsche Regierung immer wieder versucht, die Polnische Regierung davon zu überzeugen, daß durchaus die Möglichkeit einer den Interessen beider Teile gerecht werdenden Lösung gegeben sei und daß mit der Beseitigung dieses letzten Hemmnisses der Weg für eine aussichtsreiche politische Zusammenarbeit Deutschlands und Polens freigemacht werden würde.

Die Deutsche Regierung hat sich hierbei nicht auf allgemeine Andeutungen beschränkt, sondern der Polnischen Regierung, und zwar zuletzt Ende März d. J., in freundschaftlichster Form eine Regelung auf folgender Grundlage vorgeschlagen:

Rückkehr Danzigs zum Reich,

exterritoriale Eisenbahn- und Autoverbindung zwischen Ostpreußen und dem Reich,

dafür Anerkennung des ganzen polnischen Korridors und der gesamten polnischen Westgrenze,

Abschluß eines Nichtangriffpaktes auf 25 Jahre,

Sicherstellung der wirtschaftlichen Interessen Polens in Danzig sowie großzügige Regelung der übrigen sich aus der Wiedervereinigung Danzigs mit dem Reich für Polen ergebenden wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Fragen.

Gleichzeitig hat die Deutsche Regierung sich bereit erklärt, bei der Sicherstellung der Unabhängigkeit der Slowakei auch den polnischen Interessen Rechnung zu tragen.

Niemand, der die Verhältnisse in Danzig und im Korridor sowie die damit zusammenhängenden Probleme kennt, kann bei unvoreingenommener Beurteilung bestreiten, daß dieser Vorschlag das Minimum dessen enthielt, was vom Standpunkt unverzichtbarer deutscher Interessen gefordert werden muß, und daß er allen für Polen irgendwie wesentlichen Interessen Rechnung trug. Die Polnische Regierung hat hierauf jedoch eine Antwort gegeben, die zwar in die Form von Gegenvorschlägen gekleidet war, die aber der Sache nach jedes Verständnis für den deutschen Standpunkt vermissen ließ und auf eine Ablehnung des deutschen Angebots hinauslief.

Daß die Polnische Regierung selbst ihre Antwort nicht als geeignet ansah, eine freundschaftliche Verständigung anzubahnen, hat sie in ebenso überraschender wie drastischer Weise dadurch bewiesen, daß sie gleichzeitig mit der Antwort zu einer umfangreichen Teilmobilisierung ihrer Armee schritt. Mit dieser durch nichts gerechtfertigten Maßnahme hat sie zugleich im voraus Sinn und Ziel der Verhandlungen gekennzeichnet, in die sie unmittelbar darauf mit der Britischen Regierung eingetreten ist.

Die Deutsche Regierung hat es nicht für notwendig gehalten, auf die polnische Teilmobilisierung mit militärischen Gegenmaßnahmen zu antworten.

Dagegen kann sie über die anderen von der Polnischen Regierung in der letzten Zeit gefaßten Entschlüsse nicht einfach stillschweigend hinweggehen. Sie sieht sich vielmehr zu ihrem Bedauern genötigt, hiermit folgendes festzustellen:

1. Die Polnische Regierung hat die ihr von der Deutschen Regierung gebotene Gelegenheit zu einer gerechten Regelung der Danziger Frage, zu einer endgültigen Sicherung ihrer Grenze gegenüber dem Deutschen Reich und damit zu einer dauernden Festigung eines freundnachbarlichen Verhältnisses beider Länder nicht ergriffen. Sie hat vielmehr die dahin zielenden deutschen Vorschläge verworfen.

2. Gleichzeitig hat sich die Polnische Regierung gegenüber einem anderen Staate auf politische Verpflichtungen eingelassen, die sowohl mit dem Sinn als auch dem Wortlaut der deutsch-polnischen Erklärung vom 26. Januar 1934 unvereinbar sind. Die Polnische Regierung hat damit diese Erklärung willkürlich und einseitig außer Kraft gesetzt.

Trotz dieser notwendig gewordenen Feststellung beabsichtigt die Deutsche Regierung nicht, ihre grundsätzliche Einstellung zu der Frage der künftigen Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen zu ändern. Sollte die Polnische Regierung Wert darauf legen, daß es zu einer neuen vertraglichen Regelung dieser Beziehungen kommt, so ist die Deutsche Regierung dazu bereit und stellt dafür nur die eine Voraussetzung auf, daß eine derartige Regelung auf einer klaren, beide Teile bindenden Verpflichtung beruhen müßte.

Nr. 214

Rede des Führers vor dem Deutschen Reichstag, 28. April 1939

Auszug

...... Über das deutsch-polnische Verhältnis ist wenig zu sagen. Der Friedensvertrag von Versailles hat auch hier, und zwar natürlich mit Absicht, dem deutschen Volk die schwerste Wunde zugefügt. Durch die eigenartige Festlegung des Korridors Polens zum Meer sollte vor allem auch für alle zukünftigen Zeiten eine Verständigung zwischen Polen und Deutschland verhindert werden. Das Problem ist, wie schon betont, für Deutschland vielleicht das allerschmerzlichste. Allein, trotzdem habe ich unentwegt die Auffassung vertreten, daß die Notwendigkeit eines freien Zugangs zum Meer für den polnischen Staat nicht übersehen werden kann und daß überhaupt grundsätzlich auch in diesem Falle die Völker, die nun einmal von der Vorsehung dazu bestimmt oder meinetwegen verdammt sind, nebeneinander zu leben, sich zweckmäßigerweise nicht künstlich und unnotwendig das Leben noch verbittern sollten.

Der verstorbene Marschall Pilsudski, der derselben Meinung anhing, war daher bereit, die Frage einer Entgiftung des deutsch-polnischen Verhältnisses zu überprüfen und endlich das Abkommen abzuschließen, durch das Deutschland und Polen in der Regelung ihrer beiderseitigen Beziehungen entschlossen waren, auf das Mittel des Krieges endgültig zu verzichten. Diese Abmachung hatte allerdings eine einzige Ausnahme; sie wurde praktisch Polen zugestanden. Es wurde festgestellt, daß die von Polen schon bisher getroffenen Beistandspakte, es war dies der Beistandspakt mit Frankreich, dadurch nicht berührt werden sollten. Es war aber selbstverständlich, daß sich dies ausschließlich auf den bereits vorhandenen Beistandspakt beziehen konnte und nicht auf beliebig neu abzuschließende. Tatsache ist, daß das deutsch-polnische Abkommen zur außerordentlichen Entspannung der europäischen Lage beitrug.

Immerhin war zwischen Deutschland und Polen eine Frage offen, die früher oder später ganz natürlich gelöst werden mußte, die Frage der deutschen Stadt Danzig. Danzig ist eine deutsche Stadt, und sie will zu Deutschland. Umgekehrt hat diese Stadt vertragliche Abmachungen, die ihr allerdings aufgezwungen waren durch die Versailler Friedensdiktatoren, mit Polen. Da nun außerdem der Völkerbund früher als größter Unruhestifter nunmehr mit einem allerdings außerordentlich taktvollen Hohen Kommissar vertreten ist, muß spätestens mit dem allmählichen Erlöschen dieser unheilvollen Institution das Problem Danzig so oder so erörtert werden. Ich sah nun in der friedlichen Lösung dieser Frage einen weiteren Beitrag für eine endgültige europäische Entspannung. Denn dieser Entspannung dient man sicherlich nicht durch die Hetze wahnsinnig gewordener Kriegstreiber, sondern durch die Beseitigung wirklicher Gefahrenmomente. Ich habe nun der Polnischen Regierung, nachdem das Problem Danzig schon vor Monaten einige Male besprochen worden war, ein konkretes Angebot unterbreiten lassen. Ich teile Ihnen, meine Abgeordneten, nunmehr dieses Angebot mit, und Sie werden sich selbst ein Urteil bilden, ob es nicht im Dienste des europäischen Friedens das gewaltigste Entgegenkommen darstellt, das an sich denkbar war. Ich habe, wie schon betont, die Notwendigkeit eines Zuganges dieses Staates zum Meere stets eingesehen und damit auch in Rechnung gestellt. Ich bin ja kein demokratischer Staatsmann, sondern ein realistischer Nationalsozialist. Ich hielt es aber auch für notwendig, der Warschauer Regierung klarzumachen, daß so, wie sie einen Zugang zum Meere wünscht, Deutschland einen Zugang braucht zu seiner Provinz im Osten. Es sind dies nun einmal schwierige Probleme. Dafür ist nicht Deutschland verantwortlich, sondern jene Zauberkünstler von Versailles, die in ihrer Bosheit und in ihrer Gedankenlosigkeit in Europa hundert Pulverfässer herumstellten, von denen jedes einzelne außerdem noch mit kaum auslöschbaren Lunten versehen worden war.

Man kann nun diese Probleme nicht nach irgendeinem alten Schema lösen, sondern ich halte es für notwendig, daß man hier neue Wege geht. Denn der Weg Polens zum Meer durch den Korridor und umgekehrt ein deutscher Weg durch diesen Korridor haben überhaupt keinerlei militärische Bedeutung. Ihre Bedeutung liegt ausschließlich auf psychologischem und wirtschaftlichem Gebiet. Einem solchen Verkehrsstrang eine militärische Bedeutung zuweisen zu wollen, hieße sich einer militärischen Naivität von seltenem Ausmaß ergeben.

Ich habe nunmehr der Polnischen Regierung folgenden Vorschlag unterbreiten lassen:

1. Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück.
2. Deutschland erhält durch den Korridor eine Straße und eine Eisenbahnlinie zur eigenen Verfügung mit dem gleichen exterritorialen Charakter für Deutschland, als der Korridor ihn für Polen besitzt. Dafür ist Deutschland bereit:

1. sämtliche wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig anzuerkennen,
2. Polen in Danzig einen Freihafen beliebiger Größe und bei vollständigem freien Zugang sicherzustellen,
3. damit die Grenzen zwischen Deutschland und Polen endgültig als gegebene hinzunehmen und zu akzeptieren,
4. einen 25jährigen Nichtangriffspakt mit Polen abzuschließen, also einen Pakt, der weit über mein eigenes Leben hinausreichen würde, und
5. die Unabhängigkeit des slowakischen Staates durch Deutschland, Polen und Ungarn gemeinsam sicherzustellen, was den praktischen Verzicht auf jede einseitige deutsche Vormachtstellung in diesem Gebiet bedeutet.

Die Polnische Regierung hat dieses mein Angebot abgelehnt und sich

1. nur bereit erklärt, über die Frage des Ersatzes des Völkerbundskommissars zu verhandeln und
2. Erleichterungen für den Durchgangsverkehr durch den Korridor zu erwägen.

Ich habe diese mir unverständliche Haltung der Polnischen Regierung aufrichtig bedauert. Jedoch das allein ist nicht das Entscheidende, sondern das Schlimmste ist, daß nunmehr ähnlich wie die Tschecho-Slowakei vor einem Jahr auch Polen glaubt, unter dem Druck einer verlogenen Welthetze Truppen einberufen zu müssen, obwohl Deutschland seinerseits überhaupt nicht einen einzigen Mann eingezogen hat und nicht daran dachte, irgendwie gegen Polen vorzugehen. Wie gesagt, dies ist an sich sehr bedauerlich, und die Nachwelt wird einmal entscheiden, ob es nun wirklich so richtig war, diesen von mir gemachten einmaligen Vorschlag abzulehnen. Dies — wie gesagt — war ein Versuch von mir, eine die ganze deutsche Nation innerlich bewegende Frage in einem wahrhaft einmaligen Kompromiß zu lösen, und zwar zu lösen zugunsten beider Länder.

Meiner Überzeugung nach war Polen bei dieser Lösung aber überhaupt kein gebender Teil, sondern nur ein nehmender; denn daß Danzig niemals polnisch werden wird, dürfte wohl außer Zweifel stehen.

Die Deutschland nunmehr von der Weltpresse einfach angedichtete Angriffsabsicht führte in der Folge zu den Ihnen bekannten sogenannten Garantieangeboten und zu einer Verpflichtung der Polnischen Regierung für einen gegenseitigen Beistand, der also Polen unter Umständen zwingen würde, im Falle eines Konflikts Deutschlands mit irgendeiner anderen Macht, durch den wieder England auf den Plan gerufen würde, nun seinerseits gegen Deutschland militärisch Stellung zu nehmen.

Diese Verpflichtung widerspricht der Abmachung, die ich seinerzeit mit dem Marschall Pilsudski getroffen habe. Denn in dieser Abmachung ist ausschließlich Bezug genommen auf bereits, also damals bestehende Verpflichtungen, und zwar auf die uns bekannten Verpflichtungen Polens Frankreich gegenüber.

Diese Verpflichtungen nachträglich zu erweitern, steht im Widerspruch zur deutsch-polnischen Nichtangriffspakterklärung.

Ich hätte unter diesen Umständen damals diesen Pakt nicht abgeschlossen. Denn was haben Nichtangriffspakte überhaupt für einen Sinn, wenn sich der eine Partner praktisch eine Unmenge von Ausnahmefällen offen läßt! Es gibt entweder kollektive Sicherheit, d. h. kollektive Unsicherheit und ewige Kriegsgefahr, oder klare Abkommen, die aber auch grundsätzlich jede Waffenwirkung unter den Kontrahenten ausschließen.

Ich sehe deshalb damit das von mir und dem Marschall Pilsudski seinerzeit geschlossene Abkommen als durch Polen einseitig verletzt an und damit als nicht mehr bestehend!

Ich habe dies der Polnischen Regierung mitgeteilt*. Ich kann aber auch hier nur wiederholen, daß dies keine Änderung meiner grundsätzlichen Einstellung zu den angeführten Problemen bedeutet. Sollte die Polnische Regierung Wert darauf legen, zu einer neuen vertraglichen Regelung der Beziehungen zu Deutschland zu kommen, so werde ich das nur begrüßen, allerdings unter der Voraussetzung, daß eine solche Regelung dann auf einer ganz klaren und gleichmäßig beide Teile bindenden Verpflichtung beruht. Deutschland ist jedenfalls gerne bereit, solche Verpflichtungen zu übernehmen und dann auch zu erfüllen.
....

Nr. 215

Der Deutsche Geschäftsträger in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 2. Mai 1939

Über die amtliche Stellungnahme zur Führerrede habe ich bereits anderweit berichtet. Diese offiziöse Stellungnahme ist in allen Variationen sowohl in den Regierungsblättern wie auch in der Oppositionspresse gebracht worden. Die Haltung der gesamten öffentlichen Meinung der letzten Tage zeigt deutlich eine weitere Versteifung gegenüber Deutschland. Selbst in zweifellos amtlich inspirierten Blättern wurden kriegerische Töne angeschlagen und sogar die Forderung aufgestellt, Danzig müsse polnisch werden. Recht bezeichnend ist auch die Feststellung der hiesigen »Gazeta Polska«, daß die Polnische Regierung sich angesichts der deutschen Methoden und der dadurch geschaffenen Lage genötigt sehe, künftig stärkere Garantien für die polnischen Rechte und den polnischen Besitzstand in Danzig zu fordern.

Ein weiteres Zeichen für die immer mehr zur Schau getragene Unnachgiebigkeit Polens gegenüber den deutschen Forderungen ist auch darin zu erblicken, daß die heutige Presse die Bedeutung der englischen Garantie für Polen besonders unterstreicht. Man beruft sich dabei auf angebliche englische Zusagen, wonach die Polnische Regierung allein darüber zu entscheiden habe, ob Polen zu den Waffen greifen müsse und ob daher der Bündnisfall für England gegeben sei.

Voraussichtlich wird Außenminister Beck noch in dieser Woche — wahrscheinlich am Freitag — Gelegenheit nehmen, um den polnischen Standpunkt in einer Rede vor dem Parlament klarzulegen.

von Wühlisch

* Vgl. Nr. 213.

Nr. 216

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 23. Mai 1939

Ich hatte dieser Tage Gelegenheit zu einer Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Arciszewski, aus der mir folgendes bemerkenswert zu sein scheint:

Herrn Arciszewski lag offenbar daran klarzustellen, daß die Schwenkung der polnischen Politik, wie sie durch die englisch-polnische Garantieerklärung zum Ausdruck gekommen sei, nicht auf die persönliche Initiative des Ministers Beck zurückgeführt werden könne. Herr Beck habe diese ganze Politik mit innerem Widerstreben unter dem Druck der Militärs und der öffentlichen Meinung mitgemacht. Schließlich sei er nicht mehr in der Lage gewesen, das englische Angebot zurückzuweisen. Er habe aber die ihm schon mit Rücksicht auf die hiesige Stimmung inopportun erscheinende Erörterung der Angelegenheit in der Öffentlichkeit immer wieder hinausgeschoben, bis er durch die Führerrede zu einer Entgegnung gezwungen worden sei. Seine Antwort vor dem Sejm, in der er notgedrungen eine Politik habe vertreten müssen, die nicht die seine sei, sowie die Begeisterung, die seine Rede in der hiesigen Öffentlichkeit ausgelöst habe, hätten Herrn Beck nur mit Bitterkeit erfüllt. Herr Arciszewski schilderte dann in dramatischer Form, wie Herr Beck am Tage nach der Sejmrede einen ganzen Stoß von Huldigungstelegrammen mit einem Wutausbruch in die Ecke geworfen habe. Herr Beck sei auch heute noch im Grunde genommen Anhänger der alten Politik. Insbesondere erscheine es ihm aber auch unsinnig, daß gerade die beiden verhältnismäßig so armen Länder Deutschland und Polen sich schlagen sollten, was letzten Endes doch nur im Interesse der reichen Länder gelegen sei.

Diese Darstellung mag etwas gefärbt sein. Immerhin stimmen doch verschiedene Beobachtungen darin überein, daß Herr Beck im Laufe der letzten Monate in der Verfolgung der von Marschall Pilsudski uns gegenüber eingeschlagenen Linie immer weniger Gefolgschaft hatte. Als sich dann die Möglichkeit ergab, eine englische Garantie für die polnischen Westgrenzen zu erhalten, sind es offenbar die militärischen Kreise gewesen, die diese Schwenkung der Politik herbeigeführt haben. Herr Beck hat sich dann gezwungen gesehen, diese Politik mitzumachen, schon weil er sich sonst nicht hätte halten können.

von Moltke

Zweites Kapitel

Die Englische Kriegspolitik

A. Britische Aufrüstung und Hetze gegen Deutschland
(September 1938 bis Juli 1939)

Nr. 217

Gemeinsame Erklärung des Führers und des Britischen Premierministers Chamberlain, München, 30. September 1938

Wir haben heute eine weitere Besprechung gehabt und sind uns in der Erkenntnis einig, daß die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allererster Bedeutung für beide Länder und für Europa ist.

Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen.

Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen.

Adolf Hitler **Neville Chamberlain**

Nr. 218

Aus der Rede des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 3. Oktober 1938

(Übersetzung)

...... Ich glaube, es gibt viele, die mit mir der Ansicht sind, daß eine solche von dem deutschen Reichskanzler und mir unterzeichnete Erklärung etwas mehr ist als nur eine fromme Meinungsäußerung. In unseren Beziehungen zu anderen Ländern hängt alles davon ab, daß auf beiden Seiten Aufrichtigkeit und guter Wille vorhanden sind. Ich glaube, daß hier Aufrichtigkeit und guter Wille auf beiden Seiten vorhanden sind. Das ist der Grund, warum die Bedeutung dieser Erklärung für mich weit über ihren tatsächlichen Wortlaut hinausgeht. Wenn es eine Lehre gibt, die wir aus den Ereignissen dieser letzten Wochen ziehen können, so ist es die, daß ein dauernder Friede nicht dadurch erreicht werden kann, daß wir stillsitzen und auf ihn warten. Um ihn zu erlangen, bedarf es aktiver und positiver Bemühungen. Ich werde zweifellos viele Kritiker haben, die sagen, daß ich mich eines leichtfertigen Optimismus schuldig mache und daß ich besser täte, kein einziges Wort zu glauben, das von den Regierenden anderer großer europäischer Staaten geäußert wird. Ich bin zu sehr Realist, um zu glauben, daß wir unser Paradies in einem Tag erringen. Wir haben nur den Grundstein des Friedens gelegt. Mit dem Oberbau ist noch nicht einmal begonnen worden.

Wir sind in diesem Land bereits während eines langen Zeitraums mit einem großen Wiederaufrüstungsprogramm beschäftigt, das in Tempo und Umfang ständig zunimmt. Niemand soll glauben, daß wir es uns infolge der Unterzeichnung des Münchener Abkommens zwischen den vier Mächten leisten können, unsere Anstrengungen im Hinblick auf dieses Programm in dem gegenwärtigen Zeitpunkt zu verringern. Die Abrüstung kann seitens dieses Landes nie wieder eine einseitige sein. Wir haben das einmal versucht und haben uns dabei fast ins Unglück gestürzt. Wenn die Abrüstung kommen soll, so muß sie schrittweise kommen, so muß sie durch Übereinkommen und die aktive Mitarbeit anderer Länder kommen. Und bis wir dieser Mitarbeit sicher sind, bis wir uns über die tatsächlich zu unternehmenden Schritte geeinigt haben, müssen wir auf unserer Hut bleiben......

Nr. 219

Aus der Rede des Führers in Saarbrücken, 9. Oktober 1938

...... Allein, gerade die Erfahrungen dieser letzten acht Monate können und müssen uns nur bestärken in dem Entschluß, vorsichtig zu sein und nichts von dem zu versäumen, was zum Schutze des Reiches getan werden muß.

Die Staatsmänner, die uns gegenüberstehen, wollen — das müssen wir ihnen glauben — den Frieden. Allein sie regieren in Ländern, deren innere Konstruktion es möglich macht, daß sie jederzeit abgelöst werden können, um anderen Platz zu machen, die den Frieden nicht so sehr im Auge haben. Und diese anderen sind da.

Es braucht nur in England statt Chamberlain Herr Duff Cooper oder Herr Eden oder Herr Churchill zur Macht zu kommen, so wissen wir genau, daß es das Ziel dieser Männer wäre, sofort einen neuen Weltkrieg zu beginnen. Sie machen gar keinen Hehl, sie sprechen das offen aus ......

Als starker Staat sind wir jederzeit zu einer Verständigungspolitik mit unseren Nachbarn bereit. Wir haben keine Forderungen an sie. Wir wollen nichts als den Frieden. Nur eines wünschen wir, und das gilt besonders für unsere Beziehungen zu England: Es würde gut sein, wenn man in Großbritannien allmählich gewisse Allüren der Versailler Epoche ablegen würde. Gouvernantenhafte Bevormundung vertragen wir nicht mehr!

Erkundigungen britischer Politiker über das Schicksal von Deutschen oder von Reichsangehörigen innerhalb der Grenzen des Reiches sind nicht am Platze. Wir kümmern uns auch nicht um ähnliche Dinge in England. Die übrige Welt hätte manches Mal Grund genug, sich eher um ihre eigenen nationalen Vorgänge zu bekümmern oder z. B. um die Vorgänge in Palästina.

Wir jedenfalls überlassen das denen, die sich vom lieben Gott berufen fühlen, diese Probleme zu lösen und beobachten nur staunend, wie schnell sie mit ihren Lösungen fertig werden.

Wir möchten all diesen Herren den Rat geben, sich mit ihren eigenen Problemen zu beschäftigen und uns in Ruhe zu lassen! Auch das gehört zur Sicherung des Weltfriedens.

Wir selbst haben große Aufgaben vor uns. Gewaltige kulturelle und wirtschaftliche Probleme müssen gelöst werden. Kein Volk kann mehr den Frieden brauchen als wir, aber kein Volk weiß auch besser als wir, was es heißt, schwach und der Gnade oder Ungnade anderer ausgeliefert zu sein ......

Nr. 220

Rede des Britischen Staatssekretärs für Krieg Hore-Belisha in Mansion House, London, 10. Oktober 1938

Auszug

(Übersetzung)

...... Es muß aber noch mehr getan werden, um der Territorialarmee als Ganzes volle Stärke und Wirksamkeit zu verleihen. Wir werden 5 Divisionen für Flugzeugabwehr haben — 5 Flugzeugabwehrdivisionen statt deren zwei — mit einem Korpskommandeur und einem stellvertretenden Chef des Reichsgeneralstabes.

...... Dieser Armee muß mit den nötigen, sich aus ihrem besonderen Charakter ergebenden Änderungen der gleiche Bestand und die gleiche Grundlage gegeben werden wie unserer regulären Armee. Betrachten Sie sie heute! Wenn sie auch nominell in Divisionen eingeteilt ist, so fehlen ihr doch viele moderne Einheiten, die unsere reguläre Armee besitzt, und es fehlt am notwendigen Verhältnis zwischen der Bewaffnung und den einzelnen Truppengattungen. Diese Mängel müssen beseitigt werden.

Die Infanterie wird sowohl leichte als auch schwere Maschinengewehrbataillone erhalten, während die Artillerie wie bei der regulären Armee mit Batterien zu 8 Geschützen statt solchen zu 4 Geschützen ausgestattet werden wird.

Als Einheiten, die bisher nicht in der Territorialarmee vorhanden waren, sind vorgesehen: Kavallerie, Leichte Tankregimenter, Tankabwehrregimenter, Leichte Flugzeugabwehrregimenter und Tankbataillone. Überdies wird auch noch ein besonderes Bataillon einer Art aufgestellt, die es in der regulären Armee nicht gibt, die aber für den Milizsoldaten gut paßt, nämlich Motorradbataillone, von denen es 3 geben wird. Sie sollen in ebenfalls neu aufzustellenden motorisierten Divisionen Verwendung finden.

...... Was den Aufbau der neuen Truppen betrifft, so werden die Infanteriebrigaden in Zukunft 3 Bataillone haben anstatt 4, wie dies schon in der regulären Armee der Fall ist. Bei Verwendung des vorhandenen Materials ergibt sich, daß wir 9 vollständige Divisionen nach dem Muster der regulären Armee aufstellen können, und zwar mit richtigem Verhältnis von Bewaffnung und Truppengattungen, 3 motorisierte Divisionen und 1 mobile Division, die ebenfalls vollständig mit dem richtigen Verhältnis zwischen der Art der Bewaffnung und den Truppengattungen aufgestellt werden können.

Darüber hinaus werden noch 2 Kavalleriebrigaden geschaffen. In Friedenszeiten wird für die territoriale mobile Division kein Befehlshaber ernannt werden, da dies im Hinblick auf die verstreuten Standorte der Einheiten unzweckmäßig wäre. Für ihre Ausbildung werden alle Vorkehrungen getroffen werden. Auch ist von uns die Schaffung einer beträchtlichen Anzahl moderner Korps- und Armeeergänzungstruppen in Aussicht genommen, so z. B. Heeresfeld- und Heeresvermessungsregimenter, Heeres- und Korps-Nachrichtentruppen, die, wenn Krieg ausbrechen sollte, jederzeit ihren Platz innerhalb der Formationen einnehmen können. Alles dies steht mit der Organisation unserer regulären Armee in Einklang.

...... So bringen wir die Territorialarmee vorwärts und beweisen ihren Angehörigen, aber auch dem Staate, daß wir uns auf sie nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat verlassen. Denn wir setzen alle, die in dieser Truppe Dienst tun, in Stand, ihre Aufgaben zu erfüllen und den Erfordernissen eines modernen Heeres gerecht zu werden ......

Nr. 221

Der Deutsche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt

Bericht

Paris, den 12. Oktober 1938

Aus gut unterrichteter Quelle habe ich erfahren, daß der Besuch von Sir Cyrill Newall in erster Linie auf Betreiben von englischer Seite aus erfolgt ist.

Die Englische Regierung soll bestrebt gewesen sein, baldmöglichst nach Beendigung der Spannung den seinerzeitigen Besuch General Vuillemins in England zu erwidern, zumal eine Aussprache zwischen den beiderseitigen Generalstabschefs nach dem Besuch des Generals Vuillemin in Deutschland noch nicht stattgefunden hatte.

Wie ich weiter gehört habe, sollen taktische Besprechungen nicht auf dem Programm dieses Besuchs stehen, sondern der englische Generalstabschef will sich in erster Linie über den technischen Stand der französischen Luftwaffe unterrichten, über welchen ihm sehr ungünstige Mitteilungen zugegangen seien. England soll auch beabsichtigen, Frankreich von weiteren Ankäufen in den Vereinigten Staaten von Amerika abzuhalten und dafür englische Muster anbieten. Der Grund hierfür soll sein, daß der gemeinsame, im Falle eines Krieges für die englische und französische Luftwaffe zu ernennende Oberbefehlshaber besser zu beurteilen in der Lage sein soll, welche Aufträge den französischen Geschwadern zugemutet werden können.

Im Auftrag

Bräuer

Nr. 222

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 18. Oktober 1938

Am 13. Oktober hielt der Schatzkanzler Sir John Simon in Sheffield eine Rede, in der er auf die Notwendigkeit für die Zusammenfassung und Organisation des Menschenmaterials zur Verteidigung der Heimatfront hinwies. Seine Ausführungen sind hier allgemein so verstanden worden, daß die Regierung schon in Friedenszeiten die Einführung eines sogenannten Nationalregisters aller derjenigen Freiwilligen plant, die sich im Ernstfall dem Staat zur Verfügung stellen wollen.

Eine weitere militärische Maßnahme wurde am 14. d. M. vom Kriegsministerium bekanntgegeben und auch von dem Kriegsminister Hore-Belisha in einer Rundfunkansprache am Abend des gleichen Tages behandelt. Sie zielt auf Schaffung eines Zweiges der Territorialarmee ab, der dem Luftschutz lebenswichtiger Industrien dienen soll. Dieser soll von den Belegschaften der in Frage kommenden Fabriken wahrgenommen werden.

Im Auftrag

von Selzam

Nr. 223

Aus der Rede Winston Churchills für den Rundfunk der Vereinigten Staaten von Amerika

16. Oktober 1938

(Übersetzung)

...... Wir müssen aufrüsten! Haben wir uns durch unseren ernsten Friedenswillen in eine nachteilige Lage gebracht, so müssen wir dies durch doppelte Anstrengungen und, wenn es erforderlich sein sollte, durch Standhaftigkeit im Ertragen von Leiden wiedergutmachen. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß wir aufrüsten werden.

Großbritannien wird seine Jahrhunderte alten Gepflogenheiten aufgeben und seinen Bewohnern die nationale Wehrpflicht auferlegen. Das britische Volk wird aufrecht allem entgegensehen, was auch kommen mag. Aber, um mit Präsident Wilson zu sprechen, das Instrument der Waffen als solches genügt nicht. Wir müssen die Kraft der geistigen Einstellung hinzufügen.

Es gibt Menschen, die sagen, wir sollten uns nicht in einen theoretischen Gegensatz zwischen Nazitum und Demokratie hineinziehen lassen. Dieser Gegensatz besteht aber schon heute.

Das, was den freien Ländern einen großen Teil ihrer Stärke verleiht, ist gerade der Gegensatz in den geistigen und moralischen Ideen ...

Das helle Licht des Fortschritts mit seiner Duldsamkeit und seinem Zusammenwirken, seiner Würde und seinen Freuden ist oft in der Vergangenheit zum Erlöschen gebracht worden.

Und doch lebe ich in dem Glauben, daß wir nun schließlich die Barbarei soweit überwunden haben, um sie im Zaume halten und abwehren zu können. Wenn wir uns klar darüber sind, worum es jetzt geht, müssen wir beizeiten unsere Entschlüsse fassen. Wir werden das ja schließlich auch tun. Aber je länger wir warten, um so größer wird unsere Mühe sein!

Ist dies ein Aufruf zum Krieg? Ich erkläre, daß es die einzige Gewähr für den Frieden darstellt. Die rasche und entschlossene Sammlung aller Kräfte, *um nicht nur militärischen, sondern auch moralischen Angriffen zu begegnen*, die entschlossene und nüchterne Anerkennung ihrer Pflichten durch die englisch sprechenden Völker und alle großen und kleinen Nationen, die mit ihnen zusammengehen wollen; ihre treue und eifrige Kameradschaft würde fast schon zwischen Nacht und Morgen den Weg zum Fortschritt frei machen und aus unser aller Leben die Furcht verbannen, die schon für Hunderte von Millionen Menschen das Licht der Sonne verdunkelt ......

Nr. 224

Rede des Führers in Weimar, 6. November 1938

Auszug

... Als friedliebender Mann habe ich mich bemüht, dem deutschen Volke jene Wehr und Waffen nunmehr zu schaffen, die auch andere zum Frieden zu überzeugen geeignet sind.

Es gibt nun allerdings Leute, die den Igel beschimpfen, weil er Stacheln hat. Sie brauchen freilich diesem Tier nur seine Ruhe zu lassen. Es hat noch kein Igel angegriffen, es sei denn, er wurde selbst bedroht. Das möchten auch wir uns vornehmen! Man soll uns nicht zu nahe treten. Wir wünschen nichts anderes als unsere Ruhe, unsere Arbeitsmöglichkeit und das Lebensrecht für unser Volk, das auch die anderen für sich in Anspruch nehmen.

Das müßten gerade die demokratischen Staaten begreifen und verstehen, denn sie reden ja dauernd von Gleichberechtigung! Wenn sie von den Rechten der kleinen Völker sprechen, wie können sie dann empört sein, wenn auch ein großes Volk das gleiche Recht beansprucht! Der Sicherung und der Garantierung dieses Rechtsanspruches dient unsere nationalsozialistische Wehrmacht!

In diesem Sinne habe ich außenpolitisch eine Umstellung vorgenommen und mich jenen Staaten genähert, die ähnlich wie wir gezwungen waren, sich für ihr Recht einzusetzen.

Wenn ich heute die Ergebnisse dieses unseres Handelns überprüfe, dann kann ich sagen: Urteilt alle selbst, ob wir nicht wirklich Ungeheures mit diesen Prinzipien erreicht haben!

Wir wollen aber gerade deshalb nie vergessen, was uns diese Erfolge möglich gemacht hat. Wenn heute gewisse ausländische Zeitungen schreiben: »Das hättet Ihr doch alles auf dem Verhandlungswege erreichen können!« — so wissen wir sehr wohl, daß ja das Deutschland vor uns nichts anderes getan hat als andauernd zu verhandeln. Fünfzehn Jahre lang haben sie nur verhandelt und haben dabei alles verloren. Ich bin ebenfalls bereit zu verhandeln, aber ich lasse keine Zweifel darüber:

Das deutsche Recht lasse ich weder auf dem Verhandlungswege noch auf irgendeinem anderen für Deutschland kürzen!

Vergiß nie, deutsches Volk, wem Du Deine Erfolge verdankst. Welcher Bewegung, welchen Gedanken und welchen Prinzipien! — Und zweitens: Sei immer vorsichtig, sei stets auf der Hut!

Es ist sehr schön, von internationalem Frieden und internationaler Abrüstung zu reden, allein, ich bin gegenüber einer Abrüstung der Waffen mißtrauisch, solange man nicht einmal den Geist abrüstet!

Es hat sich in der Welt die seltsame Gepflogenheit herausgebildet, die Völker in sogenannte autoritäre, d. h. disziplinierte Staaten und in demokratische Staaten einzuteilen. In den autoritären, d. h. in den disziplinierten Staaten ist es selbstverständlich, daß man fremde Völker nicht verleumdet, nicht über sie lügt und nicht zum Kriege hetzt! Aber die demokratischen Staaten sind eben »demokratisch« d. h. dort darf dies alles geschehen!

In den autoritären Ländern ist eine Kriegshetze natürlich unstatthaft, denn ihre Regierungen sind ja verpflichtet, dafür zu sorgen, daß es keine Kriegshetze gibt. In den Demokratien aber haben die Regierungen nur eine Pflicht: die Demokratie aufrechtzuerhalten, d. h. die Freiheit, wenn notwendig auch zum Kriege hetzen zu dürfen!

Ich habe kürzlich drei dieser internationalen Kriegshetzer beim Namen genannt. Sie haben sich getroffen gefühlt, aber nicht etwa nach der grundsätzlichen Seite hin, nein, nur deshalb, weil ich es wagte, sie beim Namen zu nennen. Herr Churchill hat offen erklärt, er sei der Meinung, daß man das heutige Regime in Deutschland beseitigen müsse unter Zuhilfenahme innerer deutscher Kräfte, die ihm dankbar dafür zur Verfügung stehen würden.

Wenn Herr Churchill weniger mit Emigrantenkreisen, d. h. mit ausgehaltenen, vom Ausland bezahlten Landesverrätern, verkehren würde, sondern mit Deutschen, dann würde er den ganzen Wahnsinn und die Dummheit seines Geredes einsehen. Ich kann diesem Herrn, der auf dem Monde zu leben scheint, nur eines versichern: Eine solche Kraft, die sich gegen das heutige Regime wenden könnte, gibt es in Deutschland nicht! In Deutschland gibt es nur eine Kraft, die Kraft der deutschen Nation, in Führung und Gefolgschaft, in Wehr und in Waffen.

Ich will diesem Herrn gar nicht bestreiten, daß wir natürlich kein Recht haben, etwa zu verlangen, daß die anderen Völker ihre Verfassungen ändern. Ich habe aber als Führer der Deutschen die Pflicht, diese Verfassung und die Möglichkeiten, die sich aus ihr ergeben, zu berücksichtigen. Wenn vor einigen Tagen der Stellvertreter des englischen Oppositionsführers im Unterhaus erklärte, er mache kein Hehl daraus, daß er es begrüßen würde, wenn Deutschland und Italien vernichtet würden, dann kann ich natürlich nicht verhindern, daß dieser Mann vielleicht auf Grund der demokratischen Spielregeln mit seiner Partei tatsächlich in ein oder zwei Jahren zur Regierung kommt.

Aber das kann ich ihm versichern: ich werde verhindern, daß er Deutschland vernichtet! Und genau so wie ich überzeugt bin, daß das deutsche Volk dafür sorgen wird, daß die Pläne dieser Herren in bezug auf Deutschland nie gelingen, genau so wird auch das faschistische Italien, das weiß ich, für sich sorgen!

Ich glaube, daß für uns alle diese internationalen Hoffnungen nur eine Lehre sein können, fest zusammenzustehen und fest zu unseren Freunden zu rücken. Je mehr wir in Deutschland selbst eine einzige Gemeinschaft bilden, um so geringer werden die Aussichten dieser Kriegshetzer sein, und je enger wir uns besonders mit dem Staat zusammenschließen, der sich in gleicher Lage befindet wie wir, mit Italien, um so mehr wird ihnen die Lust vergehen, mit uns anzubinden!

Wenn wir das Jahr 1938 heute noch einmal im Geiste an uns vorüberziehen lassen, dann kann es uns nur mit tiefstem Stolz und mit größter Freude erfüllen. Deutschland ist größer geworden auf dem natürlichsten und auf dem moralisch unanfechtbarsten Wege, den es gibt! Millionen von Volksgenossen, deren einzige Sehnsucht und einziges Ziel es war, zu Deutschland zurückkehren zu können, sind nun in unsere Gemeinschaft eingerückt. Sie werden das Reich nunmehr mit tragen helfen und ihm als treue Glieder dienen, wie sie selbst am besten erkennen konnten, was es heißt, abgesprengt und verlassen zu sein. Dieses Jahr ist aber für uns auch ein Jahr großer Verpflichtungen:

Wir müssen aus ihm die Erkenntnis und den Entschluß gewinnen, den erfolgreichen Weg niemals mehr zu verlassen! Wenn die andere Welt von der Abrüstung spricht, dann sind auch wir dazu bereit, aber unter einer Bedingung: daß erst die Kriegshetze abgerüstet wird! Solange die anderen aber von Abrüstungen nur reden, die Kriegshetze aber infam weitertreiben, nehmen wir an, daß sie uns nur unsere Waffen stehlen wollen, um uns noch einmal das Schicksal von 1918/19 zu bereiten.

Da aber kann ich den Herren Churchill und Genossen nur eins sagen: Das gibt es nur einmal und das kehrt nicht wieder!...

Nr. 225

Rede des Reichsministers des Auswärtigen vor dem Verein der Ausländischen Presse in Berlin, 7. November 1938

Auszug

.... Die Stellung des Dritten Reiches als Weltmacht ist heute endgültig begründet. Dies bedeutet aber nicht, daß Deutschland nicht den Wunsch nach einem Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen Mächte teilt.

In diesem Zusammenhang darf hier daran erinnert werden, daß der Führer es war, der die Mächte mit dem Ziel, einen friedlichen Ausweg aus der Krise zu finden, im September nach München einlud. In diesem Sinne hat der Führer auch mit dem Englischen Premierminister auf dessen Wunsch am Tage seiner Abreise die bekannte deutsch-englische Friedenserklärung abgegeben.

Um so erstaunter waren wir, daß die erste Antwort auf den Geist von München in der Parole bestand: Der Friede ist gerettet, deshalb Aufrüstung bis zum äußersten. Dieses neue Aufrüstungsfieber in einigen Staaten wird gleichzeitig begleitet von einer erneuten Hetze der unverbesserlichen Kriegstreiber.

In diesem Zusammenhange müssen wir leider feststellen, daß diese Kriegshetzer, in der Besorgnis, man könne z. B. Deutschland seine bekannte und unverrückbare Rechtsforderung auf Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien erfüllen, in der afrikanischen Presse eine erstaunliche Propaganda gegen Deutschland und alles Deutsche betreiben.

Ministerpräsident Chamberlain und Außenminister Lord Halifax haben in weiser Einsicht allen diesen englischen Kriegshetzern und ihrer die Völker auseinandertreibenden Tätigkeit eine klare Abfuhr erteilt. Ebenso haben Frankreichs Ministerpräsident Daladier und sein Außenminister Bonnet in den letzten Wochen Reden gehalten, die in Deutschland einen sympathischen Widerhall gefunden haben.

Es ist zu erwarten, daß sich im weiteren Verfolg des in München mit England beschrittenen Weges in Zukunft neue Möglichkeiten des besseren Verständnisses auch zwischen Deutschland und Frankreich ergeben werden und entsprechend gestaltet werden können. In diesem Sinne ist der Wunsch des Französischen Außenministers nach einer aufrichtigen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich bei uns begrüßt worden. Der soeben bestätigte Ausgleich Italiens mit England liegt auf der gleichen Linie.

Diese Haltung der verantwortlichen Staatsmänner in London und Paris läßt die Hoffnung zu, daß letzten Endes doch die Vernunft über die Kriegshetzer in den westlichen Demokratien die Oberhand gewinnen mag. Der Führer hat in seiner großen Rede in Weimar das Treiben dieser Kriegshetzer mit unerbittlicher Schärfe und Logik gebrandmarkt. Diesem Treiben gegenüber steht das deutsche Volk einig und geschlossen hinter seinem Führer, stark und wachsam, immer bereit zum Frieden, aber ohne Sorge vor dem Krieg, und immer entschlossen, die Lebensrechte der Nation gegen jedermann zu wahren.

Nr. 226

Erklärung des Britischen Staatssekretärs für die Luftfahrt Sir K. Wood im Unterhaus, 16. November 1938

Auszug

(Übersetzung)

Verhandlungen mit den Vertretern der kanadischen Industrie sind jetzt erfolgreich zum Abschluß gebracht und es sind Abmachungen unterzeichnet worden, denen zufolge die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich einen erstmaligen Auftrag für die Herstellung von schweren Bombern erteilt hat. Die betreffenden Flugzeugfabriken in Kanada haben sich gemeinsam verpflichtet, für die nächsten 10 Jahre ihre Produktionskapazität zur Ausführung etwaiger weiterer Aufträge ähnlicher Art aufrechtzuerhalten, wenn dies notwendig sein sollte.

Die vertraglichen Abmachungen sind mit der neuen Dachgesellschaft Canadian Associated Aircraft Limited getroffen worden, die ausdrücklich für die Zwecke dieses Plans gegründet worden ist. Die genannte Gesellschaft wird den ganzen Plan überwachen und zwei Zentralstellen in Montreal und Toronto einrichten. Diese beiden Zentralstellen werden zu gegebener Zeit selbst Produktionsanlagen errichten,

gleichzeitig aber auch als zentrale Montageanlagen dienen, denen die Einzelteile von sechs angegliederten Flugzeugfabriken geliefert werden, nämlich:

Canadian Car and Foundry Company, Limited,

Canadian Vickers, Limited,

Fairchild Aircraft, Limited,

Fleet Aircraft, Limited,

National Steel Car Corporation, Limited,

Ottawa Car Manufacturing Company, Limited.

Der Anfangsauftrag wird die sofortige Durchführung der Pläne gewährleisten und die schrittweise Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit ermöglichen. Es besteht die Absicht, weitere Aufträge zu erteilen, soweit und wo dies notwendig wird, um die progressive Entwicklung der Produktionskapazität und den gewünschten Gang der Produktion im Fluß bleiben zu lassen. Über die getroffenen Abmachungen für die gruppenweise Fabrikation von schweren Bombern hinaus sind jetzt in London Verhandlungen mit zwei kanadischen Gesellschaften im Gange, um Kampf- und Aufklärungsflugzeuge herzustellen, was in Fort William und Vancouver geschehen soll. .....

Nr. 227

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 22. November 1938

Für den Besuch von Chamberlain und Lord Halifax in Paris ist, wie der Premierminister gestern im Unterhaus bekanntgab, ein festes Programm nicht vorgesehen. Aus den hier vorliegenden Mitteilungen ist zu entnehmen, daß beabsichtigt ist, alle akuten, das Verhältnis der beiden Länder zu dem übrigen Europa betreffenden Probleme zu erörtern.

Die Besprechungen über die Rüstungsfrage werden allgemeinen Charakters sein, da militärische Sachverständige nicht teilnehmen werden. Auf beiden Seiten besteht der Wunsch, die während der Septemberkriese zutage getretenen Mängel zu beseitigen. Das englische Hauptinteresse wird auf die Verstärkung der französischen Luftwaffe, insbesondere auf Vermehrung der französischen Bombenflugzeuge gerichtet sein, da ganz allgemein der augenblickliche Kampfwert der französischen Luftwaffe sehr gering eingeschätzt wird. Die Franzosen wünschen im Hinblick auf die durch das Ausscheiden der Tschechoslowakei als militärischen Bundesgenossen geschaffene Lage englische Zusicherungen hinsichtlich der Verstärkung eines etwaigen britischen Expeditionskorps. Wie bekannt, waren bisher hierfür im Höchstfall zunächst 2 bis 3 Divisionen in Aussicht genommen. Die jüngsten englischen Rüstungspläne hatten eine Verstärkung dieses Expeditionskontingents nicht vorgesehen. Auch wird in diesem Zusammenhang das Verhältnis Rußlands zu Frankreich und damit zu England eine Rolle spielen.

Dirksen

Nr. 228

Der Deutsche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt

Telegramm

Paris, den 25. November 1938

Gestrige französisch-englische Besprechungen haben Abschluß mit Herausgabe Communiqués und Rundfunkerklärung beider Ministerpräsidenten gefunden. Darin wird festgestellt, daß Meinungsaustausch in vollster Einmütigkeit verlaufen sei und allgemeine Ausrichtung der Politik beider Länder, insbesondere im Hinblick auf nationale Verteidigung und diplomatische Aktion, bezweckt und erreicht habe. Verhältnismäßig nichtssagender Ton dieser Kundgebung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß wichtige Ergebnisse erzielt wurden.

Hauptgegenstand Beratungen war, wie vorauszusehen, Wehrfrage, wobei von Notwendigkeit engster Koordination und Zusammenarbeit ausgegangen wurde. Französischerseits wurde insbesondere Zusicherung starken englischen Expeditionskorps, englischerseits erhebliche Verstärkung französischer Luftwaffe, beiderseits Sicherung der Verbindungslinien beider Kolonialreiche gefordert. Hierüber soll Übereinstimmung in großen Linien erzielt sein, während für Festlegung Einzelheiten technische Beratungen Sachverständiger bereits angekündigt sind.

Welczeck

Nr. 229

Rede des Sekretärs des Britischen Amts für Überseehandel R. S. Hudson im Unterhaus, 30. November 1938

Auszug

(Übersetzung)

...... Schließlich kommen wir zu dem Kapitel Deutschland. Ein ehrenwertes Mitglied des Hauses hat gefragt, warum wir es wie die Vereinigten Staaten von Amerika nicht abgelehnt haben, die Meistbegünstigungsklausel auf Deutschland auszudehnen. Meine Antwort darauf lautet, daß die Vereinigten Staaten von Amerika sich geweigert haben, die Meistbegünstigungsklausel auf Deutschland anzuwenden, weil dieses die amerikanischen Waren in Deutschland nachteilig behandelt. Deutschland läßt britischen Waren in Deutschland keine nachteilige Behandlung zuteil werden. Wir haben uns darüber zu beklagen, daß Deutschland durch seine Methoden den Handel in der ganzen Welt zerstört. Es liegt also kein Grund vor, die Meistbegünstigungsklausel fallen zu lassen, was davon abhängt, wie unsere Waren in Deutschland behandelt werden. In Frage steht das viel umfassendere Problem, wie man der neuen Form der deutschen Konkurrenz in der ganzen Welt entgegentritt.

...... Soweit wir feststellen können — denn es ist schwierig, sich wirklich genaue Auskunft darüber zu beschaffen, wie die Dinge eigentlich in Deutschland vor sich gehen — besteht die Grundlage für die wirtschaftliche Stellung Deutschlands darin, daß es den Erzeugern von Waren in Zentral- und Südosteuropa bei weitem mehr bezahlt, als der Weltmarktpreis beträgt. Es ist klar, daß Deutschland dies auf Kosten seines eigenen Volkes tut. Wie es sein eigenes Volk behandelt, ist Sache der Deutschen Regierung. Wir werden aber auch davon berührt.

...... Ich versuche Ihnen klar zu machen, daß Deutschland durch solche Methoden in den Ländern dieses Teiles von Europa eine Erdrosselungsstellung erlangt, und zwar eine solche unwirtschaftlicher Art, die auf Kosten seines eigenen Volkes geht, weil nämlich solche Methoden eine Steigerung der Lebenshaltungskosten des eigenen Volkes und tatsächlich die Ausfuhr von Waren zu einem geringeren Preis als dem Selbstkostenpreis bedeuten. Verschiedene ehrenwerte Mitglieder fragten, was da die Lösung sei?

...... Wir haben alle möglichen Verfahren, die wir ergreifen könnten, geprüft. Der einzige Weg, den wir sehen, ist der, daß wir unsere Industrien so organisieren, daß sie in die Lage versetzt werden, als eine geschlossene Einheit den entsprechenden deutschen Industrien entgegenzutreten und ihnen zu sagen: »Wenn Ihr nicht bereit seid, mit Euren jetzigen Methoden ein Ende zu machen und ein Abkommen zu treffen, wonach Ihr Euch verpflichtet, Eure Waren zu Preisen zu verkaufen, die einen vernünftigen Gewinn gewährleisten, dann werden wir Euch bekämpfen und Euch mit Euren eigenen Mitteln schlagen.« Unser Land ist, was die finanzielle Seite anlangt, unendlich viel stärker als, ich möchte sagen, irgendein anderes Land in der Welt, aber auf alle Fälle stärker als Deutschland und deswegen genießen wir große Vorteile, die, wie ich glaube, dazu führen werden, daß wir den Kampf gewinnen. Hierfür ist aber notwendige Voraussetzung, daß unsere eigenen Industrien organisiert werden. ......

Nr. 230

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 5. Dezember 1938

In der Unterhaussitzung vom 1. Dezember 1938 richtete der Abgeordnete Captain McEwen die Anfrage an den Premierminister, ob seine Aufmerksamkeit auf kürzliche Berichte gelenkt worden sei, denen zufolge Deutschland im Begriff sei, drei Armeekorps zu mobilisieren, und ob er hierzu eine Erklärung abgeben könne.

Der Premierminister antwortete, daß er solche Meldungen, auf die sich McEwen beziehe, gesehen habe, daß jedoch die Britische Regierung keine Bestätigung dieser Berichte erhalten habe.

Im Auftrag

von Selzam

Nr. 231

Rede des Britischen Staatssekretärs für die Kolonien Malcolm MacDonald im Unterhaus, 7. Dezember 1938

Auszug

(Übersetzung)

..... Ich glaube nicht, daß es heute auch nur irgendeine Gruppe in diesem Lande gibt, die geneigt ist, irgendeinem anderen Land die Sorge für irgendeins der Territorien oder Völker zu übertragen, für deren Regierung wir als Kolonial- oder Mandatsmacht verantwortlich sind. Diese Auffassung hat heute nachmittag in jedem Teil des Hauses Ausdruck gefunden; es ist eine Auffassung, die von Seiner Majestät Regierung geteilt wird. Wir erörtern diese Frage nicht; wir ziehen sie nicht in Erwägung; sie ist gegenwärtig kein Gegenstand der praktischen Politik.

Falls wir jemals in eine Erörterung dieser Frage treten sollten, dürfen gewisse Dinge nicht vergessen werden. Vor allem ist dies Land nicht das einzige beteiligte Land. Großbritannien ist nicht das einzige Land, das nach dem Kriege zusätzliche territoriale Verantwortlichkeiten übernahm. Andere Länder würden gleichfalls einbezogen werden und die Frage müßte von allen beteiligten Ländern zusammen untersucht werden. Es gibt jedoch noch eine weitere Erwägung von größter Tragweite, auf die der Antrag und beide Amendements Bezug nehmen. Die Völker, die am unmittelbarsten und vitalsten von irgendeinem solchen Vorschlag betroffen würden, sind die Völker, die in den Mandatsgebieten selbst leben. Wir können sie nicht als bloße Waren oder Vieh betrachten, über die man summarisch verfügt; wir haben Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen gegenüber diesen Völkern. Wir müssen ihren eigenen Wünschen Beachtung schenken; wir müssen die Wünsche der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in diesen Gebieten in Erwägung ziehen.

Soweit britische Mandatsgebiete betroffen sind, kommen nicht nur die großen einheimischen Eingeborenenbevölkerungen in Betracht; in gewissen Gegenden gibt es auch europäische Siedler, die ihr ganzes Vermögen in diesen Ländern angelegt haben und an ihrer Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren stark beteiligt waren. In gewissen Gegenden gibt es bedeutende indische Gemeinden. Wir müssen das Recht dieser Völker, sich zu dieser Frage zu äußern, die so wichtig für sie ist, berücksichtigen und wir müssen ihren Ansichten volles Gewicht und volle Bedeutung beimessen. Es wäre unmöglich, irgendeine Änderung des Status irgendeines dieser Gebiete zu erwägen, ohne die spontanen Ansichten der Einwohner voll zu berücksichtigen. Außerdem haben diese Völker gewisse Vertragsrechte. Diese Völker haben gewisse materielle Interessen in diesen Gebieten. Diese Rechte und Interessen müssen voll gewahrt und gesichert werden.

Ich möchte aber außerdem auch noch folgendes wiederholen: Das Verhältnis zwischen der Exekutive und der Legislatur dieses Landes liegt klar auf der Hand. Jedenfalls würde es für eine Regierung unmöglich sein, irgendetwas in dieser Frage zu tun, ohne daß das Unterhaus die vollste Gelegenheit zur Aussprache hätte. Tatsächlich könnte nichts Entscheidendes ohne die positive Billigung des Parlaments geschehen. Soweit dieses Haus betroffen ist, ist, wie ich sagte, von jedem Teil dieses Hauses in der Debatte von heute nachmittag eine einstimmige Meinungsäußerung erfolgt .....

Nr. 232

Der Deutsche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt

Bericht

Paris, den 10. Dezember 1938

Herr Duff Cooper hat am 7. Dezember im hiesigen »Théatre des Ambassadeurs« einen Vortrag über das Thema »Die französisch-britische Freundschaft und der Frieden« gehalten. Der Redner betonte in seinen kriegshetzerischen Ausführungen, die in jeder Hinsicht — mitunter auch in verletzender Form — gegen Deutschland gerichtet waren, die Notwendigkeit einer französisch-englischen Koalition zur Verteidigung der beiderseitigen Interessen. Wenn Deutschland auch stark sei, so seien die beiden Völker zusammen ihm ebenbürtig und der Ausgang eines eventuellen Konfliktes brauche durchaus nicht zugunsten Deutschlands auszufallen. Duff Cooper tröstete sich damit, daß Amerika im Falle eines Konfliktes als der große Freund der westlichen Demokratien im Hintergrund stehen würde. Ein neuer Krieg würde weniger das Schicksal Englands und Frankreichs, als das der gesamten Zivilisation aufs Spiel setzen. Alle vergangenen Zivilisationen, so meinte er im Hinblick auf Deutschland, seien von kulturell minderwertigeren, zahlenmäßig aber stärkeren Völkern zerstört worden.

Im Auftrag

Bräuer

Nr. 233

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 5. Januar 1939

Ich habe den angeordneten Schritt erst heute ausgeführt, um den bisher auf Weihnachtsurlaub abwesenden Lord Halifax persönlich sprechen zu können. Ich habe schärfste Verwahrung gegen die in dem Aufsatz von Wells im »News Chronicle« ausgesprochenen schweren Beleidigungen des Führers und leitender Staatsmänner Deutschlands eingelegt und darauf hingewiesen, daß die Botschaft in den letzten Monaten leider in immer größerem Umfange derartige Beschwerden wegen Verunglimpfungen des Führers hätte vorbringen müssen; ich führte Lord Halifax diese Beschwerden und ihren Anlaß vor Augen, indem ich die einzelnen Fälle zitierte. Die schwerste Beschimpfung aber enthalte der Neujahrsaufsatz von Wells im »News Chronicle«, der weniger von der Absicht einer Kritik auszugehen schiene, die Beleidigungen nicht scheue, als lediglich zu dem Zweck geschrieben schiene, eine Häufung von schweren Kränkungen auf den Führer und Reichskanzler und auf dessen nächste Mitarbeiter auszusprechen.

Es sei mir bekannt, daß die Englische Regierung die Möglichkeiten einer unmittelbaren Einflußnahme auf die Presse als nicht gegeben ablehne und daß sie auch auf den Mangel an gesetzlichen Handhaben hinweise. Ich hätte auch gesehen, daß die beiden Aufsätze von Wells nicht einmal vor einer herabsetzenden Kritik des englischen Königspaares haltmachten und daß sie Chamberlain schwer beleidigten.

Diese Tatsachen aber könnten nichts an der Feststellung ändern, daß die zahlreichen Schmähungen des deutschen Staatsoberhauptes und die Unmöglichkeit einer entsprechenden Genugtuung das deutsche Volksempfinden schwer verletzten und nachteilige Folgen auf die englisch-deutschen Beziehungen haben müßten. Ich wollte daher erneut die Frage zur Erörterung stellen, ob nicht wenigstens für die Zukunft in irgendeiner Form Abhilfe geschaffen werden könnte.

Lord Halifax erwiderte, daß er nicht anstehe, den genannten Artikel, der ihm bekannt sei, als die empörendste Schmähung des Führers zu kennzeichnen, die er bisher in der Presse gelesen habe. Er wolle mir daher auch sein uneingeschränktes Bedauern über diese Beleidigung des Führers aussprechen und bäte mich, dieses Bedauern der Deutschen Regierung zum Ausdruck zu bringen. Es sei höchst bedauerlich, daß in den letzten Monaten wieder zahlreiche Entgleisungen zu verzeichnen gewesen seien; eine Erklärung, wenn auch keine Entschuldigung dafür, sei in der Tatsache zu suchen, daß derartige Schmähartikel, wie z. B. auch der vorliegende, vorwiegend aus innerpolitischen Gründen geschrieben seien, um die Englische Regierung zu treffen. Auch die allgemeinpolitische gereizte Stimmung, die jetzt vorherrsche, sei in Betracht zu ziehen.

Ich erwiderte Lord Halifax, daß der bisherige Zustand nicht so fortdauern könne. Ich müsse ernstlich ersuchen, auf irgendeine Weise eine Besserung herbeizuführen, um unerfreuliche politische Folgerungen zu vermeiden.

Lord Halifax stellte in Aussicht, daß er sein möglichstes im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Einflußmöglichkeiten tun wolle, um in Zukunft solche Beschimpfungen des Führers zu unterbinden.

Dirksen

Nr. 234

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 9. Januar 1939

Die Botschaft des Präsidenten Roosevelt vom 4. Januar, in deren ersten Teil er gegen die autoritären Staaten polemisiert, hat in der öffentlichen Meinung des Landes und in der Presse aller Parteirichtungen ungeteilte Zustimmung gefunden. Obwohl Roosevelt Deutschland nicht genannt hat, unterstellen die hiesigen Zeitungen ohne weiteres, daß die Angriffe in erster Linie an die Adresse Deutschlands gerichtet waren. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier mit großer Genugtuung verzeichnet wird, daß von dem starken Vetter jenseits des Ozeans eine Sprache geführt worden ist, der man sich manchmal selber bedienen möchte, ohne jedoch hierzu bisher den rechten Mut gefunden zu haben. Fast erklingt ein Unterton des Beifalls, daß Roosevelt getreu dem Wort gehandelt habe: »England expects every American to do his duty.«

In Erkenntnis der Reaktion der britischen öffentlichen Meinung auf die Worte des Amerikanischen Präsidenten hat Chamberlain die bekannte zustimmende Erklärung ausgegeben. Wie ich zuverlässig erfahre, ist nicht — wie man vielleicht annehmen könnte — der Gedanke zu diesem an und für sich ungewöhnlichen Vorgehen im Foreign Office entstanden, sondern stammt vom Premierminister selbst. Verfaßt wurde die Erklärung allerdings in der Amerikaabteilung des Foreign Office.

Vornehmlich folgende Motive dürften Chamberlain zu diesem Vorgehen veranlaßt haben: Durch seine Zustimmung zu den von der öffentlichen Meinung einheitlich gebilligten Ausführungen des Amerikanischen Präsidenten zeigte der Premierminister, daß in weltanschaulichen Dingen zwischen der englischen öffentlichen Meinung und der des Premierministers eine Differenz nicht besteht, und daß er auch dann nicht davor scheut, in diesem Sinne Stellung zu nehmen, wenn dies außenpolitisch als Parteiergreifung gegen die totalitären Staaten gewertet werden muß. Innerpolitisch hat Chamberlain mit dieser Aktion ganz ohne Frage seine Position gestärkt.

Darüber hinaus war die Erklärung Chamberlains ein Mittel, der gegen das Münchener Abkommen noch immer moralisierenden amerikanischen Öffentlichkeit zu zeigen, daß er auch anders könnte.

von Dirksen

Nr. 235

Ansprache des Führers beim Neujahrsempfang des Diplomatischen Korps, 12. Januar 1939

Herr Nuntius!

Für die freundlichen Glückwünsche, die Euere Exzellenz mir namens des in Berlin akkreditierten und hier versammelten Diplomatischen Korps aus Anlaß des Jahreswechsels zum Ausdruck gebracht haben, danke ich Ihnen aufrichtigst.

In Ihrer Ansprache haben Sie, Herr Nuntius, besonders des Tages der Zusammenkunft der Vertreter der vier Großmächte in München gedacht. Auch mir drängt sich beim Rückblick auf das vergangene Jahr die Erinnerung an dieses Ereignis in besonderer Weise auf. Die Deutsche Nation denkt in tiefer Dankbarkeit daran, daß das Jahr 1938 auch für unser Volk die Verwirklichung seines unabdingbaren Rechts auf Selbstbestimmung gebracht hat. Wenn dieses erreicht worden ist, ohne daß auch nur einen Tag der Frieden Europas unterbrochen wurde, so hat dabei in der Tat die Politik einer weisen Einsicht der Mächte, die in dem Münchener Abkommen ihren Ausdruck fand, einen bedeutsamen Anteil. Ich habe bereits an anderer Stelle Gelegenheit genommen, aus Anlaß dieses Jahreswechsels dem Dank Ausdruck zu geben, den das Deutsche Volk den Staatsmännern gegenüber empfindet, die es im Jahre 1938 unternommen haben, mit Deutschland zusammen Wege zu einer friedlichen Lösung der unaufschiebbaren Fragen zu suchen und zu finden. Daß es gelungen ist, zu dem von uns allen gewünschten friedlichen Erfolg zu gelangen, verdanken wir nicht nur dem Friedenswillen und dem Verantwortungsbewußtsein der beteiligten Regierungen, sondern vor allem der Einsicht, daß die in der geschichtlichen Entwicklung und den natürlichen Bedürfnissen der Völker begründeten Notwendigkeiten früher oder später anerkannt werden müssen und nicht zum Nachteil eines einzelnen Volkes oder Staates abgelehnt oder gar mit Gewaltmitteln verbaut werden dürfen. Die beteiligten Mächte haben aus dieser Einsicht die notwendigen Folgerungen für ihre politischen Entschließungen gezogen und damit wahrhaft dazu beigetragen, nicht nur den europäischen Frieden zu bewahren, sondern auch ein gesünderes und glücklicheres Europa zu schaffen. Dieser Vorgang berechtigt auch nach meiner Überzeugung, darin stimme ich mit Ihnen, Herr Nuntius, überein, zu der Hoffnung, daß es auch in Zukunft der Einsicht der leitenden europäischen Staatsmänner gelingen wird, Europa jenen Frieden zu schenken, der den natürlichen und damit berechtigten Interessen der Völker im höchst möglichen Umfang gerecht wird.

Die Glückwünsche, die Euere Exzellenz für das Deutsche Reich und für mich persönlich zum Ausdruck brachten, erwidere ich von Herzen. Sie gelten ebenso sehr dem persönlichen Wohlergehen aller hier vertretenen Staatsoberhäupter wie dem Glück und Gedeihen ihrer Länder.

Nr. 236

Der Deutsche Geschäftsträger in Ankara an das Auswärtige Amt

Bericht

Ankara, den 17. Januar 1939

Der hiesige Britische Botschafter, Sir Percy L. Loraine, der seit dem 15. Februar 1934 in der Türkei akkreditiert war, ist, wie die Presse bereits gemeldet hat, zum Britischen Botschafter in Rom ernannt worden. Er wird in etwa 5 bis 6 Wochen Ankara verlassen, um sich zunächst einige Zeit auf Reisen zu begeben, und im April seinen neuen Posten antreten. Zum Nachfolger Sir Percy Loraines ist der frühere Britische Botschafter in China Sir Hughes Montgomery Knatchbull-Hugessen K. C. M. G. ernannt worden.

Sir Percy Loraine hat während seiner hiesigen fünfjährigen Tätigkeit zweifellos eine hervorragende Rolle gespielt. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, die türkische Politik fest an England zu binden. Aus der Erkenntnis heraus, daß hierzu eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit unumgängliche Voraussetzung sei, hat er zäh und beharrlich versucht, Englands wirtschaftlichen Einfluß in der Türkei auszubauen. Sir Percy Loraine hat geglaubt, daß dies auf die Dauer nur durch Zurückdrängung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses möglich sei, und er hat sich in der Tat alle Mühe gegeben, die beherrschende wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Türkei zu unterminieren.

Kroll

Nr. 237

Rundfunkansprache des Britischen Premierministers Chamberlain, 23. Januar 1939

Auszug

(Übersetzung)

Heute abend möchte ich Ihnen etwas über den Plan der Regierung über die Einführung eines freiwilligen nationalen Dienstes sagen und über das Handbuch, das Ihnen allen in der nächsten Woche ins Haus gebracht werden wird.

Bevor ich hierüber spreche, will ich mit ein paar Worten auf die Bedingungen eingehen, die uns den Plan im Interesse der Sicherheit unseres Landes notwendig erscheinen lassen.

Der Plan soll uns für den Krieg bereit machen. Das will nicht sagen, daß ich glaube, daß Krieg kommt. Sie wissen, ich habe alles getan, was in meiner Macht steht, um uns und auch allen anderen den Frieden zu erhalten.

Wir in unserem Lande würden niemals einen Krieg beginnen. Aber wir könnten gezwungen werden, an einem von anderer Seite begonnenen Krieg teilzunehmen, oder wir könnten selbst angegriffen werden, wenn die Regierung eines anderen Landes der Meinung sein sollte, daß wir uns nicht wirksam verteidigen könnten.

Je besser wir vorbereitet sind, uns zu verteidigen und Angriffen zu widerstehen, um so unwahrscheinlicher ist es, daß ein Angreifer ein Abenteuer wagt, bei dem seine Gewinnchancen so gering sein würden. Das ist meine erste Feststellung.

Mein zweiter Punkt ist folgender: Ein moderner Krieg ist anders, als Kriege der Vergangenheit es waren. Die Entwicklung der Luftstreitkräfte hat uns unsere alte insulare Sicherheit genommen, und es würde sowohl bei uns als auch bei den Ländern des Kontinents die Zivilbevölkerung ebenso zu den Opfern eines Angriffs zählen wie Soldaten, Matrosen und Flieger. Es ist sogar leicht möglich, daß die Zivilisten die ersten Opfer sein würden.

Wenn wir deshalb unsere Zivilbevölkerung in Kriegszeiten zu schützen wünschen, so müssen wir die erforderliche Organisation in der Zeit des Friedens vorbereiten. Wir müssen darüber hinaus die Mitglieder dieser Organisation schon im Frieden ausbilden, weil dazu keine Zeit mehr bleibt, wenn der Krieg begonnen hat.

Sie werden deshalb erkennen, daß unser Plan lediglich von allgemeiner Vorsicht diktiert und für unsere Sicherheit genau so notwendig ist wie Schlachtschiffe, Kanonen und Flugzeuge. Aber unser neuer Plan bedeutet ebensowenig wie die Bereitstellung dieser Waffen, daß der Krieg bald oder überhaupt kommen muß.

Und nun will ich mich dem Handbuch zuwenden, von dem ich hoffe, daß Sie alle es sehr sorgfältig lesen werden, wenn es erscheint. Denn Sie alle geht es an.

Es findet sich in ihm eine Beschreibung der verschiedenen Dienstarten, die im Interesse der Sicherheit oder Unterstützung der Allgemeinheit im Falle eines Krieges notwendig sein würden, falls unser Land in einen Krieg verwickelt würde.

Das, was wir von denjenigen von Ihnen, die zum freiwilligen Dienst bereit sind und nicht bereits Arbeiten verrichten, die für die Sicherheit des Landes notwendig sind, was übrigens auch als Dienst an der Nation gilt, erbitten, ist, sich für eine Art des vaterländischen Dienstes zu entscheiden und sofort mit der erforderlichen Ausbildung zu beginnen. Ich überlasse es jedem einzelnen von Ihnen, diese verschiedenen Dienstarten zu studieren und sich zu entscheiden, ob eine Dienstart darunter ist, die für ihn paßt. Das Buch gibt Ihnen einfache und klare Auskunft über die einzelnen Aufgaben, und es ist nicht meine Absicht, jetzt diese Aufgaben zu beschreiben. .....

Nr. 238

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 25. Januar 1939

Premierminister Chamberlain, den ich gestern bei gesellschaftlicher Veranstaltung traf, ausdrückte mir in längerer Unterredung seine Besorgnis über die gespannte Lage in Europa. Ich erwiderte, daß ich angenommen hätte, seine Unterhaltung in Rom mit Mussolini würden ihn zum mindestens hinsichtlich der friedlichen Absichten Deutschlands und Italiens beruhigt haben.

Chamberlain zustimmte dem und hinwies auf die demnächst hoffentlich bevorstehende Ausschaltung gefährlicher Reibungsfläche durch Beendigung Bürgerkriegs in Spanien. Er kam dann aber wieder auf seine pessimistische Beurteilung gegenwärtiger europäischer Lage zurück und meinte, daß es von ganz besonderer Bedeutung sein würde, wenn Führer und Reichskanzler demnächst in beruhigendem Sinne zu Weltlage Stellung nehmen könnte. Ich machte den Premierminister darauf aufmerksam, daß der Führer sich sowohl in seiner Neujahrskundgebung wie in seiner Ansprache an Diplomatisches Korps bei Neujahrsempfang* in ausgesprochen positivem Sinne geäußert und die Münchener Konferenz sowie die an ihr beteiligten Staatsmänner erwähnt hätte; leider sei diese Kundgebung in englischer Presse kaum beachtet worden. Chamberlain erwiderte lebhaft, daß die Kundgebungen bei den beteiligten amtlichen Stellen die gebührende Beachtung gefunden hätten.

Ich hinwies Chamberlain zum Schluß darauf, daß für eine allgemeine Beruhigung eine entsprechende Haltung, insbesondere auch der englischen Presse erforderlich sei und erinnerte daran, daß gerade gestern der Schriftsteller Wells im »News Chronicle« seine unerhörten Beschimpfungen des Führers erneuert hätte** Chamberlain bedauerte diese Angriffe und zugab, daß gerade »News Chronicle« das gefährlichste englische Blatt sei.

Dirksen

Nr. 239

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 27. Januar 1939

Gestrige Rede Sir Samuel Hoare's ist durch die zahlreichen Gerüchte über einen angeblich bevorstehenden Krieg bedingt, denen die Regierung energisch entgegenwirken will. Die britische Öffentlichkeit wird seit einigen Tagen durch offensichtlich aus amerikanischer und jüdischer Quelle stammende Gerüchte beunruhigt, die von Mund zu Mund gehen und nur verhältnismäßig geringen Niederschlag in der Presse finden. Ich vermute hinter diesen Gerüchten

1. planmäßige amerikanische Propaganda und

2. ein groß angelegtes Börsenmanöver à la baisse.

Hoare's Rede ist weiterhin ein Zugeständnis an die stärker werdenden Strömungen in der konservativen Partei, die von der Regierung mehr Rückgrat gegenüber den totalitären Staaten und ein selbstbewußteres Auftreten verlangen, da die bisherige mildere Tonart keinerlei Erfolge gezeitigt habe. Ich weiß aus zuverlässiger Quelle, daß Chamberlain selbst von diesen Kreisen immer stärker unter Druck gesetzt wird. Sicher hatte die Regierung auch den Wunsch, mit ihrer selbstbewußten Sprache der Propaganda für den national service einen wirkungsvollen Hintergrund zu geben. Chamberlain hat für morgen Abend eine politische Rede angekündigt.

Dirksen

---

* Vgl. Nr. 235.

** Vgl. Nr. 233.

Nr. 240

Rede des Britischen Premierministers Chamberlain in Birmingham, 28. Januar 1939

Auszug

(Übersetzung)

...... Wir können nicht vergessen, daß, wenn auch wenigstens zwei dazu gehören, Frieden zu schließen, einer allein einen Krieg anfangen kann. Und solange wir nicht zu klaren Abmachungen gelangt sind, durch die jede politische Spannung beseitigt wird, müssen wir uns in eine Stellung bringen, wo wir uns gegen Angriffe verteidigen können, seien es nun Angriffe gegen unser Land und Volk oder gegen die Grundsätze der Freiheit, mit denen unser Dasein als Demokratie eng verbunden ist und die uns die höchsten Begriffe menschlichen Lebens und menschlicher Geisteshaltung zu umschließen scheinen.

Es ist zu diesem Zweck für die Verteidigung und nicht für den Angriff, daß wir uns weiter der Aufgabe unserer Aufrüstung mit nicht erlahmender Kraft und mit völliger Billigung des Landes widmen.

...... Ich kann jedoch nicht umhin, noch einmal mein Bedauern darüber festzustellen, daß es notwendig ist, so viel Zeit und einen so gewaltigen Teil der Einkünfte des Landes für kriegsmäßige Vorbereitungen statt für jene mehr auf innerem Gebiet liegende Fragen aufzuwenden, die mich in das politische Leben geführt haben, wie die Volksgesundheit, die Wohnungsverhältnisse, die Verbesserung der äußeren Lebensbedingungen des Volkes, die Sorge für seine Erholung in der Freizeit und das Wohlergehen von Industrie und Landwirtschaft.

Keines dieser Gebiete ist vernachlässigt worden. Es ist aber ganz natürlich, daß ihre Entwicklung durch die Erfordernisse der nationalen Sicherheit gehemmt und verlangsamt wurde.

Wenn ich mir diese Dinge überlege, so erinnere ich mich an das Geschick eines der Größten meiner Vorgänger, des jüngeren Pitt. Seine Interessen lagen in der Heimat, in der Wiederherstellung der Finanzen und in innerpolitischen Reformen. Aber außenpolitische Ereignisse durchkreuzten diese seine Bestrebungen. Widerstrebend und, nachdem er sich lange gegen sein Schicksal gewehrt hatte, wurde er in einen Krieg verwickelt, der sich dann zu dem bis zu jenem Zeitpunkte größten unserer Geschichte entwickelt hat. Verbraucht durch den Kampf starb er, bevor der Erfolg, zu dem er durch seine Entschlossenheit und seinen Mut soviel beigetragen hatte, unsere Bemühungen belohnte.

Ich vertraue darauf, daß mein Los glücklicher sein wird als das seine und daß wir unser Ziel eines internationalen Friedens noch erreichen können.

Unsere Haltung haben wir schon so oft klargestellt, daß über sie kein Mißverständnis bestehen kann. Ich bin der Ansicht, daß es nun für andere an der Zeit ist, ihren Beitrag zu leisten für ein Ergebnis, das alle mit Wohltaten überschütten würde. Die Luft ist heutzutage voll von Gerüchten und Verdächtigungen, die man gar nicht bestehen lassen sollte. Der Friede vermag ja nur durch eine Herausforderung in Gefahr gebracht werden, wie sie der Präsident der Vereinigten Staaten in seiner Neujahrsbotschaft im Auge hatte, nämlich den Anspruch auf Weltherrschaft durch Gewalt. Einem solchen Anspruch müssen sich die Demokratien unweigerlich entgegenstellen, wie dies der Präsident angedeutet hat und wie ich es selbst auch bereits erklärt habe. ......

Nr. 241

Rede des Führers vor dem Deutschen Reichstag, 30. Januar 1939

Auszug

...... In gewissen Demokratien gehört es anscheinend zu den besonderen Vorrechten des politisch-demokratischen Lebens, den Haß gegen die sogenannten totalitären Staaten künstlich zu züchten, d. h. durch eine Flut teils entstellender, teils überhaupt frei erfundener Berichte die öffentliche Meinung gegen Völker zu erregen, die den anderen Völkern nichts zuleide getan hatten und ihnen auch nichts zuleide tun wollen, die höchstens selber jahrzehntelang von schwerem Unrecht bedrückt wurden.

Wenn wir uns nun gegen solche Kriegsapostel, wie Herrn Duff Cooper, Mister Eden, Churchill oder Mister Ickes usw. zur Wehr setzen, dann wird dies als ein Eingriff in die heiligen Rechte der Demokratien hingestellt. Nach den Auffassungen dieser Herren haben wohl sie das Recht, andere Völker und ihre Führungen anzugreifen, aber niemand hat das Recht, sich dessen zu erwehren.

Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, daß, solange das Deutsche Reich ein souveräner Staat ist, sich die Staatsführung nicht durch einen englischen oder amerikanischen Politiker verbieten lassen wird, auf solche Angriffe zu antworten. Daß wir aber ein souveräner Staat bleiben, dafür werden für alle Zukunft die Waffen sorgen, die wir schmieden, und dafür sorgen wir auch durch die Wahl unserer Freunde.

An sich könnte man die Behauptung, daß Deutschland beabsichtige, Amerika anzufallen, mit einem einzigen Lachen abtun, und die fortgesetzte Hetzkampagne gewisser britischer Kriegsapostel wollte man am liebsten schweigend übergehen; allein wir dürfen folgendes nicht außer acht lassen. Erstens: Es handelt sich hier in diesen Demokratien um Staaten, deren politische Konstruktion es ermöglicht, daß schon wenige Monate später die schlimmsten Kriegshetzer die Führung der Regierung selber in ihren Händen halten können.

Zweitens: Wir sind es deshalb der Sicherheit des Reiches schuldig, das deutsche Volk schon beizeiten über diese Männer aufzuklären. Da das deutsche Volk keinen Haß gegen England, Amerika oder Frankreich empfindet, sondern seine Ruhe und seinen Frieden will, diese Völker aber von ihren jüdischen oder nichtjüdischen Hetzern fortgesetzt gegen Deutschland und das deutsche Volk aufgeputscht werden, würde ja im Falle eines Gelingens der Absichten dieser Kriegsbefürworter unser eigenes Volk in eine psychologisch überhaupt nicht vorbereitete und deshalb ihm unerklärliche Situation geraten.

Ich halte es daher für notwendig, daß von jetzt ab in unserer Propaganda und in unserer Presse die Angriffe stets beantwortet und vor allem dem deutschen Volk zur Kenntnis gebracht werden. Es muß wissen, wer die Männer sind, die unter allen Umständen einen Krieg vom Zaune brechen wollen. Ich bin dabei der Überzeugung, daß die Rechnung dieser Elemente eine falsche ist; denn wenn erst die nationalsozialistische Propaganda zur Antwort übergehen wird, werden wir ebenso erfolgreich sein, wie wir im inneren Deutschland selbst durch die zwingende Gewalt unserer Propaganda den jüdischen Weltfeind zu Boden geworfen haben. Die Völker werden in kurzer Zeit erkennen, daß das nationalsozialistische Deutschland keine Feindschaft mit anderen Völkern will, daß alle die Behauptungen über Angriffsabsichten unseres Volkes auf fremde Völker entweder aus krankhafter Hysterie geborene oder aus der persönlichen Selbsterhaltungssucht einzelner Politiker entstandene Lügen sind, daß diese Lügen aber in gewissen Staaten gewissenlosen Geschäftemachern zur Retung ihrer Finanzen dienen sollen, daß vor allem das internationale Judentum damit eine Befriedigung seiner Rachsucht und Profitgier erreichen zu hoffen mag, daß sie aber die ungeheuerlichste Verleumdung darstellen, die man einem großen und friedliebenden Volk antun kann.

..... Das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien sind stark genug, um gegen jedermann den Frieden zu sichern oder einen von unverantwortlichen Kräften leichtfertig vom Zaun gebrochenen Konflikt entschlossen und erfolgreich zu beenden!

Das bedeutet nun nicht, daß wir Deutsche — wie es in einer verantwortungslosen Presse jeden Tag geschrieben steht — einen Krieg wünschen, sondern es bedeutet nur, daß wir

1. das Verständnis dafür haben, daß sich auch andere Völker ihren Anteil an den Gütern der Welt sichern wollen, der ihnen kraft ihrer Zahl, ihres Mutes und ihres Wertes zukommt, und daß wir
2. in Anerkennung dieser Rechte entschlossen sind, gemeinsame Interessen auch gemeinsam zu vertreten. Vor allem aber, daß wir vor erpresserischen Drohungen unter keinen Umständen jemals zurückweichen werden!

..... Deutschland hat gegen England und Frankreich keine territorialen Forderungen außer der nach Rückgabe unserer Kolonien.

So sehr eine Lösung dieser Frage zur Beruhigung der Welt beitragen würde, so wenig handelt es sich dabei um Probleme, die allein eine kriegerische Auseinandersetzung bedingen könnten. Wenn überhaupt heute in Europa Spannungen bestehen, so ist dies in erster Linie dem unverantwortlichen Treiben einer gewissenlosen Presse zuzuschreiben, die kaum einen Tag vergehen läßt, ohne durch ebenso dumme wie verlogene Alarmnachrichten die Menschheit in Unruhe zu versetzen. Was sich hier verschiedene Organe an Weltbrunnenvergiftung erlauben, kann nur als kriminelles Verbrechen gewertet werden. In letzter Zeit wird versucht, auch den Rundfunk in den Dienst dieser internationalen Hetze zu stellen.

..... Denn welche Interessengegensätze bestehen z. B. zwischen England und Deutschland? Ich habe mehr als oft genug erklärt, daß es keinen Deutschen und vor allem keinen Nationalsozialisten gibt, der auch nur in Gedanken die Absicht besäße, dem englischen Weltreich Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Und wir vernehmen auch aus England Stimmen vernünftig und ruhig denkender Menschen, die die gleiche Einstellung Deutschland gegenüber zum Ausdruck bringen. Es würde ein Glück sein für die ganze Welt, wenn die beiden Völker zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gelangen könnten. Das gleiche gilt für unser Verhältnis zu Frankreich ....

Nr. 242

Rede des Britischen Premierministers Chamberlain in Blackburn, 22. Februar 1939

Auszug

(Übersetzung)

...... Zu einer Zeit, wo ungeheure Rüstungen von allen Seiten aufgetürmt werden, kann man sich einer gewissen Sorge nicht erwehren, ob nicht ein vielleicht an sich geringfügiger Zwischenfall die Maschinerie in Bewegung setzt, die diese Rüstungen zur Anwendung bringen würde. Wir sind uns bewußt, daß bei Eintritt dieses gefürchteten Ereignisses keiner von uns oder von denen, die uns am teuersten sind, seinen Folgen entgehen könnte. Unter diesen Umständen scheinen mir nur Menschen, die völlig rücksichtslos, unverantwortlich oder unwissend sind, den Wunsch haben zu können, daß die jetzige Regierung irgendeine andere Politik verfolgen sollte, als wie wir sie für uns festgelegt haben, eine Politik des Friedens durch Stärke, die keine Gelegenheit vorübergehen lassen wird, um Verdächtigungen und feindselige Einstellungen zu beseitigen, gleichzeitig aber fest und entschlossen mit Hilfe unserer Freunde innerhalb und außerhalb unseres Reiches eine so furchtbare Macht aufbauen wird, daß unsere Rechte und Freiheiten jedem gegenüber durchgesetzt werden können, der unbesonnen genug sein sollte, sich an ihnen zu vergreifen.

Während der letzten zwei Tage haben wir im Unterhaus die Fortschritte unserer Aufrüstung erörtert. Die Zahlen sind in der Tat überwältigend. Vielleicht sind sie so gewaltig, daß das Volk sie gar nicht mehr zu fassen vermag. Ich muß aber doch versuchen, Ihnen einen Begriff von der Größe und dem Tempo unserer Aufrüstung zu geben, wie sie sich an den Kosten ermessen lassen.

Während in den ersten fünf Jahren der Nationalen Regierung, nämlich von 1931 bis 1935, der durchschnittliche Aufwand für die Verteidigung des Landes 114 Millionen Pfund betrug, beliefen sich die entsprechenden Ausgaben im Jahre 1936 auf 186 Millionen Pfund, 1937 auf 265 Millionen Pfund, 1938 betrugen nach dem Voranschlag die Ausgaben bereits 406 Millionen Pfund, und der Voranschlag für das nächste Finanzjahr, der auch die Ausgaben für die Zivilverteidigung umfaßt, ist bereits auf 580 Millionen Pfund hinaufgeschnellt. Niemand beklagt mehr als ich die Notwendigkeit für diese Ausgaben, und doch haben Sie Recht, ihnen Beifall zu spenden; denn Sie können einen tröstlichen Schluß oder auch deren zwei aus diesen ungeheuren Ziffern ziehen, einen Schluß, der jedenfalls dem recht wenig erfreulichen Vorgang der Bezahlung dieser Rechnung gegenübergestellt werden kann.

Zunächst können Sie sich selbst davon überzeugen, daß die Gründe für alle Besorgnisse, die etwa früher wegen einer zu langsamen Herstellung von Rüstungsmaterial bestanden haben mögen, schnell überwunden werden. Schiffe, Kanonen, Flugzeuge und Munition fließen jetzt aus unseren Werften und Fabriken in einem Strom, der dauernd im Anschwellen begriffen ist. Jedenfalls hat sich die Lage in dieser Hinsicht, selbst verglichen mit der vor einigen Monaten, außerordentlich verbessert.......

Lassen Sie mich jetzt zurückkommen auf die Voranschläge für die Verteidigungskosten und zu dem etwas tröstlicheren Schluß, der daraus gezogen werden kann. Ich habe bereits auf die Bedeutung dieser Voranschläge hingewiesen, als ich den Fortschritt in unserem Rüstungsprogramm darlegte. In zweiter Linie aber werden diese ungeheuren Zahlen dazu dienen, uns allen die gewaltige Größe unserer finanziellen Hilfsquellen klarzumachen, die uns in den Stand setzen, diese Riesensummen nicht nur aufzubringen, sondern ihre Verausgabung ohne merkliche Beeinträchtigung des Vertrauens ins Auge zu fassen, das ja die Grundlage für unseren Kredit ist.

Und wenn wir bedenken, daß das, was wir jetzt planen, allein den Anstrengungen unseres Landes entstammt, ohne daß, was nötigenfalls geschehen könnte, die großen Dominions oder unsere Verbündeten und Freunde außerhalb des britischen Reiches etwas dazu beitragen, so können wir, um unseren Shakespeare zu zitieren, wohl die Gewißheit haben,

»Und steht die ganze Welt in Waffen gegen uns:

Wir schlagen sie!«

Nr. 243

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 24. Februar 1939

1. Vor meiner Abreise hatte ich mit Lord Halifax über allgemeine Lage eingehende Unterhaltung, über die mündlichen Bericht vorbehalte. Halifax erwähnte die verschiedenen schwebenden deutsch-englischen Wirtschaftsbesprechungen, die durch Besuch Ashton-Gwatkins und Stanleys hoffentlich weiter gefördert werden würden.

2. Ich hinwies auf die in hiesiger Öffentlichkeit herrschende und durch Propaganda vermehrte nervöse Unruhe, die sich nach Führerrede nur zeitweise beruhigt hätte. Diese Stimmung sei abträglich für beiderseitige Beziehungen.

Halifax gab Nervosität während Januar zu, glaubte aber nicht, daß neue Welle der Beunruhigung Öffentlichkeit nach Führerrede erfaßt habe.

3. Ich schilderte anschließend, wie stark diese allgemeine Stimmung auf die Lage in England lebender Reichsdeutscher zurückwirke, denen selbst die Abhaltung von Veranstaltungen durch Verweigerung der Räumlichkeit erschwert werde.

Dirksen

Nr. 244

Der Deutsche Konsul in Genf an das Auswärtige Amt

Bericht

Genf, den 24. Februar 1939

Das Völkerbundsekretariat hat in diesen Tagen bekanntgegeben, daß sowohl die Englische wie die Französische Regierung eine Note an das Völkerbundsekretariat haben gelangen lassen, wonach beide Regierungen nach dem am 16. August 1939 ablaufenden Termin der Generalakte für weitere fünf Jahre sich an diese Konvention für gebunden erklären. Diese Verbindlichkeitserklärung der Englischen und Französischen Regierung ist jedoch nur mit einer sehr bemerkenswerten Reserve gemacht worden, die folgenden Wortlaut hat:

»Désormais ladite adhésion ne s'étendra pas aux différends relatifs à des événements qui viendraient à se produire au cours d'une guerre dans laquelle il serait impliqué.«

Diese von englischer und französischer Seite vorgenommene Einschränkung des Anwendungsgebiets der Generalakte ist bezeichnenderweise von der englischen und französischen Presse in keiner Weise hervorgehoben und auch in der übrigen internationalen Presse nur kurz erwähnt worden. In der deutschen Presse hat man diesen Vorgang hauptsächlich dahin interpretiert, daß selbst England und Frankreich nunmehr von den Methoden der Genfer Institution abrückten und die Anwendung des Schiedsverfahrens für ein Gebiet wichtiger internationaler Streitfälle einschränkten.

Die Hauptbedeutung der englisch-französischen Reserve bezüglich der Anwendung der Generalakte ist jedoch darin zu sehen, daß beide Regierungen sich für den Kriegsfall gegenüber den Neutralen völlig freie Hand sichern wollen und sämtliche Streitfälle, die sich auf Grund des Neutralitätsrechts und insbesondere des Seekriegsrechts ergeben könnten, dem Schiedsgerichtsverfahren entziehen. Diese Haltung der Englischen und Französischen Regierung kann auch als Maßnahme gegen das Abrücken der Neutralen von der Sanktionspolitik angesehen werden und dürfte auf jeden Fall die Stellung der Neutralen im Kriegsfall außerordentlich schwächen.

Unter den Fachleuten der Genfer Delegationen ist man sich allerdings über die folgenschwere Bedeutung der englisch-französischen Reserve gegenüber der Generalakte völlig im klaren. Ein Delegierter eines neutralen Staates hat mir z. B. seine ernsten Besorgnisse über diese offenbar von England ausgehende »Kriegsvorbereitungsmaßnahme« ausgesprochen, die ihn sofort an die ablehnende Haltung der Englischen Regierung vor dem Weltkrieg erinnert habe, Streitfälle über das Prisenrecht mit neutralen Staaten einem internationalen Prisengerichtshof zu unterbreiten. Gleichzeitig wies mein Gesprächspartner auch beispielsweise auf die außerordentliche Bedeutung der englisch-französischen Reserve für diejenigen Mittelmeerstaaten hin, die bei einer kriegerischen Verwicklung in diesem Gebiet neutral bleiben wollten.

Krauel

Nr. 245

Der Deutsche Gesandte in Teheran an das Auswärtige Amt

Bericht

Teheran, den 4. März 1939

Seit einigen Monaten ist hier eine zunehmende Aktivität der englischen Politik festzustellen, die nicht zum wenigsten gegen Deutschland und unsere Position in Iran gerichtet ist.

Noch vor Jahresfrist war hier von einer nach außen in die Erscheinung tretenden englichen Betätigung auf politischem, wirtschaftlichem oder kulturpolitischem Gebiet nicht viel zu spüren. Auch der aufmerksame Beobachter mußte den Eindruck gewinnen, daß die englische Außenpolitik, die in früheren Jahren gerade in diesem Sektor eine besonders rührige Tätigkeit entfaltet hatte, die weitere Entwicklung der Dinge in dem schnell aufstrebenden Staatswesen zwar aufmerksam verfolgte, sich aber im übrigen starker Zurückhaltung befleißigte. Diese Zurückhaltung erfuhr auch keine sichtbare Änderung, als andere europäische Mächte, in erster Linie Deutschland, anfingen, dem neuen Iran besonderes Interesse zuzuwenden und ihre Beziehungen zu diesem Lande, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, zu festigen und auszubauen. So nahm man es auch mit Gleichmut hin, daß Deutschland als Lieferant und als Abnehmer Irans binnen weniger Jahre vom fünften auf den zweiten Platz vorrückte und England, das noch 1936/37 den zweiten Platz behauptet hatte, auf die vierte Stelle verwies. Selbst die Einrichtung einer deutschen Luftverbindung nach dem Nahen Osten, die sich bis hart an die Grenze Indiens, nach Afghanistan, erstreckte und nach dem ursprünglichen Plan unter Berührung wichtiger englischer Interessensphären in Zentralasien bis nach China vorgetrieben werden sollte, begegnete auf englischer Seite anfänglich nur geringem Widerstand. Die Beziehungen zwischen der deutschen und der englischen Vertretung, ebenso wie das Verhältnis zwischen den beiderseitigen Kolonien waren die denkbar herzlichsten und Äußerungen der Sympathie und Bewunderung für das neue Deutschland aus englischen Kreisen nicht selten.

Eine starke Abkühlung brachte dann zunächst die Heimkehr Österreichs ins Reich, die mit offensichtlichem Mißbehagen aufgenommen wurde. Während die Vertretungen anderer Länder ihrer Genugtuung darüber Ausdruck gaben, daß Volk sich wieder zu Volk gefunden hatte und eine ernste Bedrohung des europäischen Friedens ohne Blutvergießen behoben werden konnte, wurde von englischer Seite scharfe Kritik an den Methoden des deutschen Vorgehens geübt und diese in weite Kreise bis in maßgebende Regierungsstellen hineingetragen. Die Lösung des sudetendeutschen Problems, die Feuerprobe der Achse Berlin—Rom und der von aller Welt anerkannte große Erfolg der deutschen Staatskunst als Ergebnis der Münchener Besprechungen löste in den hiesigen englischen Kreisen eine direkt feindselige Stimmung gegen Deutschland aus, die auch bei Gesprächen mit dem Personal der Gesandtschaft, vom Gesandten angefangen, bei aller Korrektheit in der Form, unverhohlen zum Ausdruck kam.

Seither hat sich die antideutsche Stimmung der hiesigen englischen Kreise noch erheblich verstärkt. Die englische Vertretung und Kolonie entwickeln sich zum Herd einer Kriegspsychose, die ihre Fäden weit über das eigentliche Interessengebiet hinaus spinnt. Der gesamte Apparat der üblichen Rüstungshetze, wie er heute in der englischen Presse, im Rundfunk, in öffentlichen Reden der Wortführer der Kriegspartei mit der Frontstellung gegen Deutschland in die Erscheinung tritt, findet in der hiesigen englischen Vertretung und Kolonie sein getreues Spiegelbild. Wenn man in Gesprächen mit Engländern auf das Verwerfliche und Gefährliche dieser Methoden aufmerksam macht, begegnet man ablehnendem Achselzucken oder dem frostigen Hinweis, daß das Wettrüsten der Völker eines Tages zum Kriege führen müsse. Die Herren Eden, Churchill und Duff Coper sind für diese Leute die eigentlichen Vertreter der englischen Nation und ihre künftigen Führer.

Die Auswirkungen dieser offenkundig gegen Deutschland gerichteten Stimmungsmache für unsere Arbeit und unsere Stellung in Iran sind nicht zu unterschätzen. Wenn es den hier zwar gefürchteten, aber keineswegs beliebten Engländern auch nicht so leicht gelingen wird, unsere günstige Position auf wirtschatflichem und kulturpolitischem Gebiet ernstlich zu gefährden, so erzielen sie doch mit der Schaffung einer Kriegspsychose in den maßgebenden iranischen Kreisen einen Zustand der Unsicherheit und Besorgnis vor kommenden Dingen, der sich auf die Bereitwilligkeit der Iranischn Regierung, sich mit uns in größere und länger befristete wirtschaftliche oder verkehrspolitische Unternehmungen einzulassen, störend und hemmend auswirken kann.

Auch auf mancherlei anderen Gebieten macht sich neuerdings eine stärkere, gegen uns gerichtete Aktivität der Engländer bemerkbar. So wird heute nicht nur jeder neue Vorstoß der deutschen Wirtschaft in Iran mit Hilfe eines vorzüglich organisierten Nachrichtendienstes bis in alle Einzelheiten verfolgt und bespitzelt, sondern auch, wenn sich die Möglichkeit dazu bietet, sabotiert.

Smend

Nr. 246

Rede des Britischen Staatssekretärs für Krieg Hore-Belisha im Unterhaus, 8. März 1939

Auszug

(Übersetzung)

Ich bin mir bewußt, daß in diesem Jahr das Haus am meisten die Frage bewegen muß, in welchem Umfange wir vorbereitet sein sollten, um im Falle eines Krieges mit unseren Landstreitkräften auf dem europäischen Kontinent Hilfe leisten zu können ......

Aus den strategischen Reserven im Vereinigten Königreich wird die Feldarmee aufgebaut, die jetzt sowohl aus regulären wie Territorialtruppen besteht. Die letzteren werden jetzt, wie ich dem Hause berichten kann, zufolge einer kürzlichen Entschließung der Regierung vorbereitet, ausgebildet und ausgerüstet, um im Kriegsfalle auf einem europäischen Kriegsschauplatz in Aktion zu treten. Zuerst möchte ich über die regulären Truppen berichten. Der neue Aufbau der Infanteriedivisionen und der Einheiten, aus denen sie bestehen, ist jetzt in dem Rahmen durchgeführt, wie ich ihn im vorigen Jahre umrissen habe. Alle Wehrdienstzweige wurden neu aufgebaut. Die Tabellen über dem Krieg dienende Einrichtungen und Ausrüstungen sind so aufgestellt und herausgegeben worden, daß sie eine rasche Mobilisierung gewährleisten. Es ist eine gewaltige Aufgabe gewesen, der sich die Armee mit dieser gründlichen Überholung unterzogen hat, und es ist mir von seiten des Generalstabs gesagt worden, daß die Änderungen, die hier in einem Jahr durchgeführt worden sind, in normalen Zeiten viele Jahre in Anspruch genommen haben würden ......

Es scheint mir zweckmäßig, Angaben über den Umfang der Streitkräfte der Feldarmee zu machen. Ihre Gesamtheit oder ein Teil derselben wird natürlich eingesetzt werden, je nachdem es die Zukunft erfordern sollte. Die Größe des Apparats, den wir aufzubauen im Begriffe sind, ergibt sich wie folgt: Reguläre Armee: 4 Infanteriedivisionen und 2 Panzerdivisionen; Territorialarmee: 9 Infanteriedivisionen, 3 motorisierte Divisionen und 1 Panzerdivision. Außerdem haben wir 2 Territorial-Kavallerie-Brigaden und eine Anzahl von nicht in Brigaden eingeteilten Einheiten. Insgesamt machen die regulären und Territorialtruppen mehr als 19 Divisionen aus. Herr Haldane hatte eine Feldarmee von nur 6 regulären Divisionen und 1 Kavalleriedivision vorgesehen. Er hatte die Territorialtruppen nicht für einen europäischen Krieg ausgerüstet. Unsere Territorialarmee wird aber die entsprechende Ausrüstung haben ......

Ich spreche hier lediglich von der Feldarmee, die aus unseren eigenen strategischen Reserven im Lande gebildet worden ist. Herrn Haldane war die Aufstellung seiner Feldarmee nur dadurch möglich, daß er Truppen der Heimatverteidigung der Territorialarmee übertrug. Wir hingegen haben diese Heimatverteidigung einer neuen Armee übertragen, die ich Luftabwehr- und Küstenverteidigungsarmee genannt habe und die 7 Divisionen umfassen wird. Sie soll Einfälle von der See her oder aus der Luft abwehren. Andere Einheiten in der Heimat, und zwar reguläre und Hilfstruppen, sollen der Bevölkerung für den Fall von Luftangriffen Beistand leisten ......

Mein sehr ehrenwerter Freund der Premierminister hat am 13. Dezember 1938* eine Erklärung abgegeben und am 11. Februar dieses Jahres** bekräftigt, die keinen Zweifel über die Haltung aufkommen läßt, die Großbritannien in gewissen Eventualfällen einnehmen würde. Bei der letzteren Gelegenheit sagte er: »er fühle sich verpflichtet, klarzustellen, daß die Solidarität der Interessen, durch die Frankreich und dieses Land verbunden seien, von der Art sei, daß jede Bedrohung der Lebensinteressen Frankreichs, von welcher Seite sie auch kommen möge, den sofortigen Beistand unseres Landes nach sich ziehen müsse« ......

Diese Erklärung über die Gemeinsamkeit unserer Interessen mit Frankreich ist von größerer Bedeutung als jedwede frühere Erklärung. Sie legt uns die Verpflichtung auf, Pläne und Vorbereitungen für die Verwendung unserer Feldstreitkräfte in gewissen Fällen auszuarbeiten. Besprechungen zwischen uns und Frankreich haben uns in dieser Hinsicht zwar nicht gebunden, aber wenn man vorsichtig ist, muß man für alle Möglichkeiten gewappnet sein. Sollten wir in einen Krieg verwickelt werden, so wird unser Beitrag und die Art und Weise, wie wir ihn am besten leisten können, weder mit halbem Herzen noch unter Zugrundelegung irgendeiner Theorie der beschränkten Haftung gegeben werden ......

---

* Am 13. Dezember 1938 hatte der Britische Premierminister Chamberlain in einer Rede vor der Vereinigung ausländischer Journalisten in London erklärt, die Beziehungen Englands zu Frankreich seien so eng, daß sie über bloße vertragliche Verpflichtungen hinausgingen, da sie auf einer Identität der Interessen beruhten.

** Gemeint ist wohl die Unterhauserklärung des Britischen Premierministers Chamberlain vom 6. Februar 1939; vgl. Nr. 267.

Nr. 247

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 18. März 1939

Bei meinem heutigen Protest gegen Beschimpfung des Führers durch den Abgeordneten Duff Cooper habe ich Lord Halifax gegenüber folgendes ausgeführt:

Ich hätte wiederholt über schwere Verunglimpfungen des Führers Klage führen müssen; diese Beleidigungen seien in der Presse ausgesprochen gewesen, und man habe mir daraufhin geantwortet, daß die Britische Regierung diese Ausfälle zwar bedauert und in Aussicht gestellt habe, ihren Einfluß auf die Presse geltend machen zu wollen; da dieser Einfluß aber beschränkt sei und die gesetzlichen Handhaben zum Vorgehen gegen die Presseorgane fehlten, sei eine wirksame Abstellung nicht möglich. Ich wolle daher auf verschiedene schwere Beleidigungen des Führers, die in den letzten Tagen in der Presse wiedergegeben seien, nur hinweisen.

Bei Duff Cooper aber liege dieser Fall anders. Hier habe ein englischer Abgeordneter in einer Sitzung des Unterhauses den Führer in gemeinster Weise beschimpft, ohne daß der Speaker eingeschritten sei und ohne daß ein Mitglied der Regierung diese Sprache zurückgewiesen hätte. Es sei mir bekannt, daß das Unterhaus keine Geschäftsordnung wie andere Parlamente habe, sondern nach Gewohnheitsrecht geleitet werde. Ich müsse aber darauf hinweisen, daß laut einer Zeitungsnotiz das bekannte staatsrechtliche Werk von Erskine May es als üblich bezeichne, daß abfällige Bemerkungen über fremde Staatsoberhäupter nicht ausgesprochen werden sollten.

Lord Halifax erwiderte hierauf, was den Abgeordneten Cooper angehe, so sei dieser vom Führer ebenfalls angegriffen und als Kriegstreiber bezeichnet worden. Es sei daher wohl verständlich, daß eine Reaktion seitens des Angegriffenen erfolge. Für die Mitglieder der Regierung sei es nach den geltenden Gepflogenheiten nicht möglich gewesen, einzugreifen und derartige Angriffe zurückzuweisen; der Speaker sei autonom in seinen Befugnissen und könne keine Weisungen hinsichtlich seiner Geschäftsführung erhalten.

Ich fragte hierauf Halifax, ob die Britische Regierung jetzt auf dem Standpunkt stehe, daß fremde Staatsoberhäupter gewissermaßen vogelfrei seien.

Der Außenminister erwiderte, das habe er damit nicht sagen wollen.

Ich wies Lord Halifax darauf hin, daß eine Gleichstellung des Führers mit Duff Cooper wegen ihrer durchaus verschiedenen Stellungen nicht möglich sei. Außerdem habe der Führer Duff Cooper niemals beschimpft, sondern ihm nur den zutreffenden Vorwurf gemacht, daß die von Cooper befolgte Politik zum Kriege führen müsse. Da Cooper das Kabinett mit der Begründung verlassen habe, daß er die friedenserhaltende Politik Chamberlains nicht mitmachen könne, so hätten die Angriffe des Führers nur eine Darstellung eines vorhandenen Tatbestandes enthalten.

Ich gab meinem Befremden darüber Ausdruck, daß Lord Halifax nicht in der Lage sei, mir eine befriedigende Erklärung abzugeben; gerade England könne sich über unsere Haltung gegenüber der Hereinziehung des Staatsoberhauptes in die Tagespresse nicht beklagen. Dies ergebe sich aus der Diskretion unserer Presse während der Abdankung des früheren Königs. Nicht einmal die leitenden Staatsmänner der jetzigen oder einer vorherigen Regierung seien von amtlichen Persönlichkeiten angegriffen oder gar beschimpft worden.

Lord Halifax mußte dies zugeben. Er erklärte, daß er dem Premierminister Bericht erstatten werde.

Ich erwiderte, daß ich meiner Regierung ebenfalls einen Bericht über den Verlauf der Unterredung erstatten würde.

von Dirksen

Nr. 248

Erklärung des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 29. März 1939

Auszug

(Übersetzung)

..... Das Haus wird sich erinnern, daß ich in einer kürzlichen Erklärung angekündigt habe, daß jede Seite unseres nationalen Lebens einschließlich des nationalen Verteidigungsprogramms überprüft werden würde. In Verfolg dieser Überprüfung hat die Regierung Seiner Majestät den Eindruck gewonnen, daß das Bedürfnis vorhanden ist, noch umfassender von dem Willen zum freiwilligen Dienst Gebrauch zu machen, der sich im ganzen Land bekundet; insbesondere glaubt sie nicht gestatten zu können, daß diejenigen, die als Rekruten in die Territorialarmee eintreten möchten, zurückgewiesen

werden, weil die Einheiten, an die sie sich wenden, schon einen Bestand über ihre Sollstärke hinaus haben. Sie hat infolgedessen die Lage geprüft und ist zu den folgenden Beschlüssen gekommen:

I. Die territoriale Feldarmee, die jetzt eine Friedensstärke von 130 000 Mann hat, wird sofort auf Kriegsstärke gebracht, was einen Zuwachs von etwa 40 000 Mann gegenüber der vorgenannten Zahl bedeutet.

II. Die so auf Kriegsstärke gebrachte territoriale Feldarmee wird verdoppelt und wird so eine Stärke von 340 000 Mann aufweisen. . . . . .

Mr. Bellenger: »Wird diese Vermehrung irgendeine Änderung in den Plänen bringen, die kürzlich von dem Staatssekretär für Krieg hinsichtlich der Anzahl der Divisionen umrissen worden sind*, die erforderlichenfalls als überseeische Streitkräfte in Bereitschaft zu halten sind?«

Der Premierminister: »Die von mir gemachte Ankündigung bringt es mit sich, daß eine doppelte Anzahl von Divisionen rechtzeitig zur Verfügung stehen wird.«

Nr. 249

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 6. April 1939

Anläßlich einer Filmvorführung an Bord des britischen Flugzeugmutterschiffes »Ark Royal« am Abend des 4. April d. J. sagte der Erste Lord der Admiralität, Earl Stanhope, auf eine Reihe leerer Sitze hinweisend: »Kurz bevor ich die Admiralität verließ, war es nötig, Befehle zu geben, die Luftabwehrgeschütze der Kriegsmarine zu bemannen, und dies erklärt die leeren Sitze.« Späterhin erklärte Lord Stanhope einem Berichterstatter, daß die Flotte alle Vorkehrungen treffe und stets bereit sei.

Auf Veranlassung der Admiralität wurde eine sogenannte »D«-Notiz ausgegeben, die besagte, daß es nicht im nationalen Interesse wäre, wenn die Rede Lord Stanhopes veröffentlicht würde. Die Rede Lord Stanhopes wurde dann nur von einem Teil der Morgenpresse in sensationeller Aufmachung gebracht. »Times« und »Daily Telegraph« enthielten sich jeder Bezugnahme.

Die Bemerkungen des Ersten Lords der Admiralität haben sowohl im Unterhaus als auch in den Redaktionen starkes Aufsehen hervorgerufen. Lord Stanhope soll angeblich dem Premierminister seinen Rücktritt angeboten haben, der jedoch nicht angenommen worden sei.

In der Unterhaussitzung vom 5. d. M. fragte daraufhin der Stellvertretende Führer der Opposition, Abgeordneter Greenwood, den Premierminister, ob er eine Erklärung zu dem offiziellen Ersuchen der Regierung abgeben könne, die Presse möge die von Lord Stanhope in seiner Rede erwähnten Anweisungen der Admiralität nicht veröffentlichen.

Der Premierminister wies darauf hin, daß die Rede anläßlich einer Zusammenkunft wegen der Organisation von Filmvorführungen auf Kriegsschiffen gehalten worden sei. Lord Stanhope habe unvorbereitet (unpremeditated) gesprochen. Er habe darauf hingewiesen, daß die Teilnehmer an der Veranstaltung nicht vollzählig wären, da eine Reihe von ihnen an Bord ihrer eigenen Schiffe zurückgehalten worden seien. Sie lägen in Bereitschaft, die Geschütze zu bemannen, was in Spannungszeiten eine Normalmaßnahme sei. Die Admiralität habe keine anderen Befehle ausgegeben, als daß diese Übung auch selbst bei einer so besonderen Gelegenheit nicht geändert werden solle.

Der Premierminister fügte hinzu, daß er die Presse habe bitten lassen, die Rede des Ersten Lords der Admiralität nicht zu veröffentlichen oder, wenn es geschehe, ihr keine besondere Bedeutung zuzuschreiben. Seine Bemühungen, dem Publikum eine unnütze Aufregung zu ersparen, seien erfolglos gewesen. Doch habe der Vorfall die stete Bereitschaft der Flotte bewiesen. Lord Stanhope habe ihm gegenüber sein Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß seine Worte, die sicherlich nicht glücklich gewählt worden wären, so stark kommentiert worden seien. Er, der Premierminister, glaube jedoch nicht, daß ein Vorfall dieser Art die Eignung Lord Stanhopes als Leiter der Admiralität berühre.

Mit dieser Erklärung hat der Zwischenfall zunächst seine Erledigung gefunden.

Die Verordnung der Admiralität läßt sich nur mit der Unmenge der hier kürzlich kursierenden Gerüchte und Sensationsmeldungen und der hierdurch ausgelösten Übernervosität erklären. Erstaunlich ist jedoch, daß solche Bemerkungen aus dem Munde des Ersten Lords der Admiralität fallen können, fraglos eine »Gaffe« erster Güte. Es ist nicht zum ersten Mal, daß Stanhope durch Unbedachtsamkeit eine unbequeme Sensation heraufbeschwört.

Die Linkspresse hat den Zwischenfall aufgegriffen, vor allem, um gegen die Institution der sogenannten »D«-Notizen vorzugehen. Nach vorherrschender Auffassung kann ein Schriftleiter, der eine solche »D«-Notiz unbeachtet läßt, unter Umständen nach dem »Official Secrets Act« belangt werden. Nachdem nunmehr die Admiralität eine eigene Rede ihres Chefs, die dieser selber freigegeben hatte, unterdrückt hat, wird in der Presse gefordert, daß »D«-Notizen nicht mehr als offizielle Verbote angesehen werden sollen.

Im Auftrag

von Selzam

* Vgl. Nr. 246.

Nr. 250

Erklärung des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 20. April 1939

(Übersetzung)

Mr. White richtete an den Premierminister die Frage, ob er jetzt in der Lage sei, irgendwelche weiteren Erklärungen über die Politik der Regierung Seiner Majestät in bezug auf ein Versorgungsministerium abzugeben.

Der Premierminister: Die Regierung Seiner Majestät hat beschlossen, baldmöglichst eine Gesetzesvorlage zur Errichtung eines Versorgungsministeriums unter einem Minister einzubringen, der Mitglied des Kabinetts sein wird. Die Gesetzesvorlage, die bezweckt, diesem Beschluß Geltung zu verschaffen, wird so formuliert sein, daß sie die Errichtung eines Versorgungsministeriums im vollsten Sinne des Wortes ermöglicht. Vorläufig wird aber das Arbeitsgebiet des neuen Ministeriums durch Verwaltungsanordnung auf folgende Angelegenheiten beschränkt werden:

»(1) Es wird die auf den Heeresbedarf bezüglichen Aufgaben behandeln, die durch die kürzlich getroffenen Entscheidungen über die Erhöhung der Heeresstärke erheblich erweitert worden sind.

(2) Das Ministerium wird die Verantwortung für gewisse, allgemeinen Verbrauchszwecken dienende Vorräte übernehmen, mit denen das Kriegsministerium heute schon andere Regierungsabteilungen beliefert, einschließlich gewisser der zivilen Verteidigung dienender Bedürfnisse. Es ist beabsichtigt, dieses System im Rahmen des Notwendigen fortschreitend zu erweitern.

(3) Das neue Ministerium wird auch die Verantwortung für den Erwerb und die Aufrechterhaltung von Reserven an wesentlichen Metallen und anderen Rohstoffen, die in Verbindung mit dem Verteidigungsprogramm benötigt werden, übernehmen.«

Zu den Abteilungen, die vom Kriegsministerium auf das neue Ministerium übergehen, gehören die Abteilung für Forschungen, Entwürfe und Versuche, die Abteilung für Produktion und Abnahme sowie die königlichen Waffenfabriken.

Die dem Parlament zu unterbreitende Vorlage wird unter anderem Bestimmungen enthalten, die bezwecken, Regierungsaufträgen den Vorrang zu sichern.

Es wird vorgeschlagen, einen ministeriellen Prioritäts-Ausschuß zu bestellen in der Art des Ausschusses, der gegen Ende des Weltkrieges die Aufgabe hatte, Prioritätsfragen, die sich aus den Anforderungen der verschiedenen Wehrdienstzweige ergaben, zu regeln.

Mit Zustimmung des Königs bin ich in der Lage zu verkünden, daß der mit der Leitung des neuen Ministeriums beauftragte Minister, mein sehr ehrenwerter Freund, der gegenwärtige Verkehrsminister ist.

Nr. 251

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 26. April 1939

Der Britische Botschafter hat mir bei Mitteilung der zu heute bevorstehenden Chamberlain-Erklärung im Unterhaus über die Einführung der Dienstpflicht in England das beiliegende Aide-Mémoire hinterlassen.

Weizsäcker

Anlage

Aide-Mémoire

(Übersetzung)

An den Premierminister wird am 26. April im Unterhause die Frage gerichtet werden, ober er irgendeine weitere Erklärung abzugeben habe über die Absichten der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich, die gewährleisten sollen, daß Großbritannien in einem Zustand der Bereitschaft und in einer Verfassung erhalten wird, daß es den kürzlich angekündigten neuen Verpflichtungen nachkommen kann.

In Beantwortung dieser Anfrage wird der Premierminister erklären, daß die Regierung Seiner Majestät Anordnungen zur Einberufung zum Militärdienst von Angehörigen der Flotten-, Heeres- und Luftwaffenreserven und zur Einberufung der Territorialarmee erwogen habe. Dies ist eine Angelegenheit, die schon seit einiger Zeit Gegenstand von Erwägungen gewesen ist. Die gegenwärtigen Anordnungen stützen sich auf gesetzliche Bestimmungen, die seit vielen Jahren in Kraft sind und den modernen Erfordernissen nicht entsprechen.

Infolgedessen ist beschlossen worden, eine Vorlage zur Vereinfachung des Verfahrens zur Einberufung dieser Reserven und Hilfsstreitkräfte einzubringen, um das gegenwärtige umständliche Verfahren zu vermeiden. Es gehört mit zu diesem Verfahren, daß Bekanntmachungen erlassen werden müssen, in denen erklärt wird, daß ein Notzustand besteht. Es erscheint ganz offensichtlich wünschenswert, wenn möglich eine Störung des öffentlichen Vertrauens in Großbritannien und anderwärts zu vermeiden, die sich notwendigerweise aus einer solchen Erklärung ergibt. Das jetzt vorgeschlagene Verfahren wird die von Seiner Majestät Regierung getroffenen Vorkehrungen mit denjenigen in Übereinstimmung bringen, die in europäischen Ländern allgemein in Kraft sind.

Der Premierminister wird weiter die Absicht zur Einbringung einer zweiten Vorlage verkünden, die Maßnahmen zwangsweiser militärischer Ausbildung vorsieht. Der Beschluß zur Einbringung dieser Vorlage ist hauptsächlich auf einen Wandel in der öffentlichen Meinung zurückzuführen, der sich seit schon erheblicher Zeit stetig entwickelt hat. Es ist in weiten Kreisen der Auffassung Ausdruck gegeben worden, daß ein allgemeineres System der Ausbildung als das bei der Territorialarmee bestehende an sich wünschenswert erscheine. Die Vorlage wird die Einberufung von Männern im Alter von 20 bis 21 Jahren für eine Ausbildungszeit vorsehen, an die sich eine Dienstzeit bei den Territorial-Streitkräften oder bei der Ersatzreserve anschließt. Es ist beabsichtigt, daß die Ermächtigung zur Einberufung dieser Männer sich nicht über die nächsten drei Jahre hinaus erstrecken soll, es sei denn, daß beim Ablauf dieser Zeitspanne (nachdem selbstverständlich Erfahrungen über die Wirksamkeit des Plans gewonnen sein werden) das Parlament anderweitig entscheiden sollte.

Bei der Darlegung der Gründe für die Einbringung dieser Vorlage wird die Erklärung im Namen der Regierung Seiner Majestät sich selbstverständlich auf die neuen Verpflichtungen beziehen, die Großbritannien vor kurzem in Europa eingegangen ist. Es wird darauf hingewiesen werden, daß der Zweck der Versicherungen, die wir gewissen Ländern gegeben haben, wie auch der jetzt mit anderen Regierungen vor sich gehenden Besprechungen nicht ist, Krieg zu führen, sondern einen Krieg zu verhindern. Es herrscht das Empfinden, daß die Fähigkeit der Regierung Seiner Majestät, ihre Rolle in der Welt zu spielen, eine Schwächung erfährt, solange die Regierung die Verteidigung gänzlich einem Freiwilligensystem überläßt, um so mehr, als die Wehrpflicht auf dem Kontinent die allgemeine Regel ist.

Andererseits wird mit der Einführung dieser Maßnahme nicht eine allgemeine Abweichung von dem Freiwilligensystem bezweckt, das sich so gut bewährt hat. Der Grundsatz der Freiwilligkeit wird auch weiterhin bei der Rekrutierung für die Flotte, das reguläre Heer, die Luftwaffe und die Territorialstreitkräfte, wie auch für den nationalen Dienst Anwendung finden.

Britische Botschaft, Berlin, 26. April 1939

Nr. 252

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 10. Juli 1939

Die Hetz-Kampagne wegen eines angeblich geplanten deutschen Handstreichs gegen Danzig ist nach einigen Tagen an ihrer Verlogenheit zusammengebrochen.

Damit wäre an sich dieses neue Kapitel der Bemühungen unserer Feinde, Deutschland in einen Weltkrieg zu verwickeln, abgeschlossen. Aber diese wenigen Tage haben eine stimmungsmäßige Lage der englischen Öffentlichkeit enthüllt, die ernste Aufmerksamkeit verdient.

Durch eine Reihe von verschiedenen Faktoren: durch die gegen Deutschland gerichtete Einkreisungsaktion der Regierung, durch die Aufrüstungspropaganda, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Luftschutzorganisation, vor allem durch die Flut antideutscher Propaganda in Presse, Kino, Theater und Rundfunk, ist die für emotionelle Reaktionen empfängliche öffentliche Meinung Englands in einen Geisteszustand versetzt worden, der den Begriff »Krieg« zum Mittelpunkt des Denkens und der Gespräche macht. Schattierungen bestehen nur in der Beantwortung der Frage: Ist der Krieg unvermeidlich oder nicht? Die Mehrzahl der Durchschnittsengländer bejaht diese Frage gefühlsmäßig; eine nachdenklichere Minderheit verneint sie in der Erkenntnis, daß im Rahmen der deutsch-englischen Beziehungen alle vorhandenen Streitfragen bei gutem Willen lösbar sein müßten und daß auch ein siegreicher Krieg niemanden Vorteile bringen würde. Aber auch diese an sich vernünftigen Kreise werden beeinflußt durch die Kenntnis der von der britischen Wehrmacht getroffenen Maßnahmen: Bereitschaft der Flotte für Ende Juli, Ausrichtung der militärischen Ausbildung und organisatorischer Maßnahmen für denselben Termin. In derselben Richtung wirken Pressemeldungen, daß deutscherseits

militärische Maßnahmen für den August in Aussicht genommen seien. Jedenfalls wird auch in den verantwortlichen und nachdenklichen Kreisen der August als eine Krisenzeit erster Ordnung angesehen.

Die Stellungnahme zu dem Gedankenkomplex »Krieg« ist verschieden. Ein kleiner Teil der englischen Öffentlichkeit reagiert mit einer hysterisch anmutenden Sinnesart; diese Leute glauben jede Schauernachricht; sie rufen nach polnischer und russischer Hilfe und schwächen die taktische Position der Regierung in den Verhandlungen mit Rußland. Die Mehrheit aber nimmt eine männlichere Haltung ein und denkt: Wenn nun einmal der Krieg unvermeidlich ist, wollen wir ihn mit Entschlossenheit führen; je eher desto besser, damit wir die Sache hinter uns haben und ruhigere Verhältnisse eintreten. Die Pressemeldungen aus Deutschland, daß der Führer nach Berchtesgaden zurückgekehrt sei, daß der Herr Reichsaußenminister und Generaloberst von Brauchitsch ihren Urlaub angetreten hätten und daß die Urlaubszeit eingesetzt habe, haben die herrschende erregte Stimmung nicht wesentlich zu beruhigen vermocht.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Gegnerschaft gegen Deutschland im Zunehmen begriffen ist; daß die Kampfbereitschaft sich gehärtet hat; daß das Gefühl zugenommen hat: wir dürfen uns nichts mehr gefallen lassen, unsere Ehre ist im Spiel; wir müssen kämpfen; die Regierung darf nicht nachgeben.

Der maßgebende Unterschied zwischen der englischen Stimmung im Herbst 1938 und jetzt ist der folgende: damals wollte die große Masse nicht kämpfen und war passiv; jetzt hat sie der Regierung gegenüber die Initiative übernommen und treibt das Kabinett vorwärts. So unbegründet und gefährlich diese Einstellung der englischen Öffentlichkeit ist, so sehr muß sie als eine ernste Realität gewertet werden, um so mehr in einem Lande, in dem die öffentliche Meinung eine so ausschlaggebende Rolle spielt, wie in England.

von Dirksen

Nr. 253

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 24. Juli 1939

Nachdem »Sunday Times« auf den dem Staatsrat Wohlthat angeblich vorgelegenen Plan hingewiesen hatte, bringen heutige Morgenblätter außer »Times« in größter Aufmachung angebliche Erklärungen von Hudson über seine Besprechungen mit Wohlthat.

Die bisher vorliegenden Informationen über Aktionen Hudson lassen darauf schließen, daß Gegner jeder Verständigung mit Deutschland Gelegenheit gekommen sahen, um durch Verbreitung phantastischer Ideen jede Möglichkeit einer Entwicklung konstruktiver Tendenz im Keime zu ersticken. Der von geradezu krankhaftem Geltungsbedürfnis geleitete Hudson hat dann durch seine Schwatzhaftigkeit kriegshetzerischen Korrespondenten und ihren Hintermännern (gewissen Persönlichkeiten im Foreign Office, Winston Churchill und seinem Sohn Randolph) Gelegenheit gegeben, Tendenzmeldungen in die Welt zu setzen.

Dirksen

Nr. 254

Rede des Britischen Staatssekretärs für Inneres Sir Samuel Hoare im Unterhaus, 28. Juli 1939

Auszug

(Übersetzung)

..... Was wir zu tun versuchen ist, in Friedenszeiten britische Kultur im Auslande zu verbreiten und daselbst die britische Politik zu erläutern. Zweitens versuchen wir, in Friedenszeiten ein Schatten-Informationsministerium zu organisieren, das in Friedenszeiten nicht in Betrieb ist oder eine Tätigkeit auszuüben hat, das aber für den Fall eines Krieges sowohl für das Inland als auch für die überseeischen Gebiete die Informationszentrale sein würde. Die ehrenwerten Mitglieder des Hauses werden erkennen, daß diese beiden Ziele — die Tätigkeit des Außenamts in Friedenszeiten und die Tätigkeit des Informationsministeriums in Kriegszeiten — eng miteinander verbunden sind. Für jede Planung ist es wichtig, daß der Übergang von den friedensmäßigen Umständen auf die kriegsmäßigen so glatt und wirkungsvoll wie möglich vor sich geht. Für den Fall eines Krieges würde meines Erachtens das Informationsministerium zum Zentrum der Information werden und die Tätigkeit des Außenamts auf diesem Gebiet übernehmen. Unter solchen Umständen ist es wesentlich, daß in Friedenszeiten eine möglichst enge Verbindung zwischen den beiden Tätigkeiten besteht. Deshalb haben wir denselben Beamten dazu bestimmt, in Friedenszeiten als Sekretär und leitender Beamter in der Propagandaabteilung und *in Kriegszeiten als Generalsekretär des Informationsministeriums tätig zu sein.*

Weiterhin glaube ich, daß die ehrenwerten Mitglieder des Hauses erkennen werden, daß es, obgleich diese enge Verbundenheit zwischen den beiden Tätigkeiten besteht, trotzdem zwei scharfe Unterschiede zwischen der Tätigkeit des Außenamts in Friedenszeiten und der Tätigkeit des Schatten-Informationsministeriums in Kriegszeiten gibt. Der erste große Unterschied besteht darin, daß das Außenamt in Wirklichkeit jetzt in Friedenszeiten tätig ist, während überhaupt keine Absicht besteht, das Informationsministerium in Friedenszeiten tätig sein zu lassen. ....

Der zweite Unterschied zwischen diesen friedensmäßigen und kriegsmäßigen Tätigkeiten besteht darin, daß die friedensmäßige Tätigkeit in der Hauptsache für die Auslandsfront bestimmt ist; sie befaßt sich überhaupt nicht mit der Heimatfront, während, wenn man die während des Weltkrieges gemachten Erfahrungen heranzieht, der größere Teil der Tätigkeit des damaligen Informationsministeriums sich an der Heimatfront abspielte. Da in Friedenszeiten die ausschließliche Tätigkeit eines Informationsministeriums an der Auslandsfront vor sich geht, ist es offensichtlich, daß der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten der für solche Tätigkeit ausschließlich verantwortliche Minister sein muß. .....

Gestatten Sie mir, nach diesen allgemeinen Bemerkungen zur eigentlichen Vorlage überzugehen. Ich will damit beginnen, daß ich wiederhole, welches unsere Ziele sind. Sie bestehen darin, britische Kultur im Auslande zu verbreiten und den britischen Standpunkt dem Auslande zu erläutern. Angesichts der massenweisen Verdrehung von Tatsachen, mit denen die Welt überschwemmt worden ist, sind beide Notwendigkeiten höchst dringlicher Art. Ich wünschte, daß für irgendwelche amtliche Propaganda nirgends in der Welt eine Notwendigkeit bestanden hätte. Ich erwarte immer noch, lange genug zu leben, um das Ende dieses fragwürdigen Überbleibsels der Kriegsjahre zu erleben; so lange aber noch gewissenlose Behauptungen über unsere Politik und unseren allgemeinen Standpunkt verbreitet werden, ist es leider unvermeidlich, daß wir eine Organisation haben, die in der Lage ist, ihnen erfolgreich entgegenzutreten. Es ist auch wichtig, wie es mir scheint, der Welt das zu erklären, was meines Erachtens der größte Versuch auf dem Gebiete der verfassungsrechtlichen Entwicklung ist, den die Welt je erlebt hat, nämlich den britischen Staatenbund freier Nationen.

Schließlich ist es auch notwendig, der Welt ein zutreffendes Bild über die Leistungen zu geben, die wir heute tatsächlich vollbringen. Ich behaupte, daß es eine höchst bemerkenswerte Tatsache ist, daß wir hier in letzter Zeit, als Ergebnis einer die ganze Nation umfassenden Anstrengung, Schritt für Schritt mit unserem großen Wiederaufrüstungsprogramm vorgegangen sind, gleichzeitig aber unseren sozialen Fortschritt nicht vernachlässigt haben; noch haben wir — abgesehen von dem höchst seltenen Fall des Terroristen-Notstands — auf irgendeine unserer persönlichen Freiheiten zu verzichten brauchen. Das bedeutet eine wundervolle Leistung. Es ist eine Leistung, die wir der Welt bestimmt, leidenschaftslos und ohne Übertreibung schildern müssen. Dies sind unsere Ziele, und ich bitte den Ausschuß, die genauen Einzelheiten der Arbeit, die getan wird, um diese Ziele zu erreichen, einer Prüfung zu unterziehen.

Ich beginne mit dem Auswärtigen Amt. Der erste Betrag, um dessen Bewilligung wir heute ersuchen, ist ein solcher von £ 10 000 zur Erweiterung des Personals der Propagandaabteilung des Außenamtes. Das ist ein Erfordernis, dessen Erfüllung von größter Wichtigkeit ist. Die Propagandaabteilung des Außenamtes ist in den letzten Monaten stark überarbeitet gewesen. Ich weiß, daß an ihr von Zeit zu Zeit Kritik geübt worden ist, und ich möchte diese Gelegenheit benutzen, der von dieser Abteilung in der Vergangenheit mit einem ungenügenden Personal und unter größten Schwierigkeiten geleisteten Arbeit meine Anerkennung zu zollen. Diese Personalvermehrung wird es ermöglichen, die Tätigkeit der Abteilung zu erweitern und zu verbessern. Ferner ist ein Betrag von £ 100.000 vorgesehen für publizistische Tätigkeit verschiedener Art: Vorbereitung von Druckschriften, Filmen, Organisation von Auslandsbesuchen in unserem Lande und von britischen Besuchen im Auslande, die beide für eine Erweiterung der Kenntnis des britischen Standpunktes von großer Wichtigkeit sind, und Vorbereitung von Ausstellungen...... Ebenso werden Vorbereitungen für die Tätigkeit von Rednern und für erweiterte Rundfunksendung getroffen.

Weiter ist dann ein Betrag von £ 150.000 für den »British Council« vorgesehen. Jedes ehrenwerte Mitglied des Hauses wird den Wert der vom »British Council« geleisteten Arbeit zu schätzen wissen, dessen rühriger und energischer Vorsitzender während der letzten 12 oder 18 Monate Lord Lloyd gewesen ist. Der »British Council« ist in der Tat derart erfolgreich gewesen, daß seine Tätigkeit erweitert werden muß. Der Zweck aller dieser Tätigkeiten ist, wie ich bereits sagte, dem Ausland ein Bild von unserem Lande zu geben, das verständlich, überzeugend und endgültig ist, damit die Welt erfährt, daß es einen besonderen britischen Standpunkt gibt, der der ganzen Welt erklärt werden muß.

Schließlich möchte ich mich den Bewilligungen für das Informationsministerium zuwenden und dem Ausschuß mit ein oder zwei Sätzen erklären, warum wir heute schon Geld für eine Organisation benötigen, die nur in Kriegszeiten in Tätigkeit treten wird. Zunächst einmal benötigen wir Personal zur Vorbereitung dieses Ministeriums. Ich möchte die ehrenwerten Mitglieder des Hauses bitten, einmal dei Geschichte des Informationsministeriums im Weltkriege zu überblicken; Sie werden sich dann entsinnen, daß es sich zu einer großen, umfassenden Organisation entwickelte, das ein weites Tätigkeitsgebiet hatte und mit Aufgaben der verschiedensten Art beschäftigt war. Für mich ist es offensichtlich, daß im Falle eines größeren Krieges eine Organisation ganz ähnlicher Art erforderlich sein würde, eine Organisation mit großem Arbeitsgebiet und mit zahlreichem, nach jeder Richtung hin genügendem

Personal. Wenn das zutrifft, dann liegt es auf der Hand, daß ein Ministerium in Kriegszeiten eine ganz erhebliche und äußerst sorgfältige Vorbereitung erfordert; und deshalb haben wir in den letzten Monaten eine Anzahl Beamter ausschließlich mit der Vorbereitung dieser Arbeiten beschäftigt. Wir werden sogar noch weitere Beamten benötigen, bis unsere Pläne fertiggestellt sind. Diese Beamten sind voll beschäftigte Beamte, die uns von anderen Ministerien für diese Arbeiten überlassen wurden.

Zweitens ist es von größter Wichtigkeit, daß wir zahlreiche Verbindungen mit anderen Kreisen herstellen, um sicherzustellen, daß wir, wenn der Notfall eintreten sollte, in der Lage sind, uns die Hilfe von Männern und Frauen der verschiedensten Auffassungen zu sichern, darunter Propagandisten verschiedener Art, mit deren Hilfe wir das Informationsministerium schaffen könnten, wie es sowohl für die Außen- als auch für die Heimatfront benötigt werden würde. Während der letzten Monate haben wir zahlreiche Verbindungen mit anderen Kreisen hergestellt und auch eine Anzahl Sachverständiger zur Anstellung besonderer Erhebungen verpflichtet. So haben wir beispielsweise eine Anzahl Sachverständiger, welche die notwendigen, eingehenden Vorbereitungen für die Herstellung von Beziehungen mit ausländischen Kreisen treffen, und, was die Heimatfront anbetrifft, haben wir die Fühlungnahme mit den Vertretern der hauptsächlichen Publikationsmittel, beispielsweise mit der Presse, aufgenommen. Ich selbst habe in ständiger Fühlung mit Vertretern der Presse gestanden, und diese haben aus eigener Anregung eine Verbindungsstelle geschaffen, die mit mir und anderen Ministerien über eine Anzahl technischer Fragen, beispielsweise über Zeitungspapier im Kriege, über Vertrieb und über Arbeiterfragen, verhandelt hat. Ich glaube berechtigt zu sein, den ehrenwerten Mitgliedern des Hauses mitzuteilen, daß wir bei unseren Besprechungen große Fortschritte erzielt haben, und wir haben nunmehr, allgemein gesprochen, eine Grundlage für ein Übereinkommen erzielt, so daß, falls der Notfall eintreten sollte, die Organisation auf dem Gebiet in der Lage sein würde, schnell und wirksam zu arbeiten.

Sir Richard Acland: Die Anwendung des Ausdrucks »Notfall« wird bei dieser Debatte von dem Minister in der Bedeutung »Krieg« angewandt. Es wäre aber auch ein Unterschied zwischen einem Notfall in Friedenszeiten und dem Kriege.

Sir S. Hoare: Ich meine den tatsächlichen Krieg. Es handelt sich um eine Kriegsorganisation, die als eine formelle Behörde durch Kriegsgesetzgebung errichtet werden muß, die wahrscheinlich in den ersten Tagen eines Krieges angenommen werden würde.

Ich komme auf die Frage der Schaffung von Beziehungen zurück. Ich habe als Beispiel die Presse erwähnt. Mit den Vertretern der Presse habe ich eine Reihe von Besprechungen über die wichtige Frage der Pressezensur in Kriegszeiten gehabt und den Standpunkt vertreten, daß wir bei allen diesen Vorbereitungen die Erfahrungen, die das Informationsministerium in der Zeit von 1914 bis 1918 gemacht hat, voll und ganz berücksichtigen sollten. In der Tat erhalte ich von dem Herrn, der zu jener Zeit Sekretär dieses Ministeriums war, höchst wertvollen Beistand. Mir scheint es, als ob eine der Lehren, die wir ziehen sollten, darin besteht, daß eine von dem Ministerium getrennte Pressezensur, die von irgendeiner isolierten Außenstelle aus arbeiten würde, mit Gefahr verbunden ist. Es erscheint mir daher weit besser, daß, wenn es eine Pressezensur geben muß, was ganz offensichtlich erforderlich ist, diese Pressezensur als Teil des Informationsministeriums arbeitet und nach dem Grundsatz der Zusammenarbeit zwischen der Presse und der Zensurabteilung des Informationsministeriums tätig ist. In diesem Sinne arbeiten wir mit der Presse einen Plan für Zusammenarbeit aus und wir haben bereits hinsichtlich der Erzielung eines Übereinkommens in dieser Angelegenheit große Fortschritte gemacht. Dieser Plan soll die letzte Sicherheitskontrolle in den Händen des Informationsministers belassen, der Presse jedoch eine genau festgelegte Verantwortlichkeit auferlegen und ihr soweit wie möglich erhebliche Bewegungsfreiheit bei der Behandlung von Presseangelegenheiten lassen, so daß die vorgesehene Zusammenarbeit nur in Notfällen oder einer einzelnen Zeitung gegenüber wirksam werden würde, die mit dieser Bewegungsfreiheit Mißbrauch treiben sollte.

Was für andere Publizitätsmittel gilt, das gilt auch für den Film. Wir haben zahlreiche Verbindungen mit den Vertretern der Filmwelt aufgenommen. Ich möchte mich heute nicht im einzelnen damit befassen, welcher Art die von uns getroffenen Vorbereitungen sind; ich kann aber den ehrenwerten Mitgliedern des Hauses mitteilen, daß diese Vorbereitungen weit genug vorgeschritten sind, um die Belieferung mit solchen Filmen sicherzustellen, wie sie in Kriegszeiten gebraucht werden. Ein drittes Publizitätsmittel ist der Rundfunk. Die Regierung plant nicht die Übernahme der Britischen Rundfunkgesellschaften in Kriegszeiten. Im großen und ganzen würde es aber klug sein, den Rundfunk genau so zu behandeln wie die anderen Publizitätsmittel, nämlich die Presse und den Film, und es der Britischen Rundfunkgesellschaft zu erlauben, ihren Betrieb ruhig fortzusetzen; in Kriegszeiten kann dies aber natürlich nur in sehr enger Verbindung zwischen dem Informationsministerium und der Rundfunkgesellschaft geschehen, unter Berücksichtigung klar umgrenzter Vorschriften darüber, in welcher Weise die Tätigkeit durchgeführt werden soll. .....

B. Die Britische Haltung zur Tschechischen Frage (November 1938 bis April 1939)

Nr. 255

Aus der Erklärung des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 1. November 1938

(Übersetzung)

...... Wie bereits der Herr Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten ausgeführt hat, erleben wir augenblicklich die Neufestsetzung von Grenzen, die der Vertrag von Versailles gezogen hatte. Ich weiß nicht, ob die Männer, die für diese Grenzen verantwortlich waren, gedacht haben, sie würden dauernd so bleiben, wie sie festgelegt worden waren. Ich zweifle stark daran. Wahrscheinlich werden sie angenommen haben, daß die Grenzen von Zeit zu Zeit neu geregelt werden müßten. Man kann sich unmöglich vorstellen, daß jene Männer solche Übermenschen gewesen sein sollten, daß sie hätten wissen können, welche Grenzen für alle Zeiten richtig sein würden. Es handelt sich nicht darum, ob jene Grenzen von Zeit zu Zeit neu geregelt werden sollten, sondern ob sie im Wege der Verhandlung und Erörterung neu geregelt werden sollten oder durch Krieg. Die Neuregelung schreitet fort, und für die ungarische Grenze ist der Schiedsspruch Deutschlands und Italiens von der Tschecho-Slowakei und von Ungarn als endgültige Festlegung der Grenze zwischen diesen beiden Ländern angenommen worden. Über die Tschecho-Slowakei habe ich wohl genug gesagt. ......

Nr. 256

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 3. November 1938

Als die Regierung Chamberlains im Oktober d. J. (3. bis 6.) das Münchener Abkommen vor dem Unterhaus vertrat, spielte die Frage der Garantie der Rest-Tschecho-Slowakei eine wesentliche Rolle. Schon in den vorangegangenen Tagen war diese Frage, wie erinnerlich sein wird, in der Öffentlichkeit lebhaft erörtert worden. Sie erschien zu jenem Zeitpunkt besonders vordringlich. Die Garantie sollte die Tschecho-Slowakei für die territorialen Einbußen und für die sich hieraus ergebende Verschlechterung ihrer Verteidigungsmöglichkeiten gewissermaßen entschädigen.

Der Inhalt der von England und Frankreich übernommenen Garantie ergibt sich aus den englisch-französischen Vorschlägen vom 19. September und aus dem Anhang zum Münchener Abkommen vom 29. September. Es ist eine Garantie der neuen tschechischen Grenzen gegen einen unprovozierten Angriff mit dem Ziel der Sicherung der tschechischen Unabhängigkeit.

Zu dem Charakter dieser zunächst provisorischen Garantie, die England und Frankreich in München übernommen haben, nahm Sir Thomas Inskip im Unterhaus am 4. Oktober Stellung. Die Britische Regierung halte sich an ihre Garantieerklärung auch bei derzeitigem Fehlen eines formellen Vertrages moralisch gebunden. Im Falle eines unprovozierten Angriffs auf die Tschecho-Slowakei halte sie sich für verpflichtet, alle in ihrer Macht stehenden Schritte zur Wahrung der tschechischen Integrität zu ergreifen. Mit anderen Worten, die Britische Regierung war jetzt lediglich bereit, für die Unabhängigkeit der Tschecho-Slowakei und gegen einen unprovozierten Angriff auf dieses Land einzutreten.

In der Unterhaussitzung vom 1. November wurde die Garantiefrage erneut angeschnitten. Chamberlain hat sie mit Zurückhaltung behandelt. Zu dem Inhalt der bisherigen provisorischen Garantie sagte er nochmals, daß sie sich auf einen unprovozierten Angriff beziehe. Sie bedeute aber keine »Kristallisation der Grenze«. Was eine zukünftige endgültige Garantie anlange, so könne sie erst geregelt werden, wenn das Gesamtproblem der Minderheiten in der Tschecho-Slowakei geklärt sei. Das ursprüngliche britische Angebot habe sich auf eine Beteiligung an einer internationalen Garantie bezogen. Er könne aber nicht angeben, wie die Bedingungen dieser Garantie lauten würden und wer in sie eintreten werde. Im übrigen bezog sich der Premierminister auf die obenerwähnte Erklärung Inskips vom 4. Oktober.

Es ist bemerkenswert, daß sich Chamberlain enthalten hat, irgendwelche Ideen über den Charakter einer endgültigen Garantie zu entwickeln und daß er lediglich von einem britischen »Angebot« sprach, ohne diese Garantie als ein Ziel der britischen Außenpolitik hinzustellen. Weiter ist interessant, daß er — was den derzeitigen Stand anlangt — lediglich auf den Fall des unprovozierten Angriffs hinweist, nicht aber von einer Garantie der Grenzen im Sinne einer Garantie des Staatsgebiets spricht.

von Dirksen

Nr. 257

Erklärung des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 14. März 1939

(Übersetzung)

Mr. Attlee: Sind nicht offensichtlich Einflüsse am Werk, um die Slowakei von der übrigen Tschecho-Slowakei zu trennen, und ist die Regierung nicht durch ihre Garantie auf Grund des Münchener Abkommens verpflichtet, eingehendes Interesse an allem zu nehmen, was die Integrität des tschecho-slowakischen Reststaates betrifft?

Der Premierminister: Ohne genau informiert zu sein, möchte ich mich zu dem ersten Punkt, den der Herr Abgeordnete zur Sprache gebracht hat, nicht äußern. Wenn seine Annahme auf Wahrheit beruht, so würde darin kein Grund liegen, die Garantie zur Auswirkung zu bringen.

Mr. Attlee: Will der Premierminister sagen, daß die Regierung lediglich auf ein fait accompli wartet, und hat die Regierung irgendwelche Schritte getan, um Konsultationen mit den Vertretern der Tschecho-Slowakischen Regierung oder mit der Französischen Regierung oder anderen Garanten aufzunehmen angesichts des Umstandes, daß Gerüchte und Andeutungen über ein mögliches Auseinanderfallen der von Großbritannien garantierten Tschecho-Slowakei im Umlauf sind, die man wohl kaum völlig unbeachtet lassen kann?

Der Premierminister: Ich weiß nicht recht, was der Herr Abgeordnete meint, das wir tun sollen. Ich möchte ihn daran erinnern, daß die erwähnte Garantie sich gegen unprovozierte Angriffe auf die Tschecho-Slowakei richtet. Ein solcher Angriff hat bisher nicht stattgefunden.

Nr. 258

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in London

Telegramm

Berlin, den 15. März 1939

Britischer Botschafter besuchte Dienstag vormittag Staatssekretär, um sich nach unserer Auffassung über Stand tschechoslowakischer Fragen zu erkundigen. Henderson äußerte, er wolle weder Demarche machen, noch Eindruck Einmischung seiner Regierung in diese Sache erwecken. Vorwiegendes deutsches Interesse in Tschecho-Slowakei stehe fest. Auch englische Presse habe größte Zurückhaltung gezeigt. Fatal wäre dagegen, wenn bevorstehender Besuch politischen Handelsministers Stanley (der inzwischen heute abgesagt worden ist) mit gewaltsamem Vorgehen des Reichs gegen Tschechei zusammenfiele.

Staatssekretär hat dem Botschafter unsere Klagen über Vorgänge in Tschecho-Slowakei auseinandergesetzt und ihm klargemacht, daß in Slowakei Regierung Tiso einzig rechtmäßige sei. Auf Befragen zugab Staatssekretär, daß Tiso vermutlich Selbständigkeitserklärung der Slowakei plane. Deutsche Vorstellungen in Prag seien bisher nicht ergangen, doch hätten wir dringendst das Bedürfnis, Ordnung in diesem Gebiet Mitteleuropas entstehen zu sehen. Auf Frage Hendersons, ob wir Zerschlagung oder Aufrechterhaltung Tschecho-Slowakei wünschen, antwortete Staatssekretär, wir hätten nur Interesse an Ordnung. Henderson befürwortete weiter unmittelbare deutsch-tschechische Fühlungnahme, wobei Staatssekretär erwiderte, auch uns liege daran, legitime deutsche Ansprüche auf anständige Weise durchzusetzen. Auf Erwähnung Münchener Abkommens durch Henderson bemerkte Staatssekretär, Münchener Abkommen habe Aufrechterhaltung Friedens bezweckt und erreicht und liege im übrigen weit hinter uns. Henderson schloß mit Wiederholung Anerkennung vorwiegend deutschen Interesses im tschechischen Raume.

Woermann

Nr. 259

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 16. März 1939

In der Unterhaussitzung vom 15. März gab der Premierminister zunächst einen kurzen sachlichen Überblick über die Entwicklung in der Tschecho-Slowakei seit dem 10. März d. J., wie sie sich ihm auf Grund der ihm zur Verfügung stehenden Berichte darstellte.

Er zitierte dann die Bemerkung Sir Thomas Inskips im Unterhaus am 4. Oktober v. J. zur Garantiefrage* und fuhr fort:

* Vgl. Nr. 256.

»So lagen die Dinge bis gestern, und ich darf sagen, daß die Regierung Seiner Majestät sich in letzter Zeit bemüht hat, mit den anderen in München vertretenen Regierungen zu einer Einigung über den Umfang und die Bedingungen einer solchen Garantie zu gelangen, aber bisher ist es uns nicht möglich gewesen, eine solche Einigung zu erzielen. Unserer Ansicht nach hat sich die Lage von Grund aus geändert, seit der Slowakische Landtag die Unabhängigkeit der Slowakei erklärt hat. Diese Erklärung hatte die Wirkung, daß der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigten, von innen her zerbrach und so sein Ende fand, und demgemäß hat die Sachlage, die der Herr Staatssekretär für die Dominien geschildert hat und die wir schon immer als nur vorübergehend ansahen, nun aufgehört zu bestehen, und Seiner Majestät Regierung kann sich infolgedessen nicht mehr länger an diese Verpflichtung gebunden halten.

In einer Rede, die ich am 30. Januar d. J. in Birmingham hielt, habe ich ausgeführt, daß wir unsere Ziele und unsere Haltung, d. h. unsere Entschlossenheit, uns um den Frieden zu bemühen, klar darlegen sollten. Ich fügte hinzu, daß ich es nun für an der Zeit hielte, daß auch andere ihren Beitrag zu einem Ergebnis leisteten, das auch über die unmittelbar Betroffenen hinaus für viele Menschen eine unendliche Wohltat sein würde. Es ist deshalb nur natürlich, daß ich das, was jetzt geschehen ist, tief bedauere. Aber wir wollen uns dadurch nicht von unserem Wege abbringen lassen. Wir wollen dessen eingedenk sein, daß die Wünsche aller Völker der Erde sich auch jetzt noch auf die Friedenshoffnungen und auf die Wiederkehr einer Atmosphäre der Verständigung und des guten Willens richten, die so oft gestört worden ist. Das Ziel, das unsere Regierung sich jetzt steckt, ist das gleiche wie immer, nämlich diesen Wunsch zu fördern und bei der Regelung von Streitigkeiten die Methode der Besprechungen an die Stelle der Gewalt zu setzen. Wenn wir auch vielleicht gelegentlich Rückschläge und Enttäuschungen erleben werden, so ist das Ziel, das uns vorschwebt, doch von zu großer Bedeutung für das Glück der Menschheit, als daß wir es leichthin aufgeben oder beiseiteschieben könnten.«

Im Auftrag

von Selzam

Nr. 260

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 15. März 1939

Ich habe heute nachmittag Lord Halifax den Wortlaut des Abkommens* übergeben und die vorgeschriebenen Bemerkungen gemacht.

Im Anschluß hieran hinwies ich auf die unhaltbaren Zustände, die sich in der Tschechei in letzter Zeit durch Deutschenverfolgungen und allgemeine Gesetzlosigkeit entwickelt hätten. Ich darlegte ferner, daß die deutsch-tschechischen Beziehungen sich in letztem Monat wegen unloyaler und widersetzlicher Haltung überwiegender Mehrzahl der tschechischen Bürokratie immer mehr zugespitzt hätten. Als daher der Konflikt Prag mit der Slowakei in vergangener Woche ausgebrochen sei, wäre Rückwirkung auf die deutsche Bevölkerung in der Tschechei selbst unvermeidlich gewesen.

---

* Das deutsch-tschechische Abkommen hat folgenden Wortlaut:

Der Führer hat heute in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop den Tschecho-Slowakischen Staatspräsidenten Dr. Hacha und den Tschecho-Slowakischen Außenminister Dr. Chvalkovsky auf deren Wunsch in Berlin empfangen. Bei der Zusammenkunft ist die durch die Vorgänge der letzten Wochen auf dem bisherigen tschecho-slowakischen Staatsgebiet entstandene ernste Lage in voller Offenheit einer Prüfung unterzogen worden. Auf beiden Seiten ist übereinstimmend die Überzeugung zum Ausdruck gebracht worden, daß das Ziel aller Bemühungen die Sicherung von Ruhe, Ordnung und Frieden in diesem Teile Mitteleuropas sein müsse. Der Tschecho-Slowakische Staatspräsident hat erklärt, daß er, um diesem Ziele zu dienen und um eine endgültige Befriedung zu erreichen, das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt. Der Führer hat diese Erklärung angenommen und seinem Entschluß Ausdruck gegeben, daß er das tschechische Volk unter den Schutz des Deutschen Reiches nehmen und ihm eine seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines völkischen Lebens gewährleisten wird.

Berlin, den 15. März 1939

Adolf Hitler — Dr. Hacha

von Ribbentrop — Dr. Chvalkovsky

Halifax gab seinem Bedauern Ausdruck, daß die Ereignisse der letzten Tage neue Unruhe und Erschütterungen verursacht und den beginnenden Prozeß einer allgemeinen Beruhigung unterbrochen hätten. Nunmehr entstehe erneut die Ungewißheit über unsere Absichten. Es sei jetzt auch vorläufig nicht möglich, den Besuch des Handelsministers Stanley in Berlin durchzuführen und zu einer Regelung allgemein-wirtschaftlicher Fragen zu kommen, die so vielversprechend in Angriff genommen worden seien. In den deutsch-englischen Beziehungen seien die Uhren erheblich zurückgestellt worden.

Ich erwiderte dem Minister des Äußeren, daß die Ereignisse der letzten Tage letzten Endes lediglich die unvermeidliche Folge der Schaffung des unmöglichen Staatengebildes der Tschechoslowakei durch die Mächte von Versailles seien. Die in München versuchte Lösung sei durch das verfassungswidrige Vorgehen der Regierung in Prag gegen die Slowakei in Frage gestellt worden. Der Verlauf des Konflikts mit der Slowakei, die Deutschenverfolgungen und die eintretenden anarchistischen Zustände in der Tschechei hätten sodann zu dem schnellen Ablauf der Ereignisse geführt. Auf Grund der Verhandlung des Führers mit dem Staatspräsidenten Hacha sei dann die der Britischen Regierung jetzt mitgeteilte vertragliche Regelung getroffen worden. Jedenfalls bestehe kein Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen und den deutsch-englischen Wirtschaftsbeziehungen. Es sei merkwürdig, daß bei jeder Aktion Deutschlands ein allgemeiner Entrüstungssturm sich erhebe, während seinerzeit bei der Besetzung Frankfurts und Düsseldorfs, mitten im tiefsten Frieden, keine Stimme laut geworden sei. Halifax stellte dann noch einige allgemeine Fragen nach der weiteren Gestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse, die ich, soweit möglich, beantwortete.

Dirksen

Nr. 261

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 17. März 1939

Während die heutige Presse ihren Ton gegenüber Deutschland nicht verschärft, ist in amtlichen und parlamentarischen Kreisen eine Versteifung gegenüber gestern eingetreten. Diese bekundet sich in Beratungen über Berufung Botschafters Hendersons zur Berichterstattung nach London, ferner in der Erörterung über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und über Bildung Konzentrationskabinetts. Chamberlains Haltung, der sich bisher Zurückhaltung auferlegt hat, wird durch heutige Rede in Birmingham* weiter geklärt werden. Seine bisherige Mäßigung wird innerhalb eigener Partei stark angegriffen, und seine Stellung scheint in den letzten Tagen gelitten zu haben. Die Meinungsverschiedenheit zwischen Chamberlain und Halifax, die schon bisher gelegentlich hervorgetreten, wird immer offenbarer, wobei letzterer für schärfere Haltung eintritt.

Dirksen

Nr. 262

Amtliche Deutsche Mitteilung, 18. März 1939

Der Englische und Französische Botschafter haben aus Anlaß der Aktion, die von Deutschland zur Herstellung von Ruhe und Ordnung in Böhmen und Mähren und damit zur Befriedung Mitteleuropas durchgeführt worden ist, eine Demarche im Auswärtigen Amt gemacht, um gegen eine angebliche Unrechtmäßigkeit des deutschen Vorgehens zu protestieren. Wie verlautet, ist den beiden Diplomaten von amtlicher Seite mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung nicht in der Lage sei, solche Proteste entgegenzunehmen, da dies jeder politischen, rechtlichen und moralischen Grundlage entbehre.

---

* Vgl. Nr 269.

Nr. 263

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 18. März 1939

Die Entwicklung und der gegenwärtige Stand der politischen Krise, die sich in den deutsch-englischen Beziehungen durch den Ablauf der Ereignisse in der bisherigen Tschecho-Slowakei entwickelt hat, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Entsprechend der Haltung der Regierung schrieb auch die Presse am ersten Tage meist noch zurückhaltend und unbeteiligt; nur die traditionell antideutschen Blätter setzen mit ihrer Hetzkampagne ein.

Von Mittwoch, dem 15. März, ab versteifte sich die Stimmung zusehends. Die schärfere Richtung innerhalb des Kabinetts, insbesondere der ganz dem Einfluß des Foreign Office unterlegene Lord Halifax, setzte sich durch.

Vor allem aber wurde es den Anhängern wie den Feinden Chamberlains klar, daß die Stellung des Ministerpräsidenten selbst schwer in Mitleidenschaft gezogen war. Er galt als der Vertreter der Politik von München, als Anhänger des Ausgleichs mit Deutschland auf Grund vertrauensvoller Aussprache. Er hatte wenige Tage vorher vor der Presse optimistische Erklärungen über die Beruhigung der Weltlage und die Besserung der Wirtschaftskonjunktur abgegeben. In der Öffentlichkeit waren an den geplanten Besuch Stanley's in Berlin weitgehende Hoffnungen geknüpft worden.

Dieses Gebäude war jetzt — so meinte man — eingestürzt. Die Erklärung Chamberlains im Unterhaus* wurde als schwächlich kritisiert. Seine Gegner erhoben ihr Haupt aufs neue. So kam die scharfe Rede von Birmingham** zustande.

Welche praktischen Folgerungen die Englische Regierung aus den Ereignissen in der Tschechei Deutschland gegenüber ziehen wird, steht noch nicht fest. Die Erörterung darüber im Rahmen des Kabinetts und im Benehmen mit befreundeten Regierungen ist in vollem Gange. Die Gegensätze zwischen der gemäßigten und der radikalen Richtung werden deutlicher. Die Stimmung im Lande wird von den Abgeordneten durch Reisen über das Wochenende in ihre Wahlkreise erforscht. Die Meinungsbildung ist noch fließend, ohne zu festen Entschlüssen erstarrt zu sein. Folgende Tatsachen und Erwägungen mögen gewisse Anhaltspunkte über die zu erwartende Einstellung der Englischen Regierung geben:

Die Stellung Chamberlains hat sich durch seine Rede in Birmingham gefestigt, wenn auch die Eden-Churchill-Opposition, die jetzt Loyalität markiert, erheblich an Einfluß gewonnen hat.

Da man in England ein Scheitern der Methode freundschaftlicher Verhandlung feststellen zu können glaubt, wird man jetzt Deutschland durch scharfes Auftreten, Errichten von Hindernissen, Ablehnen jeden Entgegenkommens — etwa auf wirtschaftlichem Gebiet — »zur Vernunft zu bringen« versuchen.

Eine gesteigerte internationale Tätigkeit in dieser Beziehung zeigt sich schon jetzt durch die Fühlungnahme mit Frankreich, den Vereinigten Staaten, der Sowjet-Union, den Balkanstaaten. Es läßt sich noch nicht übersehen, ob diese Besprechungen die Schaffung einer neuen, festen Koalition gegen Deutschland zum Ziel haben oder nur die Vereinbarung von Maßnahmen im Falle weiterer Vorstöße Deutschlands gegen andere Staaten, wie z. B. Rumänien oder Polen.

von Dirksen

Nr. 264

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 24. März 1939

In der Unterhaussitzung vom 23. März stellte der Abgeordnete Henderson die Anfrage an den Premierminister, welche Vorstellungen der Britische Botschafter in Berlin im Namen der Regierung Seiner Majestät bei der Deutschen Regierung erhoben habe anläßlich des Umstandes, daß die Deutsche Regierung es unterlassen habe, hinsichtlich der jüngsten Entwicklung in bezug auf die Tschechoslowakei eine Konsultation mit der Regierung Seiner Majestät vorzunehmen, wie Herr Hitler es in der am 29. September 1938 in München unterzeichneten englisch-deutschen Erklärung*** versprochen habe?

Der Parlamentarische Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Butler, antwortete wie folgt: »Meines Wissens enthielt das erwähnte Communiqué keine derartige Erklärung. Der zweite Teil der Frage erledigt sich damit.«

Im Auftrag

von Selzam

---

* Vgl. Nr. 259.
** Vgl. Nr. 269.
*** Vgl. Nr. 217

Nr. 265

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 24. März 1939

Im Anschluß an Bericht vom 24. März und unter Bezugnahme auf Unterhauserklärung Butlers *.

Antwort Butlers auf Anfrage Hendersons kann nur dahingehend ausgelegt werden, daß Britische Regierung den Standpunkt einnimmt, das deutsche Vorgehen in tschecho-slowakischer Frage darstelle keinen Verstoß gegen Konsultationsabrede der deutsch-englischen Erklärung vom 29. September 1938.

Kordt

Nr. 266

Rede des Führers vor dem Deutschen Reichstag, 28. April 1939

Auszug

..... Ich habe seit dem Tag, da ich mich dem politischen Leben zuwandte, keinen anderen Gedanken gelebt, als den der Wiedererringung der Freiheit der deutschen Nation, der Aufrichtung der Kraft und Stärke unseres Reiches, der Überwindung der Zersplitterung unseres Volkes im Innern, der Beseitigung der Trennung nach außen und seiner Sicherung in bezug auf die Erhaltung seines wirtschaftlich und politisch unabhängigen Lebens. Ich habe nur wiederherstellen wollen, was andere einst mit Gewalt zerbrochen hatten, wollte nur wieder gutmachen, was satanische Bosheit oder menschliche Unvernunft zerstörten oder verdarben. Ich habe daher auch keinen Schritt vollzogen, der fremde Rechte verletzte, sondern nur das vor 20 Jahren verletzte Recht wiederhergestellt.

Im Rahmen des heutigen Großdeutschen Reiches befindet sich kein Gebiet, das nicht seit ältesten Zeiten zu ihm gehört hat, mit ihm verbunden war oder seiner Souveränität unterstand. Längst, ehe ein amerikanischer Kontinent von Weißen entdeckt oder gar besiedelt wurde, hat dieses Reich bestanden nicht nur in seiner heutigen Größe, sondern um viele seitdem verlorene Gebiete und Provinzen darüber hinaus.

..... Ich habe, meine Abgeordneten, Männer des Reichstages, nie einen Zweifel darüber gelassen, daß es an sich in Europa kaum möglich ist, jemals eine allseitig befriedigende Übereinstimmung staatlicher und volklicher Grenzen zu finden. Die im Laufe der letzten Jahrhunderte allmählich zum Stillstand gekommene volkliche Wanderung einerseits und die Bildung großer Gemeinwesen andererseits schuf auf diesem Gebiete einen Zustand, der nach der einen oder anderen Seite hin von dem Betroffenen fast stets als unbefriedigend empfunden werden wird. Allein gerade die Art des allmählichen Ausklingens dieser volklichen und staatlichen Formungen ließ im vergangenen Jahrhundert für viele die Hoffnung als berechtigt erscheinen, daß am Ende zwischen der Respektierung des nationalen Eigenlebens der europäischen Völker und der Anerkennung gewordener staatlicher Gebilde ein Kompromiß gefunden werden würde, der ohne Zerstörung der staatlichen Ordnung in Europa und damit der nun einmal in ihr gegebenen wirtschaftlichen Grundlagen trotzdem die Erhaltung der Volkskörper ermöglichen würde.

Diese Hoffnungen hat der Weltkrieg beseitigt. Durch das Versailler Friedensdiktat ist weder dem einen noch dem anderen Prinzip Genüge getan worden. Es wurde weder das Selbstbestimmungsrecht der Völker beachtet, noch wurden die staatlichen oder gar wirtschaftlichen Notwendigkeiten oder Bedingungen der europäischen Entwicklung in Rechnung gestellt.

Trotzdem aber habe ich nie darüber einen Zweifel gelassen, daß, wie schon betont, auch eine Revision des Versailler Vertrags irgendwo ihre Grenze finden muß, und ich habe dies in freimütiger Weise auch immer offen ausgesprochen und zwar nicht aus taktischen Gründen, sondern aus tiefinnerster Überzeugung. Ich habe als nationaler Führer des deutschen Volkes keinen Zweifel darüber gelassen, daß überall dort, wo die höheren Interessen des europäischen Zusammenlebens es erfordern, nationale Interessen im einzelnen, wenn notwendig, auch zurückgestellt werden müssen, und zwar, wie schon betont, nicht aus taktischen Erwägungen; denn ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß es mir mit dieser Auffassung heiliger Ernst ist.

Ich habe aus diesem Grunde für eine ganze Anzahl von vielleicht strittigen Gebieten endgültige Entscheidungen getroffen und sie nicht nur nach außen, sondern auch nach innen bekanntgegeben und ihre Respektierung durchgesetzt. .....

---

* Vgl. Nr. 264.

Die demokratischen Friedensmacher von Versailles können für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, diesem tschechischen Volk die besondere Rolle eines gegen Deutschland ansetzbaren Trabanten zugedacht zu haben.

Sie haben zu diesem Zweck dem in seiner tschechischen Volkssubstanz überhaupt nicht lebensfähigen Staat willkürlich fremdes Volksgut zugesprochen, d. h. also andere Nationalitäten vergewaltigt, um auf solche Weise eine latente Bedrohung der deutschen Nation in Mitteleuropa staatlich sicherstellen zu können. Denn dieser Staat, dessen sogenanntes Staatsvolk in der Minorität war, konnte nur durch eine brutale Vergewaltigung der volklichen Majoritäten erhalten werden. Diese Vergewaltigung aber war wieder nur denkbar unter der Zubilligung eines Schutzes und einer Hilfe von seiten der europäischen Demokratien. Diese Hilfe aber war selbstverständlich nur dann zu erwarten, wenn dieser Staat die ihm anläßlich seiner Geburt zugedachten Rolle getreu zu übernehmen und zu spielen bereit war.

Diese Rolle aber hieß nichts anderes, als die Konsolidierung Mitteleuropas zu verhindern, eine Brücke bolschewistischer Aggressivität nach Europa darzustellen und vor allem Landsknecht der europäischen Demokratien gegen Deutschland zu sein. Alles weitere ergab sich dann von selbst.

Je mehr dieser Staat dieser seiner Aufgabe entsprechen wollte, um so größer wurde der Widerstand der sich dem widersetzenden nationalen Minoritäten. Je größer sich aber dieser Widerstand auswuchs, um so stärker mußte die Unterdrückung einsetzen. Diese zwangsläufige Versteifung der inneren Gegensätze führte wieder zu einer um so größeren Abhängigkeit von den demokratischen europäischen Staatsbegründern und Wohltätern. Denn sie allein waren ja in der Lage, auf die Dauer die unnatürliche künstliche Existenz dieses Gebildes wirtschaftlich aufrechtzuerhalten.

Primär hatte nun Deutschland im wesentlichen nur ein Interesse: nämlich diese fast 4 Millionen Deutschen in diesem Land aus ihrer unerträglichen Situation zu befreien und ihre Rückkehr in ihre Heimat und damit zum tausendjährigen Reich zu ermöglichen.

Daß dieses Problem sofort das gesamte übrige Nationalitätenproblem aufrollte, war selbstverständlich. Ebenso aber auch die Tatsache, daß das Abziehen aller Nationalitäten den Reststaat um jede Lebensmöglichkeit bringen mußte, etwas, was den Versailler Staatsgründern ja auch klar war; denn weil sie dieses wußten, haben sie ja die Vergewaltigung der anderen Minoritäten beschlossen und diese gegen ihren Willen in diese dilettantische Staatskonstruktion hineingezwungen.

..... Daß sich Westeuropa für den in seinem Interesse geschaffenen künstlichen Staat interessierte, war ja wohl begreiflich. Daß aber die um diesen Staat liegenden Nationalitäten dieses Interesse als für sie maßgeblich ansehen würden, war ein vielleicht für manche bedauerlicher Trugschluß. Insoweit dieses Interesse nun auf die finanzielle Fundierung dieses Staatswesens gerichtet war, wäre von deutscher Seite nichts einzuwenden gewesen, wenn nicht dieses finanzielle Interesse letzten Endes ebenfalls ausschließlich den machtpolitischen Zielen der Demokratien unterstellt gewesen wäre.

Auch die finanzielle Förderung dieses Staates verfolgte nur einen leitenden Gedanken: einen militärisch höchstgerüsteten Staat zu schaffen mit der Aufgabe, eine in das Reich hineinreichende Bastion zu bilden, die — sei es als Ausgangspunkt militärischer Unternehmungen in Verbindung mit westlichen Einbrüchen in das Reich oder auch nur als Flugzeugstützpunkt — einen unzweifelhaften Wert versprach. Was man von diesem Staat erwartet hatte, geht am eindeutigsten aus der Feststellung des Französischen Luftfahrtministers Pierre Cot hervor, der es ruhig aussprach, daß es die Aufgabe dieses Staates wäre, in jedem Konfliktfall Bombenlande- und Bombenabflugplatz zu sein, von dem aus man die wichtigsten deutschen Industriezentren in wenigen Stunden würde vernichten können. Es ist daher verständlich, wenn die deutsche Staatsführung ihrerseits ebenfalls den Entschluß faßte, diesen Bombenabflugplatz zu vernichten. Sie hat diesen Entschluß nicht gefaßt etwa aus Haß gegen das tschechische Volk. Eher im Gegenteil. Denn im Laufe eines tausendjährigen Zusammenlebens hat es zwischen dem deutschen und tschechischen Volk oft jahrhundertelange Perioden engster Zusammenarbeit gegeben und dazwischen allerdings nur kurze Perioden von Spannungen.

..... Die Münchener Entscheidung führte zu folgendem Ergebnis:

1. Rückkehr der wesentlichsten Teile der deutschen Randbesiedelung in Böhmen und Mähren zum Reich.

2. Offenhaltung der Lösung der übrigen Probleme dieses Staates, das heißt der Rückkehr bzw. des Ausscheidens der noch vorhandenen ungarischen und slowakischen Minoritäten.

3. Blieb noch offen die Frage der Garantie. Die Garantie dieses Staates war, soweit es sich um Deutschland und Italien handelte, von vornherein abhängig gemacht worden von der Zustimmung aller an diesen Staat angrenzenden Interessenten und damit von der tatsächlichen Lösung der diese Interessenten berührenden und noch offengebliebenen Fragen.

Folgende Fragen aber waren offen geblieben:

1. Rückkehr der magyarischen Teile zu Ungarn,
2. Rückkehr der polnischen Teile zu Polen,
3. Lösung der slowakischen Frage und
4. Lösung der ukrainischen Frage.

Wie Ihnen bekannt ist, haben nun, nachdem kaum die Verhandlungen zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei begonnen hatten, sowohl die tschecho-slowakischen als auch die ungarischen Unterhändler an Deutschland und an das an unserer Seite stehende Italien die Bitte gerichtet, als Schiedsrichter die neue Grenzziehung zwischen der Slowakei, der Karpatho-Ukraine und Ungarn vorzunehmen. Damit haben die Betroffenen selbst von der Möglichkeit, an die vier Mächte zu appellieren, keinen Gebrauch gemacht, sondern ausdrücklich Verzicht geleistet, das heißt, sie abgelehnt.

Und dies war verständlich. Alle die in diesem Lebensraum Wohnenden wollten Ruhe und Frieden erhalten. Italien und Deutschland waren bereit, diesem Ruf zu folgen. Ein Einspruch gegen diese, an sich ja schon die Münchener Abmachung formell verlassende Abmachung wurde weder von England noch von Frankreich erhoben und konnte nicht erhoben werden; denn es wäre ja wahnsinnig gewesen, etwa von Paris oder London aus zu protestieren gegen eine Handlung Deutschlands oder Italiens, die allein auf Grund des Ansuchens der Betroffenen selbst stattfand.

Der Schiedsspruch von Italien und Deutschland hat, wie in solchen Fällen stets, keine Seite restlos befriedigt. Er krankte von vornherein daran, daß er von beiden Seiten freiwillig anerkannt werden mußte. Als daher dieser Schiedsspruch zur Verwirklichung kam, erhoben sich sofort in kurzer Zeit nach der Annahme von zwei Staaten heftige Einsprüche. Ungarn forderte aus allgemeinen und besonderen Interessen die Karpatho-Ukraine, Polen forderte desgleichen eine direkte Verbindung mit Ungarn. Es war klar, daß unter solchen Umständen auch der Reststaat dieser einstigen Versailler Geburt zum Tode bestimmt war.

Tatsache war, daß an der Aufrechterhaltung des bisherigen Status vielleicht überhaupt nur ein einziger Staat interessiert war, nämlich Rumänien, das durch seinen berufensten Mund mir persönlich zum Ausdruck brachte, wie erwünscht es wäre, über die Ukraine und Slowakei vielleicht einen direkten Weg nach Deutschland erhalten zu können. Ich erwähne dies als eine Illustration für das Gefühl der Bedrohung durch Deutschland, unter der die Rumänische Regierung nach den Auffassungen amerikanischer Hellseher gelitten haben soll. Es war aber nun klar, daß es nicht die Aufgabe Deutschlands sein konnte, sich auf die Dauer einer Entwicklung zu widersetzen oder gar für einen Zustand zu kämpfen, für den wir niemals eine Verantwortung hätten übernehmen können.

Es kam daher jener Augenblick, in dem ich mich namens der Reichsregierung entschloß, zu erklären, daß wir nicht daran dächten, uns länger mit dem Odium zu belasten, um etwa eine deutsche Vormarschstraße nach Rumänien offen zu halten, dem gemeinsamen Grenzwunsch der Polen und Ungarn zu widersprechen. Da außerdem die Tschechische Regierung zu ihren alten Methoden zurückkehrte und auch die Slowakei ihre Selbständigkeitswünsche offenbarte, war von einer weiteren Erhaltung des Staates keine Rede mehr. Die Versailler Konstruktion der Tschecho-Slowakei hat sich selbst überlebt. Sie verfiel der Auflösung, nicht weil Deutschland dies wollte, sondern weil man am Konferenztisch auf die Dauer nicht künstlich lebensunfähige Staaten konstruieren und aufrechterhalten kann.

Deutschland hat daher auch auf eine wenige Tage vor der Auflösung dieses Staates von England und Frankreich eingegangene Anfrage über eine Garantie diese abgelehnt; denn es fehlten ja alle seinerzeit in München dafür vorgesehenen Voraussetzungen. Im Gegenteil. Als sich endlich die Deutsche Reichsregierung — nachdem das ganze Gebilde in Auflösung begriffen war und sich auch schon praktisch aufgelöst hatte— entschloß, nunmehr ihrerseits ebenfalls einzugreifen, geschah dies nur im Vollzug einer selbstverständlichen Pflicht; denn folgendes ist noch zu bemerken:

Die Deutsche Reichsregierung hat bereits beim ersten Antrittsbesuch des Tschechischen Außenministers Chvalkovsky in München ihre Auffassung über die Zukunft der Tschecho-Slowakei klar zum Ausdruck gebracht. Ich selbst habe damals dem Herrn Minister Chvalkovsky versichert, daß wir unter der Voraussetzung einer loyalen Behandlung der in der Tschechei verbliebenen großen deutschen Minderheiten und in der Voraussetzung einer Beruhigung des ganzen Staates eine loyale Haltung Deutschlands sicherstellen würden und von uns aus diesem Staat keinerlei Hindernisse bereiten wollten.

Ich habe aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn die Tschechei irgendwelche Schritte unternehmen würde im Sinne der politischen Tendenzen des abgetretenen Herrn Dr. Benesch, Deutschland eine Entwicklung in dieser Richtung nicht hinnehmen, sondern schon im Keime auslöschen würde. Ich wies damals auch darauf hin, daß die Aufrechterhaltung eines so gewaltigen militärischen Arsenals in Mitteleuropa ohne Sinn und Zweck nur als Gefahrenherd angesehen werden müßte.

Wie richtig diese meine Warnung war, wurde durch die spätere Entwicklung erwiesen. Durch eine fortgesetzt sich steigernde Flüsterpropaganda sowohl als durch ein allmähliches Abgleiten tschechischer Zeitungen in die frühere Schreibart mußte auch dem Einfältigsten klar werden, daß in kurzer Zeit die alten Zustände wieder vorhanden sein würden.

Die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung war um so größer dann, als ja immer damit gerechnet werden mußte, daß sich irgendwelche Wahnsinnigen der aufgestapelten ungeheuren Kriegsmaterialien bemächtigen konnten. Dies barg in sich die Gefahr von Explosionen unabsehbaren Umfanges. .....

Ich glaube, es ist ein Glück für Millionen und Abermillionen von Menschen, daß es mir gelungen ist, dank der in *letzter Minute wirksam werdenden Einsicht verantwortlicher Männer auf der anderen* Seite eine solche Explosion verhindert und eine Lösung gefunden zu haben, die meiner Überzeugung nach dieses Problem als einen mitteleuropäischen Gefahrenherd endgültig aus der Welt schafft. Die Behauptung, daß nun diese Lösung im Gegensatz zur Abmachung von München* stünde, kann durch gar nichts begründet oder erhärtet werden.

Die Münchener Lösung konnte unter keinen Umständen als eine endgültige gelten; denn sie hat ja selbst zugegeben, daß weitere Probleme noch der Lösung bedürften und gelöst werden sollten. Daß sich nun die Betroffenen, und dies ist entscheidend, nicht an die vier Mächte gewandt haben, sondern nur an Italien und Deutschland, kann wirklich nicht uns vorgeworfen werden. Ebensowenig auch, daß der Staat endlich als solcher von selbst zerfallen war und damit eine Tschecho-Slowakei nicht mehr existierte. Daß aber, nachdem das ethnographische Prinzip schon längst außer Kraft gesetzt worden war, nunmehr auch Deutschland seine immerhin tausendjährigen Interessen, die nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Art sind, in seine Obhut nahm, ist wohl selbstverständlich. Ob die Lösung, die Deutschland gefunden hat, richtig oder nicht richtig ist, wird die Zukunft erweisen. Sicher aber ist das eine, daß die Lösung nicht einer englischen Kontrolle oder englischen Kritik untersteht. Denn die Länder Böhmen und Mähren haben als letztes Restgebiet der ehemaligen Tschecho-Slowakei mit der Münchener Abmachung überhaupt nichts mehr zu tun. So wenig, als etwa englische Maßnahmen, sagen wir in Irland, mögen sie richtig oder falsch sein, einer deutschen Kontrolle oder Kritik unterstellt sind, so wenig ist dies bei diesen alten deutschen Kurfürstentümern der Fall.

Wie man aber die in München zwischen Herrn Chamberlain und mir persönlich betätigte Abmachung auf diesen Fall beziehen kann, ist mir gänzlich unverständlich; denn dieser Fall der Tschecho-Slowakei war ja in dem Münchener Protokoll der vier Mächte geregelt worden, soweit er eben damals geregelt werden konnte. Darüber hinaus war nur vorgesehen, daß, wenn die Beteiligten nicht zu einer Einigung kommen würden, sie sich an die vier Mächte würden wenden können. Und diese wollten dann nach drei Monaten zu einer weiteren Beratung zusammentreten.

Nun haben aber diese Beteiligten sich überhaupt nicht mehr an die vier Mächte gewandt, sondern nur an Deutschland und Italien. Wie sehr diese dazu doch letzten Endes berechtigt waren, geht daraus hervor, daß weder England noch Frankreich dagegen Einspruch erhoben haben, sondern den von Deutschland und Italien gefällten Schiedsspruch ohne weiteres auch selbst akzeptierten.

Nein, die Abmachung, die zwischen Herrn Chamberlain und mir getroffen wurde, hat sich nicht auf dieses Problem bezogen, sondern ausschließlich auf Fragen, die das Zusammenleben Englands und Deutschlands betreffen.

Das geht auch eindeutig hervor aus der Feststellung, daß solche Fragen im Sinne des Münchener Abkommens und des deutsch-englischen Flottenvertrages in Zukunft also freundschaftlich behandelt werden sollten, und zwar auf dem Wege der Konsultierung. Wenn sich aber dieses Abkommen auf jede künftige deutsche Betätigung politischer Art bezogen haben würde, dann dürfte auch England keinen Schritt mehr unternehmen, sei es zum Beispiel in Palästina oder woanders, ohne sich mit Deutschland erst zu konsultieren. Es ist selbstverständlich, daß wir dies nicht erwarten, ebenso aber lehnen wir jede ähnliche Erwartung, die an uns gestellt wird, ab.

Wenn nun Herr Chamberlain daraus folgert, daß diese Münchener Abmachung damit hinfällig sei, weil sie von uns gebrochen worden wäre, so nehme ich nunmehr diese Auffassung zur Kenntnis und ziehe daraus die Konsequenzen......

* Vgl. Nr. 217.

C. Die Britische Einkreisungspolitik seit Februar 1939

Nr. 267

Erklärung des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 6. Februar 1939

(Übersetzung)

Mr. A. Henderson fragt den Premierminister, ob die kürzlich abgegebene Erklärung des Französischen Außenministers, daß die Streitkräfte Großbritanniens im Kriegsfalle Frankreich zur Verfügung stehen würden, ebenso wie alle Streitkräfte Frankreichs zur Verfügung Großbritanniens stünden, mit den Ansichten der Regierung Seiner Majestät in Einklang steht?

Der Premierminister: Nach den mir zugegangenen Informationen stellte Herr Bonnet in der Kammer am 26. Januar fest, daß im Fall eines Krieges, in den die beiden Länder verwickelt würden, alle Streitkräfte Großbritanniens Frankreich ebenso zur Verfügung stehen würden wie alle Streitkräfte Frankreichs zur Verfügung Großbritanniens ständen. Das steht in völligem Einklang mit den Ansichten der Regierung Seiner Majestät. Es ist unmöglich, alle die sich vielleicht ergebenden hypothetischen Fälle im einzelnen zu prüfen, aber ich fühle mich verpflichtet, klarzustellen, daß die Solidarität der Interessen, durch die Frankreich und unser Land verbunden sind, von der Art ist, daß jede Bedrohung der Lebensinteressen Frankreichs, von welcher Seite sie auch kommen mag, den sofortigen Beistand dieses Landes nach sich ziehen muß.

Nr. 268

Der Deutsche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt

Bericht

Paris, den 28. Februar 1939

Der Botschaft sind in letzter Zeit, noch vor Bekanntgabe der antideutschen Ausschreitungen in Polen*, von durchaus zuverlässiger Seite Nachrichten zugegangen, die auf gewisse Tendenzen im Sinne einer Neubelebung der französisch-polnischen Allianz und parallel hierzu auf die Absicht einer allmählichen Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen schließen lassen. Als Hauptgrund hierfür wird von dem Vertrauensmann der starke Eindruck angeführt, den die Vertiefung der Entente Cordiale zwischen Frankreich und England sowie die verschiedenen Erklärungen Chamberlains hinsichtlich einer englischen Hilfeleistung für Frankreich auf die Polnische Regierung gemacht hätten, wozu noch eine bemerkenswerte englische Aktivität in Polen trete.

Welczeck

Nr. 269

Rede des Britischen Premierministers Chamberlain in Birmingham, 17. März 1939

Auszug

(Übersetzung)

... Am vergangenen Mittwoch fand eine Debatte im Unterhause statt. Es war derselbe Tag, an dem die deutschen Truppen in der Tschecho-Slowakei einmarschierten, und wir alle, ganz besonders aber die Regierung, waren im Nachteil, weil die uns zur Verfügung stehenden Nachrichten nur teilweiser, zum erheblichen Teile nichtamtlicher Art waren. Wir hatten keine Zeit, diese Nachrichten zu prüfen, noch viel weniger aber, uns darüber eine wohlerwogene Meinung zu bilden. Daraus ergab sich zwangsläufig, daß ich, im Namen der Regierung sprechend, angesichts der Verantwortung, die mit dieser Stellung verbunden ist, mich gezwungen sah, mich auf eine stark zurückhaltende und vorsichtige Darlegung dessen zu beschränken, über das ich seinerzeit, wie ich glaubte, nur geringe Erläuterungen geben konnte**. Und vielleicht war es auch ganz natürlich, daß diese etwas kühle und sachliche Erklärung Grund zu einem Mißverständnis gab und daß einige Leute glaubten, daß meine Kollegen und ich, weil ich ruhig sprach und meinen Gefühlen nur beschränkten Ausdruck gab, uns von der Angelegenheit nicht stark beeindruckt fühlten. Ich hoffe, diesen Irrtum heute abend berichtigen zu können. ..... Ich habe

* Vgl. Nr. 146 ff.
** Vgl. Nr. 259.

in Wirklichkeit keinen Grund, für meine im letzten Herbst stattgefundenen Besuche in Deutschland Entschuldigungen vorzubringen; denn welche Wahl hatten wir? Nichts von dem, was wir hätten unternehmen können, nichts von dem, was Frankreich oder Rußland hätten unternehmen können, wäre dazu angetan gewesen, die Tschecho-Slowakei vor einem Einmarsch und der Vernichtung zu bewahren. Selbst wenn wir später zum Kriege geschritten wären, um Deutschland für sein Vorgehen zu strafen, und wenn wir nach den furchtbaren Verlusten, die allen Teilnehmern an einem Kriege zugefügt worden wären, schließlich siegreich gewesen wären, würde es uns niemals möglich gewesen sein, die Tschecho-Slowakei in derselben Form wieder aufzurichten, die sie durch den Frieden von Versailles gefunden hatte. ..... Deutschland hat unter seinem gegenwärtigen Regime der Welt eine Reihe unangenehmer Überraschungen bereitet. Das Rheinland, der österreichische Anschluß, die Abtrennung des Sudetenlandes, alle diese Vorkommnisse haben die öffentliche Meinung der ganzen Welt vor den Kopf gestoßen und beleidigt. Welche und wieviel Anstände wir aber auch an den in jedem dieser Fälle angewendeten Methoden hätten nehmen können, jedenfalls ließ sich auf Grund der Rassenzugehörigkeit oder gerechter Ansprüche, denen zu lange Widerstand geleistet worden war, etwas zugunsten der Notwendigkeit einer Änderung in der bestehenden Lage sagen.

Die Ereignisse aber, die im Laufe dieser Woche ...... Platz gegriffen haben, scheinen mir in eine andere Klasse zu fallen und müssen uns alle veranlassen, an uns selbst die Frage zu richten: »Ist das das Ende eines alten Abenteuers oder ist es der Anfang eines neuen?«

»Ist es der letzte Angriff gegen einen kleinen Staat oder werden ihm weitere folgen? Ist dies in Wirklichkeit ein Schritt in der Richtung eines Versuchs zur Weltherrschaft durch Gewalt?«

Das sind schwerwiegende und ernste Fragen. Ich werde diese Fragen heute abend nicht beantworten. Ich bin aber überzeugt, daß sie die tiefernste und gewissenhafte Erwägung nicht nur durch Deutschlands Nachbarn, sondern auch durch andere Mächte, vielleicht sogar solche jenseits der Grenzen Europas, notwendig machen würden. Schon jetzt liegen Anzeichen dafür vor, daß dieser Prozeß eingesetzt hat, und es ist augenscheinlich, daß er nunmehr voraussichtlich einen schnelleren Verlauf nehmen wird.

Wir selbst werden uns selbstverständlich zunächst unsern Partnern in der britischen Gemeinschaft der Nationen und Frankreich zuwenden, mit denen wir so eng verbunden sind; ich bezweifle aber nicht, daß auch andere, die wissen, daß wir nicht uninteressiert an dem sind, was in Südosteuropa vor sich geht, den Wunsch haben werden, mit uns zu konsultieren und unseren Rat einzuholen.

Wir alle in unserem eigenen Lande müssen die Lage mit dem Sinn für Verantwortlichkeit überprüfen, den ihr Ernst erfordert. Von dieser Überprüfung darf nichts ausgeschlossen bleiben, was auf die nationale Sicherheit Bezug hat. Jede Phase unseres nationalen Lebens muß wieder einmal von diesem Standpunkt aus einer Prüfung unterzogen werden. .....

Nr. 270

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 19. März 1939

1. In heutiger Morgenpresse spielen Spekulationen über angebliche deutsche Absichten gegenüber Rumänien Hauptrolle, obwohl berichtet wird, daß Bukarest, Berlin und auch hiesige Rumänische Gesandtschaft dementieren, daß Deutschland wirtschaftliches Ultimatum an Rumänien gerichtet habe.

2. Erfahre von zuverlässigem Gewährsmann hierzu folgendes: Hiesiger Rumänischer Gesandter Tilea hat am 17. März aus eigener Initiative im Foreign Office von übertriebenen deutschen Wirtschaftsforderungen gegenüber Rumänien gesprochen, weil ihm vorliegenden Nachrichten zufolge deutsch-rumänische Wirtschaftsverhandlungen zu gutem Ergebnis zu kommen schienen und hiermit seine von ihm befürworteten Pläne auf Ausbau englisch-rumänischer Wirtschaftsverhältnisse zunichte würden. Tilea hat wegen seines Schrittes von Gafencu schärfsten Verweis erhalten und ist nach längerer heftiger Telephonaussprache angewiesen worden, Dementi herauszugeben.

Intrigen Tilea wurden von Halifax als bare Münze genommen, insbesondere da Nachrichten von beschleunigten deutschen Truppenbewegungen von Prag in östlicher Richtung einliefen. Nachrichten und stete Erregtheit englischer Presse erklären sich hieraus.

Kordt

Nr. 271

Aus der Rede des Britischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Lord Halifax im Oberhaus, 20. März 1939

(Übersetzung)

..... Wenn und zu dem Zeitpunkt aber, an dem es den Staaten klar wird, daß es augenscheinlich keine Garantie gegeneinander folgende Angriffe gibt, die der Reihe nach gegen alle diejenigen gerichtet sind, die ehrgeizigen Weltherrschaftsplänen im Wege stehen, dann schlägt die Waagschale sofort nach der anderen Richtung aus, und man wird voraussichtlich in allen betroffenen Kreisen einer weit größeren Bereitschaft begegnen, Erwägungen darüber anzustellen, ob nicht zwecks gegenseitiger Unterstützung die Übernahme ausgedehnter gegenseitiger Verpflichtungen geboten erscheint, wenn auch nur aus dem Grunde der Notwendigkeit der Selbstverteidigung. Die Regierung Seiner Majestät hat es nicht unterlassen, aus diesen Ereignissen die Lehre zu ziehen und hat keine Zeit dabei versäumt, nicht nur mit den Dominions sondern auch mit anderen Regierungen, die von den so plötzlich offenkundig gewordenen Fragen betroffen werden, in enge und praktische Konsultation zu treten. ...

Nr. 272

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 20. März 1939

Erklärungen, die Chamberlain und Halifax soeben im Unterhaus abgegeben haben, bringen noch keine Klärung über die Absichten der Britischen Regierung. Lord Halifax beschränkt sich auf eine teilweise bittere Darstellung der Ereignisse der letzten Tage. Er sprach von »weiterreichenden gegenseitigen Garantien«, die zweckmäßig wären. Aus Mitteilungen zuverlässiger Gewährsleute ergibt sich etwa folgendes Bild über den gegenwärtigen Stand: Britische Regierung hat Initiative für Besprechungen fest in der Hand. Sie wünscht mit der Festlegung der zu befolgenden Politik voranzugehen, um zu vermeiden, daß die anderen Staaten konditionelle Erklärungen abgeben, die nach britischer Ansicht ihren Zweck nicht erreichen würden. Gedacht ist von britischer Seite offenbar an Festlegung einer Demarkationslinie, die insbesondere Rumänien einschließt und deren Überschreitung durch einen Angreifer den Kriegsfall darstellen würde. Folgende Staaten sollen in der Garantiefrage zur Teilnahme aufgefordert worden sein: Rußland, Polen, Türkei und Jugoslavien. Es stehe einwandfrei fest, daß man sich nicht an Ungarn gewandt habe. Es sei Polen überlassen worden, mit Litauen, Estland und Lettland Fühlung aufzunehmen; dasselbe gelte für die Türkei mit Bezug auf Griechenland. Wegen Bulgarien sei man noch zweifelhaft.

Kordt

Nr. 273

Der Deutsche Gesandte in Oslo an das Auswärtige Amt

Bericht

Oslo, den 21. März 1939

Außenminister Koht, der von mehrtägigem Besuch in Paris, wo er an der Sorbonne Vorträge gehalten hat, am Montag zurückgekehrt war, nahm sogleich Gelegenheit, im zuerst erscheinenden Nachmittagsblatt den Hetzmeldungen der französischen Presse aufs entschiedenste entgegenzutreten, wonach die Deutsche Regierung schon vor 12 Tagen von den skandinavischen Staaten unter Drohung verlangt haben sollte, sich sowohl in wirtschaftlicher wie auch in politischer Beziehung Deutschland anzuschließen.

Der Außenminister erklärte, daß ihm hiervon auch nicht das geringste bekannt sei. Im Außenministerium finde sich nicht ein Wort, nicht einmal eine Silbe darüber. Es sei dies eines der üblichen Gerüchte, die aus den verschiedensten Gründen ausgeheckt und verbreitet würden. Er könne nur, wie schon früher, sagen, daß aller Grund vorhanden sei, solchen Pressemeldungen in Zeiten wie jetzt mit allergrößter Skepsis zu begegnen. Bis zum heutigen Tage, betonte Koht nochmals, hat man von dem angeblich vor 12 Tagen erfolgten »Druck« Deutschlands im Norwegischen Außenministerium noch nichts verspürt.

Dr. Sahm

Nr. 274

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 22. März 1939

Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich folgendes über den Inhalt der von England in Paris, Warschau und Moskau gemachten Vorschläge:

Die vorgeschlagene Deklaration sieht vor, daß im Falle einer befürchteten Aggression die Unterzeichner der Deklaration sich zu sofortiger Konsultation verpflichten, »to resist aggression«.

Soweit bisher abzusehen, hat Polen Bedenken gegen englischen Vorschlag. Moskau hat noch nicht geantwortet.

Falls diese Deklaration durch die beteiligten Staaten angenommen wird, will England als zweiten Schritt Generalstabsbesprechungen mit dem Ziele militärischer Abmachungen in Vorschlag bringen.

Kordt

Nr. 275

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 23. März 1939

Vorliegende Nachrichten zeigen deutlich, daß der mit Vortelegramm * gemeldete englische Deklarationsplan praktisch in zwei Teile zerfällt:

Der erste Teil bezieht sich auf eine Garantie Belgiens, Hollands und der Schweiz.

Der zweite Teil bezweckt den Schutz der Oststaaten gegen eine Aggression. Dem britischen Kabinett soll von militärischer Seite mitgeteilt worden sein, daß Rumänien wegen seiner Erdölquellen unbedingt vor deutschem militärischem Zugriff geschützt werden müsse.

Wie mir ein gut informierter hiesiger Diplomat bestätigte, hat Polen sich bisher nicht entschließen können, die britischen Vorschläge anzunehmen. Maßgebend für diese Haltung sei, abgesehen von dem großen Mißtrauen gegen eine Hilfeleistung durch Sowjetrußland, die Erwägung, daß das Verhältnis zu Deutschland durch eine derartige Teilnahme unhaltbar werden würde und daß England und Frankreich im Falle eines deutschen Angriffes kaum in der Lage sein würden, Polen militärisch wirksam zur Hilfe zu kommen. Unter diesen Umständen scheine im Foreign Office der Konferenzgedanke wieder in den Vordergrund zu treten: Man hoffe, auf einer Viererkonferenz Polen wirksam unter Druck setzen zu können.

In englischen konservativen Kreisen besteht nach wie vor ein nicht zu unterschätzender Widerstand gegen die Hereinnahme Sowjetrußlands in das geplante System. Die soeben im Unterhaus von Chamberlain abgegebene Erklärung läßt darauf schließen, daß in den der Regierung nahestehenden Kreisen der konservativen Partei die Furcht groß ist, ein im Osten konsolidiertes Gebiet unter deutscher Vorherrschaft werde sich nach dieser Konsolidierung mit seiner ganzen Kraft auf England werfen.

Kordt

Nr. 276

Der Deutsche Geschäftsträger in Paris an das Auswärtige Amt

Telegramm

Paris, den 24. März 1939

Großer Teil Pariser Presse bringt im wesentlichen übereinstimmende Nachricht, daß anläßlich Besuchs Französischen Staatspräsidenten in London Chamberlain, Halifax und Bonnet Protokoll gezeichnet oder Aide-Mémoires ausgetauscht hätten, in denen sich Frankreich und England verpflichteten, im Falle eines Angriffes auf Holland oder die Schweiz diesen Ländern automatisch bewaffneten Beistand zu leisten und ihre Grenzen zu schützen. Das so geschlossene Abkommen bestätige Vereinbarung, die am 29. Januar mündlich in Paris zwischen Bonnet und dem hiesigen Englischen Botschafter getroffen worden sei. Die so übernommenen Verpflichtungen seien den Belgien gegenüber bestehenden gleiche oder ähnliche. Über Januarabmachungen berichtet »l'Europe nouvelle« in Ausgabe vom 18. März (S. 301), daß Verpflichtungen gegenüber Holland von England, gegenüber der Schweiz von Frankreich gewünscht worden seien.

Bräuer

---

* Vgl. Nr. 274

Nr. 277

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 29. März 1939

In der Unterhaussitzung vom 28. März richteten die der Arbeiterpartei angehörenden Abgeordneten Greenwood und Dalton Anfragen an den Premierminister, in denen sie nähere Aufklärung über den Stand der von der Britischen Regierung mit anderen Regierungen zur Zeit geführten Besprechungen erbaten.

Der Abgeordnete Greenwood wollte wissen, ob die Deklaration, die gewissen Mächten vorgelegt worden sei, sich nur auf Konsultation beziehe, oder ob gegenseitiger Beistand, unter Umständen auch militärischer Art, vorgesehen sei.

Der Premierminister antwortete, es sei außerordentlich schwierig und delikat, jetzt schon alle Karten auf den Tisch zu legen, doch könne aus dem, was er früher in diesem Zusammenhang gesagt habe, ohne weiteres geschlossen werden, daß das, was die Regierung im Sinne habe, sehr viel weiter gehe als Konsultation. ("It will, at any rate, be readily understood, from what I have said previously, that what the Government have in mind, goes a great deal further than consultation".)

Der Abgeordnete Dalton wollte wissen, ob man Polen gegenüber klar gemacht habe, daß die Britische Regierung willens sei, gemeinsam mit anderen Regierungen Polen für den Fall, daß es das nächste Opfer »deutscher Aggression« sein würde, zu Hilfe zu kommen. Der Premierminister antwortete, daß er in dieser Hinsicht noch gewisse Zurückhaltung wahren zu müssen glaube, doch sei er bereit zu sagen, daß die Britische Regierung den anderen Regierungen, mit denen sie in Konsultation stände, eindeutig klar gemacht habe, was die Britische Regierung unter bestimmten Umständen zu tun bereit sei.

Im Auftrag

von Selzam

Nr. 278

Der Deutsche Geschäftsträger in Paris an das Auswärtige Amt

Bericht

Paris, den 31. März 1939

Die Rundfunkansprache, die Ministerpräsident Daladier am 29. März gehalten hat und die in 5 fremden Sprachen über alle französischen Sender übertragen worden ist, hat in erster Linie eine außenpolitische Zielsetzung. Sie will durch Betonung des Friedenswillens Frankreichs, seiner Stärke und im Laufe der letzten Monate erreichten Einigkeit, wie sie auch in der Gewährung der Sondervollmachten zum Ausdruck gelangt ist, Gegner und Freunde beeindrucken, um jenen ein Halt auf dem Wege ihrer vermeintlichen Expansion entgegenzusetzen und diese in die Abwehrfront gegen den Expansionsdrang der totalitären Staaten zu locken. Das Verhältnis zu England wird nur kurz mit den Worten gestreift, daß die französisch-englische Zusammenarbeit heute so vollständig sei wie nie zuvor.

Deutschland gegenüber fällt der Ton einer gewissen Resignation auf. Nach Aufzählung der Versuche, die zu einer Besserung der Beziehungen in München, in der deutsch-französischen Erklärung vom 6. Dezember* und in den Wirtschaftsverhandlungen gemacht worden sind, erklärt Daladier, daß die »Eroberung« der Tschechoslowakei und die Besetzung von Prag durch deutsche Armeen diesen geduldigen Bemühungen den härtesten Schlag versetzt hätten. Die Ausführungen Daladiers hierüber sind von bemerkenswerter Kürze. Er wendet sich im Anschluß daran an alle Mächte in Europa, jenseits des Kanals und jenseits des Atlantischen Ozeans, die wie Frankreich denken, und fordert sie zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit auf, um den Frieden zu bewahren und einem Angriff solidarisch zu widerstehen. Wenn am Tage nach der Radioansprache des Ministerpräsidenten in einer offiziösen Verlautbarung erklärt wird, daß die Rede vorher der Englischen Regierung vorgelegen habe und von ihr gebilligt worden sei, treten in dem Appell Daladiers an die Völker Europas und jenseits des Atlantischen Ozeans noch schärfer die Grundzüge der englischen Politik hervor, wie sie auch in den Äußerungen Chamberlains und den dem Besuch des Polnischen Außenministers Beck in London vorausgehenden englischen Verlautbarungen zum Ausdruck kommen.

Bräuer

* Vgl. Nr. 329

Nr. 279

Erklärung des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 31. März 1939

(Übersetzung)

Wie ich diesen Morgen erklärte, besitzt Seiner Majestät Regierung keinerlei amtliche Bestätigung für die Gerüchte irgendeines geplanten Angriffes auf Polen. Es darf daher nicht angenommen werden, daß die Regierung diese Gerüchte für wahr hält.

Ich freue mich, diese Gelegenheit zu ergreifen, um erneut die allgemeine Politik der Regierung darzulegen: Seiner Majestät Regierung hat sich ständig für den Ausgleich, und zwar auf dem Wege freier Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien, von jeder Streitigkeit eingesetzt, die sich zwischen ihnen ergeben mag. Sie hält dies für den natürlichen und angemessenen Weg dort, wo Streitigkeiten vorhanden sind. Ihrer Ansicht nach sollte es keine Frage geben, die nicht durch friedliche Mittel zu lösen wäre, und sie würde daher keinerlei Rechtfertigung dafür finden, wenn Gewalt oder Drohung mit Gewalt an die Stelle der Methoden der Verhandlung gesetzt werde.

Wie dem Hause bekannt ist, finden zur Zeit gewisse Konsultationen mit anderen Regierungen statt. Um die Haltung Seiner Majestät Regierung in der Zwischenzeit völlig klarzustellen, bevor diese Konsultationen abgeschlossen sind, fühle ich mich veranlaßt, dem Hause mitzuteilen, daß während dieser Zeitdauer für den Fall irgendeiner Aktion, die klarerweise die polnische Unabhängigkeit bedroht und die die Polnische Regierung daher für so lebenswichtig ansieht, daß sie ihr mit ihren nationalen Streitkräften Widerstand leistet, Seiner Majestät Regierung sich verpflichtet fühlen würde, der Polnischen Regierung alle in ihrer Macht stehende Hilfe sofort zu gewähren. Sie hat der Polnischen Regierung eine derartige Zusicherung gegeben.

Ich kann hinzufügen, daß die Französische Regierung mich autorisiert hat, darzulegen, daß sie die gleiche Haltung in dieser Frage einnimmt wie Seiner Majestät Regierung.

Nr. 280

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 1. April 1939

Zur Erklärung Chamberlains* wurde in heutiger Pressekonferenz Außenministeriums folgender Kommentar gegeben:

Britische Regierung schaffe nunmehr gleiche Voraussetzungen für den Frieden im Osten und Westen und beseitige damit in Locarno begangene Fehler, auf die Polen ständig hingewiesen habe. Dieser Beschluß Englischer Regierung, die hiermit aus bisheriger Reserve heraustrete und an europäischer Solidarität aktiv teilnehme, werde in Polen mit allergrößter Zufriedenheit und Verständnis aufgenommen. Die positive Beurteilung englischen Schritts ändere jedoch nichts an den bisherigen Grundsätzen, die Polen, soweit es an ihm liege, auch in Zukunft beibehalten wolle. Nach wie vor solle eine selbständige und unabhängige Politik geführt werden, die sich auf die eigene Kraft, auf freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarstaaten und auf Allianzen und Freundschaften stütze. Englischer Schritt beweise, daß England in Polen einen bedeutenden Faktor für den Frieden Europas sehe. Reise Becks nach London werde eine wichtige Etappe in den englischerseits geführten Konsultationen darstellen.

Ein Besuch in Frankreich, der auf französische Initiative zurückgehe, sei in Aussicht genommen, werde aber nicht bei Gelegenheit London-Reise stattfinden.

Moltke

* Vgl. Nr. 279

Nr. 281

Rede des Führers in Wilhelmshaven, 1. April 1939

Auszug

Wer den Verfall und den Emporstieg Deutschlands ermessen will, der muß sich die Entwicklung einer Stadt wie Wilhelmshaven ansehen. Vor kurzer Zeit noch ein toter Platz, fast ohne Existenzberechtigung, ohne Aussicht auf eine Zukunft — heute wieder erfüllt vom Dröhnen der Arbeit und des Schaffens. Es ist gut, wenn man sich diese Vergangenheit wieder ins Gedächtnis zurückruft.

Als die Stadt ihren ersten Aufschwung erlebte, fiel dieser zusammen mit dem Emporstieg des Deutschen Reiches nach seinen Einigungskämpfen. Dieses Deutschland war ein Deutschland des Friedens. In derselben Zeit, in der die sogenannten friedliebenden, tugendhaften Nationen eine ganze Anzahl von Kriegen führten, hat Deutschland damals nur ein Ziel gekannt: den Frieden zu bewahren, in Frieden zu arbeiten, den Wohlstand seiner Bewohner zu heben und damit zur menschlichen Kultur und Gesittung beizutragen.

Dieses Deutschland der Friedenszeit hat mit unendlichem Fleiß, mit Genialität und mit Beharrlichkeit versucht, sich sein Leben im Inneren zu gestalten und sich nach außen durch die Teilnahme am friedlichen Wettbewerb der Völker einen gebührenden Platz an der Sonne zu sichern.

Trotzdem dieses Deutschland jahrzehntelang der sicherste Garant des Friedens war und sich selbst nur seiner friedlichen Beschäftigung hingab, hat es andere Völker und besonders deren Staatsmänner nicht davon abhalten können, diesen Emporstieg mit Neid und Haß zu verfolgen und ihn endlich mit einem Kriege zu beantworten.

Wir wissen heute aus den Akten der Geschichte, wie die damalige Einkreisungspolitik planmäßig von England aus betrieben worden war. Wir wissen aus zahlreichen Feststellungen und Publikationen, daß man in diesem Lande die Auffassung vertrat, es sei notwendig, Deutschland militärisch niederzuwerfen, weil seine Vernichtung jedem britischen Bürger ein höheres Ausmaß an Lebensgütern sichern würde.

Gewiß, Deutschland hat damals Fehler begangen. Sein schwerster Fehler war, diese Einkreisung zu sehen und sich ihrer nicht beizeiten zu erwehren. Die einzige Schuld, die wir diesem damaligen Regime vorwerfen können, ist die, daß es von dem teuflischen Plan eines Überfalls auf das Reich volle Kenntnis hatte und doch nicht die Entschlußkraft aufbrachte, diesen Überfall beizeiten abzuwehren, sondern diese Einkreisung bis zum Ausbruch der Katastrophe ausreifen ließ.

Die Folge war der Weltkrieg!

..... Wenn heute ein englischer Staatsmann meint, man könne und müsse alle Probleme durch freimütige Besprechungen und Verhandlungen lösen, dann möchte ich diesem Staatsmann nur sagen: Dazu war vor unserer Zeit 15 Jahre lang Gelegenheit!

Wenn die Welt heute sagt, daß man die Völker teilen müsse in tugendhafte Nationen und in solche, die nicht tugendhaft sind — und zu den tugendhaften Nationen gehören in erster Linie die Engländer und die Franzosen, und zu den nicht tugendhaften gehören die Deutschen und Italiener —, dann können wir nur antworten: Die Beurteilung, ob ein Volk tugendhaft oder nicht tugendhaft ist, die kann doch wohl ein Irdischer kaum aussprechen, das müßte man dem lieben Gott überlassen.

Vielleicht wird mir nun dieser selbe britische Staatsmann entgegnen: »Gott hat das Urteil schon gesprochen, denn er hat den tugendhaften Nationen ein Viertel der Welt geschenkt und den nicht tugendhaften alles genommen!« Darauf sei die Frage gestattet: »Mit welchen Mitteln haben denn die tugendhaften Nationen sich dieses Viertel der Welt erworben?« und man muß antworten: »Es sind keine tugendhaften Methoden gewesen!«

300 Jahre lang hat dieses England nur als untugendhafte Nation gehandelt, um jetzt im Alter von Tugend zu reden! So konnte es passieren, daß in dieser britischen tugendlosen Zeit 46 Millionen Engländer fast ein Viertel der Welt unterworfen haben, während 80 Millionen Deutsche infolge ihrer Tugendsamkeit zu 140 auf einem Quadratkilometer leben müssen.

Ja, vor 20 Jahren, da war die Frage der Tugend für die britischen Staatsmänner immer noch nicht ganz geklärt, insofern es sich um Eigentumsbegriffe handelte. Damals hielt man es mit der Tugend noch für vereinbarlich, einem anderen Volk, das seine Kolonien nur durch Verträge oder durch Kauf erworben hatte, sie einfach wegzunehmen, weil man die Macht hatte.

Jene Macht, die jetzt allerdings als etwas Abscheuliches und Verabscheuungswürdiges gelten soll. Ich habe den Herren hier nur eines zu sagen: Ob sie das selber glauben oder nicht glauben, wissen wir nicht. Wir nehmen aber an, daß sie das nicht glauben. Denn wenn wir annehmen wollten, daß sie das wirklich selbst glauben, dann würden wir jeden Respekt vor ihnen verlieren.

15 Jahre lang hat Deutschland sein Los und sein Schicksal geduldig ertragen. Auch ich versuchte anfangs jedes Problem durch Besprechungen zu lösen. Ich habe bei jedem Problem Angebote gemacht, und sie sind jedesmal abgelehnt worden! Es kann kein Zweifel sein, daß jedes Volk heilige Interessen besitzt, einfach weil sie mit seinem Leben und seinem Lebensrecht identisch sind.

Wenn heute ein britischer Staatsmann fordert, daß jedes Problem, das inmitten der deutschen Lebensinteressen liegt, erst mit England besprochen werden müßte, dann könnte ich genau so gut verlangen, daß jedes britische Problem erst mit uns zu besprechen sei.

Gewiß, diese Engländer mögen mir zur Antwort geben: »In Palästina haben die Deutschen nichts zu suchen!« — Wir wollen auch gar nichts in Palästina suchen.

Allein, so wenig wir Deutschen in Palästina etwas zu suchen haben, so wenig hat England in unserem deutschen Lebensraum etwas zu suchen!

Und wenn man nun erklärt, das es sich hier um allgemeine Rechts- und Gesetzesfragen handele, so könnte ich diese Meinung nur dann gelten lassen, wenn man sie als allgemein verpflichtend betrachten würde. Man sagt, wir hätten kein Recht, dieses oder jenes zu tun. Ich möchte die Gegenfrage erheben: Welches Recht — um nur ein Beispiel zu erwähnen — hat England in Palästina, Araber niederzuschießen, nur, weil sie für ihre Heimat eintreten? Wer gibt ihm das Recht?

Wir haben jedenfalls in Mitteleuropa nicht Tausende abgeschlachtet, sondern wir haben unsere Probleme in Ruhe und in Ordnung geregelt!

Allerdings, eines möchte ich hier aussprechen: Das deutsche Volk von heute, das Deutsche Reich von jetzt, sie sind nicht gewillt, Lebensinteressen preiszugeben, sie sind auch nicht gewillt, aufsteigenden Gefahren tatenlos gegenüberzutreten!

Wenn die Alliierten einst ohne Rücksicht auf Zweckmäßigkeit, auf Recht, auf Tradition oder auch nur Vernunft die Landkarte Europas änderten, so hatten wir nicht die Macht, es zu verhindern. Wenn sie aber vom heutigen Deutschland erwarten, daß es Trabantenstaaten, deren einzige Aufgabe es ist, gegen Deutschland angesetzt zu werden, geduldig gewähren läßt bis zu dem Tag, an dem dieser Einsatz sich vollziehen soll, dann verwechselt man das heutige Deutschland mit dem Deutschland der Vorkriegszeit!

Wer sich schon bereit erklärt, für diese Großmächte die Kastanien aus dem Feuer zu holen, muß gewärtig sein, daß er sich dabei die Finger verbrennt.

Wir haben wirklich keinen Haß gegen das tschechische Volk, wir haben jahrelang miteinander gelebt. Das wissen die englischen Staatsmänner nicht. Sie haben keine Ahnung davon, daß der Hradschin nicht von einem Engländer, sondern von Deutschen erbaut wurde, und daß der St. Veits-Dom gleichfalls nicht von Engländern, sondern von deutscher Hand errichtet wurde.

Auch Franzosen waren dort nicht tätig. Sie wissen nicht, daß schon in einer Zeit, in der England noch sehr klein war, einem deutschen Kaiser auf diesem Berg gehuldigt wurde, daß schon 1000 Jahre vor mir dort der erste deutsche König stand und die Huldigungen dieses Volkes entgegennahm. Das wissen die Engländer nicht, das können sie auch nicht und brauchen sie auch nicht zu wissen.

Es genügt, daß wir es wissen und daß es so ist, daß seit einem Jahrtausend dieses Gebiet im Lebensraum des deutschen Volkes liegt. Wir hätten aber trotzdem nichts gegen einen unabhängigen tschechischen Staat gehabt, wenn er 1. nicht Deutsche unterdrückt und wenn er 2. nicht das Instrument eines kommenden Angriffs gegen Deutschland hätte sein sollen.

Wenn aber ein französischer früherer Luftfahrtminister in einer Zeitung schreibt, daß es die Aufgabe dieser Tschechei auf Grund ihrer hervorragenden Lage sei, im Kriege Deutschlands Industrie durch Luftangriffe ins Herz zu treffen, dann wird man verstehen, daß das für uns nicht ohne Interesse ist und daß wir dann daraus bestimmte Konsequenzen ziehen.

Es wäre an England und Frankreich gewesen, diese Luftbasis zu verteidigen. An uns lag es jedenfalls, zu verhindern, daß ein solcher Angriff stattfinden konnte. Ich habe geglaubt, dies auf einem natürlichen und einfachen Wege zu erreichen. Erst als ich sah, daß jeder derartige Versuch zum Scheitern bestimmt war und daß die deutschfeindlichen Elemente wieder die Überhand gewinnen würden, und als ich weiter sah, daß dieser Staat seine innere Lebensfähigkeit längst verloren hatte, ja, daß er bereits zerbrochen war, da habe ich das alte deutsche Recht wieder durchgesetzt, und ich habe wieder vereint, was durch Geschichte und geographische Lage und nach allen Regeln der Vernunft vereint werden mußte.

Nicht um das tschechische Volk zu unterdrücken! Es wird mehr Freiheit haben, als die bedrückten Völker der tugendhaften Nationen!

Ich habe, so glaube ich, damit dem Frieden einen großen Dienst erwiesen, denn ich habe ein Instrument, das bestimmt war, im Krieg wirksam zu werden gegen Deutschland, bei Zeiten wertlos gemacht.

Wenn man nun sagt, daß dieses das Signal sei dafür, daß Deutschland nun die ganze Welt angreifen wollte, so glaube ich nicht, daß man so etwas im Ernst meint; das könnte nur der Ausdruck des allerschlechtesten Gewissens sein. Vielleicht ist es der Zorn über das Mißlingen eines weit gesteckten Planes, vielleicht glaubt man damit die taktische Voraussetzung zu schaffen für die neue Einkreisungspolitik? Wie dem aber auch sei: Ich bin der Überzeugung, daß ich damit dem Frieden einen großen Dienst erwiesen habe.

Und aus dieser Überzeugung heraus habe ich mich auch vor drei Wochen entschlossen, dem kommenden Parteitag den Namen »Parteitag des Friedens« zu geben. Denn Deutschland denkt nicht daran, andere Völker anzugreifen.

Worauf wir aber nicht verzichten wollen, ist der Ausbau unserer wirtschaftlichen Beziehungen. Dazu haben wir ein Recht, und ich nehme dazu von keinem europäischen oder außereuropäischen Staatsmann Vorschriften entgegen.

Das Deutsche Reich ist nicht nur ein großer Produzent, sondern auch ein ungeheurer Konsument. Wie wir als Konsument ein unersetzbarer Handelspartner werden, so sind wir als Produzent geeignet, das, was wir konsumieren, auch ehrlich und reell zu bezahlen.

Wir denken nicht daran, andere Völker zu bekriegen, allerdings unter der Voraussetzung, daß auch sie uns in Ruhe lassen. Das Deutsche Reich ist aber jedenfalls nicht bereit, eine Einschüchterung oder auch nur Einkreisungspolitik auf die Dauer hinzunehmen.

Ich habe einst ein Abkommen mit England abgeschlossen, das Flottenabkommen. Es basiert auf dem heißen Wunsch, den wir alle besitzen, nie in einen Krieg gegen England ziehen zu müssen. Dieser Wunsch kann aber nur ein beiderseitiger sein. Wenn in England dieser Wunsch nicht mehr besteht, dann ist die praktische Voraussetzung für dieses Abkommen damit beseitigt.

Deutschland würde auch das ganz gelassen hinnehmen! Wir sind deshalb so selbstsicher, weil wir stark sind, und wir sind stark, weil wir geschlossen sind und weil wir außerdem sehend sind! .....

Nr. 282

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Berlin, den 3. April 1939

Beistandserklärung Britischer Regierung an Polen, die Chamberlain am 31. März im Unterhaus bekanntgegeben hat*, ist nach ihrem Wortlaut nur vorläufiger Natur. Sie soll britische Haltung während der Zwischenzeit klarstellen, die noch benötigt werde, um englische Konsultationen mit anderen Regierungen zu abschließendem Ergebnis zu führen. Da Britische Regierung sich selbst genötigt gesehen hat, Gerüchte von bevorstehendem deutschen Angriff auf Polen als ungerechtfertigt zu dementieren, ist die vorweg erfolgte Abgabe der Beistandserklärung für Polen in keiner Weise durch außenpolitische Lage gerechtfertigt gewesen, vielmehr aus dem Bedürfnis Englischer Regierung zu erklären, der Welt und ihrer eigenen schon ungeduldig gewordenen öffentlichen Meinung ein erstes Ergebnis der emsigen diplomatischen Bemühungen darzubieten, mit denen Foreign Office am 18. März begonnen hat.

Was unsererseits zu britischem Einkreisungsversuch und zu den Gefahren zu sagen ist, die die Staaten laufen, welche sich dazu hergeben, ist bereits in der Rede, die der Führer am Sonnabend in Wilhelmshaven gehalten hat, zum Ausdruck gekommen.

Weizsäcker

Nr. 283

Rede des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 3. April 1939

Auszug

(Übersetzung)

.... Wenn, wie ich hoffe, das Ergebnis dieser Aussprache das ist, darzutun, daß grundsätzlich und im allgemeinen dieses Haus einmütig die Erklärung billigt, die ich am Freitag abgegeben habe*, und daß es einig und entschlossen ist, alle Maßnahmen, die zur Wirksammachung dieser Erklärung nötig sein mögen, zu ergreifen, so kann die Aussprache einen sehr großen Nutzen haben. Die von mir am Freitag abgegebene Erklärung ist mit einem sehr geschickten und deshalb weithin übernommenen Ausdruck als Deckungszusage bezeichnet worden, die im voraus vor dem vollständigen Versicherungsschein ausgegeben worden sei. Ich selbst betonte nachdrücklich ihren vorübergehenden oder zeitweiligen Charakter, und ihre Bezeichnung als Deckungszusage ist durchaus nicht schlecht, soweit ein solcher Vergleich zutreffen kann; aber ich glaube, daß dieser Vergleich ganz und gar unvollständig in folgendem Punkte ist: Während naturgemäß die Ausgabe einer Deckungszusage in sich schließt, daß ihr etwas mehr ins einzelne gehende nachfolgt, ist es gerade die Art des vollständigen Versicherungsscheines, die eine so ungeheure Abweichung von allem darstellt, was dieses Land bisher unternommen hat.

Es bildet dies wirklich ein neues Moment — ich möchte sagen eine neue Epoche — in dem Verlaufe unserer auswärtigen Politik.

.... So weit von unseren traditionellen Ideen in dieser Hinsicht abgewichen zu sein, wie ich es im Auftrag Seiner Majestät Regierung am Freitag getan habe, bildet in der Tat einen so wichtigen Markstein in der britischen Politik, daß ich mit Sicherheit sagen zu können glaube, daß dieser Entschluß ein Kapitel für sich erhalten wird, wenn es einmal zum Schreiben der Geschichtsbücher kommt.

Das sehr ehrenwerte Mitglied hat soeben auf ein Mißverständnis des Sinnes dieser Erklärung angespielt. Ich gestehe, ich war selbst überrascht, daß es hier irgendein Mißverständnis geben könne, denn ich glaubte, daß die Erklärung klar und deutlich für alle war, die sich bemüht haben sie zu lesen. Selbstverständlich betrifft eine Erklärung von dieser Bedeutung nicht irgendeinen unbedeutenden kleinen Grenzzwischenfall; sie betrifft die großen Dinge, die sogar einem Grenzzwischenfall zugrunde liegen können. Wenn die Unabhängigkeit des polnischen Staates bedroht sein sollte — und wenn sie bedroht sein würde, so habe ich keinen Zweifel, daß das polnische Volk jedem Versuch hierzu Widerstand leisten würde —

* Vgl. Nr. 279.

dann besagt die Erklärung, die ich abgegeben habe, daß Frankreich und wir selbst Polen unverzüglich zur Hilfe kommen würden.

.... Erst vor nicht langer Zeit habe ich meiner Ansicht dahin Ausdruck gegeben, daß man von unserem Lande nicht verlangen solle, unbegrenzte und unbestimmte Verpflichtungen einzugehen, die unter nicht vorauszusehenden Bedingungen wirksam werden würden. Diese Ansicht halte ich noch heute aufrecht; was wir hier aber im Begriff sind zu tun, ist der Eintritt in eine bestimmte Verbindlichkeit, die sich auf einen gewissen Eventualfall bezieht, nämlich auf den Fall, daß ein Versuch dahin unternommen werden sollte, die Welt mit Gewalt zu beherrschen. Das sehr ehrenwerte Mitglied hat mit Recht gesagt, daß die Sache nicht so enden könne, wie sie jetzt steht. Wenn diese Politik die Politik der Deutschen Regierung wäre, so ist es ganz klar, daß Polen nicht das einzige Land wäre, das gefährdet sein würde, und der Politik, die uns veranlaßt hat, Polen diese Zusicherung zu geben, könnte natürlich nicht Genüge geschehen, noch könnte sie durchgeführt werden, wenn wir uns auf einen einzelnen Fall beschränken würden, der schließlich nicht der richtige Fall sein möchte. Die kürzlichen Ereignisse haben, mit Recht oder mit Unrecht, jeden Staat, der an Deutschland angrenzt, unglücklich, besorgt und ungewiß über Deutschlands zukünftige Absichten gemacht. Wenn dies alles ein Mißverständnis ist, wenn die Deutsche Regierung niemals solche Gedanken gehabt hat, gut, dann ist es um so besser. In diesem Fall werden alle Abmachungen, die getroffen werden mögen, um die Unabhängigkeit dieser Länder zu schützen, niemals Anwendung zu finden brauchen, und Europa könnte dann allmählich in einen Zustand der Ruhe zurückfallen, in der sogar das Vorhandensein dieser Abmachungen in Vergessenheit geraten könnte. ....

Nr. 284

Aus der Rede des Britischen Schatzkanzlers Sir John Simon im Unterhaus, 3. April 1939

(Übersetzung)

.... Mit ein oder zwei Ausnahmen, die nur die allgemeine Einigkeit unterstreichen, dürfen wir diesen Tag, an dem diese ungeheuer wichtige Erklärung von allen Teilen des Hauses angenommen und gebilligt worden ist, als einen Markstein in unserer Geschichte bezeichnen. Ich bin nicht geneigt, die Bedeutung der Erklärung zu verkleinern. Die Erklärung verpflichtet uns ausdrücklich in einem Teil der Welt, in dem wir bisher von besonderen Verpflichtungen befreit gewesen sind, und sie läßt auch Verpflichtungen in anderen Teilen der Welt voraussehen. Sie schreibt ein Kapitel in unserer Geschichte, das uns weiter führt als die Reihe der Verpflichtungen, die mein sehr ehrenwerter Freund in einer klassischen Rede in Leamington* aufgeführt hat. Wir stellen hier fest, daß das Land in seiner Gesamtheit, indem es diesen Standpunkt einnimmt, geeinter ist als in irgendeiner anderen politischen Frage der Gegenwart. Dies ist eine überaus gewaltige Tatsache, der wir alle uns künftig zu erinnern Gelegenheit haben werden, und ich betrachte es als unser aller Pflicht, diesen Wechsel nicht irgendwie zu verkleinern, sondern ihn in dem vollen Umfang seiner Anwendung zu würdigen und anzuerkennen. Die Erklärung verkündet einen endgültigen Kurs des Handelns, wenn Handeln notwendig sein wird, und von dieser Entscheidung kann man nicht nach rückwärts blicken.

Es ist die allerernsteste Verpflichtung, weil sie nicht etwa nur die Möglichkeit eines Krieges aus Anlaß bestimmter Ereignisse androht, sondern weil sie uns in gewissen Fällen verpflichtet, Krieg zu führen. ....

Nr. 285

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 4. April 1939

Die englisch-französische Zusammenarbeit auf dem Luftgebiet ist in den letzten Wochen durch Besprechungen auf technischem Gebiet sowie durch französische Generalstabsoffiziere auf militärischem Gebiet vertieft worden. Durch den jetzt laufenden Besuch des Französischen Luftministers in London dürften diese Besprechungen einen gewissen Abschluß erreichen.

Zum erstenmal verlautet, daß in einem Ernstfall der gemeinsame Oberbefehl über die vereinigten Luftflotten (ähnlich wie früher schon für Heer und Marine) festgelegt worden ist.

Aller Wahrscheinlichkeit soll die englische Luftwaffe die Führung übernehmen. Der Generalstabschef der englischen Luftwaffe wird für den Ernstfall als gemeinsamer Oberbefehlshaber genannt.

Gleichzeitig hiermit laufen offenbar eingehendere Besprechungen über die Vorbereitung und Verwendung englischer Luftstreitkräfte auf französischem Boden und die Beschleunigung und Verbreiterung der französischen Luftindustrie mit dem deutlichen Ziel einer Angleichung des Materials an das englische.

Im Auftrag

von Selzam

---

* Gemeint ist die Rede des damaligen Britischen Außenministers Eden in Leamington vom 20. November 1936, in der die britischen Verpflichtungen für den Kriegsfall umrissen wurden.

Nr. 286

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 10. April 1939

Der amtliche Wortlaut der Unterhauserklärung Chamberlains vom 6. April über die Verhandlungen der Britischen Regierung mit dem Polnischen Außenminister liegt nunmehr vor. Der Premierminister erklärte auf Anfrage des Labourabgeordneten Greenwood folgendes:

»Ich bin in der Lage, dem Haus folgen Bericht über die Besprechungen mit dem Polnischen Außenminister zu geben. Der Bericht ist von Herrn Beck im Namen der Polnischen Regierung und vom Staatssekretär des Äußern und mir im Namen Seiner Majestät Regierung gemeinsam verfaßt worden. Die Besprechungen mit Herrn Beck haben sich auf ein weites Feld bezogen und gezeigt, daß unsere beiden Regierungen sich über gewisse allgemeine Grundsätze völlig einig sind.

Es wurde verabredet, daß unsere beiden Länder bereit sein werden, ein dauerndes und wechselseitiges Abkommen zu schließen, um die gegenwärtige zeitweilige und einseitige Zusicherung Seiner Majestät Regierung an die Polnische Regierung* zu ersetzen. In Erwartung des Abschlusses dieses dauernden Abkommens gab Herr Beck Seiner Majestät Regierung die Zusicherung ab, daß sich die Polnische Regierung für verpflichtet halte, Seiner Majestät Regierung unter den gleichen Voraussetzungen Unterstützung zu gewähren, wie sie in der zeitweiligen Zusicherung Seiner Majestät Regierung an Polen bereits enthalten sind.

Ebenso wie die zeitweilige Zusicherung würde das dauernde Abkommen nicht gegen irgendein anderes Land gerichtet, sondern dazu bestimmt sein, Großbritannien und Polen eine wechselseitige Unterstützung im Fall irgendeiner unmittelbaren oder mittelbaren Bedrohung der Unabhängigkeit des einen oder anderen Staates zu gewähren. Es wurde anerkannt, daß gewisse Punkte, einschließlich einer genaueren Umschreibung der verschiedenen Ursachen, aus denen die Notwendigkeit einer solchen Unterstützung entstehen könnte, ein gründlicheres Studium erfordern, bevor das dauernde Abkommen vervollständigt werden kann.

Wohlverstanden sollen die obenerwähnten Abkommen keine von den beiden Regierungen daran hindern, mit anderen Ländern im allgemeinen Interesse der Festigung des Friedens Abkommen abzuschließen.«

Greenwood fragte den Premierminister weiterhin, ob die Britische Regierung nach Beendigung der Verhandlungen mit Oberst Beck beabsichtige, ihren gesamten Einfluß dafür einzusetzen, daß gleiche gegenseitige Vereinbarungen zwischen der Französischen und der Polnischen Regierung zustande kämen. Ferner fragte Greenwood, ob der Premierminister weiterhin beabsichtige, beschleunigt auf jenes breitere Bündnissystem (basis of association) hinzuarbeiten, welches die Opposition für wesentlich und grundlegend halte. Der Premierminister antwortete auf diese Frage wie folgt:

»Was die erste Frage betrifft, so glaube ich, daß die bereits bestehenden Abmachungen zwischen Polen und Frankreich praktisch den Vereinbarungen ähnlich sind, deren Abschluß die Polnische und die Britische Regierung planen. Die zweite Zusatzfrage kann ich dahin beantworten, daß es die Absicht Seiner Majestät Regierung ist, die Konsultationen und Mitteilungen mit anderen Regierungen, die bereits begonnen worden sind, fortzusetzen.«

Der Labourabgeordnete Benn fragte den Premierminister, ob bereits darüber entschieden worden wäre, was als eine Bedrohung der polnischen Unabhängigkeit anzusehen wäre. Der Premierminister verneinte die Frage. Wie er bereits in seiner oben wiedergegebenen Erklärung gesagt hätte, würde diese Frage Gegenstand weiterer Verhandlungen zwischen der Britischen und der Polnischen Regierung bilden.

Der liberale Abgeordnete Sir P. Harris fragte den Premierminister, ob er eine Versicherung dahingehend abgeben könne, daß in naher Zukunft Generalstabsbesprechungen mit Polen eingeleitet werden würden, an denen Frankreich teilnehmen könne, und ob er ferner versichern könne, daß während dieser Verhandlungen freundschaftlicher Kontakt mit Rußland gehalten werden würde. Der Premierminister beantwortete den ersten Teil der Frage dahin, daß er eine so spezifische Zusicherung nicht abgeben könne; der Fragesteller könne jedoch sicher sein, daß, wenn das englisch-polnische Abkommen geschlossen sei oder während es geschlossen werde, die Britische Regierung alle Schritte ergreifen würde, die ihr notwendig erschienen, um das Abkommen wirksam zu machen. Auf den zweiten Teil der Anfrage antwortete der Premierminister, daß Lord Halifax in enger Verbindung mit dem Sowjetrussischen Botschafter stehe (keeping in close touch).

Der konservative Abgeordnete Boothby fragte, mit welchen anderen Regierungen Besprechungen gepflogen würden. Der Premierminister antwortete, daß mit einer Anzahl anderer Regierungen Besprechungen begonnen worden wären; damit sei jedoch nicht gesagt, daß die Verhandlungen sich nur auf diese Regierungen beschränken würden.

---

* Vgl. Nr. 279.

Der Labourabgeordnete Noel Baker fragte schließlich, ob der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten während der Osterferien mit der Sowjetrussischen Regierung in Verbindung bleiben werde. Chamberlain antwortete, er wäre sicher, daß Lord Halifax in enger Verbindung mit dem Sowjetrussischen Botschafter zu bleiben beabsichtige; er wolle ihn aber nicht darauf festlegen, daß er den Sowjetrussischen Botschafter nun jeden Tag sehen werde.

Eine weitere zusätzliche Anfrage, ob die Regierung der Vereinigten Staaten über die Besprechungen voll auf dem laufenden gehalten würde, bejahte der Premierminister.

In der Oberhaussitzung vom 6. April erkundigte sich Lord Cecil im Hinblick auf die Unterhauserklärung Chamberlains vom 31. März (Garantieerklärung zugunsten Polens), ob die Frage, ob die Unabhängigkeit Polens bedroht sei, bei Polen oder bei der Britischen Regierung liege. Lord Plymouth gab daraufhin folgende Erklärung ab:

»Es ist selbstverständlich, daß, wenn Polen selbst nicht seine Unabhängigkeit als gefährdet erachtet, es nicht Sache eines anderen Landes sein kann, eine gegenteilige Ansicht zu vertreten. Da hier Entscheidungen so ernsten Charakters in Frage stehen, unterliegt es keinem Zweifel, daß die Polnische Regierung Seiner Majestät Regierung vollständig über die Entwicklung auf dem laufenden halten wird. Aber es ist unwahrscheinlich, daß irgendwelche Meinungsverschiedenheiten entstehen würden, da die Politik der beiden Regierungen — nämlich Widerstand gegen einen Herrschaftsanspruch durch Gewalt — identisch ist.«

Im Auftrag

von Selzam

Nr. 287

Der Reichsminister des Auswärtigen an verschiedene Deutsche Diplomatische Missionen in Europa

Telegramm

Berlin, den 12. April 1939

Wie dort bekannt ist, setzt die Britische Regierung im Einvernehmen mit der Französischen ihre sich gegen Deutschland und Italien richtenden Einkreisungsbestrebungen fort. Von einer Demarche in dieser Angelegenheit bitte ich abzusehen. Bei sich ergebenden Gesprächen bitte ich sich in folgendem Sinne zu äußern:

Wir erwarteten, daß sich nicht weitere Staaten auf den englischen Bauernfang einlassen werden. Sollten sich weitere Regierungen finden, die trotzdem auf die englischen Verlockungsversuche hereinfallen, so würden wir dies im Interesse der in Frage kommenden Staaten selbst bedauern. Wir würden jede Teilnahme oder Verbindung mit derartigen Kombinationen als gegen uns gerichtet ansehen und uns dementsprechend einstellen. Sie können in diesem Zusammenhang an das Wort des Führers aus seiner Wilhelmshavener Rede vom 1. April erinnern, wo es heißt: »Wer sich schon bereit erklärt, für diese Großmächte die Kastanien aus dem Feuer zu holen, muß gewärtig sein, daß er sich dabei die Finger verbrennt!«

Im übrigen bitte ich, die ganze Angelegenheit in Gesprächen mit großer Gelassenheit zu behandeln und die nervöse Geschäftigkeit, mit der die Engländer andere Staaten für ihre Zwecke einzuspannen versuchen, gebührend zu kennzeichnen.

Ribbentrop

Nr. 288

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 13. April 1939

Die Garantieerklärung zugunsten Griechenlands und Rumäniens in der heutigen Unterhausrede des *Premierministers hat gemäß Reuter folgenden Wortlaut:*

»Seiner Majestät Regierung glaubt, daß sie eine Pflicht erfüllt und einen Dienst leisten kann, indem sie über ihre Stellung für niemanden einen Zweifel läßt. Ich benutze die Gelegenheit, im Namen Seiner Majestät Regierung zu erklären, daß Seiner Majestät Regierung den größten Wert darauf legt, jeder durch Gewalt oder durch Gewaltandrohung in bezug auf den status quo im Mittelmeer und auf der Balkanhalbinsel bewirkten Änderung vorzubeugen. Folglich hat Seiner Majestät Regierung, unter

Berücksichtigung der besonderen Unruhen, die im Zuge der Ereignisse der letzten Wochen entstanden sind, Rumänien und Griechenland die besondere Zusicherung gegeben, daß sich Seiner Majestät Regierung im Fall einer Aktion, die die Unabhängigkeit Rumäniens oder Griechenlands offensichtlich bedroht und der gegenüber es nach Auffassung der Rumänischen oder der Griechischen Regierung in deren Lebensinteresse liegt, ihr mit allen nationalen Streitkräften Widerstand zu leisten, sich für verpflichtet hält, ihr unverzüglich jede in ihrer Macht liegende Unterstützung zu gewähren.

Wir werden diese Erklärung den unmittelbar betroffenen Regierungen sowie anderen, besonders der Türkei, mitteilen, deren enge Beziehungen zur Griechischen Regierung bekannt sind. Wie ich höre, wird die Französische Regierung heute nachmittag eine ähnliche Erklärung abgeben. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß die Regierungen der Dominions wie stets von allen Vorgängen laufend unterrichtet werden.«

Kordt

Nr. 289

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 14. April 1939

1. Chamberlain und Halifax haben mit ihren gestrigen Erklärungen verstanden, die sich im Lande breit machenden Besorgnisse zu zerstreuen, daß die Britische Regierung von ihrem neuen Kurs wieder abweichen könnte. Hierbei spielte eine wesentliche Rolle die Tatsache, daß sowohl Eden als auch Churchill sich grundsätzlich zu Chamberlain bekannten. Ausführungen der Oppositionsredner und allem sonstigen Gerede über eine akute Chamberlain-Krise wurde damit die Spitze abgebrochen. Stellung Kabinetts ist gefestigt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Churchill und Eden in Kabinett hereingenommen werden, besonders wenn italienische Zusage Rückzugs der Freiwilligen aus Spanien nach Siegesmarsch nicht eingehalten werden sollte.

2. Kritik an Chamberlains Politik gegenüber Italien tritt neben der Forderung in den Hintergrund, Rußland stärker heranzuziehen. Hier ist besonders bemerkenswert gestrige Debatte im Oberhaus, das noch bis vor kurzem jede Annäherung an Rußland schärfstens ablehnte. Beachtenswert sind in diesem Zusammenhang ferner die Ausführungen von Sir John Simon im Unterhaus, die erkennen lassen, daß man auch weiterhin bemüht bleibe, eine Lösung zu finden, um Rußland unter Berücksichtigung der bekannten polnischen und rumänischen Wünsche in irgendeiner Form in das sogenannte »System zur Sicherung des Friedens gegen Aggression« einzuschalten.

Kordt

Nr. 290

Die Deutsche Botschaft in Paris an das Auswärtige Amt

Telegramm

Paris, den 15. April 1939

Havas-Spécial meldet über Chamberlain-Daladier-Erklärungen und anschließende Verhandlungen folgendes:

»Wie schon gestern, legt man heute Abend in zuständigen Kreisen Wert darauf, festzustellen, daß die französisch-englischen Erklärungen nicht das Endergebnis der zur Zeit im Gang befindlichen Verhandlungen darstellen. In dem allgemeinen diplomatischen Plane, der an dem auf den deutschen Gewaltstreich gegen die Tschecho-Slowakei folgenden Tage, — in Hinsicht auf die Errichtung eines gegenseitigen Beistandssystems auf der Basis zweiseitiger Pakte zwischen den großen Demokratien des Westens und den befreundeten Mächten Osteuropas — ins Werk gesetzt wurde, bedeutet die Stellungnahme der Regierungen von London und Paris nur einen Schritt zur Überbrückung einer Zeit des Übergangs, in Erwartung des endgültigen Abschlusses der in Vorbereitung befindlichen diplomatischen Vertragswerke.

Die Besprechungen zwischen den verschiedenen beteiligten Kanzleien dauern also an. Lebhafter Meinungsaustausch findet im Augenblick insbesondere zwischen Bukarest und Warschau statt, und man hat das Empfinden, daß die dabei vor einiger Zeit aufgetauchten Schwierigkeiten nunmehr überwunden werden können.

In gleich befriedigender Weise nehmen die Verhandlungen mit der UdSSR ihren Fortgang; sie bezwecken die Abgrenzung der Mitarbeit, die die Sowjetunion im Rahmen des im Aufbau befindlichen Beistandssystems zu leisten gewillt ist.

Was die Türkei anbetrifft, so glaubt man zu wissen, daß die Verhandlungen in Kürze zum Abschluß kommen werden. Jedenfalls weiß man noch nicht, welche konkrete Form die Verpflichtungen zwischen der Türkei einerseits und Großbritannien und Frankreich andererseits annehmen werden.

Was Bulgarien angeht, hat man den Eindruck, daß die sich im Gefolge der kürzlichen Ereignisse äußernde Unruhe sehr wohl zu einer Annäherung Sofias an die Mächte der Balkan-Entente führen könnte.«

Botschaft

Nr. 291

Der Deutsche Gesandte in Bukarest an das Auswärtige Amt

Telegramm

Bukarest, den 15. April 1939

Erfahre zuverlässig, daß England nach rumänischer Absage, Viermächtepakt England-Frankreich-Polen-Rumänien als System Einkreisungspolitik gegen Deutschland zu schließen, versucht hat, Rumänien zu bestimmen, rumänisch-polnisches Bündnis, das gegen Sowjetrußland gerichtet ist, contra omnes auszudehnen, was Rumänien abgelehnt hat.

Fabricius

Nr. 292

Erklärung des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 18. April 1939

(Übersetzung)

Mr. Mander fragte den Premierminister, welche Generalstabsbesprechungen mit Ländern, denen gegenüber wir militärische Verpflichtungen eingegangen seien, vereinbart worden oder geplant seien?

Der Premierminister: »Die Regierung Seiner Majestät wird in militärischen wie auch in anderen Angelegenheiten mit den in Frage kommenden Ländern jede notwendige Fühlungnahme aufrechterhalten«.

Mr. Mander: »Ist es nicht von größter Bedeutung, daß solche Besprechungen auch mit Polen, Rumänien und Griechenland stattfinden? Und kann der sehr ehrenwerte Herr eine Versicherung abgeben, daß solche Besprechungen tatsächlich stattfinden?«

Der Premierminister: »Das ehrenwerte Mitglied muß sich mit der Versicherung, die ich ihm soeben gegeben habe, zufriedengeben«.

Nr. 293

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 26. April 1939

Der Britische Botschafter, der heute in das Auswärtige Amt kam, um die Dienstpflichterklärung Chamberlains anzukündigen *, machte mir bei seinem Besuch u. a. die folgenden Ausführungen:

Die Politik Chamberlains sei die des Friedens; doch glaube Chamberlain, das beste Mittel zur Friedensbewahrung liege in einer unzweifelhaften Demonstration der englischen Bereitschaft, wenn nötig, zu kämpfen und sich gegen einen Angriff zu verteidigen. Die Britische Regierung sei jedoch wie immer entschlossen, alles in ihrer Macht Liegende zu tun, um den Frieden zu bewahren und unter Vermeidung des Krieges eine befriedigende Lösung der Schwierigkeiten zu suchen. Die Regierung bestreite nicht, daß Probleme vorliegen; sie sei aber überzeugt, daß diese ohne Weltkrieg gelöst werden könnten. Die Regierung habe keinerlei aggressive Absichten und wolle sich auch nicht durch andere in Angriffshandlungen hineinziehen lassen. Wenn sie sich öffentlich bereit erklärt habe, Angriffshandlungen Dritter in gewissen spezi-

* Vgl. Nr. 251

sierten Fällen entgegenzutreten, so sei dies geschehen in der Hoffnung, Zwischenfälle zu vermeiden, die zum Krieg führen könnten, in keiner Weise aber, um etwa Italien oder Deutschland einzukreisen oder zu bedrohen.

Auf diese formulierte Mitteilung Hendersons erwiderte ich ganz kurz mit der Bemerkung, daß wir die Britische Regierung nach ihren Taten und nicht nach ihren Worten beurteilten. Es hätte auch keinen Sinn, meinerseits mich in Argumenten zu ergehen, wo der Führer doch übermorgen sprechen werde — die Führerrede sei bereits im Druck —; nur einer Bemerkung könne ich mich nicht enthalten: die britische Garantie an Polen sei gewiß das geeignetste Mittel, um die polnischen untergeordneten Instanzen in ihrer Bedrückung der dortigen Deutschen zu ermutigen. Sie beuge also nicht vor, sondern provoziere geradezu Zwischenfälle in diesem Gebiet.

Weizsäcker

Nr. 294

Memorandum der Reichsregierung an die Königlich Britische Regierung, 28. April 1939

Als die Deutsche Regierung im Jahre 1935 der Königlich Britischen Regierung das Angebot machte, durch einen Vertrag die Stärke der deutschen Flotte in ein bestimmtes Verhältnis zu der Stärke der Seestreitkräfte des Britischen Reiches zu bringen, tat sie dies auf Grund der festen Überzeugung, daß für alle Zeiten die Wiederkehr eines kriegerischen Konfliktes zwischen Deutschland und Großbritannien ausgeschlossen sei.

Indem sie durch das Angebot des Verhältnisses 100:35 freiwillig den Vorrang der britischen Seeinteressen anerkannte, glaubte sie mit diesem in der Geschichte der Großmächte wohl einzig dastehenden Entschlusse einen Schritt zu tun, der dazu führen würde, für alle Zukunft ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Nationen zu begründen. Selbstverständlich setzte dieser Schritt der Deutschen Regierung voraus, daß die Königlich Britische Regierung auch ihrerseits zu einer politischen Haltung entschlossen sei, die eine freundschaftliche Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen sicherstellte.

Auf dieser Grundlage und unter diesen Voraussetzungen ist das deutsch-englische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 zustande gekommen. Das ist von beiden Seiten beim Abschluß des Abkommens übereinstimmend zum Ausdruck gebracht worden. Ebenso haben noch im vorigen Herbst, nach der Konferenz von München, der Deutsche Reichskanzler und der Britische Ministerpräsident in der von ihnen unterzeichneten Erklärung feierlich bestätigt, daß sie das Abkommen als symbolisch für den Wunsch beider Völker ansähen, niemals wieder Krieg gegeneinander zu führen.

Die Deutsche Regierung hat an diesem Wunsche stets festgehalten und ist auch heute noch von ihm erfüllt. Sie ist sich bewußt, in ihrer Politik dementsprechend gehandelt und in keinem Falle in die Sphäre englischer Interessen eingegriffen oder diese Interessen sonstwie beeinträchtigt zu haben. Dagegen muß sie zu ihrem Bedauern feststellen, daß sich die Königlich Britische Regierung neuerdings von der Linie einer entsprechenden Politik gegenüber Deutschland immer weiter entfernt.

Wie die von ihr in den letzten Wochen bekanntgegebenen politischen Entschließungen und ebenso die von ihr veranlaßte deutschfeindliche Haltung der englischen Presse deutlich zeigen, ist für sie jetzt die Auffassung maßgebend, daß England, gleichviel in welchem Teil Europas Deutschland in kriegerische Konflikte verwickelt werden könnte, stets gegen Deutschland Stellung nehmen müsse, und zwar auch dann, wenn englische Interessen durch einen solchen Konflikt überhaupt nicht berührt werden.

Die Königlich Britische Regierung sieht mithin einen Krieg Englands gegen Deutschland nicht mehr als eine Unmöglichkeit, sondern im Gegenteil als ein Hauptproblem der englischen Außenpolitik an.

Mit dieser Einkreisungspolitik hat die Königlich Britische Regierung einseitig dem Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 die Grundlage entzogen und dadurch dieses Abkommen sowie die zu seiner Ergänzung vereinbarte »Erklärung« vom 17. Juli 1937 außer Kraft gesetzt.

Das gleiche gilt auch für den Teil III des deutsch-englischen Flottenabkommens vom 17. Juli 1937, in dem die Verpflichtung zu einem zweiseitigen deutsch-englischen Nachrichtenaustausch festgelegt worden ist. Die Durchführung dieser Verpflichtung setzt naturgemäß voraus, daß zwischen beiden Partnern ein offenes Vertrauensverhältnis besteht. Da die Deutsche Regierung ein solches Verhältnis zu ihrem Bedauern nicht mehr als gegeben ansehen kann, muß sie auch die Bestimmungen des erwähnten Teiles III als hinfällig geworden bezeichnen.

Von diesen der Deutschen Regierung gegen ihren Willen aufgezwungenen Feststellungen bleiben die qualitativen Bestimmungen des deutsch-englischen Abkommens vom 17. Juli 1937 unberührt. Die Deutsche Regierung wird diese Bestimmungen auch in Zukunft beachten und so ihren Teil dazu beitragen, daß ein allgemeiner unbeschränkter Wettlauf in den Seerüstungen der Nationen vermieden wird.

Darüber hinaus wird die Deutsche Regierung, falls die Königlich Britische Regierung Wert darauf legt, mit Deutschland über die hier in Betracht kommenden Probleme erneut in Verhandlungen einzutreten, dazu gern bereit sein. Sie würde es begrüßen, wenn es sich dann als möglich erwiese, auf sicherer Grundlage zu einer klaren und eindeutigen Verständigung zu gelangen.

Nr. 295

Rede des Führers vor dem Deutschen Reichstag, 28 April 1939

Auszug

..... Ich habe während meiner ganzen politischen Tätigkeit immer den Gedanken der Herstellung einer engen deutsch-englischen Freundschaft und Zusammenarbeit vertreten. Ich fand in meiner Bewegung ungezählte gleichgesinnte Menschen. Vielleicht schlossen sie sich mir auch wegen dieser meiner Einstellung an. Dieser Wunsch nach einer deutsch-englischen Freundschaft und Zusammenarbeit deckt sich nicht nur mit meinen Gefühlen, die sich aus der Herkunft unserer beiden Völker ergeben, sondern auch mit meiner Einsicht in die im Interesse der ganzen Menschheit liegende Wichtigkeit der Existenz des Britischen Weltreiches.

Ich habe niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß ich im Bestande dieses Reiches einen unschätzbaren Wertfaktor für die ganze menschliche Kultur und Wirtschaft sehe. Wie immer auch Großbritannien seine kolonialen Gebiete erworben hat — ich weiß, es geschah dies alles durch Gewalt und sehr oft durch brutalste Gewalt —, so bin ich mir doch darüber im klaren, daß kein anderes Reich auf anderem Wege bisher entstanden ist und daß letzten Endes vor der Weltgeschichte weniger die Methode als der Erfolg gewertet wird, und zwar nicht im Sinne des Erfolges der Methode, sondern des allgemeinen Nutzens, der aus einer solchen Methode entsteht.

Das angelsächsische Volk hat nun ohne Zweifel eine unermeßliche kolonisatorische Arbeit auf dieser Welt vollbracht. Dieser Arbeit gehört meine aufrichtige Bewunderung. Der Gedanke an eine Zerstörung dieser Arbeit erschiene und erscheint mir von einem höheren menschlichen Standpunkt aus nur als ein Ausfluß menschlichen Herostratentums. Allein dieser mein aufrichtiger Respekt vor dieser Leistung bedeutet nicht einen Verzicht auf die Sicherung des Lebens meines eigenen Volkes.

Ich halte es für unmöglich, eine dauernde Freundschaft zwischen dem deutschen und dem angelsächsischen Volk herzustellen, wenn nicht auch auf der anderen Seite die Erkenntnis vorhanden ist, daß es nicht nur britische, sondern auch deutsche Interessen gibt, daß nicht nur die Erhaltung des Britischen Weltreiches für die britischen Männer Lebensinhalt und Lebenszweck ist, sondern für die deutschen Männer die Freiheit und Erhaltung des deutschen Reiches! Eine wirklich dauernde Freundschaft zwischen diesen beiden Nationen ist nur denkbar unter der Voraussetzung der gegenseitigen Respektierung.

Das englische Volk beherrscht ein großes Weltreich. Es hat dieses Weltreich gebildet in einer Zeit der Erschlaffung des deutschen Volkes. Vordem war Deutschland ein großes Weltreich. Es beherrschte einst das Abendland. In blutigen Kämpfen und religiösen Streitigkeiten sowie aus den Gründen einer inneren staatlichen Aufsplitterung ist dieses Reich an Macht und Größe gefallen und endlich in tiefen Schlaf gesunken. Allein als dieses alte Reich sein Ende zu nehmen schien, da wuchs bereits der Keim zu seiner Wiedergeburt. Aus Brandenburg und Preußen entstand ein neues Deutschland, das Zweite Reich, und aus ihm wurde nunmehr endlich das deutsche Volksreich.

Es möchten nun alle Engländer begreifen, daß wir nicht im geringsten das Gefühl einer Inferiorität den Briten gegenüber besitzen. Dazu ist unsere geschichtliche Vergangenheit zu gewaltig!

England hat der Welt viele große Männer geschenkt, Deutschland nicht weniger. Der schwere Kampf um die Lebensbehauptung unseres Volkes hat im Laufe von drei Jahrhunderten nur in der Verteidigung des Reiches von uns Blutopfer gefordert, die weit darüber hinausgingen, was andere Völker für ihre Existenz zu bringen hatten. Wenn Deutschland als ewig angegriffener Staat dabei trotzdem seinen Besitzstand nicht zu wahren vermochte, sondern viele Provinzen opfern mußte, dann nur infolge seiner staatlichen Fehlentwicklung und der daraus bedingten Ohnmacht! Dieser Zustand ist nun überwunden. Wir haben daher als Deutsche nicht im geringsten die Empfindung, dem britischen Volk etwa unterlegen zu sein. Die Achtung vor uns selbst ist genau so groß wie die eines Engländers vor England. Die Geschichte unseres Volkes hat in ihrer nunmehr fast 2000jährigen Dauer Anlässe und Taten genug, um uns mit einem aufrichtigen Stolz zu erfüllen.

Wenn nun England für diese unsere Einstellung kein Verständnis aufbringt, sondern in Deutschland glaubt, vielleicht einen Vasallenstaat erblicken zu können, dann ist allerdings unsere Liebe und unsere Freundschaft an England umsonst dargeboten worden. Wir werden deshalb nicht verzweifeln oder verzagen, sondern wir werden dann — gestützt auf das Bewußtsein unserer eigenen Kraft und auf die Kraft unserer Freunde — die Wege finden, die unsere Unabhängigkeit sicherstellen und unserer Würde keinen Abbruch tun.

Ich habe die Erklärung des Britischen Premierministers vernommen, nach der er meint, in Versicherungen Deutschlands kein Vertrauen setzen zu können. Ich halte unter diesen Umständen es für selbstverständlich, daß wir weder ihm noch dem englischen Volk weiterhin eine Lage zumuten wollen, die nur unter Vertrauen denkbar ist.

Als Deutschland nationalsozialistisch wurde und damit seine Wiederauferstehung einleitete, habe ich im Verfolg meiner unentwegten Freundschaftspolitik England gegenüber von mir aus selbst den Vorschlag einer freiwilligen Begrenzung der deutschen Seerüstung gemacht. Diese Begrenzung setzte allerdings eines voraus, nämlich den Willen und die Überzeugung, daß zwischen England und Deutschland niemals mehr ein Krieg möglich sein würde. Diesen Willen und die Überzeugung besitze ich auch heute noch.

Ich muß aber nunmehr feststellen, daß die Politik Englands inoffiziell und offiziell keine Zweifel darüber läßt, daß man in London diese Überzeugung nicht mehr teilt, sondern im Gegenteil der Meinung ist, daß ganz gleich, in welchen Konflikt Deutschland einmal verwickelt werden würde, Großbritannien stets gegen Deutschland Stellung nehmen müßte. Man sieht also dort den Krieg gegen Deutschland als etwas Selbstverständliches an. Ich bedauere dies tief; denn die einzige Forderung, die ich an England stellte und immer stellen werde, ist die nach Rückgabe unserer Kolonien. Ich ließ aber keine Unklarheit darüber, daß dies niemals der Grund für eine kriegerische Auseinandersetzung sein würde. Ich war immer des Glaubens, daß England, für das diese Kolonien keinen Wert haben, einmal Verständnis für die deutsche Lage aufbringen würde und die deutsche Freundschaft dann höher bewerten müßte als Objekte, die keinerlei realen Nutzen für England abwerfen, während sie für Deutschland lebenswichtig sind.

Ich habe aber, davon abgesehen, nie eine Forderung gestellt, die irgendwie britisches Interesse berührt haben würde oder die dem Weltreich hätte gefährlich werden können und mithin für England irgendeinen Schaden bedeutet haben könnte. Ich habe mich immer nur im Rahmen jener Forderungen bewegt, die auf das engste mit dem deutschen Lebensraum und damit dem ewigen Besitz der deutschen Nation zusammenhängen. Wenn nun England heute in der Publizistik und offiziell die Auffassung vertritt, daß man gegen Deutschland unter allen Umständen auftreten müßte und dies durch die uns bekannte Politik der Einkreisung bestätigt, dann ist damit die Voraussetzung für den Flottenvertrag beseitigt. Ich habe mich daher entschlossen, dies der Britischen Regierung mit dem heutigen Tage mitzuteilen.

Es handelt sich dabei für uns nicht um eine materielle Angelegenheit — denn ich hoffe noch immer, daß wir ein Wettrüsten mit England vermeiden können —, sondern um einen Akt der Selbstachtung. Sollte die Britische Regierung aber Wert darauf legen, mit Deutschland über dieses Problem noch einmal in Verhandlungen einzutreten, dann würde sich niemand glücklicher schätzen als ich, um vielleicht doch noch zu einer klaren und eindeutigen Verständigung kommen zu können.

Im übrigen kenne ich mein Volk — und ich baue darauf. Wir wollen nichts, was uns nicht einst gehört hat, kein Staat wird von uns in seinem Eigentum jemals beraubt werden, allein jeder, der Deutschland glaubt angreifen zu können, wird eine Macht und einen Widerstand vorfinden, gegenüber denen die des Jahres 1914 unbedeutend waren. ......

Nr. 296

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 29. April 1939

I. Publizität der Rede des Führers in Londoner und Provinzpresse hat ein Ausmaß, wie dies bisher noch bei keiner Äußerung fremden Staatsmannes der Fall gewesen ist.

II. Kritische Einstellung, vor allem der konservativen Blätter, ist vornehmlich darin begründet, daß gesetzgeberische Maßnahmen hinsichtlich Einführung Wehrpflicht noch nicht zum Abschluß gebracht sind und mithin zuversichtliche Beurteilung diese gefährden könnte. Eindruck, den Rede in amtlichen und politischen Kreisen gemacht hat, ist jedenfalls viel positiver, als Presse erkennen läßt. Abgesehen von einer Mitteilung, daß Großbritannien sich auch bereit finden könnte, Deutschland eine Garantie gegen Angriffe zu geben, haben sich amtliche Stellen Presse gegenüber jeder Direktive für Sprachführung enthalten. Bezeichnend für tatsächlichen Eindruck ist Erklärung eines konservativen Politikers, daß Rede hervorragende staatsmännische Leistung sei, und Äußerung eines anderen, wonach jüdische Finanzkreise sehr verärgert, daß Rede nicht »kriegerischen« Charakter gehabt hätte.

III. Wenn in amtlichen Kreisen auch betont wird, daß abschließende Beurteilung Führerrede erst nach eingehenderem Studium möglich, ist jetzt schon festzustellen, daß Aufkündigung deutsch-englischer Flottenvereinbarung leichter genommen wird als die deutsch-polnischen Vertrags. Andererseits ist Bekanntgabe unseres von Polen abgelehnten Angebots psychologisch besonders geeignet, britisches Volk zu beeindrucken.

Kordt

Nr. 297

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 2. Mai 1939

In der Anlage wird eine Aufzeichnung über ein Gespräch vorgelegt, das ein Botschaftsmitglied dieser Tage mit einem Gewährsmann hatte.

Im Auftrag

von Selzam

Anlage

Aufzeichnung

London, den 18. April 1939

Der Gewährsmann behauptete heute, daß die englische Zielsetzung bezüglich der Türkei darauf hinausginge, sicherzustellen, daß, wenn England auf Grund der bestehenden Verpflichtungen oder der eigenen Interessen im Mittelmeer zu kriegerischen Aktionen veranlaßt werde, der britischen Flotte die türkische Armee zur Seite stehe. Im Fall eines italienischen Angriffs von Lybien oder dem Dodekanes aus auf den Suezkanal würde die türkische Armee den britischen oder ägyptischen Streitkräften zu Hilfe kommen.

England habe das Ziel, die Türkei zum Schutz des ganzen Mittelmeeres in ein englisch-französisch-türkisches Abkommen einzuspannen, wohingegen die Türkei nur bereit sei, sich England gegenüber hinsichtlich des östlichen Mittelmeeres zu binden.

Nr. 298

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 8. Mai 1939

Der Französische Botschafter machte mir heute seinen ersten Besuch nach Rückkehr von seinem mehrwöchigen Aufenthalt in Frankreich.

Wir kamen auf die etwas stürmische letzte Unterhaltung nicht zurück, die wir am 18. März nach der tschechischen Sache miteinander geführt hatten. Vielmehr versicherte Herr Coulondre, er sei zur Fortsetzung der Aufgabe in Berlin wieder eingetroffen, die er sich von vornherein gestellt habe, nämlich zur Befriedungsarbeit in den deutsch-französischen Beziehungen. Die abgerissenen Fäden freilich habe er nicht mehr in der Hand, und insbesondere Herr Daladier habe von den Märzereignissen her noch einen recht bitteren Geschmack im Munde. Er, Coulondre, aber werde bestimmt sein Bestes für das deutsch-französische Verhältnis tun.

Auf Polen übergehend fragte Coulondre nach der Möglichkeit neuer deutsch-polnischer Konversationen. Ich habe versucht, dem Botschafter klarzumachen, daß die Haltung Becks doch eine sehr sterile sei. Beck habe sich in seiner Antwort an uns wie ein Pascha auf einen Stuhl gesetzt und uns freigestellt, mit ihm das Gespräch zu eröffnen, wenn wir uns nach seinen Prinzipien richten wollten. Ich sähe bei einem solchen Verhalten keinen Anknüpfungspunkt. Der Führer habe seine Offerte ja auch als eine einmalige charakterisiert. Gefährlich schiene mir das Vorgehen der Halbgötter im westlichen Polen gegen unsere Volksdeutschen. Hier könnten Zwischenfälle mit ernsten Folgen vorkommen. Als Coulondre einwarf, Frankreich warne in Warschau vor solchen Dummheiten, erwiderte ich, leider schiene mir Warschau die Zügel recht lose zu führen und solchen Zwischenfällen eben nicht genügend vorzubeugen. Die Weisheit der Britischen Regierung in den letzten Wochen sei mir nicht recht klar geworden. Die britische Garantie an Polen hieße doch dem unerzogenen Kinde den Zucker reichen, ehe es Vernunft angenommen habe.

Weizsäcker

Nr. 299

Rede des Britischen Premierministers Chamberlain in der Albert-Hall, London, 11. Mai 1939

Auszug

(Übersetzung)

..... Ich wünsche es ebenso klar zu machen, daß wir nicht bereit sind ruhig zuzuschauen, wie die Unabhängigkeit eines Landes nach dem anderen zerstört wird. Solche Versuche sind im Frieden stets auf unseren Widerstand gestoßen, und gerade weil es keine Ruhe, keine Sicherheit in Europa geben kann, ehe die Völker nicht davon überzeugt sind, daß kein derartiger Versuch geplant ist, haben wir diese Versicherungen an Polen*, Rumänien und Griechenland** gegeben, die von diesen Staaten so lebhaft begrüßt worden sind.

Zu dem gleichen Zwecke der Beruhigung und Stabilisierung der Lage sind wir in Besprechungen mit anderen Ländern, besonders mit Rußland und der Türkei, eingetreten. Diese Besprechungen sind noch im Gange und ich kann Ihnen daher heute keinen Bericht über dieselben geben. Ich möchte nur sagen, daß die Regierung Seiner Majestät ernstlich hofft und aufrichtig wünscht, daß sie bald zu einem erfolgreichen Abschluß gelangen möchten, und daß auf diese Weise der Sache des Friedens noch mehr gedient wird. .....

Es muß offenkundig sein, daß diese unsere Zusagen an verschiedene europäische Länder unsere Verantwortlichkeiten in starkem Maße erhöht haben und daß es deshalb notwendig ist, daß wir uns instand setzen, diese Zusicherungen zu erfüllen. Heutzutage gehen einem Kriege nicht länger jene vorbereitenden Abschnitte voraus, welche in früheren Zeiten eine genügende Warnung für das Herannahen des Krieges darstellten. Heute ist eine sorgfältig vorbereitete Überraschung und der Blitzstrahl die erste Kriegsanzeige. Wir müssen unsere Vorbereitungen deshalb entsprechend treffen. Andere Staaten, welche Landgrenzen haben, befestigen diese Grenzen und ihre Befestigungen sind Tag und Nacht mit Verteidigungstruppen besetzt. Unsere Befestigungen hier in England sind unser Luftschutz und dieser ist der Territorialarmee anvertraut.

Wir könnten ihn keiner zuständigeren Truppe übertragen. Aber wir können nicht verlangen, daß die Soldaten der Territorialarmee ihre normalen Beschäftigungen aufgeben und Tag und Nacht diesen Luftschutzdienst ausüben. Dies kann nur für kurze Perioden und in Zeiten eines besonderen Notstandes geschehen. Es ist deshalb notwendig, daß wir unsere gegenwärtigen Vorkehrungen ergänzen und die Dienste von Mannschaften in Anspruch nehmen, welche ziemlich lange Ausbildungsperioden durchmachen werden, damit sie die Territorialarmee dann ablösen können, wenn kein dringender Notstand besteht.

Wie Sie wissen, haben wir beschlossen, einen Entwurf über pflichtmäßige militärische Ausbildung einzubringen, dessen Einzelheiten gegenwärtig im Unterhaus erörtert werden. ......

Im Verlauf der Erörterungen, die wir mit diesen europäischen Ländern geführt haben, wurde uns klar, daß Zweifel über den Ernst unserer Absichten bestanden. Im besonderen konnten unsere Freunde überall auf dem Kontinent, die selbst seit langer Zeit die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt haben, es nicht verstehen, wie wir, wenn wir es ernst meinten, unsere Verteidigung Freiwilligen anvertrauen könnten, Männern, deren Zeit durch ihre gewöhnliche Beschäftigung in Anspruch genommen ist, und die, ehe nicht wirklich Krieg ausbricht, niemals jene gründliche Ausbildung erhalten, die allen Armeen auf dem Kontinent zuteil wird

Wir stellten fest, daß dies Gefühl so stark war, daß es tatsächlich den Erfolg unserer Politik, den Aufbau einer Friedensfront zu versuchen, gefährdete. Wir konnten uns der Überzeugung nicht verschließen, daß kein einziger Schritt unsererseits unsere Freunde so ermutigen und, wie ich mit Absicht hinzufügen möchte, alle diejenigen, die nicht unsere Freunde sein sollten, so beeindrucken würde, wie die Einführung der zwangsweisen militärischen Ausbildung in unserem Lande.

..... Nach Ansicht vieler Leute liegt heute der Gefahrenpunkt Europas in Danzig. Wenn auch unsere Polen gegebenen Versicherungen klar und bestimmt sind, wenn wir auch glücklich wären, die Streitpunkte zwischen Polen und Deutschland freundschaftlich durch Erörterungen beseitigt zu sehen, und wenn wir auch glauben, daß sie auf diese Art bereinigt werden könnten und müßten, so steht doch fest, daß, falls ein Versuch gemacht werden sollte, die Lage durch Gewalt in einer solchen Weise zu ändern, daß dadurch die polnische Unabhängigkeit bedroht würde, dies unvermeidlich zum Beginn eines allgemeinen Krieges führen müßte, in den unser Land verwickelt sein würde. ......

---

* Vgl. Nr. 279 und 286.

** Vgl. Nr. 288.

Nr. 300

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 13. Mai 1939

Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich folgendes über die Vorgeschichte der außenpolitischen Rede, die Chamberlain am vergangenen Donnerstag vor den konservativen Frauen in der Albert Hall* gehalten hat:

Der Ministerpräsident hatte ursprünglich die Absicht, die polnische Frage in seiner Rede nicht zu berühren. U. a. wollte er auch nichts sagen über die Einbeziehung oder Nichteinbeziehung Danzigs in das britische Garantieversprechen. Kurz vor der Rede habe jedoch die Polnische Regierung in London und in Paris darauf hingewiesen, daß sich in Deutschland ein großer Optimismus bezüglich der Nichtbereitschaft Großbritanniens breitmache, in einem deutsch-polnischen Konflikt wegen Danzig ihren eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden.

Die Französische Regierung ist kurz darauf in gleichem Sinne bei der Britischen Regierung vorstellig geworden und hat mitgeteilt, daß Daladier in seiner außenpolitischen Rede eine feste Haltung für angebracht hielte. Auf Grund der polnischen und französischen Vorstellungen hin hat Chamberlain am Donnerstag vormittag, zusammen mit Lord Halifax und Sir Alexander Cadogan, den Passus wörtlich festgelegt, in dem er die britische Haltung in der Danziger Frage noch einmal in unmißverständlichen Worten klarlegte.

von Dirksen

Nr. 301

Erklärung des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 12. Mai 1939

(Übersetzung)

1. Seiner Majestät Regierung im Vereinigten Königreich und die Türkische Regierung sind in enge Beratung eingetreten, und die Erörterungen, die zwischen ihnen stattfanden und die noch fortgesetzt werden, haben ihre herkömmliche Meinungsübereinstimmung enthüllt.

2. Es wird vereinbart, daß die beiden Länder einen genau abgegrenzten langfristigen Vertrag wechselseitigen Charakters im Interesse ihrer nationalen Sicherheit abschließen wollen.

3. Während der Fertigstellung des endgültigen Vertrags erklären Seiner Majestät Regierung und die Türkische Regierung, daß sie im Falle einer Angriffshandlung, die zu einem Krieg im Mittelmeer führt, bereit sein würden, effektiv zusammenzuarbeiten und einander alle in ihrer Macht stehende Hilfe und jeden Beistand zu leisten.

4. Diese Erklärung ist, ebenso wie der vorgeschlagene Vertrag, nicht gegen irgendein Land gerichtet, sondern sie ist dazu bestimmt, Großbritannien und der Türkei gegenseitige Hilfe und Beistand zuzusichern, falls sich die Notwendigkeit ergeben sollte.

5. Es wird von den beiden Regierungen anerkannt, daß gewisse Dinge, einschließlich der genaueren Bestimmung der verschiedenen Voraussetzungen, die die gegenseitigen Verpflichtungen zur Wirkung bringen würden, eine genauere Prüfung erfordern, ehe der endgültige Vertrag fertiggestellt werden kann. Diese Prüfung ist im Gange.

6. Die beiden Regierungen erkennen an, daß es ebenfalls notwendig ist, die Sicherheit auf dem Balkan zu verbürgen, und sie beraten zusammen mit dem Ziel, diesen Vorsatz so schnell wie möglich auszuführen.

7. Es wird vorausgesetzt, daß die eben erwähnten Übereinkommen keine Regierung hindern, mit anderen Ländern Abkommen im allgemeinen Interesse der Festigung des Friedens zu schließen.

8. Eine entsprechende Erklärung wird heute abend in Ankara abgegeben**.

---

* Vgl. Nr. 299

** In Verfolg dieser Vereinbarung wurde am 19. Oktober 1939 in Ankara ein gegenseitiger Beistandspakt zwischen Groß-Britannien, Frankreich und der Türkei abgeschlossen.

Nr. 302

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 15. Mai 1939

Nach Übergabe einer Verbalnote betreffend das Memelgebiet leitete der Britische Botschafter heute bei mir ein Gespräch über die allgemeine politische Lage ein. Offensichtlich lag ihm daran, uns klarzumachen, daß England den Krieg nicht wünsche und ihn durch einen deutsch-polnischen Ausgleich vermeiden wolle, trotzdem aber bereit und entschlossen sei, seinem gegebenen Wort folgend den Polen beizuspringen, wenn wir eine gewaltsame Änderung des Besitzstandes von Danzig herbeiführen wollten und damit Polen zum Krieg gegen uns veranlaßten. Der Botschafter brachte dies in drei verschiedenen Einkleidungen vor. Er bestritt mir dabei nicht meine Kritik an der seltsamen britischen Politik, die ihre Entscheidungen über Krieg und Frieden in die Hand der Warschauer Regierung, ja sogar in die Hand von irgendwelchen untergeordneten polnischen Organen gelegt habe. Auch gab Henderson zu, daß dieses Verfahren geradezu eine Prämie auf polnische Unbesonnenheiten darstelle. Er sagte aber, unser plötzlicher Marsch auf Prag habe eben einen völligen Umschwung in London hervorgebracht. In dieser Stimmung habe England nun einmal sein Wort gegeben und werde es auch einlösen, nicht etwa um das deutsche Danzig den Polen zu erhalten, sondern um Polen in einem Konflikt nicht sitzenzulassen. Henderson sagte, die öffentliche Meinung in England sei leider im Laufe seiner Amtstätigkeit in Berlin immer schlechter geworden und jetzt sogar bereit, für die Polen, denen Henderson kein lobendes Attribut zuteilte, in einen europäischen Krieg einzutreten. Henderson glaubte zu wissen, daß der Polnische Außenminister Beck alles andere als Krieg wünsche, denn er verspreche sich nichts Gutes für Polen davon, obgleich er ebenso wie die Englische Regierung vom schließlichen Sieg der britisch-französisch-polnischen Waffen überzeugt wäre. Dieser Krieg, fügte Henderson an, würde von seiten der Westmächte defensiv geführt werden. Man würde sich gegenseitig zwar etliche Bomben in die Häuser werfen, der endliche Erfolg aber läge nach britischer Überzeugung nicht bei Deutschland und Italien, da die Achsenmächte den kürzeren Atem hätten. Ich habe ihm darauf die selbstverständliche Antwort gegeben.

Weizsäcker

Nr. 303

Rede des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 19. Mai 1939

Auszug

(Übersetzung)

..... Die Politik, die die Regierung Seiner Majestät gegenwärtig verfolgt, hat, wie dem Hause bekannt, seit der Vereinigung Böhmens und Mährens mit dem Deutschen Reich eine neue Entwicklung genommen. Es ist mir nicht bekannt, ob die Deutsche Regierung selbst zu der Zeit, als sie sich zu ihrem Vorgehen entschloß, sich über die gewaltigen Rückwirkungen klar war, die dieses Vorgehen in der Welt verursachen würde.

...... Es war in Wirklichkeit zwecklos für die Deutsche Regierung, ableugnen zu wollen, daß sie irgendwelche Pläne gegen die Unabhängigkeit anderer Staaten hegte, weil sie durch ihre Handlungsweise einen Verdacht erregt hatte, den sie nicht länger beschwichtigen konnte. Wir waren der Auffassung, daß, wenn nicht ein neuer stabilisierender Faktor in die europäische Politik eingeführt werden könnte, die Auflösung eines großen Teiles Europas unmittelbar bevorstehen könnte. Unter diesen Umständen hielt es die Regierung Seiner Majestät für ihre Pflicht, im Verein mit Frankreich einzuschreiten und den Versuch zu machen, diesen neuen stabilisierenden Faktor zur Verfügung zu stellen. Es erwies sich als notwendig, schnell zu handeln, weil die Furcht vor einem Angriff in bestimmten Kreisen akut war, und wir glaubten daher, daß es nicht möglich sei zu warten, während wir bemüht waren, ein System oder eine Kombination zum Widerstand gegen solche Angriffe zu schaffen. Wir entschlossen uns daher selbst zu handeln, und zwar schnell, indem wir Unterstützungszusicherungen da gaben, wo sie am dringendsten benötigt wurden; eine Politik, die, wie ich glaube, allgemein gebilligt worden ist.

Aus dem, was ich gesagt habe, wird man erkennen, daß die von uns zunächst an Polen und später an Rumänien und Griechenland gegebenen Zusicherungen nicht das Ende der Maßnahmen bedeuteten, die wir im Auge hatten. Es handelte sich dabei, wenn man so sagen will, um eine erste Hilfe, die gegeben wurde, um jede weitere Verschlechterung der Lage zu verhindern. Es ist noch erforderlich, diese Zusicherungen durch dauerhaftere Abkommen zu verstärken und zu versuchen, von allen anderen Seiten, die dazu bereit und gewillt sind, weitere Unterstützung für diese Zusicherungen zu gewinnen. Ich wünsche, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß diese Politik nicht die Schaffung einander entgegengesetzter Mächtegruppierungen in Europa bezweckt, die von feindlichen Absichten gegeneinander beseelt sind, und nicht die Ansicht gelten läßt, daß ein Krieg unvermeidlich sei.

..... Die Abgabe dieser Zusicherungen allein genügte nicht. Es war unsere Aufgabe, den Versuch zu machen, andere, wie auch uns selbst, davon zu überzeugen, daß wir in der Lage seien, diese Zusicherungen zu erfüllen. Das war nicht nur im Interesse des Vertrauens derjenigen, denen Zusicherungen gegeben wurden, sondern auch für weitere Kreise notwendig. Wir haben im Verlaufe dieser Woche über die die militärische Ausbildung behandelnde Gesetzesvorlage debattiert. Die allgemeinen in dieser Vorlage enthaltenen Grundsätze haben, wie ich glaube, in unserem Lande allgemeine Zustimmung gefunden und sind vom Unterhaus gebilligt worden. Zweifellos hat auch in diesem Falle nicht nur der Umfang der zusätzlichen Stärke, die uns aus dieser Maßnahme erwächst, sondern auch die Tatsache, daß diese Maßnahme im Gegensatz zu allem steht, was wir bisher als von vorherrschender Bedeutung in unserer diesbezüglichen Politik gehalten haben, eine Wirkung erzielt, deren ganzer Umfang vielleicht nur schwer in diesem Hause ermessen werden kann. Es ist, um es nochmals zu sagen, nicht genug, daß wir in unserem Lande alles nur Mögliche tun, um unsere Zusicherungen genügend zu untermauern. Wir waren bestrebt, diese Staaten zu unterstützen oder für sie Unterstützung durch den Beitritt anderer Länder zu erlangen, die, wie wir selbst, am Frieden interessiert, aber dem wahrscheinlichen Sitz der Unruhe erheblich näher sind als wir selbst. Und deshalb traten wir in Besprechungen mit den Regierungen der Türkei und der Sowjetunion ein, worüber die ehrenwerten Mitglieder des Hauses in der letzten und in der vorletzten Woche so viel gelesen haben.

Im Falle der Türkei haben unsere Besprechungen sehr bald eine solche Ähnlichkeit unserer Interessen und Ansichten ergeben, daß es den beiden Regierungen möglich war, die Erklärung vom 12. Mai* abzugeben, eine Erklärung, die den Abschluß eines endgültigen langfristigen Gegenseitigkeitsabkommens ankündigte.

...... Gestatten Sie mir, bei dieser Gelegenheit zu bemerken, daß wir dem Gegenseitigkeitscharakter der Abkommen, die wir mit der Türkei und Polen abgeschlossen haben, große Bedeutung beimessen. Der sehr ehrenwerte Herr sprach von der Rolle, die Rußland im Jahre 1914 gespielt hat. Zu jener Zeit hatten Rußland und Deutschland eine gemeinsame Grenze, und es gab keinen polnischen Staat. Es ist aber eine Genugtuung, sich daran zu erinnern, daß, wenn wir in einen Krieg verwickelt werden sollten, jenes große mannhafte Volk an den Grenzen Deutschlands steht, das auf Grund dieses Abkommens verpflichtet ist, uns jede nur mögliche Hilfe und allen nur möglichen Beistand zu leisten. .....

Nr. 304

Der Deutsche Generalkonsul in New York an das Auswärtige Amt

Telegramm

New York, den 25. Mai 1939

Führender amerikanischer Geschäftsmann gab nach Rückkehr von Europareise vertraulich Freunden gegenüber Ansicht Ausdruck, daß eine Kriegsgefahr gegenwärtig viel mehr von England her als durch Deutschland bestehe. Die Englische Regierung sei heute endgültig entschlossen, anhaltende internationale Spannung mit Gefahrenmomenten für Sicherheit Imperiums zu beenden, und werde erste Gelegenheit, die Deutschland gebe, ergreifen, um Entscheidung zu erzwingen. Voraussetzung sei lediglich erfolgreicher Abschluß Paktes mit Sowjetrußland. Vertrauliche Mitteilung wurde mit Empfehlung verbunden, möglichst bald dieser Lage Rechnung tragende geschäftliche Dispositionen zu treffen.

Geschäftsmann soll von September als günstigem Termin für englische Aktion gesprochen haben, während andere Nachrichten aus Wallstreet etwas späteren Termin, etwa Oktober, nennen.

Kürzliche Erklärung Britischen Schatzkanzlers im Unterhaus, die englische Geschäftswelt vor Fortsetzung Kapitalanlagen in amerikanischen Wertpapieren warnt, um daraus resultierende Entblößung britischen Kapitalmarktes zu verhindern, wird in Kreisen, die Wallstreet nahestehen, als Bestätigung dieser Auffassungen angesehen.

Gleiche Kreise finden auch Artikel amerikanischen Journalisten Demaree Beß aus Paris in »Saturday's Evening Post« beachtlich, wonach bereits im vergangenen Winter hoher britischer Marineoffizier erklärte, gewollte Herausforderung Deutschlands sei Englands einziger Ausweg, eine Auffassung, die nach Beß' Erklärung seit Errichtung böhmischen Protektorats in London erheblich an Boden gewonnen habe.

Borchers

---

* Vgl Nr. 301.

Nr. 305

Rede des Führers in Kassel, 4. Juni 1939

Auszug

..... Vor zwanzig Jahren wurde eine erbärmliche Staatsführung veranlaßt, unter einem — wie sie wohl glaubte — unwiderstehlichen Zwang ihre Unterschrift unter ein Dokument zu setzen, das Deutschland die Schuld am Kriege als endgültig erwiesen aufzubürden versuchte. Wissenschaftliche historische Untersuchungen haben unterdes diese Behauptungen längst als Lüge und Fälschung erwiesen. Ich selbst habe diese wider besseres Wissen geleistete Unterschrift unter das Versailler Diktat feierlich gelöscht und damit auch rein formell der Wahrheit die Ehre gegeben.

Allein, unabhängig davon muß uns allen eines bewußt sein: Die Schuld am Kriege ist unlösbar verbunden mit der Aufstellung des Kriegszieles. Kein Volk und kein Regime werden Krieg führen bloß um des Krieges willen. Nur im Gehirn perverser jüdischer Literaten kann die Vorstellung Platz greifen, daß irgend jemand aus reiner Lust am Töten oder Blutvergießen zum Kriege schreiten kann. Es war aber nun entscheidend, daß die Deutsche Regierung nicht nur vor dem Jahre 1914 kein Kriegsziel besaß, sondern daß sie sogar im Kriege selbst zu keiner irgendwie vernünftigen oder gar präzisen Kriegszielfixierung zu kommen vermochte.

Der Friedensvertrag von Versailles hat demgegenüber aber erkennen lassen, welches die wirklichen Kriegsziele der damaligen britischen und französischen Einkreisungspolitiker gewesen waren. Der Raub der deutschen Kolonien, die Vernichtung des deutschen Handels, die Zerstörung aller deutschen Existenz- und damit Lebensgrundlagen, die Beseitigung der deutschen politischen Geltung und Machtstellung, mithin also die gleiche Zielsetzung, wie sie die britischen und französischen Einkreisungspolitiker auch heute besitzen!

Es gab damals in Deutschland leider Menschen, die den extremen Ankündigungen englischer Zeitungen und englischer Politiker über die notwendige Wegnahme der deutschen Kolonien, die Vernichtung des deutschen Handels, die bereits im Frieden bekanntgegeben worden waren, Glauben schenken zu müssen vermeinten. Der Weltkrieg und das Friedensdiktat von Versailles haben die deutsche Nation nun eines anderen belehrt.

Was früher scheinbar unverantwortliche Publizisten als Ausgeburt ihrer eigenen Phantasien oder ihres Hasses verkündet hatten, war eben doch das Ziel der britischen Politik gewesen, nämlich der Raub der deutschen Kolonien, die Vernichtung des deutschen Handels, die Zerstörung der deutschen Handelsflotte, die machtpolitische Entnervung und Zerstörung des Reiches, mithin die politische und körperliche Ausrottung des deutschen Volkes. Dies waren die Ziele der britischen Einkreisungspolitik vor dem Jahre 1914.

Und es ist gut, wenn wir uns nun daran erinnern, daß diesen durch das spätere Friedensdiktakt von Versailles erhärteten Absichten und Kriegszielen unserer Gegner die damalige deutsche Staatsführung gänzlich ziellos und leider auch willenlos gegenüberstand. So konnte es geschehen, daß nicht nur keine deutsche Kriegszielsetzung vorhanden war, sondern daß auch nicht die notwendigen deutschen Kriegsvorbereitungen selbst im Sinne einer nur wirkungsvollen Abwehr getroffen worden waren. Und hier liegt vielleicht die schlimmste Schuld Deutschlands am Weltkrieg, nämlich die Schuld, durch eine sträfliche Vernachlässigung der deutschen Rüstung es einer Umwelt geradezu erleichtert zu haben, den Gedanken einer deutschen Vernichtung zu propagieren und am Ende dann ja auch zu verwirklichen.

Unter für uns Nationalsozialisten heute gänzlich unverständlichen Einwänden wurde noch im Jahre 1912 an den so notwendigen Rüstungen abgestrichen, mit lächerlichen Beträgen gegeizt, dem widerstrebende aufrechte Soldaten in die Wüste geschickt und dadurch die Überzeugung der Gegner gestärkt, einen erfolgreichen Waffengang mit Deutschland vielleicht doch wagen zu können. Daß darüber hinaus auch die reine wehrmäßige Erfassung der deutschen Menschen nur in ungenügendem Ausmaß geschah und damit viele Hunderttausende tauglicher Männer einer Ausbildung verlustig gingen, was sie später in einer kritischen Stunde, als doch eingezogen, zu einem hohen Prozentsatz mit ihrem Tode büßen mußten, verstärkt nur dieses Bild einer unzulänglichen Staatsführung und damit der einzigen wahrhaften Schuld nicht nur am Beginn dieses Krieges, sondern vor allem auch am Ausgang des Kampfes.

Wenn nun trotzdem gerade der Weltkrieg für uns Deutsche zur Quelle stolzester Erinnerungen wird, dann nicht im Hinblick auf die viel zu schwache Rüstung, auf die unzulängliche Staatsführung usw., sondern ausschließlich im Hinblick auf das in ihrem inneren Werte so einzigartige Instrument der damaligen deutschen Wehrmacht, des Heeres, der Marine und der späteren Luftwaffe, die zahlenmäßig oft um ein Vielfaches vom Gegner übertroffen, wertmäßig aber niemals erreicht worden waren.

Der Rückblick und die Erinnerung an diese große Zeit muß in uns allen, meine Kameraden, aber eine Überzeugung und einen Entschluß festigen:

1. Die Überzeugung, daß das deutsche Volk nur mit größtem Stolz auf seine Vergangenheit zurückblicken kann, und insbesondere auf die Jahre des Weltkrieges. Als Führer der deutschen Nation kann ich daher als ehemaliger Kämpfer in keiner Sekunde zugeben, daß irgend jemand in den Reihen unserer westlichen Gegner das Recht haben könnte, sich als etwas Besseres zu dünken oder anzusehen, als wir Deutsche es sind! Ich leide daher auch nicht im geringsten unter irgendeinem Minderwertigkeitskomplex.

Ich sehe im Gegenteil in der Erinnerung an die vier Jahre Krieg, die ich selber dank einer gnädigen Vorsehung das Glück hatte mitmachen zu dürfen, nur einen Grund zum stolzesten Vertrauen auf mein deutsches Volk und als Soldat auch auf meine eigene Person. Diese Jahre machen mich im tiefsten Inneren ebenso friedenswillig in der Erkenntnis der furchtbaren Schrecken des Krieges, als aber auch entschlossen in der Überzeugung vom Werte des deutschen Soldaten zur Verteidigung unserer Rechte. Es imponieren mir daher Drohungen von gar keiner Seite.

2. Ich und wir alle haben aus dieser Zeit aber auch den Entschluß zu fassen, die Interessen unseres Reiches und der Nation nicht mehr so sträflich leichtsinnig zu übersehen, wie dies vor dem Jahre 1914 der Fall war.

Und das will ich Ihnen, meine alten Kameraden, nun hier versichern: Wenn schon die britische Einkreisungspolitik die gleiche geblieben ist wie vor dem Kriege, dann hat sich aber dafür die deutsche Abwehrpolitik gründlichst geändert! Sie hat sich schon geändert dadurch, daß heute an der Spitze des Reiches nicht mehr ein als Major verkleideter Zivilist die Geschäfte führt, sondern ein vielleicht manchmal auch Zivilkleider tragender Soldat! Bethmann Hollwegs gibt es in der deutschen Staatsführung heute nicht mehr.

Ich habe dafür Sorge getragen, daß alles das, was irgendwie mit der Staatsführung etwas zu tun hat, nur ein hundertprozentiger Mann und Soldat sein kann. Sollte ich aber bemerken, daß die Haltung irgendeiner Persönlichkeit einer kritischen Belastung nicht stand hält, dann werde ich eine solche Erscheinung von ihrer Stellung augenblicklich entfernen, mag dies sein, wer immer.

Das Friedensdiktat von Versailles entstand nicht zufällig. Es war das Ziel jener, die seit Jahren Deutschland einzukreisen versuchten und die endlich ihr Ziel erreicht hatten. Wir haben nun kein Recht, daran zu zweifeln, daß die gleiche Politik heute nur zum Zweck der Erreichung des gleichen Zieles betrieben wird. Wir haben daher die Pflicht, diese Wahrheit der Nation ungeschminkt zu sagen, und sie auf das äußerste in ihrem Abwehrwillen und in ihrer Abwehrkraft zu stärken...

Nr. 306

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 7. Juni 1939

Die Erklärung, die der Premierminister Chamberlain heute im Unterhause über den Stand der britisch-sowjetischen Verhandlungen abgab, hat nach Reuter folgenden Wortlaut:

»Aus Gründen, die das Haus zu würdigen wissen wird, wird es mir nicht möglich sein, täglich Auskunft über den Fortschritt der Verhandlungen zu einem Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken zu geben.

Inzwischen ist indessen eine Phase erreicht worden, die es mir ermöglicht, die von mir am 24. Mai abgegebene Erklärung zu ergänzen.

Nach dem letzten Meinungsaustausch mit der Sowjetregierung hat es den Anschein, als ob ein allgemeines Abkommen über die zu erreichenden Ziele getroffen werden könne.

Die Britische Regierung ist, wie ich glaube, in der Lage gewesen, die Sowjetregierung davon zu überzeugen, daß die Britische Regierung tatsächlich bereit ist, ein Abkommen auf der Grundlage voller Gegenseitigkeit zu schließen, und sie hat auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie sofort und ohne Vorbehalt bereit ist, zusammen mit der Französischen Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken volle Unterstützung für den Fall zu leisten, daß irgendein Angriff gegen sie erfolgen sollte, der sie in Feindseligkeiten mit irgendeiner europäischen Macht verwickeln sollte.

Es ist nicht beabsichtigt, die volle militärische Unterstützung, die sich die drei Mächte gegenseitig zu leisten verpflichten, auf Fälle tatsächlicher Angriffe gegen ihr eigenes Hoheitsgebiet zu beschränken.

Man kann sich sehr wohl vorstellen, daß es verschiedene Fälle geben könnte, in denen sich irgendeine der drei Regierungen in ihrer Sicherheit durch das Vorgehen einer anderen europäischen Macht mittelbar bedroht fühlt.

Diese Fälle sind gründlich überprüft worden, und ich hoffe, daß es möglich sein wird, nunmehr eine für die drei Regierungen annehmbare Formel vorzuschlagen, eine Formel, die, unter Berücksichtigung der Interessen anderer Staaten, die Zusammenarbeit zwischen diesen Mächten bei der Zurückweisung eines Angriffes gewährleistet.

Es bleiben noch ein oder zwei Schwierigkeiten zu lösen, besonders was die Stellung gewisser Staaten anbelangt, die deshalb keine Garantie zu erhalten wünschen, weil durch eine solche ihre strikte Neutralität, die sie einzuhalten wünschen, aufs Spiel gesetzt werden würde.

Es ist offensichtlich unmöglich, einem Staat, der eine Garantie nicht wünscht, eine solche aufzuzwingen. Ich hoffe aber, daß sich gewisse Mittel finden lassen werden, auf Grund deren diese Schwierigkeiten und irgendwelche anderen Punkte, die auftauchen sollten, bei dem Bestreben, dem Grundsatz gegenseitiger Hilfeleistung im Falle eines Angriffs größte Wirkung zu geben, überbrückt werden können.

Zwecks Beschleunigung der Verhandlungen ist beschlossen worden, einen Vertreter des Außenamtes nach Moskau zu entsenden, um dem Britischen Botschafter daselbst volle Auskunft über die Einstellung der Britischen Regierung zu allen offenstehenden Punkten zu geben.

Ich hoffe, daß es auf Grund dieser Methoden möglich sein wird, die Besprechungen schnell zu beendigen, die noch notwendig sind, um die Ansichten der drei Regierungen miteinander in Einklang zu bringen und somit zu einem Abkommen zu gelangen.«

Im Auftrag

von Selzam

Nr. 307

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 13. Juni 1939

Der Britische Botschafter brachte heute bei mir das Gespräch alsbald auf seine Sorge, wie wohl der Sommer ohne Konflikt überstanden werden könne.

Bekanntlich ist seit einigen Tagen in der Presse die Rede von einem Bericht Hendersons, der die Vertragsverhandlungen mit Moskau voranzutreiben wünsche. Ohne hierauf einzugehen, gab Henderson eine Erklärung in folgendem Sinne: Solange London mit Moskau verhandle, sei zwischen London und Berlin ein Gespräch natürlich unmöglich; wäre der Russenpakt perfekt, so ließe sich mit Berlin wohl eher reden. Henderson wollte damit wohl etwas ähnliches sagen wie die »Times«, nämlich Stärke und Verhandlungsbereitschaft seien durchaus miteinander vereinbar; ohne Stärke sei England vielleicht nicht einmal ein geeigneter Verhandlungspartner.

Zu dem britischen Russenpakt machte ich Henderson einige Bemerkungen über dessen kriegsfördernde Wirkung, insbesondere in Polen. Die britische Politik sei diametral entgegengesetzt Hendersons eigener These, die er schon wiederholt öffentlich ausgesprochen habe: »England wünsche die See für sich, Deutschland könnte der europäische Kontinent überlassen bleiben«. Statt dessen sei es jetzt so, daß England sich immer tiefer im Kontinent engagiere und z. B. den Polen erlaube, mit dem britischen Schicksal zu spielen. Wenn überhaupt eine, so könne ich in der britischen Politik nur die Logik erkennen, daß England zu einem Präventivkrieg entschlossen sei und auf ihn hinarbeite.

Auf diese Bemerkung reagierte Henderson sehr empfindlich. Von solchem Kriegswillen sei gar keine Rede. Er verteidigte zwar nicht die britisch-polnische Abrede als solche und bestritt auch nicht die polnische Unberechenbarkeit und Halsstarrigkeit. Er führte aber wie gewöhnlich den Umschwung in London auf den deutschen Einmarsch in der Rest-Tschechei zurück. Schließlich kam er wieder auf die Gefahrenperiode dieses Sommers.

In diesem Zusammenhang sprach Henderson von einer Verhandlungsbereitschaft Londons gegenüber Berlin. Halifax habe offenbar im Auge, daß man dem heutigen Spannungszustand im Wege der Aussprache ein Ende machen könne und müsse. Weder England noch Deutschland könnten und wollten die Last der Aufrüstung weiter tragen. Inhalt eines Gesprächs London–Berlin könne sein, den Rüstungswettlauf zu stoppen und den Wirtschaftsaustausch zu beleben. Auch über die Kolonialfrage könne gesprochen werden. Ich ging auf diese Ausführungen nicht näher ein und sagte nur, ähnliches sei uns auch schon auf anderem Wege aus London zur Kenntnis gekommen, ich könne mir aber unter so unsubstantiierten Bemerkungen nichts vorstellen.

Aus den gelockerten, gesprächsweisen Äußerungen Hendersons war zu entnehmen, daß ihm bei dem britischen Verhältnis zu Polen nicht wohl ist, daß er vom Russenpakt nichts hält und daß er im übrigen wegen eines etwaigen Konflikts im Sommer dieses Jahres in lebhafter Sorge ist, denn er spürt seine Verantwortung als Botschafter in Berlin stark auf sich lasten.

Weizsäcker

Nr. 308

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 17. Juni 1939

Bei einem Privatgespräch außerhalb des Amtes gebrauchte gestern der Französische Botschafter mir gegenüber eine ähnliche Redewendung wie kürzlich Henderson. Er meinte nämlich, wenn erst einmal das französisch-englisch-russische Abkommen fertig sei, würde zwischen der Achse und den Westmächten ein diplomatisches Gespräch leichter als jetzt zustande kommen.

Ich bezweifelte dieses; mit den Russen uns zu drohen sei vergeblich; wir seien für Drohungen ein untaugliches Objekt. Das Intimidierungsverfahren erzeuge bei uns das Gegenteil des Gewollten.

Der Botschafter erläuterte dann seine ursprüngliche Bemerkung dahin, daß es sich zwischen zwei Partnern, die ihre Position bezogen hätten, doch viel besser reden lasse als bei unbekannter Ausgangsstellung.

Ich sagte dann dem Franzosen, wenn eine Gefahr für den Frieden bestehe, dann läge die eben bei den Polen, die sich gestatteten, mit ihren französischen und englischen Freunden zu spielen.

Coulondre seinerseits bezweifelte, daß die amtliche polnische Politik auf Konflikt gerichtet sei. Als das Wichtigste für die nächsten Monate bezeichnete er die Vermeidung von Zwischenfällen, die dem allseitigen amtlichen Friedenswillen über den Kopf wachsen könnten.

Weizsäcker

Nr. 309

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 22. Juni 1939

Während eines zu Ehren von Lord Halifax im 1900-Club gegebenen Essens hielten sowohl Winston Churchill als auch Lord Halifax kurze Ansprachen, die sich mit außenpolitischen Dingen befaßten. Dem von Preß Association verbreiteten Bericht zufolge sagte Churchill unter anderem:

»Wir alle haben, von verschiedenen Standpunkten ausgehend, uns die Politik zu eigen gemacht, die Sie und der Premierminister nunmehr verkündet haben. Wenn noch Meinungsunterschiede verbleiben, so beziehen sie sich lediglich auf den Nachdruck und das Verfahren, auf die Zeitwahl und auf den Stärkegrad dieser Politik.

Ich bin selbstverständlich ein Anhänger der Außenpolitik der Regierung Seiner Majestät. Vor einem Jahre glaubte ich, daß ein groß angelegtes Friedensbündnis zwischen den nach dem Frieden strebenden Staaten, im Einklang mit den Grundsätzen der Völkerbundsatzungen zum Widerstand gegen Angriffe und zu dem Zwecke überall da, wo möglich, berechtigte Beschwerden zu beseitigen, tatsächlich fast die Gewißheit des Friedens bieten würde.

Heute habe ich die gleiche Überzeugung nicht mehr.

Welches Ereignis hat uns alle vereint? Es ist die flagrante und brutale Art und Weise, in der das Münchener Abkommen von der Naziregierung Deutschlands zerrissen worden ist.«

Aus der Ansprache Lord Halifax' sind vor allem folgende Stellen hervorzuheben:

»Wir sind uns vollständig klar darüber, daß die Welt nicht im Ruhezustand verbleibt. Die Entwicklung menschlichen Lebens beruht auf dem Wechsel der Dinge. Was sich nicht ändert, ist tot. Wenn aber der Wechsel nicht ordnungsmäßig vor sich gehen kann, ist menschliches Leben unmöglich und endet durch Selbstvernichtung, und daraus folgert, daß unsere Politik, während sie stets bereit ist, die Notwendigkeit der Vereinigung einander entgegengesetzter Ansprüche in einer sich ändernden Welt anzuerkennen, darin besteht, in deutlicher Sprache unserem Widerstand gegenüber Gewaltmethoden zum Ausdruck zu bringen.

Wie allgemein bekannt, führen wir jetzt, nicht ohne uns die Kritik gewisser Kreise zuzuziehen, Verhandlungen mit der Sowjetregierung, zu dem Zweck, deren Mitarbeit in gleichem Sinne und zu dem gleichen Zweck zu erlangen. Wir glauben, daß auf diesem Gebiet die Sowjetregierung die gleichen Interessen und das gleiche Ziel wie wir selbst im Auge hat, und es ist keineswegs ungewöhnlich, daß die Suche nach der richtigen Formel Schwierigkeiten bietet.

Wir werden aber, wenn wir überzeugt sind, daß wir nach ein und derselben Sache streben, und wenn es uns gelingt, das Mißtrauen zu zerstreuen, hinsichtlich der Schließung eines Abkommens Erfolg haben.

Bei dem Bestreben, zu einem Abkommen zu gelangen, sind wir weiter gegangen, als viele für richtig gehalten haben, und ich glaube, daß wir, wenn wir bis jetzt keinen Erfolg gehabt haben, ehrlich glauben dürfen, daß wir daran nicht schuld sind.«

Genau so, wie es mehr als nur einen Menschen erforderte, um sich zu streiten, genau so, befürchte er, bedürfe es mehr als eines Menschen, um Freunde zu machen; wenn aber jeder Versuch zur Besserung der gegenseitigen Beziehungen als Schwäche ausgelegt und zu einem Grund für neue und scharfe Angriffe gemacht werde, so könne man sich kaum darüber wundern, wenn zahlreiche Leute zu der Schlußfolgerung gelangen, daß das einzige Argument, was diejenigen, die sich auf Gewalt zu verlassen schienen, höchstwahrscheinlich zu verstehen in der Lage seien, dahin gehe, daß andere nicht weniger als sie selbst bereit sein sollten, zwecks ihrer Selbstverteidigung zur Gewalt zu greifen. Das britische Volk habe nunmehr einen Punkt erreicht, an dem die drei unerläßlichen Elemente einer folgerichtigen Außenpolitik vorhanden wären:

Erstens, daß das Land in einem größeren Umfange als zu irgendeiner Zeit während der letzten Jahre geeint sei,

Zweitens, daß sich das Land selbst vollständig klar über das große Ziel sei, auf das diese Politik gerichtet sein müsse, und daß es

Drittens, wisse, daß es stark und immer stärker würde.

Im Auftrag

von Selzam

Nr. 310

Französisch-Türkische Erklärung über gegenseitige Hilfeleistung, 23. Juni 1939

(Übersetzung)

1. Die Französische und die Türkische Regierung sind in enge Beratung eingetreten, und die Erörterungen, die zwischen ihnen stattfanden und die noch fortgesetzt werden, haben ihre herkömmliche Meinungsübereinstimmung enthüllt.

2. Es wird vereinbart, daß die beiden Länder einen genau abgegrenzten langfristigen Vertrag wechselseitigen Charakters im Interesse ihrer nationalen Sicherheit abschließen wollen.

3. Während der Fertigstellung des endgültigen Vertrages erklären die Französische und die Türkische Regierung, daß sie im Falle einer Angriffshandlung, die zu einem Krieg im Mittelmeer führt, bereit sein würden, effektiv zusammenzuarbeiten und einander alle in ihrer Macht stehende Hilfe und jeden Beistand zu leisten.

4. Diese Erklärung ist, ebenso wie der vorgeschlagene Vertrag, nicht gegen irgendein Land gerichtet, sondern sie ist dazu bestimmt, Frankreich und der Türkei gegenseitige Hilfe und Beistand zuzusichern, falls sich die Notwendigkeit ergeben sollte.

5. Es wird von den beiden Regierungen anerkannt, daß gewisse Dinge, einschließlich der genaueren Bestimmung der verschiedenen Voraussetzungen, die die gegenseitigen Verpflichtungen zur Wirkung bringen würden, eine genauere Prüfung erfordern, ehe der endgültige Vertrag fertiggestellt werden kann. Diese Prüfung ist im Gange.

6. Die beiden Regierungen erkennen an, daß es ebenfalls notwendig ist, die Sicherheit auf dem Balkan zu verbürgen, und sie beraten zusammen mit dem Ziel, diesen Vorsatz so schnell wie möglich auszuführen.

7. Es wird vorausgesetzt, daß die eben erwähnten Übereinkommen keine Regierung hindern, mit anderen Ländern Abkommen im allgemeinen Interesse der Festigung des Friedens zu schließen.*

Paris, den 23. Juni 1939

Bonnet **Suad Davaz**

* Vgl. Nr. 301 Anm. **.

Nr. 311

Der Deutsche Geschäftsträger in Paris an das Auswärtige Amt

Bericht

Paris, den 27. Juni 1939

Wie s. Z. durch Telegramm vom 24. März berichtet*, hat damals die hiesige Presse Meldungen gebracht, wonach anläßlich des Besuchs des Französischen Staatspräsidenten in London, Chamberlain, Halifax und Bonnet ein Protokoll gezeichnet oder Aide-Mémoires ausgetauscht hätten, in denen sich England und Frankreich verpflichteten, im Falle eines Angriffs auf Holland oder die Schweiz diesen Ländern automatisch bewaffneten Beistand zu leisten und deren Grenzen zu schützen. Das so geschlossene Abkommen bestätige die Vereinbarungen, die am 29. Januar 1939 bereits mündlich in Paris zwischen Bonnet und dem hiesigen Englischen Botschafter getroffen worden seien. Eine Nachprüfung der Frage, aus welcher Quelle die Meldungen über diese Vereinbarungen stammen, hat folgendes ergeben:

In der Zeitschrift »Europe Nouvelle« vom 18. März wird im Rahmen der dort ständig veröffentlichten Wochenübersicht berichtet, daß am Abend des 28. Januar der Englische Botschafter der Französischen Regierung mitgeteilt habe, England werde im Falle eines Angriffs auf Holland zum Kriege schreiten, und er bitte Frankreich um das Versprechen, das gleiche zu tun. Am 29. Januar nachmittags habe die Französische Regierung dieser englischen Bitte stattgegeben, aber von dem Englischen Kabinett verlangt, ein ähnliches Versprechen für die Schweiz abzugeben, die, wie die Französische Regierung Grund habe, zu glauben, ebenfalls von einem überraschenden Angriff bedroht sei. Am 30. Januar sei von London eine zustimmende Antwort eingetroffen.

Die Meldungen darüber, daß diese im Januar mündlich getroffenen Vereinbarungen anläßlich des Aufenthalts von Herrn Bonnet in London schriftlich bestätigt worden seien, sind von den aus Anlaß des Präsidentenbesuchs in London anwesenden Vertretern einer Reihe hiesiger Blätter gebracht worden. Eine Havasmeldung ist hierzu, soweit festgestellt werden konnte, nicht erfolgt.

Bräuer

Nr. 312

Rede des Britischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Lord Halifax in Chatham House, London, 29. Juni 1939

Auszug

(Übersetzung)

Wenn ich an die Rede zurückdenke, die ich im Juni vorigen Jahres auf dem Chatham House Dinner gehalten habe, so bin ich mir, wie wir alle es sind, der großen Veränderungen bewußt, die seitdem eingetreten sind. Vor einem Jahr waren wir auf dem europäischen Kontinent noch keine bestimmten Bindungen eingegangen, abgesehen von denen, die damals schon seit beträchtlicher Zeit bestanden hatten und Ihnen allen vertraut sind. Heute sind wir durch neue gegenseitige Defensivabkommen mit Polen und der Türkei gebunden, wir haben Griechenland und Rumänien unseren Beistand gegen Angriffe zugesagt und stehen jetzt mit der Sowjet-Regierung in Verhandlungen, die, wie ich hoffe, vielleicht sehr bald zu einem erfolgreichen Abschluß kommen werden und darauf abzielen, Sowjet-Rußland für die gemeinschaftliche Verteidigung europäischer Staaten zu gewinnen, deren Unabhängigkeit und Neutralität möglicherweise bedroht sind. Wir haben Verpflichtungen übernommen und sind im Begriff, weitere zu übernehmen, und zwar im vollen Bewußtsein ihrer Ursachen und im vollen Bewußtsein ihrer Folgen. Wir wissen, daß unsere eigene Sicherheit und unsere eigene Unabhängigkeit schwer bedroht sind, wenn die Sicherheit und Unabhängigkeit anderer Länder zu bestehen aufhören. Wir wissen, daß, wenn Recht und Ordnung im Völkerleben gewahrt bleiben sollen, wir bereit sein müssen, sie mit den Waffen zu verteidigen.

In der Vergangenheit haben wir uns dem Versuch einer einzelnen Macht, auf Kosten der Rechte anderer Nationen Europa zu beherrschen, stets entgegengestellt, und die britische Politik bleibt daher lediglich auf dem unabänderlichen Weg, den die eigene Geschichte ihr vorzeichnet, falls ein solcher Versuch

* Vgl Nr. 276.

aufs neue unternommen werden sollte. Aber es genügt nicht, ein politisches Programm aufzustellen. Worauf es ankommt, ist erstens, die Nation von der Richtigkeit dieser Politik zu überzeugen, und zweitens, die nötigen Schritte zu tun, damit diese Politik Erfolg hat. Ich glaube, die Nation ist seit dem Weltkrieg noch niemals so einig über die wesentlichsten Grundlagen unserer Außenpolitik gewesen wie jetzt, und diese Einigkeit ist verbunden mit einer festen, weitverbreiteten Entschlossenheit, diese Politik zum Erfolg zu führen. Ich glaube aber auch, daß in allen Schichten unseres Volkes, an die kraft ihres gemeinsamen Bürgerrechts der Ruf ergeht, ihr Land und die Sache ihres Landes zu verteidigen, in zunehmendem Maße der Wunsch besteht, über den Augenblick hinauszublicken und ein Ziel vor sich zu sehen, für das sie bereitwillig ihre Mußestunden und, wenn es sein muß, auch ihr Leben opfern würden.

Schon mit dem Aufruf zum Vaterländischen Hilfsdienst (national service) fordern wir große Opfer von allen Altersklassen und allen Bevölkerungsschichten. In irgendeiner Weise hat jeder Mann und jede Frau darin eine Rolle zu übernehmen und ist bereit dazu, das weiß ich. Das Land macht ungeheuere Anstrengungen, um sich für die Verteidigung zur See, zur Luft und zu Lande zu rüsten; etwas Gleichartiges ist in Friedenszeiten bisher noch nicht dagewesen. Wir haben eine Flotte, der niemand Trotz bieten kann. Unsere Luftwaffe, die auch jetzt noch in einem Ausbau begriffen ist, der alles übertrifft, was wir noch vor ein paar Monaten erwarteten, hat jetzt von keiner anderen Luftwaffe mehr etwas zu fürchten. Ich zweifle kaum daran, daß die Männer unserer Luftwaffe an Kampfgeist und Geschick denen aller anderen Länder überlegen sind. Unser Heer, früher ein Gegenstand des Spottes, hat beweisen können, was in ihm steckt, so daß es jetzt stolz ist auf jenen Spott; gewiß ist es klein im Vergleich zu den Heeren mancher anderen Länder, aber wir schaffen uns, wie schon früher einmal, auch in dem Heer eine machtvolle Waffe zur Verteidigung unserer eigenen Freiheit und der Freiheit anderer Länder. Mit jeder neuen Woche, die vergeht, gewinnen diese Anstrengungen an Nachdruck; auf jedem Lebensgebiet, in Politik, Verwaltung und Industrie, haben wir überreichliche Beweise dafür, wie stark der Volkswille diese nationalen Anstrengungen vorantreibt und unterstützt. Hinter all unseren militärischen Vorbereitungen steht das britische Volk, einiger als je, und all sein Reichtum und seine industriellen Möglichkeiten stehen diesen militärischen Zwecken zu Diensten. Auch davon wird verächtlich gesprochen, aber dieser Reichtum ist verdient worden durch die Arbeit, das Geschick und den Mut unseres Volkes. Kein Stück dieser furchtbaren Rüstung der Kraft wird eingesetzt werden, es sei denn zur Verteidigung gegen einen Angriff. Kein Schlag wird geführt, kein Schuß abgefeuert werden. Daß das wahr ist, davon ist jeder hierzulande überzeugt. Ich persönlich glaube, daß auch in anderen Ländern die meisten Menschen daran glauben werden, trotz der Propaganda, die ihnen das Gegenteil in die Ohren schreit. Und noch eins findet hierzulande jetzt uneingeschränkt und allgemein Glauben, wird anderswo aber wohl auch jetzt noch nicht voll verstanden: daß wir nämlich für den Fall eines weiteren Angriffs entschlossen sind, unverzüglich unsere gesamte Kraft einzusetzen, um unsere Verpflichtungen zum Widerstand gegen Angriffe zu erfüllen ......

Nr. 313

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 29. Juni 1939

Der Besuch des Generals Gamelin in London Anfang Juni hat zweifellos dazu gedient, u. a. Fragen des gemeinsamen Oberbefehls zu besprechen*. Hierbei sind die einzelnen wahrscheinlichen Kriegstheater (Westeuropa, westliches Mittelmeer, Naher Osten, Ferner Osten) besprochen worden.

Ein abschließendes Ergebnis ist nicht bekanntgeworden. Es darf jedoch mit Fug und Recht angenommen werden, daß der Oberbefehl zu Lande in Westeuropa in französischen Händen liegen wird. Die Frage der Verantwortlichkeit dieses Oberbefehlshabers einer interalliierten Körperschaft gegenüber ist jedoch augenscheinlich noch nicht geklärt. Auf sie wird von englischer Seite, wie Anfragen im Parlament beweisen, großer Wert gelegt. Der Premierminister selbst hat sich am 14. 6. im Parlament nur zu einer sehr vorsichtigen Auskunft herbeigelassen, aus der hervorgehen könnte, daß die Frage des Oberbefehls zu diesem Zeitpunkt noch nicht endgültig geklärt war. Wie man hört, sollen sich die Franzosen in den betreffenden Verhandlungen sehr schwierig und anspruchsvoll gezeigt haben, so daß die Engländer keineswegs restlos befriedigt sind.

Zu den Verhandlungen mit Frankreich sind auch die soeben abgeschlossenen Generalstabsbesprechungen in Singapore zu zählen, bei denen neben der Regelung des gemeinsamen Oberbefehls, der voraussichtlich in englischer Hand liegen dürfte, die Benutzung der britischen See- und Luftstützpunkte durch Frankreich behandelt wurde. Auch hier ist ein endgültiges Ergebnis noch nicht bekanntgeworden.

Im Auftrag

von Selzam

* Der Französische Ministerpräsident Daladier hat in seiner Rede vor der Kammer am 30. November 1939 mitgeteilt, daß die Frage der Einheit des Oberkommandos bereits geregelt war, bevor der Krieg ausbrach.

Nr. 314

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 30. Juni 1939

Ich habe heute nachmittag auftragsgemäß den Französischen Botschafter zu mir gebeten.

Nach persönlichen Bemerkungen brachte der Botschafter das Gespräch auf die allgemeine politische Lage. Ich erwiderte mit Hinweisen auf die krampfhafte britische Einkreisungspolitik, die dazu bestimmt schiene, uns einzuschüchtern und natürlich das Gegenteil erziele. Das gehe auch Frankreich an, obschon unsere Presse ihre Vorwürfe vorwiegend an die Adresse Londons richte. Besonders erstaunlich schiene mir die britische Illusion, durch die Verhandlungen mit Moskau die angebliche Kriegsgefahr in Europa beschwören zu können.

Als Coulondre auf das Problem Deutschland—Polen überging und wegen gewisser Nachrichten über innere Danziger Vorbereitungen wieder schwarz malte, hielt ich ihm Exzesse und Reden prominenter Polen vor, so wie z. B. heute wieder die eroberungslustige Rede des Generals Kwaśniewski *.

Es war eine gewisse Erleichterung bei dem Botschafter zu konstatieren als ich sagte, meines Erachtens seien wir nicht am Vorabend eines großen Eclats, außer wenn polnische Exzesse einen solchen hervorriefen. Das wäre dann finis Poloniae.

Hierbei machte Coulondre wie schon früher die Bemerkung, im Falle polnischer Provokation sei Frankreich nicht gebunden. Gäbe es aber Krieg infolge von Danziger Eigenmächtigkeiten, könne weder Frankreich noch England zurück. Es wäre ein großer und tragischer Irrtum zu glauben, daß Frankreich in einem solchen Falle abseits stehen würde, so schmerzlich der Krieg auch für ganz Frankreich wäre.

Um mehr zu hören, äußerte ich dann Zweifel daran, daß England die Entscheidung über Krieg und Frieden für das Empire auf einmal in die Hände irgendwelcher Leute in Warschau oder im Korridor gelegt haben könnte. Coulondre ging jedoch nicht davon ab, daß England und Frankreich seit dem März dieses Jahres dem internationalen Frieden nicht mehr trauten und darum Engagements eingingen, an die sie früher nicht gedacht hätten.

Der Botschafter kam nicht mit der Behauptung heraus, daß Deutschland noch im Laufe dieses Jahres mit Polen abrechnen wolle. Er leitete seine Sorgen vielmehr ab aus den bedrohlichen, quasi militärischen Vorbereitungen in Danzig und außerdem allerdings auch aus dem Mangel an Selbstkontrolle der polnischen Freunde Frankreichs.

Ich habe meine Ausführungen als persönliche bezeichnet und eine autoritative Darstellung unserer Anschauungen an Herrn Coulondre dem Herrn Reichsaußenminister vorbehalten.

Weizsäcker

Nr. 315

Der Deutsche Botschafter in Ankara an das Auswärtige Amt

Telegramm

Therapia, den 30. Juni 1939

Erfahre zuverlässig, daß Engländer die Türkei auch für Garantie außerbalkanischer Grenzen Rumäniens zu engagieren wünschen gegenüber britischer Garantie für thrazische Grenze. Gleiches dürfte für Griechenland gelten.

Papen

Nr. 316

Der Deutsche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt

Bericht

Paris, den 6. Juli 1939

Aus Anlaß des Jahresessens der Vereinigung France—Grande-Bretagne am 4. Juli haben nach einleitenden Begrüßungsworten des Präsidenten der Vereinigung, Marquis de Vogüé, der zu diesem Zweck eigens nach Paris gekommene Englische Kriegsminister Hore-Belisha und der Französische Außenminister Bonnet Reden gehalten, in denen sie die unerschütterliche französisch-englische Freundschaft feierten.

* Rede, die der Vorsitzende der See- und Kolonialliga Brigadegeneral Kwaśniewski in Warschau am 29. Juni anläßlich des »Tag des Meeres« gehalten hatte.

Der Englische Kriegsminister ging davon aus, daß zwar das wesentliche Ziel sowohl der englischen wie der französischen Bemühungen nach dem Kriege das gleiche gewesen sei, nämlich die Verhinderung der Aufrichtung einer Gewaltherrschaft in Europa, daß aber die Methoden der beiden Länder verschieden gewesen seien. Frankreich sei für ein System von Allianzen eingetreten, England habe sich dagegen bisher geweigert, sich im voraus zu binden. Wie die Entwicklung der Dinge gelehrt habe, sei die französische Politik gerechtfertigt gewesen, und England habe dies nunmehr anerkannt. Es gebe jetzt nicht mehr eine englische und eine französische, sondern nur noch eine gemeinsame englisch-französische Politik. Im weiteren Verlauf seiner Rede hat dann der englische Minister besonders die enge militärische Zusammenarbeit unterstrichen, bei der beide Länder keinerlei Geheimnisse voreinander hätten. Die englischen Truppen hätten kürzlich vor General Gamelin defiliert, und General Gort werde demnächst der Parade am 14. Juli beiwohnen, an der mit besonderem Stolz auch eine Abteilung des englischen Heeres teilnehmen werde. England und Frankreich lebten als Kameraden und würden, wenn es sich als notwendig herausstellen sollte, auch als solche zu sterben wissen.

Frankreich habe unbestreitbar das am besten vorgebildete Heer und England die mächtigste Marine. Durch die Beschleunigung der Flugzeugproduktion der beiden Länder besäßen diese schließlich auch die modernsten und mächtigsten Luftstreitkräfte. In weniger als einem Jahr werde die englische Armee mehr als 1 Million Mann zählen. Die ärztliche Prüfung der ersten 50 000 Mann der neuen englischen Miliz habe ergeben, daß 97 % diensttauglich seien. Wer wollte da noch wagen, von einer englischen Dekadenz zu sprechen? Der Minister schloß seine Rede mit der Feststellung, daß England Frankreich und Frankreich England sagen könne: wir denken in der gleichen Weise, wir sind zu denselben Ergebnissen gekommen, wir folgen demselben Ideal, wir sind Freunde, wir sind stark, und wir werden Front zu machen wissen, was auch immer kommen möge.

Die Rede des Französischen Außenministers enthält die gleichen Gedankengänge, ist jedoch im Ton weniger großsprecherisch und dithyrambisch als die des beredsamen Englischen Kriegsministers.

Im Auftrag

Bräuer

Nr. 317

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 10. Juli 1939

Rumänien und die englische Einkreisungsaktion

Die englische Einkreisungsaktion hat gleichmäßig am 18. März mit Demarchen der britischen Vertreter in verschiedenen Hauptstädten eingesetzt. Äußerer Anlaß derselben war die am 17. März 1939 vom Rumänischen Gesandten in London aus eigener Initiative aufgestellte und Lord Halifax vorgetragene Behauptung, Deutschland habe Rumänien einen Vorschlag gemacht, der den Charakter eines Ultimatums trüge*. Rumänien solle danach Deutschland ein Monopol für seinen Außenhandel und eine Kontrolle seiner Industrie einräumen, wofür Deutschland Zusicherungen hinsichtlich der Grenzen Rumäniens geben werde.

Gleichzeitig ist von englischer Seite in Bukarest mit großem Nachdruck Deutschland entgegengearbeitet und versucht worden, den Abschluß des deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrages vom 23. März zu hintertreiben. Auch wurde englischerseits trotz wiederholter rumänischer Dementis mit der Behauptung eines angeblich deutschen Wirtschaftsultimatums gearbeitet.

Im Zusammenhang mit den Besprechungen, die gelegentlich des Besuchs des Polnischen Außenministers Beck in London Anfang April über den Abschluß des englisch-polnischen Beistandspakts stattgefunden haben**, hat sodann die Frage eine Rolle gespielt, wie das rumänisch-polnische Bündnis, das sich bisher nur gegen Sowjetrußland richtet, auch gegen einen Angriff von Westen her Wirksamkeit erhalten könne. Herr Beck hat in London zugesagt, über diese Frage mit der Rumänischen Regierung in Besprechungen eintreten zu wollen. Unabhängig von diesen polnisch-rumänischen Besprechungen haben dann in den ersten Apriltagen die Englische und die Französische Regierung ihrerseits der Rumänischen Regierung eine Garantie ihrer Unabhängigkeit in Aussicht gestellt. Nach den Ereignissen in Albanien wurde englischerseits sofort beschlossen, nun auch Griechenland in die Zahl der zu garantierenden Staaten einzubeziehen. Dies führte zu einer Beschleunigung auch der rumänischen Garantiepläne. Am 13. April nachmittags erfolgte dann die gleichzeitige und identische Beistandserklärung an Griechenland und Rumänien durch Chamberlain im Unterhaus*** und durch Daladier vor der französischen Presse.

* Vgl. Nr. 270.
** Vgl. Nr. 286.
*** Vgl Nr. 288.

Rumäniens Haltung zu der Einbeziehung in die Einkreisungsaktion ist uns amtlich wiederholt dahin definiert worden, daß Bukarest keine Gegenseitigkeitsabmachung treffen wolle; wenn aber England und Frankreich eine einseitige Erklärung Rumänien abgeben würden, so könne sich Rumänien dem nicht entziehen.

England hat sodann versucht, auf dem Umwege über die Türkei Rumänien noch fester in das Einkreisungsnetz einzubeziehen. Vor allem ist in Ankara wiederholt angeregt worden, die Balkanbundstaaten möchten auch für deren äußere Grenzen Verpflichtungen übernehmen. Wie weit die Türkei zu dieser Umgestaltung des Balkanbundes bereit gewesen ist, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls sind diese Versuche bisher an der Haltung der übrigen Mitglieder des Balkanbundes gescheitert.

Das Bemühen Englands, den Balkanbund für die Einkreisung einzuspannen oder wenigstens die Türkei für eine Verteidigung der garantierten Staaten Griechenland und Rumänien zu gewinnen, hat seinen Niederschlag in Punkt 6 der englisch-türkischen Abmachung vom 12. Mai* gefunden, demzufolge England und die Türkei »recognize that it is also necessary to ensure the establishment of security in the balkans and they are consulting together with the object of achieving this purpose as speedily as possible.«

Es ist zwar von türkischer und anderer Seite behauptet worden, daß der zitierte Absatz des englisch-türkischen Abkommens nichts anderes bedeute als einen Hinweis auf den bestehenden Balkanpakt, der eben die Sicherheit auf dem Balkan verbürge. Rumänischerseits scheint man sich indessen über die wahre Tragweite des englisch-türkischen Manövers klar zu sein, wenigstens will man, wenn auch ohne Erfolg, gegen die Aufnahme einer analogen Bestimmung in das französisch-türkische Abkommen vom 23. Juni** gearbeitet haben. Überdies soll der Rumänische Außenminister bei seinem Besuch in Ankara Mitte Juni von den Türken die Zusicherung erhalten haben, daß jede auf den Balkan und seine Sicherheit bezügliche Bestimmung aus dem endgültigen englisch-türkischen Abkommen entfernt werden würde.

Bei diesem Besuch Gafencus in der Türkei hat sich letztere auch sonst bemüht, der englischen Einkreisungsaktion Vorspanndienste zu leisten. So soll Gafencu der Abschluß eines Schwarzmeer-Paktes nahegelegt worden sein. England und Frankreich sollen wegen der Beteiligung Rumäniens an dem geplanten Rußland-Abkommen insistiert haben, und schließlich soll angeregt worden sein, den Balkanpakt gegen alle Angreifer auszudehnen. Gafencu will alle diese Vorschläge abgelehnt haben. Jedenfalls sind rumänischerseits amtlich alle Gerüchte über Abschluß neuer politischer und militärischer Abreden während der Reise Gafencus nach Ankara und Athen dementiert worden.

Schließlich ist vor kurzem bekannt geworden, daß England von der Türkei verlangt hat, daß diese im Garantiefall England ermögliche, den von ihm garantierten Staaten — ohne daß diese namentlich aufgeführt würden — wirksame Hilfe zu geben. Hiermit ist offensichtlich gemeint, daß die Türkei, auch wenn nicht selbst angegriffen, England die Durchfahrt durch die Dardanellen ermöglichen soll, um Rumänien zu Hilfe zu eilen.

Es wird noch festzustellen sein, wie weit Rumänien über diese englischen Pläne unterrichtet ist und welche Stellung es gegebenenfalls zu ihnen einnimmt.

Heinburg

Nr. 318

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 12. Juli 1939

In dem zu Beginn dieses Jahres vom Parlament angenommenen erweiterten Exportkreditgarantiegesetz war dem Board of Trade die damals kein besonderes Aufsehen erregende Ermächtigung erteilt worden, für 10 Millionen Pfund Exportkreditgarantien zu erteilen, ohne an die dem Exportkreditgarantieinstitut vorgeschriebenen streng wirtschaftlichen Richtlinien gebunden zu sein, sofern die Vergebung solcher Kredite im nationalen Interesse lag. Dieser politische Kreditfond, den man in englischen Kreisen zuweilen den »Reptilienfond« zu nennen pflegte, hat infolge der politischen Ereignisse der letzten Monate immer mehr an Bedeutung gewonnen. Wie aus der laufenden Berichterstattung der Botschaft bekannt ist, haben sich im Zuge der jüngsten politischen und wirtschaftlichen Aktivität Großbritanniens Delegationen aus Rumänien, Griechenland und Polen mit Kreditwünschen in London eingestellt. Die Irakische Regierung hat vor kurzem bekanntlich einen vom Board of Trade garantierten 3 Millionen Pfund Kredit erhalten. Obwohl über die neuen türkischen Kreditwünsche hier nichts Konkretes bekannt geworden ist, so hat es doch den Anschein, als ob auch die Türkei neue Kreditforderungen angemeldet hat. Auf einer etwas anderen Ebene liegen die Kreditwünsche Neuseelands.

---

* Vgl. Nr. 301.

** Vgl. Nr 310.

Wenn auch noch nicht im Einzelnen bekannt ist, für welche Kredite der obenerwähnte 10 Millionen Pfund Fond in Anspruch genommen worden ist, so ist es doch bereits seit einiger Zeit offensichtlich geworden, daß er im Vergleich mit den an die Britische Regierung von den befreundeten Staaten gestellten finanziellen Anforderungen völlig ungenügend war. Da einerseits für die kreditsuchenden Staaten aus geldmarktpolitischen Gründen die Auflegung einer Anleihe in London zur Zeit unmöglich ist, andererseits das rein wirtschaftliche Exportkreditverfahren gerade diejenigen Exporte ausschließt, worauf es jenen Staaten am meisten ankommt, nämlich Rüstungsexporte, hat sich die Britische Regierung entschlossen, den Fond der politischen Kredite zu erhöhen.

Die Regierung hat daher am 6. d. M. dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher die Gewährung politischer Kredite aus dem bisherigen Exportgarantieverfahren ausgliedert und sie zum Gegenstand eines selbständigen Gesetzes, der Overseas Garanties Trade Act, macht. In dem Gesetzentwurf wird die Ermächtigung des Board of Trade, politische Kredite zu erteilen, auf 60 Millionen Pfund erhöht. In diesen Betrag sind die mit den Krediten verknüpften Zinsleistungen nicht einbegriffen. Je nach der Langfristigkeit der gewährten Kredite und der vereinbarten Zinsen kann sich das Ausmaß der dem Board of Trade erteilten Kreditermächtigung um ein Wesentliches erhöhen. Die eigentliche Finanzierungskraft der Ermächtigung wird im übrigen auch schon darum nicht mit dem oben erwähnten Nominalwert gleichzusetzen sein, als die Kredite revolvieren und somit nach Ablauf erneut vergeben werden können.

Es wird angenommen, daß die garantierten Kredite zum Teil eine Laufzeit bis zu 15 Jahren haben können. Im Zusammenhang damit steht eine weitere Bestimmung des Gesetzentwurfes, wonach der Board of Trade ermächtigt wird, die von den fremden Staaten gegebenen Schatzanweisungen selbst zu übernehmen. Das bisherige Verfahren, die betreffenden Schuldverschreibungen unter der Garantie des Board of Trade auf dem englischen Geldmarkt unterzubringen, würde bei langfristigen Schuldverschreibungen schwer möglich sein.

Wie bisher werden die Kredite grundsätzlich nur für Bestellungen in Großbritannien zur Verfügung gestellt. 6 Millionen Pfund der neuen Kreditermächtigung können jedoch zur Kreditsicherung von Abschlüssen über nichtbritische Erzeugnisse verwandt werden. Die im Zusammenhang mit solchen englischen Exporten in dem Käuferland entstehenden Nebenkosten können nach gewissen im Gesetzentwurf aufgestellten Richtlinien ebenfalls in die Kreditaktion einbezogen werden.

Der Entschluß der Regierung, nunmehr offen den Weg der Subsidienpolitik zu beschreiten, ist in der englischen Öffentlichkeit mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Es wird kein Hehl daraus gemacht, daß die damit verfolgten Ziele in erster Linie politischer Natur sind, und daß die zu gewährenden Kredite die mit Großbritannien befreundeten Staaten in den Stand setzen sollen, Rüstungsaufträge zu erteilen. Eine andere Frage ist, wie weit die englische Rüstungsindustrie augenblicklich imstande ist, neben der heimischen Aufrüstung auch noch erhebliche fremde Aufträge auszuführen. Aber es darf hierbei nicht übersehen werden, daß die neue englische Kreditpolitik auf längere Sicht eingestellt ist.

Es wird hier allgemein angenommen, daß die Kredite mehr oder weniger bereits verteilt sind. In erster Linie dürfte wohl Polen bedacht werden, dessen Finanzverhandlungen mit der Englischen Regierung demnächst abgeschlossen sein dürften. Als weitere Anwärter kommen Rumänien, Griechenland und die Türkei in Frage. Nach heutigen Pressemeldungen sind die Kreditabkommen mit den beiden erstgenannten Staaten bereits abgeschlossen. Da in dem Gesetzentwurf keine Bestimmung enthalten ist, welche die Empireländer aus dem Kreise der Bedachten ausschließt, erscheint die hier des öfteren geäußerte Vermutung nicht ungerechtfertigt, daß auch Neuseeland aus dem nunmehr neu angefüllten Kreditfond gespeist werden wird.

Die zweite Lesung des Gesetzes wird noch in dieser Woche erfolgen. Die Regierung hat die Absicht, es noch vor den Parlamentsferien zu verabschieden, und es ist nicht anzunehmen, daß sie dabei auf Schwierigkeiten stoßen wird.

Im Auftrag

Federer

Nr. 319

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 15. Juli 1939

Nach Mitteilung aus sehr zuverlässiger Quelle soll in maßgebenden hiesigen politischen Kreisen die Besorgnis vor dem Zustandekommen eines deutsch-russischen Ausgleichs sich letzthin erheblich gesteigert haben. Man befürchtet vor allem, daß die logische Folge eines solchen Ausgleichs das Bestreben der Polen sein würde, sich ihrerseits nunmehr Deutschland zu nähern, nachdem die russische Rückendeckung weggefallen sei.

Innerpolitisch befürchtet man hier insofern von einem deutsch-russischen Ausgleich und einer Abmilderung des deutsch-polnischen Gegensatzes unerfreuliche Rückwirkungen, als dann die Wahlparole der Regierung wesentlich beeinträchtigt würde. Die Wählerschaft würde die Frage stellen, warum die Regierung so viele Monate Kriegsstimmung entfacht und eine politische Front gegen Deutschland zu bilden versucht habe, trotzdem die innere Begründung für ein solches Vorgehen durch das Eintreten einer ruhigen Atmosphäre in den Beziehungen Deutschlands zu Rußland und Polen fehle.

Dirksen

Nr. 320

Der Deutsche Botschafter in Ankara an das Auswärtige Amt

Telegramm

Therapia, den 18. Juli 1939

Während englische Militärmission, wie ich feststellte, sich hier nur mit Lieferungsfragen befaßt hat, beabsichtigt gestern eingetroffene französische Militärmission unter Führung Generals Huntzinger, sich eingehend über strategische Probleme zu unterhalten.

Papen

Nr. 321

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 19. Juli 1939

Die türkische Militärmission hält sich noch immer in England auf. Am Sonntag, den 16. Juli, mittags, trafen noch drei türkische Offiziere auf dem Victoria-Bahnhof ein. Sie wurden von Mitgliedern der türkischen Kommission und dem Türkischen Militärattaché in Empfang genommen.

Dem Luftattaché ist die Verstärkung der türkischen Delegation auch offiziell im Britischen Luftfahrtministerium mitgeteilt worden.

Die türkische Militärkommission besichtigt hier militärische Einrichtungen, Waffen und Ausrüstungen. Über den Verlauf der eigentlichen Verhandlungen waren authentische Berichte bisher nicht zu erhalten. Von den Verhandlungen ist bisher nur bekannt, daß von dem im Vorjahr verfügbar gemachten Sechs-Millionen-Kredit für fünf Millionen Pfund Bestellungen aufgegeben sind.

Im Auftrag

von Selzam

Nr. 322

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Bericht

London, den 25. Juli 1939

In der Tagespresse erschienen am 6. Juli zwei Veröffentlichungen, die besagten, daß

1. Reservisten zu Übungen der Luftwaffe in den nächsten drei bis vier Monaten eingezogen würden und
2. größere Übungen mit fliegenden Verbänden nach dem Kontinent und besonders nach Frankreich stattfinden würden.
3. Aus weiteren Zeitungsnachrichten geht hervor, daß ein Teil der jetzt eingezogenen Dienstpflichtigen der Royal Air Force zur Ausbildung und Verwendung überwiesen wird.

Die erste Übung eines Fernfluges war Dienstag, den 11. Juli, und wurde mit 12 Staffeln ohne Zwischenlandung teils bis Le Havre und teils bis Bordeaux durchgeführt.

Die zweite Übung dieser Art fand am 21. Juli statt, woran etwa 10 Staffeln (beinahe 100 Maschinen) teilnahmen. Sie flogen in drei Gruppen, und zwar:

1. Gruppe: etwa drei Staffeln »Blenheim«, die von ihren Heimathäfen nach Paris–Orleans–Chartres und dann zurück flogen; Flugstrecke etwa 700 englische Meilen; Dauer 3 Stunden.
2. Gruppe: zwei Staffeln Armstrong »Withley«; Flugweg: über Paris nach der Stadt Avallon (halbwegs zwischen Paris und Lyon); Flugstrecke etwa 750 englische Meilen.
3. Gruppe: fünf Staffeln »Wellington«; Flugweg von den Heimathäfen über Dover–Paris–Auxerre–Lyon–Marseille und zurück. Flugstrecke 1500 englische Meilen, wobei sie nach Zeitungsnachrichten eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 180 englischen Meilen entwickelten. Der Unterstaatssekretär der Luftfahrt, Captain Balfour, hat in einer dieser Maschinen als Besatzungsmitglied teilgenommen.

Zunächst wäre an der Tatsache an sich, daß Übungen auch größeren Rahmens innerhalb der britischen Fliegertruppe stattfinden, nichts Auffälliges zu sehen. Daß aber solche Übungen zu diesem Zeitpunkt durchgeführt und weiter von der gesamten Presse als ein Ereignis ersten Ranges groß aufgemacht werden, gibt zu Überlegungen Anlaß.

Zwei Gesichtspunkte können als Gründe hierfür angenommen werden:

1. Die Übungen sollen der Welt zeigen, daß die britische Luftwaffe zum Kampf bereit ist.

   In allen Kreisen Englands kann man die unumstößliche Gewißheit finden, daß in den nächsten beiden Monaten von seiten Deutschlands irgend etwas in der Danziger Frage geschehen wird, was in dem Falle der Durchführung ohne Verhandlung und unter militärischem Druck die Beistandspflicht Englands nach sich ziehen muß und wird.

   In der breiten Masse findet eine solche Hilfeleistung Englands — im Gegensatz zum vorigen September — volle Zustimmung, auch wenn man mit den Rüstungen nicht fertig sein sollte. In denkenden Kreisen, die, in London wenigstens, zahlreich vertreten sind, drückt diese Beistandspflicht wie ein Alp, da die praktische Durchführung, rein militärisch gesehen, ohne ein Bündnis mit einem militärisch starken Rußland als recht schwierig angesehen wird.

   Militärische Übungen aller Art sollen nun die Einsatzbereitschaft und Stärke unter Beweis stellen; auch erhofft man sich aus solchen Maßnahmen einen gewissen Eindruck auf Deutschland, der bewirken soll, eine friedliche Lösung der Danziger Frage der gewaltsamen vorzuziehen.

2. Die englische Luftwaffe soll durch diese Übungen einen hohen Grad von Einsatzbereitschaft erhalten. Im Laufe des vergangenen und dieses Jahres sind verschiedene Organisationsveränderungen und Vermehrungen durchgeführt worden. Diese müssen — wie jede Veränderung — zunächst den Kampfwert einer Truppe herabmindern. Viele Staffeln sind mit neuen Mustern ausgerüstet worden und haben ihr Unterstellungsverhältnis geändert. Dieser ganze Apparat muß sich nun einspielen, und dazu sind derartige Übungen das beste Mittel. Zweifellos werden die Truppenübungen kriegsmäßig durchgeführt; dieses läßt sich schon aus dem Einziehen von Reservisten ersehen.

Die Art der Durchführung der ersten Übungen ist sehr interessant. Die Flüge konnten zunächst tatsächlich aus dem Grunde nur nach Frankreich durchgeführt werden, weil für längere Streckenflüge England zu klein ist. Ein Fliegen über See in größeren Verbänden wird wegen der Schwierigkeit der Flugsicherung wahrscheinlich nur ungern unternommen.

Zur Übung ist es ja schließlich gleichgültig, wohin geflogen wird. So könnten diese Flüge allgemein als Vorbereitung für einen Einsatz auf große Entfernungen angesehen werden. Andererseits ist es aber wohl nicht von der Hand zu weisen, daß hiermit gleichzeitig praktische Einsatzübungen für den Mobilisierungsfall verbunden sein könnten. Es ist natürlich im Mobilisierungsfall einfacher, wenn die Verbände auf ihre Strecken eingeflogen sind.

Im Auftrag

von Selzam

Nr. 323

Der Deutsche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt

Telegramm

Paris, den 28. Juli 1939

Zu Moskauer Verhandlungen erfahre ich aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen folgendes:

I. Wenn England und Frankreich jetzt nicht nur darauf einzugehen bereit sind, militärische Besprechungen vor Einigung über politischen Vertrag zu führen, sondern diese mit besonderem Eifer betreiben, so sind drei Erwägungen dafür maßgebend:

1. England und Frankreich wünschen um jeden Preis Vertagung oder Abbruch der Verhandlungen zu vermeiden, weil sie glauben, daß, solange Verhandlungen im Fluß sind, Deutschland in Danzig nichts unternehmen wird. Politische Verhandlungen waren zu gewissem Abschluß gelangt, nachdem Einigung über alle Punkte bis auf Definition indirekten Angriffs und Modalitäten Hilfeleistung erfolgt war. Bei letzterem Punkt spielen so viele militärische Gesichtspunkte hinein, daß ohne gleichzeitige militärische Besprechungen nicht weiter zu kommen ist.

2. Mit Entsendung zweier repräsentativer Militärmissionen nach Moskau glaubt man Atmosphäre zum Abschluß auch politischen Vertrags günstig beeinflussen zu können.

3. Mit einer eventuellen Einigung der Militärs hoffen auch Politiker Druck zur Überwindung letzter Schwierigkeiten ausüben zu können, wenn man sich auch nicht verhehlt, daß in militärischen Besprechungen von russischer Seite außer dem Problem der Randstaaten das schwierige Problem der Duldung militärischen Beistands durch Polen und Rumänien angeschnitten werden wird.

II. Abschluß englisch-japanischen Abkommens soll von Engländern in Moskauer Verhandlungen in folgendem Sinne verwertet worden sein: England habe Verhandlungen über Tientsin durch eine auf die Dauer des Konflikts beschränkte Anerkennung japanischer Interessen in China teuer erkauft. Es sei dazu gezwungen worden, weil es Hände in Europa frei haben müsse, solange nicht in Moskauer Verhandlungen Vertrag zustandekomme. Sollte dies scheitern, so werde England bezüglich seiner Position in Ostasien in schwierige Lage kommen und Rußland auf die Dauer immer stärker japanischem Druck ausgesetzt sein.

III. Im Zusammenhang mit Moskauer Verhandlungen soll Bestehen des deutsch-russischen Vertrags von 1926 auf französischer und englischer Seite erörtert worden sein. Man habe die Frage geprüft, ob von Russen Kündigung des Vertrags oder Erklärung über seine Bedeutungslosigkeit verlangt werden könne, habe die Frage aber anscheinend zurückgestellt, um die Verhandlungen nicht noch mehr zu erschweren.

IV. Französische Militärmission, die bereits zusammengestellt wird, soll von General Doumenc, Chef der 2. Region in Lille, geführt werden. Dieser ist Artillerist und gilt als besonders befähigter Offizier; er war im Krieg Organisator des Kraftfahrwesens und vor Übernahme Frontkommandos in Lille, wo er zuerst 1. Division befehligte, stellvertretender Generalstabschef unter Weygand.

Welczeck

Nr. 324

Der Deutsche Gesandte in Sofia an das Auswärtige Amt

Bericht

Sofia, den 31. Juli 1939

Die militärischen Vorbereitungen der Türkei an der türkisch-bulgarischen Grenze werden hier weiter mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Einer zuverlässigen Nachricht zufolge ist türkischerseits vorgesehen, die türkische Truppenmacht in Thrazien noch weiter bis auf 15 Divisionen zu erhöhen. Darunter soll sich eine französische Division befinden, die im Konfliktsfalle aus Syrien herangeschafft werden würde. Die Dardanellen sollen durch drei Divisionen unter englischem Oberbefehl verteidigt werden.

Über den Besuch des Prinzregenten Paul in London und seine dortigen Gespräche liegen hier keine weiteren Mitteilungen vor, als daß die Engländer dem Prinzregenten gesagt hätten, im Ernstfalle würde Jugoslawien auf den Schutz Englands rechnen können.

Maßgebende bulgarische Politiker machen sich über diese Fülle von Beistandsversprechungen, die England austeilt, lustig.

Frhr. von Richthofen

Drittes Kapitel

Deutschlands Bemühen um Sicherung friedlicher Beziehungen zu seinen Nachbarländern

Nr. 325

Aus der Rede des Führers vor dem Deutschen Reichstag, 30. Januar 1937

..... Deutschland hat in den letzten Jahren eine ganze Anzahl politischer Beziehungen aufgenommen, wieder angeknüpft, verbessert und mit einer Reihe von Staaten ein, ich darf wohl sagen, enges freundschaftliches Verhältnis hergestellt. Unsere Beziehungen in Europa sind, von uns aus gesehen, zu den meisten Staaten normale, zu einer ganzen Anzahl von Staaten sehr freundschaftliche. Ich stelle hier an die Spitze die ausgezeichneten Beziehungen, die uns vor allem mit jenen Staaten verbinden, die aus ähnlichen Leiden wie wir zu ähnlichen Folgerungen gekommen sind. Durch eine Reihe von Abkommen haben wir frühere Spannungen beseitigt und damit wesentlich zu einer Verbesserung der europäischen Verhältnisse beigetragen. ......

Deutschland hat — und ich wiederhole dies hier feierlich — immer wieder versichert, daß es z. B. zwischen ihm und Frankreich überhaupt keinerlei menschlich denkbaren Streitpunkt geben kann. Die Deutsche Regierung hat weiter Belgien und Holland versichert, daß sie bereit ist, diese Staaten jederzeit als unantastbare neutrale Gebiete anzuerkennen und zu garantieren. ......

Nr. 326

Aus der Rede des Führers im Berliner Sportpalast, 26. September 1938

..... Ich habe Frankreich sofort nach der Rückgabe des Saargebiets an Deutschland, die durch eine Abstimmung entschieden wurde, erklärt, daß es nun überhaupt keine Differenzen mehr zwischen uns gebe. Ich sagte, daß die elsaß-lothringische Frage für uns nicht mehr existiert. Es ist ein Grenzgebiet. Das Volk dieses Landes ist eigentlich in den letzten Jahrzehnten niemals um seine eigene Meinung gefragt worden.

Wir haben die Empfindung, daß die Bewohner dieser Provinz am glücklichsten sind, wenn um sie nicht wieder gekämpft wird.

Wir alle wollen keinen Krieg mit Frankreich. Wir wollen nichts von Frankreich! Gar nichts!

Und als das Saargebiet dank der loyalen Auslegung der Verträge durch Frankreich — das muß ich hier bestätigen — ins Reich zurückgekehrt war, habe ich feierlich versichert: Nunmehr sind alle territorialen Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland beseitigt. Ich sehe heute überhaupt keine Differenz mehr zwischen uns!

Es sind zwei große Völker, die beide arbeiten und leben wollen. Und sie werden dann am besten leben, wenn sie zusammen arbeiten! .....

Nr. 327

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Französischen Botschafter

Aufzeichnung

Berlin, den 20. November 1938

Ich empfing heute um 12 Uhr den neuernannten Französischen Botschafter Coulondre, der mir seinen Antrittsbesuch machte.

Herr Coulondre erklärte mir, daß er sich bei Annahme des Postens vorgenommen habe, alles zu tun, um das deutsch-französische Verhältnis so gut wie möglich zu gestalten. Er persönlich sei in keinem Sinne irgendwie beeinflußt und stehe allen Anregungen offen gegenüber.

Ich erwiderte Herrn Coulondre, daß leider viele Gelegenheiten verpaßt worden seien, das deutsch-französische Verhältnis grundlegend zu bessern, und ich verwies in diesem Zusammenhang auf den bereits 1933 vorgesehenen, leider aber nicht erfolgten Besuch des Ministerpräsidenten Daladier in Deutschland. Ich hätte seinem Amtsvorgänger François-Poncet gegenüber häufiger ausgeführt, daß, wenn erst ein gewisser geistiger Ballast abgeworfen worden sei, eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich einfacher sein würde. Es käme darauf an, daß sich die europäischen Staaten auf ihre wirklichen Interessen beschränkten, so Frankreich auf sein großes Kolonialreich, England auf sein Empire und

Deutschland auf seine eigentliche Interessensphäre, nämlich den Südosten Europas. Wenn dies einmal klar herausgeschält sei, werde auch das deutsch-französische Verhältnis immer besser und dauerhafter werden, denn das deutsche Volk hege ebensowenig irgendwelchen Groll gegen Frankreich wie das französische Volk gegen Deutschland, und dies sei um so natürlicher, da ja keine vitalen Divergenzen zwischen den beiden Völkern beständen.

Herr Coulondre stimmte meinen Ausführungen zu und sagte, daß er die Frage genau so sehe.

von Ribbentrop

Nr. 328

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Vertreter des »Paris Soir«, 5. Dezember 1938

Auszug

Viele Franzosen müßten wissen, daß ich seit langem eine Verständigung mit Frankreich wünsche und daran arbeite. Niemand war zufriedener als ich, als der Führer nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten die Ansicht vertrat, daß eine Annäherung mit Frankreich die erste Bedingung für eine Befriedung Europas sei. Das deutsche Volk ist ihm freiwillig gefolgt, denn es hat absolut nichts gegen das französische Volk, ebensowenig wie das französische Volk, das ich genau zu kennen glaube, auch nichts gegen das deutsche Volk hat.

Die hohe Achtung der deutschen Frontkämpfer vor den französischen Frontkämpfern ist im Kriege geboren. Diese Achtung stellt einen günstigen Boden für eine Verständigung dar. Deshalb hat auch in den letzten Jahren niemand mehr als die Frontkämpfer an einer Annäherung zwischen beiden Völkern gearbeitet.

Ich bin sicher, daß es zwischen Frankreich und Deutschland keine lebenswichtigen Fragen gibt, die nicht freundschaftlich geregelt werden könnten. Frankreich hat seine Freunde, und Deutschland hat ebenfalls die seinigen. Warum sollte es nicht möglich sein, eine Brücke zwischen diesen Freunden zu schlagen, um eine Grundlage zu finden, die allen interessierten Ländern nur nützlich sein könnte? ......

Nr. 329

Deutsch-Französische Erklärung, 6. Dezember 1938

Der Deutsche Reichsminister des Auswärtigen, Herr Joachim von Ribbentrop,

und der Französische Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Herr Georges Bonnet,

haben bei ihrer Zusammenkunft in Paris am 6. Dezember 1938 im Namen und im Auftrag ihrer Regierungen folgendes vereinbart:

1. Die Deutsche Regierung und die Französische Regierung sind übereinstimmend der Überzeugung, daß friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eines der wesentlichsten Elemente der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa und der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens darstellen. Beide Regierungen werden deshalb alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß eine solche Gestaltung der Beziehungen zwischen ihren Ländern sichergestellt wird.
2. Beide Regierungen stellen fest, daß zwischen ihren Ländern keine Fragen territorialer Art mehr schweben, und erkennen feierlich die Grenze zwischen ihren Ländern, wie sie gegenwärtig verläuft, als endgültig an.
3. Beide Regierungen sind entschlossen, vorbehaltlich ihrer besonderen Beziehungen zu dritten Mächten, in allen ihre beiden Länder angehenden Fragen in Fühlung miteinander zu bleiben und in eine Beratung einzutreten, wenn die künftige Entwicklung dieser Fragen zu internationalen Schwierigkeiten führen sollte.

Zu Urkund dessen haben die Vertreter der beiden Regierungen diese Erklärung, die sofort in Kraft tritt, unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und französischer Sprache in Paris am 6. Dezember 1938.

Joachim von Ribbentrop	**Georges Bonnet**
Reichsminister des Auswärtigen	Minister für Auswärtige Angelegenheiten

Nr. 330

Amtliche Deutsche Verlautbarung, 6. Dezember 1938

Der Besuch des Reichsministers des Auswärtigen in Paris am 6. Dezember hat Gelegenheit zu einem ausführlichen deutsch-französischen Meinungsaustausch geboten. In den Unterhaltungen (die zwischen Herrn von Ribbentrop und Herrn Georges Bonnet stattgefunden haben) sind die wichtigsten europäischen Probleme und insbesondere die Fragen, die die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland unmittelbar angehen, geprüft worden. Von beiden Seiten ist anerkannt worden, daß eine auf der formellen Anerkennung ihrer Grenzen beruhende Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht nur deren gemeinsamen Interessen dienen, sondern einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens darstellen würde.

In diesem Geist haben die Außenminister der beiden Länder eine Erklärung unterzeichnet, die vorbehaltlich der besonderen Beziehungen der beiden Regierungen zu dritten Mächten ihren Willen zum Ausdruck bringt, in gegenseitiger Achtung friedlich zusammenzuarbeiten, und die so einen wichtigen Schritt auf dem Wege der allgemeinen Befriedung darstellt.

Nr. 331

Erklärung des Reichsministers des Auswärtigen vor der Presse, Paris, 6. Dezember 1938

Mit der heutigen Erklärung sind Frankreich und Deutschland auf der festen Grundlage ihrer Freundschaften mit anderen Staaten übereingekommen, ihren Jahrhunderte alten Grenzstreit zu beenden und mit der gegenseitigen Anerkennung ihrer Grenzen auch einer beiderseitigen Anerkennung und Achtung ihrer nationalen Lebensinteressen den Weg zu ebnen. Als gleichberechtigte Partner erklären sich zwei große Nationen bereit, nach schweren Auseinandersetzungen in der Vergangenheit eine gute Nachbarschaft für die Zukunft zu begründen. Sie geben mit dieser Erklärung ihres Willens der Überzeugung Ausdruck, daß es zwischen ihnen in der Tat keine lebenswichtigen Gegensätze gibt, die einen ernsten Konflikt rechtfertigen können.

Die wirtschaftlichen Interessen beider Länder ergänzen sich. Das deutsche Geistesleben verdankt Frankreich wertvolle Anregungen, wie auch umgekehrt Deutschland oft das französische Geistesleben befruchtet hat. Die Achtung, die das deutsche und das französische Volk als tapfere Gegner während des Weltkrieges voreinander gewonnen haben, soll im Frieden ihre natürliche Ergänzung und Vertiefung finden durch die hervorragende Leistungsfähigkeit, die beide Völker in der Arbeit auszeichnet.

Ich bin daher überzeugt, daß die heutige deutsch-französische Erklärung die geschichtlichen Vorurteile beseitigen hilft und daß die Entspannung unseres Nachbarverhältnisses, die in ihr zum Ausdruck kommt, nicht nur die einmütige Zustimmung der Führenden, sondern auch der Völker unserer beiden Staaten findet.

Die Gefühle, die das deutsche Volk gegenüber einer neuen Ausrichtung der zwischenstaatlichen Beziehungen hegt, kamen in dem herzlichen Empfang zum Durchbruch, der dem Französischen Ministerpräsidenten Eduard Daladier in München bereitet wurde. Die Sympathiekundgebungen, deren Zeuge ich in den wenigen Stunden meines Pariser Aufenthaltes sein durfte, zeigen, in wie starkem Maße diese Gefühle auch von der Bevölkerung Frankreichs geteilt werden.

So halte ich die Hoffnung für berechtigt, daß die Erklärung eine neue Ära zwischen unseren beiden Völkern einleiten wird.

Nr. 332

Erklärung des Französischen Außenministers Bonnet vor der Presse, Paris, 6. Dezember 1938

(Übersetzung)

Ich möchte zunächst den Herrn Reichsminister des Auswärtigen begrüßen, den zu empfangen wir uns besonders glücklich schätzen und dessen Anwesenheit die Tragweite der Urkunde unterstreicht, die wir soeben unterzeichnet haben.

Die Bemühungen der Französischen Regierung haben ebenso wie die aller ihrer Vorgängerinnen immer mit derselben Aufrichtigkeit die Erhaltung und Organisierung des Friedens angestrebt. Die

Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland bildet ebenso wie der Ausdruck ihres gemeinsamen Willens, ihre friedlichen Beziehungen zu entwickeln, ein wesentliches Element ihres Vorhabens.

Aus diesem Grunde freue ich mich besonders über die Unterzeichnung dieser französisch-deutschen Erklärung, die die bestehenden Grenzen in feierlicher Form anerkennt und damit einen langen historischen Streit beendet sowie den Weg zu einer Zusammenarbeit ebnet, die durch die Überzeugung erleichtert wird, daß zwischen den beiden Ländern kein Streitpunkt besteht, der geeignet wäre, die friedlichen Grundlagen ihrer Beziehungen in Frage zu stellen.

Diese Überzeugung wird gefördert durch die gegenseitige Wertschätzung des geistigen Austausches, der zwischen den beiden Nationen von jeher bestanden hat, sowie durch die gegenseitige Achtung, die sich zwei Völker schulden, die während des Weltkrieges ihren Heldenmut gemessen haben und heute entschlossen sind, in einer Atmosphäre des Vertrauens und des Friedens zu arbeiten.

Im übrigen zweifle ich nicht daran, daß diese gemeinsame Erklärung einen wichtigen Beitrag zur allgemeinen Befriedung liefert, dessen voller Wert sich in der Zukunft erweisen wird. Sie bildet einen besonders wichtigen Abschnitt bei diesem Werk der Versöhnung und der Zusammenarbeit, für das Frankreich den heißen Wunsch hegt, daß alle Völker sich ihm beigesellen möchten.

Nr. 333

Der Reichsminister des Auswärtigen an den Belgischen Gesandten

Berlin, den 13. Oktober 1937

Herr Gesandter!

Im Namen der Deutschen Regierung habe ich die Ehre, Euerer Exzellenz folgendes mitzuteilen:

Die Deutsche Regierung hat mit besonderem Interesse Kenntnis von den öffentlichen Erklärungen genommen, die die Belgische Regierung zur Klärung der internationalen Stellung Belgiens abgegeben hat.

Sie hat ihrerseits wiederholt, insbesondere durch die Erklärung des Deutschen Reichskanzlers in seiner Rede vom 30. Januar 1937 *, ihre Auffassung in dieser Hinsicht zum Ausdruck gebracht.

Andererseits hat die Deutsche Regierung Kenntnis genommen von der Erklärung der Königlich Britischen und der Französischen Regierung vom 24. April 1937 **.

Mit Rücksicht darauf, daß der Abschluß eines zur Ersetzung des Pakts von Locarno bestimmten Vertrags noch geraume Zeit in Anspruch nehmen kann, und in dem Wunsche, die friedlichen Bestrebungen der beiden Länder zu stärken, hält die Deutsche Regierung es für angebracht, ihre Haltung gegenüber Belgien schon jetzt zu präzisieren.

Zu diesem Zweck gibt sie folgende Erklärung ab:

1. Die Deutsche Regierung hat Akt genommen von der Auffassung, der die Belgische Regierung auf Grund ihrer eigenen Zuständigkeit Ausdruck gegeben hat, nämlich,
   a) daß sie in voller Souveränität eine Politik der Unabhängigkeit zu verfolgen gedenkt,
   b) daß sie entschlossen ist, die Grenzen Belgiens mit allen ihren Kräften gegen jeden Angriff und jede Invasion zu verteidigen, zu verhindern, daß das belgische Gebiet für einen Angriff gegen einen anderen Staat als Durchmarschland oder als Operationsbasis zu Lande, zur See oder in der Luft benutzt wird, und zu diesem Zwecke die Verteidigung Belgiens in wirksamer Weise zu organisieren.
2. Die Deutsche Regierung stellt fest, daß die Unverletzlichkeit und die Integrität Belgiens für die Westmächte von gemeinsamem Interesse sind. Sie bestätigt ihren Entschluß, diese Unverletzlichkeit und Integrität unter keinen Umständen zu beeinträchtigen und jederzeit das belgische Gebiet zu respektieren, ausgenommen selbstverständlich in dem Fall, daß Belgien in einem bewaffneten Konflikt, in den Deutschland verwickelt ist, bei einer gegen Deutschland gerichteten militärischen Aktion mitwirken würde.
3. Die Deutsche Regierung ist bereit, ebenso wie die Königlich Britische und die Französische Regierung, Belgien Beistand zu gewähren, falls es Gegenstand eines Angriffs oder einer Invasion sein sollte.

Ich benutze auch diesen Anlaß, usw.

Frhr. von Neurath

---

* Vgl. Nr. 325.

** Gemeinsame Note des Britischen und Französischen Botschafters in Brüssel an den Belgischen Außenminister vom 24. April 1937, durch welche Belgien aus den im Vertrag von Locarno und in den Londoner Abreden vom 19. März 1936 eingegangenen Verpflichtungen entlassen wurde, unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung der britischen und französischen Beistandsversprechen.

Nr. 334

Der Belgische Gesandte an den Reichsminister des Auswärtigen

Berlin, den 13. Oktober 1937

Herr Minister!

Im Auftrag meiner Regierung habe ich die Ehre, Euer Exzellenz folgende Mitteilungen zu machen: Die Regierung Seiner Majestät hat mit großer Befriedigung von der Erklärung Kenntnis genommen, die ihr am heutigen Tage durch die Reichsregierung übermittelt wurde. Sie spricht dieser hierfür ihren lebhaftesten Dank aus.

Ich benutze diese Gelegenheit, usw.

Vicomte Jacques Davignon

Nr. 335

Der Deutsche Gesandte im Haag an das Auswärtige Amt

Bericht

Den Haag, den 22. März 1937

Bei den Beratungen der I. Kammer über den Etat des Außenministeriums hat Minister de Graeff am 17. März eine beachtenswerte Rede gehalten. Im nachstehenden behandele ich die Ausführungen des Ministers über das deutsche Garantieangebot und den Westpakt, während ich über die anderen Teile seiner Rede, insbesondere soweit sie sich mit der Revision des Völkerbundes befaßt, gesondert berichte.

Herr de Graeff begann seine Rede mit der Feststellung, daß, wie die Debatte gezeigt habe, die I. Kammer in ihrer Gesamtheit mit der Antwort einverstanden sei, welche die Niederländische Regierung auf das in der Rede des Führers vom 30. Januar enthaltene Garantieangebot an Holland erteilt habe. Diese Antwort sei lediglich die Bestätigung einer bereits immer eingehaltenen politischen Linie gewesen. Solange Holland nicht durch eigene Handlungen die Unantastbarkeit seines Gebietes in Gefahr bringe, sei diese Unantastbarkeit bereits eine selbstverständliche Sache, die in keinem Vertrag mit einer fremden Macht näher umgrenzt oder festgelegt werden könne. Trotzdem sei die gute Absicht des deutschen Staatsoberhauptes auch durch die Niederländische Regierung besonders gewürdigt worden. Derartige Äußerungen trügen nur dazu bei, in Holland das Gefühl der Sicherheit zu erhöhen. Auf der anderen Seite legten sie aber auch, so paradox es klinge, den Niederlanden die Verpflichtung auf, ihre Wehrmacht auf der Höhe zu halten. Selbständigkeitspolitik könne Holland nur dann treiben, wenn es zeige, daß es bereit sei, sich gegen jeden Angriff nach Kräften zu verteidigen. Wenn man im Ausland wisse, daß Holland bereit und imstande sei, einen Durchzug fremder Truppen, wenn nicht zu verhindern, so doch ernsthaft zu erschweren, dann könnten strategische Erwägungen leicht dazu führen, daß man davon absehe, Holland in den Streit hineinzuziehen.

Um auf die konkrete Frage des deutschen Garantieangebots zurückzukommen, so sei der Grund für die holländische Antwort der, daß die Angelegenheit nicht geeignet sei, in einem Vertrage behandelt zu werden. Man müsse den Eindruck vermeiden, als ob in Holland irgendwelche Zweifel an der Unantastbarkeit des holländischen Gebietes bestünden. Auch bedeute der Abschluß eines Vertrages die Annahme von Verpflichtungen für beide Seiten, und Holland könne keinerlei Verpflichtungen auf sich nehmen. Die Deutsche Regierung habe im übrigen den holländischen Standpunkt vollkommen verstanden und gewürdigt.

Zech

Nr. 336

Der Deutsche Gesandte im Haag an das Auswärtige Amt

Bericht

Den Haag, den 28. Oktober 1937

Der N. S. B.-Abgeordnete der I. Kammer van Vessem, der bereits nach der Führerrede vom 30. Januar d. J. eine Anfrage wegen einer eventuellen deutschen Garantieerklärung für die Niederlande an die Regierung gerichtet hatte, ist aus Anlaß der deutschen Garantieerklärung für Belgien erneut mit einer Kammeranfrage auf die Angelegenheit zurückgekommen. Seine Frage ging dahin, ob die

Niederländische Regierung auch heute noch auf ihrem abweisenden Standpunkt verharre und ob bejahendenfalls dadurch nicht der Eindruck entstehen könne, daß das niederländische Gebiet Europa als Schlachtfeld zur Verfügung stehe.

Außenminister Patijn hat erwidert, die Regierung vertrete nach wie vor die Auffassung, daß die Unantastbarkeit des niederländischen Gebiets ein Axiom sei, welches nicht Gegenstand einer unter niederländischer Beteiligung zustande gekommenen Regelung sein könne. Aus dieser unveränderten Haltung könne aber nach Auffassung der Regierung auch nach dem deutsch-belgischen Abkommen und den voraufgegangenen englischen und französischen Erklärungen unmöglich der Eindruck entstehen, als ob niederländisches Gebiet Europa als Schlachtfeld zur Verfügung stände.

Zech

Nr. 337

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an die Deutschen Diplomatischen Missionen

Erlaß

Berlin, den 28. April 1938

Infolge der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich haben wir mit Italien, Jugoslawien, der Schweiz, Liechtenstein und Ungarn neue Grenzen erhalten. Diese Grenzen werden von uns als endgültig und unantastbar betrachtet. Hierüber sind folgende besonderen Erklärungen abgegeben worden:

1. Italien:

Der Führer und Reichskanzler hat in seiner Reichstagsrede vom 18. März d. J. auf seinen an Mussolini gerichteten Brief vom 11. März d. J. Bezug genommen und dabei hervorgehoben, daß er hierin Mussolini versichert habe, »daß sich in der Einstellung Deutschlands nach diesem Ereignis Italien gegenüber nicht nur nichts ändern wird, sondern daß genau so wie gegenüber Frankreich auch gegenüber Italien Deutschland die dann bestehenden Grenzen als gegebene ansieht.«

In derselben Reichstagsrede hat der Führer weiter folgende Erklärung abgegeben: »Wir wissen, was die Haltung Mussolinis in diesen Tagen für Deutschland bedeutet hat. Wenn es eine Festigung der Beziehungen zwischen Italien und Deutschland hat geben können, dann ist sie jetzt eingetreten. Aus einer weltanschaulich und interessenmäßig bedingten Gemeinschaft ist für uns Deutsche eine unlösbare Freundschaft geworden. Das Land und die Grenzen dieses Freundes aber sind für uns unantastbar. Ich wiederhole es: daß ich Mussolini diese Haltung nie vergessen werde! Das italienische Volk aber kann wissen, daß hinter meinem Wort die deutsche Nation steht!»

2. Schweiz:

Der Deutsche Gesandte in Bern hat am 14. März Bundesrat Motta die Versicherung über die Achtung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der Schweiz in Erinnerung gebracht, die er bereits bei seinem Amtsantritt mit Ermächtigung des Führers und Reichskanzlers Herrn Motta übermittelt hatte. Sachlich liefen diese Versicherungen auf eine Wiederholung der bekannten Erklärung des Führers und Reichskanzlers an den Altbundesrat Schultheß vom 23. Februar 1937 hinaus, deren Kernsatz lautet: »Zu jeder Zeit, komme was da wolle, werden wir die Unverletzlichkeit und Neutralität der Schweiz respektieren.« Die Schweizerische Regierung hat von diesen Äußerungen des Deutschen Gesandten gegenüber Herrn Motta am 15. März der schweizerischen Presse Kenntnis gegeben, von der sie dann durchweg, wenn auch gelegentlich in nicht ganz zutreffender Form, wiedergegeben worden sind.

3. Jugoslawien:

Der Jugoslawischen Regierung ist von maßgebender deutscher Seite erklärt worden, daß die deutsche Politik nicht über Österreich hinausziele und daß die jugoslawische Grenze in jedem Falle unberührt bleibe. Der Führer und Reichskanzler hat dann in seiner Rede in Graz vom 3. April d. J. ausgeführt, Jugoslawien und Ungarn hätten zu der Wiedervereinigung Österreichs dieselbe Haltung eingenommen wie Italien. Wir seien glücklich, hier Grenzen zu besitzen, die uns der Sorge enthöben, sie militärisch beschützen zu lassen.

4. Ungarn:

Der Ungarischen Regierung ist durch unseren Gesandten in Budapest mitgeteilt worden, daß die Erklärungen, die wir bezüglich der neuen Grenzen gegenüber Italien, Jugoslawien und der Schweiz abgegeben hätten, selbstverständlich auch entsprechende Geltung für die neue deutsch-ungarische Grenze hätten. Mit unserer Zustimmung hat der Ungarische Außenminister Kánya in seiner Rede vom 23. März vor den auswärtigen Ausschüssen des Abgeordneten- und des Oberhauses darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung keinerlei Zweifel darüber habe bestehen lassen, daß sie die gegenwärtige deutsch-ungarische Grenze für ebenso unverletzlich halte wie die deutsche Grenze mit Jugoslawien, Italien und der Schweiz.

Weizsäcker

Nr. 338

Ansprache des Führers in Rom, 7. Mai 1938

Auszug

Duce!

.... Sie haben im letzten Herbst auf dem Maifeld in Berlin als das ethische Gesetz, das Ihnen und dem faschistischen Italien heilig sei, den Satz proklamiert: »Klar und offen reden, und wenn man einen Freund hat, mit ihm bis ans Ende marschieren«.

Auch ich bekenne mich im Namen des Nationalsozialistischen Deutschland zu diesem Gesetz. Ich will Ihnen heute folgendes antworten:

Seit sich Römer und Germanen in der Geschichte für uns bewußt zum ersten Male begegneten, sind nunmehr zwei Jahrtausende vergangen. Indem ich hier auf diesem ehrwürdigsten Boden unserer Menschheitsgeschichte stehe, empfinde ich die Tragik eines Schicksals, das es einst unterließ, zwischen diese so hochbegabten und wertvollen Rassen eine klare Grenzscheide zu ziehen. Unsagbares Leid von vielen Generationen war die Folge.

Heute nun nach fast zweitausend Jahren erhebt sich dank Ihrem geschichtlichen Wirken, Benito Mussolini, der römische Staat aus grauen Überlieferungen zu neuem Leben. Und nördlich von Ihnen entstand aus zahlreichen Stämmen ein neues germanisches Reich.

Belehrt durch die Erfahrung zweier Jahrtausende wollen wir beide, die wir nun unmittelbare Nachbarn geworden sind, jene natürliche Grenze anerkennen, die die Vorsehung und die Geschichte unseren beiden Völkern ersichtlich gezogen haben. Sie wird dann Italien und Deutschland durch die klare Trennung der Lebensräume der beiden Nationen nicht nur das Glück einer friedlich gesicherten dauernden Zusammenarbeit ermöglichen, sondern auch als Brücke gegenseitiger Hilfe und Unterstützung dienen.

Es ist mein unerschütterlicher Wille und mein Vermächtnis an das deutsche Volk, daß es deshalb die von der Natur zwischen uns beiden aufgerichtete Alpengrenze für immer als eine unantastbare ansieht. Ich weiß, daß sich dann für Rom und Germanien eine große und segensreiche Zukunft ergeben wird.

Duce!

Und so wie Sie und Ihr Volk in entscheidungsreichen Tagen die Freundschaft gehalten haben, werde ich und mein Volk Italien in schwerer Stunde gleiche Freundschaft beweisen. ......

Nr. 339

Erklärung des Führers gelegentlich seiner Unterredung mit dem früheren Schweizerischen Bundesrat Schultheß in Berlin, 23. Februar 1937*

Der Bestand der Schweiz ist eine europäische Notwendigkeit. Wir wünschen, mit ihr als gute Nachbarn in bestem Einvernehmen zu leben und uns mit ihr in allen Dingen loyal zu verständigen. Als ich in meiner jüngsten Reichstagsrede von der Neutralität zweier Länder sprach, habe ich die Schweiz absichtlich nicht erwähnt, weil ihre hergebrachte, von ihr geübte und von den Mächten, auch von uns, immer anerkannte Neutralität in keiner Weise in Frage steht. Zu jeder Zeit, komme was da wolle, werden wir die Unverletzlichkeit und Neutralität der Schweiz respektieren. Das sage ich Ihnen mit aller Bestimmtheit. Noch nie habe ich Anlaß zu einer anderen Auffassung gegeben.

* Am 14. Juni 1938 hat der Führer gegenüber dem neuernannten Schweizerischen Gesandten Frölicher die Entschlossenheit des Reichs, die Neutralität der Schweiz unter allen Umständen zu respektieren, erneut zum Ausdruck gebracht.

Nr. 340

Ansprache des Führers anläßlich der Abendtafel zu Ehren des Prinzregenten von Jugoslawien, 1. Juni 1939

Auszug

...... Die deutsche Freundschaft zum jugoslawischen Volk ist nicht nur eine spontane. Sie hat ihre Tiefe und Dauerhaftigkeit erhalten inmitten der tragischen Wirren des Weltkrieges. Der deutsche Soldat hat damals seinen so überaus tapferen Gegner schätzen und achten gelernt. Ich glaube, daß dies auch umgekehrt der Fall war. Diese gegenseitige Achtung findet ihre Erhärtung in gemeinsamen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen. So sehen wir auch in Ihrem jetzigen Besuch, Königliche Hoheit, nur einen lebendigen Beweis für die Richtigkeit dieser unserer Auffassung, und wir schöpfen deshalb daraus zugleich die Hoffnung, daß sich die deutsch-jugoslawische Freundschaft auch in Zukunft weiterentwickeln und immer enger gestalten möge.

In Ihrer Anwesenheit, Königliche Hoheit, sehen wir aber auch eine freudige Gelegenheit zu einem offenen und freundschaftlichen Meinungsaustausch, der — davon bin ich überzeugt — für unsere beiden Völker und Staaten in diesem Sinne nur nutzbringend sein kann. Ich glaube daran um so mehr, als ein fest begründetes vertrauensvolles Verhältnis Deutschlands zu Jugoslawien nun — da wir durch die geschichtlichen Ereignisse Nachbarn mit für immer festgelegten gemeinsamen Grenzen geworden sind — nicht nur einen dauernden Frieden zwischen unseren beiden Völkern und Ländern sichern wird, sondern darüber hinaus auch ein Element der Beruhigung für unseren nervös erregten Kontinent darstellen kann. Dieser Friede aber ist das Ziel all jener, die wirklich aufbauende Arbeit zu leisten gewillt sind. ......

Nr. 341

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Gesandten in Budapest

Telegramm

Berlin, den 18. März 1938

Für die durch Sie und den hiesigen Ungarischen Gesandten ausgesprochenen Glückwünsche anläßlich Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich bitte dem Reichsverweser namens Führers und Reichskanzlers und der Ungarischen Regierung namens Deutscher Regierung wärmsten Dank zu übermitteln.

Ungarischer Gesandter ansprach mich bei gestrigem Besuch auf Zusicherung, die wir nach Wiedervereinigung Österreichs unserem Schweizer, italienischen und jugoslawischen Nachbar hinsichtlich Grenze gegeben hätten, während Ungarn bisher mit einer solchen Zusicherung noch nicht bedacht worden sei. Er erklärte mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß er keinen Auftrag seiner Regierung habe, daß eine solche Erklärung in Budapest außerordentlich begrüßt werden würde. Ich bitte Sie, bei Ausführung obigen Auftrages Herrn von Kánya im Namen der Reichsregierung zu versichern, daß das, was für die Schweiz, Italien und Jugoslawien gelte, selbstverständlich auch Geltung habe für die neue deutsch-ungarische Grenze.

Mackensen

Nr. 342

Vertrag zwischen Deutschland und Litauen, 22. März 1939

Der Deutsche Reichskanzler und der Präsident der Republik Litauen haben sich entschlossen, durch einen Staatsvertrag die Wiedervereinigung des Memelgebietes mit dem Deutschen Reich zu regeln, hiermit die zwischen Deutschland und Litauen schwebenden Fragen zu bereinigen und so den Weg für eine freundschaftliche Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu eröffnen.

Zu diesem Zwecke haben zu Bevollmächtigten ernannt: der Deutsche Reichskanzler den Reichsminister des Auswärtigen, Herrn Joachim von Ribbentrop,

der Präsident der Republik Litauen den Außenminister, Herrn Juozas Urbšys, und den Gesandten in Berlin, Herrn Kazys Skirpa, die sich nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgende Bestimmungen geeinigt haben:

Artikel 1

Das durch den Vertrag von Versailles von Deutschland abgetrennte Memelgebiet wird mit Wirkung vom heutigen Tage wieder mit dem Deutschen Reich vereinigt.

Artikel 2

Das Memelgebiet wird sofort von den litauischen Militär- und Polizeikräften geräumt werden. Die Litauische Regierung wird dafür Sorge tragen, daß das Gebiet bei der Räumung in ordnungsmäßigem Zustand belassen wird.

Beide Teile werden, soweit erforderlich, Kommissare ernennen, die die Übergabe der nicht in den Händen der autonomen Behörde des Memelgebiets befindlichen Verwaltungen durchzuführen haben.

Die Regelung der übrigen sich aus dem Wechsel der Staatshoheit ergebenden Fragen, insbesondere der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, der Beamtenfragen sowie der Staatsangehörigkeitsfragen bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten.

Artikel 3

Um den Wirtschaftsbedürfnissen Litauens Rechnung zu tragen, wird in Memel für Litauen eine Freihafenzone eingerichtet werden. Die Einzelheiten werden nach den Richtlinien der diesem Vertrage beigefügten Anlage besonders geregelt werden.

Artikel 4

Zur Bekräftigung ihres Entschlusses, eine freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen sicherzustellen, übernehmen beide Teile die Verpflichtung, weder zur Anwendung von Gewalt gegeneinander zu schreiten, noch eine gegen einen der beiden Teile von dritter Seite gerichtete Gewaltanwendung zu unterstützen.

Artikel 5

Dieser Vertrag tritt mit der Unterzeichnung in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und in litauischer Sprache.

Berlin, den 22. März 1939

Joachim von Ribbentrop **Urbšys** **Skirpa**

Nr. 343

Aus der Rede des Führers vor dem Deutschen Reichstag, 28. April 1939

..... 18. Herr Roosevelt verlangt endlich die Bereitwilligkeit, ihm die Zusicherung zu geben, daß die deutschen Streitkräfte das Staatsgebiet oder die Besitzungen folgender unabhängiger Nationen nicht angreifen und vor allem nicht dort einmarschieren würden. Und er nennt als dafür in Frage kommend nun: Finnland, Lettland, Litauen, Estland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Niederlande, Belgien, Großbritannien, Irland, Frankreich, Portugal, Spanien, die Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Polen, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Rußland, Bulgarien, Türkei, Irak, Arabien, Syrien, Palästina, Ägypten und Iran.

Meine Antwort: Ich habe mir zunächst die Mühe genommen, bei den angeführten Staaten festzustellen, erstens, ob sie sich bedroht fühlen, und zweitens, ob vor allem diese Anfrage Herrn Roosevelts an uns durch eine Anregung ihrerseits oder wenigstens mit ihrem Einverständnis erfolgt sei.

Die Beantwortung war eine durchgehend negative, zum Teil schroff ablehnende. Allerdings konnte an einige der angeführten Staaten und Nationen diese Rückfrage von mir nicht zugeleitet werden, weil sie sich — wie zum Beispiel Syrien — zur Zeit nicht im Besitz ihrer Freiheit befinden, sondern von den militärischen Kräften demokratischer Staaten besetzt gehalten und damit rechtlos gemacht sind.

Drittens: Abgesehen davon haben aber alle an Deutschland angrenzenden Staaten Zusicherungen und vor allem viel bündigere Vorschläge erhalten, als sie sich Herr Roosevelt in seinem eigenartigen Telegramm von mir erbittet.

..... Ich will aber abschließend hier folgendes erklären:

Die Deutsche Regierung ist trotzdem bereit, jedem dieser genannten einzelnen Staaten, wenn er es wünschen sollte und sich selbst an Deutschland mit einem entsprechenden tragbaren Vorschlag wendet, um eine Zusicherung der von Roosevelt gewünschten Art zu erhalten, diese Zusicherung unter der Voraussetzung der unbedingten Gegenseitigkeit auch zu geben. Bei einer ganzen Reihe der von Roosevelt angeführten Staaten dürfte sich dies allerdings von vornherein erledigen, weil wir mit ihnen ohnehin sogar entweder verbündet oder zumindest eng befreundet sind.

Auch über die Zeitdauer dieser Abmachungen ist Deutschland gern bereit, mit jedem einzelnen Staat die von ihm gewünschten Vereinbarungen zu treffen.....

Nr. 344

Amtliche Deutsche Verlautbarung, 19. Mai 1939

Im Verfolg der Erklärung des Führers in seiner Reichstagsrede vom 28. April über die Bereitschaft Deutschlands zum Abschluß von Nichtangriffspakten haben Verhandlungen zwischen der Deutschen Regierung und den Regierungen von Estland, Lettland, Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland wegen Abschluß solcher Pakte stattgefunden. Die Verhandlungen mit Estland und Lettland stehen vor dem Abschluß. Mit Dänemark besteht grundsätzliches Einverständnis über den baldigen Abschluß eines gegenseitigen Nichtangriffspaktes.

Mit Schweden, Norwegen und Finnland ist der Gedankenaustausch mit folgendem Ergebnis beendet:

Die Schwedische und Norwegische Regierung haben der Deutschen Regierung aufs neue erklärt, daß ihre Länder sich von Deutschland nicht bedroht fühlen und daß sie unter Aufrechterhaltung des Prinzips der Neutralität, Integrität und Unabhängigkeit die Absicht haben, mit keinem Land Nichtangriffspakte abzuschließen. Sie halten daher ein Abkommen dieser Art nicht für erforderlich und sind mit der Reichsregierung übereingekommen, von einer weiteren Verfolgung des Planes Abstand zu nehmen. Zu dem gleichen Ergebnis haben auch die Verhandlungen mit der Finnischen Regierung geführt.

Nr. 345

Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und Dänemark, 31. Mai 1939

Der Deutsche Reichskanzler
und
Seine Majestät der König von Dänemark und Island,

fest entschlossen, den Frieden zwischen Deutschland und Dänemark unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, sind übereingekommen, diesen Entschluß durch einen Staatsvertrag zu bekräftigen, und haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler
den Reichsminister des Auswärtigen,
Herrn Joachim von Ribbentrop;

Seine Majestät der König von Dänemark und Island
den Außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten
Minister in Berlin, Herrn Kammerherrn Herluf Zahle,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgende Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel 1

Das Deutsche Reich und das Königreich Dänemark werden in keinem Falle zum Kriege oder zu einer anderen Art von Gewaltanwendung gegeneinander schreiten.

Falls es von seiten einer dritten Macht zu einer Aktion der im Absatz 1 bezeichneten Art gegen einen der vertragschließenden Teile kommen sollte, wird der andere vertragschließende Teil eine solche Aktion in keiner Weise unterstützen.

Artikel 2

Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt von da an für eine Zeit von zehn Jahren. Falls der Vertrag nicht spätestens ein Jahr vor Ablauf dieser Frist von einem der vertragschließenden Teile gekündigt wird, verlängert sich seine Geltungsdauer um weitere zehn Jahre. Das gleiche gilt für die folgenden Zeitperioden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift, in deutscher und dänischer Sprache, in Berlin am 31. Mai 1939

Joachim von Ribbentrop **Herluf Zahle**

Zeichnungsprotokoll

Bei der heutigen Unterzeichnung des deutsch-dänischen Vertrages ist das Einverständnis beider Teile über folgendes festgestellt worden:

Eine Unterstützung durch den nicht am Konflikt beteiligten vertragschließenden Teil im Sinne des Artikels 1 Absatz 2 des Vertrages liegt nicht vor, wenn das Verhalten dieses Teiles mit den allgemeinen Regeln der Neutralität im Einklang steht. Es ist daher nicht als unzulässige Unterstützung anzusehen, wenn zwischen dem nicht an dem Konflikt beteiligten vertragschließenden Teil und der dritten Macht der normale Warenaustausch und Warentransit fortgesetzt wird.

Berlin, den 31. Mai 1939

Joachim von Ribbentrop **Herluf Zahle**

Nr. 346

Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und Estland, 7. Juni 1939

Der Deutsche Reichskanzler
und
der Präsident der Republik Estland,

fest entschlossen, den Frieden zwischen Deutschland und Estland unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, sind übereingekommen, diesen Entschluß durch einen Staatsvertrag zu bekräftigen, und haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler
den Reichsminister des Auswärtigen
Herrn Joachim von Ribbentrop;

der Präsident der Republik Estland
den Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Herrn Karl Selter,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgende Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel 1

Das Deutsche Reich und die Republik Estland werden in keinem Falle zum Kriege oder zu einer anderen Art von Gewaltanwendung gegeneinander schreiten.

Falls es von seiten einer dritten Macht zu einer Aktion der im Absatz 1 bezeichneten Art gegen einen der vertragschließenden Teile kommen sollte, wird der andere vertragschließende Teil eine solche Aktion in keiner Weise unterstützen.

Artikel 2

Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Berlin ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt von da für eine Zeit von zehn Jahren. Falls der Vertrag nicht spätestens ein Jahr vor Ablauf dieser Frist von einem der vertragschließenden Teile gekündigt wird, verlängert sich seine Geltungsdauer um weitere zehn Jahre. Das gleiche gilt für die folgenden Zeitperioden.

Der Vertrag bleibt jedoch nicht länger in Kraft als der heute unterzeichnete entsprechende Vertrag zwischen Deutschland und Lettland. Sollte der Vertrag aus diesem Grunde vor dem sich aus Absatz 2 ergebenden Zeitpunkt außer Kraft treten, so werden die Deutsche Regierung und die Estnische Regierung auf Wunsch eines Teiles unverzüglich in Verhandlungen über die Erneuerung des Vertrages eintreten.

Zur Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift, in deutscher und estnischer Sprache, in Berlin am 7. Juni 1939

Joachim von Ribbentrop **Karl Selter**

Zeichnungsprotokoll

Bei der heutigen Unterzeichnung des deutsch-estnischen Vertrages ist das Einverständnis beider Teile über folgendes festgestellt worden:

Eine Unterstützung durch den nicht am Konflikt beteiligten vertragschließenden Teil im Sinne des Artikels 1 Absatz 2 des Vertrages liegt nicht vor, wenn das Verhalten dieses Teiles mit den allgemeinen Regeln der Neutralität im Einklang steht. Es ist daher nicht als unzulässige Unterstützung anzusehen, wenn zwischen dem nicht an dem Konflikt beteiligten vertragschließenden Teil und der dritten Macht der normale Warenaustausch und Warentransit fortgesetzt wird.

Berlin, den 7. Juni 1939

Joachim von Ribbentrop **Karl Selter**

Nr. 347

Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und Lettland, 7. Juni 1939

Der Deutsche Reichskanzler
und
der Präsident der Republik Lettland,

fest entschlossen, den Frieden zwischen Deutschland und Lettland unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, sind übereingekommen, diesen Entschluß durch einen Staatsvertrag zu bekräftigen, und haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler
den Reichsminister des Auswärtigen
Herrn Joachim vom Ribbentrop;

der Präsident der Republik Lettland
den Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Herrn Vilhelms Munters,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgende Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel 1

Das Deutsche Reich und die Republik Lettland werden in keinem Falle zum Kriege oder zu einer anderen Art von Gewaltanwendung gegeneinander schreiten.

Falls es von seiten einer dritten Macht zu einer Aktion der im Absatz 1 bezeichneten Art gegen einen der vertragschließenden Teile kommen sollte, wird der andere vertragschließende Teil eine solche Aktion in keiner Weise unterstützen.

Artikel 2

Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Berlin ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt von da an für eine Zeit von zehn Jahren. Falls der Vertrag nicht spätestens ein Jahr vor Ablauf dieser Frist von einem der vertragschließenden Teile gekündigt wird, verlängert sich seine Geltungsdauer um weitere zehn Jahre. Das gleiche gilt für die folgenden Zeitperioden.

Der Vertrag bleibt jedoch nicht länger in Kraft als der heute unterzeichnete entsprechende Vertrag zwischen Deutschland und Estland. Sollte der Vertrag aus diesem Grunde vor dem sich aus Absatz 2 ergebenden Zeitpunkt außer Kraft treten, so werden die Deutsche Regierung und die Lettische Regierung auf Wunsch eines Teiles unverzüglich in Verhandlungen über die Erneuerung des Vertrages eintreten.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift, in deutscher und lettischer Sprache, in Berlin am 7. Juni 1939

Joachim von Ribbentrop **V. Munters**

Zeichnungsprotokoll

Bei der heutigen Unterzeichnung des deutsch-lettischen Vertrags ist das Einverständnis beider Teile über folgendes festgestellt worden:

Eine Unterstützung durch den nicht am Konflikt beteiligten vertragschließenden Teil im Sinne des Artikels 1 Absatz 2 des Vertrages liegt nicht vor, wenn das Verhalten dieses Teiles mit den allgemeinen Regeln der Neutralität im Einklang steht. Es ist daher nicht als unzulässige Unterstützung anzusehen, wenn zwischen dem nicht an dem Konflikt beteiligten vertragschließenden Teil und der dritten Macht der normale Warenaustausch und Warentransit fortgesetzt wird.

Berlin, den 7. Juni 1939

Joachim von Ribbentrop **V. Munters**

Nr. 348

Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, 23. August 1939

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der Union der SSR, geleitet von dem Wunsche, die Sache des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR zu festigen, und ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Neutralitätsvertrages, der im April 1926 zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossen wurde, sind zu nachstehender Vereinbarung gelangt:

Artikel 1

Die beiden vertragschließenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltaktes, jeder aggressiven Handlung und jeden Angriffes gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten.

Artikel 2

Falls einer der vertragschließenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlung seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere vertragschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen.

Artikel 3

Die Regierungen der beiden vertragschließenden Teile werden künftig fortlaufend mit Konsultationen in Fühlung miteinander bleiben, um sich gegenseitig über Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen berühren.

Artikel 4

Keiner der beiden vertragschließenden Teile wird sich an irgendeiner Mächtegruppierung beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet.

Artikel 5

Falls Streitigkeiten oder Konflikte zwischen den vertragschließenden Teilen über Fragen dieser oder jener Art entstehen sollten, würden beide Teile diese Streitigkeiten oder Konflikte ausschließlich auf dem Wege freundschaftlichen Meinungsaustausches oder nötigenfalls durch Schlichtungskommissionen bereinigen.

Artikel 6

Der gegenwärtige Vertrag wird auf die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen mit der Maßgabe, daß, soweit nicht einer der vertragschließenden Teile ihn ein Jahr vor Ablauf dieser Frist kündigt, die Dauer der Wirksamkeit dieses Vertrages automatisch für weitere fünf Jahre als verlängert gilt.

Artikel 7

Der gegenwärtige Vertrag soll innerhalb möglichst kurzer Frist ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt sofort mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und russischer Sprache.

Moskau, am 23. August 1939

Für die Deutsche Reichsregierung

Ribbentrop

In Vollmacht der Regierung der U. d. S. S. R.

Molotow

Viertes Kapitel

Polen als Werkzeug des Englischen Kriegswillens

A. Die Auswirkung der Britischen Einkreisungspolitik auf die Haltung Polens

I. Vernichtungsfeldzug gegen die Deutsche Volksgruppe

Nr. 349

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 27. März 1939

Nach einem Bericht der Deutschen Paßstelle in Bromberg haben am 26. März mittags in Bromberg von dem berüchtigten polnischen Westverband veranstaltete deutschfeindliche Kundgebungen stattgefunden, an denen etwa 10 000 Personen teilgenommen haben. Insbesondere haben sich an diesen Kundgebungen paramilitärische Organisationen Brombergs, u. a. der Eisenbahn- und Postbeamten, beteiligt. Im Verlaufe dieser Kundgebung ist in zwei Reden sowohl gegen das Deutsche Reich als auch gegen das Volksdeutschtum in Polen schärfstens gehetzt worden. Von den Teilnehmern wurden Rufe wie: »Weg mit Hitler«, »Wir wollen Danzig«, »Wir wollen Königsberg« ausgestoßen. Nach Angabe der Paßstelle ist es der polnischen Polizei mit Mühe gelungen, deutsches Eigentum vor Übergriffen der erregten Menge zu schützen.

Ergänzend wird bemerkt, daß die Volksdeutschen in der Woiwodschaft Thorn ständig zunehmenden Anfeindungen ausgesetzt sind. Insbesondere hat der vom Westverband und anderen Organisationen systematisch vorbereitete Boykott der Deutschen in den letzen Tagen ein bisher nicht gekanntes Ausmaß angenommen. Die polnischen Behörden versuchten hierbei zwar Ausschreitungen gegen Einzelne zu verhüten, die Boykottaktionen als solche erfreuen sich aber offenbar ihrer Duldung.

Unter Bezugnahme auf die bereits früher wiederholt wegen des Verhaltens des Westverbandes bei der Polnischen Regierung erhobenen Beschwerden bitte ich, auch wegen der letzten Boykotte nachdrückliche Vorstellungen zu erheben.

Im Auftrag

Bergmann

Nr. 350

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Telegramm

Thorn, den 28. März 1939

25. März gegen 20 Uhr wurde Kameradschaftsabend der Ortsgruppe Liniewo, der im Hause des Reichsangehörigen Klatt stattfand, von polnischen Einwohnern genannten Dorfes gesprengt und Einrichtung Versammlungsraumes zerstört. Dabei Führerbild, Reichsflaggen und Hoheitszeichen vernichtet. Polizei war nicht zu erreichen.

Vorstellungen bei Woiwodschaft erhoben. Strenge Bestrafung Täters und Schadensersatz gefordert.

Graf

Nr. 351

Aufzeichnung des Dirigenten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 29. März 1939

Weisungsgemäß habe ich heute den Polnischen Botschaftsrat zu mir gebeten, um ihm gegenüber die in dem Telegramm unseres Generalkonsulats Thorn vom 28. d. M.* angeführten Vorfälle ebenso wie den Boykott-Aufruf einer Reihe polnischer Vereinigungen gegen das Deutschtum in Polen zur Sprache zu bringen. Zu den aus Thorn gemeldeten Vorfällen habe ich dem Prinzen Lubomirski an Hand des inzwischen eingegangenen Berichtes aus Thorn die Einzelheiten mitgeteilt und ihm erklärt, daß, obwohl

* Vgl. Nr. 350.

unsere Botschaft in Warschau bereits angewiesen worden sei, dieserhalb bei der Polnischen Regierung schärfste Vorstellungen zu erheben*, wir auch nicht unterlassen wollten, die hiesige Botschaft auf die Entrüstung hinzuweisen, die diese Vorgänge in amtlichen Berliner Kreisen hervorgerufen hätten. Die Deutsche Regierung müsse auf einer sofortigen Untersuchung und strengen Bestrafung der Angreifer bestehen.

Ebenso sei es unglaublich, daß polnische Blätter in der Lage seien, den genannten Boykott-Aufruf zu veröffentlichen. Unter Hinweis auf die Unterredung zwischen dem Herrn Reichsaußenminister und dem Polnischen Botschafter vom 27. d. M.** verwies ich den Prinzen Lubomirski sehr nachdrücklich auf die ernsten Folgen, die solche Vorgänge auf die deutsch-polnischen Beziehungen haben müßten. Der Polnische Botschaftsrat, dem die genannten Vorgänge bisher unbekannt zu sein schienen, versicherte mir wiederholt, daß diese »Politik der Straße« von seiner Regierung keineswegs geduldet würde und versprach, sofort die Angelegenheit nach Warschau zu berichten. Er versuchte, das Verhalten der Polen mit der allgemein in Polen herrschenden Nervosität zu entschuldigen, schien aber selbst einzusehen, daß Abhilfe erforderlich sei.

Fürst von Bismarck

Nr. 352

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 30. März 1939

Nachdem ich bereits in meiner Unterredung mit Außenminister Beck vom 28. d. M.*** die schweren Zwischenfälle in Pommerellen, insbesondere Liniewo und Bromberg zur Sprache gebracht hatte, habe ich heute wegen der gleichen Angelegenheiten auch bei Vizeminister Graf Szembek nachdrückliche Vorstellungen erhoben. Unter schärfstem Protest, insbesondere wegen Zerstörung des Führerbildes und der Angriffe auf deutsche Hoheitszeichen, habe ich Untersuchung und Bestrafung Schuldiger gefordert. Graf Szembek, der bisher nur eine wesentlich abgeschwächte Darstellung der Vorfälle kannte, zusagte sofortige Nachprüfung.

Moltke

Nr. 353

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Telegramm

Thorn, den 30. März 1939

29. März 21 Uhr Überfall von etwa 40 Polen auf Lokal Reichsangehörigen Schnakenberg in Jablonowo. Drei volksdeutsche Gäste beim Verlassen Lokals angegriffen, einer schwerverletzt. Gewaltsames Eindringen in Wirtschaft konnte verhindert werden. Gartenzaun niedergerissen, Latten als Waffen benutzt. Heftiges Steinbombardement auf Haus. Polizei, die rechtzeitig von drohendem Überfall verständigt war, abwesend und bisher nichts unternommen.

Heute beim Vizewoiwoden schärfste Verwahrung eingelegt und sofortige Untersuchung gefordert.

Graf

Nr. 354

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 30. März 1939

Die neuerliche Verschärfung der Stimmung gegen das Deutschtum in Pommerellen findet ihren Ausdruck in einer steigenden Boykottbewegung, einer fortgesetzten Hetze und zahlreichen Tätlichkeiten. Der Wirtschaftsboykott macht sich besonders in den Städten Graudenz und Bromberg bemerkbar und hat nach Angabe von Volksdeutschen bereits zu spürbaren Schädigungen deutscher Gewerbetreibender ge-

* Vgl. Nr. 349.
** Vgl. Nr. 209.
*** Vgl. Nr. 211.

führt. In Bromberg ist von verschiedenen polnischen Militärverbänden ein Aufruf erlassen worden, der zum lückenlosen wirtschaftlichen und kulturellen Boykott gegen das Deutschtum — auch gegen deutsche Einflüsse in Film und Presse — auffordert.

Bei den Demonstrationen, die in diesen Tagen stattfanden und bei denen oft Polizeibeamte mitmarschierten, wurden wiederholt Forderungen wie »Schmeißt die Deutschen heraus« und »Danzig und Flatow müssen zu Polen kommen« laut. Vielerorts wurden auch den Deutschen die Fensterscheiben eingeschlagen, wobei sich auch Beamte — wie Gemeindevorsteher — beteiligt haben. Ein solcher Gemeindevorsteher hat auf die Vorstellungen eines Deutschen hin zur Antwort gegeben, daß er nichts dafür könne und daß er solche Demonstrationen nicht von sich aus veranlasse, sondern daß Befehl dazu vorläge. Von vorn verhandelten die hohen Herren in Berlin und Warschau und von hinten gäben sie den Befehl aufzuräumen.

In Vertretung

Graf

Nr. 355

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 31. März 1939

Seit Monaten arbeitet die polnische Presse in den Westgebieten auf eine Vergiftung der öffentlichen Meinung gegen die Deutschen hin. Bald fordert sie scharfe Maßnahmen gegen die deutsche Volksgruppe in Polen, bald fordert sie zum Boykott deutscher Waren und deutscher Geschäfte auf, bald richtet sie allgemeine Angriffe gegen die Volksdeutschen und die Politik des Reichs. Diese deutschfeindliche Stimmungsmache, die besonders seit der Septemberkrise des letzten Jahres stetig gewachsen ist, hat jetzt, offenbar im Zusammenhang mit der Entwicklung der politischen Lage in Europa, zu einer Entladung geführt. Die Presse äußert hemmungslos ihre deutschfeindlichen Gefühle und es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Posener Blätter irgendeinen mehr oder weniger aggressiven Artikel oder ausfallende Bemerkungen gegen das Deutschtum bringen. Obwohl die Ausschreitungen in Posen nur etwa eine Woche lang anhielten, kann von einem Abflauen der deutschfeindlichen Haltung nicht die Rede sein. In der Stadt Posen ist eine äußerliche Beruhigung eingetreten, wenigstens haben tätliche Angriffe im allgemeinen aufgehört; vorgestern wurden einige Fensterscheiben einer deutschen Bank, deutscher Buchhandlungen und eines evangelischen Pfarrhauses zertrümmert. Das Generalkonsulat steht noch unter verstärktem polizeilichem Schutz. Es sind jedoch in anderen Städten und auf dem Lande weiterhin Ausschreitungen zu verzeichnen, es wurden deutschen Kaufleuten die Fensterscheiben eingeschlagen, die deutschen Aufschriften übermalt, Hauswände verunreinigt und volksdeutsche Versammlungen gestört. In einzelnen Fällen wurden Boykottposten aufgestellt. Die feindliche Haltung ist bis ins letzte Dorf vorgedrungen.

Walther

Nr. 356

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 2. April 1939

Die in den letzten Berichten des Generalkonsulats Thorn gemeldeten Vorgänge über zahlreiche Ausschreitungen gegen Angehörige der deutschen Volksgruppe anläßlich der polnischen Gemeindewahlen liefern einen weiteren Beweis für die planmäßig betriebene Hetze gegen das Deutschtum. Sie lassen darüber hinaus erkennen, daß diese Hetze nicht nur von unverantwortlichen Elementen ausgeht, sondern durch polnische Polizeibeamte weitgehend geduldet, ja sogar von gewissen Gemeindeorganen tätig unterstützt wird.

Ich darf bitten, unter Berufung auf die deutsch-polnische Minderheitenerklärung* die Polnische Regierung mit allem Nachdruck zu ersuchen, endlich durchgreifende Maßnahmen zur Unterbindung weiterer Ausschreitungen gegen die deutsche Volksgruppe in Polen zu treffen und dabei darauf hinzuweisen, daß derartige Ausschreitungen die allgemeinen deutsch-polnischen Beziehungen aufs schwerste belasten müßten.

Im Auftrag

Schliep

---

* Vgl. Nr. 101.

Nr. 357

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 4. April 1939

In den letzten 10 Tagen wurden mehrere Mitglieder der deutschen Volksgruppe mißhandelt. Auch wurde am 24. v. M. auf Mitglieder des Posaunenchors in Zerniki, Kr. Wongrowitz, von einer Gruppe junger Burschen geschossen; die Schüsse gingen glücklicherweise fehl. Ferner wurden am 27. v. M. ein gewisser Hoffmann und eine Frau Schmalenberger aus Zabczyn von einer Gruppe Burschen geschlagen und die Volksdeutschen Thomas und Thiede derart mit Steinen beworfen, daß sie ernstlich verletzt wurden. Außerdem wurden in Gollantsch, Kr. Wongrowitz, am 24. v. M. Mitglieder des evangelischen Vereins junger Männer und Mädchen von einer Bande überfallen und mißhandelt.

Der Volksdeutsche Zasche aus Wollstein wurde am 28. v. M. von polnischen Wehrpflichtigen, die er in seinem Wagen nach Wollstein fuhr, geschlagen und mißhandelt.

Ferner wurden bei zahlreichen Deutschen in der Woiwodschaft die Fensterscheiben eingeworfen, so in Margonin, Waldthal bei Samotschin und Lipiagora im Kreise Kolmar, Schokken und Gollantsch im Kreise Wongrowitz, ebenso in Klecko, Kr. Gnesen; hier wurden außerdem die Läden der Geschäfte mit Teer besudelt. Die Boykottaktion gegen deutsche Firmen wurde gleichfalls weiter fortgeführt. Zum Beispiel wurden im Kreise Wollstein mit Hilfe von vom Westmarkenverband aufgestellten Posten die Polen bei dem Einkauf in deutschen Läden gehindert; im Kreis Wongrowitz hat sich besonders der Związek Polski dla handlu i przemysłu (Polnischer Verband für Handel und Gewerbe) an der Boykotthetze beteiligt.

Walther

Nr. 358

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 4. April 1939

In den letzten Tagen ist ein öffentlicher Aufruf verbreitet worden, der ausdrücklich zum Boykott des deutschen Handels und Handwerks aufruft. Der von 10 verschiedenen paramilitärischen Verbänden unterschriebene Aufruf stellt u. a. folgende Forderungen auf:

1. Alle Polen, die Waren in deutschen Geschäften kaufen oder deutsche Lokale besuchen, werden namentlich gebrandmarkt.
2. Im Haushalt dürfen Waren deutschen Ursprungs nicht verbraucht werden.
3. Hausfrauen dürfen auf den Märkten keine Waren von deutschen Landwirten erstehen.
4. Polen dürfen keine deutschen Zeitschriften abonnieren.
5. Alle polnischen Firmen sind verpflichtet, nur polnische Jugend und polnische Arbeiter zu beschäftigen.
6. Staatliche und kommunale Beamte und Arbeiter, ferner alle Angestellten und Arbeiter privater Betriebe müssen in den Beziehungen mit Personen deutscher Nationalität ausschließlich die polnische Sprache gebrauchen.
7. Alle Aufschriften und Reklamen in deutscher Sprache müssen entfernt werden.
8. Polen dürfen nicht die Dienste deutscher Banken in Anspruch nehmen.
9. Wir werden danach streben:
   a) eine Aufhebung des Rechts zu erwirken, wonach Deutsche Grundstücke erwerben und Konzessionen erhalten dürfen,
   b) allen deutschen Firmen jegliche Lieferungen für Staat und Selbstverwaltungen zu unterbinden,
   c) der deutschen Presse und deutschen Verlagen in Polen das Postdebit einzuschränken,
   d) für deutsche Filme in Polen ein Verbot zu erwirken.
10. Wir fordern die Übergabe der überflüssigen deutschen Kirchen.
11. Wir fordern die Liquidierung der übermäßigen Zahl deutscher, sowohl staatlicher wie privater Schulen in Polen.

Der Sachbearbeiter der Botschaft hat den Vertreter des Außenministeriums im polnischen Regierungsausschuß * darauf aufmerksam gemacht, daß der in Frage stehende Aufruf eine einwandfreie Bestätigung der deutschen Auffassung über die schädigenden Auswirkungen der allgemeinen antideutschen Propaganda auf den deutsch-polnischen Wirtschaftsverkehr darstellt.

Abgesehen hiervon werde ich im Außenministerium auch noch hinsichtlich der politischen Seite der Angelegenheit vorstellig werden.

von Moltke

* Es handelt sich um den polnischen Regierungsausschuß zur Durchführung des deutsch-polnischen Handelsvertrages.

Nr. 359

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 13. April 1939

In zahlreichen, in der Nähe der Danziger Grenze gelegenen Ortschaften Pommerellens haben sich die deutschfeindlichen Ausschreitungen in der letzten Zeit erheblich verstärkt. Die Nervosität unter den Volksdeutschen ist ständig im Wachsen begriffen und hat dazu geführt, daß in den Tagen um Ostern eine größere Anzahl von deutschen Volksgenossen aus Pommerellen — man spricht von annähernd 100 Personen — über die Grenze nach Danzig geflüchtet ist.

Wie ich von zuverlässiger Seite hierzu ergänzend erfahre, sind in den ersten Tagen des Monats April in verschiedenen Orten des früheren Kreises Berent polnische zugereiste Banden auf Kraftwagen herumgefahren, die die deutsche Bevölkerung tätlich angriffen, in die deutschen Gehöfte eindrangen und die Wohnungseinrichtungen zerschlugen. Die deutsche Bevölkerung ist hierdurch zum Teil derartig verängstigt, daß sie bereits den wertvolleren Teil ihrer Habe vergraben hat, sich tagsüber nicht mehr auf die Straßen und Felder wagt und die Nächte aus Angst vor Überfällen außerhalb der Gehöfte in irgendwelchen Verstecken verbringt. Die polnische bodenständige Bevölkerung behauptet, im Besitze von Waffen zu sein.

von Janson

Nr. 360

Der Deutsche Geschäftsträger in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 18. April 1939

Wegen der schweren Ausschreitungen gegen Angehörige der deutschen Volksgruppe anläßlich der polnischen Gemeindewahlen habe ich weisungsgemäß* nachdrückliche Vorstellungen im Außenministerium beim stellvertretenden Leiter der Westabteilung Herrn Kunicki erhoben, unter Hinweis darauf, daß diese Vorgänge zu einer erheblichen Beeinträchtigung der den Volksdeutschen verfassungsgemäß zustehenden Wahlfreiheit geführt hätten. Ich habe hierbei eine Reihe besonders gravierender Fälle auf Grund des hier vorliegenden umfangreichen Materials angeführt unter besonderer Hervorhebung des Umstandes, daß sich auch polnische Polizeibeamte und Gemeindeorgane an den Vorfällen beteiligt hätten.

Abschließend habe ich der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Polnische Regierung die Vorgänge, die in klarem Widerspruch zur deutsch-polnischen Minderheitserklärung ständen, einer Untersuchung unterziehen würde. Herr Kunicki stellte eine solche in Aussicht und sagte weiteren Bescheid zu.

Krümmer

Nr. 361

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 18. April 1939

Seit dem Bericht vom 8. April d. J., in welchem eine Aufzählung aller in der letzten Zeit dem Generalkonsulat bekanntgewordenen Vorkommnisse über Angriffe auf Volksdeutsche und Beschädigung deutschen Eigentums usw. mitgeteilt worden war, hat sich die Lage nicht wesentlich geändert, wenn auch vielleicht eine leichte Entspannung eingetreten ist. Diese Entspannung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die feindliche Gesinnung der Polen gegen die Deutschen nach wie vor außerordentlich stark ist und durch weiter stattfindende Versammlungen auch stark erhalten bleibt. Das führt dazu, daß weiter in verschiedenen Gemeinden meines Amtsbezirks die Schilder und Firmenbezeichnungen mit Teer beschmiert und die Fensterscheiben mit Steinen eingeschlagen werden. Auch finden weiter Entlassungen deutscher Arbeiter statt, die auf Grund des Druckes der polnischen Belegschaft auf die Direktion ihre Arbeit aufgeben müssen. Mißhandlungen deutscher Volksgenossen finden auch weiter statt.

Es ist fast unmöglich, alle dem Generalkonsulat bekanntgewordenen Fälle einzeln aufzuführen. Ebensowenig hat die Boykotthetze nachgelassen.

---

* Vgl. Nr. 356.

Hinter den deutschfeindlichen Provokationen steht, wie bereits öfters berichtet, der Westmarkenverband, der keine Gelegenheit vorübergehen läßt, ohne die Deutschen anzugreifen. Dieser Westmarkenverband hält jetzt wieder, und zwar in der Zeit vom 15. bis 22. 4. 39, eine Propagandawoche ab, in der in allen Städten und Dörfern Pommerellens durch Versammlungsredner, durch Radio und durch Umzüge mit Lautsprechern Propaganda gegen Deutschland betrieben wird.

von Küchler

Nr. 362

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 22. April 1939

Neuerdings stößt man in immer stärkerem Maße auf systematische Bemühungen, das Deutschtum in den Augen der Bevölkerung herabzusetzen. Neben einer im hiesigen Amtsbereich beobachteten, offenbar von militärischer Seite betriebenen Propaganda gegen die Stärke und Schlagkraft der deutschen Armee ist in dieser Hinsicht die Verbreitung von Nachrichten über eine angebliche Lebensmittelnot in Deutschland bemerkenswert. Hand in Hand damit geht eine maßlose Hetze gegen das gesamte hiesige Deutschtum. Nach den hier einlaufenden Meldungen werden in den Versammlungen der politischen Verbände laufend Beschlüsse gefaßt, die auf eine Vernichtung des Deutschtums in Oberschlesien abzielen. Die Folge ist eine sich in den letzten Tagen auffallend mehrende Zahl von wüsten Ausschreitungen gegen einzelne Deutsche, bei denen sich vor allem die polnische Jugend hervortut.

Nöldeke

Nr. 363

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 24. April 1939

Der Überfall auf das Volksbundheim in Chorzow hat sich als eine der ernstesten Ausschreitungen herausgestellt, die sich bisher in den letzten Wochen ereignet haben. Am 21. April abends drang ein größerer Trupp von Menschen, mit Latten, Knüppeln u. dgl. bewaffnet, in das Gebäude des Volksbundheimes ein, in dem die Mitglieder des deutschen Jugendvereins ihre übliche Singprobe abhielten. Es ist hierbei zu schweren Mißhandlungen und Beschimpfungen gekommen, an denen sich später auch der Straßenpöbel beteiligte. Der polizeiliche Schutz war offenbar ungenügend. Bei der späteren Vernehmung auf der Wache haben sich sogar die Polizeibeamten an Schmähungen gegen das Deutsche Reich und den Führer beteiligt.

Ferner beehre ich mich, von zahlreichen weiteren Ausschreitungen nachstehende Fälle nach Überprüfung zur Kenntnis zu bringen:

Am 18. April wurde der Volksdeutsche Joachim Pilarek in Bismarckhütte von einer Gruppe von Terroristen am Eingang seines Hauses überfallen und mißhandelt.

Am folgenden Tage wurden die Volksdeutschen Peter Kordys und Richard Mateja aus Kattowitz in der Nähe der Ferrumkolonie in Begleitung ihrer Ehefrauen von einer 40 Mann starken Bande, die sich zum größten Teil aus Aufständischen zusammensetzte, überfallen und in schwerster Weise mißhandelt. Frau Kordys nimmt an, daß ihr Ehemann über die Grenze geflüchtet ist. Mateja, welcher schwerverletzt liegen blieb, wurde am 24. 4. in das Gerichtsgefängnis in Kattowitz eingeliefert. Nach den eingezogenen Erkundigungen sollen die Verletzungen so schwer sein, daß sich die Polizei scheue, Mateja freizugeben.

Ferner wurde der Lehrer Czauderna von der deutschen Schule in Ligota auf dem Heimwege mit seiner Braut überfallen und mißhandelt. Nach Feststellung des Arztes wurde die Leber und die Niere angeschlagen.

Der Volksgenosse Herbert Lippok aus Lipiny wurde am 19. 4. auf der Chaussee von Hubertushütte nach Chropaczow von 5 Zivilisten überfallen und sein Fahrrad völlig demoliert.

Am 20. 4. wurden 3 deutsche Mädchen auf dem Rückwege von einer Gesangprobe des Cäcilienchors wegen Gebrauchs der deutschen Sprache auf der Krakauerstraße beschimpft; während 2 Mädchen sofort fliehen konnten, wurde eine mehrfach geschlagen.

Am gleichen Tage wurde auf der Wojciechowskiego in Zalenze der Volksdeutsche Günter Stöckel von Mitgliedern der »Młoda Polska« * überfallen. Er entkam nach kurzer Gegenwehr.

Ferner wurde am gleichen Tage von einer Bande von etwa 40 Mann am Hause des Deutschen Kulturbundes in Kattowitz, Theaterstraße, das Schild heruntergerissen und vernichtet. Das gleiche ereignete sich an dem Büro des Kulturbundes in der Bahnhofstraße. Am folgenden Tage wurden am Eichendorffgymnasium in Königshütte wieder von unbekannten Tätern die Scheiben eingeschlagen.

Hinsichtlich der Volksdeutschen ist in den zahlreichen Versammlungen des Aufständigschen- ** und Westverbandes mehr oder weniger deutlich ausgesprochen worden, daß das deutsche Element zurückgedrängt oder ganz ausgerottet werden müßte. In Verfolg dieser Propaganda ist vor allem auf dem flachen Lande und in den kleineren Ortschaften die Lage der Volksdeutschen sehr schwierig und gefährlich geworden. Auf Grund der Ereignisse der letzten Tage ist zum mindesten festzustellen, daß es den Behörden nicht möglich gewesen ist, die deutsche Bevölkerung vor Terrorakten einzelner verhetzter Chauvinisten genügend zu schützen.

Nöldeke

Nr. 364

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 28. April 1939

Anbei beehre ich mich, einen an die Mitglieder des »Verbandes früherer Freiwilliger der polnischen Armee« gerichteten Aufruf, welcher in der Ortschaft Wielopole bei Rybnik angeschlagen war, in Übersetzung vorzulegen.

Der Abteilungskommandant Woznica ist, wie ich höre, Finanzbeamter in Rybnik, während Szweda bei der dortigen Heil- und Pflegeanstalt als Pfleger tätig und bereits durch verschiedene Exzesse gegen Deutsche bekannt ist.

Nöldeke

Anlage

(Übersetzung)

Befehl Nr. 3/39 an die Mitglieder des Verbandes früherer Freiwilliger der polnischen Armee am Ort!

1. Mit dem heutigen Tage dürfen deutsche Radiostationen nicht gehört werden.
2. Jedes Mitglied der Abteilung muß dem Vorstand sofort die Personen melden, die nach den Deutschen neigen, Personen, die deutsche Radiostationen hören, Personen, die deutschen Organisationen angehören, Personen, die deutsch sprechen, wo solche Personen arbeiten, Personen, die sich für Deutschland günstig äußern und Personen, die falsche Nachrichten verbreiten.
3. Obiger Befehl ist genau einzuhalten.

»Heil«

Woznica
der Kommandant der Abteilung

Szweda
der Vorsitzende der Abteilung

---

* Jugendverband der polnischen Regierungspartei »Lager der Nationalen Einigung«.

** Vgl. 86, Anm. **.

Nr. 365

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 6. Mai 1939

Anbei beehre ich mich, einen mir zur Verfügung gestellten Abdruck* des vom Deutschen Volksbund gesammelten umfangreichen Materials über Ausschreitungen gegen Volksdeutsche usw. vorzulegen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben. Die Sammlung enthält, nach den einzelnen Bezirksvereinigungen des Volksbundes geordnet, Niederschriften über Ausschreitungen gegen Personen, gegen volksdeutsches Eigentum, über Freiheitsentziehungen usw. Die Sammlung umfaßt ferner deutschfeindliche Aufrufe in der polnischen Presse, polnische Presseberichte über deutschfeindliche Demonstrationen, eine Übersicht über Zeitungsbeschlagnahmen sowie Maßnahmen gegen die Privatschulen des Deutschen Schulvereins in der Woiwodschaft Schlesien bzw. einzelne Lehrer und Schüler.

Eine Nachprüfung der einzelnen Fälle, die bereits vom Deutschen Volksbund sorgfältig gesichtet wurden, durch das Generalkonsulat ist angesichts ihrer großen Zahl und der mit einer weiteren Vernehmung der Betroffenen verbundenen erheblichen Gefährdung dieser Volksdeutschen unmöglich.

Im übrigen hat sich die allgemeine Lage nicht wesentlich verändert. Die Zahl der Mißhandlungen hat vielleicht in den letzten Tagen etwas abgenommen. Dagegen haben sich die Fälle von schweren Bedrohungen sowie von Ausschreitungen gegen das Eigentum nicht unerheblich vermehrt. In nahezu allen Teilen des Amtsgebiets ist es in den letzten Tagen immer wieder zum Einschlagen von Fensterscheiben an Wohnungen und Geschäftsräumen Volksdeutscher und zu üblen Beschimpfungen auf offener Straße, selbst in den Hauptverkehrsgegenden der Städte gekommen.

Ein Abflauen der Ausschreitungen ist so lange nicht zu erwarten, als nicht von den Behörden die fortgesetzte Hetze in der Presse und in den Versammlungen der Verbände verhindert wird. Solange die polnische Presse und die Verbände immer wieder den einzelnen auffordern, gegen die sogenannten Provokationen der Deutschen auf eigene Faust handgreiflich vorzugehen, muß auch in Zukunft mit weiteren ernsten Zwischenfällen gerechnet werden. Im allgemeinen besteht der Eindruck, daß die deutsche Bevölkerung, vor allem auf dem Lande, weitgehend eingeschüchtert ist.

Nöldeke

Nr. 366

Der Deutsche Konsul in Lodz an das Auswärtige Amt

Bericht

Lodz, den 8. Mai 1939

Der Terror der verhetzten polnischen Bevölkerung gegen die Deutschen in der Woiwodschaft Lodz, der sich durch zahlreiche Schlägereien mit oft schweren Körperverletzungen, Drohungen, Beleidigungen, Boykott, Eigentumsbeschädigungen, Verhaftungen und Schikanen aller Art — nicht zuletzt durch Brandstiftungen — äußert, hält unvermindert an. Unverkennbar besteht bei der polnischen Bevölkerung die Absicht, das Deutschtum in seiner Existenz zu vernichten, soweit es sich nicht völlig polonisieren lassen will.

In unverantwortlicher Weise werden durch die Lehrerschaft in den Schulen polnische Kinder gegen die deutschen aufgehetzt bzw. den deutschen Kindern kein Schutz gewährt. Auf dem Wege zur Schule werden deutsche Kinder in beinahe allen Orten angegriffen, angepöbelt und nicht selten von anderen Kindern geschlagen oder mit Steinen beworfen. Bereits 5jährige Kinder singen Schmählieder auf die Deutschen, wobei in den Liedertexten nicht selten Verwünschungen des Führers vorkommen. In vielen Orten müssen die Eltern daher ihre Kinder bis zur Schule begleiten, um sie vor Angriffen zu schützen.

Auf dem Lande wurden Häuser deutscher Bauern angezündet. So brannten erst kürzlich in der Nacht vom 26. bis 27. April gleichzeitig die Anwesen der deutschen Landwirte Rudolf Albrecht und Julius Hein in Rokitnica, Kreis Lask, nieder. Zweifellos lag Brandstiftung vor. Während des Brandes erklärten die polnischen Nachbarn: »Die Hitlerleute sollen verbrennen, am besten wirft man sie ins Feuer.« Es konnte nur das Vieh gerettet werden.

Allerorts wurde bei den Polen die Parole ausgegeben, von Deutschen weder Grundstücke noch Vieh mehr zu kaufen, da sie demnächst doch fliehen und ihre Habe zurücklassen müßten.

Das Deutschtum ist hier in höchstem Grade beunruhigt und rechnet mit der Möglichkeit weiterer und größerer Ausschreitungen, wenn die von der Regierung geduldete Aufhetzung des urteilslosen Pöbels durch chauvinistische polnische Organisationen und durch die Presse ungehindert fortgesetzt wird.

von Berchem

* Es handelt sich um eine Sammlung von mehr als 200 Fällen.

Nr. 367

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 8. Mai 1939

Seit etwa einer Woche ist in mehreren Schaufenstern der verkehrsreichsten Straßen eine Landkarte ausgestellt, in welcher mit Fähnchen Gebiete des Deutschen Reiches markiert sind. Das eingezeichnete Gebiet umfaßt ganz Ostpreußen sowie die Städte Beuthen, Oppeln, Gleiwitz, Breslau, Stettin und Kolberg.

Daneben ist ein Plakat angebracht, das folgende Beschriftung in polnischer Sprache trägt: »Den Krieg suchen wir nicht! Sollte uns jedoch der Krieg aufgezwungen werden, werden wir die uralten polnischen Gebiete, die von Polen bewohnt werden, zurückholen.«

Diese Karte findet außerordentlich großes Interesse. Dauernd sind Menschenansammlungen davor zu beobachten, die die sich daraus für Polen ergebenden neuen Perspektiven besprechen.

von Moltke

Nr. 368

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in London

Erlaß

Berlin, den 11. Mai 1939

Seit geraumer Zeit nehmen die Drangsalierungen des Deutschtums in Polen, besonders in den ehemals preußischen Provinzen, auf allen Lebensgebieten infolge einer verschärften Hetze, die von den deutschfeindlichen Organisationen systematisch betrieben wird, trotz fortgesetzter ernster Vorstellungen der Deutschen Regierung ständig zu. Aus dem Verhalten der polnischen Regierungsstellen muß gefolgert werden, daß sie weder ernstlich gewillt noch in der Lage zu sein scheinen, dieser Entwicklung Einhalt zu bieten. Da die volksdeutschen Blätter in Polen durch rigorose Zensurmaßnahmen daran gehindert werden, über solche antideutschen Ausschreitungen erschöpfend zu berichten, sind neben den DNB-Meldungen die Berichte der deutschen konsularischen Vertretungen in Polen zur Zeit die einzigen zuverlässigen Informationsquellen für die Beurteilung der tatsächlichen Lage des dortigen Deutschtums.

Anliegend werden in Abschrift eine Anzahl solcher Berichte über deutschfeindliche Vorfälle und Maßnahmen, die in Zukunft laufend übermittelt werden, zur Kenntnis und mit der Bitte ergebenst übersandt, dieses Material in geeignet erscheinender Weise der dortigen Regierung gegenüber zu verwerten*.

Im Auftrag

Woermann

Nr. 369

Eingabe der Vertreter der Deutschen Volksgruppe an den Polnischen Staatspräsidenten

den 12. Mai 1939

Im Namen der deutschen Volksgruppe in Polen unterbreiten wir Ihnen, Herr Präsident, dem Inhaber der einheitlichen und unteilbaren Staatsgewalt, die Bitte, den der deutschen Volksgruppe in der Verfassung und den Gesetzen verbürgten Rechten Achtung und Geltung zu verschaffen. Wir sind zu diesem Schritt gezwungen, weil die fast unzähligen schriftlichen und mündlichen, mit schlüssigen Beweisen belegten Vorstellungen bei der Regierung erfolglos geblieben sind, und in der Erinnerung an die Worte, die Sie, hochzuverehrender Herr Präsident, am 5. November 1937 aus Anlaß der Vereinbarung zwischen der Polnischen und der Deutschen Regierung über die Behandlung der beiderseitigen Volksgruppen an die Unterzeichneten richteten**. Sie betonten damals als wichtigste Voraussetzung für das harmonische Zusammenleben zwischen Polen und Deutschen die Achtung vor dem Volkstum des andern.

Die Lage der Deutschen Volksgruppe war immer schwer. Die aus dem weltpolitischen Geschehen entstandenen Spannungen entladen sich seit Wochen in unverhülltem leidenschaftlichem Haß und überaus zahlreichen Gewalttätigkeiten gegen die deutsche Volksgruppe und ihre einzelnen Angehörigen. Wir haben von der Regierung die mündliche Versicherung erhalten, daß sie deutschfeindliche Ausschreitungen

* Die Deutsche Botschaft in London hat diese Berichte entsprechend verwertet.

** Vgl. Nr. 103.

mißbillige und Anweisungen erteilt habe, Aufreizungen und Ausschreitungen zu verhindern. Wirksamen Schutz hat die deutsche Volksgruppe nicht gefunden. Sie ist bis zur Vernichtung gefährdet. Die Zahl der arbeitslosen Deutschen ist erschreckend hoch. Sie nimmt besonders in den Industriegebieten ständig zu. Die Organe des Arbeitsrechts versagen Deutschen den Schutz. Deutschen ist die Einreihung in den Arbeitsprozeß so gut wie verschlossen.

Für die Agrarreform wird der deutsche Grundbesitz in unverhältnismäßig höherem Maße herangezogen als der polnische, während die Zuweisung von Siedlungsflächen an Deutsche eine geradezu auffallende Ausnahme ist. Selbst im unmittelbaren Erbgange kann der Deutsche Grund und Boden nicht ohne weiteres verlangen.

Die Pflege der kulturellen, geistigen, wirtschaftlichen und persönlichen Beziehungen und der Verkehr mit unserem Muttervolke wird behindert. Das Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung wird als staatsfeindlich verdächtigt. Katholischen Deutschen wird die Ausübung der religiösen Pflichten in ihrer Muttersprache durch deutschfeindliche Elemente vielfach erschwert und sogar unmöglich gemacht, ohne daß sie den Schutz der Sicherheitsbehörden finden. Auf dem Gebiete der evangelischen Kirchen, namentlich der evangelisch-unierten in Oberschlesien und der evangelisch-augsburgischen, wurden die Deutschen entrechtet, obwohl sie die bei weitem überwiegende Mehrheit des evangelischen Kirchenvolkes darstellen.

An den öffentlichen deutschen Schulen werden polnische Lehrkräfte in einem Ausmaße beschäftigt, daß diese Schulen den Charakter als deutsche verloren haben. Für den deutschen Lehrernachwuchs besteht keine deutsche Anstalt. Das deutsche Privatschulwesen stößt auf die mannigfachsten Erschwernisse. Die Schließung deutscher Privatschulen, besonders in Wolhynien, nimmt der deutschen Volksgruppe die wichtigsten Bildungsstätten. Der schlesische Sejm hat über die Staatsgesetze hinausgehende Sonderbestimmungen erlassen, auf Grund deren die Genehmigung zur Errichtung einer neuen deutschen Privatschule versagt und der Besuch deutscher Privatschulen verhindert wird. In der Woiwodschaft Schlesien werden Sprachprüfungen durchgeführt, denen eine Rechtsgrundlage fehlt. Deutsche Eltern, die sich weigern, ihre Kinder der polnischen Schule zuzuführen, erleiden harte Geldstrafen und Freiheitsstrafen. Die Frage der Lehrbücher für die deutschen Privatschulen ist trotz jahrelanger Bemühungen offen. Die Erteilung der Unterrichtserlaubnis für Lehrkräfte wird vielfach versagt. Die Schulaufsicht wird ausschließlich durch Polen ausgeübt. Die Schulaufsichtsbehörden zeigen für die Eigenart der deutschen Schule kein Verständnis und tragen ihr keine Rechnung.

Eine Zusammenfassung unserer deutschen Jugend in einen geschlossenen Verband zu erzieherischer und kultureller Betätigung ist bis heute an dem Widerstand der Behörde gescheitert. Unsere deutschen Kinder sind gerade in dem Alter, wo sie für die Erziehung am zugänglichsten sind, sich vollständig selbst überlassen.

Über diese Punkte, die in gedrängtester Kürze zusammengefaßt sind, liegen der Regierung seit Jahren eingehend begründete Denkschriften und Anträge vor. Sie ist über die Anliegen der deutschen Volksgruppe im einzelnen genau unterrichtet. Seit der Verkündung der Verfassung vom 17. März 1921 haben die Vertreter der deutschen Volksgruppe bei der Regierung und in den gesetzgebenden Körperschaften vergeblich den Erlaß von Ausführungsgesetzen zu Art. 109 * angestrebt. Der vorbildliche Gedanke des Art. 109 ist rein deklaratorisch geblieben. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind auf das Fehlen einer klaren Rechtsordnung für die Volksgruppe zurückzuführen.

Die deutsche Volksgruppe ist auf das tiefste davon durchdrungen, daß ihre Behandlung der Verfassung und in sehr vielen Fällen den Absichten des Gesetzgebers widerspricht.

Aus der Verantwortung, die wir der Republik Polen ebenso wie unserer Volksgruppe schulden, halten wir uns für berechtigt und verpflichtet, Sie, hochzuverehrender Herr Präsident, unmittelbar zu unterrichten und um die Sicherung der durch die Verfassung verbürgten Rechte der deutschen Volksgruppe und die Sicherung der unterschiedslosen, lediglich durch das Recht bestimmten Anwendung der Gesetze zu bitten.

In ehrerbietiger Hochachtung

Namens der deutschen Volksgruppe:

Senator Erwin Hasbach **Dipl. Ing. Rudolf Wiesner**

* Artikel 109 der polnischen Verfassung lautete:

Jeder Bürger hat das Recht, seine Nationalität zu bewahren und seine Sprache und nationalen Eigentümlichkeiten zu pflegen.

Besondere staatliche Gesetze sichern den Minderheiten im polnischen Staat die volle freie Entwicklung ihrer nationalen Eigentümlichkeiten mit Hilfe von autonomen Minderheitsverbänden öffentlich-rechtlichen Charakters im Umfang der Verbände der allgemeinen Selbstverwaltung.

Der Staat wird hinsichtlich ihrer Tätigkeit das Recht der Kontrolle und der Ergänzung ihrer finanziellen Mittel im Fall der Bedürftigkeit haben.

Nr. 370

Der Deutsche Konsul in Lodz an das Auswärtige Amt

Bericht

Lodz, den 15. Mai 1939

Sehr schwere Ausschreitungen, die man als Deutschenprogrom bezeichnen kann, ereigneten sich am vergangenen Samstag, dem 13., und Sonntag, dem 14. Mai, in der Stadt Tomaschow-Mazowiecki (etwa 42000 Einwohner, davon etwa 3000 Deutsche), bei denen zahlreiche deutsche Existenzen vollständig vernichtet wurden. Dem Deutschen Schmiegel wurde der Schädel gespalten und eine Frau, deren Namen ich bisher nicht erfahren konnte, wurde bei ihrer Flucht auf einem Felde totgeschlagen. Der Sohn des Schmiegel, der aus einem Fenster des 2. Stockwerks eines Hauses geworfen wurde, liegt schwerverletzt darnieder.

Die Ausschreitungen begannen am Sonnabend, dem 13. Mai. Einige Tage vorher hatte der der Regierungspartei nahestehende »Verband der Polnischen Berufsverbände« in groß plakatierten Aufrufen eine »Demonstration gegen die Deutschen« für Sonnabend, den 13. Mai, angekündigt. Diese begann durch Ansprachen vom Balkon eines Gebäudes aus, in dem der genannte Verband, die Regierungspartei OZON und dessen Jugendorganisation »Mloda Polska« (»Das junge Polen«) ihre Geschäftsräume hatten. In den Reden vor einer großen Menschenmenge wurde in übelster Weise gegen Deutschland gehetzt und behauptet, die Polen würden im Reich sehr schlecht behandelt, man bräche ihnen Füße und Hände, vernichte ihre Schulen und Kirchen und dergleichen mehr. Als der Pöbel genügend aufgewiegelt war, übergaben die Leiter der Demonstration Formulare an verschiedene zweifelhafte Elemente, die in Begleitung der Volksmenge von den Fabrikleitungen die sofortige Entlassung aller Deutschen und die Unterzeichnung der diese Erklärung enthaltenden Formulare fordern sollten. Dies geschah dann auch. Unter dem Druck der Straße mußten sich die Firmen dazu bereit erklären und man trieb daraufhin die deutschen Arbeiter aus den Fabriken. Nachdem dies erreicht war, fing die Menge an, alle deutschen Geschäfte und Privatwohnungen systematisch vollständig zu demolieren. In einer wilden Raserei vernichteten sie ziemlich alles deutsche Privateigentum. Die Deutschen wurden wie Freiwild gejagt, sie flüchteten sich auf das Land hinaus und kehrten erst bei Tagesanbruch wieder zurück. Viele wurden durch Messerstiche und Stockhiebe erheblich verletzt.

Während des Sonntags war dann zunächst Ruhe. Am Abend begannen die Ausschreitungen aber von neuem und die Menge vernichtete alles deutsche Privateigentum, das vom vorherigen Tage noch heil geblieben war. Besonders hervorzuheben ist, daß die Polizei mit den Demonstranten mitmarschiert war und nichts tat, um das Leben und Eigentum der Deutschen zu schützen. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Ausschreitungen unter Duldung der Regierung erfolgt sind, wenn nicht sogar auf ihre Veranlassung hin. Jetzt, nach den abgeschlossenen Terrorakten, patrouillieren, um den Schein zu wahren, Polizeikommandos mit aufgepflanztem Seitengewehr in den Straßen der Stadt.

In Lodz wurden am Sonnabendabend die Fensterscheiben der Ruppertschen Buchhandlung in der Petrikauerstraße, die deutsche Bücher und Zeitschriften verkauft, eingeschlagen, ferner die Fenster des Lokals des (völlig unpolitischen) Berufsverbandes Deutscher Angestellter. Weiterhin erfolgten am gestrigen Sonntag Ausschreitungen im Kinotheater »Stylowy« während des deutschen Films »Land der Liebe«, wobei Terroristen das Publikum zum Verlassen der Vorstellung zwangen und vor dem Theater mit Latten, in denen Nägel steckten, auf die flüchtenden Menschen eingeschlagen haben.

Da zunächst kein Grund zur Annahme besteht, daß die Terrorakte eingestellt werden, wird die Lage von den hiesigen Deutschen als sehr ernst angesehen. In zunehmendem Maße entschließen sich diese zur Abwanderung und zum Verkauf ihres Grundeigentums, da sie ihre Existenz in Polen als gefährdet ansehen. Man fürchtet die Polen, die, wenn alle Hemmungen bei ihnen beseitigt sind, vor keinem Roheitsakt zurückschrecken und von der hiesigen deutschen Bevölkerung viel schlimmer eingeschätzt werden als die schlimmsten Terroristen der früheren russischen Zeit.

von Berchem

Nr. 371

Der Deutsche Konsul in Lodz an das Auswärtige Amt

Bericht

Lodz, den 18. Mai 1939

Eine große Anzahl von Deutschen aus Tomaschow haben auf dem Konsulat Angaben über die Ausschreitungen vom 13. und 14. d. M. und über den ihnen zugefügten Schaden gemacht und gebeten, ihnen die Abwanderung nach Deutschland zu ermöglichen. Die Gesamtzahl der Geschädigten geht in die Tausende, da ja alle Deutschen mit nur ganz wenigen Ausnahmen Opfer des Progroms geworden sind. Auch aus den bei Tomaschow gelegenen Dörfern, wo deutsche Bauern wohnen, werden sehr große Sachschäden gemeldet.

Im Krankenhaus in Tomaschow befinden sich etwa 10 schwerverletzte Deutsche.

von Berchem

Nr. 372

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 19. Mai 1939

Ich beehre mich, eine erneute Sammlung* von mehr als 100 Fällen über Ausschreitungen gegen Angehörige der deutschen Volksgruppe vorzulegen. Bei den Zwischenfällen handelt es sich in der Hauptsache um Verhaftungen, Bestrafungen, Hausdurchsuchungen, Bedrohungen, Freiheitsberaubungen, Überfälle, ferner um die Beschlagnahme von deutschen Zeitungen, um deutschfeindliche Aufrufe sowie in größerem Umfange um weitere Entlassungen von Minderheitsangehörigen, die in den Industriebetrieben beschäftigt waren.

Nöldeke

Nr. 373

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 22. Mai 1939

Durch Verfügung des Schulkuratoriums sind die privaten Volksschulen in Gnesen, Birnbaum und Wollstein geschlossen worden.

Es handelt sich um die

7klassige Volksschule Gnesen-Gniezno mit 209 Schülern,

4klassige Volksschule Wollstein-Wolsztyn mit 81 Schülern,

4klassige Volksschule Birnbaum-Miedzychód mit 102 Schülern.

Walther

---

* Vgl. Nr. 365.

Nr. 374

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 22. Mai 1939

Die Spannung der letzten Wochen ist auch auf das Deutschtum in Wolhynien nicht ohne Rückwirkungen geblieben. Die Wolhynien-Deutschen sind zwar insofern günstiger als die Volksdeutschen der Westgebiete gestellt, als sie nicht unter den im Westen üblichen Boykottaktionen und Ausschreitungen der Nationalpolen, die in Wolhynien nur eine kleine Minderheit darstellen, zu leiden haben. Von polnischer Seite werden dort ferner die Ukrainer, die nach wie vor dem polnischen Staate in unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstehen, auch heute noch als Hauptgegner angesehen, was in zahllosen Verhaftungen und Drangsalierungen der ukrainischen Bevölkerung zum Ausdruck kommt. Immerhin hat sich aber die Haltung der Behörden auch gegenüber den Wolhynien-Deutschen ständig verschärft.

Immer offener tritt die antideutsche Einstellung der Schulbehörden zu Tage. Die Schließung der deutschen Schulen geht z. B. in einem solchen Ausmaße vor sich, daß die völlige Vernichtung des deutschen Schulwesens nur noch eine Frage kurzer Zeit ist. In den letzten Tagen sind allein fünf deutsche Schulen in den Orten Różyscze, Bryszcze, Harazdze, Adamow und Ludwików geschlossen worden. Damit sind weitere 400 volksdeutsche Kinder ohne deutschen Unterricht. Ferner wurden einer Reihe von Lehrern die Loyalitätszeugnisse verweigert, so daß sie hinfort nicht mehr die Lehrtätigkeit ausüben können.

Für den Ernst der Lage, in der sich das wolhynische Deutschtum befindet, ist es schließlich bezeichnend, daß auch hier in den letzten Monaten die illegale Abwanderung ins Reich trotz des weiten Weges zur Grenze immer stärker einsetzte.

In diesem Zusammenhang sind Nachrichten von Interesse, die der Botschaft kürzlich von einem zuverlässigen Gewährsmann über das Kirchspiel Kostopol im östlichen Wolhynien zugegangen sind. Allein aus Kostopol waren in letzter Zeit 250 Familien abgewandert, nachdem sie ihren Besitz zu Schleuderpreisen verkauft hatten. Ein großer Teil dieser Abwanderer gelangte jedoch nicht ins Reich, sondern wurde an der Grenze von den polnischen Behörden wieder zurückgewiesen, so daß die zwangsweise Zurückgekehrten nunmehr völliger Verarmung preisgegeben sind. Mehrere junge Leute sind ferner beim Versuch des Grenzüberganges von polnischen Grenzsoldaten erschossen worden. Aus Kostopol sind dem Gewährsmann fünf derartige Fälle bekanntgeworden.

von Moltke

Nr. 375

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 25. Mai 1939

Senator Hasbach hat am 12. d. M. in Warschau im Unterrichtsministerium Beschwerde geführt, daß deutsche Studenten in Posen an dem Besuch der Vorlesungen gehindert werden: der Vizeminister hat nur zugesagt, er wolle sich mit der Posener Universitätsbehörde in Verbindung setzen.

Insgesamt sind 40 volksdeutsche Studenten in Posen betroffen und verlieren dadurch mindestens für dieses Jahr ihr Studium.

Walther

Nr. 376

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 30. Mai 1939

Die Lage hat sich leider auch in den letzten beiden Wochen nicht gebessert. Eine weitere Sammlung* von insgesamt 48 Zwischenfällen beehre ich mich vorzulegen. Hinzufügen möchte ich noch, daß die deutsche Minderheit durch die ständigen Ausschreitungen naturgemäß außerordentlich eingeschüchtert ist, so daß heute kaum ein Angehöriger der deutschen Volksgruppe es noch wagt, auf der Straße deutsch zu sprechen. Trotzdem lassen die Angriffe auf Volksdeutsche auf offener Straße nicht nach und es sind auch jetzt wieder häufig schwere Ausschreitungen vorgekommen. Täter sind meist Angehörige des sogenannten Verbandes der Jungen Aufständischen.

Nöldeke

---

* Vgl. Nr. 365 und 372.

Nr. 377

Der Deutsche Konsul in Teschen an das Auswärtige Amt

Telegramm

Teschen, den 2. Juni 1939

Deutsches Volksheim Karwin 30. Mai durch Verfügung Woiwodschaft in polnische Zwangsverwaltung übergegangen. Genossenschaftsorgane durch Zwangseinsetzung polonisiert.

108 reichsdeutsche Teilhaber mit 256 Anteilen, 114 volksdeutsche Teilhaber mit 179 Anteilen.

Neubau des Heimes vor zwei Jahren fertiggestellt. Repräsentatives Hauptgebäude, Turnhalle, Bühne, große Gast- und Versammlungsräume, Sportplatz. Gesamtwert 160 000 Zloty; Heim galt als Mittelpunkt großer Teile gesamten Olsa-Deutschtums.

Damerau

Nr. 378

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 6. Juni 1939

Auf der Eröffnungssitzung des Wirtschaftsrates für Pommerellen, die am 3. d. M. in Thorn stattfand, hielt der Polnische Vizepremierminister Kwiatkowski eine Rede, die von der gesamten Presse am 4. d. M. in großer Aufmachung und mit entsprechenden Überschriften wiedergegeben wurde; die offiziöse »Gazeta Polska« brachte sie unter der Überschrift »Ruhige, ausdauernde Arbeit, das Schwert an der Seite! Pommerellen ist und bleibt Polens Verbindung mit der Welt.«

Es geschieht zwar nicht zum erstenmal, daß ein Mitglied der Polnischen Regierung sich an der gegen Deutschland gerichteten Propaganda beteiligt und die Kriegsstimmung gegen Deutschland zu steigern sucht. Immerhin scheint es beachtenswert, daß nunmehr auch der stellvertretende Chef der Regierung in diesem Sinne hervorgetreten ist.

Auch in einer nur einen Tag später, am 4. d. M., aus Anlaß der Enthüllung einer Pilsudski-Gedenktafel in Ciechocinek gehaltenen Rede des Sozialfürsorgeministers Koscialkowski wurde die These in den Vordergrund gestellt, daß der Besitz Pommerellens die unentbehrliche Voraussetzung für Polens wirtschaftliche Blüte und politisches Gedeihen sei. Koscialkowski ging dabei in seinen Ausführungen übrigens noch weiter, indem er »für den Fall, daß Polen der Kampf aufgedrungen würde« als Ziel seines siegreichen Ringens »die Rückkehr jener urpolnischen Gebiete, die schon längst zu Polen gehören sollten«, bezeichnete.

von Moltke

Nr. 379

Der Deutsche Konsul in Teschen an das Auswärtige Amt

Bericht

Teschen, den 6. Juni 1939

Im Anschluß an die bereits durch Presse und Rundfunk bekanntgegebene Beschlagnahme des Schülerheimes in Oderberg und die drahtlich mitgeteilte Entdeutschung des Volksheimes in Karwin* ist nunmehr am 6. 3. 1939 auch in der Deutschen Volksbank in Teschen ein polnischer Zwangsverwalter eingesetzt worden.

Das in vorzüglichem Bauzustand befindliche Gebäude der Volksbank repräsentiert einen Wert von etwa 400 000 Zloty. Die Volksbank war das letzte deutsche Geldinstitut des gesamten Amtsbezirks.

Das in Oderberg enteignete Schülerheim war gleichfalls das einzige seiner Art. Es besaß moderne internatsmäßige Einrichtungen für insgesamt 60 Schüler. Das Gebäude wurde vor etwa 7 Jahren als Neubau aufgeführt und stellt einen Wert von etwa 160 000 Zloty dar.

Die seitens des Konsulats vornehmlich mit Bezug auf das Volksheim Karwin erhobenen Vorstellungen blieben seitens der Woiwodschaft bisher unbeantwortet.

von der Damerau

---

* Vgl. Nr. 377.

Nr. 380

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 6. Juni 1939

Die Maßnahmen der polnischen Behörden gegen das Deutschtum und das deutsche Handwerk nehmen ihren Fortgang. Vor einigen Tagen ist die alte, hier schon seit 2 Generationen in dem Besitz der deutschen Familie Heininger befindliche Adler-Apotheke in Thorn geschlossen worden und fast zur selben Zeit auch die privilegierte Hampel'sche Apotheke in Culm. Auch in Graudenz ist die Einstellung des Betriebes der einzigen dort noch vorhandenen deutschen Kronen-Apotheke angeordnet worden.

Daß es sich hier um eine planmäßige Maßnahme gegen die deutschen Apotheken handelt, liegt klar auf der Hand.

Auch auf dem Gebiete der Gastwirtskonzessionen sind in der letzten Zeit wieder zwei Kündigungen für den Spirituosen- und Tabakverkauf erlassen worden.

Neben diesen deutschfeindlichen Maßnahmen gehen, wie schon früher berichtet, Kongresse, Versammlungen und sonstige Tagungen patriotischer Verbände Hand in Hand, die entweder selbst schon den Charakter einer deutschfeindlichen Veranstaltung tragen oder bei denen die Redner jetzt ausnahmslos in scharfen Worten gegen Deutschland Stellung nehmen.

Auch der pommerellische Woiwode Minister Władisław Raczkiewicz betätigt sich in antideutschem Sinne. Er benutzte die Gelegenheit der Überreichung von Auszeichnungen, um folgendes zu betonen: »Wir müssen das Brachland, das die Räuber zurückgelassen haben, umpflügen«. Wenn auch diese Veranstaltung im geschlossenen Raume stattfand, so genügt die Veröffentlichung dieser Rede, um festzustellen, daß, wenn der erste Beamte der Provinz in dieser Weise gegen Deutschland (denn nur Deutschland kann gemeint sein) agitiert, die breite Masse vor Ausschreitungen schwer zurückzuhalten ist.

Es ist kein Wunder, daß sich das Deutschtum hier, angesichts dieser Verhältnisse und nach den anderweitig berichteten Exzessen, Überfällen und Körperverletzungen, in einer verzweifelten Lage befindet. Diese Verzweiflung spricht sich am deutlichsten darin aus, daß der Strom der Abwanderung, und zwar hauptsächlich der illegal Abwandernden, unvermindert anhält.

Man kann verstehen, daß die deutschen Besitzer infolge der dauernden Drangsalierungen, der Angriffe und der Tätlichkeiten der umwohnenden Polen, die sie teilweise zwingen, nachts aufzubleiben, weil sie neben dem Einschlagen von Fenstern die Inbrandsetzung des Gehöftes befürchten, sich in einem Zustand völliger Verzweiflung befinden, der sie alles vergessen und nur den Wunsch haben läßt: »Aus dieser Hölle zurück ins Reich«.

von Küchler

Nr. 381

Der Deutsche Konsul in Lodz an das Auswärtige Amt

Bericht

Lodz, den 7. Juni 1939

Wenn es auch seit den Vorfällen in Tomaschow * und Konstantynow ** bisher nicht wieder zu Massenüberfällen und Ausschreitungen des Mobs gegen Deutsche gekommen ist, da den polnischen Behörden derartige aufsehenerregende Ereignisse offenbar aus propagandistischen Gründen unerwünscht sind, so geht der Kampf gegen das Deutschtum dennoch mit Duldung und Förderung der Behörden auf der ganzen Linie in allen Teilen des Amtsbezirks weiter. Täglich werden dem Konsulat Einzeltatsachen berichtet, die keinen Zweifel daran lassen, daß durch Drohungen, Einschüchterungen, von den Behörden veranlaßten Entlassungen und Schikanen aller Art an der materiellen und seelischen Zermürbung des Deutschtums gearbeitet wird.

Die Bedrohungen der Volksdeutschen mit Totschlag, Folterungen usw. sind in allen Teilen der Woiwodschaft zu täglichen Selbstverständlichkeiten geworden. Ebenso sind Beschädigung und Diebstahl deutschen Eigentums (Holzdiebstahl, Umlegen von Obstbäumen, Vergiftung von Hunden usw.) auf dem flachen Lande an der Tagesordnung, ohne daß die Polizei auf die Anzeige der Geschädigten hin ernstliche Bemühungen zur Entdeckung oder Bestrafung der Täter unternimmt.

* Vgl. Nr. 370.

** In Konstantynow fanden in der Zeit vom 17. bis 21. Mai 1939 ähnlich wie in Tomaschow schwere deutschfeindliche Ausschreitungen statt, bei denen Deutsche mißhandelt und Sachschäden angerichtet wurden.

Die ständigen Morddrohungen haben zu einer sehr starken Nervosität der Volksdeutschen in den abseits gelegenen Höfen und auch in einzelnen stärker mit Deutschen besiedelten Dörfern geführt. Noch immer gibt es ganze Familien, die in den Wäldern und Feldern schlafen, da nächtliche Bandenüberfälle auf das Haus befürchtet werden. In verschiedenen Dörfern sammeln sich nachts die deutschen Familien; während Frauen und Kinder schlafen, unterhalten die mit Knüppeln und Heugabeln bewaffneten Männer einen Wachtdienst. Das starke Gefühl des ständigen Bedrohtseins hat die Abwanderungstendenz ganzer Dörfer in den letzten Wochen ungemein verstärkt. Die Bauern sind bereit, ihr Hab und Gut zu lächerlich niedrigen Preisen zu veräußern, was wiederum die Polen zur Fortsetzung ihres Terrors ermuntern dürfte, da die polnische Bevölkerung hofft, sich bei Abwanderung der Deutschen billig oder umsonst in den Besitz des zurückgelassenen Grund und Bodens setzen zu können. In vielen Fällen haben die bedrohten Bauern ihren Besitz einfach im Stich gelassen und sind über die »grüne Grenze« abgewandert. Neuerdings ist jedoch die polnische Grenzkontrolle so verstärkt worden, daß die Gefahr der Verhaftung und strenger Bestrafung wegen »illegaler Auswanderung« sehr groß geworden ist. Es scheinen bereits Hunderte von Volksdeutschen wegen unerlaubten Grenzübertritts in polnischen Gefängnissen zu sitzen.

Die industrielle deutsche Bevölkerung leidet in steigendem Maße unter Arbeitslosigkeit. Diese ist vor allem auf die systematische Verdrängung unserer Volksgenossen aus den Arbeitsplätzen zurückzuführen. Die Unternehmer werden durch behördlichen Wink, durch Druck ihrer Lieferanten und Abnehmer sowie durch die Drohungen der polnischen Belegschaft und der Straße gezwungen, die volksdeutschen Arbeitnehmer fristlos zu entlassen. Selbst volksdeutsche Fabrikbesitzer haben sich diesen Forderungen des aufgeputschten Polentums nicht entziehen können. Noch immer werden von polnischen Verbänden aller Art Entschließungen angenommen, in denen die Behörden ersucht werden, alle Deutschen aus ihren Arbeitsstellen zu entfernen, und in denen gleichzeitig zum Boykott der deutschen Firmen aufgefordert wird.

Von dem von Polen durchgeführten Boykott werden besonders die kleinen deutschen Geschäftsleute und Ladenbesitzer betroffen. Dem Konsulat sind Fälle bekanntgeworden, in denen der monatliche Umsatz kleiner Kaufleute auf $^1/_5$ bis $^1/_{10}$ des Normalstandes zurückgegangen ist. Diesen Deutschen bleibt nichts anderes übrig, als ihre beschleunigte Abwanderung zu betreiben, da die Weiterführung des Geschäfts täglichen Kapitalverlust bedeutet.

So setzt der polnische Chauvinismus den Kampf gegen das Deutschtum mit allen Mitteln und auf allen Gebieten fort. Wird dieser Kampagne nicht in absehbarer Zeit Einhalt geboten, so wird eine völlige Zerschlagung des Deutschtums im Lodzer Bezirke die unabwendbare Folge sein.

von Berchem

Nr. 382

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 15. Juni 1939

Ich habe weisungsgemäß gestern Vizeminister Graf Szembek aufgesucht und in schärfster Form Protest gegen die verschiedenen Verunglimpfungen des Führers und Reichskanzlers eingelegt und Bestrafung der Schuldigen gefordert. Ich habe hierbei nicht nur die Anlagen des dortigen Erlasses verwertet, sondern habe ferner auch hingewiesen auf die Vorfälle, die in Theatern und Kabaretts vorgekommen sind, auf die bereits wiederholt beanstandete Verbrennung von Strohpuppen, die den Führer darstellen, sowie auf die sonstige Propaganda, die neuerdings nicht einmal vor den Schulen haltmacht. Ich habe weisungsgemäß zum Ausdruck gebracht, daß alle diese Vorgänge nur zu erklären seien aus der Untätigkeit der polnischen Behörden — trotz wiederholter Interventionen der Botschaft und der Konsulate — und aus der unverständlichen Nachsicht, die polnischerseits in dieser Frage bisher beobachtet worden sei.

Graf Szembek erwiderte zunächst in bezug auf die als besonders grobe und gemeine Verunglimpfung des Führers anzusehenden Flugzettel, daß die Polnische Regierung bereits eingeschritten sei und die Konfiskation dieser Flugzettel angeordnet habe. Ich entgegnete, daß die Beschlagnahme in diesem Falle nicht ausreichen könne, weil, wenn einem Straßenhändler Flugzettel abgenommen würden, sie unbemerkt in einer anderen Straße weiter verkauft werden könnten, wie das denn auch schon deutlich aus der Tatsache zu ersehen sei, daß diese Flugzettel nicht nur in Kattowitz und anderen Städten Oberschlesiens, sondern auch in Lodz und in Warschau feilgehalten worden seien. Nur eine energische Verfolgung und Bestrafung könne hier zum Ziele führen und ich müsse an dieser Forderung festhalten, um so mehr als der Polnischen Regierung ausreichende gesetzliche Handhaben zur Verfügung ständen, um eine Bestrafung herbeizuführen.

Graf Szembek versuchte dann auszuweichen, indem er auf die Haltung der deutschen Presse hinwies. Aus einem offenbar bereitgelegten Stoß verschiedener Presseausschnitte las er mir einen Absatz des Artikels der »Deutschen Diplomatisch-Politischen Korrespondenz« vom 12. Juni vor, aus dem er besonders beanstandete, daß Dirschau und Graudenz als deutsche Städte bezeichnet worden seien. Er verstieg sich zu der Behauptung, daß in der polnischen Presse derartige annexionistische Gedanken nicht zu finden seien. Ich konnte ihm erwidern, daß nicht nur fast täglich die polnische Presse, sondern daß auch letzthin eine ihm anscheinend unbekannt gebliebene Ministerrede (Koscialkowski) ganz unverblümt Revisionswünsche zum Ausdruck gebracht hätte. Im übrigen lehnte ich jeden Vergleich der deutschen Presse mit den zügellosen Produkten der polnischen Zeitungen ab und machte außerdem geltend, daß es sich in der von mir vorgebrachten Beschwerde nicht um allgemeine Presseangelegenheiten handele, sondern um Verunglimpfungen und Beleidigungen des deutschen Staatsoberhauptes, denen aus der deutschen Presse überhaupt nichts irgendwie Vergleichbares entgegengestellt werden könnte.

Graf Szembek versuchte auch im weiteren Verlauf der Unterredung noch mehrfach die von mir vorgebrachte Beschwerde als Presseangelegenheit zu behandeln. Ich habe demgegenüber erneut darauf hingewiesen, daß meine heutige Intervention nichts mit allgemeinen Pressebeschwerden zu tun habe, und habe nachdrücklich Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen gefordert, indem ich geltend machte, daß in allen von mir vorgebrachten Fällen, u. a. auch bei verschiedenen Karrikaturen die Tatbestandsmerkmale der Beleidigung vorhanden seien. Als ich dann schließlich Graf Szembek gegenüber mein Erstaunen zum Ausdruck brachte, bei ihm so wenig Verständnis für diese völlig klarliegenden Fragen zu finden, lenkte er ein und erklärte, die ganze Angelegenheit einer erneuten Prüfung unterziehen zu wollen.

von Moltke

Nr. 383

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 16. Juni 1939

Durch Verfügung des Woiwoden vom 15. d. M. ist der Verein »Evangelisches Vereinshaus Herberge zur Heimat« in Posen liquidiert und am gleichen Tage das Eigentum des Vereins, das Evangelische Vereinshaus und das sonstige Vermögen, einem polnischen Liquidator übergeben worden.

Das Aleja Marszalka Pilsudskiego 19 gelegene große Gebäude gegenüber der deutschen Landesgenossenschaft, der Universität und dem Schloß stellt schon durch seine sehr günstige Lage und den guten Zustand des Hauses einen großen Wert dar, der mit dem beschlagnahmten Inventar mehrere hunderttausend Zloty beträgt. Von besonderer Bedeutung ist es aber vor allem als das letzte Haus, das dem Deutschtum in Stadt und Woiwodschaft Posen für seine kulturellen Zwecke zur Verfügung stand. In dem Vereinshaus befindet sich das Evangelische Hospiz mit etwa 30 Zimmern und 50 Betten, das bisher einzige deutsche Hotel in Posen. Der Saalbau des Hauses mit dem etwa 400 Personen fassenden großen Saal und anderen Räumlichkeiten diente den Posener deutschen Organisationen für ihre Veranstaltungen; er war der einzige große Saal, nachdem Anfang d. J. das Deutsche Haus beschlagnahmt worden war. So hatte die Deutsche Bühne nach der Schließung des Deutschen Hauses hier ihre Tätigkeit fortgesetzt. In dem Saale des Vereinshauses fanden größere Versammlungen und festliche Veranstaltungen der Volksgruppe, die Sitzungen der Landessynode und die nationalen Feiern der Reichsdeutschen statt. Die Räumlichkeiten wurden ferner benutzt von dem Männergesangverein, dem Bachverein, dem Evangelischen Verein junger Männer, dem Kirchlichen Jungmädchen-Verein, der Jungschar. In demselben Gebäude war die »Herberge zur Heimat« untergebracht; Wohnräume dienten dem Lehrlingsverein, dem Verein der Freundinnen junger Mädchen für die Unterbringung durchreisender junger Mädchen sowie der Fürsorge für weibliche Angestellte. Der Liquidator hat sämtlichen in dem Hause beschäftigten Angestellten, insbesondere des Hospizes, zum Ende d. M. gekündigt, so daß eine erhebliche Anzahl volksdeutscher Familien und Einzelpersonen brotlos wird. An der Straßenseite befinden sich in dem Gebäude die evangelische Vereinsbuchhandlung, eine Filiale der volksdeutschen Bank für Handel und Gewerbe und eine Reihe von Läden, denen aufgegeben ist, innerhalb drei Tagen das Haus zu räumen.

Die polnischen Behörden haben mit der Beschlagnahme des Vereinshauses bewußt dem Deutschtum einen empfindlichen Schlag versetzen wollen. Da gleichzeitig das Kasino-Haus in Bromberg, das Haus des Männergesangvereins in Lodz und das Deutsche Haus in Tarnowitz geschlossen worden sind, handelt es sich zweifellos um eine große Aktion gegen die Volksdeutschen.

Walther

Nr. 384

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 19. Juni 1939

Über die große Zahl der Mißhandlungen von Reichs- und Volksdeutschen lege ich eine neue Liste von 52 Fällen vor.

In letzter Zeit häufen sich die Meldungen, nach denen Volksdeutsche sowohl auf dem Lande wie auch in Posen mit Anrufen »Wenn es jetzt zum Kriege kommt, werden wir Euch alle aufhängen« bedroht werden.

Walther

Nr. 385

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 19. Juni 1939

Die Lage der deutschen Volksgruppe hat sich im Verlauf der letzten Wochen ganz wesentlich verschlechtert und die Verhetzung hat Ausmaße angenommen, wie ich sie während meiner langjährigen hiesigen Tätigkeit noch nicht habe beobachten können.

Am Dienstag, dem 13., war Senator Hasbach bei dem Ministerpräsidenten, um noch einmal auf diesem Wege den Versuch zu machen, eine Besserung der Zustände herbeizuführen. Unmittelbar darauf erfolgte der bisher schwerste Schlag gegen das Deutschtum mit der Enteignung des Deutschen Hauses in Bromberg, der Schließung und Beschlagnahme des Deutschen Hauses in Lodz, des evangelischen Vereinshauses in Posen und des Deutschen Hauses in Tarnowitz. Über die umfangreichen Schließungen von Organisationen in Wolhynien sind noch Erhebungen im Gange.

Ich werde selbstverständlich auch diese außerordentlich schwerwiegenden behördlichen Maßnahmen im Außenministerium zur Sprache bringen, zweifle allerdings nach den Erfahrungen der letzten Zeit, ob dort Geneigtheit zu einer Änderung in der Einstellung gegenüber der deutschen Volksgruppe zu finden sein wird. Schon bei meiner letzten Unterredung mit Graf Szembek, über die ich am 15. Juni berichtet habe*, habe ich die bedrohliche Zuspitzung der Gesamtsituation und die ungeheuer schwere Lage der Minderheit mit allem Nachdruck zur Sprache gebracht und meinem Befremden darüber Ausdruck gegeben, daß bei der an sich schon vorhandenen und immer wieder zu Zwischenfällen führenden deutschfeindlichen Stimmung der Bevölkerung nunmehr auch noch die Behörden sich mit rigorosen Verwaltungsmaßnahmen an der Bedrückung der Minderheit beteiligen.

Graf Szembek verwies auf die Beschlagnahme des Polnischen Hauses in Ratibor, worauf ich ihm erwiderte, er wisse doch genau, daß es sich hierbei nur um eine Repressalie gegenüber den Beschlagnahmen der deutschen Heime in Karwin und Oderberg handle und daß wir sofort bereit sein würden, die Beschlagnahme in Ratibor rückgängig zu machen, wenn polnischerseits die Schließung von Karwin und Oderberg wieder aufgehoben würde. Wir befänden uns auf einer abschüssigen Bahn und man könne hinsichtlich der weiteren Entwicklung nur ernste Sorgen haben. Auf meine Frage, ob er es nicht für angezeigt halten würde, der gefährlichen Politik der inneren Behörden Einhalt zu gebieten, antwortete Graf Szembek nur mit einem resignierten Achselzucken. Er verwies zwar mit dem Ausdruck des Bedauerns auf die rapide Verschlechterung der Lage, zeigte aber keinerlei Initiative, um, meiner Anregung entsprechend, einen Abbau der Kampfmaßnahmen herbeizuführen.

Es ist ein bedauerliches Zeichen, wenn selbst Graf Szembek, bei dem wir immer auf verständnisvolle Bereitschaft zur Beseitigung der auftretenden Schwierigkeiten rechnen konnten, jetzt offenbar keine Möglichkeit mehr sieht, der gefährlichen Entwicklung entgegenzuwirken. Ob es sich hierbei darum handelt, daß das Auswärtige Ministerium nicht eingreifen will, oder ob es sich gegenüber den nationalistischen Strömungen der Militärs nicht durchsetzen kann, ist schwer zu entscheiden. Ich habe in früheren Berichten wiederholt darauf hingewiesen, wie schwierig die Situation des Außenministers Beck sich in den letzten Monaten gestaltet hat und wie die militärischen Kreise immer stärkeren Einfluß auf die polnische Außenpolitik gewonnen haben. Ich habe nicht den Eindruck, daß sich an dieser Lage etwas geändert hat.

von Moltke

* Vgl. Nr. 382.

Nr. 386

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 22. Juni 1939

Anbei beehre ich mich, Abdruck einer weiteren Sammlung von Fällen von Ausschreitungen gegen Angehörige der deutschen Volksgruppe für das ganze polnische Staatsgebiet vorzulegen, die von der Jungdeutschen Partei zusammengestellt und von Herrn Wiesner am 19. d. M. an den Polnischen Ministerpräsidenten abgesandt worden ist.*

Nöldeke

Nr. 387

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 23. Juni 1939

Auf Anordnung des Woiwoden von Pommerellen vom 20. Juni d. J. ist unter Hinweis auf Artikel 26, Punkt 4 des Vereinsgesetzes der »sogenannte« Johanniter-Orden als »rechtlich nicht bestehend« erklärt worden.

In Pommerellen besaß der Johanniter-Orden das im Jahre 1894 erbaute Johanniter-Krankenhaus in Dirschau sowie ein weiteres Krankenhaus in Briesen. Beide Krankenhäuser sind am 21. d. M. von den Liquidatoren übernommen worden. Die deutschen Johanniter-Schwestern des Dirschauer Krankenhauses mußten noch am gleichen Tage die Anstalt verlassen und wurden durch polnisch-katholische Vinzenz-Schwestern ersetzt.

Die polnische Presse des hiesigen Amtsbezirks hat auch diesen erneuten Diebstahl deutschen Eigentums mit Genugtuung begrüßt, ohne sich um eine eingehende Begründung desselben auch nur zu bemühen.

von Küchler

Nr. 388

Der Deutsche Konsul in Lodz an das Auswärtige Amt

Bericht

Lodz, den 24. Juni 1939

Über die Vorfälle in Pabianice vom 22. und 23. d. M. habe ich folgende authentische Darstellung erhalten:

Am späteren Nachmittag des 22. sammelte sich vor der deutschen Turnhalle eine Menschenmenge, in der besonders zahlreiche Anhänger der Regierungspartei O. Z. N. zu sehen waren. Die Menge verlangte Einlaß in die Halle, in der einige Volksdeutsche gerade beim Turnen waren. Als der Einlaß verwehrt wurde, wurden Eingangstür und verschiedene Fensterscheiben zerschlagen, so daß die Menge eindringen konnte. In der Halle selbst wurden einige Gegenstände demoliert; einige kleinere Gebrauchsgegenstände, wie Geschirr usw., gestohlen. Von der Bühne wurden polnische chauvinistische Reden gehalten. Der in der Turnhalle anwesende Volksdeutsche Keil, Sohn des gleichnamigen Buchhändlers in Pabianice, wurde bedroht und mußte über einige Zäune flüchten. Dabei wurde er von der Menge erreicht und verprügelt.

Nach Demolierung der Schule begab sich die Menge zum Bethaus der Brüdergemeinde. Der Betsaal ist besonders stark demoliert worden. Sämtliche deutschen Gesangbücher und sonstige Schriften, darunter auch deutsche Bibeln, wurden von der Menge zerrissen.

In Vertretung
von Trützschler

* Es handelt sich um mehrere hundert Fälle von Entlassungen, Sachbeschädigungen, Bestrafungen, Überfällen und Mißhandlungen.

Nr. 389

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 26. Juni 1939

Die polnischen Behörden gehen in der letzten Zeit offenbar systematisch dazu über, aus den hiesigen Werken auch die letzten noch verbliebenen deutschen Arbeiter und Angestellten zu entfernen. In den größeren Industrieunternehmungen wurden sogenannte National-Komitees gegründet, die sich aus Mitgliedern des polnischen Westverbandes und anderer deutschfeindlicher Verbände zusammensetzen. Sie haben die Aufgabe, die Belegschaftslisten der einzelnen Werke eingehend nach noch beschäftigten Deutschen durchzusehen und diese an die Werksleitungen zwecks sofortiger Entlassung bekanntzugeben. Die National-Komitees, die Hand in Hand mit den polnischen Arbeitsbehörden arbeiten, sollen zur Entlassung vorschlagen alle Belegschaftsangehörigen, die

1. deutschen Organisationen angehören,
2. ihre Kinder in die deutsche Schule schicken bzw. geschickt haben,
3. deutsche Gottesdienste besuchen oder Mitglieder deutscher Volksbüchereien sind,
4. zwar polnischen Berufsorganisationen beigetreten sind, jedoch nach ihrem sonstigen Verhalten und ihrer Vergangenheit zum deutschen Volkstum zu rechnen sind.

Der Umfang dieser neuen für die Beurteilung der Lage durch die hiesigen Behörden sehr bezeichnenden Kündigungswelle ist im einzelnen noch nicht zu übersehen. Jedenfalls werden wieder Hunderte von deutschen Existenzen davon betroffen werden.

Nöldeke

Nr. 390

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Berlin, den 26. Juni 1939

In Beantwortung polnischen Vorgehens gegen evangelisches Vereinshaus in Posen, Kasino-Gesellschaft in Bromberg und Männergesangverein in Lodz ist beabsichtigt, Dom Polski in Buschdorf, Kreis Flatow, zu schließen. Durch Schließung dieses Hauses, in dem zahlreiche Kurse, Schulungen usw. stattfinden, würde polnische Volkstumsarbeit empfindlich getroffen werden. Nach Ansicht Innenministeriums sind überdies Ausschreitungen empörter deutscher Grenzbevölkerung zu erwarten, falls nicht Schließung alsbald erfolgt.

Erbitte umgehende drahtliche Stellungnahme zur Frage Repressalien im allgemeinen und beabsichtigter Maßnahme gegen Dom Polski in Buschdorf im besonderen.

Woermann

Nr. 391

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 27. Juni 1939

Es ist keinesfalls zu erwarten, daß sich die Polen durch deutsche Gegenmaßnahmen von weiteren eventuell für notwendig erachteten Aktionen zurückhalten lassen. Sie werden im Gegenteil — wie der Fall Ratibor gezeigt hat* — unsere Repressalien als willkommenen Anlaß und als Rechtfertigung gegenüber dem Ausland benutzen, um noch weitere Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit zu ergreifen.

Einen praktischen Nutzen haben bei der gegenwärtigen Situation Repressalien deshalb überhaupt nicht mehr; sie beeinträchtigen nur das jetzt klare Bild des einseitigen Vernichtungskampfes der Polen gegen die deutsche Volksgruppe.

Was speziell Fall Buschdorf anbetrifft, so ist zu befürchten, daß Schließung dortigen Dom Polski gleiche ungünstige Wirkung wie Aktion gegen Polnisches Heim in Ratibor haben würde. Bei allem Verständnis für Erregung Grenzbevölkerung möchte ich daher glauben, daß Interessen der schwer ringenden deutschen Volksgruppe in Polen doch vorgehen sollten.

Moltke

---

* Vgl. Nr. 385

Nr. 392

Die Deutsche Botschaft in Warschau an das Polnische Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Verbalnote

Warschau, den 27. Juni 1939

Die Deutsche Botschaft beehrt sich, im Auftrage ihrer Regierung die Aufmerksamkeit des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten auf folgenden Vorfall zu lenken:

Nach einem Bericht der »Gazeta Pomorska« Nr. 116 vom 20./21. Mai d. J. hat der Generalstabsoberst Switalski anläßlich der Begrüßung der zur Kirchenvisitation nach Graudenz gekommenen Bischöfe Dr. Okoniewski und Dominik im Namen der polnischen Armee eine Begrüßungsansprache gehalten und in dieser u. a. von dem Deutschen Reich als dem »uns ewig bekämpfenden Nachbarn« und »Feind« gesprochen. Er hat ferner im Hinblick auf die im Reich am 17. Mai durchgeführte Volkszählung festgestellt, daß »die Verfolgung unserer Brüder durch den stärksten Stoß gekrönt werden soll«, und seine Rede wie folgt geschlossen: »Beten Sie mit uns gerade heute am Tage der Volkszählung darum, daß unsere Brüder aushalten mögen, daß ihre Probezeit verkürzt wird, und um eine große Tat, um ein zweites Grunwald*, das sie aus der Unfreiheit erlöst und uns einen entsprechenden Frieden sichert.«

Die Deutsche Botschaft beehrt sich, im Auftrage ihrer Regierung wegen dieser deutschfeindlichen Rede, die ein Vertreter der polnischen Armee bei einem offiziellen Anlaß gehalten hat und in der unter anderem offen Anspruch auf deutsches Gebiet erhoben wird, Verwahrung einzulegen.

Nr. 393

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 3. Juli 1939

Am Freitag, dem 30. v. M., fand in Gdingen die Jahreshauptversammlung der polnischen Pommereller Landwirtschaftsgesellschaft in Gegenwart des Landwirtschaftsministers Poniatowski, des Pommereller Woiwoden, Ministers Raczkiewicz und zahlreicher anderer führender Persönlichkeiten statt. Minister Poniatowski, der auf dieser Kundgebung das Wort ergriff, erklärte, daß in nächster Zeit die Parzellierungsaktion in Pommerellen verstärkt durchgeführt werden würde. Im Anschluß an die Rede Poniatowskis wurde eine Entschließung gefaßt, in der u. a. schnellste Parzellierung der deutschen Güter in Pommerellen, Ausweisung der deutschen Optanten aus Polen und Erlaß eines Gesetzes über die Entziehung der polnischen Staatsbürgerschaft und die Konfiszierung des Vermögens von polnischen Staatsangehörigen, die ins Reich geflüchtet sind, gefordert wurden.

von Küchler

Nr. 394

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 5. Juli 1939

Wie ich bereits wiederholt berichtet habe, hat die Bedrückung der deutschen Volksgruppe auf kirchlichem Gebiet eine weitere Verschärfung erfahren. Da das deutsche Element in seiner überwiegenden Mehrheit dem evangelischen Glauben angehört, hat es sich die polnische Politik zum Ziel gesetzt, die Organisation der deutsch-evangelischen Kirche nach Möglichkeit lahm zu legen. Bezeichnend sind in diesem Zusammenhang die Vorgänge, die dazu geführt haben, daß der hochverdiente und wegen seines unerschütterlichen Glaubens allgemein geachtete Pfarrer Kleindienst aus Wolhynien seines Amtes enthoben und schließlich aus seiner Heimat, in der seine Familie mehr als zwei Jahrhunderte lebte, ausgewiesen wurde. Die von der Bot-

* Grunwald ist die polnische Bezeichnung für die Schlacht von Tannenberg 1410.

schaft unternommenen Versuche, eine Zurückziehung dieser Maßnahme herbeizuführen, die naturgemäß bei den Deutschen in Wolhynien und darüber hinaus auch bei der deutschen Volksgruppe in Westpolen sehr viel böses Blut gemacht hat, sind leider ergebnislos geblieben.

Wie sehr sich auch sonst in letzter Zeit die Gewalttätigkeiten gegen die evangelische Kirche und ihre Träger gehäuft haben, ergeben die in der beiliegenden Aufzeichnung aufgeführten 17 Fälle, deren Tatbestand durch Zeugenaussagen erhärtet worden ist.

von Moltke

Aufzeichnung

1. Am 2. März wurde das große Fenster der Christuskirche in Posen, ferner die Fenster im Arbeitszimmer des dortigen Superintendenten zertrümmert.
2. Am 12. März wurde Pfarrer Diestelkamp in Wisseck von 15 bis 20 jungen Burschen überfallen, vom Motorrad gestoßen und schwer mißhandelt. Die anwesende Polizei blieb untätig.
3. Im März wurden im Pfarrhaus in Schokken 22 Fensterscheiben zertrümmert.
4. Am 29. März demonstrierte eine Menschenmenge vor dem Pfarrhaus in Kruschwitz und zertrümmerte 21 Fensterscheiben.
5. Am 31. März wurde Superintendent Aßmann aus Bromberg und Kirchenältester Quade aus Labischin mit Steinen beworfen.
6. Am 15. April wurde Vikar Ortlieb in Neubarkoschin auf der Straße schwer mißhandelt und mit Stiefelabsätzen ins Gesicht geschlagen.
7. In der Nacht vom 18. zum 19. April wurden im Pfarrhaus und Betsaal in Lonkorß 63 Fensterscheiben zertrümmert.
8. Am 19. April wurde Pfarrer Schenk in Hallkirch durch Steinwürfe verletzt.
9. Am 28. April wurden auf dem Friedhof in Neulaube bei Lissa Grabmäler zerstört.
10. Am gleichen Tage wurde das Pfarrhaus in Zirke überfallen.
11. Am 2. Mai wurde der Kindergottesdiensthelfer Lenz zwischen Schubin und Kl. Salzdorf vom Rade gestoßen und schwer mißhandelt. Rad und Büchertasche wurden gestohlen.
12. In der Nacht vom 3. zum 4. Mai wurde die Kirche in Briesen von unbekannten Tätern besudelt.
13. Am 7. Mai wurde der Gottesdienst in Rakot durch eine Menschenmenge verhindert, die in die Kirche eindrang; dieselbe Kirche wurde am Himmelfahrtstage von polnischen Tätern vernagelt.
14. Am 24. Mai wurde das Altarfenster der Kirche in Rheinsberg zertrümmert.
15. Am 24. Mai wurde Pfarrer Schenk in Hallkirch auf einer Fahrt über Land erneut mit Steinen beworfen.
16. Am 2. Juni wurden im Pfarrhaus in Stahkowo 16 Fensterscheiben zertrümmert.
17. Am 5. und 6. Juni wurde das Pfarrhaus in Hohensalza überfallen, Superintendent Diestelkamp wurde durch Steinwürfe am Kopf verletzt.

Nr. 395

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 10. Juli 1939

Der Vorstoß der polnischen Behörden gegen das deutsche Genossenschaftswesen hat sich weiterhin verschärft. Die Maßnahmen richten sich vor allen Dingen gegen die deutschen Molkereigenossenschaften. So wurden im Laufe der letzten Zeit drei große Molkereigenossenschaften durch polizeiliche Verfügung geschlossen, darunter am 6. d. M. auch die große, neuzeitlich eingerichtete Posener Molkerei. Die Schließung wurde damit begründet, daß die Untersuchung hygienische Mängel der Molkereieinrichtung ergeben hätte. Diese Begründung wirkt um so erstaunlicher, als allgemein bekannt ist, daß es sich bei der Posener Molkerei um einen sehr gut instand gehaltenen und sachgemäß eingerichteten Betrieb handelt.

Gleichfalls wurde die Molkerei in Wollstein geschlossen, nachdem der Versuch der Polen, durch Aufnahme polnischer Genossen die Mehrheit zu erzwingen, erfolglos geblieben war.

Diese Maßnahmen liegen im Zuge der polnischen Bestrebungen, durch schikanöse und vielfach durch falsche Auslegung der Gesetze die volksdeutschen Unternehmungen und Organisationen zu vernichten. Auf diese Weise sind in den letzten Jahren etwa 60 Molkereigenossenschaften dem Deutschtum verlorengegangen.

Walther

Nr. 396

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 10. Juli 1939

Der seitens der polnischen Behörden gegen die hiesige deutsche Volksgruppe geführte Vernichtungskampf hat ein bisher nicht gekanntes Ausmaß erreicht. Er richtet sich in gleicher Weise gegen die wirtschaftliche Existenz einzelner wie gegen das Bestehen der Volkstumsorganisationen. Bezeichnend ist, daß die polnischen Behörden jetzt nicht einmal mehr den Versuch unternehmen, ihrem Vorgehen gegen die Volksdeutschen irgendeine Rechtsunterlage zu geben. Eine Aufstellung über weitere 65 Fälle füge ich bei.

Die übersandten Listen können allerdings keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit machen, weil dem Generalkonsulat meist nur ein Bruchteil der tatsächlich erfolgten Übergriffe zur Kenntnis gelangt. Denn die meisten der durch Überfälle und sonstige Maßnahmen geschädigten Deutschen haben Furcht davor, die Deutschtumsorganisationen oder das Generalkonsulat zu verständigen.

In Vertretung

Graf

Nr. 397

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 11. Juli 1939

Wegen der Ermordung des Reichsangehörigen Alois Sornik habe ich weisungsgemäß sehr ernste Vorstellungen bei dem Stellvertreter des Außenministers, Graf Szembek, erhoben. Graf Szembek, der sich über die Einzelheiten des Falles genau orientiert zeigte, wies darauf hin, daß es sich hier nicht um eine politische Angelegenheit handele, sondern daß nach den Nachrichten, die das Außenministerium bisher erhalten hätte, der Mord aus Eifersucht begangen worden sei. Ich brachte demgegenüber zum Ausdruck, daß, selbst wenn persönliche Gründe bei der Tat mitgespielt hätten, die Schwere des Verbrechens doch zweifellos in erster Linie auf die maßlose und systematische deutschfeindliche Hetze, die von der Polnischen Regierung geduldet werde, zurückzuführen sei. Graf Szembek gab schließlich zu, daß die augenblicklich in Polen herrschende deutschfeindliche Stimmung sicher nicht ohne Einfluß auf den Täter geblieben sei.

Ich verwies in diesem Zusammenhang auch auf die in letzter Zeit nahezu unerträglich gewordene Verfolgung des Deutschtums im oberschlesischen Verwaltungsbereich des Woiwoden Grażyński, den man wohl mit Recht als den Totengräber der deutsch-polnischen Verständigung bezeichnen könne. Ich bemerkte des weiteren, ich hätte nachgerade den Eindruck gewonnen, daß es zwecklos sei, Minderheitenfragen überhaupt noch zur Sprache zu bringen, nachdem die von mir in meiner letzten Unterredung mit ihm* zum Ausdruck gebrachte Verständigungsbereitschaft polnischerseits durch die am nächsten Tage durchgeführte Schließung der deutschen Häuser in Posen**, Lodz, Bromberg und Tarnowitz in leider nicht mißzuverstehender Weise beantwortet worden sei.

Wie bei meiner Unterredung vom 14. Juni* nahm Graf Szembek meine Bemerkung resigniert und stillschweigend zur Kenntnis. Auch diese Unterhaltung bestätigt von neuem, daß in der gegenwärtigen Lage keinerlei Aussichten mehr vorhanden sind, die Minderheitenfragen zum Gegenstand von Erörterungen mit der Polnischen Regierung zu machen. Es ist immer schwierig gewesen, Minderheitenfragen im Außenministerium zur Sprache zu bringen. Wie die täglich zunehmende Zahl der Gewaltakte gegen die Volksdeutschen zeigt, fühlt sich aber offensichtlich die Polnische Regierung jetzt durch die englische Blankovollmacht so stark, daß sie es nicht mehr für nötig hält, bei der Behandlung der Minderheit irgend eine Rücksicht auf die deutschen Interessen zu nehmen, obwohl sie sich doch wohl darüber klar sein muß, daß die deutsch-polnischen Beziehungen hierdurch nachgerade in fast unerträglicher Weise belastet werden.

von Moltke

---

* Vgl. Nr. 385.

** Vgl. Nr. 383.

Nr. 398

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 12. Juli 1939

Mit dem Ende dieses Schuljahres sind folgende deutsche Volksschulen geschlossen worden:

1. Karmin, Kreis Jarotschin, 53 Schüler,
2. Strzalkowo, Kreis Wreschen, 45 Schüler,
3. Zatom Nowy (Neuzattum), Kreis Birnbaum, 22 Schüler,
4. Mechnacz, Kreis Birnbaum, 19 Schüler,
5. Strzyzewo-Smykowe (Striesen), Kreis Gnesen, 32 Schüler,
6. Zdziechowa (Zechau), Kreis Gnesen, 43 Schüler,
7. Grebocin (Gramtschen), Kreis Thorn, 46 Kinder,
8. Czempin, Kreis Kosten, 22 Kinder,
9. Daleszynek, Kreis Birnbaum, 19 Schüler,
10. Gnesen, 209 Schüler,
11. Wollstein, 81 Schüler,
12. Miedzychod (Birnbaum), 102 Schüler,
13. Gniew (Mewe), Kreis Dirschau, 48 Kinder.*

Walther

Nr. 399

Der Deutsche Konsul in Teschen an das Auswärtige Amt

Bericht

Teschen, den 13. Juli 1939

Die Woiwodschaft in Kattowitz hat dem Deutschen Theaterverein in Teschen die weitere Tätigkeit verboten mit der Begründung, daß diese Tätigkeit die öffentliche Sicherheit und den Schutz der Grenzen gefährdet. Daß die Begründung dieses Beschlusses nur ein Vorwand ist, bedarf keiner weiteren Darlegung.

Das Vereinsvermögen besteht im wesentlichen aus dem Theatergebäude, einem Magazin, einem Wohnhaus sowie einem reichhaltigen Bestand von Theaterrequisiten. Mit Rücksicht darauf, daß das Theater für 600 Besucher Platz bietet und baulich in einem ausgezeichneten Zustand ist, dürfte der Wert des Vereinsvermögens auf etwa 500 000 Zloty zu schätzen sein.

Dieser neuerliche Schlag gegen das hiesige Deutschtum ist außerordentlich schwer und bedauerlich. Das Theater ist seinerzeit aus Mitteln der deutschen Volksgruppe und von einem deutschen Architekten erbaut. Es stellt ein wichtiges, wenn nicht das wichtigste Kulturzentrum des Deutschtums im Olsa-Gebiet dar. Es war vor allem das letzte, in deutschem Besitz befindliche Theatergebäude in ganz Polen. Die Erbitterung der hiesigen deutschen Bevölkerung ist naturgemäß sehr groß.

In Vertretung
Ehrenhauß

Nr. 400

Der Deutsche Konsul in Lemberg an das Auswärtige Amt

Bericht

Lemberg, den 15. Juli 1939

Im Laufe des Monats Juni haben die polnischen Behörden scharfe Maßnahmen gegen die deutschen Organisationen in Wolhynien durchgeführt. Wirtschaftlich wurden die Deutschen durch die Schließung zahlreicher deutscher Genossenschaften getroffen. Besonders brutal ist das Vorgehen der polnischen Polizei gegen die deutschen Organisationen, die mit den gleichen Mitteln bekämpft werden, wie die politischen und wirtschaftlichen Körperschaften der Ukrainer. Das Vorgehen der polnischen Polizei spielt sich meistenteils so ab, daß die Führer der Ortsgruppe so lange mißhandelt werden, bis sie sich schriftlich zu einer Auflösung der Ortsgruppe verpflichten. Besonders grausamen Mißhandlungen war der Leiter der Ortsgruppe in Harazdze bei Luck ausgesetzt. Ähnliche Fälle sind mir aus folgenden deutschen Siedlungen in Wolhynien bekanntgeworden: Wicentówka, Stanislawka, Stary Zapust, Podhajce und Ochocin.

Seelos

---

* Seit 1924 sind von den damals noch vorhandenen 557 deutschen Schulen 425 Schulen durch die polnischen Behörden geschlossen worden. Vgl. auch Nr. 12 und Anm. **.

Nr. 401

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 20. Juli 1939

Ich übersende eine neue Aufstellung über Ausschreitungen gegen die deutsche Volksgruppe. Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß es sich bei diesen nahezu 200 Fällen nur um solche Fälle handelt, die sich in der Zeit zwischen dem 5. und 20. Juli ereignet haben.

In Vertretung

Graf

Nr. 402

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 24. Juli 1939

In Oberschlesien dauern die Ausschreitungen gegen Volksdeutsche an. In der Zeit vom 1. bis 20. Juli haben mehr als 30 Überfälle auf Volksdeutsche, ferner eine Anzahl von Mißhandlungen, Einschlagen von Fensterscheiben sowie Verhaftungen stattgefunden. Auch die Untersuchungen von Wohnungen Volksdeutscher seitens der Polizei haben in letzter Zeit in bemerkenswerter Weise zugenommen.

In Vertretung

Schüller

Nr. 403

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 25. Juli 1939

An den Ausschreitungen gegen die Volksdeutschen beteiligte sich insbesondere das Militär. So wurden am 2. Juli zwei Volksdeutsche nach abgehaltener und ergebnislos verlaufener Haussuchung von einem Offizier in dem Orte Schanzendorf, Kreis Bromberg, aufgefordert, mit dem Gesicht zum Zaun an der Straße niederzuknien. Sie wurden dann von Soldaten derartig mißhandelt, daß ihnen das Blut aus Nase, Mund und Ohren gelaufen ist. Zufällig vorbeikommende polnische Kirchgänger wurden von dem Offizier aufgefordert, die Deutschen anzuspucken.

Es liegen mir eine Anzahl von Meldungen vor über das Anhalten von Volksdeutschen durch polnische Patrouillen. Wenn hierbei seitens des polnischen Militärs festgestellt wird, daß die Volksdeutschen der polnischen Sprache nicht vollkommen mächtig sind, kommt es fast stets zu Bedrohungen und Tätlichkeiten.

In Vertretung

Graf

Nr. 404

Der Deutsche Konsul in Teschen an das Auswärtige Amt

Bericht

Teschen, den 28. Juli 1939

Wenn zunächst angenommen werden konnte, daß wenigstens vorübergehend ein Nachlassen der Massenkündigungen reichs- und volksdeutscher Arbeiter und Angestellter eintreten würde, so hat sich dies nicht bestätigt. Die Kündigungen werden vielmehr laufend weiter vorgenommen.

Aus der Gesamtheit der Meldungen ergibt sich schon jetzt, daß im gesamten Amtsbezirk kaum noch ein leitender reichs- oder volksdeutscher Angestellter in ungekündigter Stellung ist. Es bestätigt sich ferner erneut die Richtigkeit der Befürchtung, daß im Herbst überhaupt keine volksdeutschen Arbeiter und Angestellten im hiesigen Gebiet mehr beschäftigt sein werden.

Bemerkenswert ist, daß die polnischen Behörden wieder einen erheblichen Druck bei den Industrieunternehmungen auf die Kündigungen ausüben.

Als Kündigungsgrund, wenn überhaupt ein solcher abgesehen von der Tatsache der deutschen Volkszugehörigkeit angegeben wird, dient zur Zeit besonders häufig der Umstand, daß die Betreffenden ihre Kinder in deutsche Schulen schicken. Typisch für die Einstellung der polnischen Behörden ist hier wieder, daß sie den aus obigem Grunde Entlassenen keine Arbeitslosenunterstützung zubilligen, weil die Entlassung »durch eigenes Verschulden« erfolgt sei.

In Vertretung

Ehrenhauß

Nr. 405

Der Deutsche Konsul in Teschen an das Auswärtige Amt

Telegramm

Teschen, den 3. August 1939

Zufolge behördlicher Verfügung wurde am heutigen Tage die deutsche Schule in Alexanderfeld bei Bielitz geschlossen. Die Schule wurde von 155 Kindern besucht. Sie bestand seit 70 Jahren.

Der Handelsschule in Bielitz, die von 220 Kindern besucht wird, ist eine kurz bevorstehende Schließung in Aussicht gestellt worden.

Damerau

Nr. 406

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm

Kattowitz, den 8. August 1939

Nach streng vertraulichen Informationen soll hiesigen Deutschen neuer schwerer Schlag in Form von zahlreichen Verhaftungen bevorstehen. Information stützt sich auf verschiedene sachlich übereinstimmende Andeutungen aus Kreisen polnischer Polizei. An einer Stelle soll ein Bündel unterschriebener Haftbefehle gesehen worden sein.

Nöldeke

Nr. 407

Der Deutsche Konsul in Lemberg an das Auswärtige Amt

Bericht

Lemberg, den 9. August 1939

Das lebensstarke Deutschtum, das seit 150 Jahren in Galizien angesiedelt ist und etwa 55 000 Menschen zählt, hat in den letzten Jahrzehnten schon manche Krise überwunden. Die jetzige Krise greift aber tiefer, da sie nicht nur wirtschaftlicher Art ist, sondern die Grundlagen des völkischen Lebens bedroht. Seit etwa 3 Monaten wird den Deutschen jede Betätigung ihres Volkstums immer schwerer und sogar unmöglich gemacht.

Mehrere deutsche Schulen sind bereits im Juni 1939 geschlossen worden, wie die privaten katholischen Gemeindeschulen in Angelówka und Pöchersdorf und die evangelischen Schulen in Kaltwasser und Rosenberg. Weiteren Volksschulen dürfte dieses Schicksal bei Beginn des nächsten Schuljahres im September bevorstehen.

Die deutschen Angestellten und Arbeiter in staatlichen und privaten polnischen Betrieben sind seit einigen Monaten systematisch entlassen worden. Auch bei einer volksdeutschen Papierfabrik hat der Starost bereits amtlich gerügt, daß zuviel Deutsche beschäftigt werden. Danach ist selbst in volksdeutschen Betrieben die Arbeitsmöglichkeit beschränkt. Für die zweiten und dritten Bauernsöhne ist allmählich jede Aussicht auf eine Berufstätigkeit verbaut.

In den gemischt besiedelten Dörfern stehen die Deutschen unter ständigem Druck der feindseligen Haltung der Polen. Sie müssen bei einer Verschlimmerung der deutsch-polnischen Spannung mit dem Äußersten, selbst Brandstiftung und Gefahr für Leib und Leben rechnen. Fast der ganze Ort Schönthal ist vor einigen Wochen einer Brandstiftung zum Opfer gefallen. In einem andern Ort hat man versucht, die Ernte anzuzünden.

Die deutsche Jugend in Galizien sieht schon jetzt keine Möglichkeit mehr für die Zukunft, da sie rücksichtslos durch Verhaftungen, Schikanen, Schläge u. a. unterdrückt wird. Infolgedessen hat seit etwa 2 Monaten eine hemmungslose Abwanderung eingesetzt, die in einigen deutschen Siedlungen, wie z. B. Josefsberg, fast alle jungen Burschen erfaßt hat.

Seelos

Nr. 408

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 10. August 1939

Wie der rücksichtslose Kampf gegen das Deutschtum geführt wird, geht aus der anliegenden Rundverfügung des Oberfinanzamtes Graudenz hervor, in dem die polnischen Finanzbehörden aufgefordert werden, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln das Besitztum der deutschen Minderheit zu reduzieren.

In Vertretung

Graf

Anlage

(Übersetzung)

Oberfinanzamt Graudenz — Graudenz, am 14. Juli 1939

Nr. I—155/39/Geheim

An

sämtliche Herren Vorstände der Finanzämter

des Oberfinanzamts Graudenz

Wegen der ständigen Verschlechterung der Beziehungen der deutschen Minderheiten zum polnischen Staat ist es notwendig geworden, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln das Besitztum der deutschen Minderheit in Polen zu reduzieren.

Aus diesem Grunde empfiehlt das Oberfinanzamt den Herren Vorstehern der Finanzämter bei sämtlichen in ihrem Bereiche zu erfassenden Minderheiten in diesem Sinne zu verfahren.

Hierzu sind folgende Möglichkeiten vorhanden:

Bei der Bemessung von Steuern, bei der Angabe des Umsatzes und Einkommens der Steuerzahler, Nichtanerkennung von Steuerermäßigung sowie Ablehnung von Zahlungserleichterungen und Ratenerteilung bei rückständigen Steuern.

Oberfinanzamt

A. Klausal

Chef der Abteilung I

Nr. 409

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Telegramm

Posen, den 12. August 1939

Deutscher Büchereiverein in Posen mit sämtlichen Ortsgruppen und Sekretariaten in der Woiwodschaft Posen und Pommerellen gestern durch Burgstarost Posen suspendiert, Räume versiegelt, Bankkonten geschlossen, einstweilige Verwaltung durch polnischen Kurator. Begründung: Vorfinden von Zeitschriften ohne Postdebit in Polen. Begründung nicht stichhaltig, da nur vor Entziehung des Postdebits erschienene Exemplare gefunden.

Hiesige Berufshilfe polizeilich geschlossen, Haussuchung andauert.

Walther

Nr. 410

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 16. August 1939

Vizekonsul Schüller vom Deutschen Generalkonsulat in Kattowitz teilt soeben von Beuthen aus folgendes telephonisch mit:

Die Befürchtungen des Generalkonsulats betreffend bevorstehende Verhaftungen von Volksdeutschen* hätten sich bestätigt. Am Montag und Dienstag seien in großem Umfange bei Volksdeutschen Haussuchungen vorgenommen worden; im Anschluß hieran seien sehr viele Volksdeutsche — schätzungsweise mehrere 100 — verhaftet worden, darunter zahlreiche Leiter von Volkstumsorganisationen, soweit sie nicht geflohen seien.

Schliep

Nr. 411

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 15. August 1939

Die Theologische Hochschule der unierten evangelischen Kirche in Polen ist durch einen Erlaß des Ministers für religiöse Bekenntnisse und öffentlichen Unterricht vom 11. d. M. zum 1. Januar 1940 geschlossen worden.

Als Vorwand für die Schließung wird angegeben, die Hochschule habe die Bedingung nicht erfüllt, daß die Mehrzahl der an der Hochschule tätigen Lehrer die genügende Befähigung für wissenschaftliches Schaffen hätte.

In Vertretung

Matuschka

Nr. 412

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm

Kattowitz, den 16. August 1939

Angekündigte Aktion polnischer Behörden** seit 14. August durchgeführt. Zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen vor allem in Kreisen Jungdeutscher Partei, Volksbund und Gewerkschaften; Zahl der Verhaftungen schätzungsweise gegen 200. Schließung deutscher Zeitungen, Gewerkschaften usw. Fast völlige Sperrung der Grenze. Aktion nach Geflüchteten noch im Gange. Erhöhte Bewachung und Bewaffnung im Grenzstreifen.

Nöldeke

Nr. 413

Der Deutsche Konsul in Teschen an das Auswärtige Amt

Telegramm

Teschen, den 17. August 1939

Verhaftungsmaßnahmen noch im Gange. Namensliste der Betroffenen folgt. Polizeistreifen vornehmlich in Oderberg beunruhigen Bevölkerung.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet glaubhaft, daß Verhaftungswelle den Zweck verfolgt, sich in den Besitz von Geiseln zu setzen. Seit 15. August kleiner Grenzverkehr völlig unterbunden. Betroffen vor allem etwa 8 bis 10 000 Arbeiter.

Damerau

---

* Vgl. Nr. 406.

** Vgl. Nr. 406 und 410.

Nr. 414

Der Deutsche Konsul in Teschen an das Auswärtige Amt

Bericht

Teschen, den 18. August 1939

Am 15. 8. 1939 wurden in Bielitz behördlich geschlossen:

Der deutsche Turnverein,
» » Gesangverein,
» » Wandervogel,
» » Lehrlingsverein.

Fünf Schankkonzessionen wurden entzogen. Bei Haussuchungen wurden verschiedene Radiogeräte beschlagnahmt.

von der Damerau

Nr. 415

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 20. August 1939

Dem Auswärtigen Amt sind in den letzten Monaten dauernd Berichte der deutschen Konsulate in Polen zugegangen über grausame Mißhandlungen, denen die Volksdeutschen durch die in immer zunehmendem Maße aufgehetzten und in ihrem Fanatismus völlig hemmungslosen Polen ausgesetzt sind. In der Anlage sind 38 besonders schwerwiegende Fälle zusammengestellt, bei denen die Gleichartigkeit bemerkenswert ist, mit der die Überfälle auf die Volksdeutschen inszeniert werden. Im Hinblick hierauf erscheint die Frage berechtigt, inwieweit diese Ausschreitungen von den Behörden geduldet oder gefördert werden. Trotz der Versicherungen, die der Botschaft in Warschau immer wieder von maßgeblicher polnischer Seite erteilt wurden, wonach die Polnische Regierung ihre ganze Autorität aufbiete, die Deutschenverfolgungen zu verhindern, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß amtliche Stellen die Ausschreitungen gegen das Deutschtum nach Möglichkeit fördern, um auch auf diese Weise die Kriegsstimmung im polnischen Volke aufrechtzuerhalten.

Bergmann

Anlage

1. Am 2. April wurden 8 Mitglieder des deutschen Sportklubs in Kl. Komorsk, Kr. Schwetz, auf dem Hofe des Volksdeutschen Pankratz von Polen überfallen, die mit Knüppeln sowie Dreschflegeln auf die Deutschen einschlugen. Ein Niedergeschlagener wurde in die Jauchegrube gestoßen. Pankratz wurde so zugerichtet, daß der Arzt ihn für 6 Wochen für arbeitsunfähig erklärte. Am Tage darauf wurde Pankratz von der Polizei verhaftet.

2. Am 17. April 1939 wurde der Volksdeutsche Fritz Pawlik aus Ciszowieco durch eine Gruppe von Polen unter Führung des Polen Malcharek so schwer geschlagen, daß er von der Polizei bewußtlos in die Wohnung seiner Eltern geschafft werden mußte. Obwohl die Bewußtlosigkeit noch am folgenden Tage andauerte, lehnten die polnischen Behörden die Aufnahme in ein Krankenhaus ab.

3. Am 19. April 1939 wurden die Volksdeutschen Peter Kordys und Richard Mateja in Kattowitz von etwa 40 Aufständischen überfallen. Die beiden Deutschen wurden so geschlagen, daß Kordys blutüberströmt flüchtete, während Mateja schwerverletzt liegenblieb. Er wurde von der Polizei abtransportiert und, ohne einem Arzt vorgestellt zu werden, in das Gerichtsgefängnis eingeliefert.

4. Am 23. April 1939 wurde ein Austräger der »Kattowitzer Zeitung«, der Invalide Cofalka, der bereits im vorgerückten Alter und schwerhörig ist, von Aufständischen in Chorzow überfallen und blutig geschlagen. Cofalka hat als Folgen des Überfalls das Gehör auf einem Ohr ganz verloren.

5. Am 27. April wurden Hermann und Emil Mathies aus Liebenwalde, Kr. Schwetz, in ihrer Wohnung überfallen und so mißhandelt, daß dem einen mehrere Zähne eingeschlagen und der Unterkiefer zertrümmert wurde, während der andere besinnungslos liegenblieb.

6. Am 28. April 1939 wurde der Volksdeutsche Fritz Köppke aus Zbiczno, Kr. Strasburg, von Mitgliedern des Reservistenverbandes überfallen und so schwer mißhandelt, daß ihm zwei Rippen gebrochen wurden. Er mußte wochenlang zu Bett liegen und war arbeitsunfähig.

7. Am 30. April wurden mehrere junge Volksdeutsche in Piaski, Kr. Schwetz, überfallen. Der Volksdeutsche Eckert wurde hierbei so zugerichtet, daß er besinnungslos liegenblieb. Dem Volksdeutschen Oswald Frey aus Schönreich wurden mehrere Zähne ausgeschlagen.

8. Am 3. Mai wurde der Volksdeutsche Franz Hybiorz aus Bijasowice von etwa 20 Polen in Reservistenuniform überfallen und mit Gummiknüppeln derartig zusammengeschlagen, daß er bewußtlos auf der Straße liegenblieb.

9. Am 4. Mai wurde der Volksdeutsche Ehrenfried Heiber auf dem Bahnhof in Bismarckhütte von hinten mit einem stumpfen Gegenstand niedergeschlagen, so daß er besinnungslos liegenblieb. Er erhielt eine 10 cm lange und 1 cm breite Wunde. Die Polizei weigerte sich, eine Anzeige über den Überfall aufzunehmen.

10. Am 5. Mai wurde der Schüler Rauhut des deutschen Gymnasiums in Bromberg von mehreren Polen überfallen, die ihm mit einer Flasche derart auf den Kopf schlugen, daß die Flasche zerbrach und Rauhut mit schweren Schnittwunden am Kopf zusammenbrach. Als er sich wieder aufraffte, wurde er von Passanten, die der rohen Tat Beifall gezollt hatten, erneut niedergeschlagen.

11. Am 9. Mai wurden die Volksdeutschen Richard Jandrey aus Neukirchen, Kr. Schubin, und der Bauer Damrau von etwa 30 Polen überfallen und mit Steinen und Stöcken so schwer mißhandelt, daß ihr Gesicht bis zur Unkenntlichkeit zerschlagen war.

12. Am 12. Mai drang der Aufständische Valentin Jendrzejak in die Wohnung des Volksdeutschen Robert Robotta in Kattowitz ein, ergriff einen Stuhl und schlug damit auf Robotta ein; dieser erhielt einen Schlag gegen den linken Arm, der im Handgelenk brach. Den Wehrlosen bearbeitete der Pole sodann mit Fußtritten gegen den Unterleib und die Hüfte. Die Tochter des Robotta wollte vom Kolonialwarengeschäft Poloczek aus die Polizei anrufen, doch ließ es der Geschäftsinhaber nicht zu, da die Polizei nur für Polen da sei.

13. Am 14. und 15. Mai wurden in Tomaschow, Konstantynow und anderen Orten der Woiwodschaft Lodz Hunderte von Volksdeutschen überfallen, ihre Wohnungen geplündert und zerstört. Ein Volksdeutscher wurde bei dem Progrom totgeschlagen, 10 andere so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wurde, zahlreiche andere Volksdeutsche wurden leichter verletzt.

14. Am 16. Mai 1939 überfiel der Aufständische Leo Krawczyk die Volksdeutsche Adelheit Cichy in Kattowitz. Er trat ihr mit dem Stiefel in die Leistengegend und versuchte, sie die Treppe des Hauses herunterzuwerfen. Frau Cichy erlitt zahlreiche Verletzungen am Kopf, Schenkel, der Leistengegend und der Hand.

15. Am 18. Mai wurde der Volksdeutsche Paul Enders in Luck ohne Grund verhaftet. Bei den Verhören über seine Zugehörigkeit zur Jungdeutschen Partei wurde er mit Faustschlägen ins Gesicht und Fußtritten in den Leib traktiert. Am 20. Mai wurde er gefesselt nach Równo überführt und dort am 25. Mai entlassen.

16. Am 24. Mai wurde der Volksdeutsche Erhard Ossadnik aus Kattowitz von vier uniformierten Polen überfallen, weil er mit einem Bekannten auf der Straße deutsch gesprochen hatte. Ihm wurden zahlreiche Verletzungen in der linken Gesichtshälfte beigebracht und vier Schneidezähne ausgeschlagen.

17. Am 27. Mai wurde der Volksdeutsche Josef Mazur aus Kobior von einer größeren Gruppe Polen überfallen. Er wurde mit Gummiknüppeln zusammengeschlagen, so daß er bewußtlos wurde. Der ärztliche Befund ergab zahlreiche Blutergüsse und Schnittwunden am Kopf, im Gesicht und an den Ohren sowie zahlreiche Striemen, blaurot gefärbt und mit geronnenem Blut bedeckt auf der Brust, dem Rücken und Gesäß.

18. Am 29. Mai wurde der Landarbeiter Albert Kränk aus Kzywka auf dem Felde von zwei Polen, deren Gesicht unkenntlich gemacht war, überfallen. Er wurde durch Messerstiche und Schläge am Glied und am linken Hoden so schwer verletzt, daß er zur Behandlung in das Krankenhaus Lessen überwiesen werden mußte.

19. Am 29. Mai 1939 wurde der Volksdeutsche Stühmer, Neudorf, Kr. Briesen, als er die Grenze überschreiten wollte, von Polen festgenommen und erschlagen. Die Angehörigen haben seine Leiche, aufs schwerste verstümmelt, im Graudenzer Krankenhaus wiedererkannt.

20. Am 1. Juni 1939 wurde der volksdeutsche Grubeninvalide Johann Burdzik aus Giszowiec-Myslowice von einem Aufständischen überfallen. Er wurde zunächst gewürgt, dann in den Straßengraben geworfen und mit einem Stock schwer verletzt. Als der Aufständische versuchte, Burdzik die Augen auszudrücken, wurde er von Passanten zurückgerissen, so daß Burdzik mit Blutergüssen am Auge, zahlreichen Quetsch- und Schlagwunden im Gesicht und am Körper sowie zwei losgeschlagenen Zähnen davonkam.

21. Am 2. Juni wurde der Volksdeutsche Theodor Stehr aus Konstantynow von einem Polen überfallen. Als er sich zur Wehr setzte, schlugen vier hinzueilende Polen so auf ihn ein, daß er zusammenbrach und mit einem Rippenbruch und anderen Verletzungen in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

22. Am 5. Juni wurde der Volksdeutsche Wilhelm Kübel in Kostuchna, der die »Kattowitzer Zeitung« austrägt, des Zeitungspaketes beraubt. Bei dem Versuch, es wiederzuerlangen, wurde er von anderen Polen zu Boden geschlagen und am Boden liegend mit Fußtritten bearbeitet. Die Polizei griff nicht ein.

23. Am 6. Juni wurden die Volksdeutschen Georg Kindler, Bykowina, und Bernhard Harmada, in Nowa Wies von Polen überfallen. Kindler wurde mit einer Flasche gegen die Rippen geschlagen, daß die Flasche zerschellte. Harmada, der schwerkriegsbeschädigt ist und ein steifes Bein hat, wurde mit Bierflaschen, Gummiknüppeln und einem Spazierstock so geschlagen, daß er am ganzen Körper Verletzungen und Quetschungen hatte.

24. In der Nacht vom 11. zum 12. Juni 1939 wurde der volksdeutsche Gastwirt Anton Podszwa aus Trzyniec auf dem Heimwege von unbekannten Tätern erschossen.

25. Am 15. Juni wurde der Reichsdeutsche Alois Sornik von dem polnischen Waldarbeiter Onufrak in Zielona hinterrücks durch einen Schlag auf den Kopf so schwer verletzt, daß er einige Tage darauf verstarb.

26. Am 17. Juni wurde der Volksdeutsche Fritz Reinke aus Tonowo, Kr. Znin, von zwei polnischen Knechten von hinten mit Zaunlatten niedergeschlagen. Die Polen schlugen auch auf den am Boden Liegenden weiter ein, so daß er am Kopf, im Gesicht, an den Schultern, Armen und Händen zahlreiche tiefe Wunden und Blutergüsse erlitt und zunächst arbeitsunfähig ist.

27. Am 17. Juni wurde der Volksdeutsche Hans Zierott, Oberausmaß, Kr. Kulm, von drei Männern überfallen und aufgefordert zu sagen: »Der Hitler ist ein Schwein!« Als er sich weigerte, zwang man ihn dazu mit vorgehaltenem Messer. Zierott ist ein Krüppel und konnte sich nicht wehren.

28. Am 20. Juni 1939 wurden die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe Harazdze (Kr. Luck) der Jungdeutschen Partei, die Volksdeutschen Völpel, Dilk und Sawadski zum Polizeikommandanten bestellt. Völpel wurde mit Faustschlägen mißhandelt, so daß ihm die Unterlippe durchschlagen wurde, sodann trat ihm der Polizist mehrfach in den Unterleib und riß ihn an den Haaren, bis er seine Austrittserklärung aus der Jungdeutschen Partei unterschrieb und am Tage darauf mit seinen Freunden die Selbstauflösung der ganzen Ortsgruppe beantragte. Kurze Zeit darauf meldete die polnische Presse, Ortsgruppen der Jungdeutschen Partei in Wolhynien lösten sich aus weltanschaulichen Gründen freiwillig auf.

29. Am 22. Juni wurde die Volksdeutsche Luzie Jmiolczyk aus Chorzow in ihrem Hausflur von zwei Nachbarinnen, den Polinnen Maciejkowiak und Wietrzniak überfallen, und, obwohl sie ein 14 Monate altes Kind in den Armen hatte, schwer geschlagen. Schließlich wurde sie auf den Boden geworfen und ihr wurden Haare ausgerissen. Als sie den Vorfall der Polizei meldete, wurde sie wegen Beleidigung der Polin Maciejkowiak verhaftet.

30. Am 2. Juli wurde die Volksdeutsche Luise Sprenzel, die auf dem Rade nach Zytna, Kreis Rybnik, fuhr, von zwei Aufständischen überfallen und so gegen die Schläfe geschlagen, daß sie vom Rade stürzte und bewußtlos auf der Straße liegenblieb.

31. Am 7. Juli 1939 wurde der volksdeutsche schwerkriegsbeschädigte einarmige Invalide Julius Saeftel aus Szopienice, Kreis Myslowice, nach einer von Polen gestörten Beerdigungsfeier für einen Volksdeutschen von fünf Polen verfolgt und mit Faustschlägen im Gesicht verletzt.

32. Am 8. Juli 1939 drang der Pole Kaczmarek in die Wohnung der Volksdeutschen Margarete Plichta aus Tarnowskie ein, indem er mit einem Hammer gewaltsam die Tür sprengte. Sodann ging er mit dem Hammer auf die Volksdeutsche los und schlug ihr mit dem Hammer eine in Notwehr ergriffene Waffe aus der Hand, so daß die Hand schwer verletzt ist. Dann würgte er die Volksdeutsche und drohte ihr an, sie umzubringen. Erst auf Hilfeschreie ließ er von seinem Opfer ab.

33. Am 23. Juli drangen drei polnische Soldaten in die Wohnung des Volksdeutschen Ewald Banek in Sypiory, Kreis Schubin, ein und verlangten Lebensmittel und Getränke. Nachdem sie sie unentgeltlich erhalten hatten, beschimpften sie die anwesenden Familienmitglieder und schlugen auf sie ein. Banek wurde durch Seitengewehrstiche in die linke Schulter und den rechten Arm erheblich verletzt. Gleichzeitig erzwangen polnische Soldaten Zutritt zur Wohnung des Volksdeutschen Arthur Pahlke und versuchten Frau Pahlke zu vergewaltigen. Als Pahlke seine Frau verteidigen wollte, wurde er auf das schwerste mißhandelt.

34. Am 6. August brach eine Bande junger Polen das Tor zum Anwesen des 72jährigen Volksdeutschen August Mundt in Bialezynek auf, verletzte Mundt am Auge und Unterkiefer, schlug auf seinen Sohn Wilhelm mit Knüppeln und Steinen ein, so daß dieser bewußtlos niederbrach, und mißhandelte auch den bei Mundt tätigen Landarbeiter Karl Jesser.

35. Am 9. August drang Polizei in das christliche Hospiz in Kattowitz ein, wo gerade eine Mitgliederversammlung des deutschen Volksbunds stattgefunden hatte. Die bewaffnete Polizei schlug auf die anwesenden 18 Volksdeutschen mit Gummiknüppeln und Kolben ein und schleifte sie zur Wache. Während der Nacht wurden sie unter schweren Mißhandlungen über den Verlauf der Versammlung vernommen, so daß sie bei ihrer Entlassung am folgenden Morgen mit blauen und roten Flecken und Striemen bedeckt waren. Einem Volksdeutschen war der Arm verrenkt worden, ein anderer hatte durch die Schläge auf den Kopf zunächst das Gehör verloren.

36. Am 14. August wurde der Volksdeutsche Thomalla aus Karwin auf Grund haltloser Verleumdungen festgenommen. In der zweitägigen Untersuchungshaft erhielt er weder Nahrung noch Wasser. Er wurde bei den Verhören mit Knüppeln und Fäusten blutig und besinnungslos geschlagen, so daß er bei seiner Entlassung am 16. August geistig verwirrt war.

37. Mitte August wurden in Oberschlesien zahllose Volksdeutsche unter dem Vorwand, Hochverrat begangen zu haben, verhaftet. Der verhaftete Volksdeutsche, Kreisleiter der Jungdeutschen Partei, Rudolf Wilsch aus Laurahütte, wurde während des Verhörs vollkommen zusammengeschlagen. Unter der Androhung der Vierteilung und ähnlicher Torturmethoden wurde der Schwermißhandelte erpreßt, die gegen ihn zu Unrecht erhobene Anklage zuzugeben.

38. Der Reichsangehörige Jäger, der Volksdeutsche Grant, Fräulein Kiesewalter und Fräulein Neudam sowie andere Reichs- und Volksdeutsche wurden in polnischen Gefängnissen zur Erpressung von Geständnissen schwer mißhandelt. Ihnen wurden z. B. Einspritzungen brennender Flüssigkeiten in die Geschlechtsorgane gemacht, Rippen gebrochen, sie wurden mit elektrischem Strom mißhandelt und es wurde ihnen nach langem Aufenthalt in heißen Räumen Salzwasser als Getränk verabfolgt. Der Volksdeutsche Schienemann, der noch in Sieradz einsitzt, ist körperlich völlig zerrüttet und verlor bei der Inquisition fast alle Zähne.

Nr. 416

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 23. August 1939

Laut Mitteilung des Reichsministeriums des Innern sind bis zum 21. August d. J. etwa 70 000 volksdeutsche Flüchtlinge aus Polen in den Flüchtlingsdurchgangslagern untergebracht worden. Hiervon sind etwa 45 000 aus Polnisch-Oberschlesien und dem Olsagebiet gekommen. Nicht einbegriffen sind die Flüchtlinge, die sich auf Danziger Gebiet begeben haben, sowie alle jene, die, ohne ein Flüchtlingslager zu berühren, bei Verwandten oder Bekannten in Deutschland Unterkommen finden konnten.

Bergmann

Nr. 417

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 28. August 1939

Von einem als zuverlässig bekannten Vertrauensmann aus Usdau erhalte ich heute folgenden Bericht:

»In Usdau sollte vor acht Tagen eine polnische Kundgebung unter dem Motto »Erntefest mit blanken Waffen« stattfinden, welches aber infolge der Zurückhaltung der deutschen Bevölkerung eine äußerst klägliche Beteiligung aufwies.

Am vorigen Sonntag hielten die Polen die Stunde für gekommen, um Rache an der deutschen Bevölkerung nehmen zu können. Im Rahmen der Evakuierungsmaßnahmen wurde der größte Teil der Volksdeutschen wie eine Herde zusammengetrieben, und — da Fahrzeuge zum Abtransport nicht zur Verfügung standen — ins Innere des Landes in Marsch gesetzt. Wer infolge des hohen Marschtempos zurückblieb, wurde mit Kolbenschlägen angetrieben.

Eine schwangere Frau, die einfach nicht mehr weitermarschieren konnte, wurde von der Begleitmannschaft so schwer geschlagen, daß sie frühzeitig niederkam und dabei verstarb.

Eine andere Frau mußte ihr erst 4 Jahre altes Töchterchen mitführen. Bei einigen Kolbenschlägen, mit denen die Frau und das Kind traktiert wurden, erhielt das Kind eine schwere Kopfwunde und konnte überhaupt nicht weiterlaufen. Die Mutter versuchte nun das Kind zu tragen, war dadurch jedoch im Marschieren so gehindert, daß sie das äußerst scharfe Tempo nicht mithalten konnte. Der Anführer entriß ihr daher kurzer Hand unter überhaupt nicht wiederzugebenden Beschimpfungen das Kind und erschlug es. Seinen Spießgesellen gegenüber rechtfertigte er seine Handlungsweise mit den Worten »Das Balg bringt sonst später doch wieder neue deutsche Schweine zur Welt«.«

Die Volksdeutschen dürften in eins der zahlreichen Konzentrationslager getrieben worden sein.

von Küchler

II. Polnische Maßnahmen gegen Danzig

Nr. 418

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 11. Mai 1939

Nachdem bereits vor einiger Zeit polnische Flugzeuge, darunter auch Militärflugzeuge, mehrfach Danziger Hoheitsgebiet unberechtigt überflogen hatten, hat sich ein erneuter Grenzzwischenfall ereignet. Am 10. d. M. wurden 2 Beamte der Danziger politischen Polizei auf Danziger Gebiet in der Nähe von Liessau, etwa 50 m von der polnischen Grenze entfernt, aus einem Pfeiler des polnischen Brückenkopfes in Liessau von polnischem Militär beschossen. Die Beamten sind nicht verletzt worden.

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat gegen diese Verletzung Danziger Hoheitsgebietes bei der hiesigen Polnischen Diplomatischen Vertretung Verwahrung eingelegt.

von Janson

Nr. 419

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Telegramm

Thorn, den 15. Mai 1939

Mir sind folgende zuverlässige Nachrichten zugegangen:

I. Am 27. April sind Infanterietruppen aus Graudenz in verdeckten Lastautos in Zivil nach der Westerplatte abtransportiert worden*.

II. Am 12. Mai wurden etwa 70 Arbeiter einer Firma aus Graudenz zu Provokationszwecken nach Danzig geschickt. Vor einigen Monaten wurden sie im Rekrutierungsbüro vereidigt.

III. Die Gendarmeriebataillone aus Graudenz sind vom 11. bis 12. Mai mit Gepäck und Troß nach Dirschau verlegt worden.

IV. In Neuenburg wurden mehrere Jahrgänge zur Grenzwache eingezogen, darunter auch Volksdeutsche.

V. In Thorn und Umgebung sind vom 11. bis 12. Mai private Lastautos mit Chauffeuren eingezogen worden. Betriebsstoff für 250 bis 400 km mußte gestellt werden. Bestimmungsziel leer Dirschau.

VI. Sämtliche Beamte in Thorn hatten vom 13. bis 14. Mai Bereitschaftsdienst.

VII. 13. Mai Urlauber Kavallerieschule und beurlaubte Offiziere Garnison Graudenz zurückgerufen.

VIII. Gerüchtweise verlautet, daß durch Reserveoffizier- und Unteroffizierverband sowie Aufständischenverband Freiwillige geworben werden, die gegen Danzig eingesetzt werden sollen.

Küchler

* Über die militärischen Vorbereitungen Polens auf der Westerplatte vgl. den Anhang zu diesem Abschnitt S. 278.

Nr. 420

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 22. Mai 1939

Nach Feststellungen des Präsidenten des Danziger Senats Greiser hat sich der Danzig-polnische Zwischenfall in Kalthof in der Nacht vom 20. zum 21. Mai laut polizeilicher Ermittlungen wie folgt abgespielt:

a) Am 20. Mai abends hatte sich vor dem Hause der polnischen Zollinspektoren in Kalthof eine größere Anzahl von Bewohnern dieses Ortes eingefunden, um gegen die ständigen Belästigungen deutscher Frauen und Mädchen durch die polnischen Zollinspektoren zu demonstrieren. Etwa 2 Stunden lang wurde in Sprechchören der Abzug der Zollinspektoren verlangt. Im Verlauf dieser Demonstrationen wurden einige Fensterscheiben des Hauses, in dem die Zollinspektoren wohnen, zertrümmert. Weitere Ausschreitungen erfolgten nicht, da die Zollinspektoren nach Eingreifen der örtlichen Polizei, ohne belästigt zu werden, durch den Garten ihr Grundstück verlassen und mit einem Motorrad durch die Menge hindurch fortfahren konnten.

b) Obwohl inzwischen in Kalthof wieder völlige Ruhe eingetreten war, teilte Legationsrat Perkowski, der Stellvertreter des Leiters der Polnischen Diplomatischen Vertretung in Danzig, dem Danziger Senat einige Stunden später mit, daß er nach Kalthof fahren wolle, um die dortige Lage festzustellen, und bat um Stellung eines Polizeibeamten zu diesem Zweck. Danzigerseits wurde dieses Ersuchen zweimal mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß eine Fahrt nach Kalthof überhaupt nicht mehr nötig sei und es im übrigen Sache der Danziger Behörden sei, amtlich Feststellungen im Gebiet der Freien Stadt zu treffen. Legationsrat Perkowski hat sich trotzdem im Kraftwagen der Polnischen Diplomatischen Vertretung nach Kalthof begeben. In seiner Begleitung befanden sich Dr. Sziller von der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig (der zu den exterritorialen Mitgliedern der Polnischen Diplomatischen Vertretung gehört), ein polnischer Oberzollinspektor und der Chauffeur des Kraftwagens, Murawski. Perkowski und seine Begleiter sind nach der Ankunft in Kalthof gegen Mitternacht in keiner Weise belästigt worden. Die demonstrierende Menge hatte sich inzwischen längst zerstreut.

c) Gegen 0.50 Uhr wollte der Danziger Staatsangehörige, Fleischermeister Grübnau, von Marienburg mit einer Taxe, in der sich außer dem Chauffeur Hops noch zwei Zivilisten befanden, über Kalthof nach Danzig zurückfahren. Als die Taxe in die Kurve an der Chausseeüberführung bei Kalthof einbog, wurde sie durch den Kraftwagen der Polnischen Diplomatischen Vertretung in Danzig (Kennzeichen B 61/306) vom Bahnhofsdamm her so stark angeblendet, daß sie halten mußte. Die Blendwirkung wurde anscheinend durch die Benutzung einer Handblendlaterne erhöht. Grübnau und Hops stiegen aus und gingen auf das polnische Auto zu, um darauf hinzuwirken, daß dessen Scheinwerfer abgestellt würden, entschlossen sich aber unmittelbar darauf, wieder in ihren Wagen zurückzukehren. Auf dem Wege zu diesem wurde Grübnau durch 2 Schüsse aus der Richtung des polnischen Autos, die ihn von hinten in das Genick und in die Schulter trafen, erschossen. Infolge der Blendwirkung des polnischen Autos haben weder der Chauffeur Hops noch die beiden anderen Insassen der Taxe feststellen können, wer sich in dem polnischen Auto befand und wer die beiden Schüsse abgegeben hat. Seitens der Polnischen Diplomatischen Vertretung in Danzig wird behauptet, daß die Schüsse von dem Chauffeur Murawski abgegeben worden seien, Legationsrat Perkowski, Dr. Sziller und der polnische Oberzollinspektor hätten sich nicht mehr in dem Dienstwagen, sondern im Bahnhofsgebäude von Kalthof befunden. Murawski sei von zwei Männern in Zivil mit hohen Stiefeln bedroht worden, habe zwei Schreckschüsse in die Luft abgegeben und erst, als einer der beiden Männer eine Pistole gezogen hätte, zwei Schüsse auf den angeblichen Angreifer abgefeuert.

Die früheren Insassen des Dienstwagens der Polnischen Diplomatischen Vertretung sind zu diesem nicht zurückgekehrt, haben sich vielmehr — nach Danziger Darstellung auf einer Lokomotive, nach polnischer Darstellung auf einer Draisine — vom Bahnhof Kalthof nach Dirschau (Polen) begeben.

In dem zurückgelassenen Kraftwagen wurden eine geladene Pistole, die nicht gebraucht worden war, und ein leeres Futteral einer Mauserpistole vorgefunden. Die tödlichen Schüsse sind nach polizeilicher Feststellung zweifelsfrei aus einer polnischen Armeepistole abgegeben worden.

Die polnische Behauptung, der Chauffeur Murawski sei bedroht worden, ist falsch. Der Chauffeur Hops und der Fleischermeister Grübnau waren völlig unbewaffnet. Grübnau hatte noch eine brennende Pfeife im Munde, als er auf das polnische Auto zuging. Hinzukommt, daß beide von der voraufgegangenen Demonstration in Kalthof sowie der Anwesenheit der Angehörigen

der Polnischen Diplomatischen Vertretung in Danzig mit Dienstkraftwagen in Kalthof nichts wußten.

d) Die Meldung des Straßburger Senders, daß Grübnau bereits mehrmals an Ausschreitungen gegen polnische Zollinspektoren in Danzig beteiligt gewesen sei, ist unrichtig. Grübnau hat als ruhiger Mensch niemals an solchen Kundgebungen teilgenommen.

Bergmann

Nr. 421

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 24. Mai 1939

Die beiden polnischen Noten vom 21. d. M.* sind heute durch zwei Schreiben des Präsidenten des Senats an die Polnische Diplomatische Vertretung beantwortet worden.

In den Danziger Noten wird festgestellt, daß der polnische Chauffeur Murawski den Danziger Staatsangehörigen Grübnau ohne jeglichen Anlaß und ohne auch nur im geringsten angegriffen oder bedroht worden zu sein, niedergeschossen hat. Es wird hervorgehoben, daß die drei höheren polnischen Beamten, nämlich der Vertreter Minister Chodackis Legationsrat Perkowski der Oberste Zollrat Swida und der polnische Rat Dr. Sziller, sich zu Mithelfern gemacht haben, indem sie Murawski eine ihrer Armeepistolen überlassen haben, und daß sie sich ferner einer Begünstigung des Murawski dadurch schuldig gemacht haben, daß sie den Täter auf polnisches Gebiet brachten. Der Senat verlangt mit Rücksicht auf diesen Sachverhalt die Abberufung der drei genannten Beamten; er weist endlich die in der zweiten polnischen Note vom 21. d. M. enthaltenen Erklärungen und Forderungen zurück**.

Die Bluttat von Kalthof hat am Abend des 22. d. M. zu einer großen Protestkundgebung in Tiegenhof geführt, bei der Landrat und Kreisleiter Andres eine Rede hielt. Er hat dabei von jedem einzelnen Danziger Volksgenossen Ruhe, Kaltblütigkeit und Disziplin gefordert und erklärt, Danzig könne trotz der Provokationen im Vertrauen auf den Führer seine Stunde abwarten.

Am heutigen Nachmittag findet in Kalthof eine Trauerfeier für den ermordeten Grübnau statt, an der führende Persönlichkeiten von Partei und Staat teilnehmen. Die Trauerrede hält Senatspräsident Greiser. Die Beisetzung der Leiche des Grübnau erfolgt in Marienburg.

von Janson

Nr. 422

Protokoll des Hauptzollamts Elbing

Elbing, den 24. Mai 1939

Bei dem Hauptzollamt erscheint der Kraftfahrer der Firma A. Zedler, Elbing, Otto Eggert, geboren 12. Dezember 1902 in Elbing, wohnhaft in Elbing, Paulikirchstr. 18, und gibt folgendes an:

Am 23. Mai 1939 traf ich auf der Fahrt nach dem Reich mit dem Fernlastwagen der Firma A. Zedler in Elbing gegen 22.30 Uhr in Liessau ein.

Zur Erledigung der Zollformalitäten hielt ich mit dem Wagen vor dem Transformatorenhaus gegenüber der Danziger Zollbude.

Während ein polnischer Zöllner zum Wagen kam, um die Zollbleie usw. nachzuprüfen, wollte ich, wie ich dies bisher immer getan habe, zum polnischen Zollamt im Brückenkopf gehen, um den Wagen zur Durchfahrt anzumelden.

Als ich kurz vor dem zweiten Eisenzaun vor dem Brückenkopf war, hörte ich, wie der im oberen Vorsprung des Brückenkopfes stehende polnische Militärposten einem unten in der Nähe der Eisenbahnschienen stehenden Militärposten etwas zurief.

Der untere Posten gab eine nicht zu verstehende Antwort und legte sofort sein Gewehr auf mich an. Als ich dies bemerkte, warf ich mich sofort auf die Erde. Ich hatte mich kaum hingelegt, als der erste Schuß krachte, der knapp über mich hinweggegangen sein muß.

---

* Diese Noten behandelten den Zwischenfall in Kalthof.

** In dieser Note hatte die Polnische Regierung festgestellt, daß sie keinerlei Einschränkung der polnischen Zollrechte durch »vollendete Tatsachen« dulden werde, und weiter eine Untersuchung des »Überfalls«, Entschädigung der polnischen Zollinspektoren in Kalthof sowie eine »klare und bindende Erklärung« des Senats hinsichtlich der Sicherheitsgarantien verlangt, die dem »polnischen Volksteil« und den polnischen Beamten in Danzig zu gewähren seien.

Ich drehte mich auf der Erde um, sprang auf und lief einige Sprünge gegen die Danziger Zollbude zu und warf mich wieder auf die Erde. Da krachte auch schon der zweite Schuß, der wieder über mich hinwegging und in das Transformatorenhaus einschlug.

Ich lief dann noch einige Sprünge zurück und fand Deckung hinter der Danziger Zollbude.

Nach diesem Vorfall begab sich der beim Wagen stehende polnische Zollbeamte zum Brückenkopf und fragte dort den Posten, weshalb geschossen wird.

Er kam dann zurück, sagte, es sei ein Versehen gewesen und ich möchte doch zwecks Rücksprache zum polnischen Offizier im Brückenkopf kommen. Ich lehnte jedoch ab, mich auf polnisches Gebiet zu begeben.

v. g. u.

Otto Eggert

g. w. o.

Klär

Zollinspektor

Nr. 423

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 5. Juni 1939

Die Zahl der auf Danziger Gebiet tätigen polnischen Zollbeamten ist im Laufe der letzten Zeit erheblich verstärkt worden. Es ist auch, wie bekannt, wiederholt zu Zwischenfällen zwischen der Danziger Bevölkerung und den polnischen Zollbeamten gekommen, die bei ihrer dienstlichen Tätigkeit die ihnen vertragsmäßig zustehenden Aufgaben häufig überschreiten. Der Senat der Freien Stadt Danzig hat daher Veranlassung genommen, mit der abschriftlich anbei überreichten Note vom 3. d. M. die Frage der polnischen Zollinspektoren in Danzig grundsätzlich anzuschneiden und die Polnische Diplomatische Vertretung zu ersuchen, die Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren auf die vertragsmäßige Grundlage einer generellen Kontrolle zu beschränken und von Anweisungen der polnischen Zollinspektoren an die Danziger Zollbeamten künftig abzusehen.

Gleichzeitig hat der Senat in seiner Note seine Absicht mitgeteilt, nunmehr die bisher vorläufig zurückgestellte Vereidigung der Danziger Zollbeamten auf Grund des neuen Danziger Beamtengesetzes vorzunehmen. Wie erinnerlich, hatte die hiesige Polnische Diplomatische Vertretung gegen das neue Danziger Beamtengesetz gerade auch hinsichtlich der Stellung der Danziger Zollbeamten Einwendungen erhoben, denen der Senat in seiner Note vom 3. Januar d. J. entgegengetreten war.

von Janson

Anlage

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig an den Diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig

Danzig, den 3. Juni 1939

Herr Minister!

Ich hatte bereits vor Monaten die Ehre, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß die immer mehr anwachsende Zahl der polnischen Zollinspektoren nicht mehr mit der Erfüllung ihrer vertragsmäßigen Aufgaben in Einklang zu bringen ist. Nach den neuesten Zugängen sind jetzt weit über 100 polnische Zollinspektoren auf Danziger Gebiet tätig. Ihr Verhalten innerhalb und außerhalb des Dienstes gibt zu sich häufenden Klagen Anlaß. Die Danziger Bevölkerung wie auch die deutsche Bevölkerung im kleinen Grenzverkehr fühlt sich durch die Art, in der die polnischen Zollbeamten ihren Dienst ausüben und in der sie sich außerdienstlich verhalten, ständig verletzt.

Ich hege nicht die Befürchtung, daß es deswegen zu Zwischenfällen von seiten der Bevölkerung kommen könnte. Noch viel weniger ist die Sicherheit der polnischen Beamten in irgendeiner Form gefährdet. Ich habe dafür Sorge getragen, daß sie ihren Dienst wie bisher völlig gesichert und ungehindert ausüben können. Ich glaube aber, daß man Mittel und Wege suchen muß, um den ständigen Reibungen und Spannungen aus dem Wege zu gehen.

Aus all diesen Gründen halte ich es für notwendig, die Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren mit sofortiger Wirkung auf die vertragsmäßige Grundlage einer generellen Kontrolle zu beschränken. Insbesondere muß ich verlangen, daß sie ihre Amtshandlungen auf der Dienststelle selbst, also nicht außerhalb des Dienstgebäudes, erledigen. Ich kann auch nicht mehr zulassen, daß die Danziger Zollbeamten Anweisungen, auch in Form von Anregungen, von den polnischen Zollbeamten entgegennehmen. Ich werde jedoch dafür sorgen, daß dienstlich gestellte Fragen dienstlich beantwortet werden.

Ich habe den Präsidenten des Landeszollamts der Freien Stadt Danzig beauftragt, seine Beamten entsprechend zu instruieren. Ich beehre mich, Sie, Herr Minister, zu bitten, Ihrer Regierung davon Mitteilung zu machen und dahin zu wirken, daß dem Verlangen der Danziger Regierung entgegengekommen wird.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf unsere Unterredung vom 8. Februar d. J. zurückkommen. Ich hatte Ihnen, Herr Minister, damals erklärt, daß ich Anordnung geben würde, vorläufig von einer Vereidigung der Zollbeamtenschaft abzusehen, und daß ich mich gegebenenfalls vor einer Vereidigung mit Ihnen in Verbindung setzen würde.

Ich beehre mich, Ihnen unter Bezugnahme auf die Ausführungen in meinem Schreiben vom 3. Januar d. J. (S. 2 und 3) mitzuteilen, daß ich jetzt der Finanzabteilung des Senats freigestellt habe, die Vereidigung der Zollbeamtenschaft vorzunehmen, wenn sie es für wünschenswert halten sollte.

Genehmigen Sie, usw.

Greiser

Nr. 424

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 9. Juni 1939

Vor kurzem hat sich hier ein Vorfall ereignet, der auf die Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren in Danzig ein bezeichnendes Licht wirft.

Am Nachmittag des 25. Mai d. J. begaben sich die beiden polnischen Zollinspektoren Kalinowski und Jarostowski aus Tiegenhof auf einem Motorrad zur Fähre bei Nickelswalde, ließen sich mit der Fähre nach Schiewenhorst übersetzen und versuchten, an der dortigen Brückenanlage Feststellungen zu treffen. Sie nahmen durch Abschreitungen Abmessungen vor, stiegen die Steintreppe nach dem Wasser zu herunter, klopften das Fundament der Brücke ab und untersuchten ein eisernes Abflußrohr. Alsdann ließen sie sich wieder mit der Fähre nach Nickelswalde übersetzen, begaben sich zu ihrem dort zurückgelassenen Motorrad und machten sich auf Papier Notizen.

Die beiden Danziger Tageszeitungen »Der Danziger Vorposten« und die »Danziger Neueste Nachrichten« berichten in ihren Nummern 130 vom 7. d. M. über den Vorfall, den man nur als offensichtliche Spionagetätigkeit der polnischen Zollinspektoren bezeichnen könne, und weisen darauf hin, daß er in deutlichster Weise bestätige, daß der wirkliche Zweck der Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren in Danzig auf ganz anderem als auf zolldienstlichem Gebiete liege.

Die Zahl der polnischen Zollinspektoren ist im übrigen nach dem Zwischenfall in Kalthof um 31 neue Beamte vermehrt worden.

In Vertretung

von Grolman

Nr. 425

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 12. Juni 1939

In der Angelegenheit der Zollinspektoren hat die hiesige Polnische Diplomatische Vertretung auf die Danziger Note vom 3. d. M., die ich mit dem Vorbericht* überreicht habe, mit einer Note vom 10. d. M. geantwortet.

Die polnische Note weist die Vorwürfe gegen das Verhalten der polnischen Zollinspektoren zurück, bezeichnet die augenblickliche Zahl der in Danzig tätigen polnischen Zollinspektoren noch als unzureichend und erklärt, irgendwelche Beschränkung in den Rechten der polnischen Zollinspektoren nicht zulassen zu können. Zu der Frage der Vereidigung der Danziger Zollbeamten bemerkt die polnische Note, im Falle der Verteidigung müßte die Polnische Regierung eine Verstärkung der Zahl der Zollinspektoren erwägen, da die Danziger Zollbeamten, wie es in der Note wörtlich heißt, „dann eine geringere Gewähr der Respektierung und entsprechenden Anwendung der polnischen Zollvorschriften als bisher bieten werden."

Wie mir von seiten des Senats mitgeteilt wird, beträgt die Zahl der polnischen Zollinspektoren auf Danziger Gebiete zur Zeit insgesamt 106 einschließlich der Vermehrung um 31 Beamte, die nach dem Zwischenfall in Kalthof erfolgt ist und der ein Abgang von lediglich 2 polnischen Beamten gegenübergestanden hatte.

von Janson

---

* Vgl Nr 423 und Anlage.

Nr. 426

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 12. Juni 1939

In der Nacht vom 9. zum 10 d. M. hat sich erneut ein Zwischenfall mit einem polnischen Zollinspektor ereignet. Der polnische Zollinspektor von Lipinski hat sich unter dem Vorgeben, deutscher Oberleutnant d. R. zu sein, an zwei Danziger SA.-Männer herangemacht und sie über dienstliche Angelegenheiten der SA. auszuhorchen versucht. Er hat alsdann mit ihnen eine Autofahrt unternommen und beabsichtigte sogar, mit ihnen nach Gdingen zu fahren, wobei er den Chauffeur angewiesen hatte, an der Grenze nicht zu halten. Zu der Fahrt nach Gdingen ist es nicht gekommen, da inzwischen von Lipinski den Führer sowie Reichsminister Dr. Goebbels in unerhörter Weise beschimpfte, worauf sich eine tätliche Auseinandersetzung entwickelte, bei der von Lipinski nicht unerheblich verletzt wurde.

Wegen dieses Vorfalls und wegen der in dem Vorbericht* erwähnten Spionagetätigkeit der polnischen Zollinspektoren Kalinowski und Jarostowski an der Fähre in Schiewenhorst hat der Senat der Freien Stadt Danzig am heutigen Tage bei der Polnischen Diplomatischen Vertretung schärfsten Protest eingelegt.

von Janson

Nr. 427

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 23. Juni 1939

Am vergangenen Sonntag, dem 18. d. M., veranstaltete die polnische Berufs- und Arbeitsvereinigung in Danzig einen Ausflug nach Dirschau, an dem etwa 1 600 Personen teilgenommen haben.

Die Tatsache, daß die in Danzig wohnhaften Polen nach wie vor die Möglichkeit zu derartigen Ausflügen in das polnische Gebiet haben, steht im bemerkenswerten Gegensatz zu den polnischen Verwaltungsschikanen gegenüber den Volksdeutschen in Polen, denen es bekanntlich kürzlich u. a. verboten worden ist, an dem heute beginnenden großen Weichselland-Sängerfest in Danzig sowie an der internationalen Danziger Ruder-Regatta am 25. d. M. teilzunehmen.

In Vertretung

von Grolman

Nr. 428

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Telegramm

Danzig, den 23. Juni 1939

Danziger Gendarmerie in Liessau erhielt Mitteilung, daß am 22. Juni in Dirschau durch polnischen Offizier Kolonne von je 10 Mann unter Führung namentlich bezeichneter vorbestrafter Personen gebildet worden sei, die in den nächsten Tagen in Zivil nach Danzig mit Gasbomben eindringen sollte. In Dirschau sei für den 22. Juni bis 24. Juni Alarmbereitschaft angeordnet. Für 23. Juni würden dort 2 Generale aus Warschau erwartet. Auch seien bei Dirschau Flieger eingetroffen.

Grolman

Nr. 429

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Bericht

Danzig, den 7. Juli 1939

Nachdem bereits in der letzten Zeit verschiedentlich Lieferungen alter Speisekartoffeln aus Polen nach Danzig nicht mehr ausgeführt worden waren, ist nunmehr in einem Fall ein bereits laufender Transport nicht über die Grenze nach Danzig gelassen worden. Am 6. d. M. wurden zwei Wagen mit

* Vgl. Nr. 424.

110 Zentnern Kartoffeln, die von einer Danziger Firma im Kreise Karthaus eingekauft waren, an dem polnisch-Danziger Grenzübergang bei Kokoschken festgehalten. Dabei äußerte einer der polnischen Grenzbeamten sich dahin, sie ließen die Kartoffeln nicht durch, da sie ja für die deutschen Soldaten in Danzig bestimmt seien. Auf Veranlassung des Danziger Empfängers setzte sich der Senat daraufhin mit der hiesigen Polnischen Diplomatischen Vertretung in Verbindung, die zunächst auch zusagte, daß der festgehaltene Transport freigegeben werde, etwa 2 Stunden später jedoch mitteilte, aus »bestimmten anderen Gründen« könnte die Freigabe des Transportes nicht erfolgen.

Das polnische Verfahren steht im Widerspruch mit den Bestimmungen des Warschauer Abkommens vom 24. Oktober 1921, nach dessen Artikel 215 keinerlei Beschränkungen im Warenverkehr zwischen Polen und Danzig bestehen. Zudem werden auch die besonderen Danzig-polnischen Vereinbarungen über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen verletzt, auf Grund deren sich Polen zur Lieferung bestimmter Mengen nach Danzig verpflichtet hat.

Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß die polnischen Maßnahmen auf politischen Gründen beruhen.

von Janson

Nr. 430

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 11. Juli 1939

Das diesjährige »Fest des Meeres« fand in der Zeit vom 25. Juni bis 2. Juli d. J. statt. Die See- und Kolonialliga veröffentlichte in der hiesigen Presse einen Aufruf, in dem, ebenso wie in der Eröffnungsansprache des Vorsitzenden der See- und Kolonialliga, des Generals Kwasniewski, die Forderungen nach Verteidigung der polnischen Meeresküste sowie nach Vergrößerung der polnischen Kriegsflotte erhoben werden.

Anläßlich der Feiern, die in allen größeren Städten Pommerellens unter starker Anteilnahme der Bevölkerung stattfanden, wurde überdies verschiedentlich die weitergehende Forderung nach ständiger Verbreiterung der polnischen Meeresküste aufgestellt und teilweise von der örtlichen Presse übernommen.

Den Höhepunkt der diesjährigen Feier bildete eine Kundgebung in Gdingen am 29. Juni d. J., an der der Stellvertretende Ministerpräsident Kwiatkowski, Handelsminister Roman und der Woiwode von Pommerellen Minister Raczkiewicz teilnahmen. Nach einem Bericht des Deutschen Konsulats in Gdingen wohnten dieser Kundgebung ferner etwa 3 000 Polen aus Danzig bei, die Schilder mit den Aufschriften »Danziger Herz und polnisch Herz ist ein Herz«, »Danzig ist polnisch und wird polnisch bleiben« mit sich führten. Der Abgeordnete der polnischen Minderheit im Danziger Volkstag Budzynski wies in einer Ansprache auf die angebliche Verfolgung der polnischen Minderheit in Danzig hin und erklärte, daß die polnische Bevölkerung Danzigs die Vereinigung Danzigs mit dem Mutterlande Polen mit Hilfe der polnischen Armee erreichen werde.

In Vertretung

Graf

Nr. 431

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig an den Diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig

Danzig, den 29. Juli 1939

Herr Minister!

Sie haben mich mit Ihrem Schreiben vom 19. d. M. davon unterrichtet, daß die Polnische Regierung beschlossen hat, »die von den polnischen Zollinspektoren ausgeübte Kontrolle bei der Firma Amada/Unida in Danzig mit dem 1. August d. J. einzustellen und die von dem Danziger Zollamt für den Veredelungsverkehr ausgestellten Bescheinigungen für Fettsendungen dieser Firma nach Polen nicht anzuerkennen«.

Wenn die Regierung der Republik Polen von der Kontrollmöglichkeit bei der genannten Firma keinen Gebrauch machen will, so ist das ihre eigene Sache. Sollten dagegen die von dem Danziger Landeszollamt ausgestellten Bescheinigungen vor Ablauf der grundlegenden Abmachung vom 22. Mai 1937 nicht mehr anerkannt werden, so würde dies eine action directe und eine Verletzung der ungekündigten, bis zum 31. Juli 1940 laufenden Abmachung vom 22. Mai 1937 bedeuten.

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich gegen eine solche Handlungsweise Verwahrung einlegen muß, ebenso wie gegen eine Verquickung dieser rein wirtschaftlichen Angelegenheit mit der Frage der Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren. Ich erstrecke diese Verwahrung auf die bei mündlichen Verhandlungen ausgesprochene Verquickung der Angelegenheit der Frage der polnischen Zollinspektoren mit

der Einfuhr von Heringen aus eigenen Danziger Fängen nach Polen. Wie in dem Aide-Mémoire des Senats vom 18. d. M. bereits dargelegt wurde, steht dieses Einfuhrverbot nicht im Einklang mit dem Grundsatz eines gemeinschaftlichen Wirtschaftsgebietes und bedeutet gleichfalls eine action directe.

Ich möchte nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß, wenn tatsächlich die von dem Danziger Landeszollamt ausgestellten Bescheinigungen für Fettsendungen der Firma Amada/Unida nach Polen nicht mehr anerkannt würden und wenn das Einfuhrverbot für Heringe aus Danziger eigenen Fängen nach Polen nicht zurückgenommen werden würde, der Senat sich gezwungen sehe, sogleich mit wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen zu antworten.

Genehmigen Sie, usw.

Greiser

Nr. 432

Der Diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig an den Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig

(Übersetzung)

Danzig, den 4. August 1939

An den

Herrn Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig,

Arthur Greiser, Danzig.

Ich habe erfahren, daß die lokalen Danziger Zollbehörden an den Grenzstellen zwischen der Freien Stadt Danzig und Ostpreußen sich an die polnischen Zollinspektoren mit der in ihrer Art beispiellosen Erklärung gewandt haben, daß die Danziger Ausführungsorgane beabsichtigen, sich vom 6. August um 7 Uhr ab der Ausübung der Kontrollfunktionen durch einen gewissen Teil der polnischen Inspektoren zu widersetzen, welche Funktionen sich aus den Rechten der Polnischen Regierung an der Zollgrenze ergeben. Ich bin überzeugt, daß dieses Vorgehen der lokalen Organe entweder auf einem Mißverständnis oder auf einer irrigen Auslegung der Instruktion des Senats der Freien Stadt Danzig beruht.

Ich zweifle nicht, daß Sie, Herr Präsident des Senats, keine Zweifel darüber hegen, daß eine derartige Antastung der fundamentalen Rechte Polens unter keinem Vorwand von der Polnischen Regierung geduldet wird.

Ich erwarte Ihre zusichernde Antwort, daß Sie Anordnungen erlassen haben, die das Vorgehen Ihrer Untergebenen annullieren, spätestens bis zum 5. August um 18 Uhr.

Angesichts der Tatsache, daß das erwähnte Vorgehen an einer Reihe von Grenzstellen stattgefunden hat, bin ich gezwungen, Sie, Herr Präsident des Senats, zu warnen, daß alle polnischen Zollinspektoren den Befehl erhalten haben, ihren Dienst in Uniform und mit der Waffe am 6. August d. J. und den nachfolgenden Tagen an allen Grenzpunkten auszuüben, die sie für die Kontrolle als notwendig erachten. Alle Versuche, ihnen die Ausübung des Dienstes zu erschweren, alle Überfälle oder Interventionen der Polizeibehörden wird die Polnische Regierung als einen Gewaltakt gegen die amtlichen Bediensteten des Polnischen Staates während der Ausübung ihres Dienstes betrachten. Falls die obenerwähnten Mißbräuche angewandt werden sollten, wird die Polnische Regierung unverzüglich Vergeltung (Retorsion) gegen die Freie Stadt anwenden, für die die Verantwortung ausschließlich auf den Senat der Freien Stadt fällt.

Ich hoffe, bis zu der erwähnten Zeit eine zufriedenstellende Aufklärung zu erhalten.

Chodacki

Nr. 433

Der Diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig an den Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig

(Übersetzung)

Danzig, den 4. August 1939

Herr Präsident des Senats!

Die Polnische Regierung gibt ihrer Verwunderung Ausdruck, daß der Senat bei der Beantwortung einer so einfachen Angelegenheit technische Schwierigkeiten hat. Im Interesse der Vermeidung drohender Folgen nehme ich einstweilen zur Kenntnis, daß keine Gewaltakte gegen unsere Zollinspektoren erfolgen werden und daß sie ihre Funktionen werden normal ausüben können. Ich bestätige jedoch, daß die in meiner Note vom 4. 8. — 23.40 Uhr — enthaltenen Warnungen in Kraft bleiben.

Genehmigen Sie, usw.

Chodacki

Nr. 434

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig an den Diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig

Danzig, den 7. August 1939

Herr Minister,

Auf Ihre beiden Schreiben, datiert vom 4. d. M., von denen das zweite am 5. August zugestellt wurde, muß ich Ihnen mein Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen, daß Sie ein völlig unkontrolliertes Gerücht zum Anlaß nehmen, der Danziger Regierung ein kurzfristiges Ultimatum der Polnischen Regierung zu übersenden und damit in dieser politisch bewegten Zeit grundlos Gefahren heraufbeschwören, deren Auswirkung unübersehbares Unheil anrichten kann. Die plötzliche Anordnung der Polnischen Regierung, daß alle polnischen Zollinspektoren ihren Dienst in Uniform und mit Waffe auszuüben haben, verstößt gegen die vertragliche Abmachung und kann nur als eine beabsichtigte Provokation aufgefaßt werden, um Zwischenfälle und Gewaltakte bedenklichster Art herbeizuführen.

Nach den von mir inzwischen getroffenen Feststellungen, von denen ich Ihnen sogleich am Sonnabend, dem 5. d. M. vormittags, telephonisch Mitteilung machte, ist von keiner Stelle, insbesondere von keiner Dienststelle des Landeszollamts der Freien Stadt Danzig, eine Anordnung des Inhalts gegeben worden, daß die Danziger Ausführungsorgane sich vom 6. August, 7 Uhr früh ab, der Ausübung der Kontrollfunktionen durch einen gewissen Teil der polnischen Zollinspektoren zu widersetzen haben. Ich verweise außerdem auf mein Schreiben vom 3. Juni d. J.*, in dem ich bereits das Verhältnis der Danziger Zollbeamtenschaft zu den polnischen Zollinspektoren an der Grenze genau präjudizierte.

Die Danziger Regierung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der Polnischen Regierung angedrohten Retorsionen, die sie als völlig unzulässige Drohung ansieht und deren Folgen allein auf die Polnische Regierung zurückfallen.

Genehmigen Sie, usw.

Greiser

Nr. 435

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 23. August 1939

Vizekonsul von Grolman, Deutsches Generalkonsulat Danzig, teilte soeben fernmündlich folgendes mit:

Gegen 14.25 Uhr ist die fahrplanmäßige Verkehrsmaschine Berlin–Danzig–Königsberg in der Nähe von Heisterneſt, auf der Halbinsel Hela, von polnischer Seite scharf beschossen worden. Die Maschine befand sich etwa sechs Seemeilen von der Küste entfernt und flog in einer Höhe von etwa 50 m. Die Schüsse lagen etwa je 50 m seitlich der Maschine sowie vor dem Flugzeug. Nur durch Zufall wurde das Flugzeug nicht getroffen.

(Weisungsgemäß fliegen die deutschen Verkehrsmaschinen seit gestern abend nicht mehr durch die vorgeschriebenen Zonen über den polnischen Korridor, sondern müssen den Umweg über die Ostsee machen.)

Bergmann

Nr. 436

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 24. August 1939

Außer der bereits gestern gemeldeten** Beschießung des Lufthansa-Flugzeugs D-APUP vor Hela sind bei der Deutschen Lufthansa noch zwei weitere Meldungen über Beschießung von Flugzeugen eingegangen:

1. Das Flugzeug D-APUP, Typ Savoia, Flugzeugführer Böhner, ist auf dem Flug von Danzig nach Berlin um 13.15 Uhr von Hela aus und auch von einem 40 km von der Küste liegenden polnischen Kreuzer durch Flak beschossen worden. Die Entfernung des Flugzeuges von der Halbinsel Hela betrug 15 bis 20 km, die Flughöhe 1 500 m. Sprengwolken von 8 Schüssen wurden in größerer Entfernung von der Maschine beobachtet.
2. Das Flugzeug D-AMYO, Typ Ju 86, Flugzeugführer Neumann, wurde auf dem Flug von Danzig nach Berlin um 16 Uhr von der Halbinsel Hela aus beschossen. Entfernung von der Küste 5 bis 6 Seemeilen, Flughöhe 1 200 m. Die Schüsse lagen zu kurz und zu tief.

Schultz-Sponholz

* Vgl. Nr. 423, Anlage.
** Vgl. Nr. 435.

Nr. 437

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt

Telephonische Mitteilung vom 31. August 1939 0.40 Uhr

Am 30. August 1939 etwa gegen 22.30 Uhr wurden an der Danziger Grenze bei Steinfließ nördlich Zoppot von polnischer Seite aus eine Anzahl Schüsse gegen Danziger Gebiet abgegeben.

Ob diese Schüsse Personen- oder Sachschaden angerichtet haben, konnte bisher nicht festgestellt werden. Nähere Mitteilung erfolgt heute vormittag.

Anhang

Das Oberkommando der Wehrmacht an das Auswärtige Amt

Berlin, den 3. November 1939

Die nach Abschluß der militärischen Operationen in Danzig eingeleitete Untersuchung über den militärischen Zustand der Westerplatte und der ehemals polnischen Gebäude in Danzig hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Die polnische Besatzung der Westerplatte betrug rund 240 Mann*.

An Befestigungsanlagen befanden sich auf der Westerplatte außer einem alten deutschen offenen Stand aus dem Jahre 1911, in dem 3 oder 4 Maschinengewehre mit mindestens 10 000 Schuß Munition vorgefunden wurden, 5 Maschinengewehr-Beton-Bunker, die offensichtlich von den Polen von langer Hand vorbereitet und nach einem wohldurchdachten System der gegenseitigen Flankierung errichtet worden waren. Außerdem war die neue Kaserne zur Rundum-Verteidigung eingerichtet und ihr Untergeschoß ebenso wie das Kellergeschoß des sogenannten Unteroffizier-Hauses betoniert ausgebaut und zur Verteidigung hergerichtet. Schließlich wurden u. a. vorgefunden: eine 7,5 cm-Kanone und 2 Panzerabwehr-Kanonen sowie eine Reihe von feldmäßig ausgebauten Maschinengewehr-Nestern, Palisaden und Schützenlöchern in feldmäßigem Ausbau.**

2. An polnischen Stützpunkten befanden sich innerhalb Danzigs:

1. **Polnische Post, Heveliusplatz,**
2. **Hauptbahnhof und polnische Bahnpost,**
3. **Polnische Eisenbahndirektion,**
4. **Polnische Diplomatische Vertretung, Neugarten,**
5. **Polnische Zollinspektion, Opitzstr.,**
6. **Polnisches Pfadfinderheim, Jahnstr.,**
7. **Polnischer Wohnblock, Neufahrwasser, Hindoriusstr.,**
8. **Polnisches Studentenheim Langfuhr,**
9. **Polnisches Gymnasium.**

Es wurden u. a. bei der Besetzung der Gebäude festgestellt und sichergestellt:

1. **in der polnischen Post: 3 leichte Maschinengewehre, 44 gefüllte und 13 leere Rahmen für leichte Maschinengewehre, 30 Armeepistolen, 1 Trommelrevolver, 1 Sack Infanterie- und Pistolenmunition, 150 Eierhandgranaten, 2 Höllenmaschinen, Handwaffen von 38 Gefangenen,**
2. **im Hauptbahnhof: 1 leichtes Maschinengewehr und kleine Waffen,**
3. **in der Bahnpost: 1 Maschinengewehr, 18 Pistolen, 4 Gewehre mit Munition, 2 Kisten Handgranaten,**
4. **in der polnischen Eisenbahndirektion: 45 Pistolen, 2 660 Schuß Munition,**
5. **in der Polnischen Diplomatischen Vertretung, Neugarten: 1 leichtes Maschinengewehr, 5 Gewehre, 4 Pistolen und Munition,**
6. **in der polnischen Zollinspektion, Opitzstr.: 15 Gewehre und 1 000 Schuß Munition,**
7. **in dem polnischen Pfadfinderheim: 1 Maschinengewehr mit Munition und 20 Gummiknüppel.**

In sämtlichen anderen Stützpunkten sind teils Gewehre, teils Pistolen sowie Munition gefunden worden.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Im Auftrage

Bürkner

---

* Nach dem Beschluß des Völkerbundsrates vom 9. Dezember 1925 stand Polen das Recht zu, auf der Westerplatte eine militärische Wachabteilung von 2 Offizieren, 20 Unteroffizieren und 66 Mann zu unterhalten (vgl. Nr. 22).

** Durch den Beschluß des Völkerbundsrates vom 14. März 1924, auf den in § 2 des Provisorischen Abkommens zwischen Danzig und Polen betreffend die Westerplatte vom 4. August 1928 Bezug genommen ist, wurde die Westerplatte der Polnischen Regierung ausschließlich als Lagerplatz für Kriegsmaterial zur Verfügung gestellt. Im übrigen blieb die Souveränität Danzigs über das Gebiet unberührt, was auch von der Polnischen Regierung anerkannt worden war (vgl. das dem Völkerbundsrat am 8. Dezember 1927 vom Ratsberichterstatter vorgelegte Rechtsgutachten der Juristen Sir Cecil Hurst und Pilotti; Société des Nations, Journal Officiel 1928 p. 161/162.

B. Die letzte Phase der Deutsch-Polnischen Krise

Nr. 438

Erklärung des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 10. Juli 1939

(Übersetzung)

Ich habe schon früher festgestellt, daß die Regierung Seiner Majestät mit der Polnischen und der Französischen Regierung hinsichtlich der Danziger Frage in enger Fühlungnahme steht. Ich habe den Informationen, die dem Haus bereits über die dortige Lage gegeben worden sind, gegenwärtig nichts hinzuzufügen. Aber es ist vielleicht von Nutzen, wenn ich die einzelnen Teile dieser Frage, so wie sie sich der Regierung Seiner Majestät darstellen, noch einmal betrachte.

Volksmäßig ist Danzig fast völlig eine deutsche Stadt; aber der Wohlstand seiner Bewohner hängt in sehr hohem Maße vom polnischen Handel ab. Die Weichsel ist der einzige Wasserweg, der Polen mit der Ostsee verbindet, und der Hafen an seiner Mündung hat natürlich für Polen eine lebenswichtige strategische und wirtschaftliche Bedeutung. Eine andere Macht, die sich in Danzig festsetzt, könnte, wenn sie wollte, Polens Zugang zur See sperren und auf diese Weise einen wirtschaftlichen und militärischen Druck auf Polen ausüben. Die für die Ausarbeitung des heutigen Statuts der Freien Stadt Verantwortlichen waren sich dieser Tatsache durchaus bewußt und taten ihr Bestes, um entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Überdies kann von einer Bedrückung der deutschen Bevölkerung Danzigs keine Rede sein. Die Verwaltung der Freien Stadt liegt im Gegenteil in deutschen Händen und die einzigen ihr auferlegten Beschränkungen sind nicht so geartet, daß sie die Freiheit ihrer Bürger beschneiden. Obwohl die heutige Regelung einer Verbesserung zugänglich sein mag, kann sie doch an sich nicht als ungerecht oder unlogisch angesehen werden. Die Aufrechterhaltung des status quo ist in der Tat vom Deutschen Reichskanzler selbst bis 1944 durch den zehnjährigen Vertrag, den er mit Marschall Pilsudski abgeschlossen hatte, garantiert worden.

Bis zum letzten März schien Deutschland der Ansicht zu sein, daß, obschon die Stellung Danzigs letztlich vielleicht einmal revidiert werden müsse, diese Frage weder dringend sei noch geeignet, zu einem ernsthaften Konflikt zu führen. Aber als dann die Deutsche Regierung im März ein Angebot in Form gewisser Wünsche machte, das von einer Pressekampagne begleitet wurde, erkannte die Polnische Regierung, daß sie sich unter Umständen schon sehr schnell einer einseitigen Lösung gegenübersehen könnte, der sie sich mit allen Machtmitteln zu widersetzen haben würde. Sie hatte die Ereignisse in Österreich, in der Tschecho-Slowakei und im Memelland vor Augen. Demzufolge lehnte sie es ab, den deutschen Standpunkt anzunehmen und machte ihrerseits Vorschläge für eine mögliche Lösung der Probleme, an denen Deutschland interessiert war. Am 23. März ordnete Polen gewisse Defensivmaßnahmen an, und am 26. März schickte es seine Antwort nach Berlin. Ich bitte das Haus, sich diese Daten sorgfältig zu merken. Es ist in Deutschland offen erklärt worden, daß es die britische Garantie gewesen sei, die die Polnische Regierung dazu ermutigt habe, die vorstehend bezeichnete Aktion zu unternehmen. Es muß jedoch festgestellt werden, daß unsere Garantie erst am 31. März gegeben wurde; am 26. März war darüber der Polnischen Regierung gegenüber noch nicht einmal Erwähnung getan worden.

Kürzliche Vorfälle in Danzig haben unvermeidlicherweise Befürchtungen aufkommen lassen, daß beabsichtigt wird, den künftigen Status der Freien Stadt durch einseitiges Vorgehen, das durch heimliche Methoden organisiert würde, zu regeln und so Polen und die anderen Mächte vor ein fait accompli zu stellen. Unter diesen Umständen würde, gibt man zu verstehen, jede Maßnahme, die Polen zur Wiederherstellung der Sachlage ergreift, als eine von ihm unternommene Angriffshandlung hingestellt werden, und, wenn seine Aktion durch andere Mächte unterstützt würde, dann würden diese ihrerseits bezichtigt werden, Polen bei der Gewaltanwendung zu helfen und Vorschub zu leisten.

Wenn sich die Ereignisse in der Tat so abspielen sollten, wie es diese Hypothese vorsieht, werden sich die ehrenwerten Herren auf Grund dessen, was ich früher sagte, darüber klar sein, daß der Fall nicht als rein lokale Angelegenheit angesehen werden kann, die nur die Rechte und Freiheiten der Danziger betrifft, die, nebenbei gesagt, in keiner Weise bedroht sind; sie würde vielmehr sofort ernstere, die nationale Existenz und Unabhängigkeit Polens berührende Fragen aufwerfen. Wir haben garantiert,

Polen für den Fall einer klaren Bedrohung seiner Unabhängigkeit beizustehen, die ihm einen Widerstand mit seinen nationalen Streitkräften lebenswichtig erscheinen ließe, und wir sind fest entschlossen, dieses Versprechen zur Ausführung zu bringen.

Ich habe bereits gesagt, daß die heutige Regelung weder grundsätzlich ungerecht noch unlogisch ist; sie mag Verbesserungen zugänglich sein. Über die möglichen Verbesserungen könnte man vielleicht in einer klaren Atmosphäre verhandeln. Oberst Beck hat denn auch selbst in seiner Rede vom 5. Mai gesagt, daß alle Besprechungen möglich seien, wenn die Deutsche Regierung sich an zwei Bedingungen halte, nämlich an friedliche Absichten und friedliche Methoden des Vorgehens. Der Deutsche Reichskanzler hat in seiner Reichstagsrede vom 28. April gesagt, daß, wenn die Polnische Regierung zu einer neuen vertraglichen Regelung der Beziehungen zu Deutschland kommen wolle, er dies nur begrüßen würde. Er fügte hinzu, daß eine solche Regelung dann auf einer ganz klaren und beide Teile gleichmäßig bindenden Verpflichtung beruhen müßte.

Die Regierung Seiner Majestät ist sich darüber klar, daß die jüngsten Ereignisse in der Freien Stadt das Vertrauen gestört und es für den Augenblick schwer gemacht haben, eine Atmosphäre zu finden, in der vernünftige Ratschläge die Oberhand gewinnen können. Angesichts dieser Lage ist die Polnische Regierung ruhig geblieben, und die Regierung Seiner Majestät hofft, daß die Freie Stadt mit ihren alten Überlieferungen wieder einmal, wie schon früher in ihrer Geschichte, beweisen wird, daß verschiedene Nationalitäten zusammenarbeiten können, wenn ihre wirklichen Interessen zusammenfallen. Inzwischen verlasse ich mich darauf, daß alle Beteiligten ihre Entschlossenheit erklären und zeigen werden, keinerlei Zwischenfälle im Zusammenhang mit Danzig einen derartigen Charakter annehmen zu lassen, daß eine Bedrohung des Friedens von Europa daraus erwachsen könnte.

Nr. 439

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 13. Juli 1939

Gelegentlich einer Unterhaltung mit dem Französischen Botschafter, der mich aus anderem Anlaß aufsuchte, brachte ich das Gespräch auf die jüngste Rede des Britischen Premierministers*. Ich erklärte Herrn Coulondre, daß mir diese Rede als ein schädliches Novum erscheine. Herr Chamberlain gebe zwar in seiner Erklärung an, wenn eine bessere politische Atmosphäre geschaffen sei, könnte vielleicht über das deutsch-polnische Problem eine Einigung entstehen. Er selber tue aber das seinige, um die Atmosphäre zu verschlechtern und die Parteien noch weiter zu trennen. Die Polen ermutige er zur Hartnäckigkeit und Gereiztheit, die deutsche Politik aber versuche er einzuschüchtern, was bei uns bekanntlich den umgekehrten Erfolg habe. Sein ganzes politisches Gebäude aber baue Chamberlain auf einem Irrtum auf, er behaupte nämlich, Deutschland habe den Status quo in Danzig bis zum Jahre 1944 garantiert. Die Mitarbeiter von Chamberlain hätten doch vorher ihre Nase in die Akten stecken können, ehe sie ihrem Chef einen solchen Fehler unterbreiteten.

Coulondre wollte dann die polnische Haltung als eine gemessene hinstellen. Ich bestritt ihm das, verwies ihn auf die polnischen Kommentare zur Chamberlain-Erklärung und sagte ihm, meines Erachtens habe eine englische Zeitung recht, die vor wenigen Tagen geschrieben habe, nicht die Geheimdiplomatie sei schuld an Krisen, sondern die öffentliche; die britischen Kabinettsmitglieder sollten ihre deutschen Kollegen nachahmen und nun einmal in die Ferien gehen.

Weizsäcker

Nr. 440

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 14. Juli 1939

Der Britische Botchafter machte mir heute nach seinem kurzen Londoner Aufenthalt einen amtlichen Besuch, bei dem sich das Gespräch natürlich wieder in erster Linie um die allgemeine Lage drehte. Die beiderseitigen Ausführungen bewegten sich in der üblichen Bahn. Daß die letzte Chamberlain-Erklärung einen Rückschlag und keine Besserung der internationalen Atmosphäre bewirkt hat, bestritt der

* Vgl. Nr. 438

Botschafter nicht, gab es aber auch nicht ausdrücklich zu. Er arbeitete, wie man das gegenwärtig häufig hören kann, mit dem Argument, daß im Jahre 1914 Sir Edward Grey nach einer verbreiteten Auffassung sich und die Britische Regierung in schuldhafter Weise in eine Nebelwolke gehüllt hätte. Diesen Vorwurf wollte sich die jetzige Englische Regierung ersparen. Andererseits verstand Nevile Henderson sehr gut, daß öffentliche Erklärungen dieser Art dem Verbündeten, in diesem Falle Polen, lediglich den Rücken stärken, statt ihn zur Besinnung zu bringen.

An einer Stelle des Gesprächs erwähnte Henderson als ein Sympton der Lage, daß in Deutschland doch jetzt Reservisteneinziehungen ausgeschrieben worden seien. Ich erwiderte hierauf, Tatsache sei, daß in Frankreich und in Polen Mannschaften in Höhe von etwa $^1/_2$ Million über den normalen Stand unter den Fahnen seien, während die in unseren Zeitungen ausgeschriebenen Reservisteneinziehungen nur das darstellten, was jedes stehende Heer im Sommer zu tun pflege. Ich fügte noch hinzu, die britische Außenpolitik schiene mir im übrigen in vollen Kriegsvorbereitungen zu sein und sich nach Alliierten umzusehen, wo immer möglich, wenn auch nicht mit durchschlagendem Erfolge. Henderson verbreitete sich dann weiter über die allgemeine Lage und schloß seine Betrachtungen mit seinem Vertrauen auf das politische Genie des Führers, Schwierigkeiten und Konflikte im richtigen Moment unblutig zu lösen.

Weizsäcker

Nr. 441

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 21. Juli 1939

Interview Marschalls Śmigly-Rydz mit amerikanischer Journalistin* bestätigt, daß eine Änderung in polnischer Einstellung zu grundsätzlichen Fragen Danziger Problems nicht eingetreten ist. Die gegen die deutschen »Anschlußpläne« gerichteten Ausführungen des Marschalls, die in ihrer scharfen Formulierung fast noch über die Rede Becks vom 5. Mai hinausgehen, sind hier offenbar als notwendig empfunden worden, weil man den Eindruck hatte, daß die Anfang des Monats der hiesigen Presse auferlegte Reserve im Ausland vielfach als Zeichen der Schwäche gedeutet worden ist. Die wiederholte Betonung, daß Polen nötigenfalls auch ohne Bundesgenossen wegen Danzig zu den Waffen greifen würde, soll die das polnische Selbstgefühl verletzende These entkräften, daß Polens Bereitschaft zur Abwehr erst durch englische Garantie hervorgerufen worden sei, und soll gleichzeitig den befreundeten Mächten gegenüber feststellen, daß der polnischen Verhandlungsbereitschaft bestimmte Grenzen gesetzt sind. Auch der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Interviews am Tage des Eintreffens des Generals Ironside ist in diesem Zusammenhang interessant.

Moltke

Nr. 442

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 22. Juli 1939

Der Kommentar zum Interview des Marschalls Smigly-Rydz, der gestern abend auf der Pressekonferenz des Polnischen Außenministeriums der Auslandspresse mitgeteilt und danach durch den polnischen Rundfunk verbreitet worden ist, unterstreicht erneut die besondere Bedeutung, die man polnischerseits den Ausführungen des Marschalls beigelegt wissen will. Die Tatsache, daß der Marschall, der bisher

---

* In dem vom »News Chronicle« am 19. Juli 1939 veröffentlichten Interview hatte Marschall Śmigly-Rydz zur Danzigfrage unter anderem folgendes geäußert: »Sofern die Deutschen weiter bei ihren Anschlußplänen beharren werden, wird Polen den Kampf aufnehmen, sogar wenn es allein und ohne Bundesgenossen sich schlagen sollte. Das ganze Volk ist darin einig. Wir sind bereit, um die Unabhängigkeit Polens bis zum letzten Mann und zur letzten Frau zu kämpfen, denn wenn wir sagen, daß wir um Danzig kämpfen werden, so verstehen wir das so, daß wir damit um unsere Unabhängigkeit kämpfen werden. Danzig ist für Polen notwendig. Wer Danzig kontrolliert, kontrolliert unser Wirtschaftsleben. Die Einnahme Danzigs durch die Deutschen wäre eine Handlung, die uns an die Teilung Polens erinnert. Aus diesem Grunde habe ich vor vier Monaten die Mobilisierung angeordnet, als Herr Hitler wiederum Forderungen betreffs Danzigs und Pommerellens erhob. Glauben Sie mir bitte, daß die Mobilisierung nicht nur eine Demonstration war. Wir waren damals zum Kriege bereit, wenn das notwendig gewesen wäre. Polens Armee ist nicht so groß wie die deutsche Armee, sie ist jedoch eine gute Armee. Im Falle eines Krieges wird indessen jeder Mann und jede Frau ohne Rücksicht auf das Alter polnischer Soldat sein.«

noch niemals ein Interview gegeben hat, sich an die internationale Öffentlichkeit wendet, ist an sich schon auffallend genug und beweist, wie sehr das Militär, in der Person des Obersten Heerführers, unmittelbar in die Außenpolitik eingreift. Daß das Interview offenbar nicht im Außenministerium verfaßt, vielleicht mit diesem nicht einmal im Wortlaut vereinbart worden ist, zeigen einige Wendungen des Marschalls, so z. B. über die Beziehungen zu Rußland, die in dieser Form von Herrn Beck kaum benutzt worden wären.

Ich habe bereits anderweitig darauf hingewiesen, daß die Ausführungen des Marschalls Smigly-Rydz sich teilweise an die Bundesgenossen, und zwar in erster Linie an England, wenden und zum Ausdruck bringen sollen, daß Polen in der Danziger Frage zu keinerlei Konzessionen bereit ist, auch wenn es allein bleibt und ohne Bundesgenossen kämpfen müßte. In der Presse sowie in dem erwähnten Kommentar des Polnischen Außenministeriums wird aber in erster Linie die Bedeutung des Interviews für die deutsche Öffentlichkeit und für die deutschen Regierungsstellen unterstrichen, denen gegenüber das Interview »das letzte Wort« sei.

von Moltke

Nr. 443

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 22. Juli 1939

Der Besuch Generals Ironside hat wohl vorwiegend demonstrative Bedeutung. Da offenbar über Zusammenarbeit zwischen polnischer und englischer Armee wenig zu vereinbaren war, worauf schon das Fehlen eines entsprechenden Stabes von technischen Experten hindeutet, kam es England anscheinend in erster Linie darauf an, hier wenigstens ein sichtbares Zeichen der militärischen Beistandsbereitschaft zu geben, insbesondere nachdem der Plan eines Non-Stop-Fluges englischer Flugzeuge aufgegeben werden mußte.

Polen haben alles getan, um ihren Gast durch besonders ehrenvolle Aufnahme auszuzeichnen. Auffallend ist, daß der englische General nach Mitteilungen der polnischen Presse geplanten zweitägigen Besuch in das Gebiet der neuen Rüstungsindustrie nicht ausgeführt hat. Ob es richtig ist, hierin die Auswirkung von Mißstimmungen zu erblicken, erscheint mir zweifelhaft. Tatsache ist aber wohl, daß in den englisch-polnischen Beziehungen nicht alles nach Wunsch geht. Schon das Interview des polnischen Marschalls, in dem dieser, offenbar nicht ganz im Einklang mit Minister Beck, die Ansätze zu einer gewissen atmosphärischen Entspannung gerade am Tage der Ankunft des Generals Ironside durch Wiederaufnahme einer scharfen Sprache unterbrach, verriet ein gewisses Mißtrauen hinsichtlich der Bereitschaft zur restlosen Unterstützung polnischen Standpunktes in Danziger Frage. Ferner verlautet, daß das bisherige Ergebnis der englisch-polnischen Anleiheverhandlungen recht erheblich hinter den hiesigen Wünschen zurückbleibt und daß die hierüber entstandene Verstimmung ein wichtiger Gegenstand der Warschauer Besprechungen mit englischem General gebildet hat. Wie ich höre, soll es den Polen gelungen sein, General Ironside von der Notwendigkeit einer weiteren, und zwar sehr erheblichen Verstärkung polnischer Rüstungen zu überzeugen. Zweifelhafter Ausgang Moskauer Verhandlungen und polnische These, daß Ausbau polnischer Bastion wichtiger sei als fragliche Sowjethilfe, scheinen hierbei eine bedeutende Rolle gespielt zu haben.

Moltke

Nr. 444

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 1. August 1939

Die Bevölkerung Polens hat den seit nunmehr vier Monaten andauernden Zustand der Teilmobilisierung und politischen Unsicherheit ertragen, ohne daß es bisher zu einem Zusammenbruch oder auch nur wesentlichen Abflauen der Stimmung gekommen wäre. Der alte Haß gegen alles Deutsche und die Überzeugung, daß es Polens Schicksal ist, mit Deutschland die Waffen zu kreuzen, sitzen zu tief, als daß die einmal angefachten Leidenschaften sobald wieder zusammensinken könnten.

Wenn man dieser Einheitlichkeit der Stimmung der polnischen Bevölkerung auf den Grund gehen will, ist es wichtig, sich die besondere Struktur der polnischen Bevölkerung zu vergegenwärtigen.

Die polnische Intelligenz stammt größtenteils aus Bevölkerungsschichten, die vor dem Weltkrieg und während des Krieges den revolutionären Kampf gegen die sogenannten Teilungsmächte geführt hatten. Diese polnische Intelligenz verwaltet heute den Staat, ihre einzige Existenzbasis ist die Staatsstellung. Sie fühlt sich als Hauptträger des nationalen Gedankens und der polnischen Staatsidee und ist auch infolge ihrer nationalrevolutionären Tradition von einem nationalen Fanatismus erfüllt, der durch gegnerische Propaganda nicht so leicht zu erschüttern ist. Großgrundbesitz und Großbürgertum, zahlenmäßig an sich zu unbedeutend, um als besonderer Faktor bewertet zu werden, bleiben schon wegen ihrer starken Verbundenheit mit der französischen Kultur in ihrer Abneigung gegen Deutschland hinter den übrigen Kreisen der Intelligenz nur wenig zurück.

Die große Masse des polnischen Landvolkes ist stumpf und unwissend, zum großen Teil analphabetisch und von jeder Regierung leicht zu lenken, die sich mit klaren nationalen Parolen an sie wendet. Pfarrer und Lehrer sind die Werkzeuge, mit deren Hilfe die politisch gestaltlose Masse der Dorfbewohner geleitet und beeinflußt wird. Auch die fortgeschrittenere Schicht der bäuerlichen Bevölkerung steht im deutschfeindlichen Lager.

Die polnische Arbeiterschaft, die in sehr gedrückten sozialen Verhältnissen lebt, ist überwiegend marxistisch eingestellt und steht schon daher dem nationalsozialistischen Deutschland feindlich gegenüber. Ihre politische Organisation hat überdies alte Traditionen aus dem nationalen Freiheitskampf, die ihr das Zusammengehen mit bürgerlichen Nationalisten im Kampf gegen Deutschland erleichterten.

Ein eigenvölkisches Kleinbürgertum ist in Polen fast nicht vorhanden. Seine Stelle wird von einer starken jüdischen Mittelschicht eingenommen, der das Nationalbewußtsein fehlt und der daher alle Untugenden des Kleinbürgertums, wie Neigung zu Ängstlichkeit und zum Gerüchtemachen in vervielfachtem Maße anhaften. Diese jüdische Mittelschicht Polens ist, soweit es sich um den Kampf gegen Deutschland handelt, ein natürlicher und fanatischer Bundesgenosse des polnischen Chauvinismus.

Besondere Beachtung verdient die Tätigkeit des polnischen Klerus, dessen Einfluß bei der starken, noch alle Volksschichten umfassenden Religiosität ungeheuer groß ist. Er stellt sich für die persönliche Beeinflussung der Bevölkerung im Sinne der polnischen antideutschen Propaganda um so williger restlos zur Verfügung, als seine eigenen Ziele sich völlig mit denen des Staates decken. Er verkündet dem Volke, daß Polen vor einem heiligen Kriege gegen das deutsche Neuheidentum steht, und läßt sich an Chauvinismus kaum übertreffen. So wird berichtet, daß einzelne Geistliche auf dem flachen Lande schon Gottesdienste für den polnischen Sieg abhalten und erklärt haben, daß sie nicht für den Frieden beten könnten, da sie für den Krieg seien. Ein vom Kardinal angeordneter Bittgottesdienst für den Frieden wurde von den Geistlichen vielfach in der Weise umgestaltet, daß für einen polnischen Sieg gebetet wurde*.

Die Besonderheit der polnischen Bevölkerungsstruktur und die geschickt auf sie eingestellte Propaganda haben bewirkt, daß in Polen, auch in der Masse der Bevölkerung, der Widerstandswille offenbar ungebrochen fortbesteht. Die Parolen der Regierungspropaganda werden blindlings geglaubt; weiteste Kreise sind tatsächlich davon übereugt, daß sich Polen auf seiten der künftigen Sieger befindet, daß in Deutschland die Bevölkerung hungert, daß täglich Scharen von hungernden deutschen Soldaten und Arbeitsmännern nach Polen desertieren, daß das deutsche Kriegsmaterial von sehr fragwürdigem Wert sei, daß die deutsche Außenpolitik eine Niederlage nach der anderen erleide. Ebenso ist es den polnischen Propagandastellen gelungen, die öffentliche Meinung weitgehend davon zu überzeugen, daß ein Kampf um Danzig einen Kampf um die Unabhängigkeit Polens bedeutet. Auch in den Schichten der Intelligenz, die über einige Auslandserfahrung verfügen und daher das wahre Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Polen richtig einzuschätzen vermögen, ist der Widerstandsgeist noch unvermindert vorhanden. Selbst für den Fall, daß Polen im Laufe eines Krieges gänzlich von deutschen Truppen besetzt würde, ist man davon überzeugt, daß Polen letzten Endes dank dem Siege der Koalition größer und mächtiger denn je wieder erstehen müsse. Eine gewisse Neigung zum Vabanque-Spiel, die

---

* Vgl. auch Nr. 392.

im polnischen Charakter liegt, verleitet sogar jetzt manche zu der Auffassung, daß Polen, um dem zermürbenden Einfluß der langdauernden Krise entgegenzuwirken, eher früher als später losschlagen solle. Diese ganze optimistische Einstellung hat freilich zur Voraussetzung, daß das Vertrauen auf die Bundesgenossen, im besonderen auf England, unerschüttert bleibt. Wenn in dieser Hinsicht der Mißerfolg der polnisch-englischen Anleiheverhandlungen unzweifelhaft eine gewisse Nervosität hervorgerufen hat, so hat andererseits die polnische Propaganda das Ihrige getan, den Schlag zu parieren. Man wird daher gut tun, diese Vorgänge und ihre Rückwirkung nicht zu überschätzen.

Die vier Monate der politischen Spannungen und der polnischen Teilmobilisierung haben, wie aus den vorstehenden Ausführungen hervorgeht, bisher keinen Einfluß auf die moralische und materielle Widerstandskraft der Polen gehabt. Bei dem Vertrauen der Polen in ihre Bundesgenossen, das vornehmlich von englischer Seite propagandistisch mit Sorgfalt genährt wird, wird auch in der nächsten Zukunft mit einer Wandlung der Grundhaltung der Polen nicht zu rechnen sein.

von Moltke

Nr. 445

Mitteilung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts an den Polnischen Geschäftsträger, 9. August 1939

Die Reichsregierung hat mit großem Befremden von der Note der Polnischen Regierung an den Senat der Freien Stadt Danzig Kenntnis erhalten, in der die Zurücknahme einer angeblichen — auf unwahren Gerüchten beruhenden — Anordnung des Senats zwecks Verhinderung der polnischen Zollinspektoren an der Ausübung ihres Dienstes, die in Wirklichkeit von dem Senat der Freien Stadt gar nicht erlassen war, in ultimativer Form gefordert wurde. Im Falle einer Weigerung wurden Vergeltungsmaßnahmen gegen die Freie Stadt Danzig angedroht*.

Die Reichsregierung sieht sich veranlaßt, die Polnische Regierung darauf hinzuweisen, daß eine Wiederholung solcher ultimativer Forderungen an die Freie Stadt Danzig und die Androhung von Vergeltungsmaßnahmen eine Verschärfung in den deutsch-polnischen Beziehungen herbeiführen würde, für deren Folgen die Verantwortung ausschließlich auf die Polnische Regierung fallen würde und für die die Reichsregierung schon jetzt jede Verantwortung ablehnen muß.

Die Reichsregierung lenkt fernerhin die Aufmerksamkeit der Polnischen Regierung auf die Tatsache, daß die von der Polnischen Regierung getroffenen Maßnahmen zur Verhinderung der Einfuhr gewisser Waren aus der Freien Stadt Danzig nach Polen geeignet sind, schwere wirtschaftliche Schädigungen für die Bevölkerung Danzigs hervorzurufen.

Sollte die Polnische Regierung auf der Aufrechterhaltung derartiger Maßnahmen beharren, so bliebe nach Auffassung der Reichsregierung nach Lage der Dinge der Freien Stadt Danzig keine andere Wahl, als sich nach anderen Ausfuhr- und damit auch Einfuhrmöglichkeiten umzusehen.

Nr. 446

Mitteilung des Unterstaatssekretärs im Polnischen Außenministerium an den Deutschen Geschäftsträger in Warschau, 10. August 1939

(Übersetzung)

Die Regierung der Republik Polen hat mit der lebhaftesten Überraschung von der Erklärung Kenntnis genommen, die der Staatssekretär im Deutschen Auswärtigen Amt dem Geschäftsträger Polens a. i. in Berlin am 9. August 1939 über die zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig bestehenden Beziehungen gemacht hat**. Die Polnische Regierung kann tatsächlich keine juristische Grundlage erkennen, die eine Einmischung Deutschlands in die vorgenannten Beziehungen rechtfertigen könnte.

Wenn über das Danziger Problem zwischen der Polnischen Regierung und der Reichsregierung Meinungsaustausche stattgefunden haben, so war dies allein in dem guten Willen der Polnischen Regierung begründet und ergab sich keineswegs aus irgendwelcher Verpflichtung.

In Beantwortung der vorgenannten Erklärung der Reichsregierung ist die Polnische Regierung gezwungen, die Deutsche Regierung darauf hinzuweisen, daß sie wie bisher auch in Zukunft gegen jeden Versuch der Behörden der Freien Stadt, die Rechte und Interessen in Frage zu stellen, die Polen auf Grund seiner Abkommen in Danzig besitzt, vorgehen wird, und zwar durch Mittel und Maßnahmen, die sie allein für angebracht hält, und daß sie eventuelle Einmischungen der Reichsregierung zum Schaden dieser Rechte und Interessen als Angriffshandlung ansehen wird.

---

* Vgl. Nr. 432.

** Vgl. Nr. 445.

Nr. 447

Der Deutsche Geschäftsträger in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 11. August 1939

Zu gestern fernmündlich durchgegebener Mitteilung Arciszewskis an mich* mitteile ergänzend, daß Herr Beck gestern, ehe mich Arciszewski empfing, Botschafter Englands und Frankreichs zu sich bestellt hatte. Offenbar hat Beck Wert darauf gelegt, vor Abgabe Erklärung an uns das Plazet der Bundesgenossen einzuholen.

Wühlisch

Nr. 448

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 10. August 1939

Ich aufsuchte gestern Lord Halifax, um mich vor Urlaubsantritt von ihm zu verabschieden. Im Verlauf der Unterhaltung, die im allgemeinen den bei solchen Anlässen üblichen Charakter trug, fragte Halifax, ob der Notenwechsel zwischen Senat und polnischem Vertreter Chodacki** sowie die scharfe Sprachführung deutscher Presse eine bedrohliche Verschärfung der Lage in Danzig herbeigeführt hätte. Ich hinwies auf den provozierenden Artikel im »Czas«***, der eine scharfe Zurückweisung erforderlich gemacht hätte, sowie auf die herausfordernde Sprache Chodackis im Notenwechsel mit Senat†. Es zeige sich aufs neue die Richtigkeit der deutscherseits vertretenen Ansicht, daß es letzthin die — meist chauvinistischen und unverantwortlich handelnden — lokalen polnischen Stellen seien, in deren Hand die Entscheidung über Krieg und Frieden gelegt sei. In diesen Zuständen käme die innere Brüchigkeit Polens mit seinen auseinanderstrebenden politischen Strömungen zum Ausdruck.

Halifax behauptete, daß die Britische Regierung ihren Einfluß in Warschau im Sinne der Mäßigung geltend mache. Seine weiteren Ausführungen beschränkten sich auf eine Wiederholung des Inhalts seiner Rede in Chatham House††.

Dirksen

Nr. 449

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 15. August 1939

Der Französische Botschafter meldete sich heute bei mir nach Rückkehr von seinem Urlaub. Der Botschafter drückte sich zur Lage etwa folgendermaßen aus und brachte dies ruhig und bestimmt vor: Frankreich habe seine Stellung bezogen. Sein Verhältnis zu Polen und zu England sei bekannt. Ein Konflikt zwischen Deutschland und Polen werde automatisch Frankreich einbeziehen. Das sei eine Tatsache, kein Wunsch Frankreichs. Vielmehr wünsche Frankreich nichts dringlicher als einen deutsch-polnischen Ausgleich, besonders hinsichtlich Danzigs. Er hoffe, daß einer Regelung dieser Sonderfrage auch eine allgemeine deutsch-polnische Entspannung folgen würde. So sei in kurzen Worten sein Eindruck aus seinen letzten Gesprächen mit Daladier und Bonnet. Sein frischer Eindruck in Berlin aber sei der einer gewissen Verschärfung der Lage. Besonders beschäftige ihn, daß in den neuesten deutschen Auslassungen der *Ehrenpunkt* wiederholt vorkomme; das bedeute doch offensichtlich eine ernste Zuspitzung.

Ich habe Coulondre daraufhin bestätigt, daß die Lage eine andere sei als vor seinem Urlaubsantritt im Juli. Alsdann holte ich ziemlich weit aus und zog die nötigen Argumente heran, um die ungezügelte selbstmörderische Politik Polens zu kennzeichnen. Ich sprach Coulondre von der ultimativen Note

---

* Vgl. Nr. 446.

** Vgl. Nr. 432, 433 und 434.

*** Die Warschauer Zeitung »Czas« vom 7. August hatte u. a. folgendes geschrieben: »Die Geschütze sind auf Danzig gerichtet, die Polens Ehre schützen. Es sollen sich alle klar darüber sein, daß diese Geschütze schießen, wenn die Behörden der Freien Stadt entgegen den offensichtlichen Interessen der Danziger Bevölkerung Polen vor irgendwelche vollendete Tatsachen stellen wollen.«

† Vgl. Nr. 432, 433.

†† Vgl. Nr. 312.

Polens an Danzig vom Samstag vor 8 Tagen, von der Aggressivität in dem vorwöchigen Meinungsaustausch zwischen Berlin und Warschau, von den provokatorischen Äußerungen der gesteuerten polnischen Presse, von den fortgesetzten Unterdrückungs-, Knebelungs-, Ausweisungs- und ähnlichen Maßnahmen der polnischen unteren Instanzen (ich zeigte Coulondre dazu eine mir darüber frisch zugegangene Liste) und erklärte dieses alles als das faktische Ergebnis der Versprechungen Frankreichs und Englands an Polen. So also sei die Saat aufgegangen, welche die Westmächte in Polen ausgestreut hätten.

Coulondre machte dann einen kleinen Ausflug in die Vergangenheit und stellte die englisch-französische Garantieleistung an Polen hin als das unvermeidliche Ergebnis der deutschen Errichtung des Protektorats in der Tschechei. Im übrigen behauptete der Botschafter, es herrsche nach der französischen Berichterstattung aus Warschau dort kein Übermut, vielmehr bewahre die Polnische Regierung kühles Blut.

Ich führte nun erhaltenem Auftrag gemäß eine sehr ernste, warnende Sprache und bestritt Coulondres Darlegungen auf das heftigste. Die Polnische Regierung regiere außerdem ja gar nicht. In Paris wisse man anscheinend nicht, was »polnische Wirtschaft« sei. Die Polnische Regierung sei auch keineswegs bei Verstand, sonst könnten ultimative Drohungen, wie kürzlich in Danzig, nicht durch polnische Diplomaten ausgesprochen werden. Derartige Exzesse bewiesen nur den polnischen Glauben an die beiden großen Brüder im Westen, die schon helfen würden. Wir könnten und würden uns eine Fortsetzung eines solchen polnischen Verhaltens nicht weiter gefallen lassen. Polen ziehe als Amokläufer sein Schicksal über sich zusammen.

Ich fuhr dann fort, wie jede Dummheit, habe auch die polnische ein gewisses Verdienst:

1. sähen daraus Polens Freunde, was sie selber angerichtet hätten, und
2. befreie Polen seine Freunde damit von ihrer Unterstützungspflicht,

denn man könne sich ja nicht vorstellen, daß etwa Frankreich oder England zugunsten ihres wild gewordenen Freundes ihre Existenz aufs Spiel setzen wollten. Ich verstände daher auch nicht, wieso Coulondre zu Beginn unserer Unterhaltung die französische Hilfe an Polen als eine selbstverständliche und automatische habe bezeichnen können.

Coulondre sprach dann einen Augenblick davon, daß der französisch-polnische Bündnisvertrag durch die diesjährige Garantie noch verstärkt worden sei, die juristische Bindung an Polen sei aber nicht ausschlaggebend. Frankreich brauche zu seiner Sicherheit das Gleichgewicht Europas. Würde dies zugunsten Deutschlands gestört, d. h. würde Polen jetzt von uns überrannt, so käme in absehbarer Zeit Frankreich an die Reihe, oder aber es müsse herabsinken etwa auf das Niveau von Belgien oder Holland. Frankreich würde damit praktisch zum Vasallen Deutschlands und dieses wolle es eben nicht.

Ich legte dem Botschafter dringend nahe, sich über das tatsächliche Verhalten Polens zu unterrichten und sich von seinem totalen Irrtum über das Benehmen seiner Freunde kurieren zu lassen, dann werde er auch zu den richtigen Schlußfolgerungen kommen.

Als Coulondre mich nach diesen Schlußfolgerungen fragte, sagte ich ihm, Polen müsse den berechtigten Ansprüchen Deutschlands nachkommen und es müsse sein Gesamtverhalten gegenüber Deutschland total umstellen.

Schließlich meinte der Botschafter, zu einem Druck auf Warschau wie im vorigen Jahr auf Prag werde seine Regierung sich nicht verstehen. Die Lage sei eine andere als damals.

Ich erwiderte Coulondre trocken, ich hätte ihm bzw. seiner Regierung keine Ratschläge zu erteilen. Sie möge sich die Tatsachen ansehen und diese sprechen lassen.

Zum Schluß versicherte mich der Botschafter seiner Bereitschaft zu jeder Art von Mitwirkung an der Bewahrung des Friedens. Ein europäischer Krieg würde enden mit einer Niederlage aller, auch des heutigen Rußland. Der Sieger wäre nicht Stalin, sondern Trotzki.

Weizsäcker

Nr. 450

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 15. August 1939

Der Britische Botchafter kam heute nach längerer Zeit zu einer Aussprache zu mir. Er fragte mich ziemlich unvermittelt nach dem Ergebnis des Ciano-Besuches in Salzburg.

Auf Ciano und die Gespräche mit ihm ging ich in meiner Antwort nicht ein. Ich schilderte ihm aber die Verschlechterung der Lage zwischen Berlin und Warschau und hielt mich etwa an den Gedankengang, dem ich heute früh auftragsgemäß gegenüber dem Französichen Botschafter gefolgt war. Meine Ausdrucksweise über die polnische Politik habe ich gegenüber Henderson vielleicht noch um eine Kleinigkeit schärfer gewählt als gegenüber Coulondre.

Henderson knüpfte an die Zollinspektorenfrage* die Behauptung deutschen Waffenschmuggels und einer weitgehenden Militarisierung Danzigs, womit polnische Rechte und Interessen berührt seien, ohne daß Polen remonstriert habe. Ich bestritt auf das energischste, daß die militärischen Maßnahmen in Danzig unberechtigt seien. Danzig mache nichts anderes, als daß es sich gegen seinen Beschützer schütze. Das werde wohl doch noch erlaubt sein. Im übrigen führte ich wieder aus, wie die britische *Politik der Polnischen Regierung Narrenfreiheit gegeben habe, welche sich die Polen nunmehr ungezügelt* zunutze machten. England müsse jetzt erkennen, wohin seine sogenannte Einkreisungspolitik geführt habe, und werde doch wohl schwerlich geneigt und verpflichtet sein, sich von seinen wild gewordenen polnischen Freunden ins Unglück führen zu lassen.

Auch bei dem Gespräch mit Henderson heute nachmittag ergab sich wieder ein fundamentaler Unterschied in der Auffassung von der Haltung der Polen. Henderson bzw. seine Regierung behauptet, Polen sei vernünftig und ruhig, und bestreitet, daß Polen in der Lage wäre, einen Angriffsakt gegen Deutschland zu begehen. In allen anderen Fällen eines deutsch-polnischen Zusammenstoßes aber sei die Britische Regierung zur Waffenhilfe verpflichtet und zu dieser fest entschlossen. Im übrigen werde Polen Schritte von großer Tragweite nicht tun, ohne sich des Londoner Einverständnisses zu versichern.

Ich fragte darauf den Botschafter, ob etwa das Londoner Einverständnis zu der Drohnote an Danzig** oder zu der polnischen Erklärung von Mitte voriger Woche an uns*** oder zu all den provokatorischen Reden und Artikeln und zu der fortgesetzten Bedrängung der deutschen Minderheit vorliege. Das Maß unserer Geduld sei bis an den Rand gefüllt. Die Politik eines Landes wie Polen setze sich aus tausend Provokationen zusammen. Ob England wohl damit rechne, Polen von jeder neuen Unbesonnenheit zurückhalten zu können? Es sei doch alles pure Theorie, wenn England glaube, Polen in der Hand zu haben, solange Warschau sich von London gedeckt fühle. Umgekehrt liege es.

Alsdann hatte ich noch gegenüber dem Botschafter die Behauptung zu dementieren, daß durch unseren Generalkonsul in Danzig verschärfende Instruktionen nach Danzig gelangt seien. Ich bezeichnete diese dem Botschafter hinterbrachte Behauptung als eine glatte Lüge.

Der Botschafter ging dann zu der Frage über, ob nicht das Problem Danzig so lange verschoben werden könne, bis es in einer ruhigeren Atmosphäre lösbar sei. Er verspreche sich dann auch für uns einen besseren Erfolg. Henderson meinte, ich würde ihm auf diese Frage wohl nicht antworten können. Ich erwiderte ihm aber damit, seine Frage sei eine rein theoretische, denn eine Verschiebung würde in Polen zu nichts anderem ausgenützt werden, als das Unheil noch zu vergrößern, was es jetzt schon anrichte, so daß von einer Verbesserung der Atmosphäre gar keine Rede wäre.

Henderson meinte dann, ob denn nicht deutsch-polnische Verhandlungen zu führen wären, zu denen wir den Anstoß geben könnten. Hierauf erinnerte ich Henderson daran, daß Beck in seiner letzten Parlamentsrede sich wie ein Pascha auf den Diwan gesetzt habe mit der Erklärung, wenn Deutschland sich den polnischen Prinzipien anpasse, so sei er bereit, in diesem Rahmen Vorschläge gnädig entgegenzunehmen. Außerdem hätte ja gerade in der vorigen Woche die Polnische Regierung erklärt, daß jede deutsche Initiative auf Kosten polnischer Ansprüche als eine Angriffshandlung anzusehen sei. Ich sähe also keinen Raum für eine deutsche Initiative.

Henderson deutete dann noch auf eventuelle spätere umfassende deutsch-englische Erörterungen in großen Fragen wie Kolonien, Rohstoffe usw. hin, sagte aber gleichzeitig, die Lage sei doch viel schwieriger und ernster als im Vorjahre, denn Chamberlain könne nicht noch einmal bei uns angeflogen kommen.

Ich erklärte mich meinerseits außerstande, andere Ratschläge zu geben, als daß Polen in dem akuten Problem Danzig und in seinem gesamten Verhalten zu uns schleunigst Vernunft annehmen müsse.

Henderson verließ mich mit dem Gefühl vom Ernst und der Dringlichkeit der Lage.

Weizsäcker

Nr. 451

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 18. August 1939

Der Britische Botschafter war heute bei mir, um mir zu sagen, er werde voraussichtlich am nächsten Dienstag nach Salzburg fliegen. Am Mittwoch sei das Hauptrennen der Motorradler, an welchem auch eine Reihe von Engländern teilnähmen.

Zur politischen Lage übergehend, bemerkte Henderson wieder, er sei überzeugt, Polen werde sich zu keinen Provokationen hinreißen lassen. Dafür werde die Britische Regierung schon sorgen.

* Vgl. Nr. 423 ff.
** Vgl Nr. 432.
*** Vgl Nr. 446.

Ich mußte bei Sir Nevile Henderson wieder eine völlige Verkennung des polnischen Verhaltens gegen die Deutschen feststellen und erklärte ihm den wahren Tatbestand. Wir stellten in dieser Hinsicht eine gründliche Meinungsverschiedenheit zwischen den britischen und deutschen Informationen und Auffassungen fest. Henderson sagte dann nochmals mit allem Nachdruck, man möge sich doch in Deutschland nicht dem Irrtum hingeben, als werde England den Polen keine Waffenhilfe leihen. Er kenne doch die heutige Lage in England.

Weizsäcker

Nr. 452

Der Deutsche Geschäftsträger in Washington an das Auswärtige Amt

Bericht

Washington D. C., den 21. August 1939

Wie ich zuverlässig erfahre, hat Mr. Bevin, Generalsekretär der »Transport und General Workers Union of Great Britain«, der sich gegenwärtig in New York als Delegierter zum Kongreß für demokratische Erziehung aufhält, gegenüber einem amerikanischen Freunde die Meinung ausgedrückt, daß der Krieg unvermeidlich sei, es sei denn, Deutschland gäbe nach. Dies begründet Bevin damit, daß er und seine Gewerkschaftskollegen die führenden Leute in der Britischen Regierung kennen. Sie hätten in ihren eigenen Kämpfen selbst die Erfahrung gemacht, daß diese Art von Leuten (these people) an ihrer Meinung festhielten, wenn sie sich einmal entschlossen hätten. Dies sei heute gewiß der Fall, und die Labour-Party habe dabei mitgewirkt, diese Entschlossenheit hervorzurufen.

Thomsen

Nr. 453

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 22. August 1939

Amtliches Communiqué über heutige Kabinettsitzung hat folgenden Wortlaut:

»Bei seinem heutigen Zusammentritt beriet das Kabinett über die internationale Lage in ihrer ganzen Tragweite. Das Kabinett nahm außer den eingetroffenen Berichten über militärische Bewegungen in Deutschland die Mitteilung zur Kenntnis, daß ein Nichtangriffsvertrag zwischen der Deutschen und der Sowjetrussischen Regierung vor dem Abschluß stehe*.

Es zögerte nicht, die Entscheidung zu treffen, daß ein solches Ereignis seine Verpflichtungen gegenüber Polen in keiner Weise berühre, Verpflichtungen, die das Kabinett verschiedentlich in der Öffentlichkeit dargelegt hat und die zu erfüllen es entschlossen ist.

Das Parlament ist für den nächsten Donnerstag einberufen worden, und die Regierung beabsichtigt, beide Häuser zur Durchbringung der »Emergency Powers (Defence) Bill« durch alle parlamentarischen Stadien aufzufordern. Hierdurch wird die Regierung in die Lage versetzt werden, unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, wenn es die Sachlage erfordern sollte. In der Zwischenzeit werden von den Abteilungen weitere Maßnahmen vorbeugender Art getroffen, z. B. die Einberufung eines bestimmten Personals der Königlichen Marine, Armee und Luftwaffe sowie des Luftschutzes und der Zivilverteidigung. Es werden ferner Vorkehrungen getroffen, um gewisse Angelegenheiten zu regeln, die die Ausfuhr lebenswichtiger Materialien und Waren aus diesem Lande betreffen.

Während sie diese diesmal für notwendig erachteten Vorsichtsmaßregeln trifft, ist die Regierung nach wie vor der Ansicht, daß es in dem zwischen Deutschland und Polen entstandenen Streitfall nichts gibt, was die Anwendung von Gewalt und die Einbeziehung in einen europäischen Krieg mit allen seinen tragischen Folgen rechtfertigen würde.

Es gibt, wie der Premierminister wiederholt gesagt hat, tatsächlich keine Frage in Europa, die nicht einer friedlichen Lösung zugänglich wäre, wenn nur ein Zustand des Vertrauens wiederhergestellt werden könnte.

Die Regierung Seiner Majestät ist wie stets bereit, bei der Schaffung eines solchen Zustandes zu helfen, aber wenn trotz aller ihrer Bemühungen andere auf der Anwendung von Gewalt bestehen, so ist sie darauf vorbereitet und entschlossen, bis zum äußersten Widerstand zu leisten.«

Kordt

* Vgl. Nr. 348.

Nr. 454

Der Britische Premierminister Chamberlain an den Führer, 22. August 1939

(Übersetzung)

London, den 22. August 1939

Euer Exzellenz!

Euer Exzellenz werden bereits von gewissen Maßnahmen Kenntnis erhalten haben, die von Seiner Majestät Regierung getroffen und heute abend in der Presse und im Rundfunk bekanntgegeben wurden.

Diese Maßnahmen sind nach Ansicht Seiner Majestät Regierung notwendig geworden durch Truppenbewegungen, über die aus Deutschland berichtet worden ist, und durch die Tatsache, daß anscheinend die Ankündigung eines deutsch-sowjetischen Abkommens in gewissen Kreisen in Berlin als Anzeichen dafür aufgefaßt wird, daß eine Intervention seitens Großbritanniens zugunsten Polens nicht mehr eine Eventualität darstellt, mit der zu rechnen notwendig ist. Kein größerer Fehler könnte begangen werden. Welcher Art auch immer das deutsch-sowjetische Abkommen sein wird, so kann es nicht Großbritanniens Verpflichtung gegenüber Polen ändern, wie Seiner Majestät Regierung wiederholt öffentlich und klar dargelegt hat, und diese entschlossen ist, zu erfüllen.

Es ist behauptet worden, daß, wenn Seiner Majestät Regierung ihren Standpunkt im Jahre 1914 klarer dargelegt hätte, jene große Katastrophe vermieden worden wäre. Unabhängig davon, ob dieser Behauptung Bedeutung beizulegen ist oder nicht, ist Seiner Majestät Regierung entschlossen, dafür zu sorgen, daß im vorliegenden Falle kein solch tragisches Mißverständnis entsteht.

Nötigenfalls ist Seiner Majestät Regierung entschlossen und bereit, alle ihr zur Verfügung stehenden Kräfte unverzüglich einzusetzen, und es ist unmöglich, das Ende einmal begonnener Feindseligkeiten abzusehen. Es würde eine gefährliche Täuschung sein, zu glauben, daß ein einmal begonnener Krieg frühzeitig enden würde, selbst wenn ein Erfolg auf einer der verschiedenen Fronten, an denen er geführt werden wird, erzielt worden sein sollte.

Nachdem unser Standpunkt auf diese Weise vollkommen klar dargelegt ist, möchte ich Euer Exzellenz wiederholt meine Überzeugung dahingehend zum Ausdruck bringen, daß Krieg zwischen unseren beiden Völkern die größte Katastrophe darstellen würde, die überhaupt eintreten könnte. Ich bin überzeugt, daß weder unser Volk noch das Ihrige einen Krieg wünscht, und ich kann nicht ersehen, daß die zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen irgend etwas enthalten, das nicht ohne Gewalt gelöst werden könnte und sollte, wenn nur ein Zustand des Vertrauens wiederhergestellt werden könnte, der es ermöglichen würde, Verhandlungen in einer besseren als der heute bestehenden Atmosphäre zu führen.

Wir sind immer bereit gewesen und werden es auch stets sein, zu der Schaffung von Bedingungen beizutragen, in denen solche Verhandlungen stattfinden könnten und in denen es möglich sein würde, gleichzeitig jene größeren, zukünftige internationale Beziehungen berührenden Probleme zu erörtern, einschließlich die uns und Euer Exzellenz interessierenden Angelegenheiten.

In dem heute bestehenden Spannungszustande nehmen jedoch die Schwierigkeiten zu, die friedlichen Verhandlungen im Wege stehen, und je länger diese Spannung aufrechterhalten wird, desto schwerer wird sich die Vernunft durchzusetzen vermögen.

Diese Schwierigkeiten könnten jedoch gemildert, wenn nicht beseitigt werden, wenn über einen anfänglichen Zeitraum auf beiden Seiten — und überhaupt auf allen Seiten — eine Pause eingehalten werden könnte, in der Pressepolemik und jedwede Aufreizung einzustellen sei.

Wenn eine solche Pause herbeigeführt werden könnte, dann dürfte Grund zu der Hoffnung bestehen, daß, nach Ablauf dieses Zeitraums, in dem Schritte unternommen werden könnten, um die von beiden Seiten erhobenen Beschwerden bezüglich der Behandlung von Minderheiten zu untersuchen und in Angriff zu nehmen, geeignete Bedingungen geschaffen sein würden für die Aufnahme von direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über die zwischen ihnen bestehenden Fragen (unter Mitwirkung eines neutralen Vermittlers, sollten beide Parteien dies für zweckmäßig erachten).

Ich fühle mich jedoch verpflichtet zu sagen, daß nur eine geringe Hoffnung bestehen würde, solche Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen, wenn es nicht von Anfang an feststünde, daß ein zu erreichendes Abkommen bei seinem Abschluß von anderen Mächten garantiert werden würde. Seiner Majestät Regierung würde bereit sein, wenn der Wunsch dazu ausgesprochen werden sollte, zu der wirksamen Durchführung solcher Garantien nach ihrem Vermögen beizutragen.

In diesem Augenblick gestehe ich, daß ich keinen anderen Weg sehe, eine Katastrophe zu vermeiden, die Europa in den Krieg führen wird.

Im Hinblick auf die schweren Folgen für die Menschheit, die aus einer Handlung ihrer Herrscher entstehen können, vertraue ich darauf, daß Euer Exzellenz mit tiefster Überlegung die Ihnen von mir dargelegten Gesichtspunkte abwägen werden.

Neville Chamberlain

Nr. 455

Unterredung des Führers mit dem Britischen Botschafter, Berchtesgaden, 23. August 1939

Aufzeichnung des Dolmetschers von Loesch

Der Britische Botschafter bemerkte einleitend, daß er im Auftrage der Britischen Regierung einen Brief überbringe. Zunächst habe ein Würdigerer dies tun sollen. Doch habe der Gang der Ereignisse zu schnellem Handeln gedrängt, zumal die Britische Regierung durch die Nachricht des deutsch-sowjet-russischen Paktes sehr überrascht worden sei.

Der Führer stellte fest, daß ihm bereits eine Übersetzung des Briefes vorliege. Er sei im Begriffe, eine schriftliche Antwort auszuarbeiten, doch wolle er einstweilen dem Botschafter im gleichen Sinne einige mündliche Ausführungen machen.

Henderson erwiderte, daß sich hoffentlich für die schwierige Lage eine Lösung finden lassen werde; es sei in England verstanden worden, daß für das Wohl Europas die deutsch-englische Zusammenarbeit erforderlich sei.

Hierauf antwortete der Führer, daß man das früher habe erkennen müssen. Auf den Einwand des Botschafters, daß die Britische Regierung ihre Garantien gegeben habe und ihnen nun auch nachkommen müsse, antwortete der Führer, er habe in der Antwort klargestellt, daß Deutschland nicht die Verantwortung für die von England gegebenen Garantien trage, wohl aber England für die aus diesen Verpflichtungen entstehenden Folgen. Es sei Englands Sache, sich darüber klarzuwerden. Er habe der Polnischen Regierung mitgeteilt, daß jede weitere Verfolgung der Deutschen in Polen sofort ein Handeln seitens des Reiches nach sich ziehen werde. Wie er andererseits erfahren habe, hätte Chamberlain verstärkte militärische Vorbereitungen in England vorgesehen. Deutsche Vorbereitungen seien auf reine Defensivmaßnahmen beschränkt. »Sollte ich«, so sagte der Führer, »von weiteren Maßnahmen dieser Art hören, die englischerseits heute oder morgen durchgeführt werden, so werde ich die sofortige Generalmobilmachung in Deutschland anordnen«.

Auf die Bemerkung des Botschafters, daß der Krieg dann unvermeidlich sei, wiederholte der Führer seine Feststellung über die Mobilmachung.

Er führte dann aus, daß man in England immer von der »vergifteten Atmosphäre« spreche. Tatsache sei, daß die »Atmosphäre« von England »vergiftet« worden sei. Wäre England nicht gewesen, so hätte er im vergangenen Jahre eine friedliche Einigung mit der Tschecho-Slowakei erreicht, und es wäre mit Sicherheit auch dieses Jahr mit Polen in der Danzig-Frage dahin gekommen. England allein sei verantwortlich, und ganz Deutschland sei dieser festen Überzeugung. Hunderttausende von Volksdeutschen würden heute in Polen mißhandelt, in Konzentrationslager verschleppt und vertrieben. Hierüber liege ihm ein umfangreiches Material vor, auf dessen Veröffentlichung er bisher verzichtet habe. Für all dieses habe England einen Blankoscheck gegeben, jetzt müsse es dafür zahlen. Seitdem England die Garantie erklärt habe, habe er, der Führer, einen festen Standpunkt in dieser Frage einnehmen müssen. Er könne es nicht zulassen, daß wegen einer Laune Englands Zehntausende deutscher Volksgenossen hingeschlachtet würden.

Er erinnerte daran, daß Deutschland früher mit Polen in einem guten Verhältnis gelebt habe, und er habe Polen ein anständiges und faires Angebot gemacht. Dieses Angebot sei von den Westmächten sabotiert worden, und zwar weitgehend, wie schon im Falle der Tschecho-Slowakei, durch Berichte der Militär-Attachés, die falsche Gerüchte einer deutschen Mobilmachung ausgestreut hätten.

Hier wandte der Botschafter ein, daß die Polnische Regierung das deutsche Angebot abgelehnt habe, bevor England die Garantien ausgesprochen habe.

Der Führer fuhr fort, indem er sagte, daß Chamberlain keinen besseren Plan gefunden haben könnte, um alle Deutschen geschlossen hinter den Führer zu stellen, als daß er für Polen und eine polenfreundliche Regelung der Danziger Frage eingetreten sei. Er sehe keine Möglichkeit auf dem Verhandlungswege, weil er überzeugt sei, daß der Britischen Regierung gar nichts an einer solchen Regelung liege. Er könne nur noch einmal wiederholen, daß in Deutschland die Generalmobilmachung proklamiert werde, falls in England weitere militärische Maßnahmen ergriffen würden. Das gleiche gelte für Frankreich.

Nachdem der Führer betont hatte, daß dies alles noch schriftlich fixiert würde, stellte er fest, daß er alles Menschenmögliche getan habe. England habe sich den Mann, der sein größter Freund werden wollte, zum Feinde gemacht. Jetzt werde man in England ein anderes Deutschland kennenlernen, als man es sich so viele Jahre vorgestellt habe.

Henderson erwiderte, daß man in England wisse, daß Deutschland stark sei, und es habe es in letzter Zeit oft bewiesen.

Der Führer stellte fest, daß er Polen ein großzügiges Angebot gemacht habe, doch habe sich England eingemischt.

Der Führer beschrieb dann, wie er an der gleichen Stelle vor mehreren Monaten mit dem Oberst Beck über die gleiche Regelung gesprochen habe, der sie damals als zu plötzlich bezeichnete, aber darin doch eine Möglichkeit erblickte. Im März habe er seine Vorschläge wiederholt. Damals, so betonte der Führer, würde sich Polen sicherlich bereit erklärt haben, wenn nicht England sich dazwischen gestellt hätte. Die englische Presse habe damals geschrieben, daß nun die Freiheit Polens und auch Rumäniens bedroht sei.

Der Führer führte dann aus, daß er bei dem geringsten polnischen Versuch, noch weiterhin gegen Deutsche oder gegen Danzig vorzugehen, sofort eingreifen werde, ferner, daß eine Mobilmachung im Westen mit einer deutschen Mobilmachung beantwortet werden würde.

Der Botschafter Henderson: »Ist das eine Drohung?« — Der Führer: »Nein, eine Schutzmaßnahme!« —

Er stellte dann fest, daß die Britische Regierung alles andere einer Zusammenarbeit mit Deutschland vorgezogen habe. Sie hätte sich vielmehr in ihrem Vernichtungswillen an Frankreich, an die Türkei, an Moskau gewandt.

Der Botschafter beteuerte demgegenüber, daß England Deutschland nicht vernichten wolle.

Der Führer entgegnete, daß er dennoch der festen Überzeugung sei; darum habe er für 9 Milliarden einen Westwall gebaut, um Deutschland vor dem Angriff von Westen zu schützen.

Henderson wies darauf hin, daß der Umschwung in der englischen Auffassung seit dem 15. März eingetreten sei, worauf der Führer entgegnete, daß Polen sich aus eigenem Interesse über die Karpatho-Ukraine erregt habe. Ferner seien die inneren Zustände in der Tschecho-Slowakei für Deutschland untragbar geworden. Schließlich seien Böhmen und Mähren von Deutschen und nicht von Engländern kultiviert worden. Er sei überzeugt, daß die tschechische Lösung die beste sei. Präsident Hacha sei glücklich gewesen, einen Ausweg aus der Krise zu sehen, den Engländern natürlich sei es gleichgültig, ob im Herzen Mitteleuropas geschossen würde.

Schließlich versicherte der Führer dem Botschafter, daß er ihm keinen Vorwurf zu machen habe, und daß er seinen persönlichen Einsatz für die deutsch-englische Freundschaft stets zu schätzen gewußt habe.

Der Botschafter wies auf die große Tragödie hin, die sich nun abspielen werde, worauf der Führer feststellte, daß, falls es zum Kriege komme, es ein Krieg auf Leben und Tod sein würde, ausgehend von englischen Absichten in dieser Richtung. England habe dabei mehr zu verlieren.

Henderson bemerkte, daß nach Clausewitz der Krieg immer Überraschungen bringe, er wisse nur, daß jeder seine Pflicht tun werde.

Der Führer sagte, daß Deutschland niemals etwas zum Schaden Englands unternommen habe, trotzdem stelle sich England gegen Deutschland. Er verwies nochmals auf die Frage von Danzig und Polen, bei der England den Standpunkt einnahm, »lieber den Krieg als etwas zum Vorteil Deutschlands«.

Henderson stellte fest, daß er sein Bestes getan habe. Er habe kürzlich einem Reichsminister geschrieben, daß der Führer, der 10 Jahre gebraucht habe, um Deutschland zu gewinnen, England auch länger Zeit lassen müsse.

Der Führer stellte fest, daß die Tatsache, daß England sich in der Danzig-Frage gegen Deutschland gestellt hätte, das deutsche Volk tief erschüttert habe.

Henderson wandte ein, man habe sich nur gegen den Grundsatz der Gewalt gestellt, worauf ihm der Führer entgegenhielt, ob etwa England für irgendeine der Versailler Idiotien jemals eine Lösung auf dem Verhandlungswege gefunden habe.

Der Botschafter hatte hierauf nichts zu entgegnen, und der Führer stellte fest, daß nach einem deutschen Sprichwort zum Lieben immer zwei gehören.

Henderson betonte sodann, daß er persönlich nie an einen englisch-französisch-russischen Pakt geglaubt habe. Es sei seine Ansicht, daß Rußland durch die Verzögerung nur Chamberlain loswerden und dann durch einen Krieg profitieren wollte. Ihm persönlich sei es lieber, daß Deutschland mit Rußland einen Vertrag habe, als daß es England tue.

Der Führer antwortete: »Irren Sie sich nicht. Es wird ein langer Vertrag werden«.

Mit der Feststellung des Führers, daß dem Botschafter am Nachmittag die schriftliche Antwort übergeben werden würde, schloß die Unterredung.

von Loesch

Nr. 456

Der Führer an den Britischen Premierminister Chamberlain, 23. August 1939

Den 23. August 1939

Euer Exzellenz!

Der Königlich Britische Botschafter hat mir soeben ein Schreiben überreicht, in dem Eure Exzellenz namens der Britischen Regierung auf eine Reihe von Punkten hinweisen, die Ihrer Auffassung nach von größter Wichtigkeit seien.

Ich darf dieses Ihr Schreiben wie folgt beantworten:

1. Deutschland hat niemals Konflikte mit England gesucht und sich nie in englische Interessen eingemischt. Es hat sich im Gegenteil — wenn auch leider vergebens — jahrelang bemüht, die englische Freundschaft zu erwerben. Es hat aus diesem Grunde freiwillige Begrenzungen seiner eigenen Interessen in einem großen Gebiet Europas vorgenommen, die ansonst nationalpolitisch nur sehr schwer tragbar wären.

2. Das Deutsche Reich besitzt aber — wie jeder andere Staat — bestimmte Interessen, auf die Verzicht zu leisten unmöglich ist. Sie liegen nicht außerhalb des Rahmens der durch die frühere deutsche Geschichte gegebenen und durch wirtschaftliche Lebensvoraussetzungen bedingten Notwendigkeiten. Einige dieser Fragen besaßen und besitzen zugleich eine nationalpolitisch und psychologisch für jede Deutsche Regierung zwingende Bedeutung.

Zu ihnen gehören die deutsche Stadt Danzig und das damit im Zusammenhang stehende Problem des Korridors. Zahlreiche Staatsmänner, Geschichtsforscher und Literaten, auch in England, waren sich wenigstens noch vor wenigen Jahren dessen bewußt. Hinzufügen möchte ich noch, daß alle diese Gebiete, die in der vorher erwähnten deutschen Interessensphäre liegen, und insbesondere die seit 18 Monaten zum Reich zurückgekehrten Länder ihre kulturelle Erschließung nicht durch Engländer, sondern ausschließlich durch Deutsche erhalten haben, und zwar zum Teil schon in und seit einer Zeit, die über tausend Jahre zurückliegt.

3. Deutschland war bereit, die Frage Danzig und die des Korridors durch einen wahrhaft einmalig großzügigen Vorschlag auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen. Die von England ausgestreuten Behauptungen über eine deutsche Mobilmachung gegenüber Polen, die Behauptung von Aggressionsbestrebungen gegenüber Rumänien, Ungarn usw., sowie die später abgegebenen sogenannten Garantieerklärungen hatten die Geneigtheit der Polen zu Verhandlungen auf einer solchen auch für Deutschland tragbaren Basis beseitigt.

4. Die von England Polen gegebene Generalzusicherung, ihm unter allen Umständen beizustehen, ganz gleich, aus welchen Ursachen ein Konflikt entstehen könnte, konnte in diesem Lande nur als eine Ermunterung aufgefaßt werden, nunmehr — gedeckt durch einen solchen Freibrief — eine Welle furchtbaren Terros gegen die $1^1/_2$ Millionen zählende deutsche Bevölkerung, die in Polen lebt, anlaufen zu lassen. Die Greuel, die seitdem dort stattfinden, sind für die Betroffenen entsetzlich, für das dabei zusehen sollende Deutsche Reich als Großmacht unerträglich. Der Freien Stadt Danzig gegenüber hat Polen zahlreiche Rechtsverletzungen begangen, Forderungen ultimativen Charakters geschickt und mit der wirtschaftlichen Abdrosselung begonnen.

5. Die Deutsche Reichsregierung hat der Polnischen Regierung nun vor kurzem mitteilen lassen, daß sie nicht gewillt ist, diese Entwicklung stillschweigend hinzunehmen, daß sie nicht dulden wird, daß weitere ultimative Noten an Danzig gerichtet werden, daß sie nicht dulden wird, daß man die Verfolgungen des deutschen Elements fortsetzt, daß sie ebenso nicht dulden wird, durch wirtschaftliche Maßnahmen die Freie Stadt Danzig umzubringen, das heißt, durch eine Art von Zollblockade der Danziger Bevölkerung die Lebensgrundlagen zu vernichten, und daß sie auch nicht dulden wird, daß sich sonstige weitere Provokationsakte gegen das Reich ereignen. Unabhängig davon müssen und werden die Fragen des Korridors und von Danzig ihre Lösung finden.

6. Sie teilen mir, Exzellenz, im Namen der Britischen Regierung mit, daß Sie in jedem solchen Fall des Einschreitens Deutschlands gezwungen sein werden, Polen Beistand zu leisten. Ich nehme diese Ihre Erklärung zur Kenntnis und versichere Ihnen, daß sie keine Änderung in die Entschlossenheit der Reichsregierung bringen kann, die Interessen des Reiches in dem in Punkt 5 mitgeteilten Sinn wahrzunehmen. Ihre Versicherung, daß Sie in einem solchen Fall an einen langen Krieg glauben, teile ich ebenfalls. Deutschland ist — wenn es von England angegriffen wird — darauf vorbereitet und dazu entschlossen. Ich habe schon öfter als einmal vor dem Deutschen Volk und der Welt erklärt, daß es über den Willen des neuen Deutschen Reiches keinen Zweifel geben könne, lieber jede Not und jedes Unglück und auf jede Zeit auf sich zu nehmen, als seine nationalen Interessen oder gar seine Ehre preiszugeben.

7. Die Deutsche Reichsregierung hat Kenntnis davon bekommen, daß die Britische Regierung beabsichtigt, Mobilmachungsmaßnahmen durchzuführen, deren eindeutiger Charakter als nur gegen Deutschland gerichtet, nach den eigenen Erklärungen in Ihrem Schreiben an mich, Herr Ministerpräsident, feststeht. Dies soll auch für Frankreich zutreffen. Da Deutschland niemals die Absicht hatte, sei es gegen England oder gegen Frankreich, militärische Maßnahmen außer solchen defensiver Natur zu treffen, und — wie schon betont — nie beabsichtigte und auch für die Zukunft nicht beabsichtigt, England oder Frankreich anzugreifen, kann es sich in dieser Ankündigung, wie Sie sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrem Schreiben mir bestätigen, nur um einen in Aussicht genommenen Akt der Bedrohung des Reiches handeln. Ich teile daher Eurer Exzellenz mit, daß ich im Falle des Eintreffens dieser militärischen Ankündigungen die sofortige Mobilmachung der deutschen Wehrmacht anordnen werde.

8. Die Frage der Behandlung der europäischen Probleme im friedlichen Sinn kann nicht von Deutschland entschieden werden, sondern in erster Linie von jenen, die sich seit dem Verbrechen des Versailler Diktats jeder friedlichen Revision beharrlich und konsequent widersetzt haben. Erst nach der Änderung der Gesinnung der dafür verantwortlichen Mächte kann auch eine Änderung des Verhältnisses zwischen England und Deutschland in einem positiven Sinne eintreten. Ich habe Zeit meines Lebens für eine deutsch-englische Freundschaft gekämpft, bin aber durch das Verhalten der britischen Diplomatie — wenigstens bisher — von der Zwecklosigkeit eines solchen Versuches überzeugt worden. Wenn sich dies in der Zukunft ändern würde, könnte niemand glücklicher sein als ich.

Adolf Hitler

Nr. 457

Erklärung des Führers gegenüber dem Britischen Botschafter, 25. August 1939 13.30 Uhr

Der Führer erklärte einleitend, daß der Britische Botschafter am Schluß der letzten Unterredung der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, daß doch noch eine Verständigung zwischen Deutschland und England möglich sein wird. Er, der Führer, habe sich daraufhin die Dinge noch einmal durch den Kopf gehen lassen und wolle heute England gegenüber einen Schritt unternehmen, der genau so entscheidend sei wie der Schritt Rußland gegenüber, der zu der kürzlichen Vereinbarung geführt habe.

Auch die gestrige Unterhaussitzung bzw. die Reden Chamberlains und Lord Halifax' hätten den Führer veranlaßt, noch einmal mit dem Britischen Botschafter zu sprechen. Die Behauptung, daß Deutschland die Welt erobern wolle, ist lächerlich. Das Britische Imperium umfaßt 40 Millionen qkm, Rußland 19 Mill. qkm, Amerika 9½ Mill. qkm, während Deutschland noch nicht 600 000 qkm umfaßt. Wer also die Welt erobern will, ist klar.

Der Führer teilt dem Britischen Botschafter folgendes mit:

1. Die polnischen Akte der Provokation sind unerträglich geworden, gleich, wer verantwortlich ist. Wenn die Polnische Regierung die Verantwortung bestreitet, so beweist dies nur, daß sie selbst keinen Einfluß mehr auf ihre militärischen Unterorgane besitze. In der letzten Nacht seien wieder 21 neue Grenzzwischenfälle erfolgt, auf deutscher Seite habe man größte Disziplin gewahrt. Alle Zwischenfälle seien von der polnischen Seite hervorgerufen worden. Außerdem wurden Verkehrsflugzeuge beschossen. Wenn die Polnische Regierung erkläre, nicht verantwortlich dafür zu sein, so beweise dies, daß es ihr nicht mehr möglich sei, ihre eigenen Leute im Zaume zu halten.

2. Deutschland sei unter allen Umständen entschlossen, diese mazedonischen Zustände an seiner Ostgrenze zu beseitigen, und zwar nicht nur im Interesse von Ruhe und Ordnung, sondern auch im Interesse des europäischen Friedens.

3. Das Problem Danzig und Korridor müsse gelöst werden. Der Britische Ministerpräsident habe eine Rede gehalten, die nicht im geringsten geeignet sei, einen Wandel in der deutschen Einstellung herbeizuführen. Aus dieser Rede könne höchstens ein blutiger und unübersehbarer Krieg zwischen Deutschland und England entstehen. Ein solcher Krieg würde blutiger sein als der von 1914 bis 1918. Im Unterschied zu dem letzten Kriege würde Deutschland keinen Zweifrontenkrieg mehr zu führen haben. Das Abkommen mit Rußland sei bedingungslos und bedeute eine Wende in der Außenpolitik des Reiches auf längste Zeit. Rußland und Deutschland würden unter keinen Umständen mehr die Waffen gegeneinander ergreifen. Davon abgesehen würden die mit Rußland getroffenen Abmachungen Deutschland auch wirtschaftlich für eine längste Kriegsperiode sichern.

Dem Führer habe immer an der deutsch-englischen Verständigung gelegen. Ein Krieg zwischen England und Deutschland könne im günstigsten Fall Deutschland einen Gewinn bringen, England aber überhaupt nicht.

Der Führer erklärt, daß das deutsch-polnische Problem gelöst werden müsse und gelöst werden würde. Er ist aber bereit und entschlossen, nach der Lösung dieses Problems noch einmal an England mit einem großen umfassenden Angebot heranzutreten. Er ist ein Mann großer Entschlüsse und wird auch in diesem Fall zu einer großen Handlung fähig sein. Er bejaht das Britische Imperium und ist bereit, sich für dessen Bestand persönlich zu verpflichten und die Kraft des Deutschen Reiches dafür einzusetzen, wenn

1. seine kolonialen Forderungen, die begrenzt sind und auf friedlichem Wege ausgehandelt werden können, Erfüllung finden, wobei er hier zu einer weitesten Terminbestimmung bereit ist,
2. seine Verpflichtungen Italien gegenüber nicht tangiert werden, d. h. mit anderen Worten: Er fordert von England nicht die Preisgabe seiner französischen Verpflichtungen, und könnte sich seinerseits auch nicht von den italienischen Verpflichtungen entfernen.
3. Er wünscht ebenso den unverrückbaren Entschluß Deutschlands zu betonen, nie mehr mit Rußland in einen Konflikt einzutreten.

Der Führer ist bereit, dann mit England Abmachungen zu treffen, die, wie schon betont, nicht nur die Existenz des Britischen Weltreichs unter allen Umständen deutscherseits garantieren würden, sondern auch, wenn es nötig wäre, dem Britischen Reich die deutsche Hilfe sicherten, ganz gleich, wo immer eine derartige Hilfe erforderlich sein sollte. Der Führer würde dann auch bereit sein, eine vernünftige Begrenzung der Rüstungen zu akzeptieren, die der neuen politischen Lage entsprächen und wirtschaftlich tragbar wären. Endlich versichert der Führer erneut, daß er an den westlichen Problemen nicht interessiert sei und daß eine Grenzkorrektur im Westen außerhalb jeder Erwägung stehe; der mit Milliarden Kosten errichtete Westwall sei die endgültige Reichsgrenze nach Westen.

Wenn die Britische Regierung diese Gedanken erwägen würde, so könnte sich daraus ein Segen für Deutschland und auch für das Britische Weltreich ergeben. Wenn sie diese Gedanken ablehnt, wird es Krieg geben. Auf keinen Fall würde Großbritannien aus diesem Krieg stärker hervorgehen; schon der letzte Krieg habe dies bewiesen.

Der Führer wiederholt, daß er ein Mann großer und ihn selbst verpflichtender Entschlüsse sei und daß dies sein letzter Vorschlag wäre. Er werde sofort nach Lösung der deutsch-polnischen Frage mit einem Angebot an die Britische Regierung herantreten.

Nr. 458

Aufzeichnung des Direktors der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 25. August 1939

Ich habe weisungsgemäß die Aufmerksamkeit des Britischen Botschafters heute 4 Uhr 15 nachmittags telephonisch auf die in der Abendausgabe der »Berliner Börsenzeitung« von heute und in anderen Abendzeitungen enthaltene Nachricht über das Blutbad bei Bielitz gelenkt, das 8 Tote und zahlreiche Verletzte erfordert hat*.

Woermann

Nr. 459

Britisch-Polnischer Vertrag über gegenseitigen Beistand, 25. August 1939

(Übersetzung)

Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und die Polnische Regierung

haben in dem Wunsche, die Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern, die sich aus den bereits zwischen ihnen ausgetauschten Zusicherungen gegenseitigen Beistandes defensiver Art ergibt, auf eine dauernde Grundlage zu stellen,

beschlossen, zu diesem Zweck ein Abkommen zu schließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland:

den sehr ehrenwerten Viscount Halifax, K. G., G. C. S. J., G. C. J. E., Ersten Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten;

* Der Deutsche Konsul in Teschen von der Damerau hat hierüber der Deutschen Botschaft in Warschau am 31. August berichtet: Ein Lastkraftwagen, auf dem 30 in Bielitz verhaftete Volksdeutsche ins Innere transportiert werden sollten, geriet auf der Straße dicht hinter Bielitz ins Schleudern, wobei einige der Volksdeutschen vom Wagen fielen. Diesen Anlaß benutzte das auf dem Wagen befindliche polnische Begleitkommando, um blindlings in die auf dem Wagen zusammengedrängten Volksdeutschen hineinzuschießen, wobei 8 den Tod fanden und eine große Anzahl verwundet wurde.

Die Polnische Regierung:

Seine Exzellenz den Grafen Eduard Raczyński, Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Polnischen Republik in London;

die nach Austausch ihrer für gut und richtig befundenen Vollmachten über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Artikel 1

Sollte eine der Vertragsparteien in Feindseligkeiten mit einer europäischen Macht verwickelt werden, und zwar infolge eines Angriffs der letzteren auf diese Vertragspartei, so wird die andere Vertragspartei der in Feindseligkeiten verwickelten Vertragspartei sofort jede Unterstützung und jeden Beistand gewähren, die in ihrer Macht stehen*.

Artikel 2

(1) Die Bestimmungen von Artikel 1 sind auch dann anwendbar, wenn irgendeine Handlung einer europäischen Macht die Unabhängigkeit einer der Vertragsparteien offensichtlich unmittelbar oder mittelbar bedrohen und so geartet sein sollte, daß die betreffende Partei es für lebenswichtig hielte, ihr mit ihrer bewaffneten Macht Widerstand zu leisten.

(2) Sollte eine der Vertragsparteien in Feindseligkeiten mit einer europäischen Macht verwickelt werden infolge einer Handlung dieser Macht, die die Unabhängigkeit oder Neutralität eines anderen europäischen Staates derart bedrohte, daß darin eine offensichtliche Bedrohung für die Sicherheit der erwähnten Vertragspartei läge, so sind die Bestimmungen von Artikel 1 anwendbar, jedoch unbeschadet der Rechte des anderen beteiligten europäischen Staates.

Artikel 3

Sollte eine europäische Macht versuchen, die Unabhängigkeit einer der Vertragsparteien durch ein Verfahren wirtschaftlicher Durchdringung oder auf irgendeine andere Weise zu untergraben, so werden die Vertragsparteien einander bei dem Widerstand gegen solche Versuche unterstützen. Sollte die betreffende europäische Macht daraufhin Feindseligkeiten gegen eine der Vertragsparteien eröffnen, so sind die Bestimmungen von Artikel 1 anwendbar.

Artikel 4

Die Methoden für die Durchführung der in diesem Abkommen enthaltenen gegenseitigen Beistandsverpflichtungen werden zwischen den zuständigen Marine-, Heeres- und Luftwaffenbehörden der Vertragsparteien vereinbart.

Artikel 5

Unbeschadet der obigen Verpflichtungen der Vertragsparteien, einander beim Ausbruch von Feindseligkeiten unverzüglich gegenseitige Unterstützung und gegenseitigen Beistand zu gewähren, werden sie über alle Vorgänge, die ihre Unabhängigkeit bedrohen könnten, und insbesondere über alle Vorgänge, die dazu zu führen drohen, daß die erwähnten Verpflichtungen zur Auswirkung kommen, einen vollständigen und schleunigen Nachrichtenaustausch vornehmen.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien werden einander die Bedingungen jeglicher Beistandsverpflichtungen gegen Angriffe mitteilen, die sie anderen Staaten gegenüber bereits eingegangen sind oder künftig eingehen sollten.

(2) Sollte eine der Vertragsparteien beabsichtigen, nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eine derartige Verpflichtung einzugehen, so ist die andere Vertragspartei davon zu benachrichtigen, damit das ordnungsmäßige Arbeiten des Abkommens gesichert wird.

(3) Alle neuen Verpflichtungen, die die Vertragsparteien etwa künftig eingehen sollten, sollen weder ihre Pflichten aus diesem Abkommen einschränken, noch mittelbar neue Pflichten zwischen der an diesen Verpflichtungen nicht beteiligten Vertragspartei und dem dritten Staat schaffen.

Artikel 7

Sollten die Vertragsparteien infolge der Durchführung dieses Abkommens in Feindseligkeiten verwickelt werden, so werden sie keinen Waffenstillstand oder Friedensvertrag schließen, es sei denn im Einvernehmen miteinander.

---

* Auf eine Anfrage des Unterhausmitgliedes Harvey, ob die Beistandsverpflichtungen des britisch-polnischen Vertrages vom 25. August 1939 auch den Fall des Angriffs durch nichtdeutsche Mächte, einschließlich Rußlands, decken sollten, gab der Britische Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Butler am 19. Oktober 1939 folgende schriftliche Antwort: »Nein Während der Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des Abkommens führten, wurde zwischen der Polnischen Regierung und der Regierung Seiner Majestät vereinbart, daß das Abkommen nur den Fall eines Angriffs durch Deutschland decken sollte; die Polnische Regierung bestätigt, daß dies zutrifft.«

Artikel 8

(1) Dieses Abkommen soll für einen Zeitraum von fünf Jahren in Kraft bleiben.

(2) Wird es nicht sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraums gekündigt, so soll es weiter in Kraft bleiben; jede Vertragspartei hat nach diesem Zeitpunkt das Recht, es jederzeit mit sechsmonatiger Frist zu kündigen.

(3) Dieses Abkommen soll mit der Unterzeichnung in Kraft treten.

Zu Urkund dessen haben die eingangs genannten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in doppelter Ausfertigung in englischer Sprache in London am 25. August 1939. Eine polnische Fassung soll nachträglich zwischen den Vertragsparteien vereinbart werden, und es werden dann beide Texte maßgebend sein.

(L. S.) **Halifax**

(L. S.) **Eduard Raczyński**

Nr. 460

Der Französische Ministerpräsident Daladier an den Führer, 26. August 1939

(Übersetzung)
Paris, den 26. August 1939

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Der Französische Botschafter in Berlin hat mir Ihre persönliche Mitteilung zur Kenntnis gebracht.

In der Stunde, wo Sie von der schwersten Verantwortung sprechen, die zwei Regierungschefs unter Umständen übernehmen können, das heißt, das Blut von zwei großen Völkern, die sich nur nach Frieden und Arbeit sehnen, zu vergießen, bin ich Ihnen persönlich und unseren beiden Völkern schuldig zu sagen, daß das Schicksal des Friedens noch in Ihren Händen liegt.

Sie können weder an meinen Gefühlen Deutschland gegenüber noch an den friedlichen Gefühlen Frankreichs für Ihre Nation einen Zweifel hegen. Kein Franzose hat mehr als ich selbst getan, um zwischen unseren beiden Völkern nicht nur den Frieden, sondern eine aufrichtige Mitarbeit in ihrem eigenen Interesse, sowie im Interesse Europas und der Welt zu bekräftigen.

Es sei denn, Sie trauen dem französischen Volke einen weniger hohen Begriff der Ehre zu, als ich selber dem deutschen Volke anerkenne, so können Sie nicht bezweifeln, daß Frankreich seine Verpflichtungen anderen Mächten gegenüber treu erfüllt, Mächten, wie zum Beispiel Polen, die, davon bin ich überzeugt, mit Deutschland in Frieden leben wollen.

Diese beiden Überzeugungen sind vollkommen vereinbar.

Bis heute gibt es nichts, das eine friedliche Lösung der internationalen Krise in Ehren und Würden für alle Völker verhindern könnte, wenn auf allen Seiten der gleiche Friedenswille besteht.

Mit dem guten Willen Frankreichs bekunde ich denjenigen aller seiner Verbündeten. Ich übernehme selbst die Garantie für diese Bereitschaft, die Polen immer gezeigt hat für die gegenseitige Anwendung eines Verfahrens des freien Ausgleichs, wie man es sich vorstellen kann zwischen den Regierungen zweier souveräner Nationen. Mit dem besten Gewissen kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß es unter den zwischen Deutschland und Polen mit Bezug auf die Danziger Frage entstandenen Differenzen keine gibt, die nicht einem solchen Verfahren unterbreitet werden könnte zwecks einer friedlichen und gerechten Lösung.

Auf meine Ehre kann ich auch bekunden, daß es in der klaren und aufrichtigen Solidarität Frankreichs mit Polen und seinen Verbündeten nichts gibt, das die friedliche Gesinnung meines Vaterlandes irgendwie beeinträchtigen könnte. Diese Solidarität hat uns niemals daran gehindert und hindert uns auch heute nicht, Polen in dieser friedlichen Gesinnung zu erhalten.

In einer so schweren Stunde glaube ich aufrichtig, daß kein edelgesinnter Mensch es verstehen könnte, daß ein Krieg der Zerstörung unternommen würde, ohne daß ein letzter Versuch einer friedlichen Lösung zwischen Deutschland und Polen stattfindet. Ihr Friedenswille könnte sich in aller Bestimmtheit dafür einsetzen, ohne der deutschen Ehre irgendwie Abbruch zu tun. Ich, als Chef der Französischen Regierung, der ich eine gute Harmonie zwischen dem französischen und dem deutschen Volke wünsche, und der ich andererseits durch Freundschaftsbande und durch das gegebene Wort mit Polen verbunden bin, bin bereit, alle Anstrengungen zu machen, die ein aufrichtiger Mensch unternehmen kann, um diesen Versuch zu einem guten Ende zu führen.

Sie waren wie ich selbst Frontkämpfer im letzten Kriege. Sie wissen wie ich, welche Abscheu und Verurteilung die Verwüstungen des Krieges im Gewissen der Völker hinterlassen haben, ganz gleich wie der Krieg endet. Die Vorstellung, die ich mir von Ihrer hervorragenden Rolle machen kann als Führer des Deutschen Volkes auf dem Wege des Friedens, der Vollendung seiner Aufgabe in dem gemeinsamen Werk der Zivilisation entgegen, führt mich dazu, eine Antwort auf diesen Vorschlag zu erbitten.

Wenn das französische und das deutsche Blut von neuem fließen, wie vor 25 Jahren, in einem noch längeren und mörderischeren Krieg, dann wird jedes der beiden Völker kämpfen im Vertrauen auf seinen eigenen Sieg. Siegen werden am sichersten die Zerstörung und die Barbarei.

Daladier

Nr. 461

Der Führer an den Französischen Ministerpräsidenten Daladier, 27. August 1939

Berlin, den 27. August 1939

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich verstehe die Bedenken, die Sie aussprechen. Auch ich habe niemals die hohe Verpflichtung übersehen, die denen auferlegt ist, die über das Schicksal der Völker gestellt sind. Als alter Frontsoldat kenne ich wie Sie die Schrecken des Krieges. Aus dieser Gesinnung und Erkenntnis heraus habe ich mich auch ehrlich bemüht, alle Konfliktstoffe zwischen unseren beiden Völkern zu beseitigen. Ich habe dem französischen Volk eins ganz offen versichert, daß die Rückkehr des Saargebietes die Voraussetzung dazu sein würde. Ich habe nach dieser Rückkehr sofort feierlich meinen Verzicht bekräftigt auf irgendwelche weiteren Ansprüche, die Frankreich berühren können. Das deutsche Volk hat diese meine Haltung gebilligt. Wie Sie sich selbst bei Ihrem letzten Hiersein überzeugen konnten, empfand und empfindet es gegen den einstigen tapferen Gegner im Bewußtsein seiner eigenen Haltung keinerlei Groll oder gar Haß. Im Gegenteil. Die Befriedung unserer Westgrenze führte zu einer steigenden Sympathie, jedenfalls von seiten des deutschen Volkes. Einer Sympathie, die sich bei vielen Anlässen geradezu demonstrativ zeigte. Der Bau der großen Westbefestigungen, der zahlreiche Milliarden verschlang und verschlingt, stellt für Deutschland zugleich ein Dokument der Akzeptierung und Festlegung der endgültigen Reichsgrenze dar. Das deutsche Volk hat damit auf 2 Provinzen Verzicht geleistet, die einst zum alten Deutschen Reich gehörten, später durch viel Blut erobert und endlich mit noch viel mehr Blut verteidigt wurden. Dieser Verzicht stellt, wie Sie mir, Exzellenz, zugeben müssen, keine taktische, nach außen gezeigte Haltung dar, sondern einen Entschluß, der in allen unseren Maßnahmen seine konsequente Erhärtung erfuhr. Sie werden mir, Herr Ministerpräsident, nicht einen Fall nennen können, in dem auch nur durch eine Zeile oder eine Rede gegen diese endgültige Fixierung der deutschen Reichsgrenze nach dem Westen hin verstoßen worden wäre. Ich glaubte, durch diesen Verzicht und durch diese Haltung jeden denkbaren Konfliktstoff zwischen unseren beiden Völkern ausgeschaltet zu haben, der zu einer Wiederholung der Tragik von 1914—1918 würde führen können. Diese freiwillige Begrenzung der deutschen Lebensansprüche im Westen kann aber nicht aufgefaßt werden als eine auch auf allen anderen Gebieten geltende Akzeptierung des Versailler Diktats. Ich habe nun wirklich Jahr für Jahr versucht, die Revision wenigstens der unmöglichsten und untragbarsten Bestimmungen dieses Diktats auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Es war dies unmöglich. Daß die Revision kommen mußte, war zahlreichen einsichtsvollen Männern aus allen Völkern bewußt und klar. Was immer man nun gegen meine Methode anführen kann, was immer man an ihr aussetzen zu müssen glaubt, so darf doch nicht übersehen oder bestritten werden, daß es durch sie möglich wurde, ohne neues Blutvergießen in vielen Fällen nicht nur für Deutschland befriedigende Lösungen zu finden, sondern daß durch die Art des Verfahrens die Staatsmänner anderer Völker von der für sie oft unmöglichen Verpflichtung enthoben wurden, diese Revision vor ihren eigenen Völkern verantworten zu müssen; denn immerhin eines werden Eure Exzellenz mir zugeben müssen: Die Revision mußte kommen. Das Versailler Diktat war untragbar. Kein Franzose von Ehre, auch Sie nicht, Herr Daladier, hätte in einer ähnlichen Lage anders gehandelt als ich. Ich habe nun in diesem Sinne auch versucht, die allerunvernünftigste Maßnahme des Versailler Diktats aus der Welt zu schaffen. Ich habe der Polnischen Regierung ein Angebot gemacht, über das das Deutsche Volk erschrocken ist. Kein anderer als ich konnte es überhaupt wagen, mit einem solchen Angebot vor die Öffentlichkeit zu treten. Es konnte daher auch nur einmalig sein. Ich bin nun zutiefst überzeugt, daß, wenn besonders von England aus damals, statt in der Presse gegen Deutschland ein wilde Campagne loszulassen, Gerüchte von einer deutschen Mobilmachung zu lancieren, Polen irgendwie zugeredet worden wäre, vernünftig zu sein, Europa heute und auf 25 Jahre den Zustand des tiefsten Friedens genießen könnte. So aber wurde erst durch die Lüge von der deutschen Aggression die polnische öffentliche

Meinung aufgeregt, der Polnischen Regierung die eigenen notwendigen klaren Entschlüsse erschwert und vor allem durch die dann folgende Abgabe des Garantieversprechens der Blick für die Grenze realer Möglichkeiten getrübt. Die Polnische Regierung lehnte die Vorschläge ab. Die polnische öffentliche Meinung begann in der sicheren Überzeugung, daß ja nun England und Frankreich für Polen kämpfen würden, Forderungen zu erheben, die man vielleicht als lächerliche Verrücktheit bezeichnen könnte, wenn sie nicht so unendlich gefährlich wären. Damals setzte ein unerträglicher Terror, eine physische und wirtschaftliche Drangsalierung der immerhin über $1\frac{1}{2}$ Millionen zählenden Deutschen in den vom Reich abgetretenen Gebieten ein. Ich will hier nicht über die vorgekommenen Scheußlichkeiten sprechen. Allein auch Danzig wurde mit fortgesetzten Übergriffen polnischer Behörden steigend zum Bewußtsein gebracht, daß es scheinbar rettungslos der Willkür einer dem nationalen Charakter der Stadt und der Bevölkerung fremden Gewalt ausgeliefert ist.

Darf ich mir nun die Frage erlauben, Herr Daladier, wie würden Sie als Franzose handeln, wenn durch irgendeinen unglücklichen Ausgang eines tapferen Kampfes eine Ihrer Provinzen durch einen von einer fremden Macht besetzten Korridor abgetrennt würde, eine große Stadt — sagen wir Marseille — verhindert würde, sich zu Frankreich zu bekennen und die in diesem Gebiete lebenden Franzosen nun verfolgt, geschlagen, mißhandelt, ja bestialisch ermordet würden? Sie sind Franzose, Herr Daladier, und ich weiß daher, wie Sie handeln würden. Ich bin Deutscher. Herr Daladier, zweifeln Sie nicht an meinem Ehrgefühl und an meinem Pflichtbewußtsein, genau so zu handeln. Wenn Sie nun dieses Unglück hätten, das wir besitzen, würden Sie dann, Herr Daladier, verstehen, wenn Deutschland ohne jede Veranlassung dafür eintreten wollte, daß der Korridor durch Frankreich bleibt, daß die geraubten Gebiete nicht zurückkehren dürfen, daß die Rückkehr Marseilles nach Frankreich verboten wird? Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, Herr Daladier, daß Deutschland aus diesem Grunde gegen Sie kämpfen würde, denn ich und alle Welt haben auf Elsaß-Lothringen verzichtet, um ein weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Um so weniger würden wir Blut vergießen, um ein Unrecht aufrechtzuerhalten, das für Sie untragbar sein müßte, wie es für uns bedeutungslos wäre. Alles, was Sie in Ihrem Brief, Herr Daladier schreiben, empfinde ich genau so wie Sie. Vielleicht können gerade wir uns als alte Frontsoldaten auf manchen Gebieten am leichtesten verstehen, allein ich bitte Sie, verstehen Sie auch dies: daß es für eine Nation von Ehre unmöglich ist, auf fast 2 Millionen Menschen zu verzichten und sie an seinen eigenen Grenzen mißhandelt zu sehen. Ich habe daher eine klare Forderung aufgestellt: Danzig und der Korridor müssen an Deutschland zurück. Die mazedonischen Zustände an unserer Ostgrenze müssen beseitigt werden. Ich sehe keinen Weg, Polen, das sich ja nun im Schutze seiner Garantien unangreifbar fühlt, hier zu einer friedlichen Lösung bewegen zu können. Ich würde aber an einer ehrenvollen Zukunft meines Volkes verzweifeln, wenn wir unter solchen Umständen nicht entschlossen wären, die Frage so oder so zu lösen. Wenn das Schicksal nun dadurch unsere beiden Völker wieder zum Kampfe zwingt, dann würde doch in den Motiven ein Unterschied sein. Ich, Herr Daladier, kämpfe dann mit meinem Volk um die Wiedergutmachung eines uns zugefügten Unrechts, und die anderen um die Beibehaltung desselben. Dies ist um so tragischer, als viele der bedeutendsten Männer auch Ihres eigenen Volkes den Unsinn der Lösung von 1919 ebenso erkannt haben, wie die Unmöglichkeit seiner dauernden Aufrechterhaltung. Ich bin mir im klaren über die schweren Konsequenzen, die ein solcher Konflikt mit sich bringt. Ich glaube aber, die schwerste würde Polen zu tragen haben, denn ganz gleich, wie auch ein Krieg um diese Frage ausginge, der Polnische Staat von jetzt wäre so oder so verloren.

Daß nun dafür unsere beiden Völker in einen neuen blutigen Vernichtungskrieg eintreten sollen, ist nicht nur für Sie, sondern auch für mich, Herr Daladier, sehr schmerzlich. Ich sehe aber, wie schon bemerkt, von uns aus keine Möglichkeit, auf Polen in einem vernünftigen Sinne einwirken zu können zur Korrektur einer Lage, die für das Deutsche Volk und das Deutsche Reich unerträglich ist.

Adolf Hitler

Nr. 462

Der Deutsche Geschäftsträger in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 27. August 1939

Wie mir ein hiesiger Gesandter erzählte, hat der Englische Botschafter ihm erklärt, er sei nicht befugt, ihm den Inhalt der Unterredung des Führers mit Henderson mitzuteilen; er könne ihm aber so viel sagen, daß deutscher Vorschlag offensichtlich den Zweck verfolge, England von seinen Verbündeten zu trennen.

Wühlisch

Nr. 463

Dem Führer vom Britischen Botschafter am 28. August 1939 22.30 Uhr übergebenes Memorandum der Britischen Regierung

(Übersetzung)

Seiner Majestät Regierung hat die ihr vom Herrn Deutschen Reichskanzler durch den Britischen Botschafter in Berlin übermittelte Botschaft empfangen und hat dieselbe mit der ihr gebührenden Sorgfalt geprüft.

1. Seiner Majestät Regierung hat den vom Herrn Reichskanzler zum Ausdruck gebrachten Wunsch, daß Freundschaft die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und dem Britischen Imperium bilden möge, zur Kenntnis genommen, und sie teilt diesen Wunsch voll und ganz. Auch sie glaubt, wie der Herr Reichskanzler, daß, wenn eine vollständige und dauernde Verständigung zwischen diesen zwei Nationen hergestellt werden könnte, es beiden Völkern unermeßlichen Segen bringen würde.

2. Die Botschaft des Herrn Reichskanzlers behandelt zwei Gruppen von Fragen — diejenigen, die gegenwärtig Gegenstand von Differenzen zwischen Deutschland und Polen sind, und diejenigen, die die endgültigen Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien berühren. Im Zusammenhang mit diesen zuletzt genannten Fragen ersieht Seiner Majestät Regierung, daß der Herr Reichskanzler gewisse Vorschläge angedeutet hat, die er unter einer Bedingung der Britischen Regierung zur Herbeiführung einer allgemeinen Verständigung zu unterbreiten bereit sein würde. Diese Vorschläge sind naturgemäß in sehr allgemeiner Form gehalten und würden eine genauere Definierung erfordern, aber Seiner Majestät Regierung ist voll und ganz bereit, sie mit einigen Zusätzen als Gegenstand von Unterhaltungen anzunehmen, und sie würde bereit sein, wenn die Streitfragen zwischen Deutschland und Polen auf friedlichem Wege beigelegt werden, sobald wie möglich diesbezügliche Besprechungen einzuleiten mit dem aufrichtigen Wunsche, zu einer Verständigung zu gelangen.

3. Die Bedingung, die der Herr Reichskanzler festlegt, ist, daß eine Lösung der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Differenzen vorangehen muß. In dieser Beziehung ist Seiner Majestät Regierung vollkommen gleicher Ansicht. Alles hängt jedoch ab von der Art der Lösung und von der Methode, die zur Erzielung derselben angewandt wird. Zu diesen Punkten, deren Wichtigkeit dem Herrn Reichskanzler gegenwärtig sein wird, ist in seiner Botschaft nichts gesagt, und Seiner Majestät Regierung fühlt sich gezwungen, darauf hinzuweisen, daß eine Verständigung bezüglich dieser beiden Punkte für die Erzielung eines weiteren Fortschrittes unbedingt notwendig ist. Die Deutsche Regierung wird sich dessen bewußt sein, daß Seiner Majestät Regierung gegenüber Polen Verpflichtungen hat, die sie binden und die einzulösen sie beabsichtigt. Sie könnte nicht wegen irgendeines Großbritannien angebotenen Vorteils einer Lösung zustimmen, die die Unabhängigkeit eines Staates gefährden würde, dem sie ihre Garantie gegeben hat.

4. Nach Ansicht Seiner Majestät Regierung könnte und sollte eine vernünftige Lösung der Differenzen zwischen Deutschland und Polen auf dem Wege der Vereinbarung zwischen den beiden Nationen erzielt werden auf einer Grundlage, die die Sicherstellung der wesentlichen Interessen Polens einbeziehen würde, und Seiner Majestät Regierung erinnert sich, daß der Herr Reichskanzler in seiner Rede am 28. April die Wichtigkeit dieser Interessen für Polen anerkannt hat.

Wie jedoch der britische Premierminister in seinem Schreiben vom 22. August an den Herrn Reichskanzler zum Ausdruck brachte, ist es nach Ansicht Seiner Majestät Regierung unerläßlich für den Erfolg der Besprechungen, die der Vereinbarung vorangehen würden, daß es im voraus feststünde, daß ein zu erzielendes Abkommen von anderen Mächten garantiert werden würde. Seiner Majestät Regierung würde bereit sein, wenn der Wunsch dazu ausgesprochen werden sollte, zu der wirksamen Durchführung einer solchen Garantie beizutragen.

Nach Ansicht Seiner Majestät Regierung folgt hieraus, daß als nächster Schritt direkte Verhandlungen zwischen der Deutschen und Polnischen Regierung eingeleitet werden sollten auf einer Grundlage, die die obenerwähnten Grundsätze einschließen würde, nämlich die Sicherstellung der unentbehrlichen Interessen Polens und die Sicherstellung des Abkommens durch eine Internationale Garantie. Seiner Majestät Regierung hat bereits eine definitive Zusicherung von der Polnischen Regierung erhalten, daß diese bereit ist, auf dieser Grundlage in Besprechungen einzutreten, und Seiner Majestät Regierung hofft, daß die Deutsche Regierung ihrerseits ebenfalls bereit sein würde, einem solchen Verfahren zuzustimmen.

Wenn, wie Seiner Majestät Regierung hofft, solche Besprechungen zu einer Vereinbarung führen würden, so wäre der Weg offen für Besprechungen über jene breitere und umfassendere Verständigung zwischen Großbritannien und Deutschland, die beide Nationen erstreben.

5. Seiner Majestät Regierung stimmt mit dem Herrn Reichskanzler darin überein, daß eine der hauptsächlichsten Gefahren in der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Lage in Berichten über die Behandlung der Minderheiten ihren Ursprung hat. Der gegenwärtige Spannungszustand, zusammen mit den ihn begleitenden Grenzzwischenfällen, Berichten über Mißhandlungen und der aufreizenden Propaganda ist eine ständige Gefahr für den Frieden. Es ist offensichtlich eine Frage äußerster Dringlichkeit, daß alle Zwischenfälle dieser Art unverzüglich und mit fester Hand unterdrückt werden, und daß die Verbreitung unbestätigter Gerüchte verhindert wird, um eine Frist zu erlangen, in der ohne Provokation auf beiden Seiten eine eingehende Prüfung der Möglichkeiten einer Lösung unternommen werden könnte. Seiner Majestät Regierung ist überzeugt, daß beide beteiligten Regierungen sich dieser Erwägung völlig bewußt sind.

6. Seiner Majestät Regierung hat ihre eigene Haltung gegenüber den besonderen zwischen Deutschland und Polen strittigen Angelegenheiten erschöpfend zum Ausdruck gebracht. Sie vertraut darauf, daß der Herr Reichskanzler nicht glauben wird, daß Seiner Majestät Regierung, weil sie ihre Verpflichtung gegenüber Polen genau nimmt, aus diesem Grunde nicht bestrebt ist, ihren ganzen Einfluß für das Zustandekommen einer sowohl Deutschland wie Polen befriedigenden Lösung einzusetzen.

Daß eine solche Lösung erzielt werden sollte, erscheint Seiner Majestät Regierung als unbedingt notwendig, nicht nur aus Gründen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Lösung selbst entstehen, sondern auch wegen der umfassenderen Erwägungen, von denen der Herr Reichskanzler mit solcher Überzeugung gesprochen hat.

7. Es ist unnötig, in der vorliegenden Antwort die Vorteile einer friedlichen Lösung hervorzuheben gegenüber einem Entschluß, die in Frage kommenden Probleme mit Waffengewalt zu lösen. Die Folgen eines Entschlusses, Gewalt zu gebrauchen, sind in dem Schreiben des Premierministers vom 22. August an den Herrn Reichskanzler klar dargelegt worden, und Seiner Majestät Regierung zweifelt nicht daran, daß diese Folgen vom Herrn Reichskanzler genau so klar erkannt werden wie von Seiner Majestät Regierung selbst.

Andererseits glaubt Seiner Majestät Regierung, indem sie mit Interesse den in der Botschaft des Herrn Reichskanzlers enthaltenen Hinweis auf eine Begrenzung der Rüstungen zur Kenntnis nimmt, daß, wenn eine friedliche Lösung erreicht werden kann, die Unterstützung der Welt zuversichtlich vorausgesetzt werden könnte für praktische Maßnahmen, die es ermöglichen würden, den Übergang von einer Vorbereitung zum Kriege auf eine normale Tätigkeit friedlichen Handels sicher und reibungslos durchzuführen.

8. Eine gerechte Lösung dieser zwischen Deutschland und Polen bestehenden Fragen kann den Weg zum Weltfrieden öffnen. Das Ausbleiben einer solchen Lösung würde die Hoffnung auf eine bessere Verständigung zwischen Deutschland und Großbritannien zerschlagen, würde die beiden Nationen in Konflikt bringen und könnte sehr wohl die gesamte Welt in den Krieg stürzen. Ein solches Ergebnis wäre eine Katastrophe ohne Beispiel in der Geschichte.

Nr. 464

Dem Britischen Botschafter am 29. August 1939 18.45 Uhr übergebene Antwort des Führers an die Britische Regierung

Der Königlich Britische Botschafter in Berlin hat der Königlich Britischen Regierung Anregungen übermittelt, die ich vorschlagen zu müssen glaubte, um

1. dem Willen der Reichsregierung nach einer aufrichtigen deutsch-englischen Verständigung, Zusammenarbeit und Freundschaft noch einmal Ausdruck zu geben;
2. keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß eine solche Verständigung nicht erkauft werden könnte mit dem Verzicht auf lebenswichtige deutsche Interessen oder gar einer Preisgabe von Forderungen, die ebenso im allgemeinen menschlichen Recht wie in der nationalen Würde und Ehre unseres Volkes begründet sind.

Mit Befriedigung hat die Deutsche Regierung aus den Antwortschreiben der Königlich Britischen Regierung und den mündlichen Erläuterungen des Königlich Britischen Botschafters entnommen, daß die Königlich Britische Regierung auch ihrerseits bereit ist, das deutsch-englische Verhältnis zu bessern, es im Sinne der deutschen Anregungen zu entwickeln und auszubauen.

Die Königlich Britische Regierung ist dabei ebenfalls überzeugt, daß die Lösung der unerträglich gewordenen deutsch-polnischen Spannung die Voraussetzung für eine Realisierung dieser Hoffnung ist.

Seit dem Herbst des vergangenen Jahres und zuletzt im März 1939 wurden der Polnischen Regierung mündlich und schriftlich Vorschläge unterbreitet, die unter der Berücksichtigung der damals zwischen Deutschland und Polen bestehenden Freundschaft eine für beide Teile annehmbare Lösung der strittigen

Fragen ermöglichen konnten. Es ist der Königlich Britischen Regierung bekannt, daß die Polnische Regierung glaubte, diese Vorschläge im März dieses Jahres endgültig ablehnen zu müssen. Sie hat diese Ablehnung zugleich zum Vorwand oder Anlaß genommen, militärische Maßnahmen zu treffen, die seitdem eine fortgesetzte Steigerung erfuhren. Schon in der Mitte des vergangenen Monats hat der Polnische Staat tatsächlich mobil gemacht. In Verbindung damit haben zahlreiche Übergriffe in der Freien Stadt Danzig stattgefunden, hervorgerufen durch polnische Behörden; mehr oder weniger drohend ultimative Forderungen wurden an diese Stadt gerichtet. Die Verhängung einer erst zollpolitisch durchgeführten, nunmehr aber auch militärisch und verkehrstechnisch erweiterten Grenzsperre mit dem Ziel der politischen Zermürbung und wirtschaftlichen Zerstörung dieses deutschen Gemeinwesens fand statt.

Hinzu kommen himmelschreiende, barbarische Mißhandlungen und sonstige Verfolgungen der großen deutschen Volksgruppe in Polen, die bis zur Tötung vieler dort lebender Deutschen oder zur Verschleppung unter grausamsten Begleitumständen führten. Diese Zustände sind für eine Großmacht unerträglich. Sie haben Deutschland gezwungen, nach monatelangem Zusehen nunmehr ebenfalls die notwendigen Schritte zur Wahrung der berechtigten deutschen Interessen zu ergreifen. Und die Deutsche Reichsregierung kann der Britischen Regierung nur auf das ernsteste versichern, daß nunmehr jener Zustand erreicht ist, der ein weiteres Hinnehmen oder auch nur Zusehen ausschließt.

Die Forderung der Deutschen Reichsregierung entspricht der von Anfang an als notwendig erkannten Revision des Versailler Vertrags in diesem Gebiet; Rückkehr von Danzig und dem Korridor an Deutschland, Sicherung des Lebens der deutschen Volksgruppen in den restlich Polen verbleibenden Gebieten.

Die Deutsche Reichsregierung nimmt mit Befriedigung Kenntnis, daß auch die Königlich Britische Regierung im grundsätzlichen überzeugt ist, daß die entstandene Lage einer Lösung entgegengeführt werden muß. Sie glaubt weiter annehmen zu dürfen, daß sich auch die Königlich Britische Regierung keinem Zweifel darüber hingibt, daß es sich hier nicht mehr um Zustände handelt, zu deren Beseitigung Tage oder gar Wochen, sondern vielleicht nur Stunden zur Verfügung stehen. Denn es ist in jedem Augenblick angesichts der desorganisierten Verhältnisse in Polen mit der Möglichkeit des Eintretens von Akten zu rechnen, die hinzunehmen für Deutschland unmöglich sein könnte.

Wenn die Königlich Britische Regierung noch immer glaubt, daß diese schwerwiegenden Differenzen auf dem Wege direkter Verhandlungen zu lösen seien, so kann die Deutsche Reichsregierung diese Auffassung von vornherein leider nicht mehr teilen. Denn sie hat es ja versucht, den Weg einer solchen friedlichen Verhandlung einzuleiten, wurde aber dabei von der Polnischen Regierung nicht unterstützt, sondern durch brüsk eingeleitete Maßnahmen militärischen Charakters im Sinne der schon angedeuteten Entwicklung abgewiesen.

Die Königlich Britische Regierung sieht 2 Momente als wichtig an:

1. daß durch direkte Verhandlungen schnellstens die vorhandene Gefahr einer drohenden Entladung beseitigt wird, und daß
2. der Existenz des im übrigen dann fortbestehenden Polnischen Staates durch internationale Garantien wirtschaftlich und politisch die notwendige Sicherung gegeben wird.

Die Deutsche Reichsregierung hat dazu folgende Erklärung abzugeben:

Trotz ihrer skeptischen Beurteilung der Aussichten solcher direkten Besprechungen will sie dennoch den englischen Vorschlag akzeptieren und in diese eintreten. Sie tut dies ausschließlich unter dem Eindruck der — wie schon betont — ihr zugegangenen schriftlichen Mitteilung der Königlich Britischen Regierung, daß auch diese ein Freundschaftsabkommen unter Zugrundelegung der dem Botschafter Henderson gegebenen Anhaltspunkte wünscht. Die Deutsche Regierung will dadurch der Königlich Britischen Regierung und dem englischen Volk einen Beweis für die Aufrichtigkeit der deutschen Absicht, zu einer dauernden Freundschaft mit Großbritannien zu kommen, geben.

Die Reichsregierung muß die Britische Regierung pflichtgemäß aber darauf hinweisen, daß sie im Falle einer Neugestaltung der territorialen Verhältnisse in Polen nicht mehr in der Lage wäre, ohne Hinzuziehung der Sowjet-Union sich zu Garantien zu verpflichten oder an Garantien teilzunehmen.

Im übrigen hat die Deutsche Reichsregierung bei ihren Vorschlägen nie die Absicht gehabt, lebenswichtige Interessen Polens anzugreifen oder die Existenz eines unabhängigen Polnischen Staates in Frage zu stellen. Die Deutsche Reichsregierung ist unter diesen Umständen daher damit einverstanden, die vorgeschlagene Vermittlung der Königlich Britischen Regierung zur Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin anzunehmen. Sie rechnet mit dem Eintreffen dieser Persönlichkeit für Mittwoch, den 30. August 1939.

Die Reichsregierung wird die Vorschläge einer für sie akzeptablen Lösung sofort ausarbeiten und diese wenn möglich bis zur Ankunft des polnischen Unterhändlers auch der Britischen Regierung zur Verfügung stellen.

Nr. 465

Der Deutsche Geschäftsträger in Warschau an das Auswärtige Amt

Telephonische Mitteilung vom 30. August 1939 17.30 Uhr

Seit einer Stunde ist in Polen durch Anschlag die allgemeine Mobilmachung befohlen worden. Erster Mobilmachungstag ist der 31. August; zu melden haben sich alle Personen, die eine weiße Einberufungskarte besitzen.

Nr. 466

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Britischen Botschafter, 30. August 1939 um Mitternacht

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt

Henderson übergab das in der Anlage* beigefügte Memorandum der Britischen Regierung. Er fügte hinzu, daß er den Auftrag habe, zwei weitere Punkte mündlich zur Sprache zu bringen.

Man könne von der Polnischen Regierung nur dann vollständige Zurückhaltung erwarten, wenn die Deutsche Regierung auf ihrer Seite der Grenze die gleiche Haltung einnehme und wenn keine Provokationen der deutschen Minderheit in Polen erfolgten. Es seien Berichte im Umlauf, nach denen die Deutschen in Polen Sabotageakte verübten, die die schärfsten Gegenmaßnahmen seitens der Polnischen Regierung rechtfertigen würden. Der Reichsaußenminister wies diese Bemerkung auf das nachdrücklichste zurück. Deutschland kenne ausschließlich polnische Provokationen, aber die polnische Propaganda schiene bei der Britischen Regierung ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Unerhörteste Sabotageakte würden von den Polen verübt. Er lehne es ab, mit der Britischen Regierung über dieses Thema überhaupt zu sprechen.

Die weitere Weisung Hendersons bezog sich auf die Antwort der Deutschen Regierung vom Vortage, in der die Deutsche Regierung sich bereit erklärt hatte, in direkte Fühlung mit Polen zu treten, wenn die Polnische Regierung sofort einen bevollmächtigten Vertreter entsenden würde. Die Britische Regierung sei nicht in der Lage, der Polnischen Regierung zu empfehlen, auf dieses Verhandlungsverfahren einzugehen. Sie schlage der Deutschen Regierung vor, auf normalem diplomatischem Wege, d. h. durch Überreichung ihrer Vorschläge an den Polnischen Botschafter, die Dinge ins Rollen zu bringen, um den Polnischen Botschafter in die Lage zu versetzen, im Einvernehmen mit seiner Regierung die Vorbereitungen für direkte deutsch-polnische Verhandlungen zu treffen. Wenn die Deutsche Regierung diese Vorschläge auch der Britischen Regierung zuleiten würde, und diese der Ansicht wäre, daß die Vorschläge eine vernünftige Grundlage für eine Regelung der zur Erörterung stehenden Probleme bilden, so würde sie ihren Einfluß im Sinne einer Lösung in Warschau zur Geltung bringen.

Henderson fragte unter Hinweis auf den letzten Absatz der deutschen Antwort vom Vortage, ob die deutschen Vorschläge bereits ausgearbeitet seien und ob ihm diese Vorschläge übergeben werden könnten.

Der Reichsaußenminister antwortete, daß 1. die britische Vermittlung bisher nur ein klares Ergebnis gezeitigt hätte, nämlich die polnische Generalmobilmachung. 2. Man habe deutscherseits mit dem Erscheinen eines polnischen Vertreters am heutigen Tage gerechnet. Es sei dies nicht, wie der Britische Botschafter irrtümlich angenommen habe, ein Ultimatum gewesen, sondern, wie der Führer bereits am Vortage auseinandergesetzt habe, es sei ein von den Zeitumständen diktierter praktischer Vorschlag gewesen. Bis Mitternacht habe man auf deutscher Seite nichts von den Polen gehört. Die Frage eines eventuellen Vorschlags sei daher nicht länger aktuell. Um aber zu zeigen, was Deutschland vorzuschlagen beabsichtigt hatte, wenn der polnische Vertreter gekommen wäre, verlas der Reichsaußenminister die in der Anlage beigefügten deutschen Vorschläge** und erläuterte sie im einzelnen.

Henderson erwiderte, die Erklärung des Reichsaußenministers, daß infolge des Nichterscheinens des polnischen Vertreters bis Mittwoch Mitternacht die ursprünglich beabsichtigten deutschen Vorschläge nicht mehr aktuell wären, schiene seine Auslegung des Vorschlags als Ultimatum zu bestätigen.

Der Reichsaußenminister trat dieser Auffassung erneut energisch entgegen und wies auf die am Vortage vom Führer abgegebene Erklärung hin, daß die Eile durch die Tatsache bedingt sei, daß sich zwei mobilisierte Armeen in Schußweite gegenüberständen und in jeder Minute ein Zwischenfall ernste Konflikte auslösen könne.

Zum Schluß schlug Henderson vor, der Reichsaußenminister möge den Polnischen Botschafter herbeirufen und ihm die deutschen Vorschläge übergeben.

Der Reichsaußenminister lehnte dieses Verfahren für seine Person ab und beendete die Unterredung, indem er dem Führer sämtliche Entscheidungen vorbehielt.

Schmidt

---

* Vgl Anlage I.

** Vgl Anlage II

Anlage 1

Dem Reichsminister des Auswärtigen am 30. August 1939 24 Uhr vom Britischen Botschafter übergebenes Memorandum der Britischen Regierung

(Übersetzung)

1. Die Regierung Seiner Majestät weiß die Tatsache zu würdigen, daß die Deutsche Regierung in der in ihrer Antwort enthaltenen Erklärung freundlichst auf ihren Wunsch einer deutsch-englischen Verständigung hinweist, und weiß ebenso den Hinweis zu würdigen, daß diese Erwägung ihre Politik beeinflußt hat.

2. Die Regierung Seiner Majestät bringt wiederholt zum Ausdruck, daß sie den Wunsch der Deutschen Regierung nach einer Verbesserung der Beziehungen durchaus teilt; es ist jedoch dabei zu berücksichtigen, daß sie um dieser Verbesserung willen nicht die Interessen ihrer Freunde preisgeben kann. Sie hat volles Verständnis dafür, daß die Deutsche Regierung Deutschlands Lebensinteressen nicht opfern kann, aber die Polnische Regierung befindet sich in der gleichen Lage, und die Regierung Seiner Majestät glaubt, daß die Lebensinteressen der beiden Länder nicht unvereinbar sind.

3. Die Regierung Seiner Majestät nimmt zur Kenntnis, daß die Deutsche Regierung den britischen Vorschlag annimmt und bereit ist, mit der Polnischen Regierung in unmittelbaren Meinungsaustausch zu treten.

4. Die Regierung Seiner Majestät glaubt annehmen zu dürfen, daß die Deutsche Regierung im Prinzip die Bedingung annimmt, daß jedwede Regelung zum Gegenstand einer internationalen Garantie gemacht werden sollte. Die Frage, wer sich an einer solchen Garantie beteiligen soll, wird später zu erörtern sein, und die Regierung Seiner Majestät hofft, daß, um Zeitverlust zu vermeiden, die Deutsche Regierung sofort Schritte unternehmen wird, um die Zustimmung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu erreichen, deren Beteiligung an der Garantie die Regierung Seiner Majestät stets vorausgesetzt hat.

5. Die Regierung Seiner Majestät nimmt gleichfalls zur Kenntnis, daß die Deutsche Regierung den Standpunkt der Britischen Regierung hinsichtlich der Lebensinteressen und der Unabhängigkeit Polens anerkennt.

6. Hinsichtlich besonderer Forderungen, die die Deutsche Regierung in einem früheren Absatz ihrer Antwort anmeldet, muß die Regierung Seiner Majestät einen ausdrücklichen Vorbehalt machen. Sie glaubt zu verstehen, daß die Deutsche Regierung zur Zeit Vorschläge für eine Lösung ausarbeitet. Zweifelsohne werden diese Vorschläge während des Meinungsaustausches sorgfältigst geprüft werden. Es kann dann entschieden werden, wie weit diese mit den wesentlichen Bedingungen vereinbar sind, die die Regierung Seiner Majestät bekanntgegeben hat und die anzunehmen die Deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht hat.

7. Die Regierung Seiner Majestät wird die Polnische Regierung sofort von der Antwort der Deutschen Regierung verständigen. Die Art der Fühlungnahme und die Vorbereitungen für einen Meinungsaustausch müssen selbstverständlich in aller Eile zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung vereinbart werden. Die Regierung Seiner Majestät ist jedoch der Ansicht, daß es untunlich wäre, diese Fühlungnahme schon heute herzustellen.

8. Die Regierung Seiner Majestät erkennt voll an, daß bei der Aufnahme der Verhandlungen Eile geboten ist, und teilt die Befürchtungen des Herrn Reichskanzlers, die sich aus dem Umstande ergeben, daß zwei mobilisierte Armeen sich in allernächster Nähe gegenüberstehen. Sie möchte daher auf das dringendste nahelegen, daß beide Parteien sich verpflichten, daß während der Verhandlungen keine aggressiven militärischen Bewegungen stattfinden. Die Regierung Seiner Majestät vertraut darauf, daß sie von der Polnischen Regierung eine derartige Zusage erhalten würde, wenn die Deutsche Regierung eine gleichartige Versicherung abgeben wollte.

9. Die Regierung Seiner Majestät möchte ferner noch vorschlagen, daß vorläufig ein modus vivendi für Danzig geschaffen wird, um Zwischenfälle zu verhüten, die geeignet wären, die deutsch-polnischen Beziehungen noch schwieriger zu gestalten.

Berlin, den 30. August 1939

Anlage 11

Vorschlag für eine Regelung des Danzig-Korridor-Problems sowie der Deutsch-Polnischen Minderheitenfrage

Die Lage zwischen dem Deutschen Reich und Polen ist zur Zeit so, daß jeder weitere Zwischenfall zu einer Entladung der beiderseits in Stellung gegangenen militärischen Streitkräfte führen kann. Jede friedliche Lösung muß so beschaffen sein, daß sich nicht bei nächster Gelegenheit die diesen Zustand ursächlich bedingenden Ereignisse wiederholen können und dadurch nicht nur der Osten Europas, sondern auch andere Gebiete in die gleiche Spannung versetzt werden.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen

1. in der unmöglichen Grenzziehung, wie sie durch das Versailler Diktat vorgenommen wurde,
2. in der unmöglichen Behandlung der Minderheit in den abgetrennten Gebieten.

Die Deutsche Reichsregierung geht daher bei diesen Vorschlägen von dem Gedanken aus, eine endgültige Lösung zu finden, die die unmögliche Situation der Grenzziehung beseitigt, beiden Teilen ihre lebenswichtigen Verbindungsstraßen sichert, das Minderheitenproblem — soweit irgend möglich — beseitigt und, soweit dies nicht möglich ist, das Schicksal der Minderheiten durch eine sichere Garantie ihrer Rechte erträglich gestaltet.

Die Deutsche Reichsregierung ist überzeugt, daß es dabei unerläßlich ist, wirtschaftliche und physische Schädigungen, die seit dem Jahr 1918 stattgefunden haben, aufzudecken und im vollen Umfange wiedergutzumachen. Sie sieht selbstverständlich diese Verpflichtung als eine für beide Teile bindende an.

Aus diesen Erwägungen ergeben sich folgende praktische Vorschläge:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt auf Grund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.

2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder–Graudenz–Kulm–Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.

3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage in diesem Gebiet wohnhaft gewesenen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück.

   Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu dem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.

4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, insoweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt.

   Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.

5. Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von 12 Monaten stattfinden.

6. Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Straßen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.

7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

8. Um nach erfolgter Abstimmung — ganz gleich, wie diese ausgehen möge — die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig — Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow—Danzig bzw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d. h. entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.

   Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.

9. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.

10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.

11. Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter reiner Handelsstädte erhalten, d. h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.

12. Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.

13. Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen.

   Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorgekommenen wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wieder gutzumachen bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisierung zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilmachung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.

Nr. 467

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an die Deutschen Diplomatischen Missionen

Rundtelegramm

Berlin, den 31. August 1939

Unsere Erwartung, daß, entsprechend unserem durch Britische Regierung nach Warschau übermittelten Vorschlag, unverzügliche Entsendung eines polnischen Bevollmächtigten zur Aufnahme direkter deutsch-polnischer Verhandlungen erfolgen würde, ist nicht in Erfüllung gegangen. Vielmehr hat Polen, wie bekannt, gestern Generalmobilmachung angeordnet. Unter diesen Umständen hat Lage weitere überaus schwerwiegende Zuspitzung erfahren.

Weizsäcker

Nr. 468

Amtliche Deutsche Mitteilung vom 31. August 1939 21 Uhr

Die Königlich Britische Regierung hat sich in einer Note vom 28. August 1939 gegenüber der Deutschen Regierung bereit erklärt, ihre Vermittlung zu direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über die strittigen Probleme zur Verfügung zu stellen. Sie hat dabei keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch ihr angesichts der fortdauernden Zwischenfälle und der allgemeinen europäischen Spannung die Dringlichkeit des Vorganges bewußt wäre.

Die Deutsche Regierung hat sich in einer Antwortnote vom 29. August 1939 trotz ihrer skeptischen Beurteilung des Willens der Polnischen Regierung, überhaupt zu einer Verständigung zu kommen, im Interesse des Friedens bereit erklärt, die englische Vermittlung bzw. Anregung anzunehmen. Sie hat unter Würdigung aller der zur Zeit gegebenen Umstände es für notwendig erachtet, in dieser ihrer Note darauf hinzuweisen, daß, wenn überhaupt die Gefahr einer Katastrophe vermieden werden soll, dann schnell und unverzüglich gehandelt werden muß. Sie hat sich in diesem Sinne bereit erklärt, bis zum 30. August 1939 abends einen Beauftragten der Polnischen Regierung zu empfangen, unter der Voraussetzung, daß dieser auch wirklich bevollmächtigt sei, nicht nur zu diskutieren, sondern Verhandlungen zu führen und abzuschließen.

Die Deutsche Regierung hat weiter in Aussicht gestellt, daß sie glaubt, bis zum Eintreffen dieses polnischen Unterhändlers in Berlin der Britischen Regierung die Grundlagen über das Verständigungsangebot ebenfalls zugänglich machen zu können.

Statt eine Erklärung über das Eintreffen einer autorisierten polnischen Persönlichkeit erhielt die Reichsregierung als Antwort auf ihre Verständigungsbereitschaft zunächst die Nachricht der polnischen Mobilmachung und erst am 30. August 1939 gegen 12 Uhr nachts eine mehr allgemein gehaltene britische Versicherung der Bereitwilligkeit, ihrerseits auf den Beginn von Verhandlungen hinwirken zu wollen.

Trotzdem durch das Ausbleiben des von der Reichsregierung erwarteten polnischen Unterhändlers die Voraussetzung entfallen war, der Britischen Regierung noch eine Kenntnis über die Auffassung der Deutschen Regierung in bezug auf mögliche Verhandlungsgrundlagen zu geben, da die Britische Regierung ja selbst für direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen plädiert hatte, gab Reichsaußenminister v. Ribbentrop dem Britischen Botschafter anläßlich der Übergabe der letzten englischen Note eine genaue Kenntnis des Wortlautes der für den Fall des Eintreffens des polnischen Bevollmächtigten als Verhandlungsgrundlage vorgesehenen deutschen Vorschläge.

Die Deutsche Reichsregierung glaubte ein Recht darauf zu haben, daß unter diesen Umständen wenigstens nachträglich die sofortige Benennung einer polnischen Persönlichkeit stattfinden würde. Denn es ist der Reichsregierung nicht zuzumuten, ihrerseits fortgesetzt die Bereitwilligkeit zur Inangriffnahme solcher Verhandlungen nicht nur zu betonen, sondern auch dafür bereitzusitzen, von der polnischen Seite aber nur mit leeren Ausflüchten und nichtssagenden Erklärungen hingehalten zu werden.

Aus einer inzwischen stattgefundenen Demarche des Polnischen Botschafters geht erneut hervor, daß auch dieser nicht bevollmächtigt ist, in irgendeine Diskussion einzutreten oder gar zu verhandeln.

Somit haben der Führer und die Deutsche Reichsregierung nun 2 Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet.

Unter diesen Umständen sieht die Deutsche Regierung auch dieses Mal ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt an, obwohl sie der Meinung ist, daß diese in der Form, in der sie auch der Englischen Regierung bekanntgegeben worden sind, mehr als loyal, fair und erfüllbar gewesen wären.

Die Reichsregierung hält es für angebracht, der Öffentlichkeit Kenntnis von diesen dem Britischen Botschafter durch den Reichsaußenminister von Ribbentrop mitgeteilten Verhandlungsgrundlagen zu geben*.

Nr. 469

Meldung des Polnischen Rundfunksenders Warschau vom 31. August 1939 23 Uhr

(Übersetzung)

Die heutige Bekanntmachung des deutschen offiziellen Communiqués hat die Ziele und Absichten der deutschen Politik klar gezeigt. Es beweist die offenen Aggressionsabsichten Deutschlands gegenüber Polen. Die Bedingungen, unter denen das Dritte Reich bereit ist, mit Polen zu verhandeln, lauten: Danzig kehrt sofort zum Reich zurück. Pommerellen mit den Städten Bromberg und Graudenz unterliegt einem Plebiszit, wobei alle Deutschen, die nach dem Jahre 1918 aus irgendwelchen Gründen von dort ausgewandert sind, hineingelassen werden sollen. Polnisches Militär und Polizei evakuiert Pommerellen.

* Im Wortlaut der amtlichen deutschen Mitteilung folgte hier der oben unter Nr. 466, Anlage II abgedruckte Vorschlag.

Die Polizei Englands, Frankreichs, Italiens und der Sowjetunion übernimmt die Gewalt. Nach Ablauf von 12 Monaten findet das Plebiszit statt. Das Gebiet der Halbinsel Hela wird vom Plebiszit gleichfalls erfaßt. Gdingen ist als polnische Stadt ausgeschlossen. Unabhängig vom Ausgang des Plebiszits wird eine exterritoriale Straße in der Breite eines Kilometers gebaut . . .

Die deutsche Agentur gibt bekannt, daß der Termin für die Annahme dieser Bedingungen gestern abgelaufen ist. Deutschland hat vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort waren die militärischen Anordnungen der Polnischen Regierung.

Keine Worte können jetzt mehr die Aggressionspläne der neuen Hunnen verschleiern. Deutschland strebt die Herrschaft über Europa an und durchstreicht mit einem bisher nicht dagewesenen Zynismus die *Rechte der Völker. Dieser unverschämte Vorschlag beweist deutlich, wie notwendig die militärischen* Anordnungen der Polnischen Regierung gewesen sind.

Nr. 470

Von einem Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts gefertigte Zusammenstellung der dem Auswärtigen Amt vorliegenden amtlichen Meldungen über schwere Grenzzwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze zwischen dem 25. und dem 31. August 1939

Berlin, den 1. September 1939

25. August

1. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.
   Gegen 22 Uhr brannte auf dem unmittelbar an der deutsch-polnischen Grenze gelegenen Anwesen des Bauern Reinhard Briese in Scharschau, Kreis Rosenberg, Westpreußen, ein Stall nieder. An der Brandstelle wurde eine Brandbombe polnischer Herkunft gefunden.

2. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.
   Gegen 23 Uhr verbrannte infolge Brandstiftung von aus Polen gekommenen Tätern das unmittelbar an der deutsch-polnischen Grenze liegende Anwesen der Witwe Martha Zerkowski in Schönerswalde, Kreis Rosenberg, Westpreußen.

3. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.
   In der Nacht vom 25. zum 26. August wurde durch Brandstiftung von aus Polen gekommenen Tätern das an der deutsch-polnischen Grenze gelegene Anwesen des Holzschlägers Schlegel in Neukrug, Kreis Rosenberg, Westpreußen, vernichtet.

4. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.
   In der Nacht vom 25. zum 26. brannte infolge Brandstiftung durch aus Polen gekommene Täter die an der deutsch-polnischen Grenze gelegene Försterei Dietrichswalde, Kreis Marienwerder, vollständig nieder.

5. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.
   In der Nacht vom 25. zum 26. wurde das an der deutsch-polnischen Grenze gelegene Anwesen des Bauern Gehrke in Niederzehren, Kreis Marienwerder, durch Brandstiftung von aus Polen gekommenen Tätern vernichtet.

6. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.
   In der Nacht vom 25. auf den 26. wurde das Wärterhaus 34 an der Strecke Deutsch-Eylau–Alt-Eiche–Soldau durch eine Bombe zerstört.

7. Meldung der Staatspolizeistelle Köslin.
   In der Nacht vom 25. auf den 26. brannte die unmittelbar an der deutsch-polnischen Grenze stehende Scheune des Müllers Domke in Somminer Mühle, Kreis Bütow, ab. Eine Durchsuchung der Brandstätte ergab, daß die Scheune durch einen elektrischen Zeitzünder in Brand gesetzt worden war.

8. Meldung des Oberfinanzpräsidenten Ostpreußen.
   In der Nacht vom 25. zum 26. August wurden die auf deutschem Gebiet gelegenen Teile der Straßenbrücke und der Eisenbahnbrücke Zandersfelde–Neuliebenau von polnischem Militär gesprengt und völlig zerstört.

26. August

1. Meldung des Hauptzollamtes Neidenburg.

Um 0.45 Uhr wurde von dem Standposten vor dem Zollamt Wetzhausen ein polnischer Soldat festgestellt und angerufen, der sich aus dem dem Zollamt gegenüberliegenden Wäldchen auf das Gebäude zu bewegte. Der Soldat ergriff die Flucht und wurde durch zwei Schüsse anscheinend verletzt.

Nachträglich wurde festgestellt, daß der Soldat zu einer Gruppe von 6 polnischen Soldaten gehörte, die an dieser Stelle die deutsch-polnische Grenze überschritten hatten.

2. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

Gegen 15 Uhr brannte infolge Brandstiftung das an der deutsch-polnischen Grenze gelegene Wohn- und Wirtschaftshaus der Familien Werner und Scheffler in Neukrug, Kreis Rosenberg, Westpreußen, bis auf die Umfassungsmauern ab. Es wurde festgestellt, daß die Täter in Polen zu suchen waren.

3. Meldung des Hauptzollamts Lauenburg.

Um 23 Uhr flüchtete der Volksdeutsche Tatulinski aus Seelau gegenüber der Zollaufsichtsstelle Groß Sellnow über die Grenze, nachdem sein Gehöft von einer polnischen Bande angezündet worden war. Auf den Flüchtigen wurden von den Polen mehrere Schüsse abgegeben, die auf deutschem Gebiet einschlugen.

4. Meldung des Hauptzollamts Meseritz.

Volksdeutsche Flüchtlinge, die am 26. August bei Betsche-Süd über die Grenze kamen, wurden von polnischen Grenzbeamten mehrfach beschossen, nachdem sie sich schon in einem Maisfelde auf deutschem Boden verborgen hatten.

27. August

1. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

In den frühen Morgenstunden brannte das an der deutsch-polnischen Grenze gelegene Gehöft des Bauern Guzinski in Klein Heyde, Kreis Rosenberg, Westpreußen, nieder. Es wurde festgestellt, daß die polnischen Brandstifter über die Grenze gekommen waren.

2. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

Gegen 3.15 wurde die Eisenbahnhaltestelle und das Sägewerk in Alt-Eiche, Kreis Rosenberg, Westpreußen, von einer etwa 15 Mann starken, mit Gewehren bewaffneten polnischen Bande überfallen. Nachdem die Polen mehrere Schüsse abgegeben hatten, wurden sie durch eine Gruppe des deutschen Grenzschutzes vertrieben.

3. Meldung des Zollamtes Lindenhorst.

Gegen 4 Uhr wurden von einem Posten der Grenzwache 6 polnische Soldaten beobachtet, die sich gegen den Grenzstein 127 zu bewegten. Sodann teilten sie sich zu dreien, überschritten die Reichsgrenze und gingen in Richtung der Straße Neumittelwalde—Schönstein vor. Gegen 4,25 Uhr stellte der Gruppenführer der Grenzwache einen am Boden kriechenden polnischen Soldaten fest. Er gab darauf 4 Schüsse ab, worauf die Polen sich zurückzogen.

4. Meldung des Hauptzollamtes Schneidemühl.

Gegen 10.30 Uhr wurden in der Gegend Vorwerk-Dreilinden, etwa 300 m diesseits der Grenze, drei deutsche Grenzwacht-Offiziere, Hauptmann Täschner, Oberleutnant Sebulka und Leutnant Dinger, von der polnischen Grenze her beschossen.

5. Meldung des Hauptzollamtes Neidenburg.

Gegen 17 Uhr postierte eine Streife der Zollamtsstation Flammberg bei Punkt 128, der etwa 100 m vom Grenzfluß Orzyc an einem Waldrande westlich Flammberg gelegen ist. Plötzlich fielen von polnischer Seite her etwa 20 Schüsse, die auf deutschem Gebiet einschlugen. Wie sich später ergab, rührten sie von einer polnischen Grenzstreife her, die sich unter Führung eines polnischen Offiziers der deutschen Grenze genähert und das Feuer auf einen deutschen Wehrmachtsposten eröffnet hatte. Es konnte ferner festgestellt werden, daß hierbei seitens der Polen 4 Eierhandgranaten geworfen wurden.

6. Meldung des Hauptzollamtes Kreuzberg.

Um 20.15 Uhr wurde der Zollassistent Scheffler nahe Reidenwalde von polnischer Seite mit 7 bis 8 Gewehrschüssen beschossen.

7. Meldung des Oberfinanzpräsidenten Ostpreußen.
Gegen 21.45 Uhr wurde der Zollwärter Will, als er einen unweit der Grenze gelegenen Gutshof mit dem Fahrrade verließ, mehrfach von polnischen Grenzwachtbeamten, die in Kleinfelde bei Mewe stationiert waren, beschossen.

28. August

1. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.
Gegen 0.30 Uhr wurden von einer deutschen Feldwache, die an der Eisenbahnbrücke Deutsch-Eylau—Neumark lag, mehrere polnische Soldaten auf deutschem Gebiet gesichtet. Als die Feldwache Feuer gab, verschwanden die Polen im Walde, wobei sie das Feuer erwiderten.

2. Meldung der Staatspolizeistelle Oppeln.
Gegen 1 Uhr wurden auf dem alten, von Ratibor nach Hohenbirken, Ostoberschlesien, führenden Promenadenweg marschierende polnische Truppen von einem deutschen Flakkommando gesichtet, als sie die Reichsgrenze etwa 150 m überschritten hatten. Das Flakkommando eröffnete daraufhin das Feuer, worauf sich die polnischen Truppen zurückzogen.

3. Meldung des Hauptzollamtes Beuthen.
Gegen 1 Uhr wurden von einem polnischen Maschinengewehr mehrere Schüsse abgegeben. Sie schlugen dicht neben einer Maschinengewehrgruppe der Grenzwacht ein, die an der Schlackenhalde beim Sportplatz Borsigwerk in Stellung lag.

4. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.
Gegen 1.45 Uhr wurde die Feldwache in Alt-Eiche, Kreis Rosenberg, Westpreußen, von regulären polnischen Truppen überfallen. Zunächst griffen die Polen eine Gruppe der Grenzwacht an, die an dem dortigen Grenzübergang postiert war und sich daraufhin bis zum Bahnhof Alt-Eiche zurückzog. In diesem Augenblick kamen aus einer anderen Richtung etwa 10 polnische Soldaten, welche zum Sturmangriff ansetzten. Die deutsche Gruppe ging nunmehr wieder in Stellung und eröffnete das Feuer. Die Polen waren in Schützenlinie ausgeschwärmt und schossen ebenfalls. Hierdurch wurde der Gefreite Grudzinski aus Hansdorf tödlich getroffen und ein weiterer deutscher Schütze an der Schulter verletzt. Die polnischen Soldaten zogen sich sodann wieder auf polnisches Gebiet zurück.

5. Meldung des Hauptzollamts Gleiwitz.
Gegen 22.45 Uhr wurden die deutschen Zollbeamten Fleischer und Quenzel, die an der Panzerschranke beim Zollamt Neuberstein Dienst taten, von polnischer Seite mit Maschinengewehr und Gewehr beschossen. Erst nach einem anschließenden Feuergefecht von 20 Minuten mit der deutschen Grenzwacht stellten die Polen das Feuer ein.

29. August

1. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.
In den frühen Morgenstunden kamen in der Nähe der Sägemühle Alt-Eiche polnische Soldaten auf deutsches Gebiet, die durch den deutschen Grenzschutz vertrieben wurden.

2. Meldung der Staatspolizeistelle Köslin.
In den frühen Morgenstunden führten polnische Grenzschutzsoldaten einen Feuerüberfall auf das deutsche Zollhaus Sonnenwalde-Bahnhof aus. Bei der Abwehr wurden ein deutscher Bezirkszollkommissar und ein deutscher Hilfsgrenzangestellter verwundet.

3. Meldung der Staatspolizeistelle Breslau.
Um 13.40 Uhr wurde der Zollbetriebsassistent Dippe von einem polnischen Grenzposten mit Gewehr beschossen, als er sich in einem Wäldchen bei Neu-Vorberg an der Straße Leften—Tharlang aufhielt.

4. Meldung des Hauptzollamtes Beuthen.
Gegen 21.45 Uhr wurden von polnischem Militär wiederholt auf deutsches Gebiet in der Nähe des Zollamtes III Beuthen Schüsse abgegeben. Zunächst erfolgten etwa 20 bis 30 Pistolenschüsse über die Zollstraße beim Zollamt hinweg in Richtung auf den Grubenhof der Beuthen-Grube, die etwa 10 m vor der dritten Gruppe eines dort befindlichen Zuges der 8. Grenzwachtkompanie einschlugen. Es folgten dann 10 bis 15 Gewehrschüsse und unmittelbar darauf weitere 4 bis 5 Schuß, die von einer Maschinenpistole herrührten. Das Feuer wurde von deutscher Seite nicht erwidert.

5. Meldung des Hauptzollamts Gleiwitz.

Gegen 23.50 Uhr wurden deutsche Zoll- und Grenzwachtbeamte auf deutschem Gebiet nahe dem Zollamt Neuberssteich von einer polnischen Formation heftig unter Feuer genommen. Hierbei waren zwei leichte Maschinengewehre, die auf deutschem Gebiet in Stellung gebracht waren, sowie ein schweres Maschinengewehr einwandfrei festzustellen. Nach einem Feuergefecht stellten die Polen um 1.15 Uhr das Feuer ein.

30. August

1. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

Gegen 0.30 Uhr wurde das Zollgehöft Neukrug, Kreis Rosenberg, Westpreußen, von der Waldseite aus von regulären polnischen Truppen angegriffen. Die Polen beabsichtigten offenbar, der Besatzung des Zollgehöftes in den Rücken zu fallen. Sie hatten unweit des Zollgehöftes hinter einer Autogarage ein leichtes Maschinengewehr in Stellung gebracht. Als sie von der deutschen Feldwache aus einem oberen Zimmer des Zollgehöftes beschossen wurden, erfolgte Stellungswechsel des polnischen Maschinengewehrs in eine dichte Schonung, die sofort gleichfalls unter Feuer genommen wurde. Der Kampf dauerte bis etwa 5 Uhr. Ein Schütze der deutschen Feldwache wurde tödlich verletzt. Im Zollgehöft wurden mehrere Fensterscheiben und die Telephonleitung zerstört.

2. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

Gegen 0.45 Uhr wurden in der Nähe der Sägemühle Alt-Eiche 3 bis 4 polnische Soldaten vom deutschen Grenzschutz festgestellt, als sie sich an die Mühle heranschleichen wollten. Sie wurden sodann durch den Grenzschutz vertrieben.

3. Meldung der Staatspolizeistelle Breslau.

Gegen 7 Uhr befand sich der Landwirt Ferdinand Braun aus Golgas, Kreis Militsch, etwa 100 m diesseits des Grenzsteines 233 bei der Feldarbeit. Er wurde plötzlich von einem polnischen Soldaten mit der Pistole beschossen, blieb aber unverletzt.

4. Meldung des Oberfinanzpräsidenten in Troppau.

Um 15.05 Uhr wurde ein über deutschem Gebiet befindliches Flugzeug — anscheinend ein deutsches Aufklärungsflugzeug — von polnischem Gebiet aus Richtung Oderberg und Wurbitz von Flakartillerie beschossen. Sprengstücke wurden gefunden und sichergestellt.

31. August

1. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

Gegen 1 Uhr wurde das Zollgehöft in Neukrug von polnischem Militär angegriffen. Es handelte sich um etwa 25 Mann mit einem leichten Maschinengewehr. Sie versuchten, das Zollgehöft zu umzingeln. Der Angriff wurde abgeschlagen.

2. Meldung des Hauptzollamts Gleiwitz.

Gegen 2 Uhr erfolgte von polnischer Seite ein Feuerüberfall auf die das Zollamt Neuberssteich sichernde deutsche Grenzwache. Ein Angriff der Polen auf das Zollamt wurde durch deutsches Abwehrfeuer verhindert.

3. Meldung des Zoll-Bezirkskommissars Deutsch-Eylau.

Gegen 3 Uhr früh wurde bei Scharschau auf deutschem Reichsgebiet durch polnische Truppen auf eine Streife der Grenzwacht ein Feuerüberfall verübt. Als die Streife Verstärkung heranzog und das Feuer erwiderte, zogen sich die Polen zurück.

4. Meldung des Polizeipräsidenten Gleiwitz.

Gegen 20 Uhr wurde der Sender Gleiwitz durch einen Trupp polnischer Aufständischer überfallen und vorübergehend besetzt. Die Aufständischen wurden durch deutsche Grenzpolizeibeamten vertrieben. Bei der Abwehr wurde ein Aufständischer tödlich verletzt.

5. Meldung des Oberfinanzpräsidenten Troppau.

In der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde das Zollamt Hoflinden durch polnische Aufständische angegriffen und vorübergehend besetzt. Durch einen Gegenangriff der SS-Verfügungstruppe wurden die Aufständischen wieder vertrieben.

6. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing.

Gegen 24.30 Uhr wurde das Zollgehöft Neukrug von 30 polnischen Soldaten angegriffen, die mit Maschinengewehren und Karabinern ausgerüstet waren. Der Angriff wurde durch die deutsche Feldwache zurückgeschlagen.

7. Meldung der Staatspolizeistelle Liegnitz.

In der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde ein deutscher Zollbeamter bei Pfalzdorf, Kreis Grünberg, etwa 75 m von der polnischen Grenze entfernt, durch polnische Truppen tödlich verletzt.

8. Meldung der Staatspolizeistelle Liegnitz.

In der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde ein deutscher Zollbeamter während der Ausübung seines Dienstes bei Röhrsdorf, Kreis Fraustadt, durch polnische Truppen erschossen, ein weiterer Zollbeamter schwer verletzt.

9. Meldung der Staatspolizeistelle Liegnitz.

In der Nacht vom 31. August zum 1. September erfolgte ohne jede Veranlassung ein Feuerüberfall von polnischer Seite auf das deutsche Zollhaus in Pfalzdorf, Kreis Grünberg.

10. Meldung der Staatspolizeistelle Liegnitz.

In der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde das deutsche Zollhaus in Geyersdorf durch polnische Aufständische vorübergehend besetzt, die einen erheblichen Sachschaden verursachten.

11. Meldung der Staatspolizeistelle Brünn.

In der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde durch polnischen Grenzschutz auf die deutsche Zollbaude in Hruschau ein Feuerüberfall mittels eines Maschinengewehrs verübt. Als deutsches Gegenfeuer einsetzte, ergriffen die Polen die Flucht.

Schliep

Nr. 471

Rede des Führers vor dem Deutschen Reichstag, 1. September 1939

Abgeordnete, Männer des Deutschen Reichstags!

Seit Monaten leiden wir alle unter der Qual eines Problems, das uns einst das Versailler Diktat beschert hat und das nunmehr in seiner Ausartung und Entartung unerträglich geworden war. Danzig war und ist eine deutsche Stadt. Der Korridor war und ist deutsch. Alle diese Gebiete verdanken ihre kulturelle Erschließung ausschließlich dem deutschen Volk, ohne das in diesen östlichen Gebieten tiefste Barbarei herrschen würde. Danzig wurde von uns getrennt, der Korridor von Polen annektiert, die dort lebenden deutschen Minderheiten in der qualvollsten Weise mißhandelt. Über eine Million Menschen deutschen Blutes mußten schon in den Jahren 1919 auf 1920 ihre Heimat verlassen. Wie immer, so habe ich auch hier versucht, auf dem Wege friedlichster Revisionsvorschläge eine Änderung des unerträglichen Zustandes herbeizuführen. Es ist eine Lüge, wenn in der Welt behauptet wird, daß wir alle unsere Revisionen nur unter Druck durchzusetzen versuchten. 15 Jahre, bevor der Nationalsozialismus zur Macht kam, hatte man Gelegenheit, auf dem Wege friedlicher Verständigung die Revision durchzuführen. Man tat es nicht. In jedem einzelnen Falle habe ich dann von mir aus nicht einmal, sondern oftmals Vorschläge zur Revision unerträglicher Zustände gemacht.

Alle diese Vorschläge sind, wie Sie wissen, abgelehnt worden. Ich brauche sie nicht im einzelnen aufzuzählen: die Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung, ja, wenn notwendig, zur Rüstungsbeseitigung, die Vorschläge zur Beschränkung der Kriegführung, die Vorschläge zur Ausschaltung von in meinen Augen mit dem Völkerrecht schwer zu vereinbarenden Methoden der modernen Kriegführung. Sie kennen die Vorschläge, die ich über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der deutschen Souveränität über die deutschen Reichsgebiete machte, die endlosen Versuche, die ich zu einer friedlichen Verständigung über das Problem Österreich unternahm und später über das Problem Sudetenland, Böhmen und Mähren. Es war alles vergeblich. Eines aber ist unmöglich: zu verlangen, daß ein unerträglicher Zustand auf dem Weg friedlicher Revision bereinigt wird, und die friedliche Revision konsequent zu verweigern. Es ist auch unmöglich, zu behaupten, daß derjenige, der in einer solchen Lage dann dazu übergeht, von sich aus diese Revisionen vorzunehmen, gegen ein Gesetz verstößt. Das Diktat von Versailles ist für uns Deutsche kein Gesetz. Es geht nicht an, von jemand mit vorgehaltener Pistole und der Drohung des Verhungerns von Millionen Menschen eine Unterschrift zu erpressen und dann das Dokument mit dieser erpreßten Unterschrift als ein feierliches Gesetz zu proklamieren.

So habe ich auch im Falle Danzigs und des Korridors versucht, durch friedliche Vorschläge auf dem Wege der Diskussion die Probleme zu lösen. Daß sie gelöst werden mußten, das war klar. Und daß der Termin dieser Lösung für die westlichen Staaten vielleicht uninteressant sein kann, ist begreiflich;

aber uns ist dieser Termin nicht gleichgültig, vor allem aber war er und konnte er nicht gleichgültig sein für die leidenden Opfer. Ich habe in Besprechungen mit polnischen Staatsmännern die Gedanken, die Sie von mir hier in meiner letzten Reichstagsrede vernommen haben, erörtert. Kein Mensch kann behaupten, daß dies etwa ein ungebührliches Verfahren oder gar ein ungebührlicher Druck gewesen wäre.

Ich habe dann die deutschen Vorschläge formulieren lassen, und ich muß es noch einmal wiederholen, daß es etwas Loyaleres und Bescheideneres als diese von mir unterbreiteten Vorschläge nicht gibt. Und ich möchte das jetzt der Welt sagen: ich allein war überhaupt nur in der Lage, solche Vorschläge zu machen; denn ich weiß ganz genau, daß ich mich damals zur Auffassung von Millionen von Deutschen in Gegensatz gebracht habe.

Diese Vorschläge sind abgelehnt worden. Aber nicht nur das: sie wurden beantwortet mit Mobilmachungen, mit verstärktem Terror, mit gesteigertem Druck auf die Volksdeutschen in diesen Gebieten und mit einem langsamen wirtschaftlichen, politischen und in den letzten Wochen endlich auch militärischen und verkehrstechnischen Abdrosselungskampf gegen die Freie Stadt Danzig. Polen hat den Kampf gegen die Freie Stadt Danzig entfesselt. Es war weiter nicht bereit, die Korridorfrage in einer irgendwie billigen und den Interessen beider gerecht werdenden Weise zu lösen. Es hat endlich nicht daran gedacht, seine Minderheitsverpflichtungen einzuhalten. Ich muß hier feststellen: Deutschland hat diese Verpflichtungen eingehalten. Die Minderheiten, die im Deutschen Reich leben, werden nicht verfolgt. Es soll ein Franzose aufstehen und erklären, daß etwa die im Saargebiet lebenden Franzosen unterdrückt, gequält und entrechtet werden. Keiner wird dies behaupten können.

Ich habe nun dieser Entwicklung vier Monate lang ruhig zugesehen, allerdings nicht, ohne immer wieder zu warnen. Ich habe in letzter Zeit diese Warnungen verstärkt. Ich habe dem Polnischen Botschafter vor nun schon über drei Wochen mitteilen lassen, daß, wenn Polen noch weitere ultimative Noten an Danzig schicken würde, wenn es weitere Unterdrückungsmaßnahmen gegen das Deutschtum vornehmen würde oder wenn es versuchen sollte, auf dem Wege zollpolitischer Maßnahmen Danzig wirtschaftlich zu vernichten, dann Deutschland nicht länger mehr untätig zusehen könnte. Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß man in dieser Hinsicht das heutige Deutschland nicht mit dem Deutschland, das vor uns war, verwechseln darf.

Man hat versucht, das Vorgehen gegen die Volksdeutschen damit zu entschuldigen, daß man erklärte, sie hätten Provokationen begangen. Ich weiß nicht, worin die »Provokationen« der Kinder oder Frauen bestehen sollen, die man mißhandelt und verschleppt, oder die »Provokationen« derer, die man in der tierischsten, sadistischsten Weise gequält und schließlich getötet hat. Eines aber weiß ich: daß es keine Großmacht von Ehre gibt, die auf die Dauer solchen Zuständen ruhig zusehen würde.

Ich habe trotzdem noch einen letzten Versuch gemacht. Obwohl ich innerlich überzeugt war, daß es der Polnischen Regierung — vielleicht auch infolge ihrer Abhängigkeit von einer nunmehr entfesselten wilden Soldateska — mit einer wirklichen Verständigung nicht ernst ist, habe ich einen Vermittlungsvorschlag der Britischen Regierung angenommen. Sie schlug vor, daß sie nicht selbst Verhandlungen führen sollte, sondern versicherte, eine direkte Verbindung zwischen Polen und Deutschland herzustellen, um noch einmal in das Gespräch zu kommen.

Ich muß hier folgendes feststellen: Ich habe diesen Vorschlag angenommen. Ich habe für diese Besprechungen Grundlagen ausgearbeitet, die Ihnen bekannt sind, und ich bin dann mit meiner Regierung zwei volle Tage dagesessen und habe gewartet, ob es der Polnischen Regierung paßt, nun endlich einen Bevollmächtigten zu schicken oder nicht. Sie hat uns bis gestern abend keinen Bevollmächtigten geschickt, sondern durch ihren Botschafter mitteilen lassen, daß sie zur Zeit erwäge, ob und inwieweit sie in der Lage sei, auf die englischen Vorschläge einzugehen; sie würde dies England mitteilen.

Meine Herren Abgeordneten! Wenn man dem Deutschen Reich und seinem Staatsoberhaupt so etwas zumuten kann und das Deutsche Reich und sein Staatsoberhaupt das dulden würden, dann würde die deutsche Nation nichts anderes verdienen, als von der politischen Bühne abzutreten. Meine Friedensliebe und meine endlose Langmut soll man nicht mit Schwäche oder gar mit Feigheit verwechseln. Ich habe daher gestern abend der Britischen Regierung mitgeteilt, daß ich unter diesen Umständen auf seiten der Polnischen Regierung keine Geneigtheit mehr finden kann, mit uns in ein wirklich ernstes Gespräch einzutreten.

Damit sind diese Vermittlungsvorschläge gescheitert. Denn unterdes war als Antwort auf diesen Vermittlungsvorschlag erstens die polnische Generalmobilmachung gekommen und zweitens neue schwere Greueltaten. Diese Vorgänge haben sich nun heute nacht abermals wiederholt. Nachdem schon neulich in einer einzigen Nacht 21 Grenzzwischenfälle zu verzeichnen waren, sind es heute nacht 14 gewesen, darunter drei ganz schwere.

Ich habe mich daher nun entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, die Polen seit Monaten uns gegenüber anwendet.

Wenn nun Staatsmänner im Westen erklären, daß dies ihre Interessen berühre, so kann ich eine solche Erklärung nur bedauern. Sie kann mich aber nicht eine Sekunde in der Erfüllung meiner Pflicht wankend machen. Ich habe es feierlich versichert und wiederhole es, daß wir von diesen Weststaaten nichts fordern und nie etwas fordern werden. Ich habe versichert, daß die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland eine endgültige ist. Ich habe England immer wieder eine Freundschaft und, wenn notwendig, das engste Zusammengehen angeboten. Aber Liebe kann nicht nur von einer Seite geboten werden, sie muß von der anderen ihre Erwiderung finden. Deutschland hat keine Interessen im Westen. Unser Westwall ist zugleich für alle Zeiten die Grenze des Reiches. Wir haben auch keinerlei Ziel für die Zukunft, und diese Einstellung des Reiches wird sich nicht mehr ändern.

Die anderen europäischen Staaten begreifen zum Teil unsere Haltung. Ich möchte hier vor allem Italien danken, das uns in dieser ganzen Zeit unterstützt hat. Sie werden aber auch verstehen, daß wir für die Durchführung dieses Kampfes nicht an eine fremde Hilfe appellieren wollen. Wir werden diese unsere Aufgabe selber lösen.

Die neutralen Staaten haben uns ihre Neutralität versichert, genau so, wie wir sie ihnen schon vorher garantieren. Es ist uns heiliger Ernst mit dieser Versicherung, und solange kein anderer ihre Neutralität bricht, werden wir sie ebenfalls peinlichst beachten; denn was sollten wir von ihnen wünschen oder wollen?

Ich bin glücklich, Ihnen nun von dieser Stelle aus ein besonderes Ereignis mitteilen zu können. Sie wissen, daß Rußland und Deutschland von zwei verschiedenen Doktrinen regiert werden. Es war nur eine Frage, die geklärt werden mußte: Deutschland hat nicht die Absicht, seine Doktrin zu exportieren, und in dem Augenblick, in dem Sowjetrußland seine Doktrin nicht nach Deutschland zu exportieren gedenkt, sehe ich keine Veranlassung mehr, daß wir auch nur noch einmal gegeneinander Stellung nehmen sollen! Wir sind uns beide darüber klar: Jeder Kampf unserer Völker gegeneinander würde nur anderen einen Nutzen abwerfen. Daher haben wir uns entschlossen, einen Pakt abzuschließen, der zwischen uns beiden für alle Zukunft jede Gewaltanwendung ausschließt, der uns in gewissen europäischen Fragen zur Konsultierung verpflichtet, der das wirtschaftliche Zusammenarbeiten ermöglicht und vor allem sicherstellt, daß sich die Kräfte dieser beiden großen Staaten nicht gegeneinander verbrauchen.

Jeder Versuch des Westens, hier etwas zu ändern, wird fehlschlagen! Und ich möchte das eine hier versichern: Diese politische Entscheidung bedeutet eine ungeheure Wende für die Zukunft und ist eine endgültige!

Ich glaube, das ganze deutsche Volk wird diese politische Einstellung begrüßen! Rußland und Deutschland haben im Weltkrieg gegeneinander gekämpft und waren beide letzten Endes die Leidtragenden. Ein zweites Mal soll und wird das nicht mehr geschehen! Der Nichtangriffs- und Konsultativpakt, der am Tage seiner Unterzeichnung bereits gültig wurde, hat gestern die höchste Ratifikation in Moskau und auch in Berlin erfahren.

In Moskau wurde dieser Pakt genau so begrüßt, wie Sie ihn hier begrüßen. Die Rede, die der Russische Außenkommissar Molotow hielt, kann ich Wort für Wort unterschreiben.

Unsere Ziele: Ich bin entschlossen,
erstens die Frage Danzig,
zweitens die Frage des Korridors zu lösen und
drittens dafür zu sorgen, daß im Verhältnis Deutschlands zu Polen eine Wendung eintritt, die ein friedliches Zusammenleben sicherstellt!

Ich bin dabei entschlossen, so lange zu kämpfen, bis entweder die derzeitige Polnische Regierung dazu geneigt ist, diese Änderung herzustellen, oder bis eine andere polnische Regierung dazu bereit ist!

Ich will von den deutschen Grenzen das Element der Unsicherheit, die Atmosphäre ewiger, bürgerkriegähnlicher Zustände entfernen. Ich will dafür sorgen, daß im Osten der Friede an der Grenze kein anderer ist, als wir ihn an unseren anderen Grenzen kennen.

Ich will dabei die notwendigen Handlungen so vornehmen, daß sie nicht dem widersprechen, was ich Ihnen hier, meine Herren Abgeordneten, im Reichstag selbst als Vorschläge an die übrige Welt bekanntgab.

Das heißt, ich will nicht den Kampf gegen Frauen und Kinder führen! Ich habe meiner Luftwaffe den Auftrag gegeben, sich bei den Angriffen auf militärische Objekte zu beschränken. Wenn aber der Gegner glaubt, daraus einen Freibrief ablesen zu können, seinerseits mit umgekehrten Methoden zu kämpfen, dann wird er eine Antwort erhalten, daß ihm Hören und Sehen vergeht!

Polen hat nun heute nacht zum erstenmal auf unserem eigenen Territorium auch durch reguläre Soldaten geschossen. Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen! Und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten! Wer mit Gift kämpft, wird mit Giftgas bekämpft. Wer sich selbst von den Regeln

einer humanen Kriegführung entfernt, kann von uns nichts anderes erwarten, als daß wir den gleichen Schritt tun.

Ich werde diesen Kampf, ganz gleich gegen wen, so lange führen, bis die Sicherheit des Reiches und seine Rechte gewährleistet sind!

Über sechs Jahre habe ich nun am Aufbau der deutschen Wehrmacht gearbeitet. In dieser Zeit sind über 90 Milliarden für den Aufbau unserer Wehrmacht angewendet worden. Sie ist heute die am besten ausgerüstete der Welt und steht weit über jedem Vergleich mit der des Jahres 1914! Mein Vertrauen auf sie ist unerschütterlich!

Wenn ich diese Wehrmacht aufrief und wenn ich nun vom deutschen Volk Opfer und, wenn notwendig, alle Opfer fordere, dann habe ich ein Recht dazu, denn auch ich selbst bin heute genau so bereit, wie ich es früher war, jedes persönliche Opfer zu bringen! Ich verlange von keinem deutschen Mann etwas anderes, als was ich selber über vier Jahre lang bereit war, jederzeit zu tun. Es soll keine Entbehrungen Deutscher geben, die ich nicht selber sofort übernehme! Mein ganzes Leben gehört von jetzt ab erst recht meinem Volke! Ich will jetzt nichts anderes sein als der erste Soldat des Deutschen Reiches.

Ich habe damit wieder jenen Rock angezogen, der mir selbst der heiligste und teuerste war. Ich werde ihn nur ausziehen nach dem Sieg, — oder ich werde dieses Ende nicht erleben!

Sollte mir in diesem Kampf etwas zustoßen, dann ist mein erster Nachfolger Parteigenosse Göring. Sollte Parteigenossen Göring etwas zustoßen, ist sein Nachfolger Parteigenosse Heß. Sie würden diesen dann als Führer genau so zu blinder Treue und Gehorsam verpflichtet sein wie mir. Für den Fall, daß auch Parteigenossen Heß etwas zustoßen sollte, werde ich durch Gesetz nunmehr den Senat berufen, der dann den Würdigsten, das heißt den Tapfersten, aus seiner Mitte wählen soll!

Als Nationalsozialist und deutscher Soldat gehe ich in diesen Kampf mit einem starken Herzen! Mein ganzes Leben war nichts anderes als ein einziger Kampf für mein Volk, für seine Wiederauferstehung, für Deutschland, und über diesem Kampf stand nur ein Bekenntnis: der Glaube an dieses Volk!

Ein Wort habe ich nie kennengelernt, es heißt: Kapitulation. Wenn irgend jemand aber meint, daß wir vielleicht einer schweren Zeit entgegengehen, so möchte ich bitten zu bedenken, daß einst ein Preußenkönig mit einem lächerlich kleinen Staat einer der größten Koalitionen gegenübertrat und in drei Kämpfen am Ende doch erfolgreich bestand, weil er jenes gläubige, starke Herz besaß, das auch wir in dieser Zeit benötigen.

Der Umwelt aber möchte ich versichern: Ein November 1918 wird sich niemals mehr in der deutschen Geschichte wiederholen!

So wie ich selber bereit bin, jederzeit mein Leben für mein Volk und für Deutschland einzusetzen, so verlange ich dasselbe auch von jedem anderen!

Wer aber glaubt, sich diesem nationalen Gebot, sei es direkt oder indirekt, widersetzen zu können, der fällt! Verräter haben nichts mit uns zu tun! Wir alle bekennen uns damit nur zu unserem alten Grundsatz: Es ist gänzlich unwichtig, ob wir leben; aber notwendig ist es, daß unser Volk, daß Deutschland lebt.

Ich erwarte von Ihnen als den Sendboten des Reiches, daß Sie nunmehr auf allen Plätzen, auf die Sie gestellt sind, Ihre Pflicht erfüllen! Sie müssen Bannerträger sein des Widerstandes, koste es, was es wolle! Keiner melde mir, daß in seinem Gau, in seinem Kreis oder in seiner Gruppe oder in seiner Zelle die Stimmung einmal schlecht sein könnte! Träger, verantwortliche Träger der Stimmung sind Sie! Ich bin verantwortlich für die Stimmung im deutschen Volk, Sie sind verantwortlich für die Stimmung in Ihren Gauen, in Ihren Kreisen. Keiner hat das Recht, diese Verantwortung abzutreten. Das Opfer, das von uns verlangt wird, ist nicht größer als das Opfer, das zahlreiche Generationen gebracht haben. All die Männer, die vor uns den bittersten und schwersten Weg für Deutschland antreten mußten, haben nichts anderes geleistet, als was wir auch zu leisten haben; ihr Opfer war kein billigeres und kein schmerzloseres und damit kein leichteres, als das Opfer sein würde, das von uns verlangt wird.

Ich erwarte auch von der deutschen Frau, daß sie sich in eiserner Disziplin vorbildlich in diese große Kampfgemeinschaft einfügt!

Die deutsche Jugend aber wird strahlenden Herzens ohnehin erfüllen, was die Nation, der nationalsozialistische Staat, von ihr erwartet und fordert!

Wenn wir diese Gemeinschaft bilden, eng verschworen, zu allem entschlossen, niemals gewillt zu kapitulieren, dann wird unser Wille jeder Not Herr werden!

Ich schließe mit dem Bekenntnis, das ich einst aussprach, als ich den Kampf um die Macht im Reich begann. Damals sagte ich: Wenn unser Wille so stark ist, daß keine Not ihn mehr zu zwingen vermag, dann wird unser Wille und unser deutscher Stahl auch die Not zerbrechen und besiegen.

Deutschland — Sieg Heil!

Nr. 472

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Britischen Botschafter, 1. September 1939 21 Uhr

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt

Sir Nevile Henderson übergab im Auftrag seiner Regierung folgende Note, der er auch eine unverbindliche schriftliche Übersetzung in deutscher Sprache hinzufügte:

Berlin, den 1. September 1939

Euer Exzellenz,

Im Auftrage des Ministers Seiner Majestät für Auswärtige Angelegenheiten beehre ich mich, folgende Mitteilung zu machen:

In den frühen Morgenstunden des heutigen Tages hat der Deutsche Reichskanzler einen Aufruf an die deutsche Wehrmacht erlassen, aus dem klar hervorging, daß er im Begriff war, Polen anzugreifen.

Aus Nachrichten, die zur Kenntnis der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich und der Französischen Regierung gelangt sind, geht hervor, daß deutsche Truppen die polnische Grenze überschritten haben und daß Angriffe auf polnische Städte im Gange sind.

Unter diesen Umständen sind die Regierungen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs der Auffassung, daß die Deutsche Regierung durch diese ihre Handlung die Voraussetzungen geschaffen hat (nämlich einen aggressiven Gewaltakt gegenüber Polen, der dessen Unabhängigkeit bedroht), welche seitens der Regierungen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs die Erfüllung ihrer Verpflichtungen, Polen Beistand zu leisten, erheischen.

Ich bin daher beauftragt, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen wird, wenn nicht die Deutsche Regierung bereit ist, der Regierung des Vereinigten Königreichs befriedigende Zusicherungen dahingehend abzugeben, daß die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlung gegen Polen eingestellt hat und bereit ist, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.

Ich benutze diese Gelegenheit, usw.

Nevile Henderson

Der Reichsaußenminister erwiderte, eine deutsche Aggression läge nicht vor, sondern Polen habe seit Monaten Deutschland provoziert. Nicht Deutschland habe gegen Polen, sondern Polen gegen Deutschland mobilisiert. Am Vortage hätten nun noch direkte Einfälle polnischer regulärer und irregulärer Truppenverbände in deutsches Gebiet stattgefunden.

Die vom Englischen Botschafter soeben überreichte Mitteilung würde er an den Führer weiterleiten und dann eine sofortige Antwort erteilen. Der Reichsaußenminister fügte hinzu, daß, wenn die Britische Regierung Polen gegenüber eine solche Aktivität entfaltet hätte, wie sie dies anscheinend jetzt Deutschland gegenüber beabsichtige, eine Regelung mit Polen längst gefunden worden wäre.

Sir Nevile Henderson erwiderte, er würde diese Bemerkungen seiner Regierung übermitteln und bäte, den Inhalt des Schreibens an den Führer weiterzuleiten. Er bat um eine möglichst baldige Antwort.

Der Reichsaußenminister erwiderte, es hätte an und für sich keine Veranlassung vorgelegen, die deutschen Vorschläge der Britischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, nachdem durch Nichterscheinen eines polnischen Unterhändlers diese Vorschläge hinfällig geworden seien. Trotzdem habe er (der Reichsaußenminister) diese Vorschläge Henderson vorgelesen in der stillen Hoffnung, daß England doch noch Polen zur Vernunft bringen würde. Der Führer hätte noch einen ganzen weiteren Tag vergeblich gewartet. Von polnischer Seite sei weiter nichts erfolgt als neue schwere Provokationen.

Sir Nevile Henderson erwiderte, es täte ihm furchtbar leid, daß der Reichsaußenminister es bei seiner letzten Unterredung ablehnte, ihm (Henderson) den Text der Vorschläge zu überreichen. Es sei begreiflich, daß er bei dem schnellen Vorlesen des deutschen Textes dieses ziemlich langen und komplizierten Dokuments das meiste nicht verstanden habe.

Der Reichsaußenminister wies darauf hin, daß er das Dokument langsam und deutlich vorgelesen habe und daß er sogar noch zu den Hauptpunkten (Danzig, Abstimmung im Korridor, Minderheitenschutz) mündliche Erklärungen abgegeben habe. Er sei nicht ermächtigt gewesen, ihm das Dokument auszuhändigen und habe es daher vorgelesen in der Hoffnung, daß wenigstens am nächsten Tage noch von polnischer Seite darauf eingegangen würde. Der Führer habe noch einen ganzen Tag gewartet und schließlich den Eindruck gewonnen, daß England nichts weiter tun wolle.

Als Henderson noch einmal sein Bedauern darüber aussprach, daß ihm trotz seiner Bitte die Vorschläge nicht übergeben worden sind, wiederholte der Reichsaußenminister, daß er das Dokument langsam vorgelesen und einzelne Punkte erläutert hätte, so daß er der Ansicht sein konnte, Henderson habe alles verstanden.

Schmidt

Nr. 473

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Französischen Botschafter, 1. September 1939 22 Uhr

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt

Botschafter Coulondre überreichte folgende, mit der vorher von Henderson übergebenen Instruktion gleichlautende Weisung, ohne eine deutsche Übersetzung hinzuzufügen:

(Übersetzung)

Berlin, den 1. September 1939

Euer Exzellenz,

Im Auftrag des Französischen Außenministers beehre ich mich, folgende Mitteilung zu machen.

In den frühen Morgenstunden des heutigen Tages hat der Deutsche Reichskanzler einen Aufruf an die Deutsche Wehrmacht erlassen, aus dem klar hervorging, daß er im Begriff war, Polen anzugreifen.

Aus Nachrichten, die zur Kenntnis der Französischen Regierung und der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich gelangt sind, geht hervor, daß deutsche Truppen die polnische Grenze überschritten haben und daß Angriffe auf polnische Städte im Gange sind.

Unter diesen Umständen sind die Regierungen Frankreichs und des Vereinigten Königreichs der Auffassung, daß die Deutsche Regierung durch diese ihre Handlung die Voraussetzungen geschaffen hat (nämlich einen aggressiven Gewaltakt gegenüber Polen, der dessen Unabhängigkeit bedroht), welche seitens der Regierungen Frankreichs und des Vereinigten Königreichs die Erfüllung ihrer Verpflichtungen, Polen Beistand zu leisten, erheischen.

Ich bin daher beauftragt, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß die Französische Regierung ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen wird, wenn nicht die Deutsche Regierung bereit ist, der Französischen Regierung befriedigende Zusicherungen dahingehend abzugeben, daß die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlung gegen Polen eingestellt hat und bereit ist, die Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.

Ich benutze die Gelegenheit, usw.

Coulondre

Der Reichsaußenminister erwiderte, daß er Botschafter Coulondre gegenüber nur das gleiche erklären könne, was er bereits dem Englischen Botschafter gesagt habe: Deutschland habe keine Aggression gegen Polen unternommen, sondern Polen hätte Deutschland seit Monaten in unerhörter Weise provoziert, indem es Danzig wirtschaftlich abschnürte, die deutsche Minderheit in Polen schwer drangsalierte und dauernd Grenzverletzungen beging. Der Führer habe eine unvergleichliche Geduld an den Tag gelegt und immer noch gehofft, daß Polen vernünftig werden würde. Das Gegenteil sei der Fall gewesen. Polen habe, nachdem es schon seit Monaten mit der Mobilisierung begonnen hätte, nunmehr auch formell die Generalmobilmachung angeordnet und habe gestern abend nicht nur Grenzverletzungen, sondern drei schwere Einfälle in deutsches Gebiet begangen. Auf Grund dieser Tatsachen lehne daher Deutschland die Version einer deutschen Aggression gegen Polen ab.

Abschließend versprach der Reichsaußenminister, dem Führer vom Inhalt des Schreibens Kenntnis zu geben und danach dem Französischen Botschafter eine Antwort zu erteilen.

Schmidt

Nr. 474

Dem Auswärtigen Amt am 2. September 1939 vormittags vom Italienischen Botschafter übergebene Notiz *

Zur Information läßt Italien wissen, natürlich jede Entscheidung dem Führer überlassend, daß es noch die Möglichkeit hätte, von Frankreich, England und Polen eine Konferenz auf folgenden Grundlagen annehmen zu lassen:

1. Waffenstillstand, der die Armeen läßt, wo sie jetzt sind;
2. Einberufung der Konferenz in zwei bis drei Tagen;
3. Lösung des polnisch-deutschen Streits, welche, wie die Sachen heute liegen, sicher günstig für Deutschland sein würde.

Für den Gedanken, der ursprünglich vom Duce ausgegangen ist, setzt sich heute besonders Frankreich ein.

---

* Die dem Italienischen Botschafter mitgeteilte Bereitwilligkeit der Deutschen Regierung, auf diesen Vorschlag einzugehen, wurde der Öffentlichkeit in dem Memorandum vom 3. September 1939 (Nr. 479 Ziff. 3) bekanntgegeben. Vgl. auch Nr. 482.

Nr. 475

Mitteilung der Havas-Agentur, 2. September 1939

(Übersetzung)

Die Französische Regierung ist gestern ebenso wie mehrere andere Regierungen mit einem italienischen Vorschlag zur Regelung der europäischen Schwierigkeiten befaßt worden. Nach Beratung über diesen Vorschlag hat die Französische Regierung eine positive Antwort gegeben.

Nr. 476

Aus der Erklärung des Britischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Lord Halifax im Oberhaus, 2. September 1939 nachmittags *

(Übersetzung)

.... Auf die mahnende Botschaft, die gestern abend Deutschland übermittelt wurde, ist bisher noch keine Antwort eingelaufen.

Es ist möglich, daß diese Verzögerung auf der von der Italienischen Regierung gemachten Vorschläge zurückzuführen ist, wonach eine Einstellung der Feindseligkeiten erfolgen und unverzüglich eine Konferenz zwischen Großbritannien, Frankreich, Polen, Deutschland und Italien einberufen werden sollte.

Der Britischen Regierung ist es aber nicht möglich, an einer Konferenz teilzunehmen zu einer Zeit, da Polen einer Invasion ausgesetzt ist, polnische Städte mit Bomben belegt werden und Danzig durch Gewalt Gegenstand einer einseitigen Lösung geworden ist........

Nr. 477

Vom Britischen Botschafter am 3. September 1939 9 Uhr im Auswärtigen Amt übergebene Note

(Übersetzung)

Den 3. September 1939

Euer Exzellenz,

In der Mitteilung, welche ich die Ehre hatte, Ihnen am 1. September zu machen, unterrichtete ich Sie auf Weisung des Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Seiner Majestät, daß die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen werde, wenn nicht die Deutsche Regierung bereit sei, der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich befriedigende Zusicherungen dahingehend abzugeben, daß die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlung gegen Polen eingestellt habe und bereit sei, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.

Obwohl diese Mitteilung vor mehr als 24 Stunden erfolgte, ist keine Antwort eingegangen, hingegen wurden die deutschen Angriffe auf Polen fortgesetzt und verstärkt. Ich habe demgemäß die Ehre, Sie davon zu unterrichten, daß, falls nicht bis 11 Uhr vormittags britische Sommerzeit am heutigen Tage, dem 3. September, eine befriedigende Zusicherung im obenerwähnten Sinne von der Deutschen Regierung erteilt wird und bei Seiner Majestät Regierung in London eintrifft, ein Kriegszustand zwischen den beiden Ländern von dieser Stunde an bestehen wird.

Ich benutze diese Gelegenheit usw.

Nevile Henderson

* Eine gleichlautende Erklärung war zu gleicher Zeit vom Britischen Premierminister im Unterhause abgegeben worden.

Nr. 478

Note des Britischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Lord Halifax an den Deutschen Geschäftsträger in London, 3. September 1939 11.15 Uhr

(Übersetzung)

Den 3. September 1939

Herr Geschäftsträger,

Am 1. September unterrichtete der Botschafter Seiner Majestät in Berlin auf meine Weisung hin die dortige Regierung davon, daß die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen werde, wenn nicht die Deutsche Regierung bereit sei, der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich befriedigende Zusicherungen dahingehend abzugeben, daß die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlung gegen Polen eingestellt habe und bereit sei, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.

Um 9 Uhr vormittags am heutigen Tage unterrichtete der Botschafter Seiner Majestät in Berlin auf meine Weisung hin die Deutsche Regierung dahingehend, daß, falls nicht bis 11 Uhr vormittags britische Sommerzeit am heutigen Tage, dem 3. September, eine befriedigende Zusicherung im obengenannten Sinne von der Deutschen Regierung erteilt wird und bei Seiner Majestät Regierung in London eintrifft, ein Kriegszustand zwischen den beiden Ländern von dieser Stunde an bestehen wird.

Da keine solche Zusicherungen eingingen, habe ich die Ehre, Sie davon zu unterrichten, daß ein Kriegszustand zwischen den beiden Ländern von 11 Uhr vormittags am heutigen Tage, dem 3. September, an gerechnet, besteht.

Ich habe die Ehre, usw.

Halifax

Nr. 479

Dem Britischen Botschafter vom Reichsminister des Auswärtigen am 3. September 1939 11.30 Uhr ausgehändigtes Memorandum der Reichsregierung

Die Deutsche Reichsregierung hat das Ultimatum der Britischen Regierung vom 3. September 1939 erhalten. Sie beehrt sich, darauf folgendes zu erwidern:

1. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen es ab, von der Britischen Regierung ultimative Forderungen entgegenzunehmen, anzunehmen oder gar zu erfüllen.
2. Seit vielen Monaten herrscht an unserer Ostgrenze der tatsächliche Zustand des Krieges. Nachdem der Versailler Vertrag Deutschland erst zerrissen hat, wurde allen deutschen Regierungen seitdem jede friedliche Regelung verweigert. Auch die nationalsozialistische Regierung hat nach dem Jahre 1933 immer wieder versucht, auf dem Wege friedlicher Aushandlungen die schlimmsten Vergewaltigungen und Rechtsbrüche dieses Vertrages zu beseitigen. Es ist mit in erster Linie die Britische Regierung gewesen, die durch ihr intransigentes Verhalten jede praktische Revision vereitelte. Ohne das Dazwischentreten der Britischen Regierung wäre — dessen sind sich die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk bewußt — zwischen Deutschland und Polen sicher eine vernünftige und beiden Seiten gerecht werdende Lösung gefunden worden. Denn Deutschland hatte nicht die Absicht oder die Forderung gestellt, Polen zu vernichten. Das Reich forderte nur die Revision jener Artikel des Versailler Vertrages, die von einsichtsvollen Staatsmännern aller Völker schon zur Zeit der Abfassung dieses Diktates als für eine große Nation sowohl als für die gesamten politischen und wirtschaftlichen Interessen Osteuropas auf die Dauer als untragbar und damit unmöglich bezeichnet worden waren. Auch britische Staatsmänner erklärten die damals Deutschland aufgezwungene Lösung im Osten als den Keim späterer Kriege. Diese Gefahr zu beseitigen, war der Wunsch aller deutschen Reichsregierungen und besonders die Absicht der neuen nationalsozialistischen Volksregierung. Diese friedliche Revision verhindert zu haben, ist die Schuld der britischen Kabinettspolitik.
3. Die Britische Regierung hat — ein einmaliger Vorgang in der Geschichte — dem polnischen Staat eine Generalvollmacht erteilt für alle Handlungen gegen Deutschland, die dieser Staat etwa vorzunehmen beabsichtigen würde. Die Britische Regierung sicherte der Polnischen Regierung unter allen Umständen für den Fall, daß sich Deutschland gegen irgendeine Provokation oder einen Angriff zur Wehr setzen würde, ihre militärische Unterstützung zu. Daraufhin hat der polnische Terror gegen die in den einst von Deutschland weggerissenen Gebieten lebenden Deutschen sofort unerträgliche Formen angenommen. Die Freie Stadt Danzig wurde gegen alle gesetzlichen Bestimmungen rechtswidrig behandelt, erst wirtschaftlich und zollpolitisch mit der Vernichtung

bedroht und endlich militärisch zerniert und verkehrstechnisch abgedrosselt. Alle diese der Britischen Regierung genau bekannten Verstöße gegen das Gesetz des Danziger Status wurden gebilligt und durch die ausgestellte Blankovollmacht an Polen gedeckt. Die Deutsche Regierung hat, ergriffen von dem Leid der von Polen gequälten und unmenschlich mißhandelten deutschen Bevölkerung, dennoch 5 Monate lang geduldig zugesehen, ohne auch nur einmal gegen Polen eine ähnlich aggressive Handlung zu betätigen.

Sie hat nur Polen gewarnt, daß diese Vorgänge auf die Dauer unerträglich sein würden und daß sie entschlossen sei, für den Fall, daß dieser Bevölkerung sonst keine Hilfe würde, zur Selbsthilfe zu schreiten. Alle diese Vorgänge waren der Britischen Regierung auf das genaueste bekannt. Es wäre ihr ein leichtes gewesen, ihren großen Einfluß in Warschau aufzubieten, um die dortigen Machthaber zu ermahnen, Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die bestehenden Verpflichtungen einzuhalten. Die Britische Regierung hat dies nicht getan. Sie hat im Gegenteil unter steter Betonung ihrer Pflicht, Polen unter allen Umständen beizustehen, die Polnische Regierung geradezu ermuntert, in ihrem verbrecherischen, den Frieden Europas gefährdenden Verhalten fortzufahren. Die Britische Regierung hat aus diesem Geiste heraus den den Frieden Europas immer noch retten könnenden Vorschlag Mussolinis zurückgewiesen, obwohl die Deutsche Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit erklärt hatte, darauf einzugehen. Die Britische Regierung trägt daher die Verantwortung für all das Unglück und das Leid, daß jetzt über viele Völker gekommen ist und kommen wird.

4. Nachdem alle Versuche, eine friedliche Lösung zu finden und abzuschließen, durch die Intransigenz der von England gedeckten Polnischen Regierung unmöglich gemacht worden waren, nachdem die schon seit Monaten bestehenden bürgerkriegsähnlichen Zustände an der Ostgrenze des Reichs, ohne daß die Britische Regierung etwas dagegen einzuwenden hätte, sich allmählich zu offenen Angriffen auf das Reichsgebiet verstärkten, hat sich die Deutsche Reichsregierung entschlossen, dieser fortdauernden und für eine Großmacht unerträglichen Bedrohung des erst äußeren und dann endlich auch inneren Friedens des deutschen Volkes ein Ende zu bereiten, mit jenen Mitteln, die, nachdem die Regierungen der Demokratien alle anderen Revisionsmöglichkeiten praktisch sabotiert hatten, allein noch übrigbleiben, um die Ruhe, die Sicherheit und die Ehre des Deutschen Reiches zu verteidigen. Sie hat auf die letzten, das Reichsgebiet bedrohenden Angriffe der Polen mit gleichen Maßnahmen geantwortet. Die Deutsche Reichsregierung ist nicht gewillt, infolge irgendwelcher britischer Absichten oder Verpflichtungen im Osten Zustände zu dulden, die jenen gleichen, wie wir sie in dem unter britischem Protektorat stehenden Palästina vorfinden. Das deutsche Volk aber ist vor allem nicht gewillt, sich von Polen mißhandeln zu lassen.

5. Die Deutsche Reichsregierung lehnt daher die Versuche, durch eine ultimative Forderung Deutschland zu zwingen, seine zum Schutze des Reiches angetretene Wehrmacht wieder zurückzurufen und damit die alte Unruhe und das alte Unrecht erneut hinzunehmen, ab. Die Drohung, Deutschland ansonsten im Kriege zu bekämpfen, entspricht der seit Jahren proklamierten Absicht zahlreicher britischer Politiker. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben dem englischen Volk unzählige Male versichert, wie sehr sie eine Verständigung, ja eine engste Freundschaft mit ihm wünschen. Wenn die Britische Regierung diese Angebote bisher immer ablehnte und nunmehr mit einer offenen Kriegsdrohung beantwortet, ist dies nicht Schuld des deutschen Volkes und seiner Regierung, sondern ausschließlich Schuld des britischen Kabinetts bzw. jener Männer, die seit Jahren die Vernichtung und Ausrottung des deutschen Volkes predigen. Das deutsche Volk und seine Regierung haben nicht wie Großbritannien die Absicht, die Welt zu beherrschen, aber sie sind entschlossen, ihre eigene Freiheit, ihre Unabhängigkeit und vor allem ihr Leben zu verteidigen. Die im Auftrag der Britischen Regierung von Herrn King Hall uns mitgeteilte Absicht, das deutsche Volk noch mehr zu vernichten als durch den Versailler Vertrag, nehmen wir zur Kenntnis und werden daher jede Angriffshandlung Englands mit den gleichen Waffen und in der gleichen Form beantworten.

Berlin, den 3. September 1939.

Nr. 480

Dem Reichsminister des Auswärtigen am 3. September 1939 12.20 Uhr vom Französischen Botschafter überreichte Note

(Übersetzung)

Berlin, den 3. September 1939.

Exzellenz,

Da ich am 3. September 12 Uhr mittags keine befriedigende Antwort der Reichsregierung auf die Note erhalten habe, die ich Ihnen am 1. September 22 Uhr übergab, habe ich die Ehre, Ihnen im Auftrag meiner Regierung folgende Mitteilung zu machen:

Die Regierung der Französischen Republik betrachtet es als ihre Pflicht, ein letztesmal an die schwere Verantwortung zu erinnern, die von der Reichsregierung dadurch übernommen wurde, daß sie ohne

Kriegserklärung die Feindseligkeiten gegen Polen eröffnete und dem Vorschlag der Regierungen der Französischen Republik und Seiner Britischen Majestät nicht Folge leistete, jede Angriffshandlung gegen Polen zu unterlassen und sich zur unverzüglichen Zurückziehung ihrer Truppen aus polnischem Gebiet bereitzuerklären.

Die Regierung der Republik hat daher die Ehre, der Reichsregierung zur Kenntnis zu bringen, daß sie sich verpflichtet sieht, von heute, dem 3. September, 17 Uhr, ab die vertraglichen Bindungen zu erfüllen, die Frankreich gegenüber Polen eingegangen ist und die der Deutschen Regierung bekannt sind.

Genehmigen Sie, usw.

Coulondre

Nr. 481

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Französischen Botschafter 3. September 1939 12.20 Uhr

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt

Auf die Frage Coulondres, ob der Herr Reichsaußenminister in der Lage sei, die in der am 1. September um 22 Uhr übergebenen Note enthaltene Frage befriedigend zu beantworten, erwiderte der Herr Reichsaußenminister, daß, nachdem England und Frankreich ihre Noten übergeben hätten, der Italienische Regierungs-Chef einen neuen Vermittlungsvorschlag gemacht habe, und zwar mit dem Bemerken, daß die Französische Regierung diesem Vorschlag zustimme. Deutschland habe dem Duce am Vortage mitgeteilt, daß es ebenfalls bereit sei, dem Vorschlag zuzustimmen, darauf habe jedoch später am Tage der Duce mitgeteilt, daß sein Vorschlag an der Intransigenz der Englischen Regierung gescheitert sei. Heute vormittag habe England eine auf 2 Stunden befristete ultimative Forderung an Deutschland gestellt. Deutschland habe die in dieser Forderung enthaltenen Zumutungen in einer schriftlichen Mitteilung abgelehnt. Die Gründe der Ablehnung des englischen Ultimatums seien in diesem Dokument, das er (Reichsaußenminister) dem Französischen Botschafter zur Kenntnisnahme übergebe*, enthalten. Wenn die Haltung Frankreichs zu Deutschland durch dieselben Erwägungen bestimmt sein sollte wie die der Englischen Regierung, so könne die Deutsche Regierung dies nur bedauern. Deutschland habe immer einen Ausgleich mit Frankreich gesucht. Sollte die Französische Regierung trotzdem auf Grund ihrer polnischen Verpflichtungen eine feindliche Haltung Deutschland gegenüber einnehmen, so würde die Deutsche Regierung dies als einen durch nichts gerechtfertigten Angriffskrieg Frankreichs gegen Deutschland ansehen. Deutschland selbst würde sich jeder Angriffshandlung gegen Frankreich enthalten. Sollte Frankreich jedoch eine andere Haltung einnehmen, so würde Deutschland gezwungen sein, in entsprechender Weise zu antworten.

Coulondre erwiderte, er entnehme den Ausführungen des Herrn Reichsaußenministers, daß die Deutsche Regierung nicht in der Lage sei, der in der französischen Note vom 1. September** enthaltenen Anregung stattzugeben.

Der Herr Reichsaußenminister erklärte, daß dies zutreffend sei.

Coulondre erwiderte darauf, daß er unter diesen Umständen die unangenehme Pflicht habe, die Reichsregierung noch einmal auf die schwere Verantwortung hinzuweisen, die sie durch Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Polen ohne Kriegserklärung auf sich genommen habe, und ihr mitzuteilen, daß die Französische Regierung gezwungen sei, vom heutigen Tage, dem 3. September 1939, 5 Uhr nachmittags, ab ihre Polen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Gleichzeitig übergab Coulondre die anliegende schriftliche Mitteilung***. Nachdem der Herr Reichsaußenminister sie gelesen hatte, fügte er abschließend hinzu, daß Deutschland nicht die Absicht habe, Frankreich anzugreifen, und daß die heutige Französische Regierung für das Leid, das den Ländern zugefügt wird, falls Frankreich Deutschland angreife, die volle Verantwortung trage.

Schmidt

---

* Vgl. Nr. 479.

** Vgl. Nr. 473.

*** Vgl. Nr. 480.

Nr. 482

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an die Deutschen Diplomatischen Missionen

Rundtelegramm

Berlin, den 3. September 1939

Zur Information und Regelung der Sprache.

Nachdem Versuch direkter deutsch-polnischer Aussprache durch Nichterscheinen Polnischen Bevollmächtigten trotz zweitägigen Wartens Deutsche Regierung ergebnislos geblieben war, und wir gezwungen waren, polnische militärische Übergriffe mit Übergang zu militärischer Aktion zu erwidern, forderten England und Frankreich am 1. September von uns Zurückziehung deutscher Truppen von polnischem Gebiet. Kriegsgefahr schien jetzt noch beschworen werden zu können durch Eingreifen Mussolinis, der Waffenstillstand und anschließende Konferenz zur Lösung deutsch-polnischen Konflikts vorschlug. Dieser Vorschlag ist von uns und auch von Französischer Regierung positiv beantwortet worden; Britische Regierung hat hingegen heute mit zweistündiger Befristung Forderung Zurückziehung deutscher Truppen wiederholt und sich nach Ablauf dieser Zeit als im Krieg mit Deutschland befindlich erklärt. Frankreich ist dann mit Mitteilung gefolgt, daß es sich gezwungen sehe, Polen beizustehen.

Vernünftige deutsch-polnische Regelung wäre ohne Englands Dazwischentreten und seiner antideutschen Einkreisungspolitik sicher längst zu erzielen gewesen. Statt aber Polen zum Einlenken zu ermahnen, hat England ihm Generalvollmacht gegen Deutschland erteilt, sich selbst in Abhängigkeit von Polens Entschlüssen gebracht und schließlich im letzten Augenblick auch noch Vorschlag Mussolinis durch sein Verhalten zum Scheitern verurteilt. Damit ist Saat der Männer aufgegangen, die in England seit Jahren Vernichtung Deutschlands predigen. Dieser Verlauf Ereignisse zeigt klar volle Verantwortlichkeit Englands für Kriegsausbruch.

Weizsäcker

Inhaltsverzeichnis

Erstes Kapitel

Entwicklung der Deutsch-Polnischen Beziehungen

A. Der Kampf gegen das Deutschtum in Polen und gegen Danzig von 1919 bis 1933

I. Zur Lage der Deutschen Volksgruppe in Polen

II. Zum Vorgehen Polens in Danzig

B. Deutschlands Bemühen um eine Verständigung mit Polen, 1933 bis 1939

I. Verhandlungen über ein Deutsch-Polnisches Verständigungsabkommen (Mai 1933 bis Januar 1934)

V. Verhandlungen über eine Deutsch-Polnische Minderheitenerklärung

(Januar bis November 1937)

VI. Nichtbeachtung der Deutsch-Polnischen Minderheitenerklärung durch Polen (November 1937 bis November 1938)

VII. Der Deutsch-Polnische Notenaustausch über das Olsa-Gebiet und das Polnische Vorgehen gegen die dortige Deutsche Volksgruppe

(Oktober 1938 bis März 1939)

VIII. Zunehmende Verschärfung des Polnischen Vorgehens gegen die Deutsche Volksgruppe (Oktober 1938 bis März 1939)

IX. Fortsetzung der Enteignung Deutschen Grundbesitzes in Nichtachtung der Minderheitenerklärung (Februar 1938 bis Februar 1939)

X. Weitere Deutsche Versuche zur Verbesserung der Lage der Deutschen Volksgruppe durch Deutsch-Polnische Besprechungen (November 1937 bis März 1939)

XII. Deutsche Bemühungen um eine gütliche Lösung der Danzig- und Korridorfrage (Oktober 1938 bis Mai 1939)

Zweites Kapitel

Die Englische Kriegspolitik

A. Britische Aufrüstung und Hetze gegen Deutschland (September 1938 bis Juli 1939)

B. Die Britische Haltung zur Tschechischen Frage (November 1938 bis April 1939)

C. Die Britische Einkreisungspolitik seit Februar 1939

Drittes Kapitel

Deutschlands Bemühen um Sicherung friedlicher Beziehungen zu seinen Nachbarländern

Viertes Kapitel

Polen als Werkzeug des Englischen Kriegswillens

A. Die Auswirkung der Britischen Einkreisungspolitik auf die Haltung Polens

I. Vernichtungsfeldzug gegen die Deutsche Volksgruppe

II. Polnische Maßnahmen gegen Danzig

B. Die letzte Phase der Deutsch-Polnischen Krise

8159 39 2 C

